

ZUM BEISPIEL

BASF

ÜBER KONZERNMACHT
UND MENSCHENRECHTE

Britta Becker, Maren Grimm, Jakob Krameritsch (Hg.)



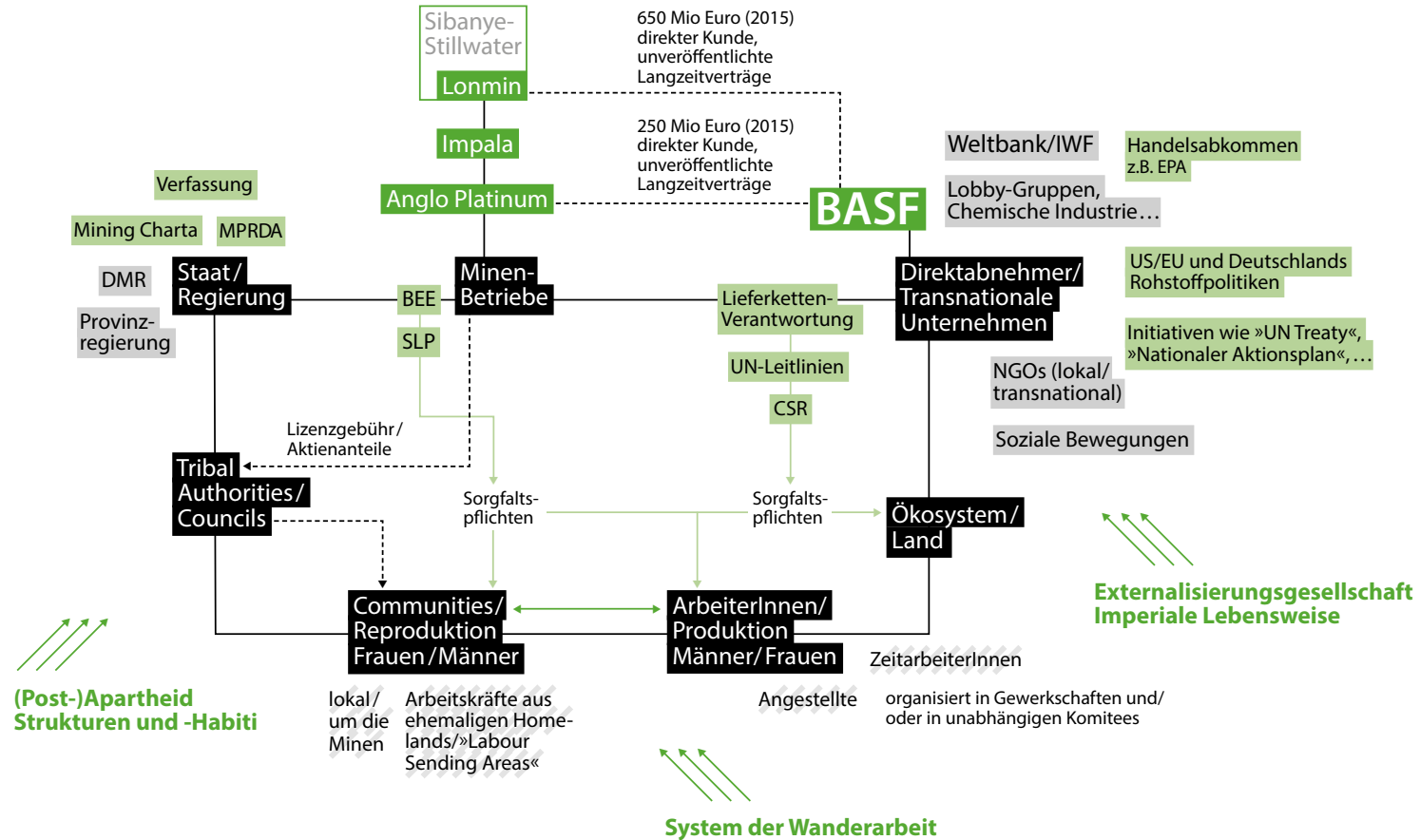


57,6
BASF



Kontaktzone Platin

► Die Grafik zeigt die wichtigsten Akteure des Feldes und die auf sie einwirkenden Regularien und Strukturen (siehe hierzu die Einleitung, S. 33).



Umsätze
2016
in Milliarden
Euro
Quelle:
Jahresberichte
der Konzerne

2,5
Impala
Platinum

3,3
Sibanye-
Stillwater
(2,2) inkl.
Lonmin
(1,1)

4,3
Anglo
American
Platinum

57,6
BASF

BEE: Black Economic Empowerment
CSR: Corporate Social Responsibility
DMR: Department of Mineral Resources
MPRDA: Mineral and Petroleum Resources Development Act
SLP: Social and Labour Plan











BASF SE
Zentralabteilung Recht, ZRR – D100
67056 Ludwigshafen
Deutschland
Telefax: +49 621 60-6641475
oder +49 621 60-6643693
oder per E-Mail: hv2015@basf.com

Gegenantrag des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der BASF SE am 30.04.2015

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, den Mitgliedern des Vorstands der BASF SE für das Geschäftsjahr 2014 keine Entlastung zu erteilen.

Begründung:

Der Vorstand ist im Fall von Lonmin seiner Verantwortung in der Lieferkette nicht nachgekommen. Aus den Firmenberichten des weltweit drittgrößten platinproduzierenden Betriebs Lonmin geht hervor, dass BASF, neben Mitsubishi, Hauptkunde dieses in Südafrika operierenden und in England ansässigen Unternehmens ist. Lonmin bezeichnet BASF als „principal customer“ oder „long term cornerstone customer“. BASF Catalysts LLC und Lonmin sind darüber hinaus Mitglieder der International Platinum Group Metals Association. Eine enge und langjährige Handelsbeziehung zwischen BASF und Lonmin ist demnach evident.

Nun lieferten die Beweisaufnahmeverfahren und Ermittlungen im Nachfeld des Massakers von Marikana (16. August 2012) im Rahmen der seit Oktober 2012 staatlich eingesetzten „Marikana Commission of Inquiry“ dichtes Beweismaterial für den Umstand, dass die Entscheidungsträger von Lonmin – indirekt wie direkt – Mitverantwortung für das Massaker tragen. Im Konkreten werden sie beschuldigt mitverantwortlich zu sein für

1. den Mord an 34 streikenden Minenarbeitern am 16. August 2012 durch die südafrikanische Polizei und für die dort 70, zum Teil schwer, verletzten Angestellten;
2. die diesem Massaker vorangegangenen Gewalteskalationen und Morde;
3. die inakzeptablen, teils menschenunwürdigen Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen, unter denen die ArbeiterInnen und ihre Communities seit Jahrzehnten zu leiden haben; die Mehrheit der ArbeiterInnen von Lonmin lebt in Wellblechhütten-Slums ohne fließend Wasser, Strom und Anbindung an Gemeindefree-Service-Leistungen.

Die Leiter der Beweisaufnahme innerhalb der Marikana Commission of Inquiry beschuldigen Lonmin seine gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterschaft und den lokalen

Communities wiederholt übergangen und gebrochen zu haben. 2006 wurde etwa der Bau von 5.500 neuen Häusern bis 2011 versprochen, gebaut wurden jedoch nicht mehr als drei. Diese leeren Versprechungen Lonmins, die miserable Infrastruktur und die – auch im Vergleich zu anderen südafrikanischen Platinunternehmen – schlechte Bezahlung führten im August 2012 schließlich zum Streik. Lonmin weigerte sich dabei konsequent, einem sehr simplen Wunsch der Streikenden nachzukommen: mit ihnen zu kommunizieren. Das war eine katastrophale strategische Weichenstellung. Stattdessen unterstützte nämlich das Unternehmen logistisch wie infrastrukturell einen hochmilitarisierten Polizeieinsatz, der schlussendlich – bewiesenermaßen absehbar für Lonmin – zu den Morden am 16. August geführt hat. Daher sind nun einzelne Entscheidungsträger von Lonmin auch des Mordes bzw. der fahrlässigen Tötung beschuldigt. Zudem sind Lonmin-Security-Angestellte für erste Gewalteskalationen und Schüsse auf Streikende verantwortlich, die von den Leitern der Beweisaufnahme als ungerechtfertigt und überzogen eingestuft wurden.

Mehr als zweieinhalb Jahre nach diesem größten Massaker an der Zivilbevölkerung Südafrikas seit dem Ende der Apartheid kommt Lonmin nur träge und in Teilbereichen seiner Verantwortung gegenüber den Familien der getöteten und verletzten Minenarbeiter wie allgemein den Communities in Marikana nach. Auch scheint Lonmin Nachholbedarf zu haben, was einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt betrifft. Wasser- und Luftverschmutzungen sind gut dokumentiert.

All diese nun belegten Vergehen von Lonmin brechen mit Grundsätzen der Unternehmensführung für die BASF, etwa als Gründungsmitglied des UN Global Compact, einsteht. BASF verspricht diese Grundsätze – z.B. Menschenrechte, Arbeitsnormen, soziale Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit – auch von seinen Lieferanten einzufordern. Die „Standards in der Wertschöpfungskette“ und das „Management der Lieferkette“, auf das BASF sich selbst verpflichtet hat, sind im Fall von Lonmin verbesserungsbedürftig.

Um seine Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren, sollte BASF seine Verantwortung als Hauptabnehmer von Lonmin beim Wort nehmen und Letzteren tatkräftig und finanziell bei Reparationszahlungen an die Familien der 44 im August 2012 getöteten Menschen wie auch an die Verletzten unterstützen sowie sich an nachhaltigen Verbesserungen der Infrastruktur vor Ort beteiligen. BASF sollte sich im Rahmen einer mehrmonatigen fact finding mission selbst ein Bild von den Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen vor Ort machen. Als sichtbares Zeichen für eine rasche und konsequente Umsetzung seiner Versprechungen und Planungen im Kontext seiner „Verantwortung in der Lieferkette“ soll BASF einen Fond mit je 1 Million Rand für die im August 2012 umgekommenen 44 Personen einrichten und den unmittelbar Betroffenen übergeben (3,4 Millionen Euro). Der dritte Jahrestag des Massakers, 16. August 2015, bietet sich als Übergabedatum an.

Köln, 15.04.2015



Markus Dufner, Geschäftsführer
Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.



150 Jahre

 - **BASF**

We create chemistry





Von Marikana nach Ludwigshafen: Entlang der Lieferkette von Platin

◀ **Cover, Klappe, 1, 2** Mit versteckter Kamera in den Platin-Minen von Marikana aufgenommene Bilder der Arbeit unter Tage in rund tausend Meter Tiefe. Die einzige Beleuchtung in den Schächten sind die Kopflampen der ArbeiterInnen.

◀ **4, 6** Nacht und Tag: Der Blick aus der informellen Siedlung Nkaneng auf die benachbarte *Base Metal Refinerie* von Lonmin. Im Vordergrund links eine der wenigen Maßnahmen, die nach dem Massaker von Marikana ergriffen wurden: 2016 ließ Lonmin größere Mengen dieser »Toilettenhäuschen« anliefern, die über ein Loch im Boden gestellt werden können.

◀ **8** Die Wasserversorgung der informellen Siedlungen rund um Marikana findet entweder mittels Wassertanks oder über vereinzelte, kollektiv genutzte Wasserhähne statt. Diese Wasserstelle bei Nkaneng wurde 2016 installiert. Frauen sorgen für die Reproduktionsarbeit. Im Hintergrund eine der zahlreichen Be- und Entlüftungsanlagen für die unterirdischen Schächte.

◀ **10** Baum in Marikana, im Hintergrund ein Umspannwerk und Stromleitungen, die die Werksgebiete von Lonmin mit Strom versorgen. Die BewohnerInnen der umliegenden Siedlungen, die ArbeiterInnen Lonmins, verfügen mehrheitlich über keinen Stromanschluss.

◀ **12** Antrag des *Dachverbandes Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre Deutschlands*, den Vorstand des Chemiekonzerns BASF für das Geschäftsjahr 2014 nicht zu entlasten, da er im Fall von Lonmin seiner Verantwortung in der Lieferkette nicht nachgekommen ist. Eingereicht am 15. April 2015 zur BASF-Aktionärsversammlung am 30. April 2015 in Mannheim.

◀ **14** Bischof Jo Seoka, Repräsentant der MinenarbeiterInnen von Marikana, spricht bei der BASF-Aktionärsversammlung am 30. April 2015 in Mannheim. Zu seiner Linken Markus Dufner, Geschäftsführer des *Dachverbandes Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre Deutschlands*.

◀ **16** Spätsommer 2017 im Strandbad des Willersinnweiher, einem beliebten Ludwigshafener Naherholungsgebiet. Zwischen den Bäumen der Blick auf die unter Vollast fahrende BASF.

INHALT

- 22** **Vorwort**
Bischof Jo Seoka
- 28** **Einleitung**
Britta Becker, Maren Grimm, Jakob Krameritsch
- 46** **Die Konvergenz von Konzern- und Staatsinteressen**
Zur unabgeschlossenen Aufarbeitung des Massakers von Marikana
Maren Grimm, Jakob Krameritsch
- 62** **»Nur die dümmsten Länder halten sich an den Wirtschaftsboykott«**
Deutschland, Schweiz und Österreich als Profiteure und Stützen des Apartheidsystems
Simone Knapp, Jakob Krameritsch, Barbara Müller und Walter Sauer
- 88** **Lonmin im Zusammenhang**
Zur Platinindustrie in Südafrika
Ein Interview mit Gavin Capps
- 108** **Es hat sich nichts verändert in Marikana**
Die Situation aus der Perspektive der Frauen
Asanda Benya und Judy Seidman
- 134** **Konfrontationen mit BASF**
Ergänzungen zur Firmengeschichte und die Kampagne Plough Back the Fruits
Maren Grimm und Jakob Krameritsch
- 166** **Verlangen wir zu viel?**
Rede bei der BASF-Hauptversammlung, Mannheim, 12. Mai 2017
Mzoxolo Magidwana
- 170** **Das Theater der Verantwortungslosigkeit**
Zynismus und Wirtschaftlichkeit
María do Mar Castro Varela
- 186** **Hartes Gestein – weiche Regeln**
Michael Reckordt

- 200 Verantwortung auf Distanz**
Franziska Dübgen
- 216 Die Grenzen der Freiwilligkeit**
Wie die Wirtschaft verbindliche Menschenrechtsstandards verhindert
Sarah Lincoln
- 226 Das UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte**
Die Rolle Südafrikas
Akhona Mehlo
- 246 Eher Teil des Problems als der Lösung**
Zu den Funktionen und Wirkungsweisen von Sozialaudits
Carolijn Terwindt
- 264 Corporate Social Responsibility: ein Machtinstrument für Unternehmen?**
Ein Interview mit Dinah Rajak
- 282 Die Chemie stimmt**
Der Konzern und die Politik
Jan Pehrke
- 300 Die Platinumperspektive**
Konzernstrukturen und Steuervermeidung durch BASF
Christoph Trautvetter
- 318 Von BASF über Volkswagen bis zur Weltbank**
Deutschlands Verstrickungen in das Massaker von Marikana
Patrick Bond
- 340 Strategien imperialer Rohstoffsicherung in der EU-Politik**
Boniface Mabanza
- 358 Denkstrukturen gegen Fakten**
Der Bezug des Massakers von Marikana zu Deutschland blieb lange unbemerkt
Stefan Buchen
- 370 Das bloße Leben**
Koloniale und neokoloniale Abbildungen südafrikanischer Bergarbeiter
in der öffentlichen Wahrnehmung
Rosemary Lombard
- 386 Postkolonialer Internationalismus**
Notizen zur Re-Definierung von Nord-Süd-Solidarität
im 21. Jahrhundert
Alexander Behr und Trevor Ngwane
- 402 Das Recht, Rechte zu haben**
Mit Globalen Sozialen Rechten gegen die Macht transnationaler Konzerne
und kapitalistische Ausbeutung
Boris Kanzleiter und Britta Becker
- 424 Worum es geht**
Politik gegen das Nicht-Wissen-Wollen
Stephan Lessenich
- 438 Wo ist das bessere Leben für alle?**
Rede bei der »Generalversammlung«
Thumeka Magwangqana
- 442 Literaturauswahl**
- 446 AutorInnen**
- 449 Impressum, Bildnachweis, Dank**

VORWORT

Bischof Jo Seoka

Die Bergbauindustrie stellt das Rückgrat der südafrikanischen Wirtschaft dar. Eine gesunde und nachhaltige Bergbaubranche sollte deshalb im Zentrum unserer Bemühungen für das Wohl dieses Landes und seiner Bevölkerung stehen. In der Realität lebt die Mehrheit der MinenarbeiterInnen jedoch weiterhin unter unmenschlichen und ausbeuterischen Bedingungen. Die meisten von ihnen verfügen über keine oder eine nur unzureichende formelle Bildung, die gerade ausreicht, um den Anweisungen ihrer Vorarbeiter Folge leisten zu können. Die Rechtsprechung von 1994 änderte kaum etwas an den Zuständen in den Minen, und die dortigen Lebens- und Arbeitsbedingungen sorgen weiterhin für Aufruhr.

Die *Bench Marks Foundation*, deren Vorsitzender ich seit ihrer Gründung 2001 bin, dokumentiert die Missstände in der Bergbauregion der südafrikanischen Nordwest-Provinz. Seit 2003 untersuchen wir die Aktivitäten der transnationalen Konzerne, die seit 1994 in Südafrika tätig sind. Im Jahr 2007 haben wir die ersten Studien veröffentlicht. Im Fokus standen Bergbauunternehmen wie Lonmin, der wichtigste Platinzulieferer von BASF. Schon damals erkannte die *Bench Marks Foundation*, dass es in der gesamten Platinabbaugebiet und speziell bei Lonmin zu großen Problemen kommen würde. Wir warnten das Unternehmen davor, dass sich die Konflikte zuspitzen würden. Bereits 2011 gingen Menschen gegen Lonmin auf die Straße, um ihrer Frustration und ihrem Ärger darüber Ausdruck zu verleihen, dass das Unternehmen die Forderungen der lokalen Bevölkerung und der WanderarbeiterInnen schlicht ignorierte. Weder bot Lonmin Arbeitsplätze für junge Menschen an, noch trug das Unternehmen dazu bei, die miserablen Lebensbedingungen zu verbessern, die zum Beispiel aufgrund des nicht funktionierenden Abwassersystems zu chronischen Krankheiten bei Kindern führten.

Entsprechend angespannt war die Situation im Platinabbaugebiet. Die ArbeiterInnen bereiteten sich auf Streiks vor, um angemessene Löhne für eine Arbeit zu erkämpfen, die unter enormen körperlichen Anforderungen und unter gefährlichsten Bedingungen ausgeführt werden muss. 20 Jahre lang hatten exorbitante Gewinnmargen von 30 Prozent, die weit über dem weltweiten Mittelwert von acht Prozent lagen, den AktionärInnen und InvestorInnen das Geld in die Taschen gespült, während die ArbeiterInnen und die Gemeinschaften der Region leer ausgingen.

Im Jahr 2011 entschieden wir, uns die Ergebnisse der ersten Policy-Gap-Studien erneut anzuschauen und zu prüfen, ob die Bergbauunternehmen ihr Verhalten gegenüber den lokalen Gemeinschaften seitdem geändert und die Empfehlungen der *Bench Marks Foundation* umgesetzt hatten.¹ Lonmin war eines der Unternehmen, deren Aktivitäten im Bericht besonders negativ bewertet wurden. Dazu gehörten die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen der MinenarbeiterInnen, die hohe Zahl an Todesfällen, die negativen Auswirkungen auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft, das Outsourcing von ArbeiterInnen sowie die Umweltzerstörung im Abbaugbiet. Am 14. August 2012 veröffentlichten wir unseren zu einem vernichtenden Urteil kommenden Folgebericht. In einer Pressemitteilung fassten wir damals dessen Kernaussagen zusammen: »Oberflächlich betrachtet scheinen die Bergbauunternehmen im Platinsektor sozial verantwortlich zu sein, respektvoll mit den Gemeinschaften und Arbeitern umzugehen und zu einer Entwicklung der Gemeinschaft beizutragen. Nichts aber könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein.«²

¹ Vgl. *Bench Marks Foundation: Policy Gap 6. A Review of Platinum Mining in the Bojanala District of the North West Province*. Johannesburg 2012. Online verfügbar.

² *Bench Marks Foundation: Pressemitteilung*, 14.8.2012. Online verfügbar. Zit. nach: Greg Marinovich: *Murder at Small Koppie. The Real Story of the Marikana Massacre*. Johannesburg 2016. S. 208.

Zwei Tage später, am 16. August 2012, wurden 34 Bergarbeiter der Lonmin-Platinmine in Marikana bei einem Streik für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen von der südafrikanischen Polizei brutal ermordet.

Am 9. August hatte der Streik der MinenarbeiterInnen vor den Managementbüros von Lonmin begonnen. Sie wollten ihre Unzufriedenheit mit der Geschäftsführung zum Ausdruck bringen, die sich weigerte, über einen existenzsichernden Lohn zu verhandeln. Das Management bereitete den Streikenden einen feindseligen Empfang und drohte ihnen mit Entlassung. In den darauffolgenden Tagen berichteten verschiedene Fernseh-, Radio- und Printmedien über gewalttätige Auseinandersetzungen, bei denen sowohl Bergarbeiter als auch Polizisten zu Tode kamen.

Am 16. August hatte sich die Stimmung weiter zugespitzt und es wurde befürchtet, dass es zu Kämpfen zwischen Streikenden und der Polizei kommen könnte. An diesem Tag beschloss ich, nach Marikana zu fahren, weil die Region Teil meiner bischöflichen Jurisdiktion war und ich zu jener Zeit den Vorsitz des Südafrikanischen Kirchenrates *South African Council of Churches* innehatte. Ich hoffte herauszufinden, wie ich die aufgeheizte Stimmung entschärfen könnte, bevor weitere Menschen starben. Das hatte in gewissem Sinne prophetischen Charakter, denn an diesem Nachmittag erschoss die Polizei 34 schutzlose Arbeiter. Das Massaker geschah kurz nachdem ich die Lonmin-Geschäftsführung dazu aufgefordert hatte, zum Hügel – dem späteren Tatort – zu gehen, um mit den Streikenden über ihre Forderungen zu verhandeln. Ich konnte den ArbeiterInnen die negative Antwort von Lonmin nicht mehr überbringen, da mich die Polizei angewiesen hatte, das Gelände zu verlassen. Wenig später eröffnete sie das Feuer.

So kam es, dass ich persönlich an dem Konflikt beteiligt war. Später lernte ich Maren Grimm und Jakob Krameritsch kennen, zwei der HerausgeberInnen dieses Buches. Gemeinsam mit vielen anderen konfrontierten wir BASF mit der Realität in den Minen. Der Konzern BASF brüstet sich damit, in Sachen »soziale Verantwortung in der Lieferkette« weltweit führend zu sein. Diese Diskrepanz zwischen Behauptung und Realität trifft im Übrigen ins Mark vieler Unternehmen, die auf dem afrikanischen Kontinent geschäftlich aktiv sind.

Aus unseren Debatten und Recherchen sowie aus der Erkenntnis, dass sich für ein Zusammenwirken unserer globalen Kämpfe Lieferketten in den Fokus rücken lassen, entstand 2015 schließlich die Kampagne *Plough Back The Fruits* (basflonmin.com). Wir besuchten seitdem die BASF-Hauptversammlungen und stellten kritische Nachfragen. Das führte dazu, dass die Geschäftsbeziehungen zwischen BASF und Lonmin problematisiert wurden und seither angespannt sind. Wir wollten das Unternehmen BASF allerdings keineswegs zur Beendigung seiner Geschäftsbeziehung mit Lonmin drängen, sondern stattdessen ermutigen, in seiner Lieferkette tatsächlich Verantwortung zu übernehmen und für die Einhaltung internationaler Richtlinien zu sorgen. Außerdem drängten wir BASF dazu, seine strukturelle Beteiligung am Massaker von 2012 einzugestehen, bei dem die Leben Unschuldiger auf dem Altar des Kapitals geopfert worden sind.

Für mich ist es daher eine besondere Ehre, das Vorwort für diese inspirierende gemeinsame Arbeit verfassen zu dürfen. Die beteiligten AutorInnen haben sich der sozialen Gerechtigkeit verschrieben, die auch mir so am Herzen liegt. Es gehört Willenskraft und Zielstrebigkeit dazu, Themen anzusprechen, über die viele Menschen aus Angst vor Repression schweigen. Doch greifen diese Themen unmittelbar in das Leben der Menschen ein, da sie die Menschenwürde und den Schutz der Umwelt betreffen.

Ausgehend von der langjährigen Geschäftsbeziehung von BASF mit Lonmin entfaltet das vorliegende Buch unterschiedliche Kontexte, die zu deren Verständnis beitragen sollen. Man verzeihe mir die Analogie – das Buch bohrt sich durch die Schichten harten Gesteins, aus denen die Strukturen der Ungleichheit bestehen, die essenziell für das Verständnis sind, dass Marikana kein bedauerlicher Fehler eines sich ansonsten im Besserungsprozess befindlichen Wirtschaftssystems war.

Dessen ungeachtet ist es für eine Besserung nie zu spät, weshalb die Worte Nelson Mandelas aus seiner Antrittsrede 1994 auch lange nach seinem Tod Bestand haben werden: »Niemals, niemals, niemals darf es wieder geschehen, dass dieses schöne Land die Unterdrückung des einen durch den anderen erfährt und die Erniedrigung erleidet, der Abschaum der Welt zu sein.«

Ich hoffe, dass dieses Buch die LeserInnen inspirieren und dazu beitragen wird, sich gegen die Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen, die die Würde der arbeitenden Menschen und die Unversehrtheit der Schöpfung weltweit untergraben, und das Vorgehen transnationaler Konzerne in ehemaligen Kolonialstaaten zu transformieren.

Lasst uns also gemeinsam dafür kämpfen, dass Ausbeutung, Unterdrückung, Armut und Gewalt gegen ArbeiterInnen ein Ende gesetzt wird.

A luta continua!

Johannesburg, März 2018

► 26 Gruppenfoto mit der Frauenorganisation *Sikhala Sonke* in Nkaneng. *Sikhala Sonke* wurde am Tag des Massakers von Marikana – noch im Versuch es zu verhindern – gegründet. Seitdem arbeitet die Gruppe an Kampagnen, die sich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die vom Bergbau betroffenen Bevölkerungsgruppen einsetzen. Im Bildhintergrund die *Base Metal Raffinerie* von Lonmin.



NOT
CHARITY

but
RESTITUTION

UN
GLOBAL
COMPACT
POTENTIAL
MAKING

WOMEN DEMAND
JUSTICE
FOR MARIKANA

LONMIN
BASF
We create Chemistry

and the
MARIKANA
MASSACRE

EINLEITUNG

Britta Becker, Maren Grimm, Jakob Krameritsch

»Kein Gemeinsames ist möglich, sofern wir uns nicht weigern, unser Leben und unsere Reproduktion auf dem Leid anderer zu gründen und uns als von ihnen getrennt wahrzunehmen.« – Silvia Federici¹

Als am 16. August 2012 34 streikende Minenarbeiter von der südafrikanischen Polizei erschossen werden, sind vier Fernsehstationen und zahlreiche FotojournalistInnen vor Ort.² Ihre Bilder gehen um die Welt und schockieren die Öffentlichkeit. Doch was außer Erschütterung lösen diese Bilder aus? Tragen sie zur Erklärung der Geschehnisse bei? Helfen sie den Geschädigten?

¹ Silvia Federici: *Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution*. Berlin 2012. S. 100.

² Vor Ort waren Al Jazeera, Reuters und die beiden südafrikanischen Fernsehstationen SABC und eNCA. Zur Analyse der dort gemachten Bilder siehe den Dokumentarfilm »Miners Shot Down« (Rehad Desai, RSA 2014, 91 min).

Susan Sontag misst visuellen Darstellungen von Gräueltaten nur sehr bedingt emanzipatorische Wirkmacht zu, vor allem wenn sie, aus dem Globalen Süden kommend, im Globalen Norden rezipiert werden. Zumeist, hält Sontag fest, »bekräftigen diese Bilder, dass solche Dinge in dieser Weltgegend eben geschehen. Die Allgegenwart dieser Fotos nährt wie von selbst die Überzeugung, solche Tragödien seien in den »rückständigen Teilen« der Welt eben unvermeidlich.«³ Differenzierte Analysen treten hinter diesen Bildern zurück, ganz zu schweigen von den strukturellen Ursachen und den transnationalen Verstrickungen in Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung im Globalen Süden. Diese »geteilte Geschichte«⁴ wird zumeist ausgeblendet, kolonial geprägte Wahrnehmungsmuster und Hierarchien bleiben unangetastet.

So sind denn auch die Fotografien in diesem Buch unter der Maßgabe zusammengestellt worden, einen Beitrag zu einer geteilten und gemeinsamen Geschichte zu leisten. Die Bilder in »Zum Beispiel BASF« sind dabei mehr als bloße Illustrierung oder beweiskräftiges Material für die Argumentationslinien der in diesem Buch versammelten Beiträge. Sie sind Dokumente, die in vielfältiger Hinsicht für sich selbst sprechen. Und sie sind auch Zeugnisse transnationaler Solidarität und Zusammenarbeit.

Das Massaker in Marikana hingegen wurde in Europa weitgehend als ein auf Südafrika beschränktes Ereignis wahrgenommen. Die übermittelten Bilder perpetuieren das Bild von Afrika als einem Kontinent der Krisen, Konflikte und des Chaos.⁵ In aller Regel wurde den »unzivilisierten«⁶ Arbeitern gar die Schuld an ihrem eigenen Tod gegeben und die Reaktion der Polizei als lediglich »etwas überzogen« zur Kenntnis genommen. Die internationale Staatengemeinschaft bedauerte die »Tragödie«. Sanktionen – wie es sie noch in der Zeit der Apartheid gegeben hat – blieben aus.⁷

Wenig thematisiert wurden die risikoreichen und miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen, für deren Verbesserung die Arbeiter gestreikt hatten. Die Mehrheit der Menschen in den Abbauregionen eines der wertvollsten Metalle der Welt, Platin, lebt in Wellblechhütten, ohne fließendes Wasser, ohne Strom und Kanalisation. Der Abbau von Platin, das in einer Tiefe bis zu 1.400 Meter aus dem Gestein gehämmert, gebohrt und gesprengt wird, zählt zu den gefährlichsten Jobs der Welt. 2016 kamen allein in südafrikanischen Platinminen 27 Menschen ums Leben, und die Zahl der Unfallopfer in der

³ Susan Sontag: *Das Leiden anderer betrachten*. Frankfurt/Main 2003. S. 85.

⁴ Siehe hierzu historiographische Konzepte wie etwa jene einer »entangled history«, die globale Transferprozesse jenseits nationaler Einhegungen betonen. Siehe hierzu auch das relationale Modell einer »politischen Verantwortung« von Franziska Dübgen in diesem Buch, S. 200.

⁵ Vgl. z. B. Jacob Emmanuel Mabe: *Was wissen Europäer kulturell von Afrika*. 2006. Online verfügbar.

⁶ Zur Entpolitisierung und Marginalisierung der Arbeiter siehe Jane Duncan: *South African journalism and the Marikana massacre: A case study of an editorial failure*. In: *The Political Economy of Communication* 1/2 2013. Online verfügbar.

⁷ Siehe dazu den 2016 veröffentlichten Südafrika-Report der »UN Human Rights Commission«, die darin eine prompte und effektive Aufarbeitung der Geschehnisse einforderte, was die staatlich eingesetzte Kommission nicht leistete. Unter: www.ohchr.org/EN/HRBodies/CHR/Pages/CommissionOnHumanRights.aspx

Platinindustrie steigt jährlich.⁸ Weit häufiger sterben die ArbeiterInnen jedoch an der Berufskrankheit Silicosis, einer tödlichen Lungenerkrankung. Die über Lüftungsschächte nach unten gepumpte Luft ist mit Partikeln durchsetzt, die tief in die Lunge eindringen, zu chronischen Entzündungen führen und die Lunge schrumpfen und verhärtet lassen. Einer aktuellen Studie zufolge leiden 36 Prozent aller ArbeiterInnen daran, weil die Minen bis heute nicht ausreichend belüftet werden.⁹ Außerhalb der Mine verschmutzen die Fabriken der Minenbetreiber die Luft. Die zugelassenen (Schwefel-) Dioxin-Emissionswerte werden regelmäßig überschritten, dazu kommt permanente Feinstaubbelastung.¹⁰

In der öffentlichen Debatte über die Gründe, die zum Streik und damit zum Massaker an den Minenarbeitern führten, wurde ebenso ausgeklammert, dass in Europa ansässige, transnational agierende Unternehmen und deren AktionärInnen mit dem Platinabbau, -handel und der Platinweiterverarbeitung hohe Profite erzielen. Es gibt aber keinen für die MinenarbeiterInnen spürbaren *Trickle-down*-Effekt, wie von der reinen Lehre vom »freien Markt« versprochen. Studien zeigen, dass die Reallöhne der südafrikanischen ArbeiterInnen und der Anteil ihrer Löhne an den (meist über Steueroasen abgewickelten) Profiten seit 1996 sinken.¹¹

BASF und das Massaker von Marikana

Keine Erwähnung in den Medien fand auch, dass der weltweit größte Chemiekonzern BASF der Hauptkunde der Platinmine in Marikana, dem Ort des Massakers, ist. Der 1865 bei Ludwigshafen in Deutschland gegründete Farbenbetrieb ist heute ein weltweit agierender Konzern mit rund 114.000 Angestellten in über 80 Ländern und mit mehr als 570 Geschäftseinheiten. BASF fungiert als Produktlieferant für nahezu jede Industriebranche. Der jährliche Umsatz des DAX-gelisteten Unternehmens liegt zwischen 60 und 75 Milliarden Euro.¹² Gut 14 Prozent davon gehen auf das Konto von BASF als Auto-

8 Melanie Bergermann/Simon Book/Alexander Busch/Lea Deuber: Das dunkle Geheimnis der Autoindustrie. In: Wirtschaftswoche 45/2017. S. 36–42. Hier: S. 39.

9 Georgina Jephson: Silicosis: The hidden Legacy of gold mining in South Africa. In: Open Society Foundation for South Africa (Hg.): In Good Company. Conversations around Transparency and Accountability on South Africa's Extractive Sector. Cape Town 2015. S. 11–15. Hier: S. 11.

10 Aisha Bahadur/Lisa Kadel/Sarah Lincoln: Platinum for the World Market, Iron Shacks for Workers. Living and Working Conditions in Marikana Five Years after the Massacre. Brot für die Welt/Bench Marks Foundation, Berlin/Johannesburg 2016. S. 26.

11 Dick Forslund: Mass unemployment and the low-wage regime in South Africa. In: John Daniel/Prishani Naidoo/Devan Pillay/Roger Southall (Hg.): The Second Phase – Tragedy or Farce. New South African Review 3. Johannesburg 2013. S. 95–118.

12 Der Umsatz der letzten Jahre in Euro: 2014: 74,5 Milliarden, 2015: 70,5 Milliarden, 2016: 57,6 Milliarden. Aus: Integrierte Geschäftsberichte der BASF dieser Jahre. Online verfügbar.

mobilizulieferer und seiner Katalysatorenproduktion.¹³ Für diese sind Platin und verwandte Edelmetalle – die sogenannten Platingruppenmetalle (PGM) – zentrale, das heißt nicht ersetzbare Rohstoffe. Die PGM, allen voran Platin und Palladium, sind nach Gold die wertvollsten Metalle der Welt, etwa 60 mal teurer als Silber. BASF ist der weltweit größte Katalysatorenhersteller und damit der mächtigste Akteur im Platinbusiness. Als solcher kauft der Konzern jährlich für rund 650 Millionen Euro in Marikana bei dem dortigen Minenbetreiber Lonmin ein.¹⁴ Im Schnitt also schürfen die MinenarbeiterInnen von Marikana pro Tag Platin im Wert von zwei Millionen Euro für BASF. Der Konzern bezieht mehr als 50 Prozent der Jahresproduktion und ist damit der Hauptkunde von Lonmin, jenem Unternehmen, das nachweislich Mitschuld am Massaker von Marikana und an den dort seit Jahrzehnten vorherrschenden menschenrechtswidrigen Lebensbedingungen der MinenarbeiterInnen hat. Die Mitschuld von Lonmin wird im Anschluss an diese Einführung vor dem Hintergrund der weiterhin unabgeschlossenen Aufarbeitung des Massakers ausführlich dargestellt und erörtert. Die mittlerweile mehr als 30-jährige Geschäftsbeziehung zwischen BASF und Lonmin reicht bis in die Apartheidzeit zurück.

Eine Lieferkette, zwei Realitäten

Ein ganz wesentlicher Teil des Selbstverständnisses von BASF bezieht sich auf ein Geschäftsmodell, das – laut Eigendarstellung – »ökonomischen Erfolg« mit »sozialer Verantwortung« verbindet.¹⁵ Als Gründungsmitglied der *Global-Compact*-Initiative der Vereinten Nationen bekennt sich BASF zu dem Grundsatz, dass Unternehmen in all ihren Tätigkeitsbereichen Menschenrechte respektieren und befördern sowie Menschenrechtsverletzungen proaktiv verhindern sollen. Das deutsche Vorzeigeunternehmen bekennt sich ebenso zu den *UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte*, die international anerkannte Standards für die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht der Unternehmen festlegen. BASF präsentiert sich als internationaler Vorreiter »freiwilliger Lieferkettenverantwortung« und hat sich zur Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards verpflichtet, die »über gesetzliche Verpflichtungen hinausreichen«.¹⁶ BASF verspricht damit, Grundsätze »für ein verantwortliches Handeln« – zum Beispiel Menschenrechte,

13 BASF und die Automobilindustrie: www.basf.com/de/company/news-and-media/news-releases/2016/05/p-16-192.html

14 Das Geschäftsvolumen zwischen Lonmin und BASF betrug 2014 450 Millionen und 2015 650 Millionen Euro, so die Zahlen auf Anfrage von AktionärInnen bei den BASF-Hauptversammlungen in den Jahren 2015 und 2016. Die Summe des Geschäftsvolumens von 2016 wurde den AktionärInnen auf der Hauptversammlung am 12.5. 2017 vom BASF-Vorstand nicht mehr genannt. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sie unter den Wert von 2015 sank.

15 Siehe den zweiten Satz des Mission Statements von BASF unter: www.basf.com

16 Siehe hierzu www.basf.com/de/company/sustainability.html

Arbeitsnormen, soziale Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit – nicht bloß selbst zu befolgen, sondern dies auch von seinen Lieferanten einzufordern. Das Bekenntnis zur Lieferkettenverantwortung soll also BASF-Kunden garantieren, dass die Hauptlieferanten von BASF wie etwa Lonmin hohe menschen- und arbeitsrechtliche Standards einhalten. Die Betonung der »sozialen Verantwortung« zählt zum Kern des Geschäftsmodells und der Marke BASF, sie steigert den Marktwert des Unternehmens und damit dessen Profite.¹⁷

Es stellt sich angesichts der Ereignisse in Marikana aber die Frage, ob dieses Bekenntnis von BASF zu Lieferkettenverantwortung und menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht auch den eigentlich wichtigsten Adressaten – den Menschen vor Ort in den Platinabbaugebieten – nützt. Eine Bestandsaufnahme, wie sie auch dieses Buch vornimmt, kommt zu einer eindeutigen Antwort: Nein.¹⁸ Die Bilanz auch im sechsten Jahr nach dem Massaker von Marikana ist beschämend: Es wurden trotz erwiesener Schuld der Minenbetreiber und der Polizei keine Reparationszahlungen geleistet. Und weiterhin haben sich – trotz gegenteiliger Beteuerungen – die Arbeits- und Lebensbedingungen der in den Minen Beschäftigten und ihrer Angehörigen nicht verbessert.

Wie ist es aber nun möglich, dass jene Menschen, die eines der wertvollsten Metalle der Welt für das »sozial verantwortliche« Unternehmen BASF schürfen, seit Jahrzehnten in Slums leben? Diese Fragestellung ist nicht rhetorischer Natur, sondern war wichtiger Ausgangspunkt dieses Buchprojekts. Dementsprechend befassen sich die AutorInnen der hier versammelten Beiträge nicht nur mit den Ereignissen und Entwicklungen in Marikana, sondern adressieren darüber hinaus die systematischen Ausblendungen und strukturell bedingten Gleichgültigkeiten einer neokolonial geprägten Rohstoff- und Wirtschaftspolitik und fragen danach, wie diese überwunden oder zumindest ein Stück weit gerechter gestaltet werden kann.

Das Buch ist Zwischenergebnis und Teil der transnationalen Kampagne *Plough Back the Fruits*.¹⁹ Der Titel der Kampagne stammt von den Witwen der beim Massaker erschossenen Minenarbeiter und bringt eine ihrer zentralen Forderungen auf den Punkt: »Gebt uns unseren legitimen Anteil am Wohlstand und Reichtum zurück!« Mithin eine Forde-

17 Der BASF-Biograph Werner Abelshäuser spricht von BASF als einem »sozialen global player«. Vgl. Werner Abelshäuser (Hg.): Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte. München 2003. S. 628 ff.

18 Es gibt eine Reihe von Studien zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen, die alle zu dem gleichen Ergebnis kommen. Vgl. z. B. Aisha Bahadur/Lisa Kadel/Sarah Lincoln: Platinum for the World Market, Iron Shacks for Workers. Living and Working Conditions in Marikana Five Years after the Massacre. Brot für die Welt/Bench Marks Foundation, Berlin/Johannesburg 2016; Amnesty International: Smoke and Mirrors: Lonmin's failure to address housing conditions at Marikana, South Africa. Johannesburg 2016; Khulumani Support Group: We have to talk, we need changes – voices from platinum belt mine workers. Johannesburg 2015. Alle Studien sind online verfügbar.

19 Vgl. www.basflonmin.com. Siehe hierzu auch NomaRussia Bonase/Judy Seidman/Simone Knapp/Boniface Mabanza/Maren Grimm/Jakob Krameritsch: Plough Back the Fruits. Im Kampf um Gerechtigkeit und Restitution. Die Bodymaps der Witwen von Marikana. Hamburg u. a. 2016. Online verfügbar.

rung, die sich im Allgemeinen an den Globalen Norden und im Konkreten an BASF richtet, jenen Konzernen, der im Zentrum der Kampagne steht. Seit 2015 thematisiert *Plough Back the Fruits* die Rolle und Verantwortung von BASF für das Massaker von Marikana und für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der MinenarbeiterInnen. Sie bringt zwei Realitäten zueinander, die unterschiedlicher nicht sein können und die üblicherweise nicht zusammen gedacht, ja – wie wir sehen werden – gezielt voneinander getrennt werden: hier die Welt eines machtvollen und traditionsreichen deutschen Chemiekonzerns, dessen Geschäftsmodell es ist, sich als integer, nachhaltig und »sozial verantwortlich« zu präsentieren; dort die nach Abfall und menschlichen Exkrementen riechenden Slums der MinenarbeiterInnen, in denen ein Leben in Würde – immerhin ein Menschenrecht – unmöglich scheint. So unterschiedlich diese Realitäten auch sein mögen, sie sind durch eine geteilte Geschichte miteinander verbunden. Sie markieren Beginn und Ende einer sehr übersichtlichen, weil direkten Lieferkette.

Das Zusammentreffen und die vielfachen Zusammenhänge dieser beiden materiellen Realitäten, denen dieses Buch gewidmet ist, stellen nun aber keineswegs einen Einzelfall dar. Ganz im Gegenteil: Sie beschreiben vielmehr wesentliche Dynamiken und Symptome der vorherrschenden globalen politischen Ökonomie. Das Fallbeispiel BASF führt nicht bloß das Versagen »freiwilliger Lieferkettenverantwortung« vor Augen. Es zeigt nicht nur die Gefahren ungezügelter Konzernmacht und Merkmale neokolonialer Rohstoffpolitik auf. Das gewählte Fallbeispiel veranschaulicht ebenso die Kosten einer »Externalisierungsgesellschaft«²⁰ und der damit einhergehenden »imperialen Lebensweise«²¹. Nicht zuletzt steht es stellvertretend für die Gewaltförmigkeit kapitalistischer Vergesellschaftung.²²

KONTEXTE UND BEITRÄGE DES BUCHES

Geschichte der Gegenwart: Zur »Kontaktzone Platin«²³

Das Buch rückt die gegenwärtige Rohstoffpolitik am Beispiel der Lieferkette von Platin zwischen Lonmin und BASF und damit zwischen Südafrika und Deutschland in den

20 Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München 2016.

21 Ulrich Brand/Markus Wissen: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München 2017.

22 Heide Gerstenberger: Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus. Münster 2017.

23 Der Begriff Kontaktzone geht auf sogenannte »contact languages« zurück. Das sind Sprachen, die entstehen, wenn VertreterInnen unterschiedlicher Sprachen längere Zeit miteinander verbringen. Dazu gehört Fanakalo, eine Mischsprache, die von WanderarbeiterInnen in den Bergbauregionen Südafrikas gesprochen wird. Die Kontaktzone als »vermachteter Handlungsspielraum« betont den dynamischen Charakter von Hierarchien und Machtpositionen darin, der sich im Zuge von Begegnungen und Interaktionen verändern können. Zum Begriff vgl. Mary Louis Pratt: Imperial Eyes. Travel Writing and Transculturation. London 1992; James Clifford: Routes: Travel and translation in the late twentieth century. Cambridge/London 1997.

Fokus. Es stellt nicht nur die durch mächtige Konzerne mitverursachten Menschenrechtsverletzungen dar, sondern thematisiert auch die in ihnen zugrunde liegenden kolonialen Kontinuitäten.

Diese sind in Post-Apartheid-Südafrika überaus deutlich zu sehen. Laut Gini-Index, der die Ungleichverteilung von Einkommen misst, ist die Einkommensdiskrepanz in Südafrika heute größer als je zuvor. Die reichsten acht Prozent der Bevölkerung sind mehrheitlich weiß.²⁴ Sie verfügen über mehr Einkommen als die ärmeren 50 Prozent der Bevölkerung, die fast ausschließlich Schwarz sind.²⁵ In Bezug auf Verteilungsgerechtigkeit steht Südafrika weltweit an der Spitze. Von diesem allgegenwärtigen Kreislauf von Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit²⁶ profitiert die Bergbauindustrie. WanderarbeiterInnen (etwa 8 Prozent der MinenarbeiterInnen sind Frauen) aus den ehemaligen Homelands arbeiten weiterhin zu Niedriglöhnen und unter sehr gefährlichen Bedingungen in den Platin-, Gold-, Diamanten- und Kohleminen im Norden des Landes.

Um die Position von BASF und die Diskurse um Lieferkettenverantwortung im globalen Rohstoffhandel insbesondere vor dem Hintergrund der langen Tradition von Rohstoffausbeutung in Südafrika fassen zu können, ist eine historische Annäherung unabdingbar. **Barbara Müller, Simone Knapp, Jakob Krameritsch** und **Walter Sauer** beschreiben in ihrem Artikel, dass die Ausbeutung der WanderarbeiterInnen durch Länder des Globalen Nordens und durch transnationale Unternehmen nicht nur mitverursacht wurde, sondern diese, als Profiteure und somit Teil des Apartheid-Regimes, daran auch gut verdienen. Im Fokus des Beitrages stehen die Schweiz, Deutschland und Österreich. Aus der historischen Rolle dieser Länder erwächst eine unmittelbare Verantwortung, daran mitzuarbeiten, dass mit Kontinuitäten und Adaptionen des kolonial fundierten Apartheidregimes gebrochen wird.

Im Interview mit **Gavin Capps**, einem Experten für den Platinbergbau, wird klar, wie stark der Minensektor – und mit ihm die gesamte politische Ökonomie Südafrikas – weiterhin durch die Apartheid-Vergangenheit geprägt ist. Den Nachwirkungen von ko-

²⁴ Mit der Verwendung und Großschreibung des Adjektivs Schwarz knüpfen wir an die politische Selbstbeschreibung von Schwarzen AktivistInnen an. Damit soll unter anderem auf die soziale Konstruiertheit von Schwarz hingewiesen werden. Demgegenüber steht die Kursivierung von weiß, um ebenfalls »den Konstruktionscharakter markieren zu können und diese Kategorie ganz bewusst von der Bedeutungsebene des Schwarzen Widerstandspotenzials [...] abzugrenzen.« Maureen Maisha Eggers/Grada Kilomba/Peggy Piesche/Susan Arndt (Hg.): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster 2005. Hier S. 13. Vgl. Belinda Kazeem/Johanna Schaffer: *Talking back. bell hooks und Schwarze feministische Ermächtigung*. In: Julia Reuter/Alexandra Karentzos (Hg.): *Schlüsselwerke der Postcolonial Studies*. Wiesbaden 2012. S. 177–188.

²⁵ John S. Saul/Patrick Bond: *South Africa – The Present as History. From Mrs. Ples to Mandela & Marikana*. Johannesburg 2014; Sampie Terreblanche: *Lost in Transformation. South Africa's Search for a New Future Since 1986*. Johannesburg 2012. Vgl. auch Peter Alexander: *Rebellion of the Poor: South Africa's Service delivery protest – a preliminary analysis*. In: *Review of African Political Economy*, 37/123, 2010. S. 25–40.

²⁶ Zum PUI-Problem (Poverty, Unemployment, Inequality) siehe Saul/Bond: *South Africa and Terreblanche: Lost in Transformation*. Vgl. auch Alexander: *Rebellion of the Poor* und Jens Erik Ambacher/Romin Khan (Hg.): *Südafrika. Die Grenzen der Befreiung*. Berlin/Hamburg 2010.

lonialrassistisch legitimierter Ausbeutung begegnen wir in der Auseinandersetzung mit der heutigen Rohstoffindustrie allerorten. Manche dieser Langzeitfolgen spitzen sich eher zu, als dass sie überwunden werden. Gegenwärtige Formen wirtschaftlicher Ausbeutung, von Rassismus, Klassismus und Sexismus bewirken weiterhin die soziale, kulturelle und ökonomische Marginalisierung der Schwarzen ArbeiterInnen. **Asanda Benya** und **Judy Seidmann** verdeutlichen dies anhand der unterschiedlichen Rollen und Positionen, die Frauen im Bergbau zugewiesen werden. Frauen sind, wie Benya und Seidman schreiben, die »Stoßdämpfer der Industrie«; sie sind die unsichtbaren Hände, die der Bergbauindustrie die hohen Profite sichern und sie in Krisenzeiten am Leben halten.

Diese ersten Beiträge lassen die Skizze einer gegenwärtigen »Platin-Kontaktzone« entstehen (siehe Buchklappe). In diesem Mapping sind die Hauptakteure verzeichnet, die sich auf dem Feld des Platinbergbaus und -handels begegnen, freilich von divergierenden Machtpositionen aus und mit ungleicher Kapitalienverteilung. Ebenso angeführt sind Gesetze, Abkommen, unverbindliche Empfehlungen, Initiativen und Programme, die versuchen, die Beziehungen zwischen den einzelnen Akteuren zu regeln. Genannt werden auch die – häufig viel mächtigeren – sozio-ökonomischen Strukturen, die auf die Akteure der Kontaktzone, deren Beziehungen und Handlungen, einwirken und sie mitprägen.

Auf dieser Landkarte taucht BASF als zentraler Kunde der südafrikanischen Platinproduktion auf. **Maren Grimm** und **Jakob Krameritsch** widmen sich dem Konzern und dessen Geschäftstätigkeit in Südafrika, die bis in die Apartheidzeit zurückreicht. In ihrem Beitrag schildern sie auch die bisherigen Konfrontationen der Kampagne *Plough Back the Fruits* mit dem Chemiekonzern, die sich vor allem in den Aktionärsversammlungen abspielten. Daran anschließend dokumentiert die Rede von **Mzoxolo Madigwana**, die er auf der BASF-Aktionärsversammlung von 2017 gehalten hat, seine Geschichte und die miserablen Lebensbedingungen rund um die Platinminen von Lonmin. Mzoxolo Magidwana war 2012 unter den streikenden Minenarbeitern und wurde von neun Gewehr-kugeln der Polizei getroffen. Es grenzt an ein Wunder, dass er überlebt hat. In seiner Rede fragt er den BASF-CEO, Kurt Bock, ob es denn zu viel verlangt sei, ein Leben in Würde führen zu wollen. Mit den Reaktionen des BASF-Vorstandes im Rahmen der Aktionärsversammlung beschäftigt sich **María do Mar Castro Varela**. In ihrer Diskursanalyse einer Rede des Konzernchefs identifiziert sie Strategien der Verzögerung, Verheimlichung, Verharmlosung und Verdrehung von Tatsachen.

Freiwillige Lieferkettenverantwortung: Zur Suggestion von Aktivität

Ein Motiv der Kampagne und Beschäftigung mit BASF ist, das Konzept der »freiwilligen Lieferkettenverantwortung« als Teil des Geschäftsmodells und Marketingkonzepts von BASF kritisch zu hinterfragen. Die Kernproblematik, in die **Michael Reckordt** einführt,

ist schnell umrissen: Die Globalisierung der Ökonomie wurde nicht von einer Globalisierung des Rechts begleitet. Bisherige UN- und OECD-Leitprinzipien zur Lieferkettenverantwortung sind lediglich *soft law*, also Empfehlungen oder Standards ohne rechtlich verbindlichen Charakter. Transnationale Konzerne bewegen sich damit weitgehend in einem Raum der Straflosigkeit. Es gibt keinen internationalen Strafgerichtshof, vor dem sie haftbar gemacht werden könnten. Zudem fehlt weiterhin ein kohärentes Rechtssystem für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne.²⁷ Es gibt also – mit wenigen nationalen Ausnahmen²⁸ – keine rechtlich verbindlichen Regulierungen menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht entlang von Wertschöpfungsketten. Die deutsche Industrie, und mit ihr BASF, blockiert die Einführung von solchen rechtsverbindlichen nationalen wie europäischen Regelungen. Das Bekenntnis zur freiwilligen – i.e. privatisierten und nicht staatlich kontrollierbaren – Lieferkettenverantwortung dient dafür als Instrument.

Wie im Gespräch mit **Dinah Rajak** deutlich wird, haben Konzerne wie BASF den *Global Compact* und ähnliche Initiativen zur Unternehmensverantwortung mit ins Leben gerufen, um mit dieser unkontrollierbaren Selbstverpflichtung rechtlich bindenden Regelungen vonseiten der Politik zuvorzukommen. Studien zur Praxis freiwilliger Lieferkettenverantwortung zeigen: Das Bekenntnis dazu dient vor allem der Imagepolitik transnationaler Unternehmen.²⁹ Den Menschen am Beginn der Lieferkette, in den Rohstoff-Abbaugebieten oder in den Textilmanufakturen, hilft es keinen Deut. Was dagegen helfen könnte, sind rechtlich verbindliche und von unabhängigen staatlichen und lokalen Organen kontrollierbare Vorgaben und Standards, die bei Nichteinhaltung Klagen und auch Sanktionen nach sich ziehen würden. Transnationale Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen und Vergehen gegen wirtschaftliche und soziale Rechte endlich haftbar zu machen, scheint gerade für den Rohstoffsektor dringend notwendig, betrifft doch fast ein Drittel der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen den extraktiven Sektor. Das sind mehr als in jedem anderen Bereich der Wirtschaft.³⁰

²⁷ Johannes Kramml/Marietta Kaufmann/Karin Küblböck/Julia Planitzer: Mehr Menschenrechte in Rohstoff-Lieferketten. Sorgfaltspflichten – Handelspolitik – öffentliche Beschaffung. Wien 2017. S. 30.

²⁸ Eine Ausnahme stellt Frankreich dar, in dem eine verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht – wenn auch reichlich verwässert – gesetzlich festgeschrieben wurde. Hier zeigt sich die Ambivalenz »freiwilliger Verpflichtungen«: Einerseits werden diese dazu genutzt, eine Verrechtlichung im Sinne von *hard laws* zu verhindern. Andererseits kann der konsequente Verweis auf sie auch zu einem Instrument werden, schrittweise und mittels harter Arbeit *hard laws* einzuführen. Vgl. European Coalition for Corporate Justice: French Corporate Duty of Vigilance Law. Frequently Asked Questions, unter: <http://corporatejustice.org>.

²⁹ Siehe z. B. AK Rohstoffe: Verantwortung entlang der Lieferkette im Rohstoffsektor. Warum verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten notwendig und machbar sind – Eine Auseinandersetzung mit Argumenten der deutschen Industrie. Berlin 2015. Online verfügbar.

³⁰ Vgl. ebda. und Human Rights Council: Promotion and Protection of all human rights, civil, political, economic, social and cultural rights including right to development. Report of the Special Representative of the Secretary-General on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises, Distr. GENERAL A/HRC/8/5/Add.2, 23.5.2008.

Auch insofern steht der hier geschilderte Fall beispielhaft für Hunderte ähnlich gelagerte Fälle.

Die zahlreichen staatlichen wie transnationalen Initiativen, die sich um die Einführung von *hard laws* bemühen, unterscheiden sich stark hinsichtlich ihrer Reichweite, ihres Umfangs und ihrer Verbindlichkeit. Angesichts der Zähigkeit, mit der sie voranschreiten und an entscheidenden Punkten dann doch blockiert oder bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden, entsteht nicht selten der Eindruck, sie dienen lediglich dazu, Aktivität in diesem Bereich zu suggerieren – und damit angemessene Lösungen weiter hinauszuzögern. In diese Mühen der Ebene führt **Akhona Mehlo** ein, die sich mit dem UN-Abkommen zur Verantwortung transnationaler Konzerne beschäftigt, darüber hinaus widmet sich **Sarah Lincoln** dem deutschen *Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte*. Beide machen deutlich wie wichtig, trotz vielfacher Rückschritte und Frustrationen, die Beteiligung der Zivilgesellschaft an diesen Prozessen ist. **Carolijn Terwindt** untersucht eine weitere, Wirksamkeit suggerierende, aber *de facto* kontraproduktive Aktivität von Unternehmen im Kontext der Lieferkettenverantwortung: Audits von Lieferanten. Zumindest in der jetzigen, intransparenten Form täuschen sie in einer zuweilen gefährlichen Art und Weise eine Realität vor, die tatsächliche Verbesserungen vor Ort eher erschweren als ermöglichen. Nur ein Beispiel: Die zwischen 2007 und 2011 vom deutschen Kleidungsunternehmen KIK in Auftrag gegebenen Audits hatten der pakistanischen Fabrik, bei deren Einsturz im Jahr 2012 über 260 Menschen starben, ein gutes Zeugnis ausgestellt.

Franziska Dübgen widmet sich dem all diesen Initiativen und Debatten zugrunde liegenden Begriff der »Verantwortung« aus sozialphilosophischer Perspektive und plädiert für dessen Politisierung. Sie weist neoliberale Diskurse um die vermeintliche Macht der KonsumentInnen entschieden zurück. In ihnen werde Verantwortung nach unten verschoben, ohne Machtverhältnisse und strukturelle Ungerechtigkeiten zu verändern.³¹ Dübgen macht deutlich, dass Verantwortung keine Frage des individuellen Konsums ist, sondern Angelegenheit politischer Entscheidungen, die auf Macht, Privilegien und Interessen basieren.

Konzernmacht: Zur Beeinflussung von Markt und Staat

Der Grad der Verantwortung hängt also von Status, Macht und Einfluss ab. Und genau darüber verfügen transnationale Konzerne im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts in einem bisher ungekannten Ausmaß. Die Machtfülle dieser Konzerne ist mittlerweile derart groß, dass angesichts dessen das analytisch ohnehin fragwürdige Konzept vom

³¹ Vgl. Alden Wicker: Conscious consumerism is a lie. Here's a better way to help save the world, 2017. Online verfügbar. Jennifer Jacquet: Scham. Die politische Kraft eines unterschätzten Gefühls. Frankfurt/Main 2015.

»freien Markt«, dem ein »regulierender Staat« gegenübersteht, erweitert werden muss. Reichtum, wirtschaftliche Konzentration und politische Macht transnationaler Konzerne haben derart zugenommen, dass sie tendenziell sowohl die Märkte als auch die (inter-)nationale Politik beherrschen. Da eine marktdominierende Stellung mit politischem Einfluss einhergeht, sind transnationale Unternehmen in der Lage, Staaten gegeneinander auszuspielen. Diese Konzerne sind »too big to fail«, also in einem Maße systemrelevant, dass sie etwa durch Androhung von Kapitalflucht Staaten bzw. deren Regierungen erpressen können, wie etwa die Reaktionen auf die Finanzkrise 2008 gezeigt haben (»Bankenrettung«, Austeritätspolitik). Sie nutzen Steuervermeidungstechniken, verschieben ihre Gewinne in Steueroasen und treiben Staaten in einen bisweilen ruinösen Wettlauf um Niedrigsteuersätze. Durch den drohenden Entzug zu versteuerner Gewinne und den Verlust von Arbeitsplätzen richten sich staatliche Politiken an den Interessen der Konzerne aus. Beispielhaft dafür stehen die zahlreichen Initiativen verschiedener deutscher Ministerien. Der *Marshall-Plan für Afrika* (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), *Compact with Africa* (Bundesfinanzministerium) und die Initiative *Pro!Afrika* (Bundewirtschaftsministerium) setzen alle auf privatwirtschaftliche Initiativen und sind getrieben von der Suche der Politik nach neuen und lukrativen Investitionsmöglichkeiten vor allem deutscher Unternehmen.

Christoph Trautvetter illustriert die Steuervermeidungspraktiken von BASF und weist auch auf deren Lobbyismus gegen die von der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) und der Europäischen Union (EU) geplanten Reformen für ein gerechteres, sozialeres und transparenteres internationales Steuersystem hin. Dieser moderne Konzern-Lobbyismus erschließt sich nicht mehr nur in guter PR für die eigene Sache, vielmehr geht es ihm um die Verschmelzung mit der Politik. Es ist mittlerweile Usus, dass Personen zwischen politischen Ämtern und Positionen in Konzernen hin und her wechseln, der »Drehtüreffekt« sorgt für große Durchlässigkeit.³² Die Lobby war ursprünglich das Vorzimmer des Saals, in dem politische Entscheidungen gefällt wurden. In der Lobby versammelten sich also jene, die diese Entscheidungen beeinflussen wollten, selbst aber keinen Zugang zum Saal hatten. Mittlerweile aber sind diese Interessensgruppen direkt an politischen Entscheidungen beteiligt. Sie setzen Standards, etablieren private Regulierungssysteme, schreiben Gesetze, beraten und maßregeln MinisterInnen und RegierungschefInnen³³, entsenden VertreterInnen in Ministerien oder sind – wie etwa Vorstandsmitglieder von BASF – offizielle Teilneh-

32 Attac (Hg.): Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle. Wien/Berlin 2016. S. 9.

33 So etwa kritisierte BASF-Vorstandschef Jürgen Hambrecht lautstark, dass Bundeskanzlerin Merkel 2007 den Dalai Lama offiziell empfangen hat. Siehe Michael Inacker: Moral oder Profit. Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier geraten in einen prinzipiellen Konflikt: Welche Stellung gebührt dem Markt und welche den Menschenrechten in der Außen- und Wirtschaftspolitik? In: WirtschaftsWoche, 22.10.2017. S. 24.

merInnen von G20-Runden.³⁴ Der Beitrag von **Jan Pehrke** beschäftigt sich mit diesem erweiterten Lobbyismus der deutschen Chemieindustrie und mit dessen Folgen am Beispiel von BASF.

Diese so ausgeübte Macht ist nun aber keineswegs demokratisch legitimiert, sondern allein den Profitinteressen der AktionärInnen verpflichtet. Die BürgerInnen selbst haben auf die Unternehmen keinerlei formellen Zugriff. Genau darum kann dem Konzept der *Corporate Social Responsibility* (CSR) nur sehr eingeschränkt vertraut werden. Für die Regelung transnationaler Probleme auf CSR zu setzen, käme einer Bankrotterklärung demokratischer Institutionen gleich, da damit der Anspruch auf einen Ausgleich zwischen Gemeinwohl- und Wirtschaftsinteressen aufgegeben würde.³⁵ **Boniface Mabanza** zeigt auf, wie die *European Partnership Agreements* (EPAs) mit den AKP-Ländern (der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten) – vergleichbar mit TTIP und CETA – von Konzerninteressen diktiert sind. Er rückt damit die Kernthematik des Buches in den Kontext der Interessenpolitik der EU-Staaten und der neokolonialen *Strukturanpassungsprogramme* von WTO und Weltbank. **Patrick Bond** widmet sich der Rolle Deutschlands in eben diesen Gremien und zieht damit auch die Verbindungslinien von den PGM-Rohstoffen zur einflussreichen deutschen Automobilindustrie.

Aus- und Einblendungen: Zur imperialen Lebensweise und Externalisierungsgesellschaft

In dem hier behandelten Beispiel der Platin-Lieferkette zwischen Lonmin und BASF, zwischen Marikana und Ludwigshafen, tritt eine kapitalistische Vergesellschaftungsform zutage, die mit den Begriffen der *imperialen Lebensweise* und der *Externalisierungsgesellschaft* konzeptualisiert worden ist. Das Konzept der imperialen Lebensweise besagt im Kern, dass sich die ressourcen- und emissionsintensive Produktions- und Konsumweise in den wohlhabenden Ländern schon seit dem Kolonialismus systematisch auf billige Ressourcen und billige Arbeitskräfte in anderen Weltregionen stützt und nur dadurch möglich ist.³⁶ An den vielen Peripherien der kapitalistischen Weltökonomie werden zu Billigstpreisen Arbeiten verrichtet, Ressourcen gefördert, Giftstoffe freigesetzt, Abfälle gelagert, Landstriche verwüstet, Sozialräume zerstört, Menschen getö-

34 In einem G20-Bericht von 2010 heißt es etwa, dass die Manager – unter ihnen der damalige BASF-CEO Jürgen Hambrecht – »in Zusammenarbeit mit den nationalen Finanzministern an den Vorschlägen zur Reform des Bankensektors arbeiten« sollen. Daniel Goffart: Kritik am Gipfeltreffen: Von großen Plänen und heißer Luft. In: Handelsblatt Online, 25.6.2010. Siehe auch Colin Crouch: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II. Berlin 2011. S. 186.

35 Vgl. Wolfgang Kaleck/Miriam Saage-Maaß: Unternehmen vor Gericht. Globale Kämpfe für Menschenrechte. Berlin 2016. S. 43.

36 Ulrich Brand/Markus Wissen: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München 2017.

tet – nur damit die Menschen in den Zentren des Wohlstands ihre imperiale Lebensweise aufrechterhalten können.³⁷ Diese emissions- und ressourcenintensive Lebensweise³⁸ ist in diesen Zentren der Welt zur Normalität geronnen, sie besteht weitgehend unhinterfragt, bestimmt mittlerweile den Alltag nahezu aller sozialer Klassen und Milieus in all ihren Selbstverständlichkeiten und Routinen. Wir sind demnach alle – wenn auch in unterschiedlichem Maße – davon betroffen und angesprochen.³⁹ Die Mehrheit der Bevölkerung in diesen Zentren zählt zu den Profiteuren dieser Lebensweise.

Die imperiale Lebensweise geht mit globalen Machtasymmetrien einher, da ihre ökologischen und sozialen Kosten andere Menschen auf diesem Globus zu tragen haben. Sie werden auf ein Außen verlagert, sie werden externalisiert. Die »Externalisierungsgesellschaft« basiert nach **Stephan Lessenich** auf drei Grundpfeilern: Ausbeutung, Auslagerung und Ausblendung. Ausbeutung beschreibt die einseitige Aneignung von Natur und Arbeitskraft, eine Aneignung also, in der die einen zulasten anderer oder der Natur profitieren, etwa indem die Arbeit anderer ab- oder minderbewertet und wenig oder gar nicht abgegolten wird.⁴⁰ Viele Arbeiten werden systematisch ausgelagert, genauso wie gefährliche oder gesundheitsschädliche Produktionsformen und – das zeigt das Beispiel BASF deutlich – auch Umweltschäden. Es kommt zu dem bekannten Paradox: Dort wo die Menschen einen riesigen Ressourcenverbrauch haben, sind die Umweltschäden mittlerweile recht gering. Dort wo Menschen einen sehr niedrigen Verbrauch haben und der ökologische Fußabdruck um ein Vielfaches geringer ist, sind die Umweltschäden dagegen oft extrem. Im Vergleich der Verhältnisse von Marikana und Ludwigshafen wird dies offensichtlich. Das Beispiel BASF führt ebenso vor Augen, dass durch diese Auslagerungen ebenso soziale Konflikte und Gewalt externalisiert werden.

37 Vgl. Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München 2016. S. 180.

38 Der »metabolische Rohstoffverbrauch« schreitet voran, auch in Deutschland. Wurde etwa die jährlichen Metallimporte in den Berichten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe für 2013 bis 2015 noch mit jährlich ca. 63 bis 67 Millionen Tonnen beziffert, so wurden diese Werte nun im aktuellen Bericht dramatisch nach oben korrigiert. Es werden für die Jahre 2014 bis 2016 um die 90 bis fast 92 Millionen Tonnen angegeben. Vgl. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe: Deutschland – Rohstoffsituation 2016. Hannover 2017. S. 23. Vgl. dazu auch Anke Schaffartzik/Andreas Mayer/Simone Gingrich/Nina Eisenmenger/Christian Loy/Fridolin Krausmann: The global metabolic transition: Regional patterns and trends of global material flows. 1950–2010. In: Global Environmental Change 26/2014. S. 87–97. Online verfügbar.

39 »Die imperiale Lebensweise ist zugleich Notwendigkeit und Versprechen, Zwang und Voraussetzung des Lebens sowie der gesellschaftlichen Teilhabe. Das Verhältnis von Zwang und Ermöglichung sowie die Fähigkeit, sich dem Zwang zu entziehen, variieren mit der sozialen Position der Individuen.« Brand/Wissen: Lebensweise. S. 56.

40 Feministische Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie beschreibt Externalisierung als grundlegendes Prinzip kapitalistischer Ökonomie, das schon vor Prozessen der Globalisierung am Werk war, etwa am Beispiel des Umgangs mit Care-Arbeit. Vgl. z.B. Adelheid Biesecker/Uta von Winterfeld: Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen. Working Paper 2014 der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaft. Online verfügbar. Bettina Haidinger/Käthe Knittler: Feministische Ökonomie. Eine Einführung. Wien 2016. S. 123 ff.

Damit die imperiale Lebensweise aufrechterhalten werden kann, muss sie der Mehrheit der Menschen legitim erscheinen, das heißt, Ausbeutung und Auslagerung müssen umgedeutet, verdrängt oder ausgeblendet werden. Die Einsicht in die systematische Verursachung von Ungerechtigkeit, Leid und Gewalt darf keinen Platz im kollektiven Bewusstsein finden. Die Mechanismen dieser Ausblendung sind vielfältig.

Stefan Buchen untersucht eine Form davon. Er geht der Frage nach, warum deutsche KorrespondentInnen in ihrer Berichterstattung keinen Bezug des Massakers von Marikana zur deutschen Wirtschaft hergestellt haben bzw. herstellen konnten. Dabei erörtert er, warum die Geschäftsbeziehung zwischen BASF und Lonmin so lange nicht entdeckt und thematisiert wurde. Auch **Rosemary Lombard** geht dominanten Wahrnehmungsmustern nach, die zu Narrativen führen, die systematisch Ausschlüsse produzieren. Ausgehend von zwei Stereofotographien aus dem frühen 20. Jahrhundert, auf denen Minenarbeiter mit Werkzeugen zu sehen sind, beschreibt sie die »symbolische Auslöschung« und »epistemische Gewalt« gegenüber Schwarzen MinenarbeiterInnen, die in abgewandelter Form auch in der Berichterstattung des Massakers von Marikana greifbar wurde.

Teil dieser Ausblendungsmaschinerie, dieses oft aktiven Ignorierens und Nichtwissens, sind die hier schon angesprochenen CSR-Strategien. Wie Knud Andresen am Beispiel des Automobilkonzerns VW in Apartheid-Südafrika kürzlich darlegte,⁴¹ lag die Geburtsstunde von CSR in einer Situation, in der Konzerne unter Druck gerieten und Wege finden mussten, um unter moralisch und politisch schwierigen Verhältnissen ihre Geschäftsinteressen zu wahren. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch der Ökonom Dick Forslund in der Untersuchung der Nachhaltigkeitsberichte von Lonmin: »Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ein Minenunternehmen offensichtlich einfach solange weitermachen kann, wie der Konzern öffentlich Problembewusstsein zeigt, sich reuig gibt, neue Vereinbarungen mit den Ministerien trifft, Respekt gegenüber den Gesetzen ausdrückt und verspricht, etwaige Unterlassungen und Fehler in den kommenden Jahren zu beheben. Das ist die narrative Strategie der »Nachhaltigkeitsberichte«, mit der politisches Terrain verhandelt und gewonnen wird. [...] Gegen Lonmin wurden noch nie irgendwelche Strafen oder Sanktionen verhängt.«⁴²

In einem Interview zu diesen Berichten erläutert Forslund, wie manipulativ diese sind: »Die Art und Weise, wie die Berichte verfasst sind, ist wirklich hohe Kunst. Ich brauchte wirklich eine ganze Weile, bis mir klar geworden ist, dass Lonmin die 5.500 Häuser, die sie den Arbeitern versprochen hatte, nicht gebaut hat. Ich habe fünf Monate damit verbracht, diese Berichte zu lesen, und es dämmerte mir erst beim Korrekturlesen meines

41 Knud Andresen: Moralische Ökonomie. Bundesdeutsche Automobilunternehmen und Apartheid. In: Zeit-historische Forschungen 2/2016. S. 231–253. Online verfügbar.

42 Dirk Forslund: Coping with Unsustainability. October 2013. Bench Marks Policy Gap 7 (Lonmin). Online verfügbar.

Berichtes, dass sie seit 1999 keine Häuser gebaut haben. Da ist nichts! Warum habe ich das nicht gesehen? Wegen der Art, wie erzählt wird. Diese Tatsache war im Text so sorgfältig in permanenten Versprechungen und Bekenntnissen versteckt, dass ich es lange Zeit übersehen habe. [...] Es ging in einer Lawine von Worten unter.«⁴³

Mit dieser Lawine von Worten – und Bildern, sei hinzugefügt – werden Realitäten behauptet, die den Blick auf die materiellen und empirischen Realitäten verstellen, sie verschwinden hinter potemkinschen Fassaden. Die Legende vom Fürsten Potemkin steht nicht unbedingt für ein Täuschungsmanöver, sie lässt sich auch so deuten, dass dem Ganzen ein heimlicher Konsens zugrunde lag: Fürst Potemkin habe gewusst, dass Kaiserin Katharina II. wusste, dass die ihr gezeigten Dörfer nur Fassade sind. Und die Kaiserin habe wiederum gewusst, dass Potemkin wusste, dass sie dies wusste. Wortlos schlossen beide ein Übereinkommen, das einen »als-ob-Modus« installierte: Wenn beide die Fassaden als Realität anerkennen, kann niemand belangt werden, »business as usual« kann unvermindert weitergehen.

Es geht demnach nicht nur um die Fassaden und ihre KonstrukteurInnen sondern auch um jene Instanzen, die ihnen – ob intendiert oder nicht – Glauben schenken und ihnen dadurch Gültigkeit und Stabilität verleihen. Die potemkinschen Funktionszusammenhänge werden in diesem Buch an unterschiedlichen Stellen thematisiert, sie ziehen sich nicht nur durch die gesamte »Platin-Kontaktzone«, sondern sind für die Aufrechterhaltung der vorherrschenden politischen Ökonomie vital. Ein Teil emanzipatorischer Arbeit ist es demnach, das betont Stephan Lessenich, diese potemkinschen Wahrnehmungsschleifen, die den Blick auf die strukturelle und systeminhärente Gewalttätigkeit kapitalistischer Vergesellschaftung verstellen, aufzubrechen.

Die Kosten der Externalisierungsgesellschaft sind im Globalen Süden ebenso wenig gleichmäßig verteilt wie deren Nutzen im Globalen Norden. Das macht die Bildung von Allianzen für eine gerechtere Welt in Zeiten neoliberaler Hegemonie nicht gerade einfach. Mit Herausforderungen und Lösungsansätzen neuer Formen von transnationaler Solidarität und grenzüberschreitenden Kämpfen gegen die Ursachen der Externalisierungsgesellschaft und ihrer Kosten befassen sich die Beiträge von **Alexander Behr** und **Trevor Ngwane** sowie von **Britta Becker** und **Boris Kanzleiter**. Behr und Ngwane gehen auf die Geschichte internationalistischer Praxis ein und versuchen, daraus Lehren für eine Neukonzeption von Solidarität zwischen Nord und Süd im 21. Jahrhundert zu ziehen. Becker und Kanzleiter weisen in ihrem Beitrag zu *Globalen Sozialen Rechten* auf einen

⁴³ Siehe Interview mit Dick Forslund, Februar 2015, unter: basflonmin.com. Angesichts dessen verwundert es nicht, dass Lonmin 2010 von der *Strategic Social Society* mit dem *Lang Communications award of Most Improved Narrative* im Rahmen des Wettbewerbes um den besten Firmenreport ausgezeichnet wurde (»highest quality of strategic thinking, management and capability in articulated corporate reporting«). Bei der Preisverleihung wurde in der Keynote Folgendes unterstrichen: »It is fundamentally important that good reporting gives investors and the public an understanding of what the business is trying to achieve, and that its business model and strategy is clear. The narrative plays a central part in achieving this.« Siehe: www.sps.org.uk.

Ansatz hin, der über menschenrechtliche Diskurse hinausreicht. So bedeutend, einflussreich und wertvoll der Diskurs um Menschenrechte auch war, ein damit einhergehender Eurozentrismus, eine Entpolitisierung und Geschichtsvergessenheit lassen sich nicht von der Hand weisen. Vor allem die weitgehende Ignoranz gegenüber den Kämpfen um Menschenwürde in den kolonisierten Gesellschaften ist dafür ein markantes Beispiel.⁴⁴ Die Festschreibung des Eigentumsbegriffs und die Betonung individueller Rechte durch die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* haben der kapitalistischen Wirtschaftsweise Vorschub geleistet⁴⁵ und damit vielfach die westliche Lebensweise legitimiert.⁴⁶ Durch ihre Verankerung in nationales Recht stehen sie weiterhin ausschließlich BürgerInnen dieser Staaten zu. Diese Lücken anerkennend und korrigierend, versucht der Ansatz der *Globalen Sozialen Rechte* nicht nur Menschenrechte zusammen mit sozialen und politischen Rechten zu denken: Er fordert darüber hinaus zur bedingungslosen und aktiven Aneignung dieser Rechte auf. Schließlich sollte es uns allen darum gehen, wozu Silvia Federici im eingangs zitierten Satz aufruft: uns zu verweigern – uns einer Lebensweise zu verweigern, die das Leid anderer in Kauf nimmt. Abschließend ist die aus Marikana stammende Aktivistin **Thumeka Magwanqana** am Wort. Sie fordert in ihrer Rede auf der von Milo Rau inszenierten *General Assembly* ein gutes Leben für alle. Wir schließen uns ihr an.

Britta Becker, Maren Grimm und Jakob Krameritsch
Berlin/Hamburg/Wien, April 2018



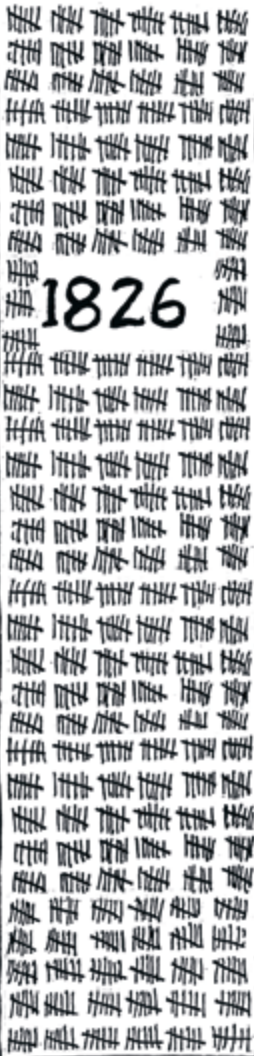




PS.

Im Dezember 2017 wurde ein Übernahmeangebot für Lonmin durch *Sibanye-Stillwater* bekannt. *Sibanye-Stillwater* ist der größte südafrikanische Goldproduzent, seit 2016 besitzt der Konzern auch Platin- und Palladium-Minen und eine Recycling-Anlage für Platin in den USA. Zu dem Zeitpunkt, als die Arbeit an diesem Buch abgeschlossen wurde, hatten die AnteilseignerInnen beider Konzerne dem Übernahmeantrag zugestimmt, der nun seit März 2018 den Wettbewerbsbehörden vorliegt. Durch die voraussichtliche Übernahme von Lonmin wird *Sibanye-Stillwater* zum weltweit zweitgrößten Platinproduzenten. Thematisiert wird die Übernahme in den Beiträgen von Gavin Capps (S. 88) und Patrick Bond (S. 318).

⁴⁴ Makau Mutua: Savages, Victims, and Saviors. The Metaphor of Human Rights. In: Harvard International Law Journal 42/2001. S. 201–245.

⁴⁵ Roland Klautke/Brigitte Oehrlein (Hg.): Globale Soziale Rechte. Zur emanzipatorischen Aneignung universaler Menschenrechte. Hamburg 2008.

⁴⁶ Gregor Samsa: Hype oder kommunistisches Szenario. In: ak – analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis 508/2006.

Marikana miners killed by police on 16 Aug. 2012:	Number of their dependants:	Days since the massacre:	Number of people who know the <u>real</u> story through award-winning media:	Price paid by one Lonmin director in 2012 for a buffalo:*	Compensation paid to families:	Police / Lonmin execs / politicians / facing charges:
34	±300	1826	HUNDREDS OF THOUSANDS	R13 MILLION	0	0
			  			
				(* actual purchase, not the failed R13 mill. bid)		

DAILY MAVERICK 16 Aug 2017
ZAPIRO ©

► Zapiro ist der bekannteste Karikaturist Südafrikas. Dieser Cartoon erschien am 16. August 2017 anlässlich des fünften Jahrestages des Massakers von Marikana in der Online-Zeitung *Daily Maverick*.

DIE KONVERGENZ VON KONZERN- UND STAATSINTERESSEN ZUR UNABGESCHLOSSENEN AUFARBEITUNG DES MASSAKERS VON MARIKANA

Maren Grimm und Jakob Krameritsch

Die rund 25.000 Festangestellten und 8.000 Vertrags- und Zeitbediensteten von Lonmin im nahe Johannesburg gelegenen Marikana holen am Tag durchschnittlich 26.000 Tonnen Gestein an die Oberfläche, aus denen etwa 3.500 Unzen *Platinum Group Metals* (PGM) gewonnen werden.¹

¹ Marikana ist damit die zweitgrößte Platinmine der Welt; vgl. Lonmin Plc Interim Report 2017. Operating Statistics. Online verfügbar. Im Jahr 2012, dem Jahr des Massakers, verfügte Lonmin über rund 28.000 Angestellte und 10.000 Vertrags- bzw. Zeitbedienstete.

Marikana liegt im Bushveld-Komplex, jenem Gebiet, in dem sich etwa 95 Prozent der weltweit bekannten Lagerstätten der Platingruppenmetalle befinden.² Lonmin, der weltweit drittgrößte Platinbetrieb, hatte 2012 einen durchschnittlichen Tagesumsatz von fünf Millionen Euro.³ Der Lohn der MinenarbeiterInnen, durchschnittlich 400 Euro monatlich, lag hingegen nahe an der Armutsgrenze,⁴ und im Schnitt mussten sie davon weitere acht Menschen ernähren.⁵

Am 10. August 2012 legten rund 3.000 *Rock Drill Operators* (RDOs) – ArbeiterInnen, die mit hydraulischer Gerätschaft Gestein aus dem Boden bohren und stemmen – aus Protest gegen die geringe Bezahlung und die schlechten Lebensbedingungen die Arbeit nieder. In anderen Platinminen, das wussten sie, wurde den RDOs mehr bezahlt. Die RDOs in Marikana entzogen der Gewerkschaft *National Union of Mineworkers* (NUM) ihr Vertrauen. Schon seit einigen Jahren, so ihr Eindruck, war diese Gewerkschaft vom Unternehmen kooptiert und vertrat vielmehr deren Seite und nicht mehr die Interessen und Bedürfnisse der ArbeiterInnenschaft. Sie organisierten sich daraufhin außerhalb der Gewerkschaft, autonom in unabhängigen ArbeiterInnenkomitees.⁶ Ihr Ziel war einfach: Sie wollten direkt mit dem Lonmin-Management über Lohnerhöhungen sprechen. Sechs Tage später wurden 34 von ihnen von der Polizei erschossen. Mehr als 70 wurden – zum Teil schwer – verletzt. Wie kam es dazu, wer trägt die Schuld?

² Eine Studie der *Citigroup* von April 2010 bezeichnete Südafrika als das rohstoffreichste Land der Welt und bezifferte den Wert mit etwa 2.500 Milliarden Euro. Die PGM machten dabei mit etwa 2.300 Milliarden den Großteil dieses Wertes aus, neben Gold, Diamanten, Titan, Kohle etc. Zit. nach: Samantha Ashman: *The South African economy: The mineral-energy-finance complex redubbed?* In: Gilbert Khadiagala/Prishani Naidoo/Devan Pillay/Roger Southall: *New South African Review* 5. Beyond Marikana. Johannesburg 2015. S. 67–84. Hier: S. 68. Die Angaben zum Ausmaß der Platinlagerstätten variieren, die Deutsche Rohstoffagentur gibt sie mit 95 Prozent an. Vgl.: Deutsche Industrie- und Handelskammer/BGR/Deutsche Rohstoffagentur/Germany Trade & Invest (Hg.): *Südafrika. Möglichkeiten deutscher Unternehmen für ein Engagement im südafrikanischen Rohstoffsektor. Rohstoffvorkommen – Projekte – Investitionsbedingungen*. Bonn 2013. S. 14. Laut United States Geological Survey (USGS) wurden 2012 in Südafrika 133 Tonnen Platin gefördert; Russland, als zweitgrößte Fördernation, exportierte 24,6 Tonnen. USGS: *Data and Tools*: Online verfügbar.

³ Vgl. Greg Marinovich: *Murder at Small Koppie. The Real Story of the Marikana Massacre*. Johannesburg 2016. S. 52.

⁴ Vgl. Zwelinzima Vavi: *Minimum wage: Poverty report strengthens Cosatu's case*. In: *Daily Maverick*, 18.2.2015. Online verfügbar.

⁵ Siehe dazu: *Plough Back the Fruits: Voices from the Platinum Supply Chain*. Unter: basflonmin.com/home/de/movies

⁶ Vgl. hierzu die auf Interviews mit ArbeiterInnen basierende Schilderung des Massakers: Peter Alexander/Thapelo Lekgowa/Botsang Mmope/Luke Sinwell: *Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von ArbeiterInnen in Südafrika*. Wien 2013; Luke Sinwell/Siphiwe Mbatha: *The Spirit of Marikana. The Rise of Insurgent Trade Unionism in South Africa*. London 2016.

Der Tathergang muss hier nicht ausgebreitet werden, er wurde im Detail bereits mehrfach rekonstruiert.⁷ Entscheidender in unserem Zusammenhang ist der Status quo der Aufarbeitung und damit die Frage, wie es zu dem Massaker kommen konnte und wer dafür in welchem Ausmaß zur Verantwortung zu ziehen ist. Beides – sowohl die Gründe für das Massaker als auch die Verteilung der Verantwortlichkeit – waren von Anfang an umstritten und sind es bis heute. Doch auch wenn beides komplex ist, einzelne Schuldige können mittlerweile klar und deutlich benannt werden; ebenso lassen sich einzelne Kausalketten und historische Strukturen identifizieren, die zum Massaker beitrugen.

Unmittelbar nach dem Massaker gab die Version der Polizei, der Regierung und des Minenmanagements von Lonmin den Ton vor. Unisono hieß es: Die Polizei habe aus Notwehr und in Selbstverteidigung gehandelt, ihr sei nichts vorzuwerfen, sie sei von gewalttätigen Arbeitern attackiert worden. Die ArbeiterInnen selbst kamen nicht zu Wort. Vor allem in den ersten Wochen der Berichterstattung wurden ihre Stimmen nicht nur ignoriert; ihr Handeln wurde kriminalisiert und illegalisiert.⁸ Das setzte sich auch bei der kurz nach dem Massaker von Präsident Zuma eingesetzten Untersuchungskommission fort, die den Auftrag hatte, die Ereignisse aufzuklären, die im Zeitraum vom 10. bis zum 16. August 2012 zu insgesamt 44 Toten führten.

Erste, aber bereits heftige Risse bekam die Notwehr- und Selbstverteidigungsthese durch engagierte Recherchen von JournalistInnen,⁹ AktivistInnen, WissenschaftlerInnen¹⁰ und FilmemacherInnen,¹¹ die die Perspektiven der am Streik beteiligten ArbeiterInnen in ihre Rekonstruktion der Ereignisse aufnahmen. Die nach ihrem Leiter, einem pensionierten Richter, benannte Farlam-Kommission untersuchte die Ereignisse mehr

7 Vgl. einen frühen Bericht: Alexander/Lekgowa/Mmope/Sinwell: Marikana. Dieser diente auch als Basis für den Dokumentarfilm von Rehad Desai: *Miners Shot Down, RSA 2014*, 91min. Spätere, detailreiche Berichte: Marinovich: *Murder*; Peter Alexander: *Marikana Commission of Inquiry: From Narratives Towards History*. In: *Journal of Southern African Studies* 42/2016. S. 815–839. Sehr empfehlenswert ist auch: *Heads of the Argument of Evidence Leader* (Endbericht der Leiter der Beweisführung innerhalb der Marikana Untersuchungskommission), 27.10.2014. Online verfügbar.

8 Vgl. Jane Duncan: *South African journalism and the Marikana massacre: A case study of an editorial failure*. In: *The Political Economy of Communication* 1–2/2013. Der damalige Polizeiminister Nathi Mthethwa sagte einen Tag nach dem größten Massaker an südafrikanischen BürgerInnen seit Sharpeville 1960 in einer Ansprache vor den PolizistInnen, die in Marikana im Einsatz waren: »Ich kann euch versichern, als euer Minister und im Namen der Regierung, der gesamten Exekutive und des Staatspräsidenten, der obersten Militärs des Landes: Wir stehen alle hinter euch. [...] Von ganzem Herzen, als euer Minister und im Namen der Regierung möchte ich euch danken.« Mthethwa, heute Kulturminister, gab damit die Linie der Staatsministerien vor. Die Polizei bekam von der Regierung wie von Lonmin Rückendeckung, zu den streikenden ArbeiterInnen wurde Distanz gewahrt; Endbericht der Leiter der Beweisführung, S. 547.

9 Vgl. Greg Marinovich: *The murder fields of Marikana. The cold murder fields of Marikana*. In: *Daily Maverick*, 8.9.2012. Online verfügbar.

10 Das erste Gegennarrativ war: *September National Imbizo: Bloody Marikana: What the media didn't tell you!*, 19.8.2012. Die erste umfassendere Darstellung geht zurück auf: Peter Alexander/Theapelo Lekgowa/Bongani Mmope/Luke Sinwell: *Marikana. A View from the Mountain and a Case to Answer*. Johannesburg 2012. Vgl. auch: Crispin Chinguno: *Marikana and the post-apartheid workplace order*. SWOP Working Paper, Johannesburg 2013.

11 Vgl. Rehad Desai: *Miners Shot Down, RSA 2014*, 91min.

als zweieinhalb Jahre lang. Erst im Juni 2015 wurden die Ergebnisse veröffentlicht. Auch wenn die Polizei mit allen Mitteln versuchte, ihre Selbstverteidigungsthese aufrechtzuerhalten – mit Fortdauer der Kommission brach sie immer mehr in sich zusammen und wurde spätestens durch den Bericht der Leiter der Beweisaufnahme im Oktober 2014 regelrecht in der Luft zerrissen.¹² Die Polizei, so wurde detailliert festgestellt, hatte Beweise unterschlagen, Dokumente gefälscht, Absprachen zu Falschaussagen getroffen, Aussagen verweigert, sich des Meineids schuldig gemacht und potenzielle BelastungszeugInnen unter Druck gesetzt, manche auch gefoltert.

Das Agieren der Polizei in den sieben Tagen vom Beginn des Streiks bis zum Massaker am 16. August 2012 trägt die Kennzeichen der Exekutive eines Polizeistaates: Es war politisiert und hoch militarisiert. Lonmin gab im Einklang mit den Interessen der Industrie und der Regierung die Richtung vor – die Polizei exekutierte sie.

Interessenkonvergenzen verschiedenster Art trugen zum Massaker bei: Mit allen Mitteln versuchte Lonmin zu verhindern, die gewohnten Bahnen der Lohnverhandlungen mit der von ihr kooptierten Minenarbeitergewerkschaft NUM zu verlassen und mit den selbstorganisierten ArbeiterInnen in Verhandlungen eintreten zu müssen. Die NUM wiederum befürchtete, dass die Konkurrenzgewerkschaft, die *Association of Mineworkers and Construction Union* (AMCU), mehr Zulauf bekommen könnte. Und auch die Regierungspartei, der *African National Congress* (ANC), wollte verhindern, dass die NUM an Terrain verliert, war sie doch wichtiger Teil des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU, der mit dem ANC und der südafrikanischen kommunistischen Partei SACP seit 1994 die Regierungsallianz bildet. Außerdem befürchtete der ANC, dass ein abtrünniges, ehemaliges Parteimitglied, Julius Malema, die Stimmung für eine neue Parteigründung nutzen könnte.

Einzelnen Regierungsbeamten und dem Lonmin-Management war der Schutz des Kapitals ein größeres Anliegen als der Schutz der Interessen der ArbeiterInnenschaft. Diese Interessenkonvergenz zwischen der Regierungspartei und Lonmin, diese »toxic collusion between state and capital«,¹³ war für die Polizei handlungsanleitend. Paradigmatisch für dieses Einverständnis zwischen den Interessen der Konzerne und jenen staatlicher Entscheidungsträger steht Cyril Ramaphosa.¹⁴ Im Jahr 2012 hielt Ramaphosa

12 Vgl. Endbericht der Leiter der Beweisführung, S. 547.

13 Endbericht der Leiter der Beweisführung, S. 505ff. Das Zitat stammt von Dali Mpofu, einem der Anwälte der ermordeten bzw. verletzten Minenarbeiter.

14 Cyril Ramaphosa, geboren 1952, gelernter Rechtsanwalt, mehrmals verhafteter Anti-Apartheid-Aktivist, war 1982 Mitbegründer der NUM. Zurückgekehrt aus dem Exil in Großbritannien und Schweden, stieg Ramaphosa innerhalb des ANC schnell auf und wurde dessen Chefverhandler bei den Übergangsgesprächen mit der *National Party* Anfang der 1990er-Jahre. Ramaphosa zog sich ab 1996 immer wieder aus der Politik zurück und machte Karriere als Privatunternehmer, Manager und Aufsichtsrat. Er gilt als einer der reichsten Menschen in Südafrika. Von 2010 bis zu seiner Wahl zum ANC-Vizepräsidenten im Dezember 2012 war er an Lonmin beteiligt. Ramaphosa, im Dezember 2017 zum Vorsitzenden des ANC gewählt, wurde am 15.2.2018 nach Zumas Rücktritt Staatspräsident Südafrikas.

über die von ihm gegründete Investmentfirma *Shanduka* 9,1 Prozent Aktienanteile an Lonmin, dessen Vorstandsmitglied er ebenfalls war. Sein Gewicht innerhalb des ANC nutzend, übte er ganz im Sinne Lonmins Druck auf das Polizei- und das Bergbauministerium aus, den Streik durch verstärkten Einsatz der Polizei – und eben nicht durch Verhandlungen mit den Streikenden – schnellstmöglich zu stoppen. Er kriminalisierte den Streik und forderte dazu auf, entschieden gegen die Arbeiter vorzugehen.¹⁵

Vieles spricht dafür, dass die mit tödlicher Munition ausgestattete Polizei schon am ersten Schauplatz des Massakers – einem Steinhügel, der den Arbeitern als Versammlungsort diente – nicht aus Notwehr handelte. Die 328 Kugeln, die die 45 Polizisten innerhalb von elf Sekunden auf die Streikenden abfeuerten und damit 17 von ihnen töteten, wurden nicht auf angreifende, sondern auf flüchtende Menschen geschossen. Etwa 200 Meter entfernt, an der sogenannten »zweiten Stelle« des Massakers, wurden weitere 17 Menschen von der Polizei getötet. Mittlerweile bestreitet niemand mehr, dass hier Morde begangen worden sind. Es war keineswegs polizeiliche Notwehr, es handelte sich vielmehr um Exekutionen.¹⁶ Aus unmittelbarer Nähe sind Menschen, die sich stellten und ihre Hände erhoben, von Polizisten erschossen worden. Andere wurden von hinten getroffen, als sie versuchten zu fliehen.

Neben der Polizei und den leitenden Einsatz- und RegierungsbeamtInnen steht Lonmin als zweiter Hauptschuldiger da. Auf mehreren Ebenen zeichnet das Unternehmen für die Ermordung der Streikenden verantwortlich.

Es beginnt mit einem schlichten, jedoch tief greifenden Befund: Obwohl gesetzlich durch den sogenannten *Social and Labour Plan* (SLP) dazu verpflichtet, kümmerte sich das Unternehmen nicht um die Verbesserung der Lebensbedingungen seiner Arbeiterschaft und ihrer Community. Seit mehr als einem Jahrzehnt regierten falsche Versprechungen. So hatte Lonmin seit 2006 den Bau von 5.500 neuen Häusern bis 2011 zugesichert. Gebaut worden sind jedoch nicht mehr als drei, weil Lonmin meinte, es könne sich die Hausprojekte nicht leisten. Im gleichen Zeitraum zahlte das Management 607 Millionen Dollar an Dividenden aus, und weitere 160 Millionen Dollar an eine Tochtergesellschaft mit Sitz auf den Bermudainseln.¹⁷ Während die Platinindustrie boomte, ließ Lonmin die Arbeiterschaft vor Ort im Stich, wie Greg Marinovich zusammenfasst: »Nur 20 Prozent der Dividende, die Lonmin während der Jahre 2007 und 2008 auszahlte, hätten leicht dazu ausgereicht, die versprochenen 5.500 Häuser zu bauen. Während dieser Jahre des rasch steigenden Platinpreises und der hohen Profite hätten alle gesetzlich geregelten sozialen Verpflichtungen eingehalten und verwirklicht werden

¹⁵ Vgl. hierzu Peter Alexander: Cyril Ramaphosa's Marikana massacre »apology« is disingenuous and dishonest. In: *The Conversation*, 11.5.2017. Online verfügbar.

¹⁶ Weiteres Evidenzmaterial dafür: Vicky Abraham: Marikana massacre: Scene 2 officers speak out. In: *Mail & Guardian*. 11.2.2018. Online verfügbar.

¹⁷ Vgl. Endbericht der Leiter der Beweisführung, S. 30; Dick Forslund: *The Bermuda Connection: Profit shifting, inequality and unaffordability at Lonmin 1999–2012*. Johannesburg 2015. Online verfügbar.

können – die adäquate Versorgung der ArbeiterInnen mit Wohnmöglichkeiten, fließendem Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr, Schulen, Infrastruktur. Das Unternehmen versagte darin vollkommen.«¹⁸

Eine zweite schwere Schuld lastet auf Lonmin: Das Management weigerte sich, der zentralen Forderung der Streikenden nachzukommen: mit ihnen zu sprechen. Und das, obwohl sie wussten, dass ihre ArbeiterInnen im Vergleich zu denjenigen in anderen Platinminen unterbezahlt waren.¹⁹ Auch wenn Lonmin anfangs andere Zeichen gesetzt hatte und die Arbeiterschaft durchaus guter Hoffnung auf Gespräche sein durfte, lehnte das Management diese letztlich doch immer ab, selbst als der angesehene Bischof Jo Seoka, der seine Mediation nochmals am Tag des Massakers anbot, dazu mit Nachdruck aufrief. Stattdessen drängte das Unternehmen auf den Einsatz der hochmilitarisierten Polizei, was entscheidend zum Blutvergießen beitrug. Der Druck der Industrie auf Lonmin muss groß gewesen sein. Belegt ist dieser Druck etwa in einem Bericht der *Deutschen Rohstoffagentur* (DERA), der zentralen Informations- und Beratungsplattform der Rohstoffindustrie. In einer Schwerpunktstudie zu Südafrika wird mit Blick auf Marikana die Position und das Interesse der Rohstoffindustrie kurz umrissen: Außertarifliche Lohn erhöhungen würden »einen schwerwiegenden Präzedenzfall« darstellen, den es in jedem Fall zu vermeiden gelte.²⁰ Lonmins sture Weigerung, mit den Streikenden zu verhandeln, lässt sich nur mit Blick auf den (Preis-)Druck seiner Geschäftspartner und den Warnungen aus der Industrie erklären.

Drittens: Das Unternehmen Lonmin eskalierte die Situation, indem es seine Arbeiterschaft unter Androhung von Entlassungen zwang, den Streik zu brechen, wissend, dass das zu Zusammenstößen zwischen den Arbeitern führen könnte. In der Tat kam es dadurch zu tödlichen Auseinandersetzungen, die im Vorfeld des Massakers vier Arbeitern das Leben kosteten.

Viertens: Für den Beginn der Gewalttätigkeiten ist Lonmins privater Sicherheitsdienst verantwortlich. Am ersten Tag des Streiks, am 10. August, schoss Lonmins Sicherheitsdienst auf die unbewaffneten Streikenden im Versuch, das Treffen aufzulösen. Die Leiter der Beweisführung wiesen später die Ausflüchte Lonmins entschieden zurück und gaben unmissverständlich zu Protokoll, dass das Agieren des Sicherheitsdienstes nicht zu rechtfertigen sei. Auch am zweiten Tag wurden zwei Arbeiter verletzt, als die weiterhin unbewaffneten Streikenden zum NUM-Büro zogen. Erst nach diesen beiden Vorfällen bewaffneten sich einige Arbeiter mit Stöcken und Speeren, als Reaktion auf die Angriffe und Bedrohungen. Bei einer Auseinandersetzung mit der Polizei wurden drei Arbeiter (von der Polizei) und zwei Polizisten (von den Streikenden) getötet.

¹⁸ Marinovich: *Murder*, S. 50.

¹⁹ Vgl. Andrew Bowman/Gilad Isaacs: *Demanding the Impossible? Platinum Mining Profits and Wage Demands in Context*. Johannesburg 2014. Online verfügbar.

²⁰ Deutsche Industrie- und Handelskammer u. a.: *Südafrika*, S. 47f.

Fünftens: Das Lonmin-Management kollaborierte mit der Polizei, um den Streik so rasch wie möglich zu beenden. Es beteiligte sich logistisch und infrastrukturell am hochmilitarisierten Polizeieinsatz. Es half der Polizei etwa dabei, Streikführer zu identifizieren (die mehrheitlich getötet oder schwer verletzt wurden), stellte seinen Gutshof und sein Safarigelände zur Verfügung. Darüber hinaus orchestrierte es den Druck aus den Ministerien, den Streik zu kriminalisieren. Lonmin ist das Zentrum der »toxic collusion« von Konzern- und Staatsinteressen, die zum Massaker führten.

Trotz dieser drückenden Evidenzen, die die Verantwortung von Lonmin und der Polizei belegen, bleibt der Endbericht der Untersuchungskommission in seinen abschließenden Empfehlungen eigentümlich zurückhaltend und ergebnislos: Er benennt keine Schuldigen und fordert Konsequenzen wenig verbindlich ein, stattdessen empfiehlt er schlicht »weitere Untersuchungen«. Ganze zweieinhalb Jahre zog sich die Arbeit der Untersuchungskommission hin; sie blieb – mit diesem Ergebnis wenig überraschend – hinter den Erwartungen vieler zurück.²¹ Die Liste der Versäumnisse, Leerstellen und Lücken, der Fehler, Pannen und Missgeschicke der Untersuchungskommission ist lang.²² So ist nicht nur keiner der Polizisten des Mordes für schuldig befunden worden, es wurden nicht einmal diejenigen Polizisten, die anhand der TV-Bilder identifiziert werden konnten, das Feuer auf die Streikenden eröffnet zu haben, zu Zeugenaussagen geladen. Der ohnehin schon enge Spielraum der Kommission wurde durch die Regierung begrenzt, sodass es ihr verunmöglicht wurde, die Verantwortung staatlicher Akteure genauer unter die Lupe zu nehmen. Lediglich zwei leitende Polizeikommissare wurden unter Beibehaltung sämtlicher Bezüge vom Dienst suspendiert.

Das »unfinished business« – die unerledigte Arbeit der Farlam-Kommission – ist eine große Bürde, vor allem für die durch das Massaker Geschädigten.²³ Die Stimmen der unmittelbar Betroffenen, der ArbeiterInnen und ihrer Communities fehlten darin weitgehend, viele der Forderungen der Angehörigen der Ermordeten wurden übergangen und blieben unerfüllt. Weder die Regierung noch Lonmin haben bis dato Reparations-

21 Vgl. Jakob Krameritsch: *The Massacre Underlines the Wrongness of the Situation. Sequences of interviews of Jakob Krameritsch with Primrose Sonti and Trevor Ngwane (about their work) in the wake of the Marikana massacre.* In: Suzana Milevska (Hg.): *On Productive Shame, Reconciliation and Agency.* Berlin 2014; vgl. auch Dumisa Ntsebeza: *The Marikana Commission: Sacrifice of the Great Unwashed.* Rede gehalten am 20.8.2015 an der University of Cape Town. Online verfügbar.

22 Vgl. Kally Forrest: *Marikana Commission – unearthing the truth, or burying it?* SWOP Working Paper 5, 2015. Online verfügbar.

23 Dies stellt auch der Südafrikabericht der UN-Menschenrechtskommission fest, der nun eine schnelle und konkrete Aufarbeitung der Geschehnisse fordert, vgl. dazu die Übersicht unter: www.humanrights.ch/de/service/laenderinfos/suedafrika

zahlungen geleistet.²⁴ Lonmin versprach den Witwen der ermordeten Minenarbeiter lediglich, die Ausbildung einiger Kinder zu zahlen. Darüber hinaus wurde ihnen angeboten, ihre toten Ehemänner im Betrieb zu ersetzen. Aus Mangel an anderen Einnahmequellen mussten sie diese Jobs, die sie nun von ihren Kindern und Familien trennen, annehmen. Viele von ihnen arbeiten heute in den Minen, unter Tage – unter denselben Bedingungen und zu den denselben Konditionen wie ihre Männer, die getötet wurden, als sie gegen diese Bedingungen streikten. Ntombizolile Mosebetsane, deren Mann beim Massaker getötet wurde, arbeitet nun als Putzfrau im Headquarter von Lonmin. Sie putzt jetzt die Büros jenes Managements, das für den Tod ihres Mannes mitverantwortlich zeichnet.

Verlauf und Ergebnisse der Arbeit der Untersuchungskommission machen deutlich, dass ein einzelner, noch dazu in seiner Reichweite limitierter legalistischer Bericht nicht einmal die ganz konkreten Ursachen und Motivlagen, die zum Massaker führten, adäquat erfassen und adressieren kann. Die Gründe für dieses Massaker liegen auf vielen Ebenen. Die tiefer liegenden sozio-ökonomischen Gründe, die in die koloniale Vergangenheit und die Apartheid zurückreichen, wurden von der Kommission weitgehend ausgeblendet. Diese sind jedoch umso wichtiger, wenn es darum gehen soll, nicht nur individuelle Schuldige zu benennen, sondern dazu beizutragen, ähnliche Ereignisse in Zukunft zu verhindern. Zur Gänze ausgeblendet schließlich wurde die Rolle und Verantwortung von Lonmins Kunden: den transnationalen Unternehmen wie etwa BASF.

Die Arbeit der Gruppen, die sich um eine differenzierte Aufarbeitung und um Gerechtigkeit im Nachfeld des Massakers bemühen,²⁵ ist mit der Veröffentlichung des Farlam-Berichts nicht getan; ihre Arbeit ist damit vielmehr in eine neue Phase eingetreten. Das vorliegende Buch versteht sich als Beitrag zu dieser neuen Phase der Aufarbeitung.

24 Die Regierung hat die Auszahlung von Reparationen mehrfach angekündigt, bisher jedoch keine Taten folgen lassen. Siehe z. B. Govan Whittles: *Cyril's atonement for Marikana: Compensation is nearly ready.* In: *Mail & Guardian.* 20.2.2018. Online verfügbar. Bei tödlichen Arbeitsunfällen steht den unmittelbaren Angehörigen die Auszahlung eines Betrages, abhängig von der Beschäftigungsdauer der umgekommenen Verwandten, zu. Lonmin ist diesen meist geringen Zahlungsverpflichtungen für die beim Massaker getöteten Arbeiter nachgekommen.

25 Es sind viele Gruppen, die sich daran beteiligen: Allen voran die durch das Massaker unmittelbar Geschädigten: Dazu zählen die Angehörigen der im August 2012 getöteten Menschen, diejenigen, die beim Massaker durch die Polizei verletzt wurden und die mehr als 270 zu Unrecht festgenommenen und zum Teil gefolterten ArbeiterInnen. Hinzu kommen Organisationen vor Ort wie die Frauenorganisation *Sikhala Sonke*, das *Wonderkop Land Claim Committee*, unabhängige Arbeiterkomitees und nicht zuletzt die Gewerkschaft AMCU. Bei ihren jeweils unterschiedlich ausgerichteten Kämpfen um Gerechtigkeit im Nachfeld des Massakers werden sie von einzelnen progressiven südafrikanischen Anwaltsvereinigungen wie dem *Legal Resources Centre* (LRC) oder dem *Centre for Applied Legal Studies* (CALS) unterstützt und ebenso von zivilgesellschaftlichen Organisationen etwa der *Marikana Support Group* oder der *Khulumani Support Group*; schlussendlich auch von NGOs in Südafrika und Europa – um nur einige zu nennen: *Bench Marks Foundation*, *AIDC – Alternative Information & Development Centre*, *KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika*, *Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre*, *Brot für die Welt*, *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, *KEESA – Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika*, *SOLIFONDS*. Die letztgenannten NGOs sind Projektpartner von *Plough Back The Fruits*.







Der Bericht sagt, Lonmin hätte es auch anders machen können.

panorama

Kurt Bock

Elisabeth Sch



◀ 54 Das Massaker von Marikana, verarbeitet in einem Theaterstück der Frauenorganisation *Sikhala Sonke*, hier aufgeführt nahe dem Originalschauplatz. Eine der Schauspielerinnen, Ntombi Mthethwa (im Bildvordergrund), wurde bei einer Polizeirazzia einen Monat nach dem Massaker schwer verletzt und muss seitdem einen Stützgurt tragen.

◀ 56 Eine weitere Szene aus dem Theaterstück von *Sikhala Sonke*. Links im Bild deren Vorsitzende Thumeka Magwangqana.

◀ 58 BASF-CEO Kurt Bock bei einer Pressekonferenz im Februar 2016. Er verweist auf den Bericht der staatlichen Untersuchungskommission und bagatellisiert mit dem eingeleiteten Satz die Schuld seines Platin-Lieferanten Lonmin am Massaker von Marikana. Teil des ARD-Panorama-Berichts »Ausbeutung in Afrika. Welche Verantwortung hat BASF?«, 28. April 2016.

Marikana, 16. August 2016: Drei Bilder von der Gedenkfeier zum vierten Jahrestag des Massakers.

▲ Auf der Bühne umarmen sich AMCU-Gewerkschaftsvorsitzender Joseph Mathunjwa und Lonmin-CEO Ben Magara.

▲ Vor der Bühne und am Hügel, dem Ausgangsort des Massakers, versammeln sich tausende ArbeiterInnen Lonmins.

► Gedenkminute an der »Scene 2« des Massakers. Im Hintergrund Anwalt Dali Mpofu, Joseph Mathunjwa und Bischof Jo Seoka, im Vordergrund Ntombizile Mosebetsane, deren Ehemann an dieser Stelle ermordet wurde.



»NUR DIE DÜMMSTEN LÄNDER HALTEN SICH AN DEN WIRTSCHAFTS-BOYKOTT« DEUTSCHLAND, SCHWEIZ UND ÖSTERREICH ALS PROFITEURE UND STÜTZEN DES APARTHEID-SYSTEMS

Simone Knapp, Jakob Krameritsch, Barbara Müller und Walter Sauer

Beginnen wir mit einem Blick zurück: 1948 gewann die National Party in Südafrika überraschend die Wahlen und begann sogleich, ihr Programm der Apartheid umzusetzen, das vielfach schon bestehende koloniale Gesetzgebungen lediglich systematisierte.¹ Das grundlegende Gesetz dahinter war der »Population Registration Act« von 1950, der darauf abzielte, jede Person entsprechend des rassistischen Kategoriensystems als »weiß«, »schwarz«, »indian« bzw. »coloured« zu klassifizieren.² Hunderte von weiteren Gesetzen regelten schließlich den Alltag der so konstruierten Gruppen und gossen die systematische wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Privilegierung der sich als »weiß« markierenden Minderheit in Gesetze.

1 Für einen kompakten Überblick zur Geschichte Südafrikas vgl. Robert Ross: A Concise History of South Africa. Cape Town 2008; umfangreicher: The Cambridge History of South Africa (hg. von Carolyn Hamilton u. a.). Bd. 1, 2, African Edition. Cambridge 2012.

2 Das Gesetz geht auf den *Native Land Act* von 1913 zurück, der mehr als 90 % des Landes in weißen Besitz überschrieb und die restlichen Territorien in Bereiche aufteilte, die jeweils als »tribes« konstruierten Schwarzen Bevölkerungsgruppen zugewiesen wurden.

Intention des Apartheidregimes war es, die Bevölkerung in sogenannte »national groups« und »tribes«, also mehr oder minder erfundene »Stämme«, aufzuteilen und dann voneinander zu trennen, was zu Beginn der 1960er-Jahre zur Etablierung von Homelands führte: Nur 13 Prozent der Fläche Südafrikas waren für mehr als 80 Prozent der Bevölkerung vorgesehen. Die als »schwarz« klassifizierten und retribalisierten Bevölkerungsgruppen durften sich nur in diesen zersplitterten, unterfinanzierten und infrastrukturärmsten Regionen frei bewegen. In den anderen 87 Prozent des Territoriums Südafrikas war der Aufenthalt lediglich mit einer Arbeitsgenehmigung erlaubt. Umsiedlungen und Zwangsausbürgerungen waren unmittelbare Folgen dieser Politik.

Die Homelands dienten dem Apartheidregime als Reservoir billiger Arbeitskraft. Nach dem Teile-und-herrsche-Prinzip stellten Marionettenregierungen in den Homelands durch »Landreformen« – der Zerschlagung bestehender Sozialstrukturen – die Versorgung mit billiger Schwarzer³ Arbeitskraft sicher.⁴ Das bereits im kolonialen Arbeitsregime etablierte System der Wanderarbeit (*migrant labour system*) wurde so konsolidiert. Schlecht bezahlte und durch den Apartheidstaat bewusst schlecht ausgebildete Schwarze ArbeiterInnen sollten für hohe Profitmargen der weißen Minderheit sorgen, ohne an dem dabei entstehenden Reichtum und der verbesserten Infrastruktur teilhaben zu dürfen. Arbeitsfähige Männer waren gezwungen, die Homelands aufgrund dort hergestellter Armut, einer eigens eingeführten Steuer und finanzieller Not zu verlassen und getrennt von ihren Familien Arbeit in den weißen Wirtschaftszentren des Landes zu finden. In diesen durften sie sich nur aufhalten, solange ihre Arbeitskraft von Nutzen schien. Die zurückgelassenen Frauen, Kinder und älteren Familienangehörigen waren auf Subsistenzwirtschaft und die Zahlungen der Männer angewiesen. Diese arbeiteten ohne jegliche Bürger- und stark eingeschränkte Arbeitsrechte unter weitgehend unmenschlichen Bedingungen und für extrem niedrige Löhne in weißen Haushalten, auf Farmen und Plantagen, in Fabriken und nicht zuletzt in den Minen.⁵

3 Schwarz/weiß: Zur Verwendungs- und Schreibweise von Schwarz/weiß siehe Einleitung, Fußnote 24, S. 34.

4 Vgl. Charles H. Feinstein: An Economic History of South Africa: Conquest, Discrimination and Development, Cambridge/New York 2005; Vic L. Allen: The History of black mineworkers in South Africa, Keighley 2000.

5 »The white strategy so far has been to systematically break down the resistance of the blacks to the point where the latter would accept crumbs from the white table.« (Steve Biko: Let's talk about Bantustans. In: Ders.: I write what I like, Oxford 1978/Cape Town 2012. S. 79–86.

Südafrika verfügt über die weltweit größten Vorkommen an Gold, Platin, Eisenerz und Diamanten. Die Bergbauindustrie konnte durch die Homeland-Politik und das damit einhergehende Wanderarbeitssystem ihre Lohn- und Produktionskosten extrem niedrig halten. Diese drei Elemente des Apartheid-Kapitalismus – Bergbau, Homeland-Politik und Wanderarbeitssystem – schufen beste Bedingungen für astronomische Profitraten im Rohstoffgeschäft, das schon damals von in den USA und in Europa ansässigen Unternehmen bestimmt wurde. Bergbau und Rohstoffhandel bildeten dergestalt auch das Rückgrat der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ordnung des Apartheidregimes bis zu dessen formellem Ende 1994.

Proteste, Demonstrationen, Streiks und Aufstände der Schwarzen Bevölkerungsmehrheit gegen die rassistischen Restriktionen, Segregationen und Repressionen des Regimes waren unterdessen an der Tagesordnung. Das Apartheidregime reagierte repressiv. Es inhaftierte, folterte und ermordete Tausende von Menschen. Die Jahrzehnte der Apartheid sind durchsetzt von Massakern. 1960 wurden 69 Menschen, die gegen die massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Schwarzen Bevölkerung protestiert hatten, von der Polizei in Sharpeville erschossen. Trotz internationaler Verurteilung des Massakers, unter anderem durch eine UN-Resolution, konnte sich der Apartheidstaat im kommenden Jahrzehnt konsolidieren. Oppositionelle Gruppierungen, etwa der *African National Congress* (ANC) und der *Pan Africanist Congress* (PAC), wurden illegalisiert und in den Untergrund gedrängt. Die Kommunistische Partei Südafrikas wurde schon 1950 für illegal erklärt.

Sharpeville markiert den Beginn einer Periode systematischer Apartheid-Repression, die drei Jahrzehnte andauerte und Mitte der 1970er-Jahre einen weiteren Höhepunkt erfuhr. 1976 protestierten tausende SchülerInnen in Soweto gegen die miserable Bildungsinfrastruktur. Die Polizei schoss in die Menge. Das dort aufgenommene Foto, das den von einem Freund getragenen zwölfjährigen, tödlich verletzten Hector Pieteron zeigt, kursierte global, schockierte die Welt und wurde zu einer Ikone der Brutalität des Apartheidregimes. In den folgenden Wochen und Monaten kam es zu landesweiten Protestaktionen. Bis zu 200.000 SchülerInnen boykottierten gleichzeitig die Schulen und verbanden sich mit Studierendenorganisationen und Gewerkschaften. Die Polizei reagierte abermals harsch: Etwa 580 Menschen wurden getötet, 2.400 wurden verwundet, mehr als 6.000 inhaftiert. Um die 7.000 SchülerInnen und StudentInnen flüchteten ins Exil. Der internationale Widerstand wuchs daraufhin, Informationen über die Gräueltaten des Regimes gelangten zusehends nach außen in den Blick der Weltöffentlichkeit.

In den 1980er-Jahren waren es nicht zuletzt neu formierte Schwarze Gewerkschaften, die gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen den Protest gegen das Regime verstärkten, indem sie Streiks für Lohnerhöhungen und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen abhielten, die zugleich Kundgebungen gegen das Apartheidregime waren. Im Zuge einer Streikwelle im Jahr 1987 wurden elf Arbeiter getötet, 500 verwundet und 400 verhaftet. Schon zwei Jahre zuvor hatte das Regime den Ausnahmezustand verhängt –

als Reaktion auf verstärkten Widerstand aus den Townships. Während dieses Ausnahmezustands, der erst 1990 aufgehoben wurde, wurden Befugnisse der Polizei ausgebaut, staatlicher Terrorismus auf systematische Beine gestellt, die Medien noch stärker als zuvor zensiert, etwa 40.000 RegimegegnerInnen inhaftiert und meist ohne Prozess verurteilt. Die beiden Massaker im Jahr 1992 in Bisho und Boipatong, bei denen mehr als 70 RegimekritikerInnen von der Polizei bzw. einer Homeland-Militärbrigade ermordet wurden, stehen symbolhaft für die anhaltende Gewaltausübung des Regimes.

Auch wenn das Ausmaß der Gewalt der Exekutive enorm war, lässt sich Apartheid nicht auf einen repressiven Polizeistaat reduzieren. Die strukturelle Gewalt dieses Regimes trieb die Zahl der Geschädigten in die Millionen, und sie wirkt bis heute. Apartheid war ein Regime, das Rassismus staatlich verordnete, rechtlich verbrieft und in jede Tätigkeit des Alltags integrierte.

Es war ein Regime, das die systematische Ausbeutung und Unterdrückung der Schwarzen Bevölkerungsmehrheit legitimierte und vorantrieb. Ein Regime, das mit allen Mitteln die ökonomische, politische und kulturelle Vormachtstellung einer *weißen* Schicht auszubauen versuchte.

Südafrika, Apartheid, global

Wie konnte sich ein solches Regime in einer Welt, die gerade den Zweiten Weltkrieg hinter sich hatte, etablieren und über mehr als vier Jahrzehnte halten?

Die Ausbreitung der in der Einleitung thematisierten »imperialen Lebensweise«, die Persistenz der kolonial-rassistischen Ideologie und der Kalte Krieg sind hier zweifellos die bestimmenden Faktoren. Die bipolare Aufteilung der Welt sorgte dafür, dass die westlichen Mächte das antikommunistische Apartheidregime wesentlich – wirtschaftlich, propagandistisch und militärisch – unterstützten; und dies trotz der international zur Schau getragenen Empörung. Auf multilateraler Ebene kam es im Nachfeld der Massaker zu Verurteilungen und UN-Sanktionen gegen Südafrika. Spätestens durch das Massaker von Sharpeville rückte das Apartheidregime auf die Agenda der Vereinten Nationen – afrikanische Staaten und andere ehemalige Kolonien wie Indien erhoben zunehmend die Stimme und prangerten Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit an. 1974 wurde Südafrika die Teilnahme an der UN-Generalversammlung untersagt, 1977 ein Waffenembargo verhängt. Die UN-Generalversammlung mahnte immer wieder Maßnahmen zur Isolierung des Regimes an und rief 1982 zu einem Jahr aus, das der Mobilisierung für Sanktionen gegen Südafrika dienen sollte. Die Mehrzahl der Staaten schlossen sich diesen Aufrufen nicht nur rhetorisch an. Bilateral wurden diese Embargos und Wirtschaftsboykotte jedoch immer wieder von einzelnen Staaten – allen voran Großbritannien, Frankreich, (West-)Deutschland und den USA – unterlaufen. Apartheid versprach Profitraten wie nirgendwo sonst, vor allem im Rohstoffsektor. Der »Persische

Golf der strategischen Rohstoffe«⁶ zog damit zugleich transnationale Unternehmen an. Es war die richtige Zeit dafür, der Rohstoffhandel boomte. Die imperiale Lebensweise, die bis in die 1950er-Jahre hinein der Oberklasse und Teilen der Mittelklasse vorbehalten war, wurde im Fordismus zum verinnerlichten Ideal und Praxismodell aller Klassen im Globalen Norden.⁷ Das ließ den Rohstoffbedarf der ressourcen- und emissionsintensiven fordistischen Produktions- und Konsumnorm explodieren: Allein zwischen 1960 und 1970 verdreifachten sich die Nettoimporte von fossilen Energieträgern in die westlichen Industrieländer.⁸ Der Bedarf an einem Außen, von dem billige Arbeitskraft und Ressourcen kamen und auf das die sozial-ökologischen Kosten verlagert werden konnten, wuchs. Apartheid-Südafrika als Garant billiger Rohstoffe war unter diesem Gesichtspunkt ideal. Stützen konnte sich dieses System auf Rassismus und Neokolonialismus, die sich in der »Minderbewertung von Arbeitskraft im globalen Süden manifestieren, Ausbeutung und Unterdrückung rechtfertigen sowie ein Überlegenheitsgefühl in den Gesellschaften des globalen Nordens schaffen«.⁹

Das Unterlaufen multilateraler Sanktionen war für das Apartheidregime von entscheidender Bedeutung. Apartheid beschränkte sich nicht auf Südafrika, sondern war ein global eingebettetes Regime, das sich nur deswegen solange halten, ja, florieren konnte, weil es internationale Unterstützung erfuhr. Seine Legitimierung und lange Lebensdauer lässt sich nur mit Blick auf die dichte Vernetzung mit anderen Ländern und transnational agierenden Unternehmen erklären. Das Apartheidregime war eigentlich von den Rohstoffexporten abhängig, im Schnitt kamen dadurch zwei Drittel aller Devisen ins Land. Es wäre insofern ein Leichtes gewesen, diese Abhängigkeit Südafrikas als Waffe gegen das Apartheidregime zu nutzen, wie es die südafrikanischen Befreiungsbewegungen forderten. Der Habitus der imperialen Lebensweise, der hegemoniale politische Wille und die Aussicht auf hohe Gewinne ließen jedoch einzelne Staaten und transnationale Unternehmen anders handeln.

In Deutschland, Österreich und der Schweiz ansässige Unternehmen zählten, wie der folgende Überblick zeigt, zu jenen Ländern, die bis zuletzt in den Apartheidstaat investierten. Diese drei deutschsprachigen Länder Mitteleuropas wurden für das vorliegende Buch nicht zufällig ausgewählt. In Deutschland wurde BASF vor mehr als 150 Jahren gegründet, hier hat das Unternehmen weiterhin seinen Hauptsitz. Die Schweiz war und ist die Steueroase und das Rohstoffhandelszentrum Europas und Österreich kann als

⁶ Hanns W. Maull: Südafrikas Rohstoffe: Achillesferse der wirtschaftlichen Sicherheit des Westens? In: Observer. Zeitung für Politik und Wirtschaft. 2. Woche 1986.

⁷ Vgl. Ulrich Brand/Markus Wissen: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München 2017. S. 85ff. In den dekolonisierten Ländern des Globalen Südens, die ihren Anspruch auf die Teilhabe an den Wohlstandsgewinnen einklagten, begann sich zeitgleich die imperiale Lebensweise ebenso auszubreiten, wenn auch nur innerhalb einer dünnen Oberschicht.

⁸ Vgl. Anke Schaffartzik u. a.: The global metabolic transition: Regional patterns and trends of global material flows. 1950–2010. In: Global Environmental Change 05/2014. S. 7–97

⁹ Brand/Wissen: Lebensweise. S. 54.

Beispiel dafür dienen, dass ein vergleichsweise kleines und unbedeutendes Land dennoch zu einer wirkmächtigen Kraft im Apartheidverbundsystem werden konnte.

DEUTSCHLAND

»Ein düsteres Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte«

Während in Deutschland mit den Nürnberger Prozessen damit begonnen wurde, die Nazi- und Kriegsverbrechen aufzuarbeiten, verschärfte das neu gewählte südafrikanische Regime 1948 unter Führung der Nationalen Partei die Rassengesetze. Die Nationalisten der Burenrepublik hatten sich immer schon gut mit ihren deutschen Gegenübern verstanden¹⁰ und waren auch nur zu gerne bereit, deutsche Waisen – am liebsten rein deutsch, Vollwaise und protestantisch – nach Ende des Zweiten Weltkrieges aufzunehmen: »Ein Kind aus Hitlers Herrenvolk zu adoptieren, war für die burischen Nationalisten ein Statussymbol.«¹¹ Erst – wenn überhaupt – durch die Studierendenbewegung der 1960er-Jahre rückte die Tatsache, dass ein Großteil der alten Naziseilschaften nicht nur in Politik und Justiz, sondern auch in den großen Wirtschaftsunternehmen fest im Sattel saß, ins Bewusstsein der Deutschen. Neben ökonomischen Interessenskonvergenzen führte dies auch zu politischen und ideologischen Übereinstimmungen zwischen deutschen und südafrikanischen Apartheid-Akteuren.

So betonte Günter Verheugen, »dass deutsche Manager auch deshalb so gerne nach Südafrika gegangen sind, weil sie dort eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorfanden, die ihrem Weltbild entsprach [...] Es war eine Goldgrube unter anderem deshalb, weil man den schwarzen Arbeitern Hungerlöhne zahlen konnte, weil man sich nicht mit Gewerkschaften über bessere Arbeitsbedingungen herumschlagen musste [...]. Ein düsteres Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte tut sich hier auf – und wen wundert es wohl noch, dass sich darin die Namen einer Reihe von solchen Firmen finden, die schon in der Zeit des Nationalsozialismus mithilfe von Zwangsarbeitern schöne Gewinne erzielt hatten.«¹²

BASF zählt zu den Konzernen, die hier angesprochen sind: Als Teil der berühmt-berühmtesten IG Farben war der Chemiebetrieb Teil der Nazi-Kriegsmaschinerie und hatte Zyklon B produziert, das zum Synonym für die Technik und Systematik des Holocaust wurde. Es war jenes Gas, mit dem das Naziregime zwischen 1942 und 1944 in seinen Konzentrationslagern Millionen Menschen in den Tod schickte. In Zusammenarbeit mit

¹⁰ Vgl. das Zitat des damaligen Außenministers Strauß beim Besuch seines Duzfreundes Präsident »Pik« Botha 1988: »Nie in meinem 40-jährigen politischen Leben habe ich eine so ungerechte und unfaire Behandlung eines Landes erlebt, wie sie Südafrika widerfährt.«, zit. nach: Jürgen Leinemann: »Das macht ihm keiner nach«. In: Der Spiegel, 1.2.1988.

¹¹ »Weiß bleiben in einem schwarzen Land.« Warum deutsche Waisenkinder nach Südafrika geholt wurden. ZDF-History. Online verfügbar.

¹² Günter Verheugen: Apartheid und die deutschen Interessen am Kap. Köln 1986. S. 94f.

der nationalsozialistischen »Schutzstaffel« (SS) ließ die IG Farben ein Zusatzlager in Auschwitz zum Bau einer Kunstkautschukfabrik errichten. Die SS sorgte für die Verfügbarkeit und Bewachung der ZwangsarbeiterInnen, die IG Farben für den Rest. Beim Bau und Betrieb dieser Fabrik starben nach Schätzungen 20.000 bis 25.000 Menschen.¹³ Nach dem Krieg wurde die IG Farben in ihre ursprünglichen Firmenbestandteile zurücküberführt. BASF nahm unmittelbar danach Geschäftsbeziehungen mit Südafrika auf – nicht erst seit der Konzern vor gut 30 Jahren ein Interesse an Platin entwickelte (siehe den Beitrag von Maren Grimm und Jakob Krameritsch, S. 134).

Die vermeintliche Abhängigkeit von Südafrikas Rohstoffen

Bereits 1987 legte die deutsche Nichtregierungsorganisation *Werkstatt Ökonomie* eine ausführliche Studie zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Südafrika vor – mit dem Ziel, die Notwendigkeit der Sanktionen gegenüber dem Unrechtsstaat zu begründen. Darin heißt es: »Ohne bundesdeutsche Warenlieferungen, Kredite, Direktinvestitionen und Know-how wäre die Republik Südafrika nicht in der Lage, das Apartheidsystem aufrechtzuerhalten und den militärisch-industriellen Ausbau [...] voranzutreiben.«¹⁴

GegnerInnen einer Sanktionspolitik argumentierten vor allem mit der angeblichen Abhängigkeit Deutschlands von den Rohstoffen aus Südafrika, die aber, wie *Spiegel*-Redakteur Hans-Georg Nachtweh schon 1986 aufzeigte, eigentlich nur vermeintlicher Natur war:¹⁵ Für die deutsche Wirtschaft sei es, so Nachtwehs Analyse, ohne große Probleme – und wirtschaftliche Verluste – möglich gewesen, sich den multilateralen Sanktionen anzuschließen und somit das Apartheidregime früher zu Fall zu bringen. Denn letztendlich, da sind sich ExpertInnen einig, war es die wirtschaftliche Situation, die die Apartheid besiegt hatte. Die Kosten, die die Aufrechterhaltung der Rassentrennung, die Militarisierung und Abschottungspolitik verursacht hatten, waren trotz niedrigster Löhne und großem Rohstoffvorkommen langfristig nicht zu erwirtschaften. Denn obwohl Apartheid-Südafrika einen Anteil von 40 bis 60 Prozent am Weltexport der zehn wichtigsten Rohstoffe hatte, wäre es über kurz oder lang für die Industriestaaten gut möglich gewesen, Alternativen zu suchen; Alternativen auch jenseits des »Klassenfeindes« Sowjetunion: »Die Preise würden [zunächst] steigen; ein kräftig steigender Preis führt aber unverzüglich dazu, dass andere Produzenten ihre Erzeugung hochfahren; es lohnt

¹³ Vgl. Bernd C. Wagner: IG Auschwitz. Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Lagers Monowitz 1941–1945. München 2000. S. 187.

¹⁴ Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit e.V.: Die deutsche Wirtschaft und Südafrika: Zur Notwendigkeit von Wirtschaftssanktionen. Heidelberg 1986. S. 58.

¹⁵ Vgl. Hans-Georg Nachtweh: »Wir sind die Herren, das Land ist unser.« In: Der Spiegel, 3.3.1986. Online verfügbar.

sich dann eben«, so Nachtweh.¹⁶ Und weiter: Käme es durch einen südafrikanischen Lieferstopp zu einem starken Anstieg der Weltmarktpreise für Platin, würde sich der Verbrauch etwa der Schmuckhersteller wohl schnell verringern. Die freigewordenen Mengen stünden dann den industriellen Verarbeitern zur Verfügung.

Für Deutschland war besonders die Steinkohle ein wichtiger Rohstoff, der sich trotz eigener Vorkommen zu importieren lohnte – nicht zuletzt, weil die niedrigen Lohnkosten der südafrikanischen Steinkohle einen Wettbewerbsvorteil verschafften. 1985 avancierte Südafrika zum größten Steinkohlelieferanten der Bundesrepublik. Dies machte allerdings nur 11,4 Prozent des Inlandsverbrauchs aus und wäre durchaus mit eigener oder externer Steinkohle zu kompensieren gewesen. Ein Embargo hätte das Apartheidregime jedoch empfindlich getroffen.

Die *Werkstatt Ökonomie* kommt zu dem Schluss, dass »erstens im Blick auf die Struktur dieser Einfuhren diese für die Bundesrepublik weitgehend entbehrlich sind, zweitens die Rohstoffabhängigkeit von Südafrika geringer ist, als das oft behauptet wird.«¹⁷

Deutsche Unternehmen im Südafrika der Apartheid

Eine systematische wissenschaftliche Aufarbeitung der Beziehungen zwischen deutschen Unternehmen, Banken und Institutionen steht noch aus. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat ansatzweise versucht, ihre eigene Verstrickung mit dem Apartheidregime zu durchleuchten, doch die zeitliche Nähe, die Komplexität und die finanzielle Beschränktheit hat auch hier gezeigt, wie problematisch dies ist.¹⁸

In Deutschland und der Schweiz gab es in den 1990er-Jahren eine gemeinsame Kampagne zu Fragen von Entschuldung und Entschädigung¹⁹, die sich vor allem mit Banken und multinationalen Unternehmen mit Sitz in den beiden Ländern beschäftigte und eine Klage der südafrikanischen Opferorganisation *Khulumani Support Group* in den USA unter dem *Alien Tort Claims Act* unterstützte. Dort wurden unter anderem die *Deutsche Bank*, *Dresdner Bank*, *Commerzbank*, *Daimler*, *Rheinmetall*, *Ford*, *IBM* und *General Motors* wegen Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen während der Apartheidzeit angeklagt. Die Klage scheiterte – nicht, weil sie nicht berechtigt gewesen wäre, sondern weil das Gericht sich nicht für zuständig erachtete. Der Erfolg dieser Klage und der sie begleitenden Kampagne lag allerdings darin, dass sie zumindest in den Anfängen relativ

¹⁶ Ebda.

¹⁷ Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit e.V.: Wirtschaft. S. 77.

¹⁸ Vgl. Hanns Lessing u. a. (Hg.): Umstrittene Beziehungen. Protestantismus zwischen dem südlichen Afrika und Deutschland von den 1930er-Jahren bis in die Apartheidzeit. Wiesbaden 2015.

¹⁹ Maßgeblich beteiligt waren neben der Nachfolgeorganisation der Anti-Apartheid-Bewegung in Deutschland KOSA auch die KASA, *medico international*, SODI sowie KEESA aus der Schweiz. Eine Fülle von Informationen findet sich unter: info.kosa.org/thema_entschaedigung.html.

großes Medienecho erhielten und zum ersten Mal die Verquickung zwischen Politik und Wirtschaft in der Unterstützung der Apartheidregierung offenlegten.

Birgit Morgenrath und Gottfried Wellmer veröffentlichten 2003 mit ihrem Buch »Deutsches Kapital am Kap« eine fundierte Zusammenstellung des Geschäftsgebarens deutscher Unternehmen während der Apartheid. Sie beziffern den Saldo des Warenhandels deutscher Exporteure in den Jahren zwischen 1986 und 1993 – den Jahren, in denen die UNO Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika verhängt und Deutschland sich dem verbal angeschlossen hatte – im Schnitt auf ein jährliches Plus von umgerechnet 1,2 Mrd. Euro.²⁰

Deutsche Unternehmen füllten in dieser Zeit ungeniert die Lücken, die beispielsweise amerikanische Firmen hinterlassen hatten, da sie den Wirtschaftsboykott ernstnahmen. Immer wieder begegnet uns hier BASF: BASF übernahm das Computergeschäft von IBM, das sich aufgrund des Drucks der US-amerikanischen Öffentlichkeit aus Südafrika zurückgezogen hatte – und verdoppelte damit den eigenen Jahresumsatz. »Der deutsche Multi [BASF] kommt mehr und mehr in die Schusslinie, weil er in Südafrika auf die Schnelle leichtes Geld verdient. Dabei verfahren die Manager des Ludwigshafener Konzerns mit der Sensibilität eines afrikanischen Buschfeuers: Sie nehmen mit, was sie kriegen können, auch wenn es andere mit Bedacht stehengelassen haben«,²¹ so der *Spiegel* 1987.

Wann immer die Manager auf das ausbeuterische, menschenverachtende Apartheidssystem angesprochen wurden, betonten sie – wie übrigens auch Bundeskanzler Willy Brandt –, dass entweder Wirtschaft und Politik zu trennen seien oder sie sich eher an die Maxime »Wandel durch Handel« halten würden.²² Doch in Wahrheit stabilisierten die Investitionen das Regime. Deutsches Kapital und deutsche Waren flossen ungehindert in »die Sektoren der südafrikanischen Wirtschaft, die das Rückgrat des Regimes bilden«,²³ wie etwa zum Energieversorger ESCOM, zur Kohleverflüssigungsanlage SASOL oder zum Rüstungskonzern ARMSCOR – allesamt südafrikanische Staatsbetriebe.

Die brutale Niederschlagung des Schüleraufstandes in Soweto 1976 ließ die deutsche Wirtschaft kalt: Zwischen 1977 und 1980 stieg der Wert der deutschen Exporte um gewaltige 78 Prozent von umgerechnet 1,2 Milliarden auf 2,3 Milliarden Euro.²⁴

Ein treffendes Beispiel dafür, was deutsche Unternehmen von UNO-Resolutionen hielten, die mit Zustimmung der deutschen Regierung gegen das Apartheidregime verabschiedet worden waren, lässt sich aus der Stellungnahme des damaligen Sprechers

von *Daimler Benz*, Schmidt ablesen: »Es wird über solche Dinge zu viel diskutiert. Da herrscht eine Überdemokratie.«²⁵

Die Kampagne zu Fragen von Entschuldung und Entschädigung deckte im Laufe der Jahre immer wieder Verflechtungen deutscher Unternehmen mit dem südafrikanischen Apartheidregime auf: die Absicherung der Geschäfte mit *Hermeskrediten*,²⁶ die großzügige Auslegung sogenannter *Dual-Use-Güter*²⁷ und ihre Genehmigung vonseiten der deutschen Behörden trotz eindeutiger militärischer Endnutzung in Südafrika. Des Weiteren beteiligten sich deutsche Banken an der fragwürdigen Umschuldung, nachdem 1985 der südafrikanische Staat Bankrott gegangen war, ohne diese an politische Reformen zu knüpfen. Kein deutsches Unternehmen sah sich übrigens genötigt, sich der *Wahrheits- und Versöhnungskommission* zu stellen oder seine eigene Vergangenheit untersuchen zu lassen – weder aktiv noch passiv.

Als die Apartheidschuldenkampagne versuchte, Licht in das Dunkel der Geschäftsbeziehungen zu werfen, war die damalige Bundesregierung strikt gegen eine Aufarbeitung vor amerikanischen Gerichten, sah sie doch ihre Souveränität infrage gestellt.

Während Unternehmen etwa aus den USA sich ab 1985 aus Südafrika zurückzogen, etablierten deutsche Firmen Tochtergesellschaften und konnten so von der Sanktionspolitik anderer profitieren. Damit war auch klar, dass sie nach 1994 als Erste zur Stelle sein würden. Der bilaterale Handel zwischen 1994 und heute konnte sich mehr als verdoppeln.²⁸

²⁰ Vgl. Birgit Morgenrath/Gottfried Wellmer: *Deutsches Kapital am Kap*. Kollaboration mit dem Apartheidregime. Hamburg 2003. S. 13.

²¹ Wie ein Buschfeuer: In: *Der Spiegel*, 2.5.1987. Online verfügbar.

²² Vgl. Knud Andresen: *Moralische Ökonomie*. Bundesdeutsche Automobilunternehmen und Apartheid. In: *Zeithistorische Forschungen* 2/2016. S. 231–253. Online verfügbar.

²³ Morgenrath/Wellmer: *Kapital*. S.30.

²⁴ Vgl. ebda., S. 57.

²⁵ Rüstungsexport: Schwalben im Süden. In: *Der Spiegel*, 12.10.1981. Online verfügbar.

²⁶ Als Hermes Kredit wird die Exportkreditversicherung der Bundesrepublik Deutschland zugunsten deutscher Exporteure und Kreditinstitute bezeichnet.

²⁷ *Dual-Use-Güter* sind Güter, Waren, Technologien etc., die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können.

²⁸ IHK: *Sprungbrett nach Afrika*. Online verfügbar.



► Reklametafel einer Sicherheitsfirma in Kroondal, einem kleinen Ort zwischen Rustenburg und Marikana (2017).

SCHWEIZ Die Bankiers des Apartheidstaates

Für die Schweiz lässt sich auf vielen Ebenen ein analoges Bild zu Deutschland zeichnen: Verschiedene Studien²⁹ belegen, wie eng und umfassend die Beziehungen der schweizerischen Wirtschaftselite, des Bankensystems, der Politik und der Armee mit dem Apartheidstaat waren. Was jedoch fehlt, ist eine systematische Analyse, nicht zuletzt der vielschichtigen Motive der schweizerischen Unterstützung des Apartheidregimes. Wie jüngst herausgearbeitet wurde,³⁰ liegt einer der Gründe darin, dass die aktive Teilnahme an der kolonialen Gewalt- und Herrschaftsgeschichte nicht im kollektiven Gedächtnis der Schweiz verankert ist. Das persistente Bild der Schweiz als bloße Trittbrettfahrerin des Kolonialismus ohne eigene *Agency* war und ist immer noch weit verbreitet. Vor allem in der deutschsprachigen Schweiz konnten, nicht zuletzt während der Apartheidzeit, die Afrikaner (auch Buren genannt) auf die Sympathien der Elite zählen. Diese beruhten auch auf einer ausgeprägten Anglophobie, die im Burenkrieg geschürt worden war.³¹ Südafrika wurde lange Jahre nicht nur als Bollwerk gegen das Vordringen des Kommunismus gesehen, sondern als Vorposten einer *weißen* Zivilisation.

Der schon in den 1960er-Jahren beginnende Kampf gegen die Apartheid in der Schweiz, initiiert von zivilgesellschaftlichen Gruppen, war seinem Wesen nach ein mentaler Entkolonialisierungsprozess, der sich bisher an keinem anderen Thema derart herauskristallisiert hat. Die politischen Auseinandersetzungen um die Rolle der Schweiz gegenüber dem Apartheidregime wurden besonders nach dem Massaker von Soweto 1976 leidenschaftlich geführt. Kein anderes außenpolitisches Thema hat mehr parlamentarische Anfragen hervorgerufen.

Dies trifft auch auf die Kirchen zu, die in dieser Frage stark polarisiert waren: auf der einen Seite die Solidarität mit der protestantischen Schwesterkirche, der *Dutch Reformed Church*,³² auf der anderen das Einstehen für die grundlegenden Menschenrechte und den Kampf gegen Rassismus.³³ Dass die systematische rassistische Diskriminierung, die der

²⁹ Vgl. Mascha Madörin: Helfer der Apartheid oder »Verlässliche Freunde«. Wie die Schweizer Banken das Apartheid-Regime stützten, Zürich 2008; Georg Kreis: Die Schweiz und Südafrika 1948–1994. Bern 2005; Jörg Künzli: Zwischen Recht und Politik. Der rechtliche Handlungsspielraum der schweizerischen Südafrikapolitik (1976–1994). Zürich 2005; Sandra Bott: La Suisse et l’Afrique du Sud, 1945–1990. Marché de l’or, finance et commerce durant l’apartheid. Schweizer Beiträge zur internationalen Geschichte, Bd. 11. Zürich 2013.

³⁰ Vgl. Patricia Purtschert u. a. (Hg.): Postkoloniale Schweiz. Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien. Bielefeld 2012.

³¹ In diesem Zusammenhang ist das Grabmal von Paul »Ohm« Kruger, dem ehemaligen südafrikanischen Staatspräsidenten, im Kanton Waadt zu nennen, das jährlich zahlreiche burische PilgerInnen in die Schweiz lockt.

³² Dies ist die Kirche der afrikaanssprachigen Buren, die das System der Rassensegregation der Apartheid als »gottgewollt« unterstützte.

³³ In der Anti-Apartheid- und Boykottbewegung waren Frauen die treibende Kraft, sie waren auch numerisch in der Überzahl. Feministische und antirassistische Diskurse befruchteten sich gegenseitig und gaben der Bewegung die ideelle Resilienz gegenüber den vorherrschenden patriarchalen Strukturen.

Apartheidstaat ausübte, 1976 von der UNO zum »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« erklärt wurde, nahm ein Teil der schweizerischen Öffentlichkeit als »Diktatur der Mehrheit« wahr.³⁴ Die damit einhergehende ablehnende Haltung der UNO gegenüber zeigte sich in vielen Umfragen: Noch 1986 lehnten 75,7 Prozent der StimmbürgerInnen unter Berufung auf die Neutralität einen Beitritt der Schweiz zur UNO ab.³⁵

Obwohl linke Parteien mit unzähligen Vorstößen im Parlament eine Verurteilung der Apartheidpolitik verlangten und forderten, dass sich die Schweiz den internationalen Sanktionen gegen Südafrika anschließt, gelang es ihnen im Unterschied zu Deutschland und Österreich bis in die 1990er-Jahre hinein nicht, eine Mehrheit hinter diesen Forderungen zu vereinen. Die konservativ geprägte Regierung erklärte die Trennung von Wirtschaft und Politik zu ihrem Prinzip und hielt an der »Universalität der schweizerischen internationalen Beziehungen« fest. Sie berief sich dabei vor allem auf das Prinzip der »integralen Neutralität«, das angeblich einer Bekämpfung der Apartheidpolitik im Weg stand. Erst der Druck der OPEC-Staaten in den 1970er-Jahren, mit Nigeria als treibender Kraft, und die Durchschlagskraft der Boykottbewegungen in den USA, Skandinavien und Europa in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre erreichte eine wenigstens verbale Verurteilung der Apartheid. Die späte und zurückhaltende Distanzierung erstaunt nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es sich bei der Hälfte der Parlamentarier³⁶ um Verwaltungsräte von Unternehmen handelte, die mit Südafrika im Geschäft waren.³⁷

Sprungbrett für Schweizer Unternehmen

Nach der Machtübernahme durch die burisch geprägte National Party 1948 stellte Südafrika ein Sprungbrett für den Aufstieg der Schweizer Wirtschaft auf dem Weltmarkt dar.³⁸ Insbesondere die Banken wussten die Schwächung der britischen Interessen zu ihren Gunsten zu nutzen.

1968 gelang den drei schweizerischen Großbanken SBG, SBV (heute zusammen UBS) und SKA (heute *Credit Suisse*) der große Coup. Sie nutzten eine Krise des Goldhandelsplatzes London und überzeugten Südafrika, seine Goldproduktion über den Zürcher

³⁴ Auch schweizerische DiplomatenInnen, die von afrikanischen VertreterInnen wegen ihrer Haltung zum Apartheidstaat kritisiert wurden, verwendeten in ihren Berichten diese Metapher.

³⁵ Die Schweiz gehörte bis 2002, als sie nach einer erneuten Volksbefragung den Beitritt zur UNO endlich vollzog, lediglich den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen an.

³⁶ Dies waren in erster Linie Männer.

³⁷ Vgl. Erwin Koch: Im gelobten Land. In: Tages-Anzeiger Magazin 7/1998. S. 24–35.

³⁸ Neben den Banken unterhielten alle heute international tätigen Konzerne mit Sitz in der Schweiz Niederlassungen in Südafrika – *Novartis* (damals Ciba-Geigy und Sandoz), *Roche* (damals Hoffmann-La Roche), *Holcim-LaFarge* (damals Holderbank/Schmidheiny, Portland), *Nestlé*, *Schindler*, *Suchard*. 1988 wurden 54 Niederlassungen von Schweizer Unternehmen in Südafrika gezählt; vgl. Lukas Zollinger: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Republik Südafrika 1961–1994. Unveröffentlichte Studie. Bern 1997. S. 52ff.

Goldpool zu verkaufen. 75 bis 80 Prozent des südafrikanischen Goldes wurden fortan, auch physisch, über die Schweiz gehandelt und in Schweizer Raffinerien für den Weiterverkauf aufbereitet.³⁹ Für die Devisenbeschaffung des Apartheidstaates war dies von entscheidender Bedeutung.

1976, nach dem Massaker in Soweto, verdoppelte sich der Schweizer Anteil am Bankengeschäft, da viele andere Länder aus Protest gegen Rassismus und der damit einhergehenden staatlichen Gewalt ihre Geschäfte mit Südafrika abbrachen und sich den Sanktionen anschlossen. Gold und Kredite hingen eng zusammen. Das Edelmetall war nicht nur der wichtigste Devisenbringer Südafrikas, es diente auch als Sicherheit für Kredite.⁴⁰ Gegen Ende der Apartheid-Ära wurden *Forwardgeschäfte*⁴¹ auf zukünftige Goldverkäufe immer wichtiger. Für all dies wurde die Schweiz zu einer wichtigen Drehscheibe.

Es war ein intimes Verhältnis, das die Banken der Eidgenossenschaft und die Apartheidregierung miteinander verband. Als Bankiers des Apartheidstaates verdienten die Schweizer gut an diesem Geschäft.⁴² Südafrika wiederum profitierte davon, dass es sich auf die Schweiz auch in kritischen Zeiten verlassen konnte. So ist es kein Zufall, dass es der Schweizer Bankier Fritz Leutwiler war, seines Zeichens ehemaliger Präsident der *Schweizerischen Nationalbank* und der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich*, der Südafrika in der Stunde der Not vor dem Aus bewahrte. 1985 wurde das Land zahlungsunfähig und die 30 Gläubigerbanken waren nicht mehr bereit, weitere Kredite zu gewähren. Leutwiler verhandelte und erreichte eine Umstrukturierung der Schulden – zu einem Zeitpunkt, an dem die internationalen Sanktionen einem Höhepunkt zustrebten, der südafrikanische Staat den Ausnahmezustand ausrief und in der Folge die Repressionen gegen die Schwarze Bevölkerung verschärfte.

Angesichts dessen kommt die Studie des *Schweizerischen Nationalfonds* zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und Südafrika zu dem Schluss, dass die Schweiz »insbesondere wegen des Kapitalexportes und der Abnahme des südafrikanischen Goldexportes

³⁹ Die schweizerische Statistik hat auf Ersuchen Südafrikas die Aufschlüsselung nach Staaten bei der Importstatistik für Gold aufgehoben. In ihrem Kommentar zur Publikation der Forschungsergebnisse des NFP 42+ kritisiert die Recherchiergruppe des Solifonds: »So fehlen Untersuchungen über das Ausmaß und die Bedeutung der Schweizer Wirtschaftsbeziehungen zur Apartheid weitgehend. Der Bericht von Guex/Etemad zu den Finanz- und Handelsbeziehungen der Schweiz mit Südafrika in den 1950er- und 1960er-Jahren enthält spannende Resultate; die Untersuchung der 1970er- und 1980er-Jahre, in denen das Schweizer Engagement besonders ausgeprägt war, war jedoch wegen der Archivschließung nicht möglich«, unter: www.apartheid-reparations.ch/documents/Forschung/KommNFP42+.pdf.

⁴⁰ Vgl. Zollinger: *Wirtschaftsbeziehungen*. S. 32.

⁴¹ Forwardgeschäfte sind Geschäftsabschlüsse, die mit zukünftigen Goldverkäufen bezahlt werden, zu einem angenehmen Preis. So werden Ressourcen verhökert, die dem Land in der Zukunft fehlen. Als Südafrika ab Mitte der 1980er-Jahre nicht mehr als kreditwürdig galt, wählten die Geldgeber zunehmend diesen Weg, um ihr Risiko zu minimieren.

⁴² In seiner Studie beschreibt Hennie van Vuuren das umfangreiche, auf politischer Affinität beruhende internationale Netzwerk des Apartheidstaates, an dem alle Beteiligten verdienten und dessen korrupte Praktiken Südafrika heute noch prägen: Hennie van Vuuren: *Apartheid, Guns and Money. A Tale of Profit*. Johannesburg 2017.

tes [...] den Apartheidstaat mit seinen hungrigen Staatsbetrieben und seinen hohen Staatsausgaben gestützt und gestärkt und somit begünstigt« hat.⁴³ Der Autor bezweifelt jedoch, dass die Vermittlung Fritz Leutwilers die Lebensdauer des Regimes verlängerte. Diese Schlussfolgerung ist so überraschend wie mangelhaft begründet und wurde von der Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika scharf kritisiert.⁴⁴

Komplizenschaft mit dem Apartheidregime

Es waren jedoch nicht nur die Banken, die sich im Sinne der eigenen Interessen auf die Bedürfnisse des südafrikanischen Staates einstellten. Auch in der Verwaltung war man kreativ, wenn es darum ging, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, um Geschäfte zu machen. 1963 flog ein Waffengeschäft auf: Im selben Jahr, in dem die UNO ein Embargo für Waffenexporte nach Südafrika erließ, standen zwei Zwillingsfliegerabwehrgeschütze der Firma Oerlikon-Bührle bereit für den Versand an den Auftraggeber.⁴⁵ Die diskret erteilte Ausfuhrbewilligung half nicht. Der Skandal wurde publik, als Bührle die nach Südafrika gelieferten Geschütze in einer Broschüre für das österreichische Verteidigungsministerium zeigte.

Die Komplizenschaft der Verwaltung mit der Wirtschaft wird im Schlussbericht des Nationalen Forschungsprogramms denn auch ausdrücklich moniert: »Das Zentrum der Südafrikapolitik war die Handelsabteilung; sie bestimmte zusammen mit Exponenten der Privatwirtschaft den einzuschlagenden Kurs. [...] Die Politik bestand darin, der Privatwirtschaft den von ihr beanspruchten Spielraum weitgehend und ungeachtet der politischen Konsequenzen zu lassen.«⁴⁶ Was das konkret bedeutete, umschrieb die Antipartheidaktivistin und Ökonomin Mascha Madörin folgendermaßen: »Es wurde geschummelt, heruntergespielt, falsche Auskunft gegeben. Statistiken wurden zum Verschwinden gebracht.«⁴⁷

⁴³ Kreis: Schweiz. S. 496.

⁴⁴ Die Aussage von Georg Kreis stützt sich auf die bankennahe Teilstudie Staehelin-Witt, die die Wirksamkeit von Sanktionen insgesamt bestreitet; vgl. Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika: *Kollaboration mit dem Apartheidregime. Skandalöse Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms NFP 42+*. In: *Widerspruch* 49/2005. Online verfügbar.

⁴⁵ Vgl. ebda. S. 339f.

⁴⁶ Mascha Madörin: *Kommentar zu: Blocher und Merz, zwei alte Freunde Südafrikas*. 2.11.2005. Online verfügbar.

⁴⁷ Ebda., S. 487f.

Die Anfänge des Rohstoffhandelsplatzes Schweiz

Der Zusammenbruch des Monopolsystems der Ölmultis nach der Ölpreiskrise von 1974 öffnete den Raum für Händler wie Marc Rich,⁴⁸ die direkte Beziehungen zu den Förderländern unterhielten.⁴⁹ Das Geschäft mit billigem Öl aus langfristigen Verträgen, das wesentlich teurer über die Spotmärkte verkauft wurde, war für sie sehr lukrativ. Noch gewinnbringender war der Handel mit geächteten Regimen wie Iran und Südafrika. Trotz des US-Handelsembargos belieferte Rich das Apartheidregime. Südafrika sei sein »wichtigstes und profitabelstes Geschäft« gewesen, schreibt der Rich-Biograf Ammann.⁵⁰ Da es sich um reine Vermittlungsgeschäfte handelte – das von Marc Rich gehandelte Erdöl gelangte nicht in die Schweiz –, sah sich die Verwaltung nicht in der Lage, diese zu erfassen und zu unterbinden. Die *Marc Rich & Co. AG* konnte bis zum Ende der Apartheid millionenschwere Gewinne einstreichen.

Dies ist auch für die Post-Apartheidzeit von Bedeutung, hat sich doch die Stadt Zug in den letzten 15 Jahren zu einem Zentrum des weltweiten Rohstoffhandels entwickelt. Für die Tätigkeit der Handelsgeschäfte wurden spezialisierte Kreditinstrumente geschaffen, die einer Firma wie der *Marc Rich & Co. AG* trotz geringem Eigenkapital die für das Rohstoffgeschäft nötigen großzügigen Kreditlimite gewährten.⁵¹

Im Jahr 1993 wurde Rich⁵² aus seiner Firma gedrängt, und seine Nachfolger gaben dem Unternehmen einen neuen Namen: *Glencore*. Der international tätige Rohstoffkonzern (Förderung und Handel mit ausgedehnten Tätigkeiten im südlichen Afrika) ist auch heute noch in Zug angesiedelt. *Glencore* war Hauptaktionär von *Xstrata* und erwarb dieses ebenfalls im steuergünstigen Kanton Zug beheimatete Bergbauunternehmen im Jahr 2012. Interessantes Detail: Zum Zeitpunkt des Massakers von Marikana war *Xstrata* mit 28 Prozent bedeutendster Einzelaktionär der Platinmine Lonmin.⁵³ Bis 2016 koordinierte auch BASF von Zug aus seine Rohstoffeinkäufe – unter anderem südafrikanisches Platin.

⁴⁸ Marc Rich war Angestellter der 1901 gegründeten Rohstoffhandelsfirma *Philipp Brothers* und wurde Leiter von deren Madrider Niederlassung, bevor er nach Zug wechselte, wo er sich 1974 selbstständig machte. 1983 wurde er in den USA wegen Steuervergehen angeklagt. Dazu kamen Klagen wegen »Handels mit dem Feind Iran«; vgl. Erklärung von Bern (Hg.): Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Zürich 2011. S. 71–83.

⁴⁹ Die Pflege dieser einträglichen Beziehungen schloss Bestechungsgelder ein. Bestechung war in der Schweiz bis zum 1.1.2001 legal und konnte als »geschäftsmäßig begründeter Aufwand« vom steuerbaren Gewinn abgezogen werden; vgl. Erklärung von Bern: Rohstoff. S. 75.

⁵⁰ Daniel Ammann: King of Oil. Marc Rich – Vom mächtigsten Rohstoffhändler der Welt zum Gejagten der USA. Zürich 2010.

⁵¹ Vgl. Erklärung von Bern: Rohstoff. S. 79.

⁵² Bereits einige Monate vor der Anklageerhebung in den USA hatte Rich seinen Wohnsitz in die Schweiz verlegt, wo er sich sicher fühlen konnte, da Steuerhinterziehung in der Schweiz kein strafrechtlich relevantes Delikt darstellt. Er wurde am 20.1.2001, am letzten Amtstag von Bill Clinton, begnadigt.

⁵³ 2011 war *Xstrata* – nach *Glencore*, *Nestlé*, *Novartis*, *Roche* und *ABB* – die sechstgrößte börsennotierte Firma der Schweiz; Erklärung von Bern: Rohstoff. S. 163.

Unabgeschlossene Entkolonialisierung

Nach dem Ende der Apartheid 1994 fehlte der politische Wille, die schweizerischen Beziehungen mit dem rassistischen Apartheidregime aufzuarbeiten. Man wollte zur Tagesordnung übergehen, ohne sich mit unangenehmen Fragen auseinanderzusetzen. Außerdem stellte das neue Südafrika praktischerweise auch keine Forderungen an die Schweiz. Im Gegensatz zur nationalsozialistischen Involvierung, wo starker Druck aus den USA schließlich dazu geführt hatte, dass sich die Schweiz 1996 ihrer Rolle während des Zweiten Weltkriegs stellen musste – insbesondere der Flüchtlingspolitik und den sogenannten nachrichtenlosen Vermögenswerten jüdischer Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung –, konnte man sich im Falle Südafrikas der Aufarbeitung weitgehend entziehen.

Hier setzten die Forderungen der aus der Antipartheidbewegung entstandenen KEESA (*Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika*) an.⁵⁴

Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Enthüllungen der südafrikanischen *Wahrheitskommission* erteilte der Bundesrat im Mai 2000 dem *Schweizerischen Nationalfonds* den Auftrag, ein Forschungsprogramm zu den Beziehungen Schweiz – Südafrika durchzuführen. Allerdings verweigerte das Parlament den Forschenden einen privilegierten Zugang zu den Quellen. Als Apartheidopfer 2003 zivilrechtliche Wiedergutmachungsklagen gegen Unternehmen erhoben, die von ihrer Geschäftstätigkeit mit dem Apartheidregime profitiert hatten – darunter auch Schweizer Banken und Unternehmen – verfügte der Bundesrat im Notrecht eine teilweise Aktensperre⁵⁵ und torpedierte damit die noch laufende Forschung.

2005 lag der Bericht vor, der trotz der Behinderungen viele brisante Erkenntnisse enthielt. Etwa einhundert ParlamentarierInnen verlangten eine Stellungnahme des Bundesrates dazu, die dieser jedoch verweigerte.⁵⁶ An dieser Haltung konnte auch eine von der KEESA initiierte Bittschrift von Menschenrechtsorganisationen aus Südafrika nichts ändern.

⁵⁴ Die KEESA entstand 1998 als Koalition verschiedener kirchlicher und säkularer NGOs in der Schweiz und forderte, dass die Apartheidschuld gestrichen und »Unternehmen und Banken, welche von der Apartheid profitierten und sie unterstützt haben, das begangene Unrecht und die angerichteten Schäden wiedergutmachen« (Selbstdarstellung der KEESA unter: www.apartheid-reparations.ch). Heute ist die KEESA Teil der internationalen *Plough Back the Fruits*-Kampagne.

⁵⁵ Die Aktensperre wurde im Juni 2014, also elf Jahre später, aufgehoben, als die Apartheidklagen in den USA gescheitert waren (vgl. www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Der-Bundesrat-gibt-SuedafrikaAkten-frei/story/12709378).

⁵⁶ Damals gehörten die Bundesräte Christoph Blocher und Heinz-Rudolf Merz dem siebenköpfigen Gremium an, beide mit einer apartheidfreundlichen Vergangenheit.



▲ Briefkasten der mittlerweile abgewickelten BASF Metals GmbH in der Schweizer Steueroase Zug.

▲ Artikel in der österreichischen Kronen Zeitung vom 5. Juli 1986.

ÖSTERREICH

Konsistenter Kurs »korrekter« Inkonsequenz

Im »Außenpolitischen Bericht« der österreichischen Regierung von 1979 ist zu lesen: »Zwischen Österreich und Südafrika bestehen korrekte Beziehungen«. ⁵⁷ Auf multilateraler Ebene haben sich VertreterInnen österreichischer Regierungen mehrfach Resolutionen und Empfehlungen der UNO gegen das Apartheidregime angeschlossen. Auf bilateraler Ebene und innenpolitisch wurde oft gar nichts, vielfach Halbherziges und in zentralen Bereichen Gegensätzliches unternommen, um den Beschlüssen und Empfehlungen nachzukommen. Seit Beginn der 1970er-Jahre hat sich die Bedeutung Österreichs für das Apartheidssystem – wie auch jene des Apartheidsystems für Österreich – stetig vergrößert. Entgegen UN-Beschlüssen und Lippenbekenntnissen wurden Handelsbeziehungen intensiviert, mehr Investitionen getätigt, im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Bankkredite vergeben und Rüstungskooperationen geknüpft. Dabei waren – direkt oder indirekt – auch verstaatlichte Unternehmen beteiligt (Voest/Noricum, Länderbank AG, CA).

Mit Berufung auf seine »Neutralität« fungierte Österreich vielfach als Drehscheibe für Kontakte und Transfers von Gütern und spielte so etwa eine Schlüsselrolle in der diplomatischen Aufwertung des Homelands Transkei. ⁵⁸

Transkei, Rohstoffhandel, Sport und Kultur: Österreich auf den vordersten Plätzen

Die Transkei war das größte Homeland Südafrikas. Im Südosten des Landes, in der jetzigen Eastern Cape Province gelegen, ist es auch heute noch die wichtigste *labour sending area* für die Minen im Norden Südafrikas. Der Apartheid-Statthalter dieses Homelands rief am 26. Oktober 1976 die Unabhängigkeit der Transkei aus. Die UNO erklärte diese jedoch noch am selben Tag für ungültig und forderte alle Staaten auf, der Transkei jede Form der Anerkennung zu verweigern.

Die Transkei versuchte in der Folge, ihre internationale diplomatische wie wirtschaftliche Isolierung zu umgehen. Österreich spielte dabei eine wichtige Rolle: Schon bei der »Unabhängigkeitsfeier« waren drei Parlamentsabgeordnete, die ohne Vertretungsauftrag der Bundesregierung angereist waren, zugegen. Österreich erkannte Reisepässe der Transkei an und ermöglichte es damit Handelsdelegierten, Geschäfte mit österreichischen Firmen zu verhandeln und abzuschließen. Der in Wien konstituierte Freundschaftsverein *Transkei Trade Union and Information Office Vienna* war der erste seiner Art

⁵⁷ Zit. nach: Walter Sauer/Theresia Zeschin (Hg.): Die Apartheid-Connection. Österreichs Bedeutung für Südafrika. Wien 1984. S. 15f.

⁵⁸ Vgl. ebda.

in Europa. Er kam einem Konsulat gleich. Österreich wurde die Drehscheibe der Transkei für ihre Außenhandelskontakte, Wien als Stadt mit UN-Sitz der ideale Standort.

In der Transkei verfolgte das Apartheid-Marionettenregime den Plan, den Dorfgemeinschaftsbesitz zu enteignen und in privaten Großgrundbesitz umzuwidmen. Gewerkschaften und bäuerliche Genossenschaften wurden dafür massiv unter Druck gesetzt. Auf Basis monokultureller Plantagenwirtschaft sollten in Zukunft Produkte für den Weltmarkt produziert werden, anstatt die lokale Bevölkerung zu versorgen. Auch dabei stand Österreich hilfreich zur Seite: Es versorgte die Transkei zu günstigen Konditionen mit Traktoren von *Steyr-Daimler-Puch*.

Ende 1978 nannte Kaiser Matanzima – seit der formalen Unabhängigkeit 1976 erster Premierminister der Transkei – auf die Frage, welche Staaten der Transkei infrastrukturelle Unterstützung bei seinen als »Sozialreformen« ausgegebenen Enteignungen gewährten, zwei Staaten: Taiwan und Österreich.⁵⁹

Auch beim Rohstoffhandel war Österreich groß im Geschäft: Es importierte aus Südafrika Kohle, Gold, Chrom, Mangan, Asbest, Nickel, Kupfer, Platin und – für sein nie in Betrieb genommenes Atomkraftwerk – Uran.⁶⁰ Vor allem beim Handel mit Gold, dem wichtigsten Exportgut Südafrikas, konnte sich Österreich zur Weltspitze zählen. Durchschnittlich 60 Prozent der österreichischen Goldimporte der 1970er- und 1980er-Jahre kamen aus Südafrika. In Österreich konnte die im Auftrag Südafrikas hergestellte *Krügerrand*-Münze Mehrwertsteuerbefreit bezogen werden. Dies war sonst nur noch in Luxemburg möglich. Die Gewinne sowohl für österreichische Finanzinstitute wie auch für den Apartheidstaat, der diese Münzen für den Devisenmarkt prägen ließ, waren enorm. Der Verkaufserlös in Österreich machte allein 1983 fünf Milliarden Schilling aus, was mehr als 20 Prozent der weltweiten Verkäufe entspricht.⁶¹

Darüber hinaus wurde der Tourismussektor ausgebaut, Kultur-, Sport- sowie Studierendenaustauschprogramme installiert. Die AkteurInnen fanden sich in zum Teil speziell dafür eingerichteten Institutionen: in Konzernen, der (verstaatlichten) Industrie, der Bundeswirtschaftskammer, in diplomatischen Vertretungen und in den Konsulaten der beiden Länder, in Reisebüroverbänden, Migrationsanwerbestellen und Vereinen, die nicht selten von Nationalratsabgeordneten, ManagerInnen hoher Positionen oder einflussreichen JournalistInnen geleitet wurden (etwa die Österreichisch-Südafrikanischen Clubs). Die ProtagonistInnen in diesem engmaschigen Netz zwischen Österreich und Südafrika waren *opinion leader* jeglicher Ebenen: Nationalratsabgeordnete, DiplomatInnen, Handelsattachés, WirtschaftslobbyistInnen, Tourismus-Fachkräfte, Lehrende,

59 Vgl. Barbara Rogers: *Divide and Rule: South Africa's Bantustans*. London 1980. S. 124.

60 Vgl. Gerald Braun: *Die Kohlen müssen stimmen – Österreichs Rohstoffimporte aus Südafrika*. In: Sauer/Zeschin: *Apartheid-Connection*. S. 77–96, hier: S. 82.

61 Vgl. Walter Sauer: *Austria and South Africa during Apartheid*. In: South African Democracy Education Trust (Hg.): *The Road to Democracy in South Africa*. Bd. 3, Johannesburg 2008. S. 630–640.

WissenschaftlerInnen, SportlerInnen und schlussendlich auch KünstlerInnen: die Wiener Sängerknaben, die Stierwascher-Volkstanzgruppe, Udo Jürgens – sie alle schafften es auf die schwarze Liste der UNO »of entertainers, actors and others who have performed in apartheid South Africa«.⁶²

Österreich, so fasst es eine Studie schon 1986 (zeitgleich auch in Deutschland) zusammen, »spielt für die Aufrechterhaltung des Apartheidsystems eine im Vergleich zu seiner Größe und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit überdurchschnittliche Rolle. Gerade die geringe internationale Beachtung und das niedrige öffentliche Bewusstsein in Sachen Apartheid ermöglichen es Südafrika, Österreichkontakte zur Durchbrechung seiner zunehmenden Isolation zu benützen.«⁶³

Es ist das Verdienst der 1976 gegründeten österreichischen Anti-Apartheid-Bewegung,⁶⁴ zusammen mit VertreterInnen der Kirche und der Kommunistischen Partei auf diese Verstrickungen hingewiesen und sie kritisiert zu haben – durchgehend erforscht und systematisch konzeptualisiert sind sie jedoch auch für Österreich noch nicht.

Wie die deutsche, so ist auch die österreichische »Apartheid-Kontaktzone« (siehe dazu die Einleitung, S. 33) geprägt durch die Schnittstelle einer postnazistischen Gesellschaft mit jener der Apartheid-Gesellschaftsordnung. An dieser Schnittstelle herrschte ideologische wie wirtschaftliche Harmonie und Interessenskonvergenz. Österreichische Firmen kooperierten mit Südafrika nicht nur, weil ihnen die Apartheid hohe Profitraten garantierte; Südafrika wurde von vielen österreichischen Akteuren als antikommunistische Bastion affirmiert und darüber hinaus als »Vorhut eines *weißen* Europas am Kap«, als Hoffnungsträger einer Staatenkonstellation unter *weißer* Vorherrschaft unterstützt (»Afrika und doch nicht Afrika«). Wirtschaftspolitische und strategisch-ideologische Gründe standen gleichermaßen hinter Österreichs Kooperation mit dem Regime. Rechte österreichische ParlamentarierInnen bezeichneten das rassistische Regime als »gangbares Modell«,⁶⁵ WirtschaftsvertreterInnen schüttelten ungläubig den Kopf, wenn Kritik an der Apartheid angemeldet wurde: »Nur die dümmsten Länder halten sich an den Wirtschaftsboykott.«⁶⁶

Insofern betonte die österreichische Anti-Apartheid-Bewegung, dass ihre Arbeit stets ein zweifaches Ziel verfolge: die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Südafrika und die Auseinandersetzung mit Rassismus und Kolonialismus im eigenen Land. Sie unterstrich, dass »Information über Apartheid und über die Notwendigkeit interna-

62 U.N. blacklists entertainers who perform in South Africa. In: UPI, 26.10.1983.

63 Sauer/Zeschin: *Apartheid-Connection*, S. 10; vgl. auch: Die Beziehungen Österreichs zu Südafrika. In: Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich/Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission: *Südafrika – Apartheid*. Wien 1988. S. 25–30.

64 Vgl. Adalbert Krims: *Kleine Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich*. In: Walter Sauer: *Südafrika fünf Jahre nach der Apartheid. Politische und soziale Transformation während der Regierungszeit von Nelson Mandela*. Wien 1999. S. 15.

65 Sauer/Zeschin: *Apartheid-Connection*. S. 10.

66 Wolfgang Sperner: *Neues Volksblatt*. 2.2.1980. Zit. nach ebda. S. 88.

tionaler Sanktionen [...] vom Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus in Österreich selbst nicht zu trennen ist«. ⁶⁷

Bilanz der Länderberichte: Deutschland, Schweiz, Österreich

Die drei Länderberichte machen deutlich, dass der Beitrag Deutschlands, Österreichs und der Schweiz sowie der dort ansässigen Unternehmen zur Aufrechterhaltung der Apartheid in jeglicher Hinsicht enorm war. Sie unterstützten das Apartheidregime in ideologischer, diplomatischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht und waren damit Teil dieses Systems. Die drei Länder sind mitverantwortlich für die Stabilität und lange Lebensdauer des Apartheidregimes. Durch ihre Unterstützung konnten sich kolonial-rassistische Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, wie sie durch das Apartheidregime in historisch singulärer Form hergestellt wurden, stabilisieren. Der Kalte Krieg, das unaufgearbeitete koloniale Erbe wie auch die nationalsozialistische (Eliten-)Kontinuität schufen dabei in allen drei Staaten die ideologischen und sozialpolitischen Ausgangsbedingungen, die für die engen Kollaborationen mit dem antikommunistischen Apartheidregime förderlich waren. Die sich auf alle Milieus ausbreitende imperiale Lebensweise ließ speziell den Rohstoffhandel mit Südafrika exponentiell wachsen. Dieser ermöglichte den drei Staaten und in ihnen ansässigen Unternehmen enorme Profiteure – auf Kosten und zu Ungunsten der Schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika.

Die Verschränkung wirtschaftlichen und politischen Agierens wurde bei der Beschäftigung mit einzelnen Akteuren konkret greifbar. Die Apartheid wurde von staatlichen wie unternehmerischen Akteuren gleichzeitig wirtschaftlich wie propagandistisch unterstützt. Auch Lobbyarbeit für das Apartheidregime wurde nicht gescheut – im Gegenteil, sie wurde vielfältig und kostenintensiv betrieben. Offene Affirmation für verfassungsrechtlich fundierten Rassismus, Leugnung von Gewaltherrschaft, koloniale Ausblendungen, empirisch unhaltbare Relativierungen, strukturelles Wegschauen wie auch erste Ansätze von *Corporate-Social-Responsibility*-(CSR)-Rhetoriken und -Strategien – all das zählt zum Repertoire, das deutsche, schweizerische und österreichische Akteure nutzten, um mit ihren Geschäften fortfahren zu können. Große, einflussreiche Konzerne prägten schon zur Apartheidzeit den Markt und übten Einfluss auf die Politik aus; sie wirkten bei Prozessen der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung mit bzw. stark auf diese ein.

Von keinem der drei Staaten beziehungsweise den staatlichen oder privat-unternehmerischen Akteuren gab es bis dato eine Entschuldigung für die Beihilfe und Unterstüt-

zung des Apartheidregimes – ganz zu schweigen von Reparationszahlungen für die Millionen Geschädigten. Diese Entschuldigungen und Reparationszahlungen sind nicht nur ausgeblieben, Versuche sie zu erwirken wurden bekämpft und erstickt.

Das ist die historische Folie, auf der wir uns bewegen und die zu berücksichtigen ist, wenn es im Folgenden um die Problemstellungen der Post-Apartheid geht, um »Lieferkettenverantwortung«, um Versuche der rechtlichen Regulierung eines *Human Rights Impact Assessment*, um die Lobby der Chemiebranche oder um Strategien zur Steuervermeidung. Die Beteiligung Deutschlands, Österreichs und der Schweiz an der Stabilisierung von Gewaltverhältnissen blieb bis heute ungesühnt und unsanktioniert. Sie blieb »unbezahlt«, sowohl im symbolischen als auch materiellen Sinne. Und nicht nur das: An sie konnte angeschlossen werden. »Die Wahrheit der Interaktion gründet nie gänzlich in dieser selbst«, ⁶⁸ hält Pierre Bourdieu fest. Jedes Handeln und Entscheiden ist habituell in Akteure eingeschrieben, eingebettet in einen historischen Kontext. Verinnerlichte Machtverhältnisse liegen ihnen zugrunde und lassen sie als »normal« und »rational« erscheinen. ⁶⁹

Wirtschaftliches Handeln, das auf Basis rassistisch legitimierter Ausbeutung und Unterdrückung hohe Gewinne erzielte, konnte sich etablieren, ohne dass die dahinterstehenden Akteure je zur Verantwortung gezogen worden wären. Diese Straf- und Sanktionslosigkeit bildet die Grundlage für gegenwärtiges Handeln. Sie ist ein Freibrief für heutige Akteure, sich wenig um die Kontinuitäten von Ausbeutung und Unterdrückung kümmern zu müssen. Straflosigkeit ist Anlass für weitere Verbrechen. Damit ist eine erste Teilantwort auf die diesem Buch zu Grunde liegende Fragestellung erarbeitet.

⁶⁷ Ebda. S. 10.

⁶⁸ Pierre Bourdieu: Entwurf einer Theorie der Praxis. Frankfurt a. M. 2009. S. 181.

⁶⁹ Vgl. Brand/Wissen: Lebensweise. S. 48ff.



- ▲ Reklame in der *Süddeutschen Zeitung* vom 27.11.1986.
- ▶ Hinweistafel Lonmins an dessen Grundstücksgrenze.

LONMIN IM ZUSAMMENHANG

DIE PLATININDUSTRIE IN SÜDAFRIKA

Ein Interview mit Gavin Capps

Jakob Krameritsch Bergbau und Rohstoffhandel stellten das ökonomische Rückgrat des Apartheidregimes dar. Die Bergbauindustrie wurde geradezu zu einem Symbol für Apartheid-Rassismus und der damit verbundenen Ausbeutung der Schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Sie konnte sich während der Apartheidzeit auf etablierte Strukturen stützen, die sich bereits zuvor, in kolonialer Zeit, entwickelt hatten.

Gavin Capps Nach den Diamantenfunden 1867 erhöhte sich die Bedeutung Südafrikas für den britischen Imperialismus enorm, und noch mehr mit der Entdeckung der riesigen Goldvorkommen im Witwatersrand-Becken 1886. Johannesburg wurde rasch zum Zentrum der Goldindustrie, deren enormes Wachstum der Stadt ihr modernes Antlitz verlieh. Es entwickelten sich wirtschaftliche Strukturen, die bis heute sowohl die Kapitalverteilung wie auch die Strukturen der Arbeit und des Staates entscheidend prägen.

GC Um mit dem Kapital zu beginnen: Die Goldfelder von Witwatersrand waren zwar weltweit die größten, die bis dahin entdeckt worden waren, aber die Adern selbst waren von minderer Qualität und lagerten tief im Erdboden; sie waren daher also schwierig und teuer abzubauen. Ein profitabler Abbau war daher abhängig von einer Kombination großer Investitionen, um ökonomisch ausreichend schürfen zu können, und einer permanenten Versorgung mit billiger Arbeitskraft, um die Ausbeutungsrate zu maximieren. Die erste dieser Bedingungen wurde durch die rasche Konzentration des Eigentums in der Minenindustrie (darunter auch Kohleminen) in den Händen von sechs Hauptproduzenten erfüllt, deren Interessen durch die *Chamber of Mines* (dt.: Bergbaukammer) koordiniert wurden. Diese Bergbauunternehmen profitierten von der massiven staatlichen Unterstützung bei den Schlüsselinvestitionen – in erster Linie bei der Energieversorgung, aber auch bei Metallen und Transport. Es entstand, was Ben Fine und Zav Rustomjee als »minerals-energy complex« (dt. Mineral-Energie-Komplex)¹ bezeichneten, der auf einer engen Verbindung von privatem und öffentlichem Sektor basiert. Es war die Akkumulationsdynamik dieses Komplexes, der die Industrialisierung Südafrikas während des 20. Jahrhunderts prägte.

Das »Problem der Arbeitskräfte« im Goldsektor wurde in der Periode, als der Tiefenbergbau begann, zwischen 1890 und 1920, durch die Schaffung eines immer ausgedehnteren und regulierteren Systems (männlicher) afrikanischer migrantischer Arbeit gelöst. Das System der Wanderarbeit wurde in dieser Zeit installiert. Dazu wurden Schwarze Arbeiter aus ganz Südafrika, vor allem aus dem Eastern Cape, und den benachbarten Territorien – hier vor allem Mosambik und Lesotho – herangezogen, die nach Beendigung der vereinbarten Arbeitszeit in ihre ländlichen Heimat zurückkehren mussten, in denen Subsistenzwirtschaft ihre niedrigen Löhne und die Reproduktion ihrer Arbeitskraft ermöglichte (bzw. »subventionierte«). In den Minen waren diese Arbeitsmigranten einer strikten Kostenkalkulation und harschen Arbeitsdisziplin unterworfen. Es gab ein System der Einhegung und Absperrung – Arbeiter waren in Lagern, die sie nicht verlassen durften, untergebracht. Arbeitskraft wurde völlig aufgespalten; fast sklavenähnlich unterworfenen Schwarzen Arbeitstrupps mussten die Aufgaben durchführen, die innerhalb einer rigiden Hierarchie von *weißen* Minenarbeitern, Vorgesetzten und Managern angeordnet wurden. Gleichzeitig waren es in den ländlichen Gebieten zum Großteil Frauen, die Subsistenzlandwirtschaft betrieben und so für diese spezielle Form der bäuerlichen Reproduktion sorgten.

Schließlich leitete die sogenannte *Mineralische Revolution* grundlegende Veränderungen auf staatlicher Ebene ein. Dabei gab es zwei Hauptelemente: Erstens versuchte der britische Imperialismus, die unabhängigen *afrikanischen* Siedlerrepubliken einzudämmen und danach komplett zu zerstören, um die Kontrolle über die gesamte Region zu

¹ Vgl. Ben Fine/Zavareh Rustomjee: From Minerals-Energy Complex to Industrialization. London 1996.

erlangen. Das kulminierte im Anglo-Burischen Krieg (1899–1902), mit dem ein neuer, vereinigter Staat (1910) geschaffen wurde, der sich stark an den Bedürfnissen der Bergbaubranche orientierte. Zweitens wurden die verbliebenen unabhängigen afrikanischen Königreiche in der Region zerschlagen, während eine Kombination aus beschleunigter Enteignung von Land, Zwangsbesteuerung und anderen diskriminierenden Maßnahmen die unabhängige landwirtschaftliche Produktion zerstörte und neue Bedürfnisse nach Geld schuf, wodurch den Afrikanern keine andere Wahl blieb, als in den Minen, auf den *weißen* Farmen oder im industriellen Sektor zu arbeiten.

JK Ein weiteres Element im Zusammenhang mit dem Bergbau und dem System der Wanderarbeit waren die kolonialistischen Landgesetzgebungen von 1913 und 1936, die zu einer strikteren räumlichen Trennung zwischen Schwarzen und *weißen* Menschen in Südafrika führen sollten.

GC Ja, die Landgesetze sprachen im Prinzip 87 Prozent des Landes exklusiver *weißer* Besetzung und Verwendung zu. Das war weitgehend das Land, in dem die wertvollsten Bodenschätze lagen, auf dem die Industrialisierung durchstartete und auf dem sich die neuen städtischen Zentren entwickelten. An dessen Peripherie, in den verbleibenden 13 Prozent, befanden sich die Schwarzen ländlichen Gebiete, die »Reservate der Eingeborenen«. Diese waren hoffnungslos überbevölkert und völlig verarmt, und – wie schon skizziert – produzierten und reproduzierten Wanderarbeiter, nahmen sie wieder auf und versorgten sie, wenn sie nicht länger benötigt und wieder abgeschoben wurden. Das bedeutete auch, dass es innerhalb des südafrikanischen Staates einen sehr starren Dualismus gab, in Mamdani's Worten eine »Gabelung«. ² Das »weiße Südafrika«, wie es zunehmend genannt wurde, zeichnete sich durch ein westliches Regime des Privateigentums aus, es gab volle Bürgerrechte (natürlich nur für *weiße*) und all die anderen Charakteristika bürgerlicher Demokratie. Doch im »Schwarzen Südafrika«, in den ländlichen Reservaten, die in »kommunalem« Besitz unter der lokalen Kontrolle von *chiefs* blieben, wurden AfrikanerInnen zu rechtlosen Subjekten. Und das sollte in der Geschichte des Platins wirklich wichtig werden.

JK Apartheid baut auf dieser räumlichen Trennung auf.

GC Der Apartheidstaat, der 1948 entstand, intensivierte das System der Wanderarbeit dramatisch: Es kam zu einer zunehmenden Kontrolle der vorhandenen Arbeitskraft, zur Einführung neuer Gesetze und Mittel zur Unterdrückung Schwarzer ArbeiterInnen und zur Verschärfung der Bedingungen ihrer Überausbeutung. Er vertiefte auch die Spaltung zwischen dem *weißen* Südafrika und den Schwarzen ländlichen Reservaten, indem er diese als quasi unabhängige Staaten oder Homelands installierte. Teil des Apartheid-Projekts war es auch, afrikanisches Kapital zu promoten, das historisch auf Landwirt-

² Vgl. Mahmood Mamdani: Citizen and Subject: Contemporary Africa and the Legacy of Late Colonialism. Princeton 1996.

schaft und Finanzsektor beruhte. Nun begann der Staat, die Bedingungen für dessen Integration in »englisches« Bergbaukapital zu schaffen. Es wurden größere und komplexere Mischstrukturen aufgebaut, die wiederum verschmolzen mit den gigantischen halbstaatlichen Konzernen des Mineral-Energie-Komplexes.

JK Aus einer bestimmten Perspektive war Apartheid nicht auf Südafrika beschränkt, vielmehr war das Regime stark abhängig von transnationalen Unternehmen, deren Zentren außerhalb Südafrikas lagen.

GC Ja, das stimmt. Das Schlüsselmoment dazu ist das Sharpeville-Massaker von 1960, als AfrikanerInnen, die gegen die Einführung neuer restriktiver Passgesetze protestierten, von der Polizei niedergeschossen wurden. Dieses Ereignis vermittelte dem Rest der Welt eine klare Botschaft: Südafrika setzt absolut rücksichtslos auf die Unterdrückung und Ausbeutung der Schwarzen Bevölkerung; der Staat und dessen Industrie sind auf dem Rücken Schwarzer Arbeit aufgebaut – das ist die Basis, auf die kompromisslos gesetzt wird. Und tatsächlich gab es nach Sharpeville einen dramatischen Anstieg an ausländischen Direktinvestitionen in Südafrika, vor allem aus den USA und Großbritannien, aber auch aus vielen anderen wichtigen kapitalistischen Staaten, auch Deutschland. Die folgenden Jahre wurden zum »goldenen Zeitalter« der Apartheid.

JK Wenden wir uns nun der Platinbranche, ihren Ursprüngen und Besonderheiten zu.
GC Platin wurde in Südafrika in den 1920er-Jahren entdeckt, zu dieser Zeit war die Goldbranche bereits stark entwickelt. Die Platinlagerstätten sollten sich bald als die größten der Welt herausstellen. Mehr als 88 Prozent der bekannten Platinreserven befinden sich im nördlichen Teil Südafrikas, in einem riesigen, sichelförmigen Areal, dem sogenannten Bushveld-Komplex. Aber anders als bei Gold waren die Einsatzmöglichkeiten für Platin damals eng begrenzt, und die Branche begann erst in den 1960er- und 1970er-Jahren durchzustarten, als neue Anwendungsmöglichkeiten gefunden worden waren.

Ganz zentral bei Platin ist nun, dass der Bushveld-Komplex selbst nicht im »weißen Südafrika« liegt, sondern in zwei der – wenn auch fiktiv – »unabhängigen« Homeland-Staaten: Bophuthatswana (heute sind das die Provinzen Nordwest und Gauteng) und Lebowa (heute ein Teil von Limpopo).

Und so wurden die Gebiete, die historisch als Gegenden zur (Re-)Produktion von Schwarzer Arbeitskraft geschaffen worden waren, nun plötzlich zu den Zentren der neuen Platinindustrie. Es kommt damit zu einer wichtigen Verschiebung in der räumlichen Organisation des Bergbausektors insgesamt: raus aus den Zentren der traditionellen Bergbauindustrie, hinein in ländlich geprägte Gebiete der Homelands. Das hat Auswirkungen, die bis heute anhalten.

JK Kannst du die Auswirkungen der aufkommenden Platinindustrie nochmal auf den zuvor angesprochenen Ebenen von Kapital, Arbeit und Staat festmachen?

GC Die Anfänge der Platinbergbauindustrie in den 1960er- und 1970er-Jahren fallen zusammen mit einem Prozess der Diversifikation innerhalb wie außerhalb des Mineral-Energie-Komplexes. Die Unternehmenskonglomerate der Apartheid-Ära begannen nun,

sich auch jenseits der südafrikanischen Hauptprodukte – Gold, Diamanten und Kohle – hin zu »neuen« Mineralien wie Chrom und Vanadium zu entwickeln. Das zeigte sich auch in der Eigentümerstruktur der Platinbranche, die von drei wichtigen Unternehmen dominiert wurde: *Rustenburg Platinum Mines*, dem größten Produzenten, der ein Tochterunternehmen der gigantischen *South African Anglo-American Corporation* war; zweitens *Impala Platinum*, die in die afrikaanische Minengesellschaft *Gencor* integriert war; und drittens Lonmin, als Teil des britischen Multis *Lonrho*. Letzteres Unternehmen entsprach überhaupt nicht dem südafrikanischen Muster. *Lonrho* selbst hatte 1909 als *London and Rhodesien Mining Company* dort, wo heute Zimbabwe liegt, begonnen und war somit südafrikanischen, kolonialen Ursprungs. Später expandierte *Lonrho* seine Bergbauaktivitäten quer durch Afrika, und ab den 1960er-Jahren verfügte es so diverse Geschäfte wie Zeitungen, Hostels, Handel und Textilien. Unter der Leitung von Tiny Rowland³ wurde ein globales Imperium errichtet. *Lonrho* besaß eine internationale Reichweite, die die südafrikanischen Firmenkonglomerate nicht hatten, trotzdem war es eingebettet (und stark involviert) in die politische Ökonomie der Apartheid.

Ein zentrales Merkmal der südafrikanischen Platinbranche war von Anfang an, dass alle Produzenten vor dem gleichen Problem standen: Obwohl 88 Prozent der Weltreserven im Land konzentriert waren, gab es weltweit nur eine begrenzte und sporadische Nachfrage nach diesem Rohstoff. Die große Veränderung kam, als die neuen Abgasgesetzgebungen für Kraftfahrzeuge – als Ergebnis erfolgreicher Kampagnen von UmweltschützerInnen – umgesetzt wurden, erst in Kalifornien in den 1970er-Jahren, danach im gesamten Westen, und nun nahezu auf der ganzen Welt. Das befeuerte den Einsatz von Katalysatoren in den Abgassystemen von Fahrzeugen, bei denen Platin als zentrales und nicht ersetzbares Element verwendet wird. Daraufhin wuchs die Nachfrage stetig und es verbesserten sich die Bedingungen für die hinzugekommenen Produzenten – *Impala* und Lonmin – hinsichtlich des Markteintritts, der historisch von *Anglos Rustenburg Platinum* dominiert wurde. Hier ist es wichtig, zwischen den unterschiedlichen Platinmetallen, die unter dem Begriff der PGM (*Platinum Group Metals*) zusammengefasst werden, zu unterscheiden – Platin, Palladium, Ruthenium, Rhodium, Osmium, Iridium. Abhängig von der geografischen Lage der Reserven sind Platinmetalle in unterschiedlicher Menge vorhanden. Während Platin, das weitgehend in Südafrika lagert, in Katalysatoren für Dieselmotoren verwendet wird, dient Palladium gemeinhin eher den Emissionsreduktionssystemen von Benzinmotoren, was die kleinere russische Branche bevorzugt, die über palladiumreiche Lagerstätten verfügen. Die starke Bewerbung des Dieselmotors in Großbritannien und der EU in den 1990er-Jahren – die wiederum eine Antwort auf den Druck der Umweltschutzbewegung zur Reduktion von CO₂-Emissionen war – schuf einen

3 Unlängst zu Lonrho und Tiny Rowland: Hennie van Vuuren: Apartheid, guns and money: A tale of profit. Johannesburg 2017. S. 370–387.

nie dagewesenen Boom in der weltweiten Platinnachfrage, der die südafrikanische Industrie veränderte. Darauf werden wir noch zurückkommen. Wichtig ist hier, dass erstens der relative Erfolg der Umweltbewegung im Globalen Norden paradoxerweise zur Ausweitung der Platinproduktion im Süden führte; und zweitens, dass zu diesem Zeitpunkt Unternehmen, die in die Produktion von Autokatalysatoren eingebunden sind, wie BASF, auf den Plan traten.

Historisch bezogen Verarbeiter und Endverbraucher in der Motorenbranche ihr Platin mittels direkter Geschäftsverträge mit Lieferanten anstatt über den offenen Markt, wie das bei Gold etwa der Fall ist. Das garantierte die Lieferung einer bestimmten Menge an Platin innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts – üblicherweise über fünf Jahre – und innerhalb einer vereinbarten Preisspanne. Der Effekt war, dass die wichtigsten Lieferanten und Abnehmer – wie *Impala* und *General Motors*, Lonmin und BASF – eng aneinander gebunden waren und sind. Das schuf Beziehungen entlang der Liefer- und Wertschöpfungskette, die dazu tendierten, eine Barriere gegen den Markteintritt anderer Bergbauunternehmen zu werden. Dieser monopolistische Charakter der südafrikanischen Platinindustrie wurde verstärkt durch die technischen Herausforderungen bei der Extraktion der Platinmetalle aus dem Fels. Die Gewinnung der Platingruppenmetalle erfordert eine Reihe äußerst komplexer, zeitaufwändiger und kapitalintensiver chemischer Operationen. Deshalb wurde die Verarbeitung von PGMs historisch von den drei großen Produzenten dominiert, deren vertikale Integration vorangetrieben wurde. Der bei Weitem wichtigste Aspekt war jedoch deren historische Kontrolle über die Ressourcen.

JK Kommt hier die Frage, wem das Land und die Schürfrechte gehören, ins Spiel?

GC Genau. Wie bereits erwähnt, war eines der entscheidenden Merkmale der Platinbranche unter der Apartheid, dass ihre wichtigsten Reserven innerhalb der Grenzen zweier Homelands lagen: in Bophuthatswana, wo sich der westliche Ausläufer der Platinvorkommen befindet – das ist die Region um Rustenburg, wo auch Marikana liegt. Die andere war Lebowa, wo die östlichen und nördlichen Ausläufer liegen.

Eine wichtige Besonderheit der Rohstoffgesetzgebung in Südafrika insgesamt (auch in den Homelands) war, dass die Rechte für die Oberfläche und für Rohstoffe (unter Tage) als zwei verschiedene Eigentumsformen behandelt wurden.⁴ Üblicherweise musste eine Bergbaugesellschaft deshalb nicht bloß die Erdoberfläche vom Landeigentümer mieten, sondern sie musste auch den Rohstoffabbau vom Rohstoffeigentümer mieten – der entweder dieselbe Person war wie der Landbesitzer oder jemand anderes – und diesem eine Abgabe entrichten für den Abbau der Rohstoffe. Während der Kolonialzeit beispielsweise kauften spezifisch dafür eingerichtete Unternehmen die Schürfrechte für

4 Vgl. Gavin Capps: Victim of its own success? The platinum mining industry and the apartheid mineral property system in South Africa's political transition. In: Review of African Political Economy 39/2012, S. 63–84.

große Landstriche, die dann, unabhängig von den Oberflächeneigentümern, an Minenunternehmen weiterverkauft oder verpachtet werden konnten. Und genau so hat Lonrho begonnen – das meint auch die Bezeichnung »Land and Exploration Company« im ursprünglichen Firmennamen.

Aber es gab einen entscheidenden Unterschied zwischen dem Eigentumsregime im »weißen« und im »Schwarzen Südafrika«. In Ersterem wurden sowohl den Land- als auch den Schürfrechteigentümern (Farmer, Schürfunternehmen) sehr starke, private Eigentumsrechte in ihrer Gesetzgebung gewährt, die ihnen eine gute Rendite garantierten, wenn sie ihr Eigentum an Bergbauunternehmen verpachteten. Und das wiederum bedeutete, dass Bergbauunternehmen, die im »weißen Südafrika« operierten, einen substantziellen Teil ihrer Profite an diese Dritten abführen mussten, in Form von Lizenzgebühren und Renten. Im Allgemeinen jedoch konnten sie dieses Problem umgehen, indem sie selbst die Rechte kauften, wie das teilweise im Goldbergbau der Fall war. Aber in den Homelands war es völlig anders. Die starke rassistische Diskriminierung der Apartheid-Ära bedeutete, dass Schwarze Menschen nur sehr beschränkte Eigentumsrechte besaßen, und im Allgemeinen war es die Homeland-Regierung, die die Kontrolle über das Land und die Rohstoffe innerhalb der Homeland-Grenzen ausübte. Und so konnten Bergbauunternehmen direkt mit den Homeland-Regierungen verhandeln, und alle Mieten oder Abgaben – die ausnahmslos niedriger waren als im »weißen Südafrika« – wurden an diese entrichtet. Der Effekt war, dass es weit einfacher und billiger war, Zugang zu den unterirdischen Rohstofflagerstätten in den Homelands zu erlangen als in den *weißen* Gebieten – auf Kosten der Menschen, die auf diesem Land lebten.

Wegen der einzigartigen geopolitischen Lage der Platinlagerstätten erwies sich das Homeland-Eigentumsregime von besonderem Vorteil für die Platinindustrie, und zwar in zweifacher Hinsicht: Erstens ermöglichte es den großen Produzenten, sich praktisch alle Rechte auf die weltgrößten Platinreserven zu sichern, wobei *Anglos Rustenburg Platinum Mines* den Löwenanteil einstrich, durch Geschäfte mit den Regierungen in Lebowa und (in geringerem Ausmaß) in Bophuthatswana. Und zweitens bedeutete das nicht nur, dass potenzielle Mitbewerber es sehr schwer haben würden, Zugang zu diesen Ressourcen zu erlangen und in diese Branche einzudringen, sondern auch, dass die wenigen Eigentümer eine ungewöhnlich große Kontrolle über das Ausmaß der globalen Platinversorgung erlangen konnten, indem sie einseitig ihre Reserven abbauen oder eben (auch kurzfristig) stilllegen konnten, je nach den Preisschwankungen am Weltmarkt. So spielte das Eigentumsregime der Homelands eine entscheidende Rolle – sowohl bei der Sicherung ihrer monopolistischen Position und der Entwicklung ihrer Akkumulationsstrategie, die mit den extremen Höhen und Tiefen in der Nachfrage umgehen konnte, die historisch die Platinbranche bedrängten.

JK Wie passte Lonmin in dieses Muster?

GC Dazu muss man wissen, dass es eine wichtige Veränderung im Eigentumsregime des Homelands in denjenigen Teilen der Region Rustenburg gab, die zu Bophuthatswana

gehörten, und damit in der Gegend um Marikana, in der Lonmin operierte. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert begannen Schwarze dort, wo damals Western Transvaal lag, sich zusammenzuschließen, um das Land »zurückzukaufen« von den *weißen* Siedlern, die erstmals 1837 hier ankamen, und von denen sie enteignet worden waren. Denn lange Zeit war es für Schwarze illegal, auf dem Landmarkt aufzutreten, sie kauften das Land über *weiße* Missionare, die es formell für ihre Missionsstationen registrieren ließen. Später wurde dieses Land für die sogenannten »lokalen Stammesbehörden«, (*tribal authorities*) erfasst, unter deren Gerichtsbarkeit es damit fiel, bis eine Gesetzesänderung es den Vorsitzenden, den *chiefs*, selbst erlaubte, für ihre Untergebenen am Landmarkt aufzutreten. All das fand jedoch unter dem Regime eines Staates statt, der selbst große Macht über dieses zwangstribalisierte Territorium ausübte. Das hatte zweifache Auswirkungen.

Erstens waren die *tribal authorities* berechtigt, Verpachtungen mit den erwähnten Subunternehmen oder direkt mit den Bergbaufirmen auszuhandeln, weil ein Großteil dieses Landes inklusive der Schürfrechte gekauft und formell für sie registriert worden war. Sie erhielten dann auch Mieteinnahmen und Abgaben, die für den Abbau zu entrichten waren. Zweitens aber mussten Regierungsbeamte – weil der Staat offiziell als Treuhänder für dieses Land fungierte – diese Abkommen unterzeichnen, während die Abgaben auf spezielle »Treuhandsfonds« flossen, die vom Staat für die betroffenen »tribalen Einheiten« verwaltet wurden (später wurden daraus die D-Konten [D für *development*], also Entwicklungsfonds). Die Intervention von staatlichen Treuhändern bei Pachtverträgen in diesen tribalen Gebieten bedeutete oft, dass bei diesen Geschäften die (*weißen*) Minengesellschaften zu Ungunsten der (Schwarzen) LandeigentümerInnen bevorzugt wurden. Gleichzeitig wurden Bedingungen geschaffen, die die missbräuchliche Verwendung der Schürfabgaben, die in den tribalen Fonds anfielen, von korrupten Behörden ermöglichten. 1977 wurden diese Treuhandschaften über tribales Land und Rohstoffreserven von der Apartheidregierung an das neue Regime in Bophuthatswana übertragen, als diesem seine fiktive Unabhängigkeit gegeben worden war. In der Folge stellte sich dies als ein wichtiges Mittel des Eigentumsregimes des Homelands der Region Rustenburg dar.

All das ist vor allem im Fall Lonmin relevant, denn der Großteil seiner Abbaugelände liegt auf Land, das historisch auf diese Weise für die lokalen *tribal authorities* registriert wurde, der Clan der Bapo-ba-Mogale. Wie Stanley Malindi und ich unlängst in einer Studie gezeigt haben,⁵ handelte Bapo-ba-Mogale erstmals in den 1960er-Jahren einen recht groben Vertrag mit Lonmin aus, und es brauchte mehr als dreißig Jahre, ehe sie tatsächlich die vollen Abgaben von dem Bergbaumulti erhielten. Es gab systematische

⁵ Gavin Capps/St Stanley Malindi: Dealing with the Tribe: The Politics of the Bapo/Lonmin Royalty-to-Equity Conversion. SWOP Working Paper, Johannesburg 2017. Online verfügbar.

Hinterziehungen und Plünderungen dieser Rohstoffabgaben durch Regierungsbeamte und es brachen Kämpfe aus um das Landeigentum zwischen kleineren Gruppen in der Gegend und den *chiefs* der Bapo. Aber vielleicht sind das Punkte, auf die wir noch zurückkommen können.

JK Wie wirkte sich der Bergbau in einem Homeland auf das System der Wanderarbeit aus?

GC Die Bergbauunternehmen, die innerhalb der Grenzen von Bophuthatswana operierten, allen voran *Impala* und *Lonmin*, fuhren weitgehend damit fort, ihre Minenarbeiter aus den traditionellen sogenannten *labour sending areas* (Herkunftsgebiete der Wanderarbeiter im südlichen Afrika) zu rekrutieren, vor allem wegen ihrer Erfahrungen und ihres Könnens, teilweise aber auch, weil die Ortsansässigen es zu dieser Zeit vermieden, unter Tage zu arbeiten, weil das zu gefährlich und überdies schlecht bezahlt war, verglichen mit Beschäftigungsmöglichkeiten anderswo. Das hatte zwei Auswirkungen: Erstens bedeutete die immanente Flexibilität des Systems der Wanderarbeit, dass Arbeiter leicht entlassen werden konnten, wann immer die Produktion als Antwort auf unvorteilhafte Marktbedingungen heruntergefahren wurde. So wurde das System der Wanderarbeit selbst zu einem wichtigen Bestandteil der Akkumulationsstrategie der Produzenten, denn dieses System erlaubte es, die sozialen Kosten der periodisch auftretenden ökonomischen Krisen auszulagern, in die arbeitsentsendenden Gebiete weit weg von den aktuellen Bergbauaktivitäten. Zweitens bedeutete es, dass die Homelands, in denen nun Bergbau betrieben wurde, Wanderarbeiter sowohl »erhielten« als auch »entsendeten«. Zu dieser Zeit wurde alles unternommen, um die »einströmenden« Wanderarbeiter getrennt von der lokalen Bevölkerung zu halten. Sie wurden in riesigen Hostels, die wie Militärlasernen aussahen, isoliert. Wann immer sie versuchten, in den Dörfern Wohnraum zu mieten, wurden sie von den *chiefs* vertrieben. So entstanden eine Menge Konflikte, es herrschten Argwohn und Angst gegenüber den Wanderarbeitern. Doch mit der Zeit gelang es politischen AktivistInnen auf beiden Seiten, Verbindungen zueinander aufzubauen, und in einem besonderen Fall in Bafokeng (neben dem Bapo-Stammesgebiet) kamen Minenarbeiter und DorfbewohnerInnen in einem gemeinsamen Kampf gegen das Homeland-Regime zusammen. Aber das änderte sich mit dem Ende der Apartheid 1994, als neue soziale Beziehungen und Spannungen zwischen lokalen BewohnerInnen und Arbeitsmigranten entstanden.

JK Lass uns zum komplexen Muster von Veränderung und Kontinuität nach 1994 kommen.

GC Die wichtigsten Veränderungen in der Platinbranche nach 1994 haben die problematische Tatsache widerspiegelt, dass Südafrika seine Freiheit in einem Moment errang, als die neoliberale Globalisierung Schwung aufgenommen hatte. Die gigantischen Mischkonzerne, die unter der Apartheid aufgebaut worden waren, begannen, ihre Geschäftsmodelle umzubauen, indem sie ihre am wenigsten profitablen Teile verkauften und sich auf diejenigen Gebiete konzentrierten, in denen sie international am konkur-

renzfähigsten sein würden. In der Platinbranche führte dieses in Südafrika als Bündelungs- und Entbündelungsprozess bezeichnete Vorgehen dazu, dass *Anglo American* seine »wenig leistungsfähigen« Gold- und Grundmetall-Holdings abstieß und seine verschiedenen Platin-Geschäftsanteile in einer neuen Firma – *Anglo Platinum* (Amplats) – bündelte, an der sie die Aktienmehrheit hielt. Bald darauf wurde das riesige Gencor-Konglomerat aufgebrochen und *Impala* als einzelnes Unternehmen wiederhergestellt, während *Lonmin* durch die Zusammenlegung von *Lonrho's Western* und *Eastern Platinum Mines* gegründet wurde. Der Rest der *Lonrho*-Gruppe wurde eingestellt.

Gleichzeitig »globalisierten« sich die wichtigsten südafrikanischen Unternehmen, indem sie an den weltweit wichtigsten Börsen notierten und ihre Hauptquartiere nach Übersee verlegten. Die so restrukturierten Platinunternehmen – oder deren Muttergesellschaften – wurden so zunehmend von internationalen Investoren übernommen. Und wie so vieles in der Post-Apartheid-Ökonomie gerieten sie unter den Druck und die Disziplinierung der »Finanzialisierung«. So wurden sämtliche Produktionsentscheidungen in der Platinbranche zunehmend dem einen Imperativ der Maximierung des »Werts« – das heißt, dem Profit – für eine neue und aggressivere Art von globalen AktionärInnen untergeordnet, die Platin als nichts anderes denn als weitere mögliche gewinnträchtige Kapitalie behandelten, die ge- und verkauft werden kann, je nach kurzfristiger Rendite.⁶

Ironischerweise war es die eben erst auf den Plan getretene ANC-Regierung, die zuließ, dass die südafrikanischen Mischkonzerne ausgegliedert wurden, als Teil des »ausgehandelten Kompromisses« zwischen den Kräften der nationalen Befreiung und dem *big business*, der den demokratischen Übergang unterstützen sollte. Aber die Auswirkung des »Kompromisses« war eine dramatische Kehrtwende der historischen Beziehungen zwischen Staat und Kapital – zugunsten des Letzteren. Dieser Kurswechsel der Post-Apartheid-Kapitalverteilung ist nicht zuletzt am Platinboom selbst abzulesen. Wie ich bereits erwähnt habe, begann Ende der 1990er-Jahre der weltweite Platinpreis einen dramatischen Höhenflug als Antwort auf den steigenden Bedarf seitens der Katalysatorbranche und des Marktes für Weißmetallschmuck, vor allem in Indien und China. Praktisch über Nacht verwandelte sich Platin von einem relativ kleinen und unbedeutenden Element der südafrikanischen Bergbaubranche zu deren dynamischsten und am raschesten wachsenden Rohstoff. Zwischen 1994 und 2009 wuchs die Platinproduktion um atemberaubende 67 Prozent, während die Produktion in der Goldbranche ihren langen Niedergang um eine nahezu identische Rate von 63 Prozent nach unten fortsetzte. Im Jahre 2010 waren in der Platinbranche 24.000 mehr Arbeiter angestellt als in der Goldbranche. Dazu kommt, dass der Platinverkauf höhere Erlöse erzielte als alle anderen

⁶ Vgl. Andrew Bowman: Dilemmas of distribution: financialisation, boom and bust in the post-apartheid platinum industry. SWOP Working Paper, Johannesburg 2016. Online verfügbar.

lokalen Rohstoffreserven. Zwangsläufig waren die Profite enorm. 2001 erzielte *Amplats* als erstes südafrikanisches Unternehmen überhaupt mehr als eine Milliarde US-Dollar Umsatz allein aus den heimischen Operationen, seine jährliche Profitrate stieg seit 1996 um 87 Prozent. Und all das fiel exakt mit der Globalisierung der Branche zusammen. Aber während auf den internationalen Börsen auf das Platin angestoßen wurde, floss der größte Teil dieser enormen Profite nun außer Landes – in die Hände der InvestorInnen und SpekulantInnen – anstatt zurück in die heimische Ökonomie. Je mehr die Industrie expandierte, desto weniger hatte Südafrika selbst Anteil am Platin-Geldsegen.

Die Veränderungen auf der Ebene der Arbeit waren nicht weniger paradox. Seit Mitte der 1980er-Jahre erodierte die rechtlichen Eckpfeiler des alten Systems der Wanderarbeit und wurden Stück für Stück reformiert. Aber noch dramatischer veränderten sie sich nach 1994, auf zweifache Weise: Erstens waren die Minenbetriebe darauf angewiesen, ihre alten *single sex hostels* (nur Männern vorbehaltene Lager, die zu einem Symbol der Apartheid-Repression wurden) in Familieneinheiten umzugestalten, damit die Minenarbeiter zusammen mit ihren Frauen und Kindern dort wohnen konnten. Aber die Umgestaltung der Hostels war teuer und ging nur sehr schleppend voran, und so begannen die Minengesellschaften, ihren Beschäftigten stattdessen eine sogenannte *Living Out Allowance* (LOA, deutsch etwa »Außerhalb-Leben-Berechtigung«, also eine »Wohnbeihilfe«) zusätzlich zu ihrem Lohn anzubieten, damit sie in der Umgebung Wohnraum anmieten oder kaufen könnten. Aber weil die Löhne der Arbeiter so niedrig blieben, dass es ihnen einfach unmöglich war, einen Bankkredit aufzunehmen (den sie bräuchten, um ein Haus zu kaufen), verwendeten die Minenarbeiter ihre LOA, um ihre Löhne aufzubessern, und bauten sich selbst Blechhütten. Das ist einer der Hauptgründe für den dramatischen Anstieg von verarmten Barackensiedlungen im Platingürtel – exakt in dem Augenblick, in dem die Branche ihre Rekordphase durchmachte, was die Intensivierung der Produktion und das Ausmaß der Profite betrifft. Mit der Zeit wurden die Wanderarbeiter in diesen informellen Siedlungen sesshafter, manche gründeten eine neue Familie, während sie ihre ländliche Basis in den Herkunftsgebieten behielten. Aber die Auswirkung war, dass der Druck der sozialen Reproduktion stieg, weil die Löhne nicht Schritt hielten mit den steigenden Lebenshaltungskosten, vor allem mangels öffentlicher Dienste in den informellen Siedlungen. Und dieser Druck richtete sich am stärksten gegen die Frauen, die sowohl die Arbeitskraft der Bergarbeiter reproduzieren als auch die nächste Generation in den ländlichen Gebieten aufziehen mussten. Kaum verwunderlich, dass in den großen Platinarbeiterstreiks von 2012 und 2014 die symbolische Forderung nach einem *living wage*, also einem existenzsichernden Lohn von 12.500 Rand war.

Die zweite wichtige Veränderung auf der Ebene der Arbeit war ein beschleunigter Wechsel hin zu kurzfristigen Arbeitsverträgen. Diese wurden zuerst für Arbeiten an der Oberfläche, die wenig Ausbildung erforderten, eingesetzt, aber zunehmend auch bei den »Kernfunktionen« unter Tage verwendet. Diese um sich greifende Form von Beschäfti-

gungsverhältnis in den Minen, von »Arbeitsvermittlern« abgeschlossen, wurde zu einer Schlüsselfunktion des Systems der Wanderarbeit in der Platinbranche: Es handelt sich sowohl um billige als auch rasch kündbare Arbeitskraft – arbeitsrechtlich war sie jedoch miserabel verglichen mit den angestellten ArbeiterInnen, die nun aufgrund der Post-Apartheid-Gesetzgebung formell einen größeren Schutz und mehr Rechte genossen. Ausbeutbare und vernutzbare Arbeitskraft bleibt deshalb die Basis der Platinbranche, nur die Bedingungen bezüglich der Beschaffung und Reproduktion haben sich verändert.

JK Wenn das die Veränderungen auf den Ebenen von Kapital und Arbeit sind, wie sieht es mit dem Eigentumsregime an Rohstoffen in den ehemaligen Homelands aus, auf die sich die Branche ursprünglich stützte?

GC Hier müssen wir noch mehr paradoxe Konstellationen feststellen. Obwohl die Homelands mit der Schaffung eines neuen, vereinten südafrikanischen Staates 1994 aufgehört hatten zu existieren, verblieben alle Rohstoffpachtverträge aus der Apartheidzeit in Kraft. Das bedeutete, dass die wichtigsten Platinproduzenten äußerst gut aufgestellt waren. Sie konnten ungehindert ihren Vorteil aus der aufkommenden Nachfrage nach Platin ziehen, vor allem indem sie die gewinnträchtigsten Rohstoffe ihrer riesigen Portfolios an noch brachliegenden Schürfrechten in die Waagschale warfen. Doch die erfolgreiche Beibehaltung der Kontrolle über die nationale Kapitalausstattung führte auch zu der unbeabsichtigten Konsequenz, dass sich die Branche zum Ziel des ANC hinsichtlich dessen Mineral- und Bergbaupolitik machte. Festgelegt im *Minerals and Petroleum Resources Development Act 2002* (Gesetz zur Entwicklung der Mineralien- und Erdölreserven, MPRDA), gab es dabei drei Schlüsselkomponenten des Gesetzes, die ich ausführen möchte.⁷

Erstens verstaatlichte die Regierung mit diesem Gesetz faktisch alle Rohstoffreserven in Südafrika, indem sie die Schürfrechte als private Eigentumsform abschaffte und durch zentral und staatlich verwaltete Bergbaulizenzen ersetzte. Angesichts ihrer tief verwurzelten neoliberalen makroökonomischen Haltung mag es auf den ersten Blick überraschend erscheinen, dass die ANC-Regierung sich auf die Verstaatlichung von ökonomisierbarem Eigentum überhaupt einließ. Doch vom Standpunkt des Kapitals insgesamt betrachtet, handelte es sich eher um eine Rationalisierungsmaßnahme, denn damit blieben der Bergbaubranche die Sorgen und Kosten erspart, einzelne, individuelle Abkommen mit einer großen Zahl an unterschiedlichen privaten Schürflizenzeigentümern abzuschließen. Und während dieser Schritt von den etablierten Platinproduzenten zunächst tatsächlich abgelehnt wurde, konnte der ANC darauf verweisen, dass er weitgehend in Übereinstimmung mit den Richtlinien der Weltbank für die Bergbaupolitik in Afrika handelte.

⁷ Vgl. Gavin Capps: A Bourgeois Reform with Social Justice? The Contradictions of the Mineral Development Bill and Black Economic Empowerment in the South African Platinum Mining Industry. In: *Review of African Political Economy* 132/2012, S. 315–333.

Zweitens ermöglichte es das MPRDA der Regierung, die *rassialisierte* Struktur des Mineneigentums umzuwandeln, sowohl durch die vorrangige Vergabe der neuen Schürf- und Abbaulizenzen an Unternehmen in Schwarzem Eigentum als auch dadurch, dass sie von den *weißen* Bergbauunternehmen forderte, ein Minimum an Schwarzen Aktionären zuzulassen, wenn sie ihre Schürfrechte behalten wollten. Diese Form der Schwarzen Beteiligung an Unternehmen, genannt *Black Economic Empowerment* (BEE), wurde schließlich mit 26 Prozent am Unternehmenskapital festgelegt. Sie wurde damit zum wichtigsten Mittel der Schaffung einer neuen Schwarzen Kapitalistenklasse in der Bergbaubranche, selbst wenn das – angesichts des deutlichen Trends zur Finanzialisierung – vor allem zu Veränderungen auf der Ebene des Aktienbesitzes führte denn zu einer tatsächlichen Kontrolle auf der Ebene der Produktion. Davon profitierten im Endeffekt vor allem ANC-PolitikerInnen und deren UnterstützerInnen. Darüber hinaus führte das MPRDA das »Nutze-oder-verlier-es-Prinzip« bezüglich der neuen Bergbaulizenzen ein, um die etablierten Produzenten dazu zu zwingen, entweder ihre verbliebenen Rohstoffe zu fördern oder zu riskieren, diese an eine neue Bergbaufirma, diesmal in Besitz von Schwarzen, oder einen anderen Investor abgeben zu müssen.

Schließlich sah das MPRDA Maßnahmen vor, um die sozioökonomische Entwicklung der ländlichen Gebiete, in denen Bergbauunternehmen tätig waren, zu fördern. Eine weitere Bedingung für neue Bergbaulizenzen bestand darin, dass jedes Unternehmen einen anerkannten *Social Labour Plan* (Sozialen Arbeitsplan, SLP) vorweisen musste, der festlegte, wie es zur Verbesserung der Infrastruktur der lokalen Communities beitragen würde, beispielsweise durch den Bau von Häusern oder Schulen oder durch das Zurverfügungstellen von Ausrüstung und Trainings, gemeinsam mit anderen Formen von Investitionen im Kontext einer *Corporate Social Responsibility*. Und während unter dem neuen Regime der Lizenzvergabe alle Bergbauunternehmen standardisierte Abgaben an den Staat zu entrichten hatten (eine weitere Form der Rationalisierung), konnten ländliche Communities, die zuvor Abgaben erhalten hatten, diese so lange weiter bekommen, wie sie für die lokale Entwicklung verwendet wurden. Gleichzeitig wurden die Bergbauunternehmen »ermuntert«, diese »Gemeindeabgaben« in direkte Aktienanteile umzuwandeln. So konnten sie die doppelte Abgabenlast vermeiden und die bergbaubeherbergenden Communities in BEE-Partner verwandeln.

JK Wie kamen diese verschiedenen Elemente des MPRDA im Fall von Lonmin zusammen?

GC Tatsächlich kamen sie auf dreierlei Weise zusammen.⁸ Erstmal war Lonmin, wie alle anderen etablierten Platinproduzenten, gezwungen, sich nach Schwarzen Partnern umzusehen, um die 26 Prozent an *Black Economic Empowerment* zu erfüllen und im Geschäft bleiben zu können. Die erste Aktion bestand darin, eine völlig neue »Empowerment-

Firma« zu gründen, genannt *Incwala Resources*, die 18 Prozent Anteile an Lonmin halten sollte. *Incwala*-Aktien wurden zunächst einer Gruppe Schwarzer Investoren im engen Umfeld des damaligen Präsidenten Thabo Mbeki angeboten, die sich hauptsächlich durch private Bankkredite in das Projekt einkauften. Aber obwohl dieses Geschäft ursprünglich als ein Kabinetttstück gefeiert wurde, fand es sich bald in Nöten wieder, als der Platinpreis 2008 kollabierte und die Investoren ihre Schulden nicht begleichen konnten. Unter dem Druck, *Incwala* schuldenfrei zu halten, ließ Lonmin daraufhin *Shanduka Resources* (nun Teil der *Pambanani*-Gruppe) von Cyril Ramaphosa 2,5 Milliarden Rand an eigenem Geld, um die erwähnten ersten Schwarzen Investoren freizukaufen. Der Lonmin-Aufsichtsrat ernannte den ehemaligen Generalsekretär der *National Union of Mineworkers* und Koryphäe des ANC, Ramaphosa, zum Aufsichtsratsmitglied in der Hoffnung, er würde dem Unternehmen politischen Einfluss und Deckung verschaffen – und tatsächlich, wie später aus seinen berüchtigten E-Mails ersichtlich wird, war das genau die Rolle, die er dann bei den Vorfällen in Marikana spielte (siehe hierzu den Beitrag über die Aufarbeitung des Massakers von Marikana, S. 46). Doch die Gewinne von Lonmin fielen weiter, *Shanduka* selbst zeigte sich unwillig oder unfähig, seine riesigen Schulden zu begleichen, und die Transaktion führte dazu, dass Lonmin eine Menge Geld verlor.

Zweitens blieb Lonmin hinter den selbst auferlegten Verpflichtungen aus dem *Social Labour Plan* (SLP) zurück. Während der kommissionellen Untersuchung des Massakers von Marikana wurde aufgedeckt, dass Lonmin die Verpflichtung, 5.500 Häuser für MinenarbeiterInnen und lokale BewohnerInnen um die Marikana-Minen herum zu errichten, nicht erfüllte – eine Verantwortung, die unmittelbar niemand anderen als Cyril Ramaphosa betraf – den Vorsitzenden des »Transformationskomitees« von Lonmin. Diese 665-Millionen-Rand-Verpflichtung war Teil des SLP von 2006, doch noch 2012 waren erst drei Modellhäuser fertig gebaut worden, zu einer Zeit, als Lonmin eine »erweiterte Dividende« an *Shanduka* auszahlte, um dabei zu helfen, dass diese ihre Schulden abzahlen konnte.⁹ Das bedeutete nicht nur, dass Lonmin gegen seine gesetzliche Pflicht verstieß.¹⁰ Es konnte auch als Hinweis darauf verstanden werden, dass Lonmin zynischerweise eher seinen wichtigsten BEE-Partner liquide hielt, als die sozioökonomische Entwicklung seines Operationsgebietes voranzubringen und aus gutem Grund damit kalkulierte, dass der Staat eher auf der Erfüllung der BEE-Bedingungen bestehen würde als auf der Verbesserung der Infrastruktur für die ArbeiterInnen.

Schließlich veränderte das MPRDA auch die ökonomischen Beziehungen von Lonmin zu den *tribal authorities* der Bapo-ba-Mogale, in dessen Territorium der Großteil des

⁹ Vgl. Dick Forslund: Coping with Unsustainability. Bench Marks Policy Gap 7 (Lonmin), Oktober 2013. Online verfügbar. Ralph Hamann: Lonmin's Mining Charter compliance and the Social Conditions around Mines near Marikana. Senior Researcher Phase 2 at Marikana Commission of Inquiry. 2014.

¹⁰ Vgl. Lisa Chamberlain: Lonmin has broken law by dodging housing obligations. In: Business Day, 1.7.2015.

⁸ Vgl. Capps/Malindi: Dealing.

Abbauebietes um Marikana fällt. Wie bereits erwähnt, waren die originalen Schürflizenzen ein großer Gewinn für Lonmin, zu Ungunsten der lokalen Bevölkerung. Diese Situation verschlimmerte sich nur durch die tiefen politischen Spaltungen innerhalb der *tribal authorities* des Bapo-ba-Mogale-Clans. Eine der Bapo-Fraktionen begann sehr früh Druck auszuüben, um die bestehenden Abgaben in Direktbeteiligungen umzuwandeln, wie es im MPRDA vorgesehen war. Aber Lonmin bevorzugte wiederholt Schwarze Investoren mit politischen Verbindungen, allen voran Ramaphosa. Als noch schlimmer stellte sich heraus, dass Lonmin in den 2000er-Jahren die Pachtabgaben an die Communities sogar gekürzt hatte, während gleichzeitig einzelne Vertreter der Provinzregierung und der *tribal authorities* mehr als 600 Millionen Rand an Bergbauabgaben in den Bapo-Fonds hinterzogen hatten. Immer noch weit von der 26-Prozent-BEE-Vorgabe entfernt, änderte das Lonmin-Management seine Taktik und schloss 2014 ein Abkommen mit der dominierenden Fraktion innerhalb der Bapo-*chiefs*, die nun auch von der vom ANC geführten Provinzregierung gedeckt wurde. Mit diesem Abkommen wurden die bestehenden pauschalen Abgabepflichten in direkte Unternehmensanteile umgewandelt und mit 564 Millionen Rand bewertet. Darüber hinaus gab es weitere Leistungen – aber erst, als einfache Mitglieder der Community auftraten und argumentierten, dass das Geschäft mangelhaft gewesen sei, und die neue Bapo-Führung der Korruption überführte. In der Zwischenzeit brachen Dispute über die historische Rolle von schürfbarem Land aus, während die politische Gewalt in der Gegend zunahm.

Einer der Gründe, warum die informellen Siedlungen, in denen die ArbeiterInnen leben, so verarmt sind, liegt darin, dass das Territorium, auf dem sie liegen, oft unter der Verwaltung der *tribal authorities* steht. Ein prominentes Beispiel dafür ist die Siedlung Nkaneng, gelegen an dem Hügel, an dem das Massaker stattfand. Laut der Gemeindeverwaltung Madibeng hatte es große Anstrengungen gegeben, um die Lebensbedingungen in Nkaneng zu verbessern, so sollten etwa Wasser- und Stromleitungen sowie Straßen gebaut werden. Doch obwohl dafür Mittel (auf Bundes- wie Landesebene) verfügbar gemacht worden seien, hätten die *tribal authorities* der Bapo – als registrierte Eigentümer der Farm, auf der sich Nkaneng befindet –, diese Anstrengungen blockiert. Die *tribal authorities* der Bapo wiederum argumentierten, dass die MinenarbeiterInnen und ihre Familien illegale »BesetzerInnen« seien, die keinen Respekt vor lokalen Sitten zeigen würden und deshalb anderswo untergebracht werden sollten. Währenddessen mobilisieren die Bapo regelmäßig arbeitslose Jugendliche zu Protesten gegen die Arbeit in den Minen, von der sie meinen, dass sie vorrangig an »Einheimische« als an »Ausländer« vergeben werden sollte. Das verweist darauf, wie die einzigartigen Platinvorkommen einerseits und das Vermächtnis des Systems der Wanderarbeit andererseits in einer Situation zunehmender sozialer Verzweigung aufeinandertreffen, die durch die Maßnahmen des MPRDA eher verstärkt als eingedämmt wurde.

JK Können wir gegen Ende des Gesprächs zu den Gründen für den Einbruch in der Platinbranche 2008 kommen, und was dies für ihre Zukunftsaussichten bedeutet?

GC Einer der wichtigsten Gründe für die Weltfinanzkrise 2008 war der Zusammenbruch der Autoindustrie. Über Nacht verschwanden die wichtigsten Produzenten. Riesige Rettungsaktionen waren nötig, um die Branche vor dem Untergang zu retten, vor allem in den USA. Als die wichtigste Quelle der Platinnachfrage zusammenbrach, verfiel auch der Weltmarktpreis, denn alle wichtigen Produzenten hatten langfristige Entscheidungen getroffen – auf der Grundlage, dass der Markt weiter wachsen würde, und bald wurde klar, dass die Branche nun in einer Überproduktionskrise gefangen war. In den vorangegangenen Jahren waren die Produktionskosten ständig gestiegen und die Schulden der Unternehmen ebenfalls. Als die Gewinne sanken, gerieten die Platinproduzenten unter starken Druck der Aktionäre. Aber das MPRDA hatte die Fähigkeit der drei Platinriesen, die Produktionsmenge zu bestimmen, untergraben, indem es neuen Mitspielern den Zugang zur Branche ermöglicht hatte, und weil das »Nutze-oder-verlier-es-Prinzip« es schwerer machte, Minen einfach einzumotten, bis sich die Marktbedingungen erholt hätten. Noch schlimmer war, dass es einen starken Anstieg an recyceltem Platin aus den Katalysatoren älterer Fahrzeuge gab, die verschrottet wurden.

Alle diese Probleme gibt es immer noch, und Analysten schätzen zurzeit, dass mehr als 70 Prozent des Platinsektors gegenwärtig keine Gewinne schreibt. Als einer der großen Produzenten wurde Lonmin schwer getroffen, vor allem wegen der schlechten Management-Entscheidungen der vergangenen Jahre. Aktuell befindet sich Lonmin in einer so schweren finanziellen Krise, dass das Unternehmen derzeit seine Schulden nicht begleichen kann, trotz zahlreicher Rettungspläne und trotz der Unterstützung durch die *South African Public Investment Corporation*, die nun nahezu ein Drittel seiner Aktien hält. Weil sich der Aktienwert des Unternehmens auf einem Tiefststand befindet, ist Lonmin nun zum Ziel einer Übernahme durch einen großen neuen Mitbewerber in der Platinbranche, *Sibanye-Stillwater*, geworden. *Sibanye* ist aus *Gold Fields South Africa* hervorgegangen, hat aber in letzter Zeit kleinere Anteile an Platinlager- und Produktionsstätten erworben: zuerst die ältere Platinmine in Rustenburg von *Anglo Platinum*, dann die neueren Mitbewerber *Aquarius* und *Stillwater*, die durch die Platinkrise rausgeflogen sind. Zum Zeitpunkt dieses Interviews wird das Angebot von *Sibanye-Stillwater* für Lonmin von der südafrikanischen Regierung und den Konkurrenzbehörden Großbritanniens noch geprüft. Fallen die Überprüfungen aber positiv aus, dann wird *Sibanye-Stillwater* zum zweitgrößten Platinproduzenten der Welt und verdrängt *Impala* auf Platz drei. Das würde die mitgenommenen Aktionäre von Lonmin retten und die Mine vor dem Untergang bewahren, aber Analysten warnen davor, dass *Sibanye-Stillwaters* Hauptmotivation in Lonmins beeindruckenden Rohstoffraffinerien und Verarbeitungsanlagen liege, deren Kontrolle seinen Rang als unabhängiger Produzent stärken würde. Im Ergebnis wären bei Lonmin Tausende von Jobs unter Tage gefährdet. Derzeit ist noch nicht klar, was die Übernahme für die lokale, ländliche Community und ihren eigenen Aktienanteil bedeuten würde.

Hinsichtlich der Zukunft der Branche insgesamt ist es unmöglich, Vorhersagen zu treffen, und ich kann nur auf einige Faktoren verweisen, die dabei in Betracht gezogen werden müssen. Der Markt für Leichterfahrzeuge in Europa und den USA schrumpft weiter, vor allem nach dem *Volkswagen*-Skandal. Das trifft die südafrikanischen Produzenten besonders hart, denn wie wir diskutiert haben, wird Platin in Dieselkatalysatoren eingesetzt, und südafrikanisches Erz ist vor allem reich an Platin. Im Umkehrschluss hat bei den weltweiten Verkäufen von Benzinautomobilen eine neue Wachstumsrunde eingesetzt und den Preis für Palladium in die Höhe getrieben – zugunsten der russischen Produzenten. Und während es viele andere Einsatzmöglichkeiten für Platin gibt, vor allem auf dem Markt für Weißmetallschmuck und eine Reihe industrieller Werkstoffe, haben diese sich bisher als nicht ausreichend erwiesen, um die Effekte des Niedergangs des Dieselmotors und des Wegfalls der Kontrolle über das Angebot auszugleichen. Es sieht derzeit also recht trist aus für die südafrikanischen Produzenten und es ist möglich, dass noch mehr Unternehmen das Feld räumen beziehungsweise Fusionen und Übernahmen zunehmen werden.

Der offensichtlichste Ausweg aus diesem Dilemma – zumindest kurzfristig – ist die Einführung noch strengerer Abgasbestimmungen beim bestehenden Dieselmotors – vor allem im Globalen Süden. Das würde Katalysatoren mit einem höheren Platinanteil verlangen. Einige Analysten meinen, Südafrika sollte stark für striktere Emissionskontrollen lobbyieren und ein Beispiel geben, indem es selbst welche einführt. Aber dafür gibt es derzeit kaum Anzeichen. Die langfristige Hoffnung der Branche ist – einigermaßen ironisch – eine Abkehr von kohlenstoffbetriebenen Energien insgesamt hin zu den neuen, kombinierten *Wasserstoff-Brennstoffzellen-Technologien* (WBT). WBT generiert elektrischen Strom, indem Wasser- und Sauerstoff zusammengeführt werden, wobei Platin als Katalysator dient. Die großen Automobilproduzenten experimentieren seit mehreren Jahren mit WBT als Alternative zu batteriebetriebenen Autos. Dabei spielt das Interesse am Einsatz von WBT in öffentlichen Transportsystemen eine große Rolle, sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene. Wenn eine dieser Technologien in Schwung kommt, könnte das die Platinbranche völlig umkrempeln, wie es die Katalysatoren seit den 1970er-Jahren gemacht haben. Aber derzeit ist die Meinung darüber, ob diese Technologie massenhaft eingesetzt werden kann, gespalten, denn WBT benötigen große und daher teure Mengen an Platin. Außerdem müsste eine völlig neue Wasserstoff-Infrastruktur – die Produktion, Transport und Füllstationen beinhaltet – geschaffen werden. Angesichts seines enormen Potenzials könnte der südafrikanische Staat eine führende Rolle bei der Entwicklung einer neuen, kohlenstofffreien Ökonomie, die sich um WBT gruppiert, spielen.

Dazu bräuchte es eine koordinierte industrielle Strategie, die bei den enormen Platinreserven beginnt und bei der Energie- und Autobranche endet. Derzeit aber verbleibt die Branche in der Krise und schafft es nicht, den Krisen- und Krankheitssymptomen des Marktes zu entkommen.



Drei Denkmäler in Johannesburg

◀ 105 o. Die Statue, entworfen von Andile Msongelwa (2013), zur Würdigung der Bedeutung der Minenarbeiter für die Geschichte und Entwicklung des Landes, ist eine Schenkung der *Bergbaubaukammer* (»Chamber of Mines«) und einer Reihe von Gewerkschaften.

◀ 105 u. Die von Tinie Pritchard 1987 gestaltete Statue des Siedlers George Harrison, dem der erste Goldfund im Jahr 1886 angedichtet wird. Eine Auftragsarbeit der Stadt Johannesburg zu deren 100jährigem Bestehen.

▶ Das *Miners Monument* von David McGregor (1964) zeigt ein Untertage-Team von 1936, bestehend aus zwei Schwarzen Arbeitern und einem *weißen* Vorarbeiter. Es ist eine Schenkung des Bergbauverbands der ehemaligen Provinzen Transvaal und Oranje Free State an die Stadt Johannesburg.



ES HAT SICH NICHTS VERÄNDERT IN MARIKANA DIE PERSPEKTIVE DER FRAUEN

Asanda Benya und Judy Seidman

»In Marikana hat sich nichts verändert. [...] Die Menschen leben in Baracken, durch die der Regen rinnt, es gibt keine Sanitäreinrichtungen, kein fließendes Wasser, keinen Strom. Und es gibt keine Straßen. Wo ist das bessere Leben für alle?«¹
Wenn Frauen, die im Schatten der Platinminen leben, heute sagen, dass sich in ihrem Leben nichts verändert habe, müssen wir die gängige Behauptung infrage stellen, wonach die Verhältnisse im südafrikanischen Bergbausektor seit dem Ende des Grauens der Apartheid demokratischer und menschenwürdiger geworden sind.

Im vorliegenden Text soll untersucht werden, wie der Platinabbau das Leben von Frauen in Südafrika beeinflusst. Es geht um eine feministische Perspektivierung, die bei Analysen des Bergbausektor bislang fehlt.

Es geht um Frauen, die aus sogenannten »arbeitskraftentsendenden Gebieten« (*Labour Sending Areas/LSAs*) stammen und traditionell das unsichtbare Rückgrat der südafrikanischen Bergbaubranche bilden; um Frauen, die aus ihrer Heimat weggezogen sind, um nahe der Minen zu leben; um Frauen, die in Bergbauregionen selbst geboren und aufgewachsen sind; und um Frauen, die selbst in den Minen arbeiten. Der Text geht folgenden Fragen nach: Hat sich die Rolle von Frauen in den Platinminen seit den 1990er-Jahren verändert und wenn ja, wie? Was wurde getan, um die Lebensbedingungen von Frauen zu verbessern? Wie haben sich diese Änderungen auf das Verhalten von Frauen wie von Männern ausgewirkt? Welche Wirkung haben sie auf das Leben von Frauen heute?

Hintergrund: Apartheid, soziale Reproduktion und migrantische Arbeit

Die Minen mit ihren schlecht bezahlten Arbeitskräften bildeten die ökonomische Grundlage des Apartheidsystems. Seit den 1870er-Jahren bedienten sich südafrikanische Minenbetreiber Schwarzer Migrantinnen, die aus ländlichen Gebieten zur Arbeit unter Tage kamen und in sogenannten *single sex hostels* (Männerwohnheimen) lebten. Die Frauen hingegen blieben zurück in den sogenannten *Homelands* (*Bantustan* oder *Native Reserves*, heute LSAs). Mithilfe nach Hautfarbe und Geschlecht segregierter Arbeitsstrukturen wurden die Kosten der Reproduktionsarbeit von den Bergbauunternehmen externalisiert und auf die Frauen in den Homelands abgewälzt. Die an die Bergarbeiter gezahlten Löhne reichten nicht aus, um damit eine Familie ernähren zu können. Damit konnte auch keine gemeinschaftliche Infrastruktur wie Schulen oder Gesundheitseinrichtungen in den Homelands aufgebaut werden. Stattdessen waren es die zurückgebliebenen Frauen, die ihre Familien eigenständig mit dem Nötigsten versorgten, während die Männer in den Minen für einen Hungerlohn schufteten. Sie zogen die Kinder auf, von denen die meisten später ebenfalls unter Tage arbeiten sollten, und versorgten Kranke und Alte. Harold Wolpe fasste diese »Externalisierung der reproduktiven Arbeitskosten« 1972 folgendermaßen zusammen: »Die Großfamilie in den *reserves* ist in der Lage, die »soziale Absicherung« zu übernehmen, die für die Reproduktion der migrantischen Arbeitskräfte erforderlich ist. Sie tut dies, indem sie sich um Kleinkinder, Alte und Kranke, die migrantischen Arbeiter in ihren »Ruhephasen« oder um die Erziehung der Kinder kümmert. Damit befreit sie den kapitalistischen Sektor und dessen Staat von der Notwendigkeit, Ressourcen für diese lebensnotwendigen Aufgaben bereitzustellen.«²

¹ Auszug aus der Rede von Thumeka Magwangqana bei der *General Assembly* in Berlin, 4. November 2017. Die vollständige Rede findet sich auf Seite 438.

² Harold Wolpe: *Capitalism and Cheap Labour Power in South Africa*. In: William Beinart und Saul Dubow (Hg.): *Segregation and Apartheid in Twentieth Century South Africa*. London 1995. S. 67.

In der Forschung ist die Frage nach den geschlechtsspezifischen Formen der Diskriminierung in der Bergbauindustrie und deren systemstabilisierender Funktionen bislang vernachlässigt worden. Die Passgesetze der Apartheid zwangen die Männer dazu, allein in die Minen zu gehen, während die Familien – Frauen, Kinder und jene, die zum Arbeiten zu alt waren – in den »Stammesgebieten« zurückbleiben mussten (oder dorthin ausgewiesen wurden). Im Zusammenspiel mit der Unterdrückung von Frauen, patriarchalen Strukturen und staatlicher Gewalt zwangen die Apartheid-Gesetze Frauen dazu, in den Homelands zu bleiben.

Die typische Geschichte einer Frau klingt dann so: »Mein Ehemann arbeitete in den Minen. Ich heiratete ihn 1968, da war er bereits Minenarbeiter. [...] Wir hatten nicht genug zu Essen. Er blieb das ganze Jahr dort und kam dann mit wenig Geld zurück. [1988] kam er zurück und verbrachte einen Monat mit uns, dann musste er wegen Atembeschwerden ins Krankenhaus und dann verstarb er. Sie riefen mich ins Büro der Rekrutierungsbehörde der Minen TEBA und gaben mir 2.000 Rand [umgerechnet 150 Euro] für das Begräbnis.«³

Die Minenarbeiter schickten nie genug Geld nach Hause. Die in den LSAs zurückgebliebenen Familienmitglieder – insbesondere die Frauen – mussten die unzureichenden Geldsendungen durch Subsistenzlandwirtschaft und andere Überlebentechniken aufstocken. Zum größten Teil waren das »traditionelle« Frauentätigkeiten wie der Bau von Hütten, das Sammeln von Feuerholz und das Wasserholen. So hielten Frauen die Familien, häufig Großfamilien, zusammen. Nach 1948 verstärkte die Apartheid diesen Effekt: Wo du gelebt und gearbeitet hast, wie du überlebt hast, wurde von der Hautfarbe, von der »Stammeszugehörigkeit« und vom Geschlecht definiert.

Kurzum: Die schlecht bezahlte Arbeit von Schwarzen Minenarbeitern wurde im großen Umfang von Schwarzer Haushaltsarbeit »subventioniert«. Es waren die Schwarzen Frauen, die mit ihrer Arbeit die großen Profite in den südafrikanischen Minen erst möglich machten.

Brüche und Kontinuitäten in der Post-Apartheid-Ära

Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass in der Platinindustrie in Südafrika zentrale Aspekte der während der Apartheid eingeführten Arbeitsbeziehungen nach wie vor in adaptierter Form Bestand haben. Ältere Minenarbeiter sprechen von einem ununterbrochenen Kontinuum migrantischer Arbeit und Unterentwicklung. Junge MinenarbeiterInnen beklagen: »Wir sind die Jungen dieser Demokratie. Aber wir fanden dieselben Bedingungen vor wie damals, als unsere Vorväter und unsere Väter dort arbeiteten.

³ Judy Seidman/Nomarussia Bonase: We have to talk, we need changes. Voices from platinum best workers. Khulumani Support Group, Johannesburg 2015. S. 54.

Nichts hat sich geändert: Es ist noch immer der gleiche Staub, die gleiche verdreckte Luft, die Werkzeuge und alles, die gleichen Dinge, die bereits unsere Väter umgebracht haben.«⁴

Der Post-Apartheidstaat beschloss zwar zahlreiche Maßnahmen, die das System der Wanderarbeit beenden sollten. So wurden die Apartheid-Gesetze, die dafür sorgten, dass die Frauen und Familien der Minenarbeiter in den LSAs zurückbleiben mussten, abgeschafft genauso wie die Männerwohnheime. Doch das Ende der Apartheid führte nicht zu einem Ende der tief verwurzelten Armut und Unterentwicklung in den LSAs. Die Bergbau- und Minenbetriebe passten sich vielmehr an die neuen rechtlichen und politischen Umstände an, ohne die zahlreichen strukturellen Probleme zu adressieren.

Die Regierung hob auch Regelungen auf, die Frauen an einer Arbeit in den Minen gehindert hatten. Der *Mines and Works Act No. 12* von 1911 besagte, dass »niemand einen Jungen, der dem Anschein nach jünger als 16 Jahre alt ist, oder eine Frau unter Tage in einer Mine beschäftigen darf«.⁵ Mit dem *South African Minerals Act* von 1991 wurde Frauen ebenfalls verboten, unter Tage zu arbeiten.⁶ Spätere Gesetze ersetzten jedoch diese Bestimmungen, darunter der *Mine Health and Safety Act* (1996), der *Mineral and Petroleum Resources Development Act* (2002) und die *Broad-Based Socio-Economic Empowerment Charter (Mining Charter 2002)*.

Trotzdem ist es weiterhin so, dass mit wenigen Ausnahmen ausschließlich Männer in den Minen arbeiten, während die Frauen »zu Hause« in den LSAs bleiben. Befördert wird diese Situation durch unterschiedliche Faktoren: das Fortwirken traditioneller, Frauen diskriminierender Beschäftigungs- und Arbeitsstrukturen, strukturelle Unterentwicklung in den LSAs sowie der Mangel an funktionierenden Gemeinschaften nahe der Minen.

Wie Beschäftigungsmuster das System der Wanderarbeit bestärken

Im heutigen Südafrika ist es noch immer so, dass die mehrheitlich Schwarzen Minenarbeitenden keinen Lohn erhalten, von dem sie und ihre Familien leben können. Eine Untersuchung von 2008 ergab, dass festangestellte ArbeiterInnen im Platinabbaugebiet (einschließlich der Marikana-Mine von Lonmin) im Durchschnitt 3.000 Rand (200 Euro)

⁴ Ebda., S. 3.

⁵ Peter Alexander: Women and Coal Mining in India and South Africa, 1900–1940. In: African Studies, Nr. 66, 2–3/2007. S. 214.

⁶ Vgl. K.B. Simango: An Investigation of the Factors Contributing to Failure of Heat Tolerance. Screening by Women at Impala Platinum. Magisterarbeit (unveröffentlicht) am südafrikanischen Da Vinci Institute for Technology Management, 2006. S. 15.

im Monat verdienen, solche mit befristeten Verträgen noch deutlich weniger.⁷ Im Jahr 2012 betrug die von ArbeiterInnen gemeldeten Monatslöhne zwischen 4.000 und 6.000 Rand (270 bis 400 Euro).⁸ Beim Streik der *Rock Drill Operators*⁹ in Marikana 2012, dem 2014 weitere Streiks im Platinabbaugebiet folgten, verlangten diese einen Monatslohn von 12.500 Rand (800 Euro) und damit den doppelten Betrag von dem, was *Rock-driller* gewöhnlich verdienen.

In den letzten 20 Jahren wurden die Gesetze zur Rekrutierung und Beschäftigung im Bergbausektor sehr stark modifiziert. Die neuen Gesetze sehen vor, dass Bergbauunternehmen ihre ArbeiterInnen unbefristet anstellen und, wo immer möglich, lokale Arbeitskräfte anheuern sollen. Die Minenbetreiber müssen die Einhaltung dieser Vorgaben bei den Behörden mit entsprechenden Statistiken belegen.¹⁰ Die neuen Bestimmungen erlauben jedoch einen großen Graubereich, in dem es »Festanstellungen« gibt, aber auch befristete Verträge sowie Beschäftigte, die von »Dritten« eingestellt werden.

Die Unternehmen umgehen die rechtlichen Bestimmungen zur unbefristeten Einstellung vor allem dadurch, dass sie auf ArbeitsvermittlerInnen und Subunternehmen zurückgreifen. Diese VermittlerInnen nehmen ArbeiterInnen unter Vertrag, deren Arbeitsleistung sie dann an die Minen verkaufen. Häufig beauftragen Minenbetreiber kleinere Unternehmen mit der Ausführung konkreter Arbeiten, wofür diese Subunternehmen dann gezielt ArbeiterInnen anheuern. Nach Schätzungen der Bergbaubranche selbst sind 29 Prozent ihrer Beschäftigten bei Subunternehmen angestellt. Im Jahr 2012 gaben Anglo Platinum, Lonmin und Impala an, dass zwischen sieben und 30 Prozent der ArbeiterInnen über Subunternehmen unter Vertrag genommen wurden.¹¹ Unabhängige Untersuchungen schätzen den Anteil von über Subunternehmen angestellten BergarbeiterInnen jedoch auf 60 Prozent aller Beschäftigten.

»Die meisten dieser VertragsarbeiterInnen gab es in der Platinbranche. [...] 2005 waren beispielsweise 54.667 von insgesamt 96.734 Arbeitsplätzen bei der Platinförderung durch Subunternehmen besetzt worden.«¹² Solche VertragsarbeiterInnen werden für gewöhnlich für den Einsatz in besonders gefährlichen Bereichen der Mine angeheuert. In den Statistiken der Bergbauunternehmen, mit denen sie die Befolgung der Vorschrif-

7 Vgl. Edward Webster/Asanda Benya/Xoliswa Dilata/Katherine Joynt/ Kholofelo Ngoepe/Mariane Tsoeu: Making Visible the Invisible: Confronting South Africa's Decent Work Deficit. SWOP Working Paper, Johannesburg, 2008. Online verfügbar.

8 Interviews mit Minenarbeitern in Rustenburg. Asanda Benya Forschungstagebuch, April 2012.

9 Rock Drill Operator sind diejenigen Arbeiter, die mit einem hydraulischen Bohrer das erzhaltige Gestein aus dem Berg stemmen bzw. Löcher für die Dynamitstangen bohren.

10 Vgl. Asanda Benya: Women, subcontracted workers and precarity in South African platinum mines: A gender analysis. In: LABOUR, Capital and Society, Nr. 48, 1–2/2015. S. 70 ff.

11 Vgl. Kally Forrest: Migrant labour: Discarded but not discontinued. In: Wits Journalism, 1.10.2013. Online verfügbar.

12 Sakhela Buhlungu/Andries Bezuidenhout: Union solidarity under stress. In: Labour Studies Journal, 33/3 2008. S. 262–287. Tendai Gwatidzo/Miracle Benhura: Mining Sector Wages in South Africa, LAMP Working Paper 1, Labour Market Intelligence Partnership, 2013. S. 14.

ten der *Health and Safety and Mining Charter* und des *Labour Relations Act* nachweisen müssen, tauchen die über Vermittlungs- und Subunternehmen Beschäftigten überhaupt nicht auf.

Unternehmen aus dem Platinbergbau brüsten sich häufig damit, dass ihre Angestellten mehr verdienen würden als ArbeiterInnen anderswo. ArbeiterInnen, die über Arbeitsvermittler und Subunternehmen angestellt sind, sind jedoch nicht (direkt) bei der Mine beschäftigt. Obwohl VertragsarbeiterInnen und Festangestellte zumeist im selben Team tätig sind, gelten gänzlich andere Lohn- und Arbeitsbedingungen. VertragsarbeiterInnen verdienen teilweise weniger als die Hälfte für dieselbe Arbeit. Gleiches gilt auch für Überstunden – wenn diese überhaupt entlohnt werden –, die im Bergbau die Regel sind (häufig haben die ArbeiterInnen dort einen 12-Stunden-Tag).¹³ In der Regel gibt es weder eine gewerkschaftliche Vertretung noch Kündigungsschutz. Ein Arbeitsvermittler räumte ein: »Wir haben weder Gewerkschaftsmitglieder noch verhandeln wir über Löhne.«¹⁴ Auch untergraben Vermittlungs- und Subunternehmen die Bemühungen der Post-Apartheid-Regierungen, der inländischen Arbeitsmigration ein Ende zu setzen. Obwohl das Bergbaugesetz von den Minen verlangt, bevorzugt lokale Arbeitskräfte einzustellen, sieht die Realität in den lokalen Rekrutierungsbüros anders aus.

»Arbeitsvermittler bevorzugen erfahrene Minenarbeiter, da sie bereits über Fachkenntnisse, etwa zum Bedienen von Gesteinsbohrern, verfügen, für gewöhnlich weniger gebildet sind und keine oder nur wenig Anleitung benötigen. Viele dieser Arbeiter wurden bereits zuvor von der TEBA (der größten Rekrutierungsagentur) für die Goldminen angeheuert und kehren nun zurück, um sich bei Vermittlern registrieren zu lassen. Um eine Anstellung zu erhalten, geben sie sich als Ansässige aus, was den Minenbetreibern erlaubt, den Bestimmungen der *Mining Charter* zu genügen und so die Gebühren, die bei Anstellung auswärtiger oder ausländischer Arbeitskräfte anfallen, zu umgehen.«¹⁵

Und obgleich die neuen Bergbaugesetze Minenbetreiber dazu ermutigen, neben Ortsansässigen auch bevorzugt Frauen anzustellen, haben Frauen nach wie vor schlechtere Chancen, in den Minen Arbeit zu finden.

Fehlende Infrastrukturen in den Labour Sending Areas

Ein weiteres Problem in den infrastrukturschwachen Gebieten ergibt sich, wenn die ArbeiterInnen krank oder zu alt werden, um weiter erwerbstätig zu sein, und deswegen

13 Als die Todesfälle in südafrikanischen Minen im ersten Quartal 2011 einen Anstieg um 27 Prozent verzeichneten, führten ForscherInnen dies auf die schlechten Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen von VertragsarbeiterInnen in den Minen zurück. Vgl. dazu auch Dineo Matomela: Rising SA mine deaths need urgent attention. In: BusinessReport, 12.4.2011. Online verfügbar.

14 Vgl. Seidman/Bonase: We have to talk. S. 54.

15 Forrest: Migrant Labour.

nach Hause geschickt werden. Dort werden sie zu einer weiteren Belastung für ihre Familien. Die Bergbauunternehmen verweisen gern auf eine verbesserte Gesundheitsversorgung (Prävention, Behandlung und Arbeitsunfähigkeitszahlungen) für ihre Beschäftigten. Dennoch werden die Hauptlasten – die Behandlungskosten und Krankenpflege – weiterhin hauptsächlich von den Familien, besonders von den Frauen getragen.

Die Bergbauunternehmen sind gesetzlich dazu verpflichtet, regelmäßige medizinische Untersuchungen und Behandlungen für ihre Angestellten anzubieten. ArbeiterInnen geben allerdings zu bedenken, dass mit der vorherrschenden Praxis eines einmal jährlich stattfindenden Gesundheitschecks bedrohliche Krankheiten erst dann erkannt werden, wenn sie sich bereits ausgebreitet haben. Angestellte, bei denen eine ernsthafte Erkrankung diagnostiziert wird, kommen ins Minen-Hospital. Genesen sie jedoch nicht, werden sie nach Hause in die LSAs geschickt, wo die Kliniken zumeist nur ungenügend ausgestattet sind. So führen Verletzungen und arbeitsbedingte Erkrankungen nicht nur zu Einkommenseinbußen, vielmehr müssen die Familien die Pflegearbeit und die Behandlungskosten größtenteils selbst übernehmen. Hinzu kommt: Familienangehörige, die sich mit einer in den Minen leicht übertragbaren Krankheit wie Tuberkulose oder HIV infizieren, werden von den ohnehin schon mangelhaften Gesundheitseinrichtungen der Bergbauunternehmen nicht behandelt. Auch hier sind Frauen sehr oft die Leidtragenden, sei es als Betroffene oder als Krankenpflegerinnen. Oft geben die Frauen eigene Jobs auf und verwenden die ohnehin schon knappen Ersparnisse des Haushalts für Pflege und Behandlungskosten. Da es im Fall von Arbeitsunfähigkeit oder Tod keine Pensionszahlungen gibt, bleibt den Betroffenen oftmals nichts anderes übrig, als ein anderes Familienmitglied in die Minen zu schicken. Damit wird der Teufelskreis der Verarmung und Unterentwicklung in den Heimatregionen der MinenarbeiterInnen aufrechterhalten.¹⁶

In den Minen

»Wir können unsere Familien nicht hierherbringen – es gibt hier nichts für sie. Das ist keine Art zu leben.«¹⁷

Die demokratische Post-Apartheid-Wende ging mit der Erwartung einher, dass nun die Beschäftigten in den Minen ihre Familien würden nachholen können, um mit ihnen in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zusammenzuleben. Die Minenbetreiber willigten ein, die Männerheime in Wohnungen für Familien umzuwandeln bzw. ihren Beschäftigten eine »Wohnbeihilfe« auszuzahlen, um ihnen die Suche einer Unterkunft in der Nähe der Minen zu erleichtern. Aktuell erhält ein Drittel aller Minenarbeiter im Platinbergbau

¹⁶ Vgl. Seidman/Bonase: Changes. S. 25.

¹⁷ Ebda., S. 35.

eine solche »Wohnbeihilfe« von etwa 1.800 Rand (120 Euro) im Monat. Allerdings reicht dieser Betrag bei Weitem nicht aus, um für die Unterhaltskosten eines Partners oder einer Partnerin aufzukommen, geschweige denn für eine ganze Familie.

Darüber hinaus stehen in der Umgebung der Minen weder genug erschwinglicher Wohnraum für Familien noch die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung. So sind viele gezwungen, ihre »Wohnbeihilfe« zur Anmietung illegal errichteter Baracken in informellen Siedlungen zu verwenden, wo sie weiterhin ohne ihre Familien leben und außerdem Gesundheitsrisiken sowie vermehrter Kriminalität und Umweltverschmutzung ausgesetzt sind.¹⁸

Im Jahr 2013 stellte die *Bench Marks Foundation* Folgendes fest: »Die ganz überwiegende Mehrheit der 28.230 Festangestellten von Lonmin lebt in informellen Siedlungen oder Township-Baracken. Die zusätzlichen 8.300 Vertragsarbeiter, für deren Unterbringung Lonmin keinerlei Verantwortung übernimmt, sind praktisch dazu gezwungen, in informellen Siedlungen zu wohnen. Einer zuverlässigen Quelle folgend schätzt das Unternehmen die Zahl der Beschäftigten, denen es eine angemessene Unterkunft zur Verfügung stellt, auf etwa 5.000.«¹⁹

Die Marikana-Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass Lonmin seiner rechtlichen Verpflichtung, ausreichend Wohnraum für seine ArbeiterInnen bereitzustellen, nicht nachgekommen ist. Für den Zeitraum zwischen 2007 und 2010 versprach Lonmin den Bau von 5.500 Häusern für seine ArbeiterInnen und den Umbau von 92 Männerheimen in für Familien geeignete Wohneinheiten. Tatsächlich wurden in dieser Zeit jedoch lediglich drei Häuser errichtet und fünf Heime umgebaut. Bis 2012 waren es immerhin 108 Heime.²⁰ Es mangelt jedoch weiterhin nicht nur an angemessenem Wohnraum in der Umgebung der Minen, sondern auch an funktionierender Infrastruktur. Straßen, Wasser- und Abwassersysteme, Elektrizität, Schulen oder Gesundheitseinrichtungen sind so gut wie nicht vorhanden. »Wir haben keine guten Straßen. Das Minenunternehmen soll herkommen und den Leuten helfen, bessere Straßen zu bauen, damit wir leichter zur Arbeit kommen. Das Gleiche gilt beim Thema Wasser: Wir trinken es, weil es kein anderes gibt. Aber davon kannst du krank werden. Schau, wie braun es aus dem Hahn kommt.«²¹

Weder die Bergbauunternehmen noch die lokalen Regierungen übernehmen Verantwortung für die informellen Siedlungen der Minenbeschäftigten. Nach südafrikanischem Recht besitzen Bergbauunternehmen Rechte an den unterirdischen Mineralien,

¹⁸ Vgl. Bench Marks Foundation: Rustenburg community report 2011. S. 42. Online verfügbar.

¹⁹ Bench Marks Foundation: Coping with Unsustainability, Policy Gap 7 Lonmin 2003–2012, Oktober 2013.

²⁰ Vgl. Submissions of the Bapo Ba Mogale Community to the Marikana Commission of Inquiry, 3.11.2014. Online verfügbar. Vgl. Außerdem South Africa: Four years after Marikana massacre. British mining company fails to improve squalid housing conditions for workers. In: Business Times Africa, 15. 8.2016. Online verfügbar.

²¹ Seidman/Bonasa: Changes. S. 43.

nicht jedoch an dem Land darüber. Daher sind sie wenig gewillt, Infrastruktur für Gemeinschaften auf diesem Land bereitzustellen (selbst dann, wenn es sich bei den BewohnerInnen um ihre Angestellten handelt). Die lokalen Behörden weigern sich ebenso, Infrastruktur für neue Siedlungen dort zu errichten, wo Bergbauunternehmen Schürfrechte für den Untergrund besitzen, da mit den Explosionen und Grabungen im Zuge des Ausbaus der Minen auch die neuen Bauten zerstört werden könnten.

Die Geschäftsführung von Lonmin behauptet, dass die ArbeiterInnen es vorziehen würden, so zu leben: »Viele Beschäftigte haben sich dafür entschieden, ihre finanziellen Ressourcen nicht in richtigen Wohnraum zu stecken und in informellen Siedlungen zu leben. Das hat zur Entstehung einer informellen Ökonomie geführt, die eine ganze Reihe sozioökonomischer Probleme mit sich bringt. Nicht zuletzt gehören schnell wachsende Gemeinschaften ohne grundlegende Dienste und Infrastruktur dazu.«²²

Die MinenarbeiterInnen erzählen eine andere Geschichte: »Wer will schon in einer Hütte leben? [...] im Winter ist es kalt, im Sommer ist es heiß. Das sind doch keine guten Lebensbedingungen. Das ist unser Zuhause, weil wir hier sehr viel Zeit verbringen. Wir bekommen auch nicht genug Geld, um dort gute Häuser zu bauen, wo wir herkommen. Das Geld reicht im Grunde auch nicht dafür aus, in den Baracken zu bleiben, in denen wir jetzt wohnen, um unsere Grundbedürfnisse hier zu decken.«²³

Deshalb leben sehr wenige Ehefrauen (und Kinder) aus weit entfernten Gegenden bei ihren Männern in den Minengebieten. Sie bleiben in den LSAs und stocken das Bergarbeitergehalt durch Subsistenzlandwirtschaft und traditionelle Frauenarbeit auf. Zudem leisten sie die soziale Reproduktionsarbeit – Arbeit, die auch im neuen demokratischen System weitgehend übersehen wird und ohne Anerkennung bleibt.

Der Mythos von den Zweithaushalten

Laut den Bergbauunternehmen gehen sowohl die Art der Arbeitsmigration als auch die stark nach Geschlecht segregierten Arbeitsstrukturen in den Minen auf die traditionelle, patriarchale Kultur der Minenarbeiter zurück. Die Unternehmen behaupten zudem, die Arbeiter würden es vorziehen, eine Ehefrau »zu Hause« in den LSAs zu haben und daneben mit einer zweiten Frau in der Umgebung der Minen zu leben (die häufig als Freundin oder *nyatsi* oder etwa als zweite Ehefrau im Rahmen einer polygamen Ehe beschrieben wird). In einer Studie von 2013 ist zu lesen: »Das System der Wanderarbeit führte zur Entwicklung von ›Zweifamilien‹, bei denen migrantische Arbeiter lokale Haushalte mit einer zweiten Ehefrau oder Freundin in den Baracken rund um die Minen gründen. Dieser Prozess wurde durch die Abschaffung der Männerheime und die Aus-

²² Lonmin: Rebuilding Bridges, Sustainable Development Report 2014, Human Settlements. Online verfügbar.

²³ Seidman/Bonase: Changes. S. 38.

zahlung von ›Wohnbeihilfen‹ befördert [...]. Die hohen Kosten, die mit der Unterstützung einer zweiten Familie nahe der Mine einhergehen, während die Männer weiterhin ihr ländliches Zuhause aufrechterhalten, hat zu Forderungen nach höheren Löhnen geführt.«²⁴ Bergarbeiter weisen diese Darstellung empört zurück: »Das ist eine Beleidigung für uns und unsere Familien. Wir lieben unsere Ehefrauen und würden sie gern hier bei uns haben. Doch unser Gehalt reicht dazu nicht aus. Außerdem: Wer würde seine Liebsten an einen solchen Ort holen, wo es weder Wasser, Elektrizität oder Schulen für die Kinder gibt?«²⁵

Das Narrativ der »Zweitfrau« aber hat verheerende Folgen für die Frauen in den Bergbauregionen. Nur Frauen, die in den LSAs bleiben, gelten als »legitime« Ehefrauen. Diejenigen, die nahe der Minen leben, werden als »Stadtfrauen«, Prostituierte oder Freundinnen stigmatisiert, sie werden nicht als Familienangehörige akzeptiert. Die Realität ist aber sehr viel komplexer und vielschichtiger: Eine Frau aus den LSAs entscheidet sich womöglich als Minenarbeiterin Geld zu verdienen und zieht deswegen in eine Bergbauregion. Oder aber eine Ehefrau eines Bergarbeiters zieht zu ihrem Mann in das Minengebiet, während bereits dort lebende Frauen oftmals eine Langzeitbeziehung mit alleinstehenden Wanderarbeitern eingehen, eine Familie gründen usw.

Die Zerstörung lokaler Gemeinschaften in den Bergbauregionen

Es gibt eine weitere »Kategorie« von Frauen: Frauen, die als »lokal« (oder sogar »indigen«) gelten. Das heißt, ihre Vorfahren lebten bereits in den Abbauregionen. Seit den 1960er-Jahren hat der Platinabbau in starkem Maße zu einer Beeinträchtigung des Lebens der ansässigen »traditionellen« Gemeinschaften bzw. sogenannter »Stammesgemeinschaften« geführt. Nicht zuletzt hat der Platinabbau Siedlungsstrukturen zerstört. Heute, über zwanzig Jahre nach dem Einzug der Demokratie in Südafrika, sind diese Gemeinschaften weiterhin mit bergbaubedingten Zwangsumsiedlungen konfrontiert.²⁶

Gavin Capps (siehe hierzu auch das Interview mit ihm, S. 88) weist darauf hin, dass ein Großteil des Platinabbaus in den 1960er-Jahren in den als Homelands definierten Gebieten seinen Anfang nahm. In jenen Fällen, wo kommerziell arbeitende Bauern das Land besaßen (d. h., wo das Land im Besitz *weißer* Bauern war), kauften die Platinunternehmen ihnen die Schürfrechte ab, während die Schwarzen LandarbeiterInnen kurzerhand vertrieben wurden. Wenn Rohstoffe im Einflussbereich sogenannter *tribal*

²⁴ Tendai Gwatidzo/Miracle Benhura: Mining Sector Wages in South Africa, LAMP Working Paper 1, Labour Market Intelligence Partnership, 2013. S. 14.

²⁵ Seidman/Bonasa: Changes. S. 62.

²⁶ Eine Forschungsgruppe in Bojanalo forderte 2015 von der Regierung, Zwangsumsiedlungen, die ohne vorherige Verhandlungen mit den Betroffenen beschlossen wurden, einzustellen und den Umgesiedelten angemessene alternative Siedlungsmöglichkeiten zu bieten. Vgl. ebda., S. 65.

authorities lagern, wandten sich die Unternehmen an das Apartheid-Ministerium für Stammesangelegenheiten, welches im Namen der *chiefs* verhandelte. Nach 1994 bestätigte die Regierung, dass sie weiterhin die Verantwortung für »kommunales Land« innehaben sollten, weshalb die Minenbetreiber jetzt direkt mit ihnen verhandeln. Mittlerweile überschreiben Platinminenbetreiber diesen *tribal authorities* Anteile an ihrem Unternehmen, statt ihnen pauschale Abgaben für die Schürfrechte zu zahlen. Diese Form der Kapitalbeteiligung wird aller Voraussicht nach dazu beitragen, dass die Mitglieder dieser Gemeinschaften noch stärker als bisher von den Entscheidungen der *tribal authorities* über die Nutzung kommunalen Landes ausgeschlossen werden.

Lokale Gemeinschaften, die aufgrund des Bergbaus zwangsumgesiedelt werden, bauen häufig Barackensiedlungen auf Land, das von niemandem beansprucht wird. WanderarbeiterInnen mieten dann dort Räume oder Baracken, wodurch die bereits dürftige Infrastruktur (Wasserversorgung, Straßen, Gesundheitsdienste und Schulen) über Gebühr in Anspruch genommen wird. Zu viele Menschen, Verschmutzung und die Übernutzung knapper Ressourcen zerstören das Land. Diese Entwicklungen haben dazu geführt, dass die Stammesautoritäten zunehmend infrage gestellt werden. Hinzu kommt, dass es ein wachsendes Bewusstsein dafür gibt, dass diese *chiefs* zunächst von SiedlerInnen und Kolonialmächten und dann vom Apartheidstaat bestimmt wurden – dass sie also Teil einer »Teile-und-Herrsche-Politik« sind, die der lokalen Bevölkerung mehr Schaden zufügt, als dass sie ihnen hilft.²⁷

Noch kritischer wird die Situation, wenn die *tribal authorities* aus einer Genderperspektive betrachtet werden. Als die Kolonialbehörden und später die Organe des Apartheidstaats die *tribal authorities* installierten, festigten sie damit auch patriarchale Strukturen. Unter diesen *tribal authorities* hatten Frauen keine Rechte auf das von ihnen bewohnte und bestellte Land. Frauen durften keine Führungspositionen einnehmen, außer bei der Erziehung, und sie durften nicht für sich selbst sprechen. Als die südafrikanische Post-Apartheidregierung die Zuständigkeiten der Stammesautoritäten bestätigte, zementierte sie damit auch ein »toxisches Hyper-Patriarchat«.²⁸

27 Umstritten ist, ob »Stammesautoritäten« als »indigene Völker« gelten können, wie sie im UN-Rahmen definiert werden. Obwohl die Webseite von Bapo ba Mogale angibt, erst 1798 eine erste politische Struktur gebildet zu haben, gehen Bergbauunternehmen und transnationale Konzerne wie BASF davon aus, dass die *chiefs* »indigene« Bevölkerungen repräsentieren. BewohnerInnen von Bojanala haben kürzlich Klage gegen die Stammesautoritäten des Tswana-Clans eingereicht. Sie verwiesen darauf, dass die Boer-Republik während der 1880er-Jahre ihre Familien gezwungen hatte, Land an Bafokeng-*chiefs* abzutreten (Seidman/Bonasa: Changes. S. 41).

28 Vgl. Raymond Suttner: Cyril Ramaphosa's presidency – an opportunity for clean-up and new beginning: In: Daily Maverick, 9.1.2017. Online verfügbar.

Gender-AktivistInnen weisen darauf hin, dass diesem Thema in Südafrikas demokratischer Verfassung kein Platz eingeräumt wird.²⁹

Die Vereinbarungen zwischen Minenbetreibern und Stammesautoritäten sehen auch Programme zur Übernahme sozialer Verantwortung durch die Unternehmen vor, die zur Verbesserung der Infrastruktur um die Minen herum beitragen sollen. Dazu gehören auch die in der *Mining Charter* und im *Mineral and Petroleum Resources Development Act* (MPRDA) gesetzlich vorgeschriebenen Sozialpläne (*Social Labour Plans* SLPs). Lonmin hat es immer wieder versäumt, die SLPs umzusetzen. Im Jahr 2014 hatte Lonmin versprochen, mehr als 201 Millionen Rand (13,5 Millionen Euro) in SLP-Projekte zu investieren, die »126.000 Menschen, die im größeren Lonmin-Einzugsbereich leben«, zugutekommen sollten.³⁰ Es tat sich jedoch nichts und schließlich führte die mangelhafte Versorgungslage im September 2017 zu sozialen Unruhen und Protesten.³¹

Geschlechtertrennung bei der Arbeit

In den letzten Jahrzehnten wurden mit dem *Mine Health and Safety Act* (1996), dem MPRDA (2002) und der *Broad-Based Socio-Economic Empowerment Charter (Mining Charter 2002)* verschiedene Gesetze erlassen, um die Beschäftigung von Frauen im Bergbau zu fördern. Die *Mining Charter* sieht vor, dass mindestens zehn Prozent der Angestellten Frauen sein müssen, und macht die Erneuerung der Schürflizenzen von der Einhaltung dieser Zielvorgabe abhängig. Aktuell beträgt der Anteil von Frauen an den Beschäftigten im Platinbergbau 11,5 Prozent.³² Obgleich Frauen mittlerweile auch unter Tage arbeiten und als »gleichberechtigt« gelten, sind ihre Erfahrungen bei der täglichen Arbeit von Ausgrenzung gekennzeichnet. Männer beanspruchen nach wie vor das Vorrecht, im Bergbau zu arbeiten. Viele halten Frauen für »zu schwach und nicht für die Arbeit in den Minen geeignet«, behaupten Frauen würden durch Minenarbeit »unfruchtbar« oder »sie würden zusammenbrechen, wenn sie ihre Körper übermäßig physisch beanspruchen«. Zu diesen pseudowissenschaftlichen Erklärungen, die auf einem paternalistischen Diskurs basieren, gesellt sich die Meinung hinzu, dass »Frauen nur deshalb beschäftigt

29 Im Dezember 2017 verabschiedete die Konferenz des ANC eine Resolution, mit der der Zugriff von Stammesautoritäten auf das Land gestärkt werden soll. Es bleibt abzuwarten, ob diese Initiative auf Regierungsebene weitergeführt wird. Vgl. Kgaugelo Masweneng: Chiefs bite back over land move. In: Herald Live, 2.12.2017. Online verfügbar.

30 Mining Review: Lonmin hands over social projects worth R18.8m. 6.11.2017. Online verfügbar. Robert Krause: Actors in the social and labour plan system. In: In good company? S. 65. Online verfügbar. Ders.: Social and Labour Plans Report, Centre for Applied Legal Studies, Wits University 2015.

31 Vgl. BusinessReport: Marikana 2.0: History Repeats Itself As Lonmin Fights With Community. 11.5.2017. Online verfügbar.

32 Vgl. Doret Botha/Freek Cronjé: Women in mining: A conceptual framework for gender issues in the South African mining sector. In: South African Journal of Labour Relations, 39/2015. S. 10–37; Chamber of Mines: Mine SA 2016 Facts and Figures Pocketbook. Johannesburg 2017. S. 27.

werden, weil die Regierung darauf beharrt.«³³ Diese Vorurteile, die unter Männern in den Minen weiterhin weit verbreitet sind, haben zur Folge, dass etliche Tätigkeiten ausschließlich Männern vorbehalten bleiben, obwohl Frauen seit mehr als 13 Jahren im Bergbaubereich aktiv sind. Auch im Management und in den Schulungszentren herrscht die Ansicht, dass Frauenkörper den Belastungen beispielsweise als *Rock Drill Operator* nicht standhalten würden.³⁴ Anstatt Frauen als vollwertige Bergarbeiterinnen zu begreifen und sie als Bereicherung für die Teams zu sehen, werden sie als störendes Element oder als Hilfsarbeiterinnen betrachtet, die nur deswegen einen Job bekommen haben, weil sich die Unternehmen mit der Regierung gutstellen wollen. In den Schulungszentren ist es Frauen nicht erlaubt, Tätigkeiten zu erlernen, die als männlich oder zu kraftintensiv angesehen werden. In Fällen, in denen die Schulung die Anwendung physischer Kraft erfordert, halten männliche Schulungsleiter Frauen meist an, nur zuzuschauen, statt es selbst zu probieren. Sie weisen ihnen Hilfsaufgaben zu, wie das Festhalten von Seilen oder das Tragen von Ausrüstung, während Männer die tatsächliche physische Arbeit leisten sollen. Die unterschiedliche Behandlung der Geschlechter bei den praktischen Übungen führt dazu, dass am Ende der Schulung die meisten Männer, selbst jene, die zu Anfang noch große Schwierigkeiten hatten, besser abschneiden als die meisten Frauen. Die Frauen verbleiben so oftmals in schlecht bezahlten Einstiegspositionen.³⁵

Selbst wenn sie für zentrale Aufgabenbereiche wie etwa das Bedienen von Winden oder Loren angestellt werden, weisen sie ihre männlichen Kollegen gewöhnlich anders ein. Sie erhalten dann Aufgaben wie das Besorgen von Materialien, das Streichen von Wänden, die Reparatur von Rohren, die Reinigung von Abflusssystemen oder sie müssen für das Team Wasser holen. Andere arbeiten als *pikininis* (Assistentinnen) für die Schichtführer, das heißt, sie tragen deren Taschen und erledigen administrative sowie zuweilen persönliche Aufgaben für sie. Dabei handelt es sich um eine informelle Beschäftigung, die keinen offiziellen Status hat.

Da Frauen häufig von ihren Teams getrennt arbeiten, erwerben sie beim Arbeiten selten neue Fähigkeiten und schaffen es auch nicht, Bindungen zu ihren Kollegen aufzubauen – zentrale Punkte, wenn es um Solidarität in dieser höchst gefährlichen unterirdischen Welt geht. Diese Isolation vom Team führt außerdem dazu, dass Frauen von dem für die Minenarbeit wichtigen informellen Wissenstransfer abgeschnitten sind. Hinzu kommt, dass sexualisierte Gewalt gegen Frauen in den Minen an der Tagesord-

nung ist.³⁶ Zudem verdienen Frauen erheblich weniger als ihre männlichen Kollegen. Da sie keine verantwortungsvollen Posten erlangen, kommen sie auch nicht in den Genuss von Produktionsboni. Die vermeintliche Integration von Frauen im Bergbau wirkt demnach »ebenso entmachtend wie ein vollständiger Ausschluss«.³⁷

Nach dem Erreichen der 10-Prozent-Quote tun Minenbetreiber sehr wenig, um mehr Frauen anzuwerben oder die bereits dort Beschäftigten zu halten – und rein gar nichts, um die Arbeitskultur so weiterzuentwickeln, dass sie inklusiver und gendergerechter wird. Stattdessen setzen die Bergbauunternehmen auf die Reproduktion von stereotypen Männlichkeitsbildern, um ihre Produktionsziele zu erreichen.

Ebenso spielt die Hautfarbe eine Rolle. Unter Tage arbeiten ausschließlich Schwarze Frauen. *Weiß*e Frauen sind nur über Tage und zumeist in administrativen Bereichen tätig. Diese Stellen sind besser bezahlt und mit besseren Sozialleistungen verbunden. Wird eine Verwaltungsangestellte krank, kann sie anstatt der mineneigenen eine Gesundheitseinrichtung ihrer Wahl aufsuchen. Neben diesen privilegierten Arbeitsstellen steht *weißen* Frauen auch mehr soziales Kapital zur Verfügung, etwa über ihre Ehemänner, die früher einmal als Vorarbeiter oder Geschäftsführer in den Minen tätig waren.³⁸ Auch in anderer Hinsicht wirken die Apartheid-Zeiten fort. So werden die Körper *weißer* Frauen als zerbrechlich und nicht für körperliche Arbeit geeignet angesehen, während Schwarze Frauen mit den oben beschriebenen Einschränkungen als »Arbeitskörper« betrachtet werden.³⁹ Kurzum: Schwarze Frauen machen die Drecksarbeit in den Minen. Sie sind beides: billige Arbeitskraft und Bürgerinnen zweiter Klasse.

Die Gewerkschaften machen dabei in der Regel gemeinsame Sache mit der Geschäftsführung der Minen. Auch sie haben keinen Respekt für die Arbeit der Schwarzen Frauen und weigern sich, eine Genderperspektive einzunehmen. Der »Männerclub« in den Gewerkschaften legt seinen Fokus auf »echte (männliche) Arbeitsplatzthemen« und handelt Vereinbarungen mit den Unternehmen aus, die die Diskriminierung und Ausgrenzung von Frauen fortschreiben. Ein Beispiel hierfür sind die Richtlinien zu den betriebseigenen Unterkünften, die, seitdem Schwarze Frauen in den Minen arbeiten dürfen, um eine Klausel erweitert wurde. Diese sieht vor, Frauen nicht in reinen Frauenheimen unterzubringen, weil diese zu ihrem eigenen Schutz nicht von ihren Familien getrennt werden sollten. Eine Trennung würde sie »destabilisieren«. Gewerkschaftsvertreter begründeten diesen Schritt damit, dass sie »nicht das System der Wanderarbeit

33 Interviews mit Minenarbeitern, Rustenburg, Juni, Juli, September und Oktober 2012. Forschungstagebuch Asanda Benya.

34 Ebd.

35 Asanda Benya: Going underground in South African Platinum Mines to explore women miner's experiences. In: Gender & Development, 25/2017. S. 509–522.

36 David McKay: Lonmin says sexual harassment of women »common and pervasive«. In: Miningmx, 2.11.2017. Online verfügbar.

37 Kimberle Williams Crenshaw: Beyond Racism and Misogyny: Black Feminism and 2 Live Crew. In: Mari J. Matsuda u. a. (Hg.): Words That Wound: Critical Race Theory, Assaultive Speech, and the First Amendment. Boulder 1993.

38 Charté Pretorius: An exploration of the experiences of White Women Workers in the Coal Mining Industry of South Africa. Masters dissertation, University of Pretoria 2016. Online verfügbar.

39 Asanda Benya: Women in Mining: Occupational Culture and Gendered Identities in the Making. Johannesburg 2016. Online verfügbar.

aus der Zeit der Apartheid reproduzieren wollten«. Diese Richtlinien reproduzieren jedoch alte Ideologien, wonach Frauen zuallererst ihren Familien verpflichtet sind – und nicht dem Arbeitsleben.⁴⁰ Damit werden bestimmte Genderstereotypen und die schwache Position der weiblichen Beschäftigten in den Bergbaubetrieben weiter festgeschrieben. Sie bleiben von bestimmten Teams und bestimmten männlich konnotierten Arbeitsfeldern ausgeschlossen.

Die Benachteiligung von Frauen in den Minen hält also unvermindert an, wenn auch für die Öffentlichkeit und Regierung unsichtbar – im wahrsten Sinne des Wortes »unter Tage«. Obwohl die Post-Apartheid-Gesetze es Frauen ermöglichen, in den Minen zu arbeiten, sind sie von einer gleichberechtigten Eingliederung in die dortigen Arbeitsstrukturen und -beziehungen weit entfernt. Frauen bleiben Außenseiterinnen, die systematisch und absichtlich von der herrschenden männlichen Ordnung und Arbeitskultur in den Minen diskriminiert und marginalisiert werden.

Frauen, die in der Umgebung der Minen leben

Nur wenige der Frauen, die in den Minen arbeiten, stammen aus der lokalen Bevölkerung, die meisten kommen aus traditionellen LSAs. Frauen aus den Bergbaugebieten selbst haben relativ wenige Chancen auf einen Arbeitsplatz in den Minenbetrieben, auch hier wirken Apartheid-Muster nach.

In einem Land mit einer Arbeitslosenrate von 26,6 Prozent, in dem mehr als 30 Millionen Menschen (von 55,9 Millionen) und 58,6 Prozent der Frauen in Armut leben (im Vergleich zu 54,9 Prozent der Männer), verurteilt die bevorzugte Einstellung von Männern Frauen zu fortgesetzter Armut und perpetuiert Geschlechterungleichheit in den Minenstädten. Diese wiederum befördert Stereotypisierungen und bestimmte soziale Zuschreibungen an Frauen in den dortigen Communities.⁴¹

Frauen aus Abbaugebieten berichten, dass sie Bestechungsgelder zahlen müssen, um eingestellt zu werden: »Jobs stehen zum Verkauf. Wer kein Geld hat, kriegt auch keinen Job,« gab eine Frau zu Protokoll. Eine Stelle in den Minen zu bekommen, kostet zwischen 1.800 und 3.000 Rand (120 bis 200 Euro).⁴² Die Bestechung von Personalverantwortlichen in der Geschäftsführung der Minen und in den Gewerkschaften erfolgt allerdings nicht nur in Form von Geld. Ein *masiza* (Personalvermittler) sowie verschiedene Frauen berichteten, dass Frauen manchmal »mit den Männern in den Minen schlafen müssen«, um einen Job zu bekommen. Auch das erinnert an die Apartheidzeit, als den in den

Abbaugebieten lebenden Frauen nachgesagt wurde, sie hielten sich vor allem mit dem Verkauf von Alkohol und Sex über Wasser. Auch heute gelten diese »freizügigen« Frauen als Gefahr für die Produktivität, Gesundheit und Moral der männlichen Bergarbeiter. Mit dieser Begründung wird vielen Frauen und Kindern oftmals der Zugang zu Sozial- und Dienstleistungen verweigert, die für die Angehörigen von Minenarbeitern gedacht sind. Das trifft auch auf die Gesundheitseinrichtungen in den Minen zu, die Frauen häufig nicht behandeln, selbst wenn es sich um einen Notfall handelt. So war es auch kurz nach dem Massaker von Marikana. Als damals vier Frauen auf ihrem Weg zu einem Treffen von StreikunterstützerInnen durch Schüsse der Polizei verletzt wurden, nahm sie das lokale Krankenhaus des Minenunternehmens nicht auf.⁴³

Aber ebenso wie ihre Leidensgenossinnen in den LSAs spielen auch die Frauen in den Minensiedlungen eine zentrale Rolle bei der sozialen Reproduktion der Arbeitskräfte für die Platinindustrie. Sie tragen damit zu den hohen Profiten der Branche bei. Es handelt sich um Arbeit, die als solche nicht anerkannt und entlohnt wird. In den informellen Siedlungen im Platinabbaugebiet stehen die Frauen jeden Tag frühmorgens auf, um Wasser zum Waschen und Trinken zu holen sowie um das Frühstück zuzubereiten, damit ihre Männer zur Arbeit gehen können. Die Wasserquellen sind aber häufig weit entfernt von den Siedlungen, sodass die Frauen für den langen Weg und das Anstehen viel Zeit aufwenden müssen. Kommen die Frauen zu spät mit dem Wasser, kommen auch die Arbeiter zu spät zur Frühschicht, die bereits um fünf Uhr beginnt, worunter die Tagesproduktion im Bergwerk leidet.⁴⁴

Solcherlei ermüdende Arbeiten bestimmen den Alltag von Frauen in den Minengebieten. Die Bergbauunternehmen, die mit dem Abbau von Edelmetallen sprichwörtlich unter ihren Behausungen ein Vermögen verdienen, weigern sich weiterhin, angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und befestigte Straßen anzulegen. Die Lokalregierungen kommen mit immer neuen Ausreden, warum es ihnen und den Minenbetreibern nicht gelingt, grundlegende Infrastrukturen wie ein Abwassersystem, Gesundheitsdienste oder sauberes Trinkwasser in den Bergarbeitersiedlungen bereitzustellen. Mal heißt es, die Menschen gehörten nicht dem richtigen *tribe* an, ein anderes Mal, sie hätten nicht die richtige »ethnische« Herkunft oder unterstützten nicht die »richtige Partei« (z.B. die Economic Freedom Fighters anstatt den ANC).

Die Stigmatisierung der in diesen Siedlungen nahe der Minen lebenden Frauen als »Stadtfrauen« (*town women*) vonseiten der Unternehmen treibt die Spaltung zwischen ihnen und den in den LSAs verbliebenen Frauen voran. Die Betonung von »Unterschieden« zwischen diesen Frauengruppen und die Weigerung, ihnen Zugang zu grundlegen-

⁴⁰ Asanda Benya: Gendered Labour: A Challenge to Labour as a Democratizing Force. In: Rethinking Development and Inequality, 2/2013. S. 47–62.

⁴¹ Vgl. Benya: Women.

⁴² Vgl. Benya: Marikana. S. 277.

⁴³ Vgl. ebda., S. 284.

⁴⁴ Vgl. Asanda Benya: Marikana: The Absence of Justice, Dignity, and Freedom? In: Human Rights in Minefields, Extractive Economies, Environmental conflicts, and Social Justice in the Global South. Dejusticia Series, Bd. 1, Bogota 2015. S. 287.

den Versorgungsleistungen zu gewähren, bestärken auf systematische Art und Weise »ethnische Spannungen« zwischen den Frauen und den Gemeinschaften in der Umgebung der Minen.⁴⁵

Eine Fallstudie: Lonmin nach dem Massaker

Eines der eindrücklichsten Beispiele für die Kontinuität der Ausbeutung von Frauen in der Platinbranche in der Post-Apartheid-Ära stellt die Behandlung von Frauen nach dem Massaker in Marikana dar. Sowohl die Regierung als auch das Bergbauunternehmen Lonmin erkannten nur die Ansprüche von in den LSAs lebenden Frauen und Kindern an, die bei den Minenbehörden als Familienangehörige registriert waren. Das schloss die Frauen aus, die von Unternehmen in Marikana als »Stadtfrauen« und Bewohnerinnen eines »Zweithaushalts« angesehen werden, was Neid und Missgunst förderte und dafür sorgte, dass die Familienangehörigen aus den LSAs, die nach dem Massaker nach Marikana kamen, dort zum Teil feindselig aufgenommen wurden.

Als sich Frauen aus den informellen Siedlungen in Marikana unter dem Namen *Sikhala Sonke* organisierten, um gegen das Massaker und die Behandlung der Minengemeinschaften durch Lonmin zu protestieren, versuchte das Unternehmen, ihren Ruf noch weiter zu schädigen. Der Konflikt mit Lonmin verschärfte sich, als *Sikhala Sonke* einen Fall von Unterlassung und mangelnder Haftung vor die Beschwerdestelle der *Internationalen Finanz-Corporation* brachte. Als Investitionsbank der Weltbank hat diese die Aufgabe, darüber zu wachen, dass transnationale Konzernen, die in Entwicklungsländer investieren, ihrer »soziale Verantwortung« nachkommen (siehe hierzu auch den Beitrag von Patrick Bond, S. 318).

Doch selbst gegenüber Frauen aus den LSAs, die Lonmin als »legitime« Witwen ansieht, streitet das Unternehmen noch immer jegliche Verantwortung für das Massaker ab und verweigert Entschädigungszahlungen. Kurz bevor die Farlam-Kommission ihre Ergebnisse bekannt machen wollte, entschied Lonmin dann, den Familien der Getöteten begrenzte Hilfe anzubieten.⁴⁶ Das Management von Lonmin schlug vor, die Witwen selbst oder ein anderes Familienmitglied der Opfer könnten bei Lonmin arbeiten, um den erlittenen Einkommensverlust zu kompensieren. In den letzten 15 Jahren haben Bergbauunternehmen wiederholt Familienangehörigen von ArbeiterInnen, die (zumeist aufgrund von Unfällen) in den Minen umgekommen sind, eine Stelle angeboten und dies als »Unterstützung« deklariert. Lonmin verstieg sich sogar zu der Behauptung, diese Angebote würden Geschlechterdiskriminierungen aus der Vergangenheit ausgleichen.

Nach dem Massaker brauchten die Witwen dringend ein Einkommen. Gefragt nach ihren Wünschen für die Zukunft antworteten sie: Sie benötigten Geld und Wissen, um in ihren Heimatgebieten bleiben zu können und dort ihren Lebensunterhalt zu verdienen (zumeist in Form eines kleinen Geschäfts). Einige hofften, das Haus fertigbauen zu können, das sie mit ihren nun toten Ehemännern geplant hatten. Das Angebot von Lonmin sahen sie eher als eine Art »Notlösung« an, die es dem Unternehmen ermöglichte, sich ohne große Kosten aus der Affäre zu ziehen. Obwohl sie weiterhin an der Forderung nach Entschädigungen für den Mord an ihren Ehemännern festhielten, zwang die wirtschaftliche Notlage viele dazu, das Angebot des Bergbaukonzerns anzunehmen. Lonmin erklärte, die Ausbildung der Kinder der Getöteten zu bezahlen (allerdings nur für die Kinder jener Frauen, die in den Büchern des Unternehmens als Ehefrauen registriert sind). Und das Unternehmen versprach, jedes Kind über fünf Jahren solle ein Internat besuchen können. Damit wäre ihnen eine bessere Ausbildung als in den Schulen in den LSAs garantiert. Zudem wären damit die Mütter, wenn sie sich für das Arbeitsplatzangebot von Lonmin entscheiden sollten, von den alltäglichen Versorgungsverpflichtungen befreit.

Zunächst hatten die Witwen verlangt, Lonmin solle die Verantwortung für die Ausbildung aller Kinder sowohl in den LSAs als auch in den Minengemeinschaften übernehmen. Als sie von Lonmin forderten, die Schulen in den LSAs besser auszustatten, statt ihre Kinder in Internate zu stecken, war die Antwort des Unternehmens: Dies sei zu kostspielig, da die Kinder aus zu unterschiedlichen Regionen kämen.

Dennoch brüstete sich Ben Magara, CEO von Lonmin, mit der »großzügigen Unterstützung für die Witwen und die Kinder der Angestellten, die in dieser schicksalhaften Woche starben. Und während wir niemals ihre geliebten Menschen ersetzen können, haben wir den Familien Arbeitsmöglichkeiten geboten. Und jedes Kind im schulpflichtigen Alter soll in den Genuss des Bildungsfonds *1608 Education Trust* kommen. Das alles zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Auszahlungen von Renten- und Lebensversicherungen.«⁴⁷ Eine Witwe meinte dazu: »Lonmin sagt mir, dass dieser Job ein gutes Angebot sei, weil ich damit das Geld verdienen könne, für das mein Ehemann in den Minen gearbeitet hat. Damit könne ich meine Kinder ernähren. Ich entschied mich nur schweren Herzens, bei Lonmin zu arbeiten, weil ich keine andere Möglichkeit hatte, meine Kinder durchzubringen. Selbst heute zahlen sie uns nicht den existenzsichernden Lohn von 12.500 Rand, für den unsere Ehemänner vor drei Jahren gestorben sind. [...] Der Betrieb bezahlt mich schlecht und sagt mir, ich solle dafür auch noch dankbar sein. Das ist keineswegs Kompensation, das ist viel eher Ausbeutung. Sie machen uns erneut zu Opfern. *From slave to slavery* – das ist moderne Sklaverei. Lonmin ist

⁴⁵ Vgl. Asanda Benya: *The Invisible Hands: Women in Marikana*. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 42, 2015, S. 545–560. Online verfügbar.

⁴⁶ Seidman/Bonase: *Changes*. S. 76.

⁴⁷ Release of Marikana report a »vital step in the healing process«, RDM News Wire, 26.6.2015, unter: www.sowetanlive.co.za/news/2015/06/26/release-of-marikana-report-a-vital-step-in-the-healing-process.

stolz darauf, meine Kinder und die manch anderer Witwen in Internate geschickt zu haben. Wir sagen, dass wir für unsere Kinder Bildung wollen und brauchen. Es ist jedoch nicht einfach, sie wegzuschicken. Wir sagen: »Sie haben unsere Ehemänner ermordet. Sie haben unsere Kinder in Internate gesteckt. Wenn wir in Marikana arbeiten, können wir nicht länger bei unseren Familien bleiben. Wir haben kein Zuhause mehr.«⁴⁸

Seit 2016 arbeiten 32 der Witwen der beim Massaker von Marikana Getöteten bei Lonmin, 22 als Angestellte über Tage und zehn als Bergarbeiterinnen unter Tage. Die Witwen sagen, dass sie die Arbeit in den Minen aus Verzweiflung angenommen hätten, um ihre Familien und Kinder zu ernähren. Statt Entschädigungen zu zahlen, hat Lonmin mit diesem Angebot bloß zu einer weiteren Spaltung der ArbeiterInnen entlang von *gender, race* und *class* beigetragen. Denn als die Witwen ihre Arbeit in Marikana aufnahmen, erfuhren sie, dass Lonmin neuangestellte (männliche) Arbeiter entlassen hatte, um Arbeitsplätze für sie »freizumachen«. Die Gekündigten standen vor den Werkstoren, hofften auf eine Wiederbeschäftigung und verhehlten nicht ihre Wut auf die Witwen, die ihren Arbeitsplatz übernommen hatten. Eine von ihnen erklärte: »Unsere Ehemänner haben nicht dafür gekämpft und sind nicht dafür gestorben, dass wir anderen die Arbeit wegnehmen. Sie wollten ein besseres Leben für alle Arbeiter, nicht das.«⁴⁹

Als 2016 zwei der Witwen, Ntombizolile Mosebetsane und Agnes Makopano Thelejane, ihren Fall bei der Aktionärsversammlung von BASF darlegten, weigerte sich die Geschäftsführung von BASF, ihre Forderungen zu unterstützen (siehe hierzu den Beitrag von Maren Grimm und Jakob Krameritsch, S. 134).

Die Frauen in den südafrikanischen Platinminen auf dem Weg zu Gerechtigkeit

Obgleich die Apartheid-Gesetzgebung mittlerweile überwiegend abgeschafft wurde und neue Gesetze frühere Genderungleichheiten beheben sollten, verändert sich in der Praxis und im Alltag nur sehr wenig. Trotz des sich gewandelten Charakters der Industrie in der Post-Apartheid-Gesellschaft wird die harte Arbeit, die Frauen leisten, von den Unternehmen im Platinsektor heruntergespielt, unsichtbar gemacht und nur unzureichend oder gar nicht bezahlt. Die Minen externalisieren noch immer systematisch die Kosten der sozialen Reproduktion und bürden sie Frauen auf, während sie selbst die Profite einstreichen.

Als vorrangig männlich definierte und besetzte Räume schreiben die Minen ethnische und geschlechterbezogene Hierarchien fort. Die Genderungleichheiten und -diskriminierungen, die sich in der kolonialen Vergangenheit und in der Apartheidzeit etabliert

⁴⁸ Rede von Ntombizolile Mosebetsane und Agnes Makopano Thelejane bei der Aktionärsversammlung von BASF in Mannheim, 29.4.2016. Online verfügbar.

⁴⁹ Seidman/Bonase: Changes. S. 33.

und verfestigt haben, sind heute in den Minen weiterhin offensichtlich. Die Unterdrückung von Frauen findet lediglich andere Formen und Ausdrucksweisen. Tatsächlich sind Frauen weiterhin die unsichtbaren Stoßdämpfer der Bergbauindustrie, sie federn deren Lasten ab. Solange dies nicht offen anerkannt wird und wir nicht einfordern, dass die Unternehmen, die durch die Arbeit von Frauen erzielten Profite weitergeben, werden Frauen marginalisiert bleiben und die südafrikanische Gesellschaft wird kontinuierlich weiter verarmen.

Wir können jedoch auch Risse im System erkennen. Frauen setzen sich zur Wehr. Solange die Branche keine fairen und gerechten Wege des Rohstoffabbaus findet, ist Widerstand vorprogrammiert. Wie bereits 2012 in Marikana zu sehen war, verlangen die Menschen nach Veränderung.

Es gibt keinen Weg zurück – Asijiki!!!

► 128 Nach einer Versammlung von *Sikhala Sonke* in der informellen Siedlung Wonderkop, Marikana.

► 130 Transport von Trinkwasser im Dorf Ncgobo im Eastern Cape, der größten *Labour Sending Area* Südafrikas.

► 132 Asanda Benya (links) und Nnaniki Mosito nach der Arbeit in der Mine von Phokeng bei Rustenburg, wo die beiden als *Winch Operator* beschäftigt waren.







KONFRONTATIONEN MIT BASF ERGÄNZUNGEN ZUR FIRMEN- GESCHICHTE UND DIE KAMPAGNE PLOUGH BACK THE FRUITS

Maren Grimm und Jakob Krameritsch

Man hätte eine Stecknadel fallen hören können, als die etwa 6.000 AktionärInnen der Rede von Jo Seoka auf der BASF-Hauptversammlung am 30. April 2015 im Mannheimer Rosengarten folgten. Denn nichts von dem was Seoka ansprach, war bisher in den Medien oder von BASF selbst thematisiert worden. Für die überwiegende Mehrheit der Anwesenden war die Verbindung zwischen BASF, Lonmin und damit dem Massaker von Marikana neu.

Jo Seoka, Bischof von Pretoria und Vertrauensperson der ArbeiterInnen von Marikana, stellte einfache Fragen: »Wie reagieren Sie auf diese Nachrichten, dass einer Ihrer wohl wichtigsten Platinlieferanten für die Morde mitverantwortlich ist, für die Verletzung von Menschenrechten und für unmenschliche Lebensbedingungen?«¹

1 Jo Seoka: Lasst uns gemeinsam daran arbeiten: Rohstoffunternehmen in eine nachhaltige Branche überführen. Rede auf der BASF-Aktionärshauptversammlung am 30.4.2015 im Kongresszentrum »Rosengarten« in Mannheim/Deutschland. Online verfügbar. Online verfügbar.

Die Konzernleitung war auf den Besuch vorbereitet, hatten doch die *Kritischen AktionärInnen*,² über deren Aktienanteile Jo Seoka Zugang zur Hauptversammlung von BASF hatte, den Besuch des Bischofs vier Wochen im Voraus angekündigt und auch einen Antrag gegen die Entlastung des Vorstands eingereicht (siehe Abb. S.12). Eine Überraschung war wohl vielmehr, dass die Beziehung zwischen BASF und Lonmin, fast drei Jahre nach dem Massaker in Südafrika und über 30 Jahre nach Aufnahme der Geschäftsbeziehungen, nun doch öffentlich wurde. Denn obwohl 2012 in deutschen Medien über das Massaker berichtet worden war und Lieferkettenverantwortung in anderen Zusammenhängen durchaus thematisiert wird, hatten die deutschen JournalistInnen den Weg des südafrikanischen Platins nicht weiter verfolgt (siehe hierzu den Beitrag von Stefan Buchen, S. 358).

Die Reaktion von Kurt Bock, dem BASF-Vorstandsvorsitzenden von 2011 bis Mai 2018, auf Jo Seokas Rede fiel erst einmal wenig erstaunlich aus. Er versicherte dem Bischof und allen Anwesenden die Anteilnahme von BASF an den »tragischen Ereignissen« und verwies dann auf den noch ausstehenden Abschlussbericht der südafrikanischen Untersuchungskommission. Dann aber machte er klar, dass BASF Marikana als innenpolitisches Problem Südafrikas betrachtet: »Diese Dinge müssen zuerst in Ihrem Land geklärt werden.«³ Kurt Bock stellte den Handlungsspielraum von BASF als sehr begrenzt dar. Er räumte zwar ein, dass Lonmin seit Jahrzehnten ein »vertrauensvoller« Partner von BASF sei, aber »aus der Distanz ist es schwer möglich, sich ein eigenes Urteil zu bilden«. Zurzeit könne sein Unternehmen nichts tun. Deshalb könne man auch keinen Beitrag zum geforderten Entschädigungsfonds leisten. Man verfüge über keine eigene Handlungsmacht und ausreichende Kenntnis der Verhältnisse in Südafrika.⁴

Die Macht und Größe des Unternehmens, die auf sozialer und ökologischer Verantwortung basierende Eigendarstellung und nicht zuletzt die jahrzehntelange Präsenz in Südafrika – all das ließ Kurt Bock damit unter den Tisch fallen.

Die folgenden Absätze gehen der Diskrepanz zwischen Eigendarstellung und Realität eines transnationalen Unternehmens nach und ergänzen die Erzählung des Konzerns um weniger bekannte Aspekte. Die zweite Hälfte des Textes veranschaulicht die bisherigen Konfrontationen rund um den »Fall« Marikana auf den BASF-Aktionärsversammlungen von 2015 bis 2017.

2 Seokas Auftritt bei der BASF-Hauptversammlung 2015 wurde von den AutorInnen dieses Artikels, von KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika und dem Dachverband der Kritischen Aktionäre und Aktionärinnen Deutschland organisiert. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brot für die Welt, KEESA – Kampagne für Entschuldung und Entschädigung Südliches Afrika, SOLIFONDS, die Bench Marks Foundation und die Khulumanani Support Group in Südafrika sowie das London Mining Network und War on Want traten dem Netzwerk bei. Viele weitere Gruppen erklärten sich solidarisch und boten Unterstützung an. Siehe dazu: basflonmin.com/home/de/partner

3 Bernd Freytag: Ein Bischof bei der BASF. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.5.2015. Online verfügbar unter: basflonmin.com/home/de/archive

4 Jakob Krameritsch: Aus der Distanz schwer möglich. BASF, Lonmin und das Massaker von Marikana. In: *afrika süd*, 3/2015. S. 8–10. Online verfügbar.

Der Weltkonzern aus der Pfalz

Die Chemieindustrie in Deutschland zeichnet für knapp eine halbe Million Arbeitsplätze und 185 Mrd. Euro Umsatz verantwortlich, was sie – nach der Automobilindustrie und dem Maschinenbau – zur drittgrößten Branche macht. Ungefähr ein Viertel der hergestellten Produkte gehen direkt an die EndverbraucherInnen, 75 Prozent gehen in weiterverarbeitende Industriezweige wie die Kunststoffverarbeitung und Auto-, Verpackungs- und Bauindustrie. Zudem ist die Chemieindustrie auch ein wichtiger Abnehmer für andere Branchen: neben der Mineralölbranche sind hier vor allem Strom, Gas und Maschinen, aber auch Entsorgung, Transport sowie Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung zu nennen.⁵

Dieser kurze Abriss lässt die Bedeutung der Chemiebranche allein für die deutsche Wirtschaft erkennen und – BASF war bis 2017 über ein Jahrzehnt das weltweit führende Unternehmen dieser Branche, kurz: der größte Chemiekonzern der Welt.⁶

Seit 1865 hat BASF den Hauptsitz in Ludwigshafen am Rhein und betreibt dort bis heute das weltgrößte zusammenhängende Chemieareal mit rund 110 Produktionsbetrieben und 200 verschiedenen Anlagen. Hier arbeiten ca. 33.000 Angestellte und sind laut BASF-Homepage 2.800 Kilometer oberirdische Rohrleitungen verlegt. Allein dieser BASF-Standort verbraucht rund 1 Prozent des gesamten deutschen Strombedarfs.⁷ Weltweit beschäftigt das Unternehmen rund 115.000 MitarbeiterInnen an 353 Standorten in über 80 Ländern.⁸ Die Produkte der Firma sind für normale KonsumentInnen zwar weitgehend unsichtbar, umgeben sie aber fast überall: In Kleidungsstücken, in der Kunststoffkonsole der *PlayStation* oder im Armaturenbrett des Autos und allem, was aus Plastik nur denkbar ist; in Vitamintabletten, Kosmetikartikeln, in Lacken und Farben, im Sprudel unserer Limonade, in Babywindeln, Turnschuhsohlen, Tierfutter, Verpackungsmaterialien und nicht zuletzt in Fahrzeugkatalysatoren. BASF fungiert als Zulieferer für nahezu jede Industriebranche: es produziert unter anderem Farbstoffe, Textilien, Materialien, Bauteile, Nahrungsmittel, Medikamente und Pestizide für die Agrar-, Automobil-, Elektro-, Chemie- und Bauindustrie und ist darüber hinaus in der Exploration und Produktion der Gas- und Ölindustrie tätig.

⁵ Vgl. Jahresbericht des Verbandes der Chemischen Industrie VCI, Chemische Industrie 2017. Online verfügbar.

⁶ In 2018 werden voraussichtlich die fusionierten US-amerikanischen Unternehmen *DuPont* und *Dow Chemical* diese Position übernehmen.

⁷ ARD-Mittagsmagazin. 25.2.2014. Online verfügbar.

⁸ www.basf.com

The bigger picture

Wer Anfang des Jahres 2018 die deutsche Webseite von BASF aufrief, stieß auf dieses Bild: Im Vordergrund ein Mann in Latzhose, der eine üppig gefüllte Kiste mit verschiedenen Gemüsesorten trägt. Er steht im warmen Licht der tief stehenden Sonne. Ins Auge fallen drei Gemüse-Icons, die jeweils die Latzhose und die Gemüsebox zieren. Im Bildhintergrund, leicht unscharf, eine breite Wasserstraße überspannend und mit der Farbe der Latzhose und der Holzbox harmonisierend, die Betonstruktur einer langen Brücke.⁹

Mit einem Klick öffnet sich ein Video: Wieder der Gemüselieferant, der weitere Kästen aus seinem Transporter lädt, Kinder mit einem selbstgemalten Bild und einem Modell der Brücke, eine Frau spielt auf der Brücke Harfe, ein Mann und sein Hund fahren im Auto über die Brücke, ein Angler, vor der Brücke. »Brücken verbinden. Und wir sorgen dafür, dass sie halten.«

Werbung also für die bauchemische Sparte von BASF. Allerdings sind höchstwahrscheinlich nicht nur in der Brücke BASF-Produkte verbaut, auch mit dem Lack, den Kunststoffteilen und dem Katalysator des Lieferwagens, der das Gemüse bringt, hat BASF zu tun, vielleicht auch mit den Carbon-Fasern der Angel, den Farbstoffen der Malstifte oder den Saiten der Harfe. Und die auffällige Gemüsebox? Ist der Weltmarktführer auch mitverantwortlich für Rückstände in Nahrungsmitteln, Monokulturen und nicht absehbare Auswirkungen gentechnologischer Projekte, alles unter zunehmender Abhängigkeit von einigen wenigen transnationalen Konzernen? Angesichts folgender Nachricht ist der Gemüselieferant vielleicht nicht ganz zufällig in der Bildkomposition gelandet. Im März 2018 gab die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager das Einverständnis der EU-Kommission für eine Großfusion in der Agrarchemie bekannt: *Bayer* darf den US-amerikanischen Saatguthersteller *Monsanto* übernehmen. Der Marktführer für genmanipuliertes Saatgut, das dafür bekannt ist, besonders spritzmittelresistent und behandlungsintensiv zu sein und *Bayer*, der Marktführer in Pflanzenchemie, dürfen fusionieren. Um die Gefahr der Kartellbildung zu mindern, ist die Übernahme aber mit Auflagen verbunden, unter anderem muss *Bayer* seine Soja-, Baumwoll- und Rapsaaten und die dazugehörige Agrarchemie abstoßen. Kaufen wird diese Geschäftsbereiche BASF. Mit im Paket enthalten sind Forschungsplattformen für Pflanzenbiotechnologie, Lizenzen für digitale Anwendungen in der Landwirtschaft – und auch ein paar Gemüsesorten.¹⁰

Der Bischof traf einen Nerv, als er seiner Überzeugung Ausdruck verlieh, dass sich BASF das hart erarbeitete Image vermutlich erhalten wolle. Denn dahinter steckt, wie sich zeigen wird, jahrzehntelange Arbeit an der Reputation.

⁹ BASF: Strukturen festigen: Wie die außergewöhnlichsten Bauten der Welt beständiger werden. Online verfügbar.

¹⁰ Christiane Grefe: Bayer-Monsanto: Monokulturen in den Köpfen. In: Die Zeit, 21.3.2018. Online verfügbar.

Selbstauskunft BASF

Die von BASF beauftragte Firmenbiografie »BASF – Eine Unternehmensgeschichte«¹¹ von 2002 wurde von Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen herausgegeben, der sich bereits zuvor mit einer Firmenbiografie des Essener Stahlgiganten *Krupp* als Spezialist für heikle Fälle erwiesen hatte. Unter dem Stichwort »Südafrika« verzeichnet sie einen einzigen, kurzen Eintrag. Kontext der Erwähnung sind regionale Verkaufsbilanzen im Zusammenhang mit globalpolitisch bedeutsamen Ereignissen. Zu lesen ist, dass »das Agieren auf einem weltweiten Markt fast unvermeidlich kleinere Unpässlichkeiten mit sich brachte«. Als eine dieser »Unpässlichkeiten« wird auf Seite 100, neben dem Boxeraufstand in China und Präsidentschaftswahlen in den USA, der Burenkrieg in Südafrika aufgeführt. Diese Erwähnung legt nahe, dass Südafrika in der Geschäftstätigkeit von BASF eine Rolle spielte,¹² worüber jedoch nichts weiter zu erfahren ist.

Auf der aktuellen Homepage der BASF ist unter der Rubrik »Chronologie der BASF: Geschichte in Afrika«¹³ Folgendes verzeichnet: »BASF-Produkte wurden bereits im 19. Jahrhundert in Südafrika verkauft.« Weiter ist zu erfahren, dass BASF-Produkte von der südafrikanischen Handelsorganisation *Taeuber & Corssen* vertrieben wurden. Der nächste Eintrag in der Zeitleiste auf der BASF-Webseite ist die Gründung der Niederlassung in Johannesburg von 1966. Ansonsten ist auch hier wenig zu erfahren, erst ab 2006 werden die Einträge zahlreicher: »BASF feiert 40-jähriges Bestehen in Südafrika« und übernimmt im selben Jahr eine Reihe von südafrikanischen Firmen und Niederlassungen der Konkurrenz: die CHC Kunstharzfabrik, den Autofarbenhersteller ART sowie südafrikanische Niederlassungen des US-amerikanischen Konkurrenten *Johnson*, ebenfalls Kunstharzprodukte und ein Stück aus der Bauchemie-Sparte von *Degussa*. Unter den Übernahmen im Jahr 2006 findet sich außerdem der Automobilzulieferer, Spezialchemiekonzern und Edelmetallhändler *Engelhard*, der weltgrößte Hersteller von Fahrzeug-Katalysatoren, ebenfalls mit einer langen Geschichte in Südafrika.

Gauteng¹⁴, Hollywood, Ludwigshafen

Der Firmengründer von *Engelhard*, Charles Engelhard Senior, war 1896 aus Deutschland in die USA ausgewandert und spezialisierte sich dort auf die industrielle Anwendung von

11 Werner Abelshausen (Hg.): *BASF. Eine Unternehmensgeschichte*. München 2003. Abelshausen wurde 2011 in die Geschichtskommission des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, die »Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte des BMWi« berufen.

12 Exporte nach Afrika werden nicht im Einzelnen dargestellt, BASF produzierte zu der Zeit ca. ein Drittel des weltweiten Bedarfs an synthetischen Farben.

13 www.basf.com/za/en/company/about-us/History.html

14 Gauteng: Sesotho für *Ort des Goldes*. Südafrikanischer Bundesstaat, Johannesburg befindet sich dort. 1886 wurden hier die ersten Goldfunde gemacht.

Edelmetallen und entsprechende Verarbeitungsprozesse. Edelmetalle, genauer gesagt Gold und Platin, brachten ihn auch nach Südafrika, wo er 1949, ein Jahr, nachdem die *National Party* mit ihrem Programm der Apartheid an die Macht kam, die *Engelhard Precious Metals Corporation* gründete. Sein Sohn Charles Engelhard Junior, der die Firma nach seinem Tod 1950 übernahm, wusste, wie man die Goldexport-Verbote, die in den 1950er-Jahre bestanden, umgeht. Er ließ das südafrikanische Gold zu Statuen gießen, die er dann legal als Kunstgegenstände ausführte. Dies legte den Grundstein des *Engelhard-Imperiums*. Der *James Bond*-Autor Ian Fleming, der Engelhard persönlich kannte, wurde durch ihn zur Figur des »Goldfinger«¹⁵ inspiriert. Im Film¹⁶ wird er folgendermaßen eingeführt: »bedeutender Unternehmer, mit weltweiten Geschäftsbeziehungen, anscheinend einwandfrei, es steht nichts Nachteiliges in den Akten«. Ein Experte des britischen Geheimdienstes beschreibt in einer späteren Szene den Kern seines Geschäftsmodells: »Gold kann in jede Form gegossen werden, anders als Diamanten eignet es sich es daher hervorragend für den Schmuggel. Es lässt sich nur schwer kontrollieren. Deswegen besitzt Gold eine große Anziehungskraft für Verbrecher.«¹⁷ Charakteristika des Rohstoffhandels der frühen Apartheidzeit finden sich in dieser Form also auch im popkulturellen Feld wieder.

Doch Engelhard junior war nicht bloß Geschäftsmann am Rande der Legalität, der Gesetzeslücken für seinen Profit zu nutzen wusste und damit durchaus auch ein Vorbild für heutige Taktiken der Steuervermeidung abgibt (siehe hierzu den Beitrag von Christoph Trautvetter, S. 300). Er war auch als politischer Lobbyist eine durch und durch moderne Figur.¹⁸ Engelhard gilt als der Motor der 1955 gegründeten *South Africa Foundation*, einer Vereinigung von Geschäftsleuten, die daran arbeiteten, Apartheid in den USA – aber auch weltweit – in einem guten Licht darzustellen und Embargos gegen das Regime zu blockieren oder zu verzögern. Die *South Africa Foundation* wurde von südafrikanischen Geschäftszeitungen als die für die Apartheid »wichtigste Lobbyinstanz in Washington« von ihrer Gründung bis hinein in die Reagan-Ära bezeichnet.¹⁹ Engelhard war ein enger Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson, redete als solcher etwa das Massaker von Sharpeville klein und überzeugte diese mehrfach, nicht von weiteren In-

15 2004 machte Engelhard einen Umsatz von rund 4 Milliarden Euro. André Kühnlenz: Firmenporträt Engelhard. Vom Gold zu Katalysatoren. In: *WirtschaftsWoche*, 5.1.2006.

16 *Goldfinger*, Guy Hamilton, GB 1964, 109 Min.

17 Ebd. Minute 20.

18 Engelhard ist damit auch ebenbürtiges Gegenüber des berühmt-berüchtigten Tiny Rowland, Chef von *Lonrho*, dem späteren Lonmin. Rowland (1917–1998), der in den 1930er-Jahren in Deutschland lebte und wohl auch einige Zeit in der Hitler-Jugend verbrachte, wurde selbst im britischen konservativ-bürgerlichen Lager oft mit Verachtung behandelt, da er »die zweifachen Übel der Zeit in sich vereinte: die Ausläufer des vergangenen kolonialen Größenwahns und dessen künftige Verwandte, die ungezügelt Profitgier.« Hennie Van Vuuren: *Apartheid, guns and money: A tale of profit*, Johannesburg 2017. S. 372.

19 Ron Nixon: *Selling Apartheid. South Africa's Global Propaganda War*. Johannesburg 2015. S. 108.

vestitionen in Apartheid-Südafrika abzusehen. Die Übernahme *Engelhards* im Jahr 2006²⁰ machte BASF zum weltgrößten Akteur im Katalysatorengeschäft und markierte außerdem den Beginn der Beziehung zu Lonmin als deren Hauptabnehmer.²¹

Technologien für den Ernstfall

Gegen Ende der Ära²² der IG Farben, erwarb der südafrikanische Staatsbetrieb *South African Synthetic Oil Limited* (SASOL) 1950 die Rechte an einem Verfahren zur Herstellung von synthetischem Benzin und anderen petrochemischen Substanzen aus Kohle. Erste Patentanmeldungen zu diesem Verfahren wurden von BASF getätigt. Das in den 1920er-Jahren entwickelte Verfahren wurde im IG-Farben-Verbund zur großindustriellen Verwertung ausgebaut. Während des 2. Weltkriegs, als das nationalsozialistische Deutschland von Erdölimporten abgeschnitten war, konnte so im großen Maßstab synthetisches Benzin hergestellt werden.

Vor allem die großen Steinkohlevorkommen, vielleicht aber auch bereits die drohende Isolierung machten das Syntheseverfahren für das Apartheidregime attraktiv, und mit Hilfe der deutschen Industrie wurde SASOL ab 1950 aufgebaut. 1979 wurde das Unternehmen privatisiert, unterhielt aber als strategisch wichtiger Betrieb weiterhin enge Beziehungen zur Regierung. BASF unterhält bis heute gute Geschäftsbeziehungen und internationale Joint Ventures mit SASOL.

Gutes Geschäftsklima mit dem Apartheid-Regime

In der frühen, konzernkritischen Publikation »Die BASF – Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns«²³ (1975) beschreibt der Wirtschaftsjournalist Jürgen Rauschel in einer mehrseitigen chronologischen Auflistung die Aufkäufe und Anteilsübernahmen der BASF ab der Neugründung 1952: Zum Portfolio gehören u.a. Steinkohle- und Kupferzechen, Mineralöl-Raffinerien, Lackfabriken, Düngemittel- und Spezialkunststoffhersteller, Kaliminen oder auch die Mehrheitsbeteiligung an einer türkischen Bank. BASF expandierte in diesen Jahrzehnten weltweit, in Antwerpen und Addis Abeba, Bangkok und Barcelona, von Österreich über Indien nach Australien, von Brasilien bis Kanada –

²⁰ 2004 machte Engelhard einen Umsatz von rund 4 Milliarden Euro. André Kühnlenz: Firmenporträt Engelhard. Vom Gold zu Katalysatoren. In: WirtschaftsWoche, 5.1.2006.

²¹ Auf der Hauptversammlung 2015 sagte Kurt Bock, dass BASF bereits seit über 30 Jahren Geschäfte mit Lonmin tätigt.

²² IG Farben wurde 1952 wieder in Einzelbetriebe aufgelöst, allerdings erst 1991 aus dem deutschen Handelsregister gestrichen.

²³ Jürgen Rauschel: Die BASF: Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns. Köln, 1975.

und wuchs zum weltweit operierenden Unternehmen an. 1966 verzeichnet Rauschel auch die Eröffnung der *BASF South Africa Ltd.* in Johannesburg – mehr weiß er aber zum Engagement des Unternehmens in Südafrika auch nicht zu sagen.

Eine gewichtige Rolle für BASF hatte sicherlich die globale Automobilindustrie als Großabnehmer u. a. von Lacken, Kunststoffen und spätestens ab den 1980er-Jahren auch von Katalysatoren. In Südafrika waren ab Ende der 1960er-Jahre die drei großen deutschen Automobilhersteller *Volkswagen*, *BMW* und *Daimler-Benz* mit eigenen Produktionsstätten vor Ort vertreten, was darauf hindeutet, dass BASF hier am Geschäft beteiligt war. Ebenso vermutet werden kann, dass auch landwirtschaftliche Produkte im Agrarland Südafrika von Bedeutung für den Umsatz waren. Der einzige weitere Eintrag zu Zeiten der Apartheidregierung auf der BASF-Webseite weist in diese Richtung – die Mitteilung, dass 1987 die Tierfutter-Produktion in Südafrika aufgenommen wurde. Insgesamt machte der Exportweltmeister Deutschland gute Geschäfte in Südafrika und lieferte 1981 dorthin im gleichen Umfang wie in das benachbarte Dänemark.²⁴

Regelmäßig verfasste *Der Spiegel* Stimmungsberichte über das Kap der Guten Hoffnung, so auch Anfang 1979, also nicht ganz drei Jahre nach dem Schüleraufstand vom Soweto. Dessen brutale Niederschlagung, die anschließenden Folterungen, Massenverhaftungen, massiven Streiks und landesweiten Demonstrationen leiteten eine der gewalttätigsten Phasen des Apartheidregimes ein. Doch BASF ließ dies unberührt, der Konzern übte sich in Gelassenheit, wie es in der Ausgabe vom 26. Februar 1979 heißt: »[Der] BASF-Südafrika-Chef Rolf Rauschenbach hat die 400 westdeutschen Firmen am Kap aufgerufen, sich durch Vibrationen nicht beunruhigen zu lassen.«²⁵ Die meisten der großen deutschen Unternehmen ließen sich von internationalen Kampagnen, Sanktionen oder UNO-Embargos nicht abschrecken und blieben auch während des letzten, blutigen Jahrzehnts bis zum Ende des Regimes im Land.

Obwohl auch Deutschland sich 1983 offiziell den Wirtschaftssanktionen der UNO gegen Südafrika angeschlossen hatte, übernahm BASF gemeinsam mit dem damaligen japanischen Partner *Hitachi* den Verkauf von Computern an südafrikanische Regierungsbehörden, nachdem die US-amerikanische IBM sich dem wachsenden öffentlichen Druck gegen das Apartheidregime gebeugt und sich aus dem Geschäft zurückgezogen hatte, wie auch Simone Knapp in ihrem Beitrag ausführt (S. 67). Der Fall hatte international für Aufregung gesorgt, nachdem die *New York Times* 1986 davon berichtet und der Bürgerrechtler Jesse Jackson und mehrere US-amerikanische Gewerkschaften das Verhalten von *Hitachi* und BASF kritisiert hatten. Die Anti-Apartheid-AktivistInnen drohten mit negativen Auswirkungen für die USA-Geschäfte der BASF. Die japanischen Computersysteme waren von BASF an die Agentur *Persotel* verkauft worden, die seit Beginn der

²⁴ Der Spiegel: Export-Boom: Kein Land der Erde bietet mehr. 14.12.1981. 51/1981, S. 38–52. Online verfügbar.

²⁵ Der Spiegel: Wir Schwarze werden als erste leiden. 2602.1979. 9/1979, S.148–156. Online verfügbar.

Sanktionen den südafrikanischen Staat, die Polizei und Geheimdienste mit Waffen, Waffenteilen und Computertechnik versorgte.²⁶ BASF wiegelte zwar ab und erklärte öffentlich, keine Embargo-Regeln verletzt zu haben, gab aber durchaus zu, die Computer verkauft zu haben, da sonst andere das Geschäft gemacht hätten. Die Grünen-Fraktion im deutschen Bundestag verlangte Anfang Mai 1987 Aufklärung über die »deutsche Beteiligung an Computerlieferungen nach Südafrika²⁷« und stellte eine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung,²⁸ da das Außenministerium die Ausfuhr hätte genehmigen müssen.²⁹ Die Antwort aus der Behörde von Hans-Dietrich Genscher (FDP), dem damaligen Außenminister, kam ein halbes Jahr später und stellte sich schützend vor BASF, da angeblich keine Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten vorlägen.

Deutsche Regierungskreise waren auch direkt und federführend an Waffengeschäften mit dem Apartheidregime beteiligt. Das zeigte die Affäre um deutsche militärische U-Boote, die Franz-Josef Strauß³⁰ seinem Freund Pieter Wilhelm Botha »versprochen« hatte. 1986 wurde bekannt, dass die Kieler HDW, die größte deutsche Werft, dem südafrikanischen Militär behilflich war, dessen U-Bootflotte auszubauen, was gegen das seit 1963 bestehende Waffenembargo verstieß. Ein über mehrere Jahre bestehender Untersuchungsausschuss des Bundestages brachte damals keine abschließende Aufklärung darüber zustande, wie tief und wer genau seitens der deutschen Regierung in den Fall verwickelt gewesen war. Erst 2016 wurden Gesprächsprotokolle öffentlich gemacht, aus denen zweifelsfrei hervorgeht, dass Helmut Kohl das Geschäft sogar persönlich mit Präsident Botha besprochen hatte, als dieser im Juni 1984 zu einem Staatsbesuch in Bonn weilte.³¹ Dass auch BASF U-Boot-Beschichtungen an HDW verkauft, ist der Webseite von BASF zu entnehmen.³² Über die guten Beziehungen, die der langjährige Bundeskanzler, ein gebürtiger Ludwigshafener, zeitlebens mit BASF unterhielt, schreibt Jan Pehrke in diesem Buch (S. 282).

26 Der Spiegel: Wie ein Buschfeuer. 2.3.1987. 10/1987, S.80–83. Online verfügbar.

27 Drucksache 11/1219: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Eid und der Fraktion Die Grünen. Online verfügbar.

28 Erste Amtsperiode von Helmut Kohl in einer Koalition aus CDU und FDP.

29 Art. 26 Grundgesetz Abs. 2 Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.

30 Zu dem Zeitpunkt bayerischer Ministerpräsident und ehemaliger Bundesminister (u.a. für Verteidigung) mit exzellenten Kontakten zur Industrie, verwickelt in diverse Korruptionsaffären.

31 Siehe hierzu Hennie van Vuuren: Apartheid Guns and Money: A tale of profit. Johannesburg 2017.

32 Auf der Webseite von BASF Coatings erschien 2011 ein Artikel, in dem die »über 30-jährige Kooperation« mit der HDW/Thyssen Krupp bei der Beschichtung von U-Booten beworben wird. »Mit RELIUS-Farben auf Tauchstation«. Online verfügbar.

»Die Betonriege aus dem Anilinkonzern«³³

Im Dezember 1989 erschien im *Spiegel* anlässlich eines anstehenden Wechsels im Vorstand von BASF der Artikel »Geschäft ist Geschäft«.³⁴ Dieser lieferte einen weitgefächerten Überblick – von klassischen Problemzonen der Chemieindustrie über die moralische Verfasstheit der Konzernlenker von BASF bis hin zur Stimmung in der Bevölkerung: »Die BASF, gab jeder Fünfte bei einer Umfrage des Düsseldorfer *Instituts für angewandte Marketing-Wissenschaften* an, sei »besonders verantwortungslos, unmoralisch und unethisch.« Andere Chemiekonzerne benutzten BASF als negativen Maßstab für ihr eigenes Tun oder Lassen: »Als bei *Hoechst* eine wirkungsvollere Methode zur Abwasserreinigung eingesetzt werden sollte, meldeten die Hardliner der Firma Bedenken an und verwiesen auf BASF. Dort würde gerade nur soviel getan, wie es das Gesetz verlange.« An anderer Stelle wird der scheidende Vorstandsvorsitzende Hans Albers zitiert: »[Der] Hang zu politischer Überreaktion auf dem Gebiet der Umweltgesetzgebung stranguliert die Forschung.« Und über den zukünftigen Vorsitzenden Jürgen Strube wird berichtet, dass oben geschildertes Computergeschäft mit Apartheid-Südafrika unter seiner Verantwortung stattfand. Darüber hinaus hatte BASF ein Pflanzenschutzmittel, das in Deutschland verboten worden war, noch lange in Südamerika weiterverkauft. Und Mitglieder der Belegschaft einer US-amerikanischen Niederlassung, die während eines Tarifstreits Auskünfte über die Giftigkeit bestimmter Produkte verlangten, wurden kurzerhand ausgesperrt.³⁵ Schlussendlich findet noch Erwähnung, dass BASF allein im Jahr 1989 für 14 sogenannte »gewässerrelevante Schadstoffeinleitungen« in den Rhein verantwortlich zeichnet. Alles in allem kam das Magazin zu einem vernichtenden Urteil.

Flucht nach vorn – Moralische Wende

Ab dem Beginn der 1980er-Jahre sah sich BASF – wie die gesamte Chemiebranche – mit einem zunehmenden Umweltbewusstsein in der Bevölkerung, der »Grünen«-Partei im Bundestag und strengeren Gesetzgebungen und Kontrollen konfrontiert. Durch den

33 Der Spiegel: Chemieindustrie: Geschäft ist Geschäft. 18.12.1989. 51/1989, S.94,95. Online verfügbar.

34 Ebda.

35 Dieser Konflikt erstreckte sich über ein halbes Jahrzehnt. Siehe auch: Kim Moody: What's the Matter with Workers? In: solidarity: Essays on working class organization in the United States. Chicago 2014. S. 236. Eine Erfahrung aus der dortigen Zusammenarbeit von Gewerkschaften und UmweltaktivistInnen war, dass »sorgfältige Recherche über die finanzielle und rechtliche Verwundbarkeit des kritisierten Unternehmens« eine wichtige Rolle im Arbeitskampf spielten. Siehe dazu auch: Thomas Estabrook: Labor-Environmental Coalitions: Lessons from a Louisiana Petrochemical Region. Amityville 2007. Und: Timothy Minchin: Forging a Common Bond: Labor and Environmental Activism During the BASF Lockout. Gainesville 2003.

Zusammenbruch des Ostblocks³⁶ und das Ende des Kalten Krieges verschoben sich Feindbilder, veränderten sich ethische Parameter und öffneten sich dadurch – nicht zuletzt – auch neue Märkte. Unter dem Titel »Unternehmenserfolg und Organisation« beschäftigte sich der spätere Vorstandssitzende Kurt Bock in seiner 1985 erschienenen Doktorarbeit mit Möglichkeiten, wie Unternehmen auf externe Herausforderungen reagieren, ihre Organisationsstruktur anpassen und ihre Konkurrenzfähigkeit sichern können. Sicherlich ein Thema, das Betriebswirte zu jeder Zeit umgetrieben hat. Nur betrafen die Herausforderungen, mit denen sich gerade transnationale Konzerne ab den 1970er-Jahren konfrontiert sahen, neben ökologischen auch zunehmend menschenrechtliche Fragen, die direkt das Verhältnis von Ökonomie und Moral berührten. Derzeit befassen Forschungen sich auch damit, wie sehr öffentliche Auseinandersetzungen um die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westeuropa und Südafrika während der Apartheid eine wesentliche Folie für diese Anpassungsprozesse gewesen sind.³⁷ Unternehmen, die im Apartheidstaat gute Geschäfte machten und so unter politischen Zugzwang gerieten, führten damals häufig an, nur durch ihre Anwesenheit einen positiven Einfluss ausüben zu können, indem sie in ihren Betrieben Schwarze Gewerkschaften zuließen oder eigene Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme für Schwarze ArbeiterInnen installierten. Nur so könnten sie zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse beitragen, während Sanktionen, Boykott und Desinvestition die Schwarze Bevölkerung als erstes und am Härtesten treffen würden. Inwieweit diese Standpunkte Strategie waren, um größere Verluste zu vermeiden, soll hier nicht im Detail erörtert werden. Von Bedeutung und Interesse ist hier vor allem, dass diese Argumentation sich als Blaupause anbot, um scheinbar unvereinbare Positionen in Einklang zu bringen. Hier wurde ein Modell erarbeitet, dass die Unternehmen als moralische Akteure auftreten ließ, Kritik von außen absorbierte und gleichzeitig erlaubte, unter schwierigen Bedingungen die Geschäftsinteressen zu wahren – Apartheid war so auch Geburtsstunde und Trainingsgelände moderner *Corporate Social Responsibility*-Politik.

Dass gerade die Chemieindustrie prädestiniert war, Lösungen für Probleme, die sie selbst mit verursacht hatte, zu entwickeln, befriedete nicht nur die KritikerInnen, sondern war auch wirtschaftlich interessant: »Eine erste, rund 100 Millionen Mark teure Großanlage will die BASF in ihrem Ludwigshafener Werk einsetzen, um die dort jährlich anfallenden rund 175.000 Tonnen Abfallgase zu entgiften. Auch die städtische Müllverbrennung in Ludwigshafen soll mit dem System ausgerüstet werden.«³⁸

³⁶ Giftmüll zu entsorgen, indem dieser gegen Devisen in die DDR verkauft wurde, war nach dem Mauerfall nicht einfacher geworden. Pläne von BASF zur Einlagerung von Schadstoffen in stillgelegten Bergwerken in der ehemaligen DDR scheiterten. Siehe hierzu: Der Spiegel: Kali-Bergbau: Müll nach Bischofferode. 2.8.1993. Online verfügbar.

³⁷ Siehe hierzu ausführlich: Knud Andresen: Moralische Ökonomie: Bundesdeutsche Automobilunternehmen und Apartheid. Hamburg 2016. Online verfügbar.

³⁸ Der Spiegel: Giftbremse für Müllverbrennung. Hamburg, 8.2.1993. Online verfügbar.

1990 hatte der schon erwähnte Jürgen Strube als erster Nicht-Chemiker den Vorsitz der BASF übernommen. Knapp 20 Jahre später blickt das *Manager-Magazin* in einem Portrait zurück: »Dank Jürgen Strube ist die BASF ein Vorreiter: von der Verbundstrategie bis hin zu der ethischen Orientierung des Chemiekonzerns.«³⁹ Wie auch Dinah Rajak in diesem Buch (S. 264) beschreibt, waren es im Besonderen jene Konzerne, die durch menschenrechtliche oder ökologische Verfehlungen im Licht der Öffentlichkeit standen, die ab den 1990er-Jahren zu Vorreitern der neu entdeckten »unternehmerischen Sozialverantwortung« (CSR) wurden. In diesem Licht betrachtet, passte auch die *Engelhard*-Übernahme gut in das neue Portfolio von BASF. Seit den 2000er-Jahren hatte sich auch *Engelhard* vor allem auf Umwelttechnologien, chemische Katalysatoren und Edelmetallhandel spezialisiert.⁴⁰ Von heute aus betrachtet waren die Strategien der Unternehmen erfolgreich. Es ist ihnen vielfach gelungen, die Argumente ihrer KritikerInnen zu vereinnahmen und sich durch CSR-Strategien große Handlungsspielräume zu erhalten. So konnten Unternehmen bisher mit »freiwilligen Eigeninitiativen« weitgehend verhindern, durch nationale oder internationale Gesetzgebungen allzu stark reglementiert und überwacht zu werden. (Siehe hierzu den Beitrag von Sarah Lincoln auf S. 216).

Mehr noch: Der Grundwiderspruch der Unvereinbarkeit von fortgesetztem Wirtschaftswachstum und sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit im Kapitalismus schien zunächst außer Kraft gesetzt.

Kernkompetenz: Nachhaltigkeit

Inspiration und Teil der Lösung zugleich war für BASF möglicherweise auch das eigene *Verbund-System*. Bereits in den 1960er-Jahren hatte BASF sich ein »neues technologisches Paradigma«⁴¹ gesetzt. Bis heute stellt das Unternehmen eine große Bandbreite an Chemikalien in einer eigenen Wertschöpfungskette her, vom Grundprodukt bis zum hochveredelten Spezialprodukt, wobei auch die anfallende Prozessenergie und Abfallprodukte weiterverwertet werden. Das *Verbund-System* war, auch als Teil einer neuen Selbstbeschreibung, mehr als geeignet, zwischen eigenen Profitinteressen und der öffentlich eingeforderten ökologischen und ethischen Neuausrichtung zu vermitteln. Bis heute ist es ein relatives Alleinstellungsmerkmal von BASF – damals hatte sich der Konzern entschieden, nicht dem Trend zur Spezialisierung zu folgen, sondern breit aufgestellt sowohl Basisprodukte für die Weiterverarbeitung anzubieten als auch selbst in die Veredelung zu gehen und nachfragebezogene Spezialanwendungen im Einklang mit den

³⁹ Sybille Zehle: Jürgen Strube: Der Beharrliche. In: *Manager Magazin*, 21.8.2009. Online verfügbar.

⁴⁰ 2004 machte *Engelhard* einen Umsatz von rund 4 Milliarden Euro. André Kühnlenz: Firmenporträt *Engelhard*. Vom Gold zu Katalysatoren. In: *WirtschaftsWoche*, 5.1.2006.

⁴¹ Werner Abelshäuser (Hg.): *BASF: Eine Unternehmensgeschichte*. München, 2015. S.493.

Kunden zu entwickeln. Das war nachhaltig gedacht, damals aus Gründen, die sicherlich wenig mit ökologischen Aspekten zu tun hatten. Heute klingt es unter anderem auf der Webseite von BASF so: »Außerdem können die Nebenprodukte einer Fabrik an einer anderen Stelle als Einsatzstoff dienen. Chemische Prozesse können in diesem System mit geringem Energieeinsatz und hoher Ausbeute an Produkten ressourcenschonend ablaufen. So sparen wir Rohstoffe und Energie, minimieren Emissionen, senken die Logistikkosten und nutzen Synergien.«⁴² Und auch Thorsten Pinkepank, Leiter der CSR-Abteilung, versichert: »Nachhaltigkeit ist für uns sowohl Verpflichtung, als auch Geschäftschance. So tragen wir zu Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung bei.«⁴³

Nachhaltigkeit, gerne auch als Anglizismus: »Sustainability« hat sich zu einem der meist strapazierten Begriffe entwickelt, leider mit einer weniger nachhaltigen Bilanz für alle, denen es dabei nicht nur um Aktienkurs und Dividenden geht. So heißt die Audit-Initiative, die 2011 von einigen der global operierenden Chemieunternehmen gegründet wurde beispielsweise »TfS – Together for Sustainability«.⁴⁴ Carolin Terwindt beschreibt in diesem Buch, für wen TfS sich bisher in erster Linie als nachhaltig erwiesen hat (S. 246). Ebenso wird BASF nicht müde, auf seine Gründungsmitgliedschaft im UN *Global Compact* aus dem Jahr 2000 zu verweisen, in dem sich Unternehmen verpflichteten, überall wo sie aktiv sind und entlang ihrer Lieferketten, soziale und ökologische Mindeststandards einzuhalten. (Siehe hierzu den Beitrag von Akhona Mehlo, S.226).

Bei allem Recht, mit dem BASF für sich in Anspruch nimmt, durchaus innovative Forschung und Entwicklung zu betreiben: Die Produktpalette des Unternehmens ist nach wie vor in hohem Maß auf fossile Energieträger spezialisiert. Auch wenn die Tochtergesellschaft *Wintershall*⁴⁵ demnächst mit DEA fusioniert und BASF auf lange Sicht damit den Ausstieg aus einer gut 100-jährigen Geschichte eigener Öl- und Gasförderung einleiten wird, hielt der ausscheidende Vorstandsvorsitzende Kurt Bock unlängst fest: »Heute aber zu glauben, die E-Mobilität würde in den nächsten zehn Jahren den Verbrennungsmotor ersetzen, wäre absolut naiv.«⁴⁶ Auch für die Zukunft der Landwirtschaft, chemisch flankierte und zukünftig digital verwaltete Monokulturen, ist BASF gut aufgestellt.

42 Der Verbund: www.basf.com

43 Thorsten Pinkepank, Leiter der CSR-Abteilung. BASF Sustainable Development Report 2/2014. Online verfügbar.

44 www.tfs-initiative.com

45 Zu massiven Beeinträchtigungen für Menschen und Umwelt auf argentinischen Gasfeldern von Wintershall siehe: Germanwatch/Misereor (Hg.): Globale Energiewirtschaft und Menschenrechte. Deutsche Unternehmen und Politik auf dem Prüfstand. Aachen/Berlin 2017. S. 78f. Online verfügbar.

46 Automobilwoche: Wir wollen mit der Autoindustrie wachsen. Oberpfaffenhofen, 24.3.2018. Online verfügbar.

Die Widersprüche werden sich – auch mit der besten CSR-Abteilung – langfristig nicht wegverwalten lassen. Und so steht BASF auch auf der Liste der Klimasünder weit oben: auf Platz 6 der Weltrangliste.⁴⁷

Im juristischen Sinn mag sich BASF auf der sicheren Seite wähen – moralische Gründe, die ausgestreckte Hand des Bischofs aus Südafrika weiterhin auszuschlagen, sind dem Konzern ausgegangen.

STATIONEN DER KAMPAGNE *Plough Back the Fruits*

2015: Bischof Jo Seoka setzt auf Zusammenarbeit, BASF weist diese zurück

Durch die Rede von Bischof Seoka auf der BASF-Aktionärsversammlung 2015, drei Jahre nach dem Massaker von Marikana, wurde das Unternehmen erstmalig aufgefordert, Verantwortung für die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen am Beginn ihrer Lieferkette zu übernehmen. Diese erste Konfrontation mit BASF diente als Aufforderung an das Unternehmen, ihren selbst gesteckten ethischen Grundsätzen Taten folgen zu lassen und einen Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der Situation bei seinem langjährigen Geschäftspartner Lonmin zu leisten. Dem Bischof ging es in seiner Rede weniger um eine Anklage, sondern vielmehr um eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem mächtigsten Akteur im Platinbusiness, an dessen Integrität er appellierte.

Nachdem er vom Massaker und den Lebensbedingungen berichtet hatte, machte er deutlich, warum BASF ein Interesse an Verbesserungen vor Ort haben müsse. »Nun, machen wir uns nichts vor, diese Nachrichten aus Südafrika sind ganz offensichtlich ein hohes Reputationsrisiko für BASF. Ich denke, wir stimmen überein, dass es sich BASF nicht leisten kann, angesichts eines solchen Gewaltausbruchs bei einem seiner Lieferanten zu schweigen. Es kann für BASF schlicht nicht nachhaltig sein, nicht die unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen jener zu verbessern, die sein Platin aus der Erde bohren und schaufeln. BASF kann dabei nicht bloß zusehen.« Er rief BASF dazu auf, sich an Entschädigungszahlungen für die beim Massaker geschädigten Personengruppen zu beteiligen sowie strukturell und konkret an substanziellen Verbesserungen vor Ort beizutragen. »Die Zeit der guten Absichten ist vorüber, es ist die Zeit des Handelns und der konkreten Umsetzungen.«⁴⁸

Starker Applaus setzte nach dem Ende von Seokas Rede ein, die Menschen im Publikum waren berührt, betroffen, manche wohl auch geschockt. Marikana war eines der dominierenden Themen der Aktionärsversammlung zum 150-jährigen Jubiläum von

47 Bernhard Pötter: Globale Konzerne und Umweltschutz: Apple gegen ExxonMobil. In: die tageszeitung, 12.9.2017. Online verfügbar.

48 Rede von Bischof Jo Seoka bei der Hauptversammlung von BASF am 30.4.2015. Online verfügbar.

BASF. Viele der NachrednerInnen bezogen sich auf Seokas Ausführungen, die meisten beschämt, einige auch wütend über das Schweigen und die Tatenlosigkeit von BASF.⁴⁹

In seiner Reaktion verwies Kurt Bock, wie eingangs erwähnt, auf die mangelnde Handlungsmacht und geringe Kenntnis der lokalen Gegebenheiten. Diese von Bock strapazierte Erzählung passte so gar nicht zu der Inszenierung des Konzerns anlässlich des Firmenjubiläums. BASF präsentierte sich im Rahmen der Feierlichkeiten als ein modernes, flexibles und weltweit agierendes Unternehmen. Multilingualität, Weltgewandtheit und »interkulturelle Kompetenz« gelten als Selbstverständlichkeit des eigenen Handelns. In der für das Jubiläumsjahr entwickelten »We create chemistry«-Kampagne gab es kaum ein Foto, auf dem nicht eine firmeninterne Diversität auf Ebene von *race* und *gender* inszeniert wurde. »Fast in jedem Land der Welt« seien BASF-MitarbeiterInnen aktiv, hieß es in der Eigendarstellung.⁵⁰ Die Verweise auf den beschränkten Einfluss, die geringe Handlungsmacht und die fehlende Ortskenntnis aufgrund der vermeintlichen »Distanz« stehen also im krassen Widerspruch zur Selbstdarstellung von BASF.

Und – noch schwerwiegender – sie stehen im Widerspruch zur Faktenlage: BASF ist nicht zuletzt deshalb das weltweit führende Chemieunternehmen, weil der Konzern in seiner Firmengeschichte keine Scheu an den Tag legte, wirtschaftliche Macht in politische Einflussnahme zu übersetzen. Wie Jan Pehrke zeigt (S. 282), ist BASF durch seine Lobbyarbeit heute Teil einer Konzern-, Finanz- und Politikelite – mit noch nie dagewesener globaler Reichweite und Einflussmöglichkeit.⁵¹ Allein schon aus diesem Grund scheint die Positionierung als Unternehmen mit begrenztem Einfluss haltlos.⁵² BASF ist darüber hinaus, wie wir gesehen haben, mit Südafrika aufs Engste vertraut. Das jährliche Geschäftsvolumen mit Lonmin beträgt um die 650 Millionen Euro. Ein Konzern, der für rund 2 Millionen Euro täglich bei einem seiner bedeutendsten Lieferanten einkauft, weiß über die Zustände vor Ort genau Bescheid – andernfalls würde es nicht nur BASF-internen Darstellungen widersprechen, es wäre auch ökonomisch fahrlässig.⁵³

49 »Es ist unglaublich, dass im 21. Jahrhundert weiterhin Menschen unter inhumanen Bedingungen leben und arbeiten. Dass die BASF seit vielen Jahren direkt an solchen Produktionszusammenhängen beteiligt ist, ist eine Schande. Dass sie das verschweigt und sich darüber hinaus weigert, eine verantwortungsvolle aktive Rolle dabei zu spielen, diese Verhältnisse zu verbessern, schlägt dem Fass den Boden aus.« – So einer der Aktionäre im Anschluss an Seokas Rede. Siehe: »BASF-Vorstand weicht den Vorwürfen des Bischofs.« Pressesaussendung der Kritischen Aktionäre und AktionärInnen, 1.5.2015. Online verfügbar.

50 Siehe etwa: BASF: About Us: Strategy and Organization. Online unter: www.basf.com/en/company/about-us/strategy-and-organization.html

51 So sprachen auf der 150-Jahrfeier von BASF auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Malu Dreyer, die stellvertretende Vorsitzende der SPD und Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz. Vgl. auch: Attac (Hg.): Konzernmacht brechen. Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für alle. Wien 2016. S. 68.

52 Diese Positionierung steht im Übrigen auch im diametralen Gegensatz zum Selbstverständnis und Ethos des »Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer in Deutschland«, dessen Kuratoriumsmitglied Bock ist. Siehe: www.aeu-online.de/selbstverstaendnis.html

53 Bock sagte auch, dass er über die Zustände in südafrikanischen Bergbau sehr genau Bescheid wisse, warum die BASF dann jedoch jahrzehntelang auf Ebene »sozialer Verantwortung« untätig blieb, ließ er aber unbeantwortet.

Denn Streiks, Arbeitsunfälle und andere Zwischenfälle könnten zu Produktionsausfällen und somit zu Versorgungslücken führen, auf die BASF reagieren muss. Die miserablen Lebensbedingungen der ArbeiterInnen sind darüber hinaus alles andere als versteckt – die Slums umgeben die Minen und das Firmengelände von Lonmin. Es gibt nur eine mögliche Strategie, diese nicht wahrzunehmen: aktives Wegschauen, aktive Ignoranz, wie Dumisa Ntsebeza, ein Anwalt der erschossenen Minenarbeiter angesichts des Verhaltens von BASF betont: »Sie müssen blind sein. Blind für das Elend, in dem die Minenarbeiter von Lonmin leben. Sie machen es wie der berühmte Vogel Strauß, der seinen Kopf in den Sand steckt und so tut, als würde er nichts sehen.«⁵⁴

Diese Ignoranz widerspricht schließlich dem Bekenntnis zur Lieferkettenverantwortung, das BASF als Gründungsmitglied von UN *Global Compact* im Jahr 2000 abgegeben hat. Insofern reicht die Tatenlosigkeit von BASF nicht nur bis zum Massaker von Marikana, sondern bereits eineinhalb Jahrzehnte zurück – von den Profiten, die der Konzern mit Apartheid-Südafrika machte, ganz zu schweigen.

Darüber hinaus agierte und agiert BASF auch gegen die UN-*Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte*. BASF hat seine Pflicht, Menschenrechtsverletzungen »zu identifizieren, zu verhindern und abzumildern«, jahrzehntelang verletzt.⁵⁵ Der Konzern, der von sich behauptet, »ökonomischen Erfolg« mit »sozialer Verantwortung« zu verbinden, hat sich stattdessen auf seine Profite konzentriert. Mehrfach wurde BASF der kartellrechtswidrigen Preismanipulation überführt. 1999 etwa musste der Konzern wegen verbotener Preisabsprachen bei Vitaminen gemeinsam mit *Hoffmann-LaRoche* eine Strafe in der bisherigen Rekordhöhe von insgesamt 725 Millionen Dollar zahlen.⁵⁶ 2011 kam es zu einem außergerichtlichen Vergleich wegen der Preismanipulation bei bestimmten Chemikalien.⁵⁷ 2014 wurde BASF schließlich von dem US-amerikanischen Juwelier *Modern Settings* wegen der Platin-Preismanipulation verklagt.⁵⁸ Die Klage wurde zwar 2017 von einem US-Gericht abgewiesen, allerdings nicht weil sie inhaltlich ungerechtfertigt sei, sondern weil sich das Gericht für nicht zuständig erklärte. Wie immer dieser Fall auch ausgehen mag, der Fokus von BASF auf niedrige Marktpreise ist offensichtlich. Daher ist es auch wenig erstaunlich, dass BASF sein Augenmerk nicht auf die menschen- und arbeitsrechtlichen Bedingungen bei Lonmin legte. BASF hat menschen- und arbeitsrechtliche Standards weder kontrolliert noch zur Vermeidung und Überwindung von Menschenrechtsverletzungen beigetragen, wie es die UN-*Leitprinzipien* vor-

54 Stefan Buchen: Ausbeutung in Afrika. Welche Verantwortung hat BASF? In: Panorama, NDR, 28.4.2016. Minute 9. Online verfügbar.

55 UN Guiding Principles, Human Rights Due Dilligence. Online verfügbar.

56 Es war die bis dato höchste Strafsumme, die vom US-Justizministerium verhängt wurde. Siehe: Department of Justice, Antitrust Division: Hoffman-La Roche and BASF Agree to Pay Record Criminal Fines for Participating in International Vitamin Cartel. Press Release. 20.5.1999. Online verfügbar.

57 Vgl. Werner Abelshausen (Hg.): Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte. München 2003. S. 633.

58 Die Anklage ist online unter der Referenz 1:14-cv-09391-GHW The Platinum and Palladium Antitrust Litigation, U.S. District Court, Southern District of New York abrufbar.

schreiben. Es steht damit außer Zweifel, dass BASF an den menschenrechtswidrigen Arbeits- und Lebensbedingungen rund um Marikana Verantwortung und Mitschuld trägt. Jahrzehntlang hat der Konzern sich untätig gegenüber diesen beschämenden Missständen gezeigt.⁵⁹ Deswegen ist BASF selbst gemäß der zurückhaltend formulierten UN-*Leitprinzipien* »rechtsunverbindlich mitschuldig« an den zahlreichen Vergehen seines Lieferanten (»non-legally complicit«).⁶⁰

Unabhängig also von einer etwaigen, rechtlich einklagbaren Verantwortung besteht demnach für BASF die Verpflichtung, seine Versäumnisse umgehend nachzuholen, seine »Mittäterschaft«⁶¹ einzugestehen, sich dafür zu entschuldigen und Wiedergutmachung zu leisten. Dadurch trägt BASF zumindest indirekte Mitschuld am Massaker – allerdings rechtsunverbindlich. Es waren die menschenrechtswidrigen Lebensbedingungen und falschen Versprechungen Lonmins, die zum Streik und schließlich zum Massaker führten. Doch von all dem wollte BASF nichts wissen.

In den Medien wurde BASF für seine Untätigkeit und sein langes Schweigen zu Marikana, das erst durch die Intervention bei der Aktionärsversammlung 2015 gebrochen wurde, kritisiert.⁶²

Jo Seokas Intervention erregte Aufsehen, nicht nur in den Medien, sondern auch im Umfeld solidarischer Gruppen und Nichtregierungsorganisationen im deutschsprachigen Raum, in England und Südafrika. Soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Organisationen auf der ganzen Welt setzen sich in unterschiedlichen Zusammenhängen und anhand von etlichen Fallbeispielen für rechtlich verbindliche Sorgfaltspflichten entlang der globalen Lieferketten ein. Der vom Bischof vorgetragene Fall war bisher unbemerkt geblieben, und er eignete sich zudem hervorragend für die Delegitimierung der Freiwilligkeit von Lieferkettenverantwortung: Denn hier gibt es keine lange, verschlungene Wertschöpfungskette, sondern eine geradlinige und direkte Verbindung. Dazu sticht die Diskrepanz zwischen potemkinscher Fassade und Wirklichkeit, zwischen der Eigendarstellung eines deutschen Vorzeigeunternehmens und der Realität am Beginn der Lieferkette ins Auge. Reichweite und infrastrukturelles Potenzial der Kampagne wuchsen und konnten für die Vorbereitung der Aktionärsversammlung im Jahr 2016 genutzt werden, zu der zwei Frauen der »Witwen von Marikana« anreisten.

⁵⁹ Vgl. Aisha Bahadur/Lisa Kadel/Sarah Lincoln: *Platinum for the World Market, Iron Shacks for Workers. Living and Working Conditions in Marikana Five Years after the Massacre*. Brot für die Welt/Bench Marks Foundation, Berlin/Johannesburg 2016. S. 33.

⁶⁰ Vgl. Global Compact Netzwerk: *Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte*. Frankfurt 2014. S. 20ff. und: UN Guiding Principles, commentary to principle no. 17. Beide Quellen online verfügbar.

⁶¹ Ebda.

⁶² Für eine Sammlung der Presseresonanz von 2015–2017 siehe: basflonmin.com/home/de/presse

2016: BASF suggeriert Aktivität und ignoriert die »Witwen von Marikana«

Viele Skandale pflastern mittlerweile die Geschichte des Massakers von Marikana und dessen bisherige Aufarbeitung. Der Umgang Lonmins mit den »Witwen von Marikana« zählt wohl zu den beschämendsten. Die Angehörigen der beim Massaker getöteten Arbeiter haben bis dato weder vom Staat noch von Lonmin Reparationszahlungen erhalten, obwohl dessen Mitschuld am Massaker außer Zweifel steht. Lonmin bot den Witwen an, ihre toten Ehemänner im Betrieb zu ersetzen und an ihrer statt in der Mine zu arbeiten. Der Tod ihrer Männer war nicht nur traumatisch, sondern für viele auch durch das verloren gegangene Einkommen existenzbedrohend, bei einigen von ihnen war keine Ernährungssicherheit gegeben, sie lebten an der absoluten Armutsgrenze. Angesichts dessen blieb ihnen oft keine andere Option, als dieses »Angebot« anzunehmen. Viele von ihnen arbeiten nun unter Tage, unter denselben schlechten Bedingungen, für deren Überwindung ihre Männer in Streik getreten sind und erschossen worden waren. Einige arbeiten als Reinigungskräfte. Sie putzen die Büros jenes Managements, das eine Mitschuld am Tod ihrer Ehemänner trägt. Lonmin brüstet sich hingegen damit, die »Witwen in Lohn und Brot« zu halten. Dieser würdelose Umstand wurde von den Witwen selbst mehrfach kritisiert – die Kritik stieß jedoch auf taube Ohren (siehe hierzu den Beitrag von Asanda Benya und Judy Seidman, S. 108).

Die Hinterbliebenen wurden vom Staat in ihrer prekären, zuweilen existentiell bedrohlichen Lage weitgehend alleine gelassen. Und auch als Zeuginnen fanden sie zunächst kein Gehör: In den ersten Monaten der Untersuchungskommission wurde ihnen kein Recht zur Aussage eingeräumt. Ein Familienmitglied eines ermordeten Minenarbeiters pointierte die Lage folgendermaßen: »Wir wurden behandelt wie Steine.«⁶³

Die *Khulumani Support Group* bot den Hinterbliebenen eine Plattform der Begegnung und des Erfahrungsaustausches und unterstützte damit die Bildung einer Gruppe, die sich zunehmend einer gemeinsamen Stimme bediente. Ein Medium dieses kollektiven Kampfes um Gerechtigkeit sind die sogenannten *bodymaps* der Witwen, die im Rahmen der Veranstaltungstour 2016 in Wien ausgestellt wurden (siehe S. 162).⁶⁴ Diese *bodymaps*

⁶³ *Khulumani Support Group* (Hg.): *Justice, redress & restitution. Voices of Widows of the Marikana Massacre*. Johannesburg 2013. S. 3.

⁶⁴ Die KASA – *Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika* hatte Reproduktionen der Bilder bereits 2014 in Deutschland gezeigt, im April 2016 wurden die Originale in der Zentrale des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in Wien ausgestellt. Es war der Auftakt einer Veranstaltungsreise, die von Wien über Berlin, Zürich, Zug, Speyer und Frankfurt schlussendlich zur BASF-Aktionärsversammlung nach Mannheim führte. Im Begleitprogramm standen öffentliche Diskussionsveranstaltungen, Treffen mit deutschen ParlamentarierInnen und RepräsentantInnen der Kirche wie auch Kundgebungen in der schweizerischen Steueroase Zug. Zur Delegation aus Südafrika zählten neben Bischof Jo Seoka auch NomaRussia Bonase und Judy Seidman von der *Khulumani Support Group* sowie zwei der Witwen von Marikana, Ntombizolile Mosebetsane und Agnes Makopano Thelejane. Der umfassende Ausstellungskatalog erschien 2016: *NomaRussia Bonase/Judy Seidman/Simone Knapp/Boniface Mabanza/Maren Grimm/Jakob Krameritsch: Plough Back the Fruits. Im Kampf um Gerechtigkeit und Restitution. Die Bodymaps der Witwen von Marikana*. Hamburg u. a. 2016. Online verfügbar.

nehmen den eigenen Körperumriss zum Ausgangspunkt. Auf dem Körper und um ihn herum finden sich Visualisierungen der eigenen Lebenswelt: Oft ist das Massaker ins Bild gerückt, vielfach wird auf die existentiellen Schwierigkeiten und die Sorge um die Zukunft der nun vaterlosen Kinder hingewiesen. Die Bodymaps sind Zeugnisse des Massakers aus Sicht einer unmittelbar betroffenen Gruppe. Gleichzeitig thematisieren die Bilder Erwartungen und Forderungen an die Verantwortlichen des Massakers, sie üben Kritik an der Politik der Konzerne und des Staates. Die Arbeiten sind damit auch Dokumente für die Konsequenzen neokolonialer Rohstoffpolitik.

Im Rahmen eines gemeinsamen Workshops entstand ein Bild, das zwei Geschichten zueinander bringt, die beide ihren Ausgang bei Lonmin und dem Abbau von Platin haben: Die Geschichte von BASF, eine Geschichte von Reichtum und wirtschaftlichem Erfolg sowie die Geschichte der Witwen: eine Geschichte von Tod, Ausbeutung und letztlich auch Demütigung. Das Bild (siehe S. 164) enthält Forderungen der Witwen an Lonmin und BASF. Es war insofern auch Mandat für die beiden angereisten Frauen, die Gruppe auf der BASF-Aktionärsversammlung am 29. April 2016 zu repräsentieren.

Die Ausgangslage war gegenüber der Aktionärsversammlung 2015 leicht verändert. Kurz nach der Versammlung 2015 wurde der Bericht der Marikana-Untersuchungskommission veröffentlicht und er bestätigte, was bereits evident war und Seoka schon bei seiner Rede ausführte: die Mitschuld Lonmins am Massaker und das Versagen darin, die Wohn- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen zu verbessern. BASF konnte nicht mehr auf ein laufendes Verfahren verweisen und auf Zeit spielen, der Druck erhöhte sich.

Was macht aber nun ein Konzern, wenn er öffentlich unter Druck gerät, weil nachgewiesen wurde, dass es entlang seiner Wertschöpfungskette seit Jahrzehnten zu massiven Menschenrechtsverletzungen gekommen ist? Die Antwort: Audits mit seinen Lieferanten. BASF ist da keine Ausnahme. Im Rahmen der Aktionärsversammlung 2016 kollidierten nun diese beiden Realitäten: die Welt der Audit-Ergebnisse und die Realität der Witwen. Ihre Unvereinbarkeit zeigte sich in aller Deutlichkeit.

Ntombizolile Mosebetsane und Agnes Makopano Thelejane legten in ihrer Rede dar, warum sie nach Mannheim gekommen waren, nämlich um mit BASF »zu sprechen und davon zu erzählen, was am anderen Ende der Lieferkette« passiert: »Sie, BASF, Sie sagen, alles ist jetzt besser. Aber wir sagen zu Ihnen: Das ist es nicht. Um es deutlich zu sagen: Unsere Situation hat sich seit dem Massaker kontinuierlich verschlechtert. Lonmin hat den Schaden, den es angerichtet hat, keineswegs wieder gutgemacht. Lonmin hat keine Reparationszahlungen getätigt. Was Lonmin behauptet hat, gemacht zu haben, um uns zu helfen, hat in Wahrheit mehr Schaden angerichtet.«⁶⁵

⁶⁵ Rede von Ntombizolile Mosebetsane und Agnes Makopano Thelejane bei der Hauptversammlung von BASF, 29.4.2016. Online verfügbar.

Mosebetsane, die bei Lonmin als Reinigungskraft arbeitet, beschrieb ihre Situation folgendermaßen: »Ich arbeite für dieselbe Firma, die dafür gesorgt hat, dass mein Mann tot ist. Ich lerne bei dieser Arbeit nichts dazu, nichts, was mir irgendwann helfen würde. Der Betrieb bezahlt mich dafür schlecht und sagt mir, ich solle dafür auch noch dankbar sein. Das ist keineswegs Kompensation, das ist viel eher Ausbeutung. Sie machen uns erneut zu Opfern. From slave to slavery – das ist moderne Sklaverei.«

Der Mann von Agnes Makopano Thelejane, Thabiso Thelejane, hatte mehr als 40 Jahre in Minen gearbeitet. Er stand 2012 kurz vor der Pensionierung. Er wurde an der sogenannten *Scene Two*⁶⁶ des Massakers von der Polizei regelrecht hingerichtet. Da er Leiharbeiter in Marikana und nicht direkt bei Lonmin angestellt war, fühlte sich der Betrieb für ihn und seine Angehörigen nicht zuständig.⁶⁷ Thelejane berichtete: »Ich bin eine jener Witwen, die von Lonmin beiseite geschoben wurde. Lonmin zahlte die Beerdigungen unserer Männer, nachdem sie von Lonmin und der Polizei umgebracht worden sind. Ich habe dann Lonmin nach Reparationszahlungen gefragt. Sie sagten mir, sie haben mir schon die Beerdigung meines Mannes bezahlt, sie schulden mir nichts mehr. Ich frage mich: Habe ich Lonmin gebeten, meinen Mann zu töten?«

Am Ende ihrer Rede drängten die beiden Frauen auf Taten. BASF sollte zumindest das machen, wozu auch KiK bereit war. Es ging um eine sogenannte »Entlastungs-Zahlung«, wie sie der deutsche Textilkonzern KiK den Opfern des Einsturzes von Rana Plaza⁶⁸ geboten hatte. »Wir fragen Sie, ob Sie bereit sind, einen Fonds mit 8 Millionen Euro für uns einzurichten?«⁶⁹ Er soll dazu dienen, unsere Situation schnell, konkret und unmittelbar zu verbessern, uns helfen, aus dem Schlimmsten rauszukommen. (...) Wir fragen Sie, was Sie unternehmen werden, damit Ihr direkter Platinlieferant die weiterhin offenen Probleme, die zu dem Streik führten, endlich entschieden angeht? Weiterhin werden Löhne bezahlt, die Familien unter dem Existenzminimum vegetieren lassen. Weiterhin lebt die Mehrheit der ArbeiterInnen und ihrer Familien in Slums. In Ihren letzten Statements sind all diese Fragen nicht behandelt. Und solange diese Fragen nicht beantwortet sind, kann es keine Lösung geben. Wir sagen: Plough back the fruits! Geben Sie uns unsere legitimen Anteile am Reichtum zurück!«

⁶⁶ Am 16.8.2012 wurden 17 der Streikenden am Fuße eines Hügels erschossen. 17 weitere wurden kurze Zeit später, ca. 200 m entfernt, ermordet. Die beiden Stellen werden im Untersuchungsbericht als »Scene One« und »Scene Two« bezeichnet.

⁶⁷ Diese Weigerung stand im Widerspruch zum Endbericht der Untersuchungskommission, in dem festgehalten wurde, dass Lonmin auch für seine ermordeten Vertragsbediensteten die Verantwortung zu tragen habe. Siehe: Endbericht der Marikana-Untersuchungskommission, S. 479. Online verfügbar.

⁶⁸ Am 24.4.2013 stürzte nahe der bangladeschischen Hauptstadt Dhaka ein neunstöckiges Gebäude ein, das fünf Textilfabriken beherbergte, in denen u. a. für *Benetton*, *KiK* und *Mango* produziert wurde. Das bis heute größte Unglück in der Geschichte der Textilindustrie forderte 1.138 Menschenleben und über 2.000 Verletzte und steht symptomatisch für die desolaten Arbeits- und Sicherheitsbedingungen in der gesamten Textil-, Kleider- und Schuhindustrie weltweit.

⁶⁹ Dieser Betrag, etwa 0,1 Promille des Umsatzes von BASF in diesem Jahr, hätte den Abzug von knapp einem Cent der Dividende von 2,90 Euro pro Aktie bedeutet.

María do Mar Castro Varela beschäftigt sich in ihrem Beitrag ausführlich mit der Reaktion von Kurt Bock auf die Rede der Witwen im Jahr 2016 (S. 170). Hier seien deshalb lediglich drei Elemente hervorgehoben. Erstens: Kurt Bock wich den Darstellungen, Fragen und Forderungen der Witwen konsequent aus. Die Gruppe der Witwen wurde von Seiten des Konzerns nicht als Gesprächspartnerin anerkannt, die Funktionäre verweigerten es, sich mit ihnen zu unterhalten und sich mit ihren Forderungen auseinanderzusetzen.⁷⁰ Adressiert wurde stets nur der einzige Mann der Delegation, Bischof Seoka. Für die Witwen war das beleidigend, für einen Konzern, dessen Frauenquote im Vorstand mittlerweile wieder bei Null Prozent liegt, ist das hingegen so bezeichnend wie beschämend.⁷¹

Nicht minder beschämend war zweitens die Art, wie Kurt Bock die Mitschuld Lonmins am Massaker bagatellierte und verharmloste. Bock widmete der Causa nur einen Satz: »Es wird [im Endbericht der Untersuchungskommission] festgestellt, dass Lonmin, dass unser Lieferant, mit dem wir seit 30 Jahren zusammen arbeiten, wohl nicht alles unternommen habe, um diese Vorfälle, die Tragödie zu verhindern.«⁷² Der Tatsache, dass Lonmin auf vielfachen Ebenen massive Mitschuld am größten Massaker seit der Apartheid trägt und es in seiner Hand gelegen hätte, es zu verhindern, trägt dieser Satz in keiner Weise Rechnung.

Bock ließ sich, drittens, über das in Auftrag gegebene Audit aus. Unter dem Titel »Eher Problem als Teil der Lösung« analysiert Carolijn Terwindt in diesem Buch intransparente, privatisierte Audits in all ihren Zynismen, Leerstellen und in ihren letztlich verheerenden Wirkungen (siehe S. 246). All ihre Kritikpunkte lassen sich auch für die Audits geltend machen, die BASF bei Lonmin durchführen ließ. Der Fragenkatalog wurde unter Verschluss gehalten, der Audit-Prozess war gänzlich intransparent, die Ergebnisse wurden nicht veröffentlicht – die Liste der Kritikpunkte ist lang.

Die Ausführungen Bocks zum Audit sprechen für sich selbst. Es wird festgehalten, dass »weder kritische Feststellungen bei der Unternehmensführung, bei der Respektierung von Menschenrechten oder Arbeitsbedingungen von Lonmin gemacht noch irgendwelche anderen Verstöße festgestellt [wurden]«. ⁷³ Einzig beim Brandschutz und bei Nach-

barschaftsbeschwerden wurde Verbesserungsbedarf eingeräumt. Dem »Business as usual« stand also nichts im Wege – so, als ob nie etwas gewesen wäre. In der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft und durch die Unterstützung von BASF habe Lonmin die hohen Ansprüche von BASF stets erfüllt und werde sie immer erfüllen, betonte Kurt Bock auch bei der Aktionärsversammlung 2016: »Wir leisten unseren Beitrag, indem wir ein guter Partner sind für Lonmin, ein erfahrener Partner, indem wir sicherstellen, dass Lonmin unseren Ansprüchen künftig auch weiterhin gerecht werden kann.«⁷⁴

2017: BASF droht der südafrikanischen Delegation

Nach dem Auftritt der Witwen wuchs der mediale Druck auf BASF. Der Konzern versuchte sich darauf hin – nicht zuletzt durch die Audits – als aktiv Handelnder darzustellen und verwies außerdem auf eine »Dialoginitiative«, die man in Südafrika gestartet habe. Ziel dieses »Multistakeholderdialogs« sei es, so ist auf einer eigens zu Marikana eingerichteten Seite im Webauftritt von BASF zu lesen,⁷⁵ »dass die Platinminenbetreiber einen gemeinsamen Ansatz entwickeln, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen im gesamten Platingürtel langfristig und nachhaltig zu verbessern und somit dauerhaft eine verantwortungsvolle Rohstoffversorgung für ihre Kunden sicherzustellen.«⁷⁶

So vielversprechend dies auch klingen mag – es ist lediglich bei *einem* gemeinsamen Treffen und der Definition dieses Zieles geblieben. Die Initiative ist eingeschlafen und BASF verfolgt sie, wenn überhaupt, nur mehr mit äußerst wenig Nachdruck. Ein »Folgeaudit« bei Lonmin hat 2017 »in mehreren Bereichen ein positives Ergebnis ergeben«⁷⁷, identifizierte aber auch Verbesserungsbedarf: »Lonmin sollte Schritte unternehmen, um besser zu erkennen, wie sich der Minenbetrieb auf die lokalen Gemeinden auswirkt und welche Maßnahmen daraus abzuleiten sind.«⁷⁸ Die Ironie dabei ist eine zweifache: zum einen ist das ohnehin gesetzlich durch den *Social and Labour Plan* vorgeschrieben (siehe das Interview mit Gavin Capps, S. 88 und den Beitrag von Patrick Bond, S. 318); zum anderen zählt Lonmin spätestens seit dem Massaker zu einem der meistuntersuchtesten Betriebe der Welt. Zahlreiche Studien widmeten sich genau diesem Thema – seien es

⁷⁰ Der unangekündigte Kurzbesuch von BASF bei Ntombizolile Mosebetsane im Nachfeld der Aktionärsversammlung kann dies nicht aufwiegen, sondern ist eher in dieser Linie der Respektlosigkeit zu sehen.

⁷¹ Dieses Verhalten kann im Kontext des reaktionären genderpolitischen Agierens von BASF gelesen werden. Die Vertreterin des *Deutschen Juristinnenbundes*, die bei der Aktionärsversammlung höhere Frauenquoten auf der Leitungs- und Managementebene einklagen, wird bei den BASF-Aktionärsversammlungen regelmäßig ausgebuht und verhöhnt. Der BASF-Vorstand verteidigt seine unambitionierten Ziele mit dem klassischen Argument der Verteidigung einer Männerbastion, wonach es um »Kompetenz«, nicht um Quote ginge. Siehe dazu den Newsletter Nummer 2/2017 der *Plough Back the Fruits*-Kampagne unter: basflonmin.com/home/de/deutsch-newsletter

⁷² Stefan Buchen: Ausbeutung in Afrika. Welche Verantwortung hat BASF? In: Panorama, NDR, 28.4.2016. Online verfügbar.

⁷³ Siehe basf.com: »Standards kontrollieren: Evaluierung und Auditierung von Lonmin.«. Online verfügbar.

⁷⁴ Plough Back the Fruits: Protokoll der BASF-Hauptversammlung, 29.4.2016. Im Besitz der HerausgeberInnen dieses Buchs. S. 4. Siehe dazu auch: basflonmin.com

⁷⁵ Siehe: basf.com: »Nachhaltigkeit im Einkauf: Marikana: Wie engagiert sich BASF?«. Online verfügbar.

⁷⁶ Ebda.

⁷⁷ Ebda.

⁷⁸ Ebda.

gerichtlich angeordnete Untersuchungen,⁷⁹ Studien von unabhängigen NGOs⁸⁰ oder von wissenschaftlichen Institutionen.⁸¹ Es fehlt also beileibe nicht an Expertise, Wissen und Ideen. Es ginge vielmehr darum, den gesetzlich vorgeschriebenen ökologischen und sozialen Pflichten gegenüber der lokalen Bevölkerung nachzukommen. Dagegen kommen sowohl die erwähnten Studien wie auch die ansässige Bevölkerung unisono zum selben Ergebnis: Es tut sich nichts, es gibt keine Verbesserungen.

Im Januar 2017 reiste Bischof Seoka gemeinsam mit den *Kritischen Aktionären und Aktionärinnen Deutschland* und dem *London Mining Network* zur Aktionärsversammlung von Lonmin nach London. Es ging darum, Lonmin zu zeigen, dass auch in Europa bekannt ist, wer eine Hauptschuld am Massaker trägt. In der wesentlich kleiner dimensionierten Aktionärsversammlung machte Lonmin-CEO Ben Magara der Delegation Versprechungen, die jedoch in keinem Punkt eingehalten wurden.⁸²

Im Mai 2017 waren es schließlich der Vorsitzende von AMCU, der größten Gewerkschaft im südafrikanischen Platinium Belt, Joseph Mathunjwa, und Mzoxolo Magidwana, ein Minenarbeiter, der beim Massaker von Marikana schwer verletzt wurde, die Seoka zur Aktionärsversammlung von BASF begleiteten.

In seiner Rede forderte der AMCU-Vorsitzende Mathunjwa BASF dazu auf, den vielen Lippenbekenntnissen konkrete Taten folgen zu lassen: »Die AMCU fordert seit Jahren bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter. Sie, BASF, als weltweit größter Käufer von Platin, könnten uns dabei tatkräftig unterstützen. Die Grundwerte ihres Unternehmens, auf die Sie so gern verweisen, lassen im Grunde keine andere Option offen.«⁸³ Bischof Seoka machte klar, dass es hierbei nicht um karitative Maßnahmen geht, sondern um eine Frage der Gerechtigkeit: »Wir stehen hier nicht als Bittsteller vor Ihnen. Es geht um Ihre Glaubwürdigkeit und Integrität. Was wir von Ihnen verlangen, ist ein klares Zeichen Ihres Willens, dazu beizutragen, einen nachhaltigen Entwicklungsweg in Marikana einzuleiten.«⁸⁴

⁷⁹ Heads of the Argument of Evidence Leader (Endbericht der Leiter der Beweisführung innerhalb der Marikana Untersuchungskommission), 27.10.2014

⁸⁰ Aisha Bahadur/Lisa Kadel/Sarah Lincoln: Platinum for the World Market, Iron Shacks for Workers. Living and Working Conditions in Marikana Five Years after the Massacre. Brot für die Welt/Bench Marks Foundation, Berlin/Johannesburg 2016. Oder: Amnesty International: Smoke and Mirrors: Lonmin's failure to address housing conditions at Marikana. South Africa. Johannesburg 2016. Und: Khulumani Support Group: We have to talk, we need changes – voices from platinum belt mine workers. Johannesburg 2015.

⁸¹ Um nur eine von vielen zu nennen: Gavin Capps/St Stanley Malindi: Dealing with the Tribe: The Politics of the Bapo/Lonmin Royalty-to-Equity Conversion. SWOP Working Paper, Johannesburg 2017.

⁸² Dies wiederholte sich auch im März 2018 im Rahmen der von *War On Want* mitorganisierten »Marikana Solidarity Week«, zu der neben Seoka auch Andries Nkome, Anwalt der Minenarbeiter, und Thumeka Magwangqana angereist waren. Brian Beamish, Vorstandsvorsitzender von Lonmin, verweigerte abermals eine formelle Entschuldigung für die Mitschuld am Massaker. Für mehr Information dazu siehe die Webseiten der genannten Organisationen.

⁸³ Rede von Joseph Mathunjwa bei der Hauptversammlung von BASF am 12.5.2017. Wie alle Reden der *Plough Back the Fruits*-Kampagne online verfügbar unter: basflonmin.com

⁸⁴ Ebda.

Mzoxolo Magidwana schilderte in seiner Rede (siehe S. 166) die Lebensbedingungen in Marikana: »Weiterhin lebt die Mehrheit der Lonmin-Arbeiter und -Arbeiterinnen in mit Ratten verseuchten Wellblechhütten-Slums. Es gibt weiterhin kein fließendes Wasser in den Haushalten, wir haben keine Kanalisation. 20, 30, oft auch mehr Menschen müssen sich eine Toilette teilen, und diese Toiletten sind nichts weiter als Löcher im Boden, wir leben in unserem eigenen Dreck. Unter diesen Umständen ist ein Leben in Würde nicht möglich. Wir verlangen nichts weiter als das. Ich weiß, dass BASF bei Lonmin Platin für mehrere Millionen Euro pro Woche einkauft. Wir wissen, dass wir für Lonmin und BASF eines der wertvollsten Edelmetalle der Welt aus dem Boden holen. Dafür verlangen wir nichts weiter, als ein Leben in Würde führen zu können – ich denke, das ist keine überzogene Forderung. Ich frage Sie, den CEO von BASF, Herr Kurt Bock: Meinen Sie, dass wir zu viel verlangen?«

Mit seiner Antwort sorgte Kurt Bock für hörbaren Unmut unter den Anwesenden. Die seit Jahrzehnten schwelende miserable Wohnsituation begründete er mit einer »nicht im ausreichenden Maße« vorhandenen »Finanzkraft« bei Lonmin⁸⁵ – im Wissen darum, dass das Geschäftsvolumen zwischen Lonmin und BASF von nur einer Woche (etwa 14 Millionen Euro) ausreichen würde, um diese Situation substanziell zu verbessern.

Auf noch stärkeres Unverständnis und Kritik bei vielen Anwesenden stieß aber eine andere Aussage Bocks⁸⁶ – eine unverhohlene Drohung an die Delegation aus Südafrika, die er sichtbar gereizt vortrug: »Wir könnten auch woanders kaufen, wir müssen nicht unbedingt mit denen zusammenarbeiten. Nur wenn wir nicht mit denen zusammenarbeiten, sind morgen über 10.000 Menschen auf der Straße, im wahrsten Sinne des Wortes. Ich weiß nicht, ob das wirklich Ihr Wunsch ist?«

Das war und ist freilich nicht der Wunsch der südafrikanischen Delegation. Bock weiß das. Die Delegation drängte BASF von Beginn an darauf, die Macht, über die das Unternehmen als weltweit größter Chemiekonzern zweifellos verfügt, einzusetzen, um Verbesserungen zu erwirken, nicht aber darauf, der Situation den Rücken zu kehren. Das wäre das Gegenteil von verantwortlichem Agieren, das BASF für sich so lautstark reklamiert. Es käme einer »Nach-(und-neben-)uns-die-Sintflut«-Politik gleich. In Bocks rhetorischer Frage – »ist das wirklich Ihr Wunsch?« – lässt sich unschwer die Drohung erkennen, besser vorsichtig zu sein, BASF nicht weiter lautstark zu kritisieren, ansonsten könne es desaströse Folgen für die Bevölkerung vor Ort haben. Diese Drohung ist schlussendlich ein offener Bruch mit den *UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte*.

⁸⁵ Damit übernahm Bock eine Argumentationslinie Lonmins, die bereits im Rahmen der Farlam-Kommission zurückgewiesen wurde (siehe hierzu den Beitrag von Patrick Bond, S. 318).

⁸⁶ Siehe: »So denken Leser über die BASF und den Bischof-Auftritt«. In: Mannheimer Morgen, 27.5.2017. Online verfügbar. Vgl. dazu auch: Newsletter 3/2017 der *Plough Back the Fruits*-Kampagne. Online verfügbar.

Denn wenn BASF verbrannte Erde hinterlassen würde – durch diese Ankündigung sogar wissentlich und mutwillig –, dann würde der Konzern ebenfalls gegen diese Standards verstoßen, die ihm doch angeblich so wichtig sind.

Die Situation zudem als eine darzustellen, die lediglich zwei Türen hätte – »Business as usual« oder die Beendigung des Geschäftsverhältnisses –, ist einfalllos oder um es klarer zu sagen: falsch. BASF, weltweit größter Player im Platingeschäft, könnte in vielerlei Hinsicht Einfluss auf konkrete Verbesserungen nehmen: Etwa durch die Zahlung angemessener Preise,⁸⁷ durch Beiträge zu erforderlichen Investitionen oder durch öffentliche, vertraglich festgehaltene und kontrollierbare Abkommen mit seinem Platin-Hauptlieferanten, in dem die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten wie auch Umweltstandards eine zentrale Rolle spielen.

Recht unverhohlen machte Bock der südafrikanischen Delegation klar, dass er auf deren Erscheinen im nächsten Jahr verzichten könne. Sein Wunsch wird sich wohl nicht erfüllen. Bischof Jo Seoka betonte: »Solange wir keine überzeugenden Antworten auf unsere Fragen erhalten, werden wir wiederkommen.«⁸⁸

⁸⁷ Melanie Bergemann/Simon Book/Alexander Busch/Lea Deuber/Martin Seiwert: Das dunkle Geheimnis der Autoindustrie. In: WirtschaftsWoche, 45/2017. S. 36–42. Die AutorInnen schätzen, dass »Fairtrade-Platin« lediglich vier Euro mehr pro Auto kosten würde.

⁸⁸ Rede von Bischof Jo Seoka bei der Hauptversammlung von BASF am 12.5.2017. Online verfügbar.



► Streichholzschachtel als Werbeträger (ca.1985–90)

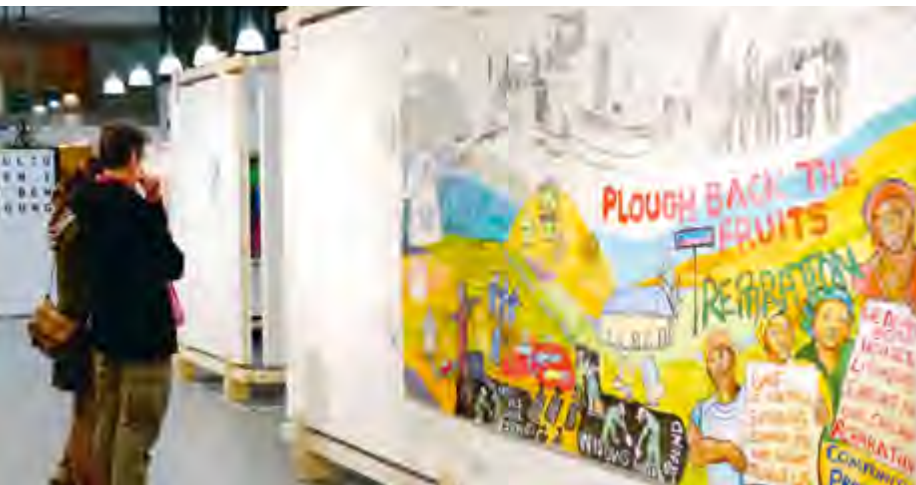


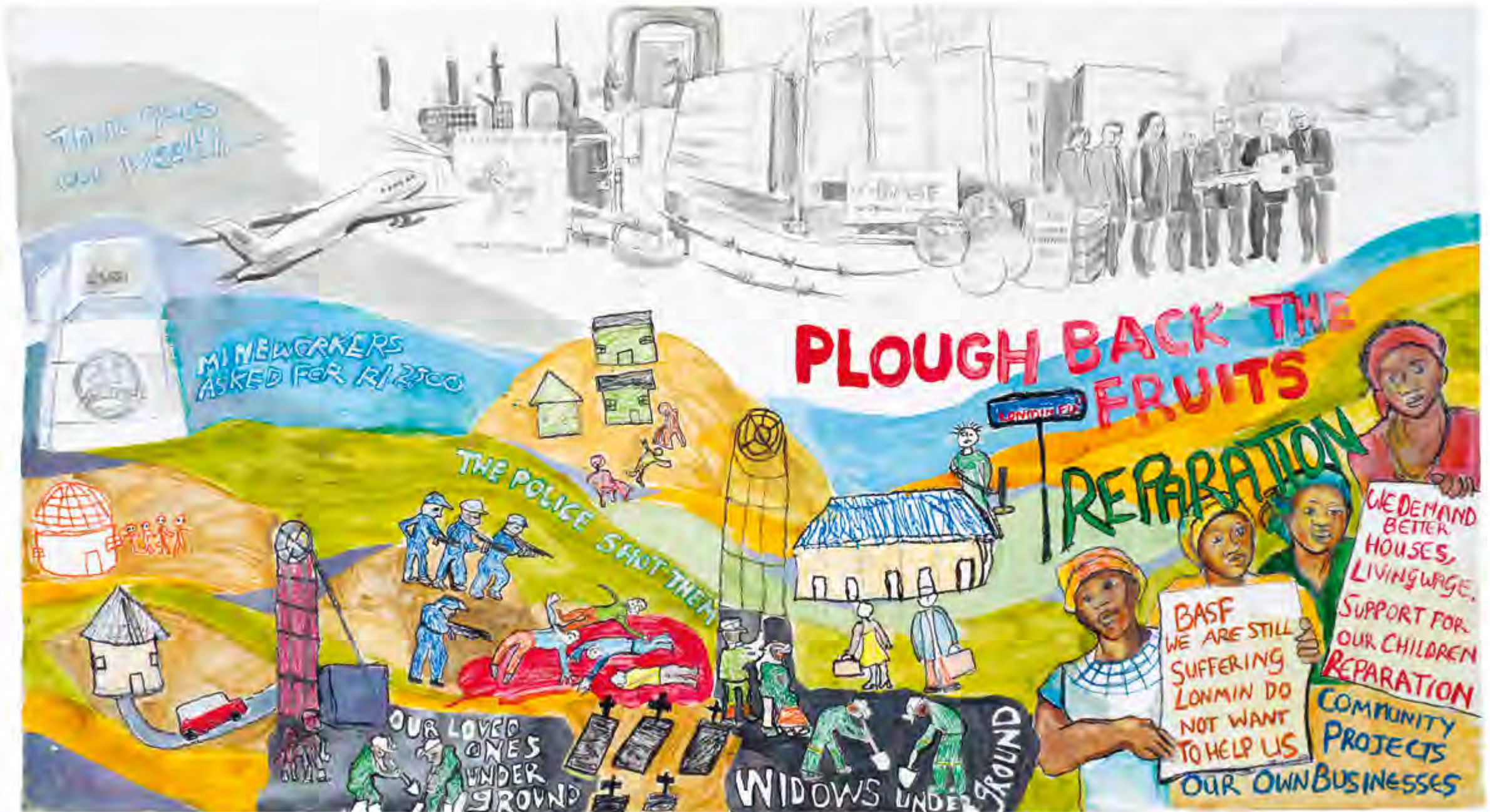
► *Mobile Emissions Catalysts Division* der *BASF South Africa Pty Ltd*, Struandale bei Port Elizabeth, 2016. Port Elizabeth ist das Zentrum der südafrikanischen Automobilindustrie.

Ausstellung »Plough Back The Fruits: Im Kampf um Gerechtigkeit und Restitution. Die Bodymaps der Witwen von Marikana«, Wien 2017.

▼ Ausstellungsansichten.

► NomaRussia Bonase (*Khulumani Support Group*) erläutert die *Bodymap* von Agnes Makopane Thelejane bei der Eröffnung der Ausstellung.





▲ Witwen von Marikana: Plough Back The Fruits.
 Ölpastellkreide und Lebensmittelfarbe auf Papier,
 150 x 280cm, Februar 2016.

VERLANGEN WIR ZUVIEL?

REDE BEI DER BASF-HAUPTVERSAMMLUNG, MANNHEIM, 12. MAI 2017

Mzoxolo Magidwana

Ich heiße Mzoxolo Magidwana, ich bin 29 Jahre alt. Ich habe 2011 angefangen, bei Lonmin zu arbeiten. Ich bin einer der Arbeiter, die 2012 beim Streik dabei waren, bei dem 34 Minenarbeiter erschossen worden sind. Am 16. August 2012, am Tag des Massakers, wurde ich von neun Gewehrkegeln der Polizei getroffen.

Zwei Kugeln sind durch meinen Körper durchgegangen, sieben Kugeln wurden mir im Spital entfernt. Deswegen nennen sie mich in Marikana auch »dead man walking«. Es grenzt an ein Wunder, dass ich überlebt habe. Ich war sechs Monate lang auf der Intensivstation, danach musste ich erst wieder lernen zu gehen.

2012 streikten wir für höhere Löhne und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen bei Lonmin. Wir erwarteten von Lonmin, dass sie mit uns darüber sprechen. Stattdessen riefen sie die Polizei, die dann meine Kumpel erschoss. Ich denke, die Situation hätte durch Lonmin einfach gelöst werden können: Sie hätten offen mit uns reden sollen, uns sagen, dass sie nicht in der Lage seien, unsere Forderungen zu erfüllen, sie hätten uns sogar entlassen können. Aber stattdessen haben sie veranlasst, uns zu töten, uns zu töten wie wilde Tiere.

Bischof Jo Seoka und der Präsident der *Association of Mineworkers and Construction Union* (AMCU) haben alles versucht, um Lonmin zu überzeugen, unserer Bitte nachzukommen, mit uns zu reden, aber Lonmin hat das abgelehnt. Stattdessen kam eine hochmilitarisierte Polizei, Rettungswagen, ja sogar Leichenwagen. Sie, die Regierung und Lonmin, die das koordiniert haben, wussten also genau, was sie vorhatten: »Shoot to kill« – uns zu töten, war die Mission, deswegen die Leichenwagen, Rettungswagen, um Überlebende wie mich abzutransportieren. Und für den Rest: Polizeiautos, um sie einzusperren.

Lassen Sie mich über das Heute, über jetzige Lebens- und Arbeitsbedingungen sprechen: Um es kurz zu machen: Seit dem Massaker hat sich nichts Substanzielles geändert. Noch immer wird uns nicht das bezahlt, was wir 2012 forderten. Bis dato wurden keine Kompensationsgelder ausgezahlt an uns, die Opfer: keine Reparationszahlungen für die Witwen, die Waisen, die Verletzten und keine an die nach dem Massaker Gefolterten. Alle fordern gleichermaßen nicht lediglich finanzielle Entschädigung, sondern vor allem Respekt und Gerechtigkeit.

So wie ich jetzt hier vor Ihnen stehe, kann ich Folgendes bezeugen: Weiterhin lebt die Mehrheit der Lonmin-ArbeiterInnen in mit Ratten verseuchten Wellblechhütten-Slums. Es gibt weiterhin kein fließendes Wasser in den Haushalten, wir haben keine Kanalisation. 20, 30, oft auch mehr Menschen müssen sich eine Toilette teilen, und diese Toiletten sind nichts weiter als Löcher im Boden, wir leben in unserem eigenen Dreck.

Unter diesen Umständen ist ein Leben in Würde nicht möglich.
Wir verlangen nichts weiter als das.

Ich weiß, dass BASF bei Lonmin Platin für mehrere Millionen Euro pro Woche einkauft. Wir wissen, dass wir für Lonmin und BASF eines der wertvollsten Edelmetalle der Welt aus dem Boden holen. Dafür verlangen wir nichts weiter, als ein Leben in Würde führen zu können – ich denke, das ist keine überzogene Forderung. Ich frage Sie, den CEO von BASF, Herr Kurt Bock: Meinen Sie, dass wir zu viel verlangen? Ich bitte Sie um eine Antwort.

Ich möchte Ihnen auch davon berichten, dass sich unsere Arbeitsbedingungen nicht verbessert haben: ArbeiterInnen sterben weiterhin unter Tage, weil sie von Lonmin unter hohem Leistungsdruck gesetzt werden, damit sie für Ihre Kunden möglichst viel in kurzer Zeit aus dem Boden bohren und schürfen – auch da sind Sie direkt angesprochen zu handeln, Sie als Hauptkunde von Lonmin.

Ich wünsche mir, dass BASF Druck auf Lonmin ausübt, sein »unfinished business«, seine unerledigten Pflichten und Verantwortungen gegenüber den Arbeitern wahrzunehmen und anzugehen. Auch wenn die Toten durch nichts mehr zum Leben erweckt werden können. Es würde uns, den Arbeiter, doch dabei helfen, zur Ruhe zu kommen, die Vergangenheit ruhen zu lassen, es würde einen Prozess der Versöhnung einleiten.

Ich bitte Sie, sehen Sie mich an: Ich kann kaum gehen. Früher, vor dem Massaker, habe ich gern Fußball gespielt, ich kann das jetzt nicht mehr. Ich muss jetzt starke Schmerzmittel nehmen, um überhaupt meinen Alltag bewältigen zu können. Ich bin 29 Jahre alt. Und ich habe Angst vor meiner Zukunft, wenn ich an all die Leiden und Schmerzen denke, die mir mein Körper wegen der Spätfolgen des Massakers noch verursachen wird. Man behandelt mich wie einen Schwerverbrecher, obwohl ich mich bloß an einem Streik beteiligt habe. Gleichzeitig weiß ich aber: Mir geht es noch um vieles besser als den Witwen, die ihre ermordeten Ehemänner in den Minen ersetzen müssen, um überleben zu können; die nun dort arbeiten müssen, wo ihre Ehemänner ermordet wurden.

Ich möchte Sie abschließend fragen: Was ist BASF bereit zu tun, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter bei Lonmin zu verbessern?

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, dass ich heute hier mit Ihnen sprechen darf. Und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

BASF-Aktionärsversammlungen im Congress Center Rosengarten in Mannheim. Die jeweiligen RednerInnen sind auf einem Screen hinter der Bühne des Vorstands zu sehen.

- ▶ Mzoxolo Magidwana, ein Überlebender des Massakers von Marikana, 2017.
- ▶ Ntombizolile Mosebetsane (links auf dem Screen) und Agnes Makopane Thelejane sprechen für die *Witwen von Marikana*. Simone Knapp von KASA – *Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika* trägt die Rede auf Deutsch vor, 2016.
- ▶ BASF-CEO Kurt Bock, 2016.



DAS THEATER DER VERANTWORTUNGSLÖSUNG ZYNISMUS UND WIRTSCHAFTLICHKEIT

María do Mar Castro Varela

Es ist für diejenigen, die sich nicht interessiert zeigen an einer Analyse postkolonialer kapitalistischer Verhältnisse,¹ kaum nachvollziehbar, warum Menschen, die unter härtesten Bedingungen eines der teuersten Edelmetalle abbauen, unter ärmlichsten Umständen leben müssen.² Auf dem afrikanischen Kontinent ist dies jedoch eher die Regel denn die Ausnahme. Von einem Ende kolonialer Verhältnisse kann nicht die Rede sein, denn obschon die direkte europäische Fremdherrschaft lokalen Machtstrukturen gewichen ist, finden wir weiterhin imperiale Verhältnisse vor.

¹ Vgl. María do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. 2., komplett aktualisierte und ergänzte Auflage. Bielefeld 2015.

² Vgl. auch Heide Gerstenberger: Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus. Münster 2017.

Post-Apartheid-Südafrika ist dafür geradezu ein Paradebeispiel. Deutsche, schweizerische oder österreichische Firmen, die schon während des Apartheidregimes nicht ihm zum Trotz, sondern auf seiner Grundlage unglaubliche Gewinne einstrichen, tun dies auch weiterhin (siehe den Beitrag von Simone Knapp, Jakob Krameritsch, Barbara Müller und Walter Sauer, S. 62). Für die Schwarzen ArbeiterInnen in Südafrika haben sich die Bedingungen jedoch nur unerheblich geändert: »Rund 340 Euro verdient ein Hauer (Minenarbeiter) bisher im ersten Jahr damit, dass er für eine der großen Minengesellschaften kilometertief unter Tage geht, um bei Temperaturen von 45 Grad das Platin aus der Erde zu holen. Sechs Tage die Woche, neun Stunden lang. Viele werden von der Arbeit krank, die Tuberkulose geht um. In manchen Stollen arbeiten die Hauer mit schweren pneumatischen Bohrern, die hoffnungslos veraltet sind.«³

Hier zeigt sich, dass Zeiten der Post-Apartheid und des Postkolonialismus ganz sicher keine Zeiten des *Danach* sind. Viel eher sind es Zeiten, in denen es nicht mehr legitimierbar sein sollte, dass Europa sich seiner Verantwortung vis-à-vis unglaublicher Gewaltverhältnisse im Globalen Süden entzieht. Dies tut es dennoch, dem Anschein nach legitim. Lange, zu lange konnte sich Europa weigern, Verantwortung für die Barbarei zu übernehmen, die einst von diesem Kontinent ausgegangen ist.⁴ Als stünden gewalttätige Konflikte, die sich so weit entfernt von Europa ereignen, in keinerlei Verbindung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen im Hier und Jetzt. Als gäbe es keinen Zusammenhang zwischen den Massakern, die heute immer wieder im Globalen Süden stattfinden und den imperialen Gewaltverhältnissen heute und gestern. In Stichworten: ein transatlantischer Sklavenhandel, an dem Europa sich enorm bereichert hat (und zwar nicht nur die Länder, die direkt am Kolonialismus beteiligt waren); Etablierung einer Plantagenökonomie, an der viele kolonisierte Menschen zugrunde gingen; brutalste Ausbeutung natürlicher Ressourcen (Gewürze, Baumwolle, Edelmetalle, Kakao, Tee, Kaffee); Entmachtung und Demütigung ehemaliger HerrscherInnen; Genozide und Vergewaltigungen; Epistemizide, also die intentionale Vernichtung von Wissen;⁵ Einführung der Kolonialsprachen als Landessprachen, während Tausende von Sprachen getilgt wurden und damit auch Wissen, ethische Perspektiven, philosophische Anschauungen – die Liste ließe sich weiterführen. Kolonialismus ist eine Geschichte der Gewalt, die in den kolonisierten Ländern wie auch in den Ländern, die direkt und/oder indirekt an der Kolonisierung beteiligt waren, tiefe Spuren hinterlassen hat. Darüber hinausgehend wurden epistemische, politische und ökonomische Machtstrukturen etabliert,

³ Philip Faigle: Ihr Leben für unser Platin. In: ZEIT-Magazin, 7.7.2014. Online verfügbar.

⁴ Prominentes und frustrierendes Beispiel zugleich ist der jahrelange Kampf der Herero und Nama, von der BRD eine offizielle Entschuldigung und von der deutschen Regierung und deutschen Unternehmen Reparationszahlungen für den während der Kolonialzeit begangenen Genozid zu erhalten (vgl. hierzu: www.genocidenamibia.net).

⁵ Vgl. Boaventura de Sousa Santos: Epistemologien des Südens: Gegen die Hegemonie des westlichen Denkens. Münster 2018.

die Ausbeutung nicht nur weiterhin ermöglichen, sondern gleichzeitig die Unsichtbarmachung der Gewalt fortsetzen. Ohne dieses Ausblenden wäre eine Ausbeutung nicht möglich.

Im Sommer 2012 werden in Marikana 34 Minenarbeiter von der Polizei erschossen, während sie sich im Streik befinden. Ein Streik, der geführt wird, um für die ArbeiterInnen bessere Löhne, Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

»Viele von ihnen starben durch Schüsse in den Rücken, einige wurden von Polizeipanzern überfahren. Viele von ihnen hätten überleben können, wäre es der Rettung erlaubt worden, sofort – und nicht erst eine Stunde später – zum Ort des Massakers zu fahren.«⁶

Schnell, nur allzu schnell werden Vorkommnisse wie diese von der Mehrheit in Europa zynisch mit einem »So ist das eben dort unten!« kommentiert (siehe hierzu den Beitrag von Stefan Buchen, S. 358). Für viele sind afrikanische Staaten nichts weiter als *failed states* – gescheiterte Staaten – Symptom für die Unfähigkeit der afrikanischen Bevölkerungen, demokratische Praxen zu etablieren. Die Idee der Demokratie, die ihren Ursprung in Europa nahm, scheint nicht kompatibel mit der »Natur der Menschen« im Globalen Süden. Wann immer Politik in brutale Gewalt umschlägt, Korruptionen sichtbar oder Regierungen gestürzt werden, wird das alte Vorurteil reaktiviert, dass die ehemals Kolonisierten nicht fähig seien, ein Land zu regieren (siehe hierzu das Interview mit Dinah Rajak, S. 264 und den Beitrag von Boniface Mabanza, S. 340).

Offizielle Länderindizes, die die »Stabilität« von Staaten aufführen, bezeichnen fast alle afrikanischen Staaten als »gescheitert« oder »fragil«. Südafrika gilt als »borderline« oder »critical«. ⁷ Es soll hier nicht interessieren, ob und gemäß welcher Kriterien diese Aussage stimmig ist. Die Kritik an den Indizes ist vielfältig und bietet diverse Möglichkeiten zur Debatte. ⁸

Es geht mir im vorliegenden Text hingegen darum, wie ein Diskurs um »Afrika«, der den Kontinent als Symbol für Versagen und Barbarei beschreibt, eine verhängnisvolle diskursive Stille erzeugt. Eine Stille, die sich ausbreitet rund um die Gewalt, die vom Westen ausgeht, und die als Folge wenig relevant erscheint. In dem Sprechen vom »Scheitern« afrikanischer Staaten schimmern die rassistischen Bilder deutlich durch, die nach wie vor das europäische Bild von Afrika prägen. Wie Achille Mbembe pointiert ausführt: »Afrikanische Politik und Ökonomie wurden dazu verurteilt, Zeichen eines

⁶ Peter Alexander/Thapelo Lekgowa/Botsang Mmope/Luke Sinwell/Bongani Xezwi: Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von ArbeiterInnen in Südafrika. Wien 2013. S. 7.

⁷ Vgl. den Fragile State Index von 2017 unter <http://fundforpeace.org/fsi/data/>. Auch die DERA, die *Deutsche Rohstoffagentur*, das Bindeglied deutscher Regierung zur rohstoffverarbeitenden Industrie, gebraucht diese Indizes. Siehe etwa: Herwig Marbler/Peter von Hartlieb-Wallthor: Rohstoffe Subsahara. 31 Länder, Stand 2016/2017. Im Auftrag der *EnergieAgentur* NRW und der DERA. Online verfügbar. Südafrika kommt hier auf einen Wert von 62,3 beim »Economic Freedom Score«. S. 80.

⁸ Vgl. Oliver Nay: Fragile and Failed States: Critical Perspectives on Conceptual Hybrids. In: *International Political Science Review* 3/2013. S. 326–341.

Mangels zu sein, während der politikwissenschaftliche Diskurs und der Diskurs der Entwicklungsökonomie zur Suche nach den Ursachen des Mangels geworden ist.«⁹

Im Folgenden gehe ich deswegen exemplarisch einem spezifischen Sprechen nach, das auf diese (Nicht-)Wahrnehmung vertrauen kann. Es ist dies ein Sprechen, das versucht, sich aus der Verantwortung zu stehlen; ein Sprechen, das diejenigen beruhigt, die eigentlich schlaflose Nächte haben sollten, denn sie verdecken eine Vielzahl von Verbrechen und verdienen gleichzeitig an ihnen. Wenn afrikanische Politik und Ökonomie, wie Mbembe es beschreibt, Zeichen eines Mangels ist, dann müssen wir uns fragen, wie dieses Zeichen stabilisiert wird. Wie, so ließe sich fragen, ist es möglich, dass die große Unruhe, die Europa durchzieht, nur ausgelöst zu werden scheint von denjenigen AfrikanerInnen, die nach Europa fliehen, die in Europa Zuflucht vor Krieg und Elend suchen? Warum wissen wir in Europa so wenig über das, was im Globalen Süden politisch und ökonomisch vor sich geht? Und warum glaubt die Mehrheit in Europa genau zu wissen, was politisch und ökonomisch in Afrika vonstattengeht? Ist es Interesselosigkeit, Verantwortungslosigkeit oder ein produziertes aktives Schweigen, das Europa im Zustand der Ignoranz hält?

Der Text verfolgt nicht die Intention, auf diese Fragen Antworten zu finden. Viel eher geht es darum, die fehlende moralische Empörung als Ausgangspunkt und Motivation einer diskursanalytischen Untersuchung zu nutzen. Beispielhaft soll der hegemoniale postkolonial-europäische Macht- und Herrschaftsdiskurs anhand der Analyse einer spezifischen Äußerung betrachtet werden. Es ist dies die Antwort von Kurt Bock, damaliger Vorstandsvorsitzender der BASF, auf die Redebeiträge von Bischof Jo Seoka, Ntombizile Mosebetsane und Agnes Makopano Thelejane sowie Markus Dufner, Boniface Mabanza, Maren Grimm und Jakob Krameritsch auf der BASF-Aktionärsversammlung von 2016, die hier einer Diskursanalyse unterzogen wird. Die Untersuchung legt die diskursiven Strategien des Unternehmens offen, die unter der Überschrift »Aus der Verantwortung stehlen« subsumierbar sind.

Ethik und Verantwortung

Die »internationale Arbeitsteilung« ist eine Grundbedingung der Globalisierung. Das Ziel internationaler Handelsabkommen ist es, die damit einhergehenden Verflechtungen der Volkswirtschaften zu regulieren. Diese Arbeitsteilung beruht jedoch unter anderem darauf, dass westliche Länder schwere und schmutzige Arbeit in ehemals kolonisierte Länder auslagern, um ihre Produktionskosten zu senken. Dies ist bekannt als »Out-

⁹ Achille Mbembe: *On the Postcolony*. Berkeley 2001. S. 8; eigene Übersetzung. Originalzitat: »African politics and economics have been condemned to the sign of a lack, while the discourse of political science and development economics has become that of a quest for the causes of the lack.«

sourcing«, ein Kennzeichen der Externalisierungsgesellschaft (siehe Einleitung, S. 39). Allerdings geht es nicht nur um die Verlagerung von Produktionsstätten, sondern oft ganz fundamental darum, die bereits während der Kolonialherrschaft und Apartheid etablierten Ausbeutungsstrukturen in Gang zu halten (siehe hierzu den Beitrag von Boniface Mabanza, S. 340). Ein gutes Beispiel dafür ist die Vorgehensweise von Lonmin und BASF im südafrikanischen Platinsektor. Die Frage der Ethik stellt sich hier in aller Dringlichkeit. Mit welchem Recht werden Ausbeutungsverhältnisse aufrechterhalten? Wer profitiert von ihnen?

Der britische Philosoph Simon Critchley spricht in »Infinitely Demanding« (2007) von einer *Pflicht* zur Ethik. Die Philosophie beginne mit einer Enttäuschung und nicht, wie so oft behauptet, mit einer Frage oder einem Sich-Wundern. Es sei diese Enttäuschung, die den entscheidenden Fragen vorausgehe. Er unterscheidet dabei zwischen zwei großen Enttäuschungen – der religiösen und der politischen. Letztere sollte uns hier interessieren. Es ist dies eine Enttäuschung, die insbesondere mit den grandiosen und narzisstischen Entwürfen – etwa der Idee der Menschenrechte¹⁰ – in einem Zusammenhang stehen. Denn all der Hoffnung zum Trotz bewohnen wir eine gewaltvolle und ungerechte Welt: »[E]ine Welt, die vom Horror des Krieges definiert wird, eine Welt, in der, wie Dostojewski sagt, Blut so fröhlich vergossen wird, als sei es Champagner.«¹¹

Aus dieser Enttäuschung kann nun viel hervorgehen: Frustration und Lethargie oder ein unendliches Engagement. Übertragen wir diese Vorstellung auf die Situation der Postkolonialität, so könnten wir sagen, dass die Enttäuschung, die nach der Euphorie der Dekolonisation folgte, eigentlich zu einem kontinuierlichen Hinterfragen der globalen politischen Situation hätte führen müssen. Ein Hinterfragen, das uns eine aktive und aktivierende Erinnerungspolitik abverlangt. In diesem Zusammenhang müssen wir uns die Pflicht zur Ethik, wie sie Critchley beschreibt, als politisches Engagement und kontinuierliches Erinnern vorstellen (siehe den Beitrag von Franziska Dübgen, S. 200). Die Pflicht zur Ethik ist im Sinne Critchleys eine unendlich herausfordernde Ethik, denn nur eine solche kann der zeitgenössischen Unmoral etwas entgegensetzen. Eine Unmoral, die angefüllt ist mit einem Moralismus, dem es kontinuierlich gelingt, über den *Mangel* Afrikas zu sprechen, dem Europa kaum etwas entgegensetzen könne. Was immer Europa tut, der *Mangel* Afrikas bleibt. Europa und der Westen werden dagegen als Retter eingestuft, wie dies Makau Mutua (2001, 2008) ebenso brillant wie eindrücklich in seiner Kritik an der westlichen Menschenrechtspolitik feststellt: Die Unzivilisierten peinigen ihre Opfer, und der Westen muss sich wiederum zum Retter aufschwingen. Wie

¹⁰ Vgl. María do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan: Human Rights and its Discontents. Postkoloniale Interventionen in die Menschenrechtspolitik. In: Julia König/Sabine Seichter (Hg.): Menschenrechte. Demokratie. Geschichte. Transdisziplinäre Herausforderungen an die Pädagogik, Weinheim/Basel 2014. S. 145–162.

¹¹ Simon Critchley: *Infinitely Demanding. Ethics of Commitment. Politics of Resistance*, New York/London 2007. S. 3; eigene Übersetzung. Originalzitat: »[...] a world defined by the horror of war, a world where, as Dostoevsky says, blood is being spilt in the merriest way, as if it were champagne«.

Mutua bemerkt, bleibt dieses Bild eingebettet in einen »othering«-Prozess, der die Produktion inferiorer Klone, eigentlich dummer Kopien des Originals, imaginiert.¹²

Um diese Imaginationen erzeugen und stabilisieren zu können, ist es unabdingbar, dass der Westen sich als Überbringer und Verteidiger der Menschenrechte aufschwingt, selbst dann, wenn klar ist, dass es eigentlich nur um ökonomische Vorteile geht.¹³ Ethik und Markt befinden sich – Kants Analysen zum Trotz – in einer nicht zu harmonisierenden Spannung. Es ist eben nicht so, wie es uns die (Neo-)Liberalen klarmachen wollen – dass der Markt Freiheit und Selbstverwirklichung ermöglicht. Und auch ein ewiger Frieden, so wie Kant ihn in seiner Schrift »Zum ewigen Frieden« (1796) formuliert, kann durch die grenzüberschreitende Ökonomie nicht verwirklicht werden.

Eher verhält es sich gänzlich umgekehrt: Während europäische PolitikerInnen darüber streiten, welcher Staat der humanste sei, treiben die Lebensverhältnisse im Globalen Süden immer weiter in Richtung »Unlebarkeit«. Der Wettlauf und Kampf um Ressourcen, die gnadenlose Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft in den Textilproduktionsstätten sowie die Waffentransporte des Westens an sich bekämpfende Länder des Südens sind dabei wohlbekannte Tatsachen, die jedoch kaum zur Folge haben, dass die Weltpolitik sich ändert. Immer mehr erscheint der Menschenrechtsdiskurs als ein Deckmantel, der globale soziale Ungerechtigkeiten nicht mildert, sondern oft erst ermöglicht.

So bemerkt Kurt Bock sehr richtig im Sinne des Unternehmens: »[...] es geht aber auch um wirtschaftlichen Erfolg, ganz, ganz wichtig, denn ohne wirtschaftlichen Erfolg funktionieren alle anderen Dinge nicht«¹⁴ (Hervorh. d. A.). Es fragt sich hier natürlich, welche anderen Dinge dann nicht funktionieren. Auf den Aktionärsversammlungen versuchen unterschiedliche Menschen, Betroffene wie UnterstützerInnen, auf die menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen in den Minen von Lonmin aufmerksam zu machen. Sie fragen nach; sie fordern Rechenschaft. Der Vertreter der BASF dagegen spricht vom »wirtschaftlichen Erfolg«, der wahrlich ohne Zweifel nachweisbar ist, und von der »berechtigte[n] Sorge, dass Unternehmen sich auch darum kümmern müssen, was ihre Kunden mit ihren Produkten machen«¹⁵. Welch extraordinary Verdrehung von Gerechtigkeitsfragen! Sicher räumt das Unternehmen ein, dass ihre Lieferanten nicht jegliche ethischen Vorschriften übertreten dürften, aber zuvorderst stünden die KundInnen (im Westen).

Hier geht es um Platin, ein wertvolles Edelmetall. Wikipedia zufolge handelt es sich um ein »kostbares, schmiedbares, dehnbares, grau-weißes Übergangsmetall«, das so-

¹² Makau Mutua: *Savages, Victims, and Saviors. The Metaphor of Human Rights*. In: *Harvard International Law Journal* 1/2001. S. 201–245, hier: S. 205; eigene Übersetzung. Originalzitat: »[...] ›othering‹ process that imagines the creation of inferior clones, in effect dumb copies of the original«.

¹³ Vgl. Gayatri Chakravorty Spivak: *Righting Wrongs. Unrecht richten*. Zürich/Berlin 2008.

¹⁴ Plough Back the Fruits: Protokoll der BASF-Hauptversammlung, 29.4.2016. Im Besitz der HerausgeberInnen dieses Buchs. S. 4. Siehe dazu auch: basflonmin.com

¹⁵ Ebda. S. 1.

wohl als Schmuck (sein Wert liegt deutlich über dem von Gold) verarbeitet wird, aber vor allem in Fahrzeugkatalysatoren Verwendung findet. Die Ironie liegt unter anderem darin, dass das Metall, das unter den härtesten und schmutzigsten Arbeitsbedingungen gefördert wird, in Europa insbesondere im Gesundheitsbereich Einsatz findet und zudem behilflich dabei ist, *unsere* Luft reinzuhalten. In diesem Zusammenhang ist auch die Beschreibung auf der Webseite der BASF interessant: »Die Metalle von Lonmin – Platin, Palladium und Rhodium – kommen bei BASF hauptsächlich bei der Herstellung von Abgaskatalysatoren für Fahrzeuge zum Einsatz. Sie nehmen die Schadstoffe aus den Motorabgasen auf, bevor diese in die Atmosphäre gelangen. Damit können Automobilhersteller die zunehmend strengereren weltweiten Abgasvorschriften einhalten.«¹⁶

Man könnte glauben, die Vorschriften seien daran schuld, dass die Metalle unter unwürdigen Bedingungen abgebaut werden. Eine interessante sprachliche Taktik – in dem Versuch, sich von der Verantwortung freizusprechen.

Das Theater der Verantwortungslosigkeit

Tauchen wir nun also ein in das Protokoll einer Aktionärsversammlung, die geradezu paradigmatisch für einen »postkolonialen Undialog« steht. Der Dialog stellt ein Zwiegespräch dar, bei dem Rede und Gegenrede auf gleicher Augenhöhe stattfinden. Idealerweise stellen wir uns dieses Reden emotionsfrei und geregelt vor – mit gleichen Chancen für alle Teilnehmenden, Argumente und Sichtweisen vorzubringen. Ganz im Sinne von Jürgen Habermas' Idee einer perfekten Sprechaktsituation (1981), die von gleichen Chancen der Deutungs- und Argumentationsqualität ebenso ausgeht wie von einer Herrschaftsfreiheit. Die Frage bleibt, ob dies nur eine absurde Phantasie ist.

Aber wichtiger als die Frage, ob eine solchermaßen »ideale Sprechaktsituation« überhaupt denkbar ist, ist es auszuloten, wie die bekannte Aufklärungsidee instrumentalisiert wird, um Gewalt weiterhin zu legitimieren. Immer wieder wird in internationalen Konfliktsituationen nach einem Dialog gerufen, weswegen ich hier von einem *Undialog* sprechen möchte. Ein Undialog kommt dann zustande, wenn diejenigen, die die Macht haben, scheinbar einen Dialog führen, diesen aber nur dazu nutzen, um darzulegen, dass kein Unrecht vorliege. Der Dialog wird zur Waffe, die Ungerechtigkeit und Machtstrukturen verfestigt: zu einem Undialog.¹⁷

¹⁶ Vgl. www.basf.com/de/company/about-us/suppliers-and-partners/sustainability-in-procurement/ensuring-sustainability-in-the-supply-chain.html.

¹⁷ Vielleicht kann eine »ideale Sprechaktsituation« nur von einem modernen europäischen Philosophen formuliert werden, der zur »expansionistische[n] aggressive[n] Natur der europäischen Moderne, zu einem Problem in [seinem] Denken oder zum Fokus [seiner] Reflexionen« schweigt. Tsenay Serequeberhan: Die Philosophie und das postkoloniale Afrika: Historizität und Denken. In: Franziska Dübgen/Stefan Skupien (Hg.): Afrikanische politische Philosophie. Postkoloniale Positionen. Frankfurt a. M. 2015. S. 55–84, hier S. 67, FN 30.

Die Aktionärsversammlung vom 29. April 2016 ist durchzogen von einem kaum aushaltbaren Zynismus. Sie mutet wie die mustergültige Performance eines Theaters der Verantwortungslosigkeit an, die das Mittel des Undialogs in hervorragender Weise nutzt. Versammlungen dieser Art sind geregelt, ritualisiert und inszeniert. Sie hinterlassen oft einen bitteren Nachgeschmack und bei den Opfern weniger das Gefühl der Handlungsmacht als das der Ohnmacht. Auf der BASF-Aktionärsversammlung 2016 wird das Massaker *bedauert*, gleichzeitig werden die kritischen Fragen jedoch disqualifiziert oder vertagt und die Verantwortung des Unternehmens wird rundweg abgestritten. Es wird kaum der Eindruck erweckt, als sei ein gewalttätiger Konflikt im Gange, bei dem bereits Menschen sinnlos ihr Leben verloren haben. Sachlich, kühl – rational abwägend eben – wird stattdessen darauf hingewiesen, wie gut die Beziehung zu Lonmin und wie gut und wichtig wirtschaftliche Beziehungen im Allgemeinen seien. Schon zu Beginn der Ausführungen Kurt Bocks wird die Stoßrichtung seiner Argumentation deutlich, sie setzt ein mit einem Akt der Respektlosigkeit: »Ja, vielen Dank, Herr Hambrecht, und vielen Dank auch Bischof Seoka und auch den beiden Witwen, dass Sie heute hier nach Ludwigshafen gekommen sind. Es ist schon wichtig, dass Sie uns auch erklären, wie die Umstände und die Zustände in Ihrem Heimatland sind.«¹⁸

Namentlich gedankt wird Herrn Hambrecht und dem Bischof Seoka. Dem Bischof als Autoritätsperson und Vertreter einer christlichen Kirche wird noch Respekt gezollt, die beiden Frauen werden als Witwen angesprochen, womit ihnen jegliche Handlungsmacht genommen wird. Sie sind lediglich da, um den Verlust ihrer Männer zu beklagen. Argumente, Widerstand, Forderungen gegenüber einem ausbeuterischen System werden nicht erwartet.

Der zweite Satz definiert den Ton der weiteren Äußerungen – als wüssten die BASF-VertreterInnen nicht, wie die politischen Umstände im Land sind; als wüssten sie nicht, auf welcher brutalen Art und Weise die ArbeiterInnen in den Minen auch nach dem Ende der Apartheid ausgebeutet werden. Zugleich wird eine klare Differenzlinie gezogen: Die »SüdafrikanerInnen« müssen erklären, wie es in *ihrem* Land zugeht. Dass die Bedingungen, unter denen sie dort arbeiten und leben, auch mit globalen Verflechtungen zu tun haben, wird gleich zu Beginn unterlaufen. Es gibt ein Dort und ein Hier. Und was dort passiert, hat scheinbar nur wenig damit zu tun, was hier durchgesetzt und verhandelt wird. Hier wird ein Zivilisierungsdiskurs fortgeführt, der jegliche Barbarei im Globalen Süden verortet, während der Westen nur versuchen kann, all dies einigermaßen zu kontrollieren. So wird mehrmals auf Rechte, Kontrollen und Regeln verwiesen, die BASF eingeführt habe und an die sich das Unternehmen selbstverständlich halte, während immer wieder auf die schwierigen Zustände in Südafrika hingewiesen wird. »Ich bin

¹⁸ Plough Back the Fruits: Protokoll der BASF-Hauptversammlung, 29.4.2016. Im Besitz der HerausgeberInnen dieses Buchs. S. 1. Im Folgenden »Protokoll« genannt. Siehe dazu auch: basflonmin.com

nicht sicher«, bemerkte Kurt Bock auf einer Pressekonferenz im Februar 2016, »ob wir dann wirklich den Rat geben können, diese Dinge, diese Arbeitsauseinandersetzungen zivilisierter und letztlich friedfertiger und damit eben auch ohne diese mehr als bedauerlichen Menschenverluste zu gestalten«. ¹⁹

Eine, gelinde gesagt, etwas verwirrende Aussage. Durch die Passivkonstruktion wird ein aktives Verbrechen zu einem unumgänglichen Schicksal. Hier wird auf geradezu perfide Weise die koloniale Linie zwischen den »Zivilisierten« und den »Barbaren« nachgezogen, denn in Südafrika, so scheint es, können Konflikte um bessere Löhne immer nur mit »Menschenverlusten« einhergehen. Das Unternehmen, das weltweit agiert und nicht nur der größte Chemiekonzern der Welt ist, sondern eben auch der Hauptabnehmer der Mine (jährlich 650 Mio. Euro), gibt sich gemeinhin potent und männlich. Hier nun aber behauptet derselbe Konzern, er habe nur begrenzten Einfluss auf die Bedingungen, unter denen die Menschen, die dem Unternehmen seine großen Gewinne sichern, arbeiten und leben. Viel eher ist es so, dass nicht nur die schlechten Arbeitsbedingungen, sondern auch gewalttätige Konflikte hingenommen werden. Vielleicht auch, weil ArbeiterInnen in Südafrika für das deutsche Unternehmen nicht zählen. Sie sind Ziffern in den Unternehmensbüchern.

Die Strategien der BASF entlarven sich als Strategien der Verzögerung, Verheimlichung, Verharmlosung und Verdrehung von Tatsachen. So wird festgestellt, dass die Untersuchungen der Geschehnisse erst Jahre später – und letztlich erst durch die Intervention Seokas bei der Aktionärsversammlung 2015 – initiiert wurden. Die Unternehmensleitung begründete dies damit, dass zunächst der Regierungsbericht eingesehen werden musste, der erst mit drei Jahren Verzug vorlag.

»Wir haben letztes Jahr über dieses Thema hier diskutiert und wir haben uns gesagt, wir können jetzt nicht wirklich inhaltlich Stellung nehmen, schlichtweg weil der Regierungsbericht über dieses Massaker – so kann man es, glaube ich, bezeichnen – noch nicht vorlag. Der lag zwar der Regierung schon vor, aber er war noch nicht veröffentlicht. Das Massaker war 2012; 2015 ist er [der Bericht] dann rausgekommen, im Juli, letztendlich.« ²⁰

Die Zeit dazwischen wurde trotz massiver Proteste nicht dafür genutzt, selbst Prüfungen durchführen zu lassen. Die Verantwortung wird gänzlich auf die südafrikanische Regierung geschoben. Durchgängig zeichnet BASF das Bild von den verantwortungslosen Regierungsstellen, das antagonistisch dem angeblich eigenen humanen Vorgehen gegenübersteht. Wort für Wort, Satz für Satz wird ein eigenes Narrativ gewebt, das jegliche kritische Hinterfragung der Vorgehensweisen von Gewerkschaften, Polizei und Unternehmen als Teil einer Nichtrealität darstellt.

¹⁹ Stefan Buchen: Ausbeutung in Afrika. Welche Verantwortung hat BASF? In: Panorama, NDR, 28.4.2016. Online verfügbar.

²⁰ Protokoll, S. 1.

»Diese Frage ist ja auch gestellt worden: Was ist eigentlich unsere Definition von Nachhaltigkeit – was Sie also mit vorseilendem Gehorsam und neoliberalen Ideen in einen Zusammenhang stellen. Ganz interessante Argumentation, aber [sie] trifft, glaube ich, nicht die Realität.« ²¹

Das Sprechen von Neoliberalismus und vorseilendem Gehorsam allein erscheint dem Redner wie ein Diskurs aus einer anderen Welt. Diese Form der Kritik ist keine, auf die die BASF-Vertreter reagieren wollen. Es ist nicht ihre Realität, die selbstverständlich den Markt über alles stellt. BASF macht unumwunden klar, dass ökonomische Effizienz erste Priorität des Unternehmens ist, der sowohl die Umwelt als auch die »soziale Frage« unterzuordnen sind. Alles andere wird »mit Bedauern« hingenommen. »[U]nd wir wissen auch, dass natürlich die Lebensverhältnisse in Südafrika nicht immer so sind, wie man sich das wünscht«, sagt Kurt Bock und unterstellt damit, dass das Unternehmen mit diesen Lebensverhältnissen nichts zu tun hätte. Es ist dies eine klassische Strategie, um die große Enttäuschung zu ertragen, dass von Europa keine Humanität ausgeht, sondern Barbarei. ²² Verblüffend insbesondere deshalb, da Kurt Bock Mitglied im Kuratorium des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer ²³ ist, dessen Selbstverständnis unter anderem mit den folgenden Worten beschrieben wird: »Vor diesem Hintergrund muss es als denkbar erbärmlichstes Armutszeugnis gelten, wenn eine Führungskraft selbstvergesenen Zuflucht zu der Aussage nimmt, die Lage sei »alternativlos«. Einer scheinbaren Alternativlosigkeit das Wort zu reden, ist gleichermaßen bequem, unwissenschaftlich und undemokratisch.« ²⁴

Non-Performativität international ethischer Regulierungen

Das Phänomen ist bekannt: Menschen in Europa kaufen Produkte mit dem Siegel »fair«, weil sie davon ausgehen, dass sie unter gerechten Bedingungen im Globalen Süden produziert werden. Indem sie ein wenig mehr an der Kasse zahlen, beruhigen sie ihr Gewissen. De facto ist aber seit Langem bekannt, dass längst nicht alle diese Produkte gerecht (im Sinne der eigenen Maßstäbe) hergestellt werden. ²⁵ Siegel sind wie Dokumenten, die von Unternehmen unterzeichnet werden, um Diversität zu befördern, nicht dis-

²¹ Ebda. S. 4.

²² Vgl. Nikita Dhawan: Doch wieder! Die Selbst-Barbarisierung Europas. In: María do Mar Castro Varela/Paul Mecheril (Hg.): Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart. Bielefeld 2016. S. 73–84.

²³ Vgl. www.aeu-online.de/organisation/kuratorium.html.

²⁴ Vgl. www.aeu-online.de/selbstverstaendnis.html.

²⁵ Vgl. dazu einen Beitrag in der *Zeit* vom 5.10.2014. Online verfügbar: »Die Verbraucherzentrale Hamburg hat 32 fair gehandelte Produkte getestet – und die Hälfte der Marken durchfallen lassen beziehungsweise als »intransparent« bewertet [...] Das Geschäft mit fair gehandelten Produkten ist ein gigantischer Markt, der in die Mitte der Gesellschaft drängt. Waren mit dem bekanntesten Siegel, »Fairtrade«, wurden 2013 im Wert von mehr als einer halbe Milliarde Euro verkauft. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Plus von 23 Prozent. In Deutschland werden die Produkte in 42.000 Supermärkten, Cafés und Restaurants verkauft.«

kriminierend zu handeln oder eben nachhaltig zu wirtschaften. Sie sind oft nicht einmal das Papier wert, auf dem sie gedruckt sind. Sara Ahmed hat im Zusammenhang mit Diversity-Politiken an britischen Hochschulen von einer Non-Performativität gesprochen: Offizielle Maßnahmen und Dokumente gebe es viele – an dem diskriminierenden Alltag, den etwa Studierende of Color erlebten, habe das kaum etwas geändert. In »On Being Included«²⁶ beschreibt Ahmed, dass das in solchen Dokumenten formulierte Bekenntnis einer Befreiung vom Handeln im Sinne der Formulierung gleichkomme. Immerhin dokumentierten sie, dass sich dazu bekannt wird, gut zu sein. Das allerdings befreie von der Verpflichtung, es auch wirklich zu sein. Diese Mechanismen lassen sich auch auf die internationale Ebene übertragen.

Immer wieder werden während der Aktionärsversammlung andere »autoritative Stimmen« aufgerufen, die gewissermaßen Schützenhilfe geben. So werden beispielsweise die »Zehn Prinzipien des *Global Compact*«²⁷ zitiert. Dieser Pakt zwischen den Vereinten Nationen und Unternehmen zielt, wie es heißt, darauf, die Globalisierung ökologischer und sozialer zu gestalten. Die Unternehmen verpflichten sich etwa, darauf zu achten, dass die Menschenrechte eingehalten werden, dass Beschäftigte die Möglichkeit haben, sich gewerkschaftlich zu engagieren und dass Diskriminierungen ausgeschlossen werden. Nun fragt man sich, wie es möglich ist, dass ein global agierendes Unternehmen wie die BASF einen solchen Pakt unterzeichnet und es dann zu einem Massaker kommt? Und das, weil der Minenbesitzer, Platinlieferant von BASF, die durchaus verständlichen Proteste brutal niederschlagen lässt? Wie so oft lassen die Ereignisse auch an der Arbeit der UNO zweifeln. Die Verpflichtung der Unternehmen zu den Regeln des *Global Compact* erfolgt freiwillig und selbstverständlich gibt es keine Sanktionen, sollte dieser nicht – oder nur teilweise – eingehalten werden. Die Unterzeichnung kann jedoch, wie auf der Aktionärsversammlung geschehen, dafür eingesetzt werden, sich eine moralische Autorität zu verleihen.

»Der UNGC ist in erster Linie ein Lern- und Dialogforum, in dem »Best Practices« von CSR, also gute Beispiele mit Vorbildfunktion, identifiziert und von anderen Unternehmen kopiert werden sollen. Alle Unternehmen im UNGC sind verpflichtet, jährlich ihr gesellschaftliches Engagement in Form von Berichten auf der *Global Compact*-Homepage zu veröffentlichen (*Communication of Progress*, COP). Dabei soll über den Stand der Umsetzung der zehn *Global-Compact*-Prinzipien sowie über die Aktivitäten zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in schriftlicher Form berichtet werden. Die Berichte müssen bestimmte Kriterien erfüllen, die Inhalte werden jedoch nicht überprüft und Sanktionsmöglichkeiten fehlen weitgehend.«²⁸

²⁶ Vgl. Sara Ahmed: *On Being Included: Racism and Diversity in Institutional Life*. Durham 2012. S. 114ff.

²⁷ Vgl. www.unglobalcompact.org/what-is-gc/mission/principles.

²⁸ Bundeszentrale für politische Bildung: *UN Global Compact*, 1.10.2017. Online verfügbar.

Unterzeichnete Dokumente, geweiht mit der Autorität der Vereinten Nationen, dienen nicht selten dem Unterlaufen von Gerechtigkeit. Ein Undialog wird auch dadurch ermöglicht. Dies geht über die von Ahmed postulierte Non-Performativität weit hinaus. Es kommt nicht nur nicht zu einer Performativität von Antidiskriminierung und mithin Gerechtigkeit, vielmehr werden ungerechte Zustände weiterhin legitimiert.

Der »kleine Bruder« – solidarische Ausbeutung

»Die Polizei hatte anscheinend den Befehl, keinen der Arbeiter am Leben zu lassen.«²⁹

Immer wieder wird von der BASF beteuert, dass »sehr, sehr viel« getan worden sei. Die mantrahafte Wiederholung des Adverbs »sehr« scheint dazu zu dienen, die Aussage, dass etwas getan wurde, klarer und deutlicher zu machen.

Auffällig ist weiterhin, dass im Protokoll der Aktionärsversammlung ein Solidaritätsdiskurs aufgerufen wird, in dem diejenigen scheinbar in Solidarität verbunden sind, die (post-)koloniale Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen in Gang halten: »Warum veröffentlichen wir dann [unsere Audits mit Lonmin] nicht, das ist ja gefragt worden. Wir veröffentlichen sie nicht, weil das erstmal ein Thema ist zwischen Lonmin und der BASF, und Lonmin hat sich auch außerordentlich offen gezeigt, mit den Empfehlungen auch sehr, sehr konstruktiv umzugehen, auch weitere Audits zu akzeptieren. Er könnte ja auch sagen: Mach ich nicht, ich lasse euch gar nicht rein – ganz im Gegenteil, große Offenheit bei Lonmin.«³⁰

Solidarität bedeutet hier vor allem, dass gemeinsam daran gearbeitet wird, die brutalen Ausbeutungsverhältnisse zu vertuschen. Diese Solidarität ist allerdings trügerisch. Der südafrikanische Minenbetreiber Lonmin wird in dieser Passage eher als kleiner Partner adressiert, der sich so verhält wie der »große Bruder«. »Er könnte ja auch sagen: Mach ich nicht, ich lasse euch gar nicht rein«, sagt Kurt Bock und unterschlägt die Abhängigkeit Lonmins von den europäischen Abnehmern. Beide Seiten verdienen an diesem Geschäft, aber es ist klar, dass BASF am längeren Hebel sitzt. So wird eine Solidarität suggeriert, die es unmoralisch erscheinen lässt, mit Folgen zu drohen. »Das heißt konkret: Wir sehen Lonmin weiterhin als einen aus unserer Sicht vertrauenswürdigen Partner, gerade unter der neuen Führung, und unsere Aufgabe ist es unseres Erachtens, mit diesem Unternehmen weiter zusammenzuarbeiten und gemeinsam zu versuchen, die Verhältnisse weiter zu verbessern.«³¹

²⁹ Betty Lomasontfo Gadlela, zit. nach: NomaRussia Bonase u. a. (Hg.): *Plough back the Fruits. The Struggle for Justice and Restitution. The Bodymaps of the Widows of Marikana*. Hamburg u. a. 2016. S. 52. Online verfügbar.

³⁰ Protokoll, S. 3.

³¹ Ebda.

Bock verweist nicht, wie in wirtschaftlichen Kontexten üblich, auf die Erfüllung von Kriterien und Abmachungen, sondern darauf, dass es wichtig sei, den Partner gewissermaßen nicht im Stich zu lassen. Dabei hatte der Bericht der Marikana-Untersuchungskommission zweifelsfrei die Mitschuld Lonmins am Massaker und sein Versagen, die Wohn- und Lebensbedingungen seiner ArbeiterInnen zu verbessern, bestätigt.

»Die Offenheit, die wir bei Lonmin spüren, Dinge weiter voranzutreiben, ist also für uns ein Grund, mit denen weiter zusammenzuarbeiten.«³²

Erneut wird von »Offenheit« gesprochen – als handele es sich um eine Liebes- und nicht um eine Wirtschaftsbeziehung. Das eher despektierliche »mit denen« markiert zeitgleich Vertrautheit und Distanzierung und stellt sprachlich eine klare Hierarchie her. Auch im Weiteren erscheint Lonmin wie der »arme kleine Bruder«, mit dem man nicht so streng sein sollte.

»Wir leisten unseren Beitrag, indem wir ein guter Partner sind für Lonmin, ein erfahrener Partner, indem wir sicherstellen, dass Lonmin unseren Ansprüchen künftig auch weiterhin gerecht werden kann.«³³

Hier zeigt sich eine weitere Strategie zur Umgehung der eigenen Verantwortung: An keiner Stelle wird die eigene direkte Verantwortung thematisiert, während alle an dem Massaker direkt Beteiligten kontinuierlich in Schutz genommen werden, quasi als Rechtfertigung, dass die Kooperation, die enorme Gewinne ermöglicht, zweifelsfrei weitergeführt werden kann – auch wenn es zu Menschenrechtsverletzungen kommt.

Im Gegensatz dazu hatte Agnes Makopano Thelejane in aller Klarheit ausgeführt: »Ich bin eine jener Witwen, die von Lonmin beiseitegeschoben wurden. Lonmin zahlte die Beerdigungen unserer Männer, nachdem sie von Lonmin und der Polizei umgebracht worden sind. Ich habe dann Lonmin nach Reparationszahlungen gefragt. Sie sagten mir, sie haben mir schon die Beerdigung meines Mannes bezahlt, sie schulden mir nichts mehr. Ich frage mich: Habe ich Lonmin gebeten, meinen Mann zu töten?«³⁴

Schlussbemerkungen

»Zu trauern und die Trauer selbst zu einer Ressource für die Politik zu machen bedeutet nicht, sich mit Tatenlosigkeit abzufinden, sondern kann als der langsame Prozess verstanden werden, durch den wir einen Punkt der Identifikation mit dem Leiden selbst entwickeln.«³⁵

32 Ebd.

33 Ebd. S. 4.

34 Ntombizile Mosebetsane/Agnes Makopano Thelejane: Rede bei BASF-Aktionärsversammlung, 29.4.2016. Online verfügbar. Siehe dazu auch: basflonmin.com und den Beitrag von Maren Grimm und Jakob Krameritsch, S. 134.

35 Judith Butler: *Gefährdetes Leben. Politische Essays*. Frankfurt a. M. 2005. S. 47.

Das Protokoll der Aktionärsversammlung macht erneut deutlich, dass eine gesellschaftliche Transformation nicht allein auf einen Menschenrechtsaktivismus vertrauen kann, wenn dieser der simplen Hoffnung anheimfällt, es ginge darum, den ausbeuterischen Unternehmen vor Augen zu führen, wie sie Leiden schaffen – denn das wissen sie offenkundig schon. Die Analyse von Post-Marikana veranschaulicht, dass es um wesentlich fundamentalere Fragen geht: »Wer gilt als Mensch? Wessen Leben zählt als Leben? Und schließlich: *Was macht ein vertrauenswertes Leben aus?*«³⁶

Eine postkoloniale Perspektive auf das in der BASF-Aktionärsversammlung aufgeführte Theater der Verantwortungslosigkeit macht deutlich, dass es weiterhin Teil kritischer Praxen bleiben muss, nicht nur Fragen zu stellen, sondern insgesamt und allgemein eine Dekolonisierung voranzutreiben, die es Europa verunmöglicht, zu vergessen, welche Schuld es trägt.³⁷ Frantz Fanon hat in »Die Verdammten dieser Erde« nach einem neuen Humanismus gerufen: »Für Europa, für uns selbst und für die Menschheit, Genossen, müssen wir eine neue Haut schaffen, ein neues Denken entwickeln, einen neuen Menschen auf die Beine stellen.«³⁸ Vielleicht ist es an der Zeit, die in Vergessenheit geratenen anticolonialen Schriften wieder heranzuziehen und sich auf den Weg zu machen, einen neuen Humanismus zu formulieren – das Theater der Verantwortungslosigkeit zu beenden.

36 Ebd., S. 36.

37 Vgl. María do Mar Castro Varela: *Europa – Ein Gespenst geht um*. In: Gert Hoff (Hg.): *Europa Entgrenzungen*. Innsbruck/Wien 2015. S. 49–82.

38 Frantz Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt a. M. 1981/1961. S. 267.

► 184 Mit Rohstoffpolitik, Lieferkettenverantwortung und Menschenrechten beschäftigen sich mittlerweile eine Vielzahl von Studien, Kampagnen und Initiativen.



UNEMPLOYED WORKERS MOVEMENT
ORGANISE STARV

afrika-bulletin

Amandla!

Alternative
Minidindaba

Dilemma of distribution:
financialisation, boom and bust in the post-apartheid platinum industry

DIE LINKE.

Brot

SOLIFOND

AFRIKA NEU DENKEN
WIE SCHAFFEN WIR WERK?

AFRICA RISING?

The National
Development Plan
Critical Appraisal

Unzernannt
unbezahlt

KASA

EITI

AMZSP

Grund schreiben
04/17

KASA

IN GOOD COMPANY?

Menschenrechte mit juristischen Mitteln durchsetzen

Mehr Menschenrechte in Rohstoff-Lieferketten

SHIFTING PROFITS
In the mining supply chain

DIE LINKE.

The Policy Gap (series)

Democracy equals culture beyond the nation state

Qwazi

Enforcing human rights law by new means
ECCHR

REIN auf PROFI

AFRICA

30 Jahre

ALLE PROTEST KARTEN

AFRIKA NEU DENKEN
WIE SCHAFFEN WIR WERK?

THE NEW BRICKS GAME: THE MANTLE CORPORATE POWER

AFRIKA

HARTES GESTEIN – WEICHE REGELN

Michael Reckordt

»What's the definition of a mine? A hole in the ground with a liar on top.« – »Wie lautet die Definition einer Mine? Ein Loch im Boden mit einem Lügner obendrauf.«

Dieses Zitat wird Mark Twain zugeschrieben, der schon vor circa 100 Jahren auf ein zentrales Problem hinwies: Rechtsverletzungen beim Rohstoffabbau und das Nichteinhalten von Versprechungen. Diese ziehen sich auch durch die neuere Geschichte eines der ältesten Industriesektoren. Das Massaker an den streikenden Bergarbeitern im südafrikanischen Marikana im Jahr 2012 stellt also keine Ausnahme dar. Im Zusammenhang mit der Rohstoffgewinnung werden regelmäßig Menschenrechtsverletzungen dokumentiert: Fast ein Drittel aller Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen im Wirtschaftsgeschehen betrifft den extraktiven Sektor.¹

¹ AK Rohstoffe: Verantwortung entlang der Lieferkette im Rohstoffsektor! Berlin 2015. S. 8. Online verfügbar.

Monitoring aus verschiedenen Perspektiven

VertreterInnen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) schätzen, dass 40 Prozent aller globalen Konflikte in den letzten 60 Jahren mit dem Abbau von Rohstoffen in Verbindung stehen.² Allein 98 Konflikte im Jahr 2016, so berichtet das *Heidelberg Institut für Internationale Konfliktforschung*, hatten einen Bezug zu Wasser, Metallen und Mineralien oder zu anbaufähigem Land. 67 Prozent dieser Konflikte beinhalten gewalttätige Auseinandersetzungen, darunter neun Kriege. Konflikte mit Rohstoffbezug, so das Institut weiter, tendieren dazu, gewaltsamer zu werden.³ Doch nicht nur auf zwischenstaatlicher Ebene treten Konflikte auf. Zivilgesellschaftliches Engagement, so zeigen verschiedene Studien, wird immer stärker eingeschränkt, und daran beteiligte Personen werden immer öfter eingeschüchtert, bedroht oder ermordet.⁴ 2016 wurden nach Angaben der britischen Nichtregierungsorganisation (NGO) *Global Witness* 200 UmweltaktivistInnen in 24 Ländern aufgrund ihrer Arbeit umgebracht. Im Vergleich zu den 186 Opfern des Vorjahres eine deutliche Steigerung. Viele von ihnen hatten sich gegen die Ausbeutung von Rohstoffen gewehrt. Unter den Ermordeten sind zunehmend auch Mitglieder indigener Gemeinschaften. Besonders betroffen waren AktivistInnen aus Brasilien (49 dokumentierte Opfer), Kolumbien (37), den Philippinen (28), Indien (16), Honduras (14), Nicaragua (11) sowie der Demokratischen Republik Kongo (10).⁵ Die Beispiele unterstreichen, dass die Risiken für UmweltaktivistInnen globaler Natur sind.

Auch die *Max-Planck-Stiftung* hat sich im Auftrag der *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe* (BGR) mit den menschenrechtlichen Risiken des Bergbaus beschäftigt und dazu eine 150-seitige Studie veröffentlicht.⁶ Sie umfasst Beispiele für Rechtsverletzungen und Umweltzerstörungen, unter anderem aus Südafrika, in den verschiedenen Stadien des Bergbaus: Lizenzvergabe und Exploration, Bau der Mine, Betrieb und Abbau sowie Schließung der Mine. Ebenso haben lokal betroffene Gruppen, Organisationen der internationalen Zivilgesellschaft, kritische JournalistInnen und PolitikerInnen in den letzten Jahren geholfen, Proteste und Gewalt zu dokumentieren. Ein wichtiges Projekt ist zum Beispiel der *Environmental Justice Atlas*, eine von WissenschaftlerInnen und AktivistInnen initiierte und gepflegte Internetseite, auf der weltweite Verstöße gegen Umweltauflagen und Menschenrechte zusammengetragen und verzeichnet werden.⁷

² UNEP: From Conflict to Peacebuilding. The Role of Natural Resources and the Environment. Nairobi 2009.

³ Heidelberg Institute for International Conflict Research: Conflict Barometer 2016 – disputes, non-violent crises, violent crises, limited wars, wars, No. 25/2017. Online verfügbar. S. 21.

⁴ Forum Menschenrechte et al.: Zivilgesellschaftliches Engagement weltweit in Gefahr – Für gerechte Entwicklung, Umweltschutz, Demokratie, Menschenrechte und Frieden. Berlin u. a. 2016. Online verfügbar.

⁵ Global Witness: Defenders of the Earth – Global killings of land and environmental defenders in 2016. London 2017. Online verfügbar.

⁶ Max Planck Foundation: Human Rights Risks in Mining – A Baseline Study. Heidelberg 2016. Online verfügbar.

⁷ Ejolt: Environmental Justice Atlas, 2017, unter: <http://ejatlas.org/>.

In den meisten Fällen bestehen direkte oder indirekte Verbindungen zwischen den rohstoffabbauenden und -fördernden Ländern im globalen Süden und den besonders ressourcenbedürftigen Ländern des globalen Nordens, sei es über Finanzierung, Projektträgerschaften, Lieferketten, die Beteiligung an Logistik und Durchführung sowie durch den Export von Maschinen, Equipment und Know-how. Die globale Vernetzung kritischer Akteure aus lokaler und internationaler Zivilgesellschaft spielt demnach eine zunehmend wichtige Rolle. Monitoring, Dokumentation und Zugang zu Information sind oft hilfreich und ausschlaggebend für den Erfolg von lokalen Protesten. Die zähen Debatten um verbindliche oder freiwillige Auskunftspflichten sowie um die Bedingungen des Rohstoffabbaus legen das nachdrücklich nahe.⁸

»Konfliktmineralien« und das Ringen um verbindliche Sorgfaltspflichten

In den letzten Jahren wurden im medialen und politischen Diskurs am stärksten die sogenannten Konfliktrohstoffe thematisiert. Die Erlöse aus dem Handel mit diesen Rohstoffen leisten oft einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung von illegal bewaffneten Gruppen wie Rebellen oder Truppenteile, die sich der staatlichen Befehlsgewalt entzogen haben. In verschiedenen politischen Regulierungen wie dem US-amerikanischen *Dodd-Frank-Act*, einer entsprechenden EU-Verordnung sowie den OECD-Standards werden Gold, Zinn, Tantal (bzw. Coltan) und Wolfram als Konfliktmineralien definiert. Aus der Demokratischen Republik Kongo, Kolumbien und Myanmar ist bekannt, dass Mittel aus dem Abbau dieser vier Rohstoffe der direkten Finanzierung von bewaffneten Konflikten dienen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen – darunter auch das deutsche Netzwerk *AK Rohstoffe* – haben diesen engen Fokus auf nur vier Rohstoffe kritisiert, da Gewinne aus dem Handel mit jedem Rohstoff potenziell zur Unterstützung von illegal bewaffneten Gruppen genutzt werden können.⁹ Neben weiteren strukturellen Mängeln der bestehenden Gesetze und Verordnungen ist auffällig, dass diese mit der »Konfliktfinanzierung« einen sehr speziellen Aspekt in den Vordergrund stellen. Auch wenn mit dieser häufig massive Menschenrechtsverletzungen einhergehen und diese mit dem Trockenlegen der Geldquellen zurückgedrängt werden könnten, erfassen die Maßnahmen nur einen Bruchteil aller Rechtsverstöße im Rohstoffbereich. Denn häufig ist es der Abbau selbst, bei dem es zu Konflikten und Protesten und in deren Verlauf zu Menschenrechtsverletzungen gegenüber der lokalen Bevölkerung kommt. So hat beispielweise der Abbau von Kupfer und Gold in der Grasberg-Mine im indonesischen Westpapua einen Konflikt ver-

⁸ Vgl.: Debatte im deutschen Bundestag: Kontroverse um Regeln zur Firmenverantwortung. Online verfügbar.

⁹ *AK Rohstoffe*: Positionspapier des *AK Rohstoffe* für eine umfassende EU-Initiative zur Vermeidung von Konflikten beim Rohstoffabbau! Berlin 2013. Online verfügbar.

schärft, der zur Destabilisierung und Militarisierung der Region geführt hat. Die Ermordung von JournalistInnen, GewerkschafterInnen oder Mitgliedern indigener Gemeinschaften ist in den letzten Jahren ausführlich dokumentiert worden.¹⁰ Der Rohstoffabbau spielt häufig eine zentrale Rolle bei Rechtsverletzungen, die unmittelbar Verantwortlichen sind UnternehmensvertreterInnen, Sicherheitskräfte sowie staatliche Polizei- und Armeeeinheiten. Auch die Erschießung der 34 streikenden Bergarbeiter in Marikana reiht sich hier ein.¹¹ Darüber hinaus gibt es regelmäßige Berichte über die Einschüchterung von politisch oder zivilgesellschaftlich Engagierten durch (Todes-)Drohungen¹² oder konstruierte Anklagen.¹³ Ein weiteres Beispiel hierfür ist der Konflikt im Nordosten des südafrikanischen Bundesstaats Eastern Cape. Hier kämpft das *Amadiba Crisis Committee* seit über zehn Jahren gegen die Pläne, direkt an der Küste titanhaltigen Sand abzubauen und zu diesem Zweck eine Autobahn quer durch Naturschutzgebiete und Agrarland zu bauen. Die Proteste haben hier zwischenzeitlich zu einem Moratorium und zum Teilrückzug der australischen Minenfirma MRC geführt, aber es wurden bereits zwei Sprecher des *Crisis Committee* ermordet und weitere AktivistInnen sind bedroht.¹⁴

So drohen viele lokale Gemeinschaften durch Minenprojekte, aber auch durch exzessiven Holzeinschlag oder die Ausweitung von Plantagen und Monokulturen ihre Lebensgrundlagen und Trinkwasserquellen zu verlieren.¹⁵ Häufig lösen gebrochene Versprechen von Bergbaukonzernen an die lokale Bevölkerung – wie adäquate Wohnungen, eine Anhebung des Lebensstandards, Schaffung von Arbeitsplätzen oder die Einhaltung von Umweltschutzmaßnahmen – in Verbindung mit unterlassenen oder schlicht falschen Informationen über die Auswirkungen des Abbaus unter diesen große Enttäuschung und Proteste aus. Viele der ökologischen Risiken – zum Beispiel Emissionen von

¹⁰ Vgl. hierzu Michael Reckordt: Gold, Guns and Goons – Menschenrechtsverletzungen und Gewalt im Kontext von Bergbau. In: Lilli Breining/Michael Reckordt (Hg.): Rohstofffrausch – Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen. Philippinenbüro e.V., Essen, S. 101; Urganwald: Bitter Coal – Ein Dossier über Deutschlands Steinkohleimporte. Sassenberg 2013. S. 15. Online verfügbar; Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen: Human Rights Report Philippines. Köln 2017. Online verfügbar.

¹¹ NomaRussia Bonase/Judy Seidman/Simone Knapp/Boniface Mabanza/Maren Grimm/Jakob Krameritsch: Plough Back the Fruits. Im Kampf um Gerechtigkeit und Restitution. Die Bodymaps der Witwen von Marikana. Hamburg u. a. 2016.

¹² Vgl. Human Rights Watch: Azerbaijan: Transparency Group Should Suspend Membership – Stifling Pressure on Activists Violates Commitments, 14.8.2014. Online verfügbar.

¹³ Der *AK Rohstoffe* hat sich sowohl für die Rücknahme der Anklage gegen den Umweltaktivisten Beejin Khastumur in der Mongolei als auch für die Freilassung von Djéralar Miankéol im Tschad eingesetzt. Vgl. hierzu Michael Reckordt: Rohstoffreichtum in der Mongolei, 13.10.2016. Online verfügbar. Und: *AK Rohstoffe*: Menschenrechtsaktivist im Tschad zu zwei Jahren Haft verurteilt, 14.7.2015. Online verfügbar. Die Anklage gegen Khastumur wurde im Sommer 2016 fallengelassen, Miankéol im Juli 2015 freigelassen. Vgl. hierzu Brot für die Welt: Tschad: Menschenrechtler Djéralar Miankéol ist frei, 29.7.2015. Online verfügbar.

¹⁴ Vgl. Fred Pearce: Murder in Pondoland: how a proposed mine brought conflict to South Africa, 27.3.2017. Online verfügbar.

¹⁵ Vgl. FIAN: Ghana im Goldrausch – Menschenrechte, Landwirtschaft und Wälder in Gefahr. Köln/Wien 2008. Online verfügbar. Misereor: Menschenrechtliche Probleme im peruanischen Rohstoffsektor und die deutsche Mitverantwortung. 2013. Online verfügbar.

Wasser, Land und Luft – haben häufig direkte Auswirkungen auf die Gesundheit der im Bergbau Arbeitenden, aber auch auf die Lebenssituation und Nahrungsmittelversorgung der Menschen in den umliegenden Gemeinden von Minenprojekten. Diese nur schlaglichtartige Zusammenstellung zeigt, dass auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlicher Intensität MenschenrechtsaktivistInnen, wehrhafte lokale Gemeinschaften und diejenigen, die kritisch über Rechtsverstöße von Konzernen und staatlichen Stellen berichten, ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzen.

Die Bergbauindustrie unter wachsendem öffentlichen Druck

In vielen Ländern sind zivilgesellschaftliche Akteure inzwischen dazu übergegangen, einen Stopp von einzelnen Bergbauprojekten oder die Einstellung sämtlicher Abbautätigkeiten zu fordern. El Salvador war im März 2017 der erste Staat, dessen Regierung den Abbau von Metallen im eigenen Land verboten hat. Vorrausgegangen war eine Kampagne von NGOs und der Kirche, die auf die Risiken des Bergbaus und die schon dokumentierten Schäden hingewiesen hatten.¹⁶ In den Philippinen war die ehemalige Aktivistin Gina Lopez im Sommer 2016 zur Umweltministerin ernannt worden. Zu Beginn ihrer Amtszeit setzte sie sich mit der Lizenzvergabe in der Bergbauindustrie sowie damit verbundenen Umweltverstößen sowie sozialen Konflikte auseinander. Sie empfahl im Anschluss dem Parlament, mehr als ein Dutzend Minen zu schließen, und entzog weiteren Unternehmen die Lizenzen.¹⁷ Philippinische NGOs wie das Netzwerk *Alyansa Tigil Mina (Allianz gegen Bergbau)* oder das *Legal Rights Center/Kasama Sa Kalikasan (Friends of the Earth Philippines)* fordern schon seit Jahren eine andere Gesetzgebung, die soziale Rechte und Umweltschutz viel mehr in den Vordergrund stellt und die Rechte der Betroffenen vor Ort stärkt.¹⁸ Umweltministerin Lopez musste aufgrund massiver Kritik der Bergbaukonzerne und der Industrie nahestehender PolitikerInnen ihr Amt nach nur einem Jahr Amtszeit niederlegen, dennoch hat sie für mediale Aufmerksamkeit gesorgt und das Bewusstsein dafür erhöht, dass der Bergbau ein erheblicher Risikofaktor ist.

In Lateinamerika fanden seit dem Jahr 2002 in sechs Ländern Volksentscheide über den Bergbau statt, so zum Beispiel auch in Kolumbien. Dort wurden in den Gemeinden Piedras, Ibagué und Cajamarca zwischen Juli 2013 und März 2017 drei lokalen Referenden abgehalten, in denen sich die Bevölkerung jedes Mal gegen den Bau und Betrieb der

Goldmine La Colosa aussprach.¹⁹ Kolumbien, Philippinen und El Salvador stehen beispielhaft für viele Staaten, in denen die Bevölkerung sich immer kritischer gegenüber Abbauprojekten zeigt. An vielen Orten schaffen es lokale Bündnisse immer wieder, sich global zu vernetzen und damit Protestanliegen auch außerhalb der Region Gehör zu verschaffen. Stellvertretend hierfür kann die Kampagne gegen den Goldabbau in Rosia Montana, Rumänien, genannt werden.²⁰ Durch verschiedene Proteste, unter anderem vor den rumänischen Botschaften in anderen europäischen Ländern, konnte internationale Aufmerksamkeit erzeugt werden, was am Ende ausschlaggebend dafür war, dass sich der rumänische Staat aus der Unterstützung des Projekts zurückzog.

Gleichzeitig muss betont werden, dass sich auch in Nordamerika und im westlichen Europa die kritischen Stimmen und Oppositionsbewegungen, vor allem gegen den weiteren Abbau fossiler Rohstoffe mehren. Dazu zählen Aktionen des zivilen Ungehorsams wie die Besetzung von Braunkohletagebauen in der Lausitz oder im Rheinland durch das aktivistische Netzwerk *Ende Gelände* (siehe Abbildung S. 418) sowie internationale Proteste gegen Infrastrukturprojekte der globalen Rohstoffindustrie, sei es der Widerstand in Standing Rock (North Dakota, USA) gegen eine Ölpipeline durch Territorien indigener Gemeinschaften, Aktionen gegen den Kohleverladehafen im holländischen Rotterdam oder gegen Fracking in Großbritannien.

Im Dickicht der Transparenzinitiativen

Zentrale Herausforderungen für die lokale und internationale Zivilgesellschaft sind die hohe Intransparenz und die fehlenden verbindlichen Gesetze, die die Einhaltung von Menschenrechten vorschreiben. Für mehr Transparenz will die globale *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) beitragen. Die EITI entstand im Jahr 2002, nachdem zivilgesellschaftliche PWYP-Netzwerke (PWYP: *Publish What You Pay*) die Offenlegung von Zahlungsströmen von Unternehmen und Staaten eingefordert hatten, um Korruption aufzudecken. 52 Länder beteiligen sich aktuell an der Initiative und legen offen, wie viel Geld sie durch Lizenzen, Abgaben, Steuern etc. von den Bergbaukonzernen einnehmen, während die Konzerne wiederum angehalten sind offenzulegen, wie viel sie an die jeweiligen Staaten zahlen.²¹ Mithilfe solcher Abgleiche lassen sich etwaige Korruptionfälle erkennen, gleichzeitig aber auch, ob sich der Rohstoffabbau überhaupt für die Gesellschaften lohnt. EITI ist zudem eine der ersten Initiativen, in der Regierungen, Konzerne und die lokale Zivilgesellschaft gleichberechtigt miteinander verhandeln und

¹⁶ Christian Wimberger: Sieg über Bergbauindustrie in El Salvador – Das Parlament verabschiedet ein gesetzliches Bergbauverbot. In: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 514, April 2017. Online verfügbar.

¹⁷ Michael Reckordt: Wenn Konzerne klagen können. In: IZ3W, Nr. 358, Januar/Februar 2017. Online verfügbar.

¹⁸ Vgl. Michael Reckordt: Wie Rohstoffe in Südost-/Ostasien zur Entwicklung beitragen könn(t)en. Das alternative Bergbau-Gesetz der Philippinen. Köln 2012. Online verfügbar.

¹⁹ Vgl. Kristina Dietz: Direkte Demokratie in Konflikten um Bergbau in Lateinamerika: das Goldminenprojekt La colosa in Kolumbien. Berlin 2017. Online verfügbar.

²⁰ PowerShift et al.: Goldgrube Konzernklage. 2017. Online verfügbar.

²¹ EITI: The global standard for the good governance of oil, gas and mineral resources, 2017. Online verfügbar.

zu einem Konsens gelangen müssen. Vor allem in autoritär regierten Staaten ist diese Initiative häufig einer der wenigen Zugänge für die Zivilgesellschaft zur Politik. Der EITI-Standard wird regelmäßig weiterentwickelt und in Zukunft sollen Besitzverhältnisse sowie die einzelnen Verträge offengelegt werden. Dies wären wichtige Voraussetzungen dafür, die Branche besser kontrollieren zu können.

Südafrika zum Beispiel hat sich bislang nicht der EITI angeschlossen, Deutschland wiederum hat sich um eine Mitgliedschaft beworben und hat im Sommer 2017 den ersten Bericht eingereicht. Der Bergbau im Ausland und damit verbundene Zahlungen an andere Regierungen werden darin aber vorerst keine Rolle spielen. Dabei sind mit *Lanxess*, *Cronimet* und der *ELG Haniel GmbH* – als Anteilhaber von *Hernic Ferrochrom* – drei deutsche Konzerne am Chromabbau in Südafrika beteiligt. Auch ansonsten ist der erste EITI-Report von Deutschland weniger innovativ als es der damalige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Uwe Beckmeyer, angekündigt hatte, als er betonte, Deutschland könne »international als Vorbild fungieren«.²²

Südafrika engagiert sich dagegen in der *Open Government Partnership* (OGP) und hat verschiedene Zusagen gegeben, in Zukunft mehr Transparenz üben zu wollen.²³ In Bezug auf den sogenannten *Open Budget Index*, der angibt, wie viele Informationen der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, liegt Südafrika im internationalen Vergleich hinter Neuseeland und Schweden auf Platz drei.²⁴ Abgesehen davon, dass die OGP im Gegensatz zur EITI nicht sektorenspezifisch ist, gibt es bei der OGP auch keine Anforderungen an die Unternehmen. Das heißt, gerade die Möglichkeit zum Abgleich von Zahlungsströmen durch die zeitnahen Berichte von Unternehmen und Regierung(en) fehlt im südafrikanischen Kontext. Laut einer Studie sieht die südafrikanische Regierung dennoch keine Notwendigkeit, der EITI beizutreten, da sie ihren Umgang mit dem Thema selbst für transparent genug hält. Zudem kritisieren RegierungsvertreterInnen die Doppelmoral vieler europäischer Länder, die selbst nicht EITI-Mitglied seien, dies aber von afrikanischen Staaten erwarteten.²⁵

Mit mehr Zahlungstransparenz ist noch lange keine Steuergerechtigkeit verbunden. Viele Konzerne können durch sogenanntes *transfer pricing* und andere Techniken Steuerzahlungen umgehen. Dadurch entsteht den rohstoffreichen Ländern ein Verlust an

22 BMWi: Staatssekretär Beckmeyer ernannt Multi-Stakeholder-Gruppe für deutsche EITI-Kandidatur. Pressemitteilung vom 20.4.2015. Online verfügbar. Forum Umwelt & Entwicklung: Erster deutscher EITI-Bericht veröffentlicht – Zivilgesellschaft begrüßt mehr Transparenz im Rohstoffsektor, fordert aber ambitionierteres Vorgehen. Pressemitteilung vom 6.9.2017. Online verfügbar.

23 Vgl. Open Government Partnership: South Africa, 2017. Online verfügbar.

24 Vgl. Open Budget Index: The Open Budget Index 2015. Online verfügbar.

25 Vgl. WR Nadège Compaoré: Towards Understanding South Africa's Differing Attitudes to the Extractive Industries Transparency Initiative and the Open Governance Partnership. 2013. Online verfügbar.

Einnahmen.²⁶ Außerdem überlässt die internationale Handelspolitik den Unternehmen einseitig sehr viel Macht. Während multinationale Unternehmen durch Investitionsschutzabkommen eine völkerrechtliche Möglichkeit haben, Staaten zu verklagen, und für demokratische Entscheidungen, die zum Beispiel einen stärkeren Umweltschutz oder höhere Sozialstandards vorschreiben, entschädigt werden können, fehlt es an verbindlichen Pflichten. Die Auflagen an die Industrie basieren weiterhin auf Freiwilligkeit. Die meisten größeren Bergbaukonzerne sind transnationale Unternehmen und sie können durch Verlagerungen der Geschäftsaktivitäten nicht nur Steuersparmodelle kreieren und nutzen, sondern sich auch unliebsamen nationalen Rechtsprechung entziehen.²⁷ So verklagte beispielsweise der kanadische Konzern Gabriel Resources den rumänischen Staat auf Schadensersatz, nachdem der nach 15 Jahre andauernden Protesten die bereits oben erwähnte Gemeinde Rosia Montana zum Kulturerbe erklärt hatte. Die Klage wurde mit entgangenen Gewinnen und hohen Kosten – vor allem für die Öffentlichkeitsarbeit in den rumänischen Medien – begründet.

Fehlende internationale Sozialstandards

International gibt es nur wenige Sozialstandards im Bergbau, die verbindlich sind. Zwei davon sind im Rahmen der *International Labour Organisation* (ILO) entstanden: Das erste ist das *Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern* (ILO 169). ILO 169 erkennt die Bestrebungen indigener Völker an, »im Rahmen der Staaten, in denen sie leben, Kontrolle über ihre Einrichtungen, ihre Lebensweise und ihre wirtschaftliche Entwicklung auszuüben und ihre Identität, Sprache und Religion zu bewahren und zu entwickeln«.²⁸ Südafrika hat dieses Übereinkommen genauso wenig ratifiziert wie der Großteil der Staaten im globalen Norden, die Rohstoffkonzerne beheimaten oder Rohstoffe verarbeiten, darunter Großbritannien, Deutschland, Australien, Kanada und die USA. Dahingegen hat Südafrika – wie auch Deutschland oder die USA – das *Übereinkommen über den Arbeitsschutz in Bergwerken* (ILO 176) ratifiziert.²⁹ Wie *Brot für die Welt* und die *Bench Marks Foundation* in einem 2017 veröffentlichten Bericht aufzeigen, kommt der südafrikanische Staat aber seinen Pflichten nicht ausreichend nach. Die beiden Organisationen beklagen unter anderem die mangelnde Sicherheit und die gesundheitlichen Beeinträchtigungen für die BergarbeiterInnen in

26 Vgl. hierzu den Beitrag von Christoph Trautvetter in diesem Buch (S. 300) und SOMO: Fool's Gold – How Canadian mining company Eldorado Gold destroys the Greek environment and dodges tax through Dutch mailbox companies, 2015. Online verfügbar.

27 Vgl. Reckordt: Wenn Konzerne klagen können.

28 ILO: Übereinkommen 169 – Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern. 1989. Online verfügbar.

29 ILO: Übereinkommen 176 – Übereinkommen über den Arbeitsschutz in Bergwerken. 1995. Online verfügbar.

Marikana.³⁰ Der Konzern Lonmin müsste laut ILO 176 verpflichtet werden, »alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Risiken für Sicherheit und Gesundheit in den ihrer Verfügungsgewalt unterliegenden Bergwerken auszuschließen oder auf ein Mindestmaß herabzusetzen«.³¹

Konzerne kommen gesetzlichen Regulierungen zuvor – mit freiwilligen Initiativen

Sowohl die *UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* als auch die *OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen* fordern inzwischen mehr Verantwortung der Unternehmen für die Auswirkungen ihrer ökonomischen Aktivitäten bis zu den Lieferketten. Das betrifft Konzerne, die im Bergbau tätig sind – sei es im Bereich Erkundung, Abbau, Handel oder in der Finanzierung – genauso wie die Rohstoffe nutzende und verarbeitende Industrie. Die geforderte »gebotene Sorgfaltspflicht« beinhaltet laut *UN-Leitprinzipien* (Prinzip 15), dass Unternehmen ein Verfahren entwickeln, um mit Blick auf ihre eigenen Aktivitäten und Geschäftsbeziehungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette »die Auswirkungen auf die Menschenrechte zu ermitteln, zu verhüten und zu mildern sowie Rechenschaft darüber abzulegen, wie sie diesen begegnen«.³² Für den Bezug von Rohstoffen aus Konfliktgebieten fordert die OECD von Unternehmen die Implementierung eines mehrstufigen Systems, um Risiken in der Lieferkette zu identifizieren und ihnen wirksam zu begegnen.³³

Die Konzepte der UN und der OECD scheitern aber an einem zentralen Punkt: Sie setzen auf freiwillige Kooperation und sind nicht rechtlich bindend. Im Rohstoffsektor gibt es trotz vieler negativer Erfahrungen auf allen Kontinenten immer noch kaum verbindliche Richtlinien, wie sich Unternehmen verhalten müssen, um die Einhaltung von Menschenrechten entlang der Lieferkette zu gewährleisten. In den USA dagegen müssen an der Börse notierte Konzerne verpflichtend berichten, ob sie die sogenannten Konfliktrohstoffe (nach US-Definition: Gold, Tantal, Wolfram und Zinn) verwenden und welche Maßnahmen sie unternehmen, um der gebotenen Sorgfaltspflicht entlang ihrer Lieferkette nachzukommen.³⁴ Der bereits erwähnte *Dodd Frank Act* ist zwar auf Rohstoffe aus der Demokratischen Republik Kongo und ihren neun Nachbarländern

³⁰ Brot für die Welt/Bench Marks Foundation: *Platinum for the World Market, Iron Shacks for the Workers – Living and Working Conditions in Marikana Five Years After the Massacre*. 2017. Online verfügbar.

³¹ ILO: *Übereinkommen 176*.

³² DGCN: *Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Umsetzung des Rahmens der Vereinten Nationen »Schutz, Achtung und Abhilfe«*. Berlin 2014.

³³ OECD: *OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen*. 2011. Online verfügbar.

³⁴ Dieses Gesetz ist von der Trump-Administration mehrfach kritisiert worden und droht abgeschafft zu werden. Vgl. hierzu IRIN News: *How advocacy gave Trump ammunition on conflict-free minerals*, 2017. Online verfügbar.

begrenzt, durch Einbeziehung der Lieferketten wurden jedoch auch rohstoffverarbeitende Unternehmen aus Deutschland, China etc. auskunftspflichtig.³⁵

Im Juni 2017 trat auf europäischer Ebene eine vergleichbare Regulierung in Kraft. Nach massivem Widerstand der Industrie und einiger Mitgliedsstaaten konnten sich die EU-Kommission, das EU-Parlament und der Rat der Europäischen Union schließlich auf eine Verordnung einigen, die Importeuren sowie Verhüttungsbetrieben in Europa eine verpflichtende Sorgfaltspflicht beim Import der vier Rohstoffe auferlegt.³⁶ Um in Zukunft Menschenrechtsverletzungen frühzeitig erkennen und verhindern zu können, sind jedoch politische Ansätze gefordert, die auf die aktuellen Herausforderungen beim Abbau und Handel mit Rohstoffen reagieren und die Menschenrechte sowie Umweltschutz viel stärker in den Fokus rücken. Die Diskussion um die notwendigen Schritte hat gerade erst begonnen und es ist mit erheblichen Gegenwind von bestimmten Interessengruppen zu rechnen. Denn schon jetzt versuchen Unternehmen, darunter BASF, durch freiwillige Initiativen gesetzliche Vorschriften zu schwächen oder zu umgehen. So kündigte BASF zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) im November 2016 auf einer Veranstaltung von *econsense* eine Initiative mit dem Titel »Made in Germany – Die Verantwortung deutscher Unternehmen im globalen Wettbewerb« an.³⁷ BASF hatte bereits 2011 die Plattform *Together for Sustainability* mitgegründet, um die Nachhaltigkeit in der Lieferkette der Chemieindustrie zu verbessern.³⁸ Auch beim freiwilligen *UN-Global Compact* ist BASF Gründungsmitglied (Vgl. hierzu auch den Beitrag von Akhona Mehlo, S. 226). All diese Initiativen haben eine Gemeinsamkeit: Sie kommen gesetzlichen Regelungen zuvor und behindern dadurch notwendige gesetzliche Implementierungen – zumindest aber verzögern sie diese. Einen ähnlichen Hintergrund hat auch die Diskussion um die »Berliner Erklärung«, die nachhaltige Lieferketten auf freiwilliger Basis fördern soll.³⁹

No-Go-Zones

Darüber hinaus gibt es weitere Initiativen und Standards, die soziale und ökologische Aspekte umfassen⁴⁰. Eine zentrale Herausforderung bleibt aber, dass sowohl im sozialen

³⁵ Vgl. Karin Küblböck/Hannes Grohs: *Konfliktminerale: Auswirkungen der bisherigen Regulierungsinitiativen und Schlussfolgerungen für die Implementierung der EU-Verordnung*. 2017. Online verfügbar.

³⁶ PowerShift u. a.: *EU: Konfliktminerale-Verordnung tritt in Kraft – Breites Bündnis der Zivilgesellschaft fordert Nachbesserungen*. 6.7.2017. Online verfügbar.

³⁷ Vgl. *econsense: Impulse für Nachhaltigkeit*. 2016. Online verfügbar.

³⁸ Vgl. BASF: *Initiative der Chemieindustrie »Together for Sustainability«*. 2017. Online verfügbar.

³⁹ Simon Book/Max Haerder: *Berliner Erklärung: Unternehmen blockieren Mindeststandards für Soziales und Umwelt bei Zulieferern*. In: *WirtschaftsWoche*, 18.8.2017. Online verfügbar.

⁴⁰ Vgl. Lukas Rüttinger/Laura Griestop/Christine Scholl: *Umwelt- und Sozialstandards bei der Metallgewinnung: Ergebnisse der Analyse von 42 Standards und Handlungsansätzen*. Berlin 2016. Online verfügbar.

wie im Umweltbereich vor allem funktionale Lücken bestehen. So gibt es noch immer keine rechtsverbindlichen Hebelstandards und umfassende, allgemein akzeptierte Umsetzungsleitlinien.⁴¹ Zu diesen Lücken zählt auch, dass international keine definierten *No-Go-Zones* existieren. *No-Go-Zones* sind Orte, an denen Bergbau aus sozialen, ökologischen oder anderen Gründen ausgeschlossen wird. Die *Vereinigung von Großkonzernen im Bergbausektor ICMM (International Council on Mining & Metals)* hat sich bereits 2003 darauf geeinigt, nicht in Gebieten des Weltkulturerbes zu explorieren oder gar abzubauen,⁴² doch diese Regelung wird nur von einem Teil der Bergbauindustrie anerkannt. Sie hat keinerlei Entsprechung entlang der Wertschöpfungskette, zudem fehlt eine Diskussion über deren Erweiterung. Dabei bräuchte es viel mehr *No-Go-Zones*, wie beispielhaft die Debatte um den Tiefseebergbau zeigt.⁴³

Ausblick

Neben der Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards wird es zukünftig auch notwendig sein, den hohen Rohstoffverbrauch im globalen Norden zu senken. Die Diskussion, mit welchen Mitteln und Wegen das zu erreichen ist, steht eher noch am Anfang.⁴⁴ Es gibt – abgesehen von der Forderung nach dem Ausstieg aus der Verbrennung von fossilen Energieträgern – nur wenige realistische und zielführende Vorstellungen, wie zum Beispiel der Verbrauch an metallischen Rohstoffen maßgeblich reduziert werden kann. Genau im Gegenteil: Die Umsetzung aktueller wirtschaftspolitischer Konzepte, darunter die der *Elektromobilität*,⁴⁵ der *Grünen Ökonomie*⁴⁶ oder der *Digitalisierung der Wirtschaft* und *Industrie 4.0*⁴⁷, wird die Rohstoffströme verändern, von fossilen zu metallischen und mineralischen, und somit neue Pfadabhängigkeiten schaffen. Allerdings liefern diverse Ansätze – Reparierbarkeit, Recyclingquoten, Suffizienz etc. – und Diskurse – angefangen von höherer Rohstoff- und Materialeffizienz über Post-Wachstums-Debatten bis hin zu Forderungen nach steuer- und ordnungspolitischen Eingriffen

⁴¹ Ebda.

⁴² Stephen Turner: World Heritage Sites and the extractive industries. 2012. Online verfügbar.

⁴³ Vgl. Michael Reckordt: 20.000 Tonnen unter dem Meer – Tiefseebergbau und seine Risiken für Mensch und Natur. In: Großbaustelle Nachhaltigkeit – Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda. Berlin u. a. 2017. Online verfügbar.

⁴⁴ Vgl. AK Rohstoffe: Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik. Berlin 2016. Online verfügbar.

⁴⁵ Vgl. Achim Brunnengräber/Tobias Haas: Die falschen Verheißungen der E-Mobilität. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2017, S. 21–24; Jutta Blume/Nika Greger/Wolfgang Pomrehn: Oben hui, unten pfui? – Rohstoffe für die »grüne« Wirtschaft: Bedarfe – Probleme – Handlungsoptionen für Wirtschaft, Politik & Zivilgesellschaft. 2011. Online verfügbar.

⁴⁶ Thomas Fatheuer/Lili Fuhr/Barbara Unmüßig: Kritik der Grünen Ökonomie. München 2015.

⁴⁷ Merle Groneweg/Hannah Pilgrim/Michael Reckordt: Ressourcenfluch 4.0 – Die sozialen und ökologischen Auswirkungen von Industrie 4.0 auf den Rohstoffsektor. 2017. Online verfügbar.

des Staates – schon heute eine Vielzahl von Ideen und Vorschlägen, die einen Beitrag zu dem übergeordneten Ziel, den hohen Verbrauch zu minimieren, leisten könn(t)en.

Daraus ergeben sich für zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland und Europa verschiedene Herausforderungen: Zum einen müssen praktikable Wege der Zusammenarbeit und des Austausches mit Akteuren im Globalen Süden und in den Abbauregionen gefunden werden. Neben dem internationalen Austausch und gegenseitigem Lernen müssen dafür auch gemeinsame Handlungsfelder identifiziert werden.⁴⁸ Im Vergleich mit der Textil- oder Nahrungsmittelbranche ist das politische Bewusstsein über die Herausforderungen beim Rohstoffabbau insgesamt erst rudimentär ausgebildet. Konzepte wie *Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten* oder *Lieferkettenverantwortung* sind vielen politischen und wirtschaftlichen EntscheidungsträgerInnen noch relativ unbekannt bzw. werden von ihnen ignoriert und übergangen. Stattdessen verteidigen große Teile der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft weiterhin freiwillige Standards für den Rohstoffsektor, sei es aus ideologischen Gründen⁴⁹ oder aus profitorientierten Überlegungen. Um die Haftbarmachung von Unternehmen in Gesetzen zu verankern, bedarf es einer anhaltenden Thematisierung von unternehmerischem Fehlverhalten und einer breiten Diskussion über die Neubewertung derzeit noch legaler Unternehmenspraxen. Das Verhalten von BASF und Lonmin im Zusammenhang mit dem Massaker von Marikana, wo die Familien der ermordeten Bergarbeiter auch fünf Jahre nach der Tat noch keine Entschädigung erhalten haben, verdeutlichen dies auf drastische Weise.

⁴⁸ Vgl. hierzu Asia-Europe Peoples Forum: Ulaanbaatar Final Declaration, 2016. Online verfügbar. Alternative Mining Indaba: Declaration of the 8th Alternative Mining Indaba – »Making Natural Resources Work For The People: Domestication Of The African Mining Vision: From Vision to Reality«, 2017. Online verfügbar.

⁴⁹ Im neoliberalen Sinne, dass der Markt entstehende Probleme löst, während staatliches Eingreifen Problemstellungen eher verlagert oder verschärft. Zur materialreichen Dekonstruktion dieser Ideologie siehe: Heide Gerstenberger: Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus. Münster 2017.

Menschenrechtsverletzungen für Profite deutscher Konzerne

Oxfam Deutschland e.V.¹

Land	Sektor	Branche	NGO/Quelle (beispielhaft)	Beteiligte deutsche Unternehmen
Argentinien	Bergbau	Erdgas	OPSur, Germanwatch	Wintershall (BASF-Tochterunternehmen)
Argentinien	Bergbau	Lithium	SÜDWIND	Deutsche Netzbetreiber, die Mobilfunkgeräte verkaufen
Äthiopien	Technologie	Überwachungstechnologie	Privacy International, netzpolitik.org	Trovicor (ehem. Siemens Intelligence Solutions), Elaman, Gamma Group
Äthiopien	Landwirtschaft	Rosen	Gesellschaft für bedrohte Völker	Deutsche Supermarktketten
Bahrain	Technologie	Überwachungstechnologie	ECCHR, Bahrain Center for Human Rights (BCHR), Bahrainwatch, Privacy International, Reporter ohne Grenzen	Trovicor, Gamma Group, FinFisher Labs (deutsches Tochterunternehmen der Gamma Group)
Bangladesch	Konsumgüter	Kleidung	Kampagne für saubere Kleidung, SOMO, FEMNET, Christliche Initiative Romero (CIR), INKOTA-Netzwerk	KiK, Adler Modemärkte, NKD, Guldenpfennig, Kanz – Kids Fashion TÜV Rheinland (Rana Plaza), Lidl, Karl Rieker, C&A, KiK(Tazreen)
Brasilien	Landwirtschaft	Orangen	Christliche Initiative Romero (CIR), ver.di	Edeka, Rewe, Lidl, Kaufland, Aldi
Brasilien	Infrastruktur	Staudamm	GegenStrömung, infoe, Pro Regenwald	Voith Hydro (Joint Venture von Siemens und Voith), Mercedes Benz, Munich Re, Allianz
Brasilien	Industrie	Stahlwerk	FDCL, Kooperation Brasilien (KoBra), medico international, Dachverband der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre	ThyssenKrupp
Chile	Landwirtschaft	Avocados	Danwatch	Lidl, Aldi
China	Konsumgüter	Elektronik	Germanwatch, Swedwatch, Finnwatch, Danwatch, Südwind (Österreich), SOMO, WEED, Electronics Watch, Good Electronics	Deutsche Elektronikfachmärkte, Netzbetreiber, die Mobilfunkgeräte verkaufen
China	Infrastruktur	Staudamm	GegenStrömung, infoe	Voith Hydro (Joint Venture von Siemens und Voith)
China	Konsumgüter	Schuhe	INKOTA-netzwerk	Adidas, Puma
Costa Rica	Landwirtschaft	Ananas	Oxfam	Edeka, Rewe, Lidl, Aldi
Côte d'Ivoire	Landwirtschaft	Kakao	INKOTA-netzwerk, SÜDWIND, Südwind (Österreich)	Deutsche Schokoladenhersteller
Demokratische Republik Kongo	Bergbau	Kobalt	SÜDWIND	Deutsche Netzbetreiber, die Mobilfunkgeräte verkaufen
Demokratische Republik Kongo	Bergbau	Tantal (Erz: Coltan)	SÜDWIND	Deutsche Netzbetreiber, die Mobilfunkgeräte verkaufen
Demokratische Republik Kongo	Landwirtschaft	Holz	ECCHR, Global Witness	Danzer Group
Ecuador	Landwirtschaft	Bananen	Oxfam	Edeka, Rewe, Lidl, Aldi
El Salvador	Landwirtschaft	Pflanzenzucht (Weihnachtssterne)	Christliche Initiative Romero (CIR)	Dümmen
Ghana	Landwirtschaft	Kakao	SÜDWIND, INKOTA-netzwerk	Deutsche Schokoladenhersteller
Honduras	Landwirtschaft	Honigmelonen	Christliche Initiative Romero (CIR)	Rewe, Edeka (Kaiser's, Tengelmann)
Honduras	Infrastruktur	Staudamm	FDCL, GegenStrömung, SOMO, urgewald	Voith Hydro (Joint Venture von Siemens und Voith, Rückzug aus dem Projekt angekündigt)
Honduras	Landwirtschaft	Palmöl	fidh, FIAN	DEG (Rückzug 2011)

¹ Für eine kommentierte Liste siehe: www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/menschenrechtsverletzungen-fuer-profite

Land	Sektor	Branche	NGO/Quelle (beispielhaft)	Beteiligte deutsche Unternehmen
Indien	Landwirtschaft/Handel	Obst und Gemüse	Oxfam	Metro Group
Kolumbien	Landwirtschaft	Bananen	Oxfam, SÜDWIND Misereor	Edeka, Rewe, Lidl, Aldi
Kolumbien	Bergbau	Steinkohle	urgewald, FIAN, PowerShift, Misereor, kolko	RWE, E.ON, EnBW (über Drummond), Vattenfall und STEAG
Kolumbien	Infrastruktur	Staudamm	GegenStrömung	Siemens, Allianz, Munich Re, Hannover Re
Kolumbien	Bergbau	Wolfram	Bloomberg, PowerShift	BMW, VW, Porsche, Siemens
Malaysia	Bergbau	Aufbereitung Seltener Erden	Öko-Institut	Siemens, BASF
Marokko	Landwirtschaft	Bohnen	Christliche Initiative Romero (CIR)	Edeka, Aldi Nord, Rewe (Kaiser's Tengelmann)
Mexiko	Infrastruktur	Windpark	Dachverband der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Ökumenisches Büro München, Robin Wood	Siemens
Mexiko	Industrie	Autoreifen	Germanwatch, FIAN	Continental
Mosambik	Bergbau	Kokskohle für Stahlproduktion	Christliche Initiative Romero (CIR), SumOfUs, Danwatch	ThyssenKrupp
Myanmar	Konsumgüter	Kleidung	SOMO	C&A, Deuter
Pakistan	Konsumgüter	Kleidung	Kampagne für saubere Kleidung, INKOTA-netzwerk, medico international, FEMNET, SOMO	KiK
Panama	Infrastruktur	Staudamm	FIAN, Rettet den Regenwald, urgewald	DEG
Peru	Landwirtschaft	Mango	Oxfam	Edeka, Rewe, Aldi, Lidl
Peru	Infrastruktur	Windpark	Germanwatch	RWE
Peru	Bergbau	Kupfer	Misereor	Aurubis
Philippinen	Bergbau	Nickel	PowerShift, philippinenbüro	ThyssenKrupp, ArcelorMittal, Salzgitter
Philippinen	Bergbau	Gold	SÜDWIND	Deutsche Netzbetreiber, die Mobilfunkgeräte verkaufen, Schmuckhersteller
Sambia	Landwirtschaft	Agrarlanderwerb	FIAN	Amatheon Agri, DEG
Sambia	Bergbau		SÜDWIND	Deutsche Netzbetreiber, die Mobilfunkgeräte verkaufen, Schmuckhersteller
Südafrika	Landwirtschaft	Wein und Weintrauben	Oxfam, Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA)	Deutsche Supermarktketten
Südafrika	Bergbau	Steinkohle	Misereor, urgewald	Hitachi Power Europe, Bilfinger Berger, Rheinmetall Defence Electronics, KfW IPEX Bank, Siemens, Steag Energy Services (Kohlekraftwerk), deutsche Steinkohle-Importeure
Südafrika	Bergbau	Platin	KASA, Brot für die Welt, Kritische Aktivistinnen, RLS, KEESA, SOLIFONDS, PowerShift u.a.	BASF
Südafrika	Industrie	Rüstung, Automobil	ECCHR, medico international, Koordination Südliches Afrika (KOSA), Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), Center for Constitutional Rights, Khulumani Support Group	Daimler, Rheinmetall
Sudan	Infrastruktur	Staudamm	ECCHR, GegenStrömung	Lahmeyer
Türkei	Infrastruktur	Staudamm	GegenStrömung	Züblin, Euler Hermes
Uganda	Landwirtschaft	Kaffee	FIAN	Neumann Kaffee Gruppe
Usbekistan	Landwirtschaft	Baumwolle	ECCHR, INKOTA-netzwerk	Otto Stadtlander, Commerzbank, Deutsche Bank
Westsahara	Infrastruktur	Windpark	medico international	Siemens

VERANTWORTUNG AUF DISTANZ

Franziska Dübgen

In einer digitalisierten Welt mit transnationalen Biografien, weltumspannenden Wirtschaftsbeziehungen und globalen Migrationsströmen ist das Leben, das wir führen, zunehmend verstrickt mit demjenigen einer Vielzahl anderer Menschen. Das Schicksal von Angehörigen anderer Nationen, mit der je eigenen Geschichte und Sprache, ist auf komplexe Weise verwoben mit dem unsrigen: mit der eigenen Biografie, den eigenen Sehnsüchten, der jeweiligen Konsumtion von Gütern und den individuellen Handlungsweisen. Daher reicht es nicht mehr aus, Verantwortung allein auf der Basis geteilter staatlicher Institutionen, gemeinsamer Identitätsmuster oder lokaler Konventionen zu begründen.

Die Annahme von auseinanderdividierbaren politisch, kulturell oder wirtschaftlich homogenen Einheiten ist eine Fiktion. Sie dient der Externalisierung von Verantwortung, die wir alle angesichts zwischenstaatlicher Abhängigkeiten, globaler ökologischer Gefahren, wirtschaftlicher Ausbeutungsstrukturen und grenzüberschreitender Konflikte tragen. Diesen empirischen Alltäglichkeiten hinken unsere moralischen Intuitionen und der gesellschaftspolitische Diskurs jedoch häufig hinterher.

Verantwortung in einem anspruchsvollen Sinne lässt sich nicht allein auf der Basis der alltäglichen, sichtbaren Effekte unseres Handelns ermessen. Was außerhalb des eigenen unmittelbaren Aktionsradius geschieht, ist in einer globalen Weltgesellschaft ebenfalls ein Bestandteil dessen, wofür wir einstehen müssen. In einem juristischen Sinne sind wir allein für jene Tatbestände verantwortlich, die auf uns als Verursacher rückführbar sind. Sozialphilosophisch stellen sich die Dinge jedoch komplizierter dar: insbesondere bei Ereignissen, an deren Zustandekommen Menschen strukturell beteiligt sind, ohne dass sie individuell dafür haftbar zu machen wären. Daher stellt sich die Frage, ob Privilegien, Interessen und Profit neben dem Verursacherprinzip zusätzliche Parameter darstellen, anhand derer wir über Verantwortung in Kontexten globaler Machtasymmetrien nachdenken sollten. Der vorliegende Aufsatz argumentiert, Verantwortung vor dem Hintergrund strukturellen Unrechts zu begreifen, insbesondere dann, wenn es sich bei den betreffenden Institutionen um transnational agierende machtvolle Akteure, beispielsweise Unternehmen, handelt. Darüber hinaus widmen wir uns der Frage, was Verantwortungsübernahme vor diesem Hintergrund überhaupt bedeuten kann und sollte. Wir beginnen mit einer Reflexion der Konzepte, die für eine Diskussion über globale Verantwortung grundlegend sind: nämlich Freiheit als Voraussetzung für verantwortliches Handeln und die Frage nach dem Subjekt, das zur Verantwortung gezogen werden kann.

Die *conditio* der Verantwortung: Freiheit jenseits von herrschaftsförmigen Zwängen

In einem philosophischen Sinne verantwortlich für etwas zu sein bedeutet zunächst, überhaupt über ein moralisches Bewusstsein darüber zu verfügen, wer wir sind und was wir tun. Akteure der Verantwortung müssen für moralische Gründe ansprechbar sein. Des Weiteren, und diese Grundbedingung hängt mit der vorherigen zusammen, müssen sie über Entscheidungsfreiheit verfügen. Freiheit wird für gewöhnlich verstanden als die Fähigkeit, stets auch anders handeln zu können. Wenn ich unter Gewaltanwendung dazu gebracht werde, eine gewisse Handlung durchzuführen, oder wenn ich zwanghaft handle, so können wir nicht von einer »freien« Handlung sprechen, für die ich mir selbst oder anderen volle Verantwortung zuschreiben würde. Auch wenn eine Person im Zustand gravierender materieller Deprivation unter verschiedenen Optionen wählen muss, die sie lieber alle vermeiden würde, ist sie nur in begrenztem Maße frei. Frei in vollem

Umfang sind wir nur bezüglich der Handlungen, für die wir uns effektiv entscheiden können, wenn wir also in einem »positiven« Sinne über diese Freiheit verfügen.¹ In stark durchmachten gesellschaftlichen Realitäten muss Freiheit vor den Hintergrundbedingungen der jeweiligen Entscheidung angemessen reflektiert werden. In diesen Zusammenhängen ist die Voraussetzung dafür, Verantwortung zu übernehmen, diejenige, in einem positiven Sinne handlungsfähig zu sein, also zwischen Alternativen wählen zu können, ohne dass dies gravierende Konsequenzen für mein Leben oder das meiner Nächsten hat. In diesem Sinne verfügt jemand, der einer Arbeit zu einem extrem niedrigen Lohn und unter schlechten Arbeitsbedingungen nachgeht, um sein Überleben zu sichern, über keine positive Entscheidungsfreiheit bezüglich seiner Berufswahl. Diese Person kann sich zwar gegen ihre Arbeit entscheiden oder gegen deren Bedingungen aufbegehren; jedoch nur, indem sie gravierende Konsequenzen hierbei in Kauf nimmt. Sie wählt dabei zwischen zwei Übeln (zwischen der Möglichkeit, auf den Lohn zu verzichten, und derjenigen, an einem System mitzuwirken, das die eigene Ausbeutung und die anderer befördert). Anders verhält es sich bei Personen, die zwischen verschiedenen Karriereoptionen zu wählen vermögen. Sie verfügen effektiv über Handlungsoptionen, und dies macht sie zu Akteuren, die wir zur Verantwortung ziehen können.

Rollenspezifische Verantwortungszuschreibung und Teilnahmeverantwortung

Des Weiteren stellt sich die Frage, wer als ein verantwortlicher Akteur zu fungieren vermag. Sind Unternehmen Akteure, die wir zur Verantwortung ziehen können? Diese Frage hat in der Philosophie eine kontroverse Debatte ausgelöst.² Im rechtlichen Sinne können wir von der Verantwortung juristischer Personen sprechen. Unternehmen werden in Deutschland, Österreich und Südafrika als juristische Personen aufgefasst und sind daher rechenschaftspflichtig, können jedoch nicht strafrechtlich belangt werden. Sprechen wir jedoch in einem moralischen oder politischen Sinne von Verantwortung, erwarten wir »Antwort« auf einen Appell der Fürsorge und des Einstehens aus Gründen der Gerechtigkeit, so ist es nicht das Unternehmen, an das wir appellieren, sondern sind es – genau genommen – die es tragenden MitarbeiterInnen, die jeweils relevanten EntscheidungsträgerInnen und die von dem Unternehmen profitierenden Individuen. Ein Unternehmen ist zwar juristisch betrachtet eine »Person«, konkret ist es jedoch abhän-

¹ Vgl. Isaiah Berlin: Freiheit. Vier Versuche. Frankfurt a. M./Berlin 2006. Berlin unterscheidet zwischen negativer Freiheit als Freiheit von Zwang und positiver Freiheit als die effektive Möglichkeit, etwas zu tun. Er argumentiert in seinem liberalen Ansatz, dass die negative Freiheit entscheidend sei, während der vorliegende Aufsatz die Argumentationslinie verfolgt, dass wir individuelles Handeln stets in Relation zu den Hintergrundbedingungen einer Gesellschaft ermesen sollten.

² Vgl. Larry May/Stacey Hoffman (Hg.): Collective Responsibility. Five Decades in Theoretical and Applied Ethics. Savage/Maryland 1991; Christian Neuhäuser: Unternehmen als moralische Akteure. Berlin 2011.

gig von Menschen, die seine systemischen Interessen vertreten, Zielvorgaben formulieren und Profite erwirtschaften. Unternehmen sind Konstruktionen, die von unserem Glauben an sie und unser Handeln im Namen von ihnen abhängig sind. Ein Unternehmen selbst hat kein moralisches Bewusstsein. Es ist für moralische Gründe nicht ansprechbar. In diesem Sinne ist es streng genommen auch nicht »verantwortlich«. Es wäre aus zwei Gründen problematisch, Unternehmen als moralische Akteure zu verstehen: Dies würde erstens dazu führen, *blaming* und *shaming* auf eine abstrakte Entität zu richten, statt diejenigen Personen in den Blick zu nehmen, die die relevanten EntscheidungsträgerInnen und Profiteure sind. Zweitens könnte es dazu führen, Unternehmen als Wesen zu imaginieren, die »handeln« und »Intentionen« verfolgen, statt als legale Fiktionen zu begreifen. Damit hätten Unternehmen auch Interessen und Ansprüche, denen sich Menschen unterwerfen könnten.³ Unternehmen »agieren« also durch das Einwirken verschiedener Instanzen, wobei die Träger von Handlungen letztlich Menschen sind.

Es scheint daher kohärent und zielführend, davon auszugehen, dass Menschen, die sich in einem institutionalisierten Verhältnis zu einem Unternehmen befinden, qua ihrer Funktion für dieses und der in dessen Namen durchgeführten Handlungen moralisch verantwortlich sind. Dies wird als »Rollenverantwortung« bezeichnet, die Menschen aufgrund ihrer spezifischen sozialen Rolle einnehmen.⁴ Jedoch nehmen Menschen für gewöhnlich mehrere soziale Rollen ein. Ich kann einerseits Vertreterin im Führungsmanagements in einem Unternehmen sein, gleichzeitig Mutter von drei Kindern und zudem Mitglied einer zivilgesellschaftlichen Vereinigung. Die Loyalität meiner Firma gegenüber, die aufgrund ihrer systemischen Interessen im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse Anreize setzt, meine Handlungen an einer Logik der Profitmaximierung zu orientieren, mag mit meiner zivilgesellschaftlichen Verantwortung, meine Handlungen ethischen Standards folgen zu lassen, in Widerstreit geraten.⁵ Es gibt also Fälle, in denen unterschiedliche Rollen miteinander konfliktieren. Meine Funktion, mich für die systemimmanenten Ziele meiner Firma einzusetzen, kann meine Rolle als Bürgerin jedoch nicht aushebeln. Die soziale Existenz einer Person geht nie vollständig in einer einzigen Rolle auf. Rollenverantwortung bedeutet in diesem Sinne also nicht, schlicht einer spezifischen Rolle zu entsprechen, sondern vielmehr, Verantwortung zu übernehmen für die Handlungen, die ich innerhalb dieser sozialen Rolle vollziehe.

In einem Betrieb kann ein Individuum zudem selten völlig selbstständig Entscheidungen treffen. In den meisten Fällen lässt sich von einer »Teilnahmeverantwortung« spre-

³ Vgl. Manuel G. Velasquez: Why Corporations Are Not Responsible. In: May/Hoffman: Collective Responsibility. S. 129.

⁴ Vgl. David E. Cooper: Collective Responsibility (1968). In: May/Hoffman: Collective Responsibility, S. 41.

⁵ Vgl. Neuhäuser: Unternehmen. S. 165; Wolfgang Kaleck/Miriam Saage-Maaß: Unternehmen vor Gericht. Globale Kämpfe für Menschenrechte. Berlin 2016. S. 43.

chen, um zu betonen, dass einzelne Individuen Mitverantwortung für Entscheidungsprozesse tragen, an deren Zustandekommen sie beteiligt waren, ohne dass die Entscheidungen allein auf sie rückführbar wären.⁶ Den MitarbeiterInnen einer Firma kommen demnach unterschiedliche Grade der Verantwortung zu, die unter anderem von ihrer Macht, ihren Privilegien und ihrem Einfluss abhängen. Diese Grade der Verantwortung werden wir später noch eingehender ausdifferenzieren. Um unternehmerisches Handeln sozialphilosophisch zu hinterfragen, müssen wir demnach zunächst die jeweiligen Akteure identifizieren, denen wir Verantwortung zuschreiben können. Zunächst gilt es jedoch zu klären, warum wir überhaupt Verantwortung tragen, und wenn ja, für wen.

Glokale Begründungspfade der Verantwortung

Es lässt sich in der modernen Philosophie grob zwischen wenigstens drei Begründungsebenen differenzieren, warum wir als Menschen füreinander überhaupt verantwortlich sind, die jeweils zu unterschiedlichen Einschätzungen bezüglich des Grades und der Adressaten der Verantwortung führen.

Ersterer geht davon aus, dass es stets eines Kontextes bedarf, innerhalb dessen sich sinnvollerweise von Gerechtigkeitsgrundsätzen sprechen lässt und welcher den Grenzraum der Verantwortung markiert. Zu diesem Begründungsmodell lassen sich sowohl *nationale*⁷ als auch *kommunitaristische*⁸ Ansätze zählen. Erstere gehen davon aus, dass wir geteilter politischer Institutionen bedürfen, um von reziproken Gerechtigkeitspflichten zu sprechen, während letztere annehmen, dass es einer Gemeinschaft bedarf und derer kulturell inkorporierter Normen, um als Grundlage dafür zu dienen, von einer Verantwortungsbeziehung der TeilnehmerInnen einer Gemeinschaft untereinander zu sprechen. Diese historisch kontingenten Normen ließen sich jedoch nicht über ihren jeweiligen Kontext hinaus ausdehnen. Es bestünden demnach keine gerechtigkeits-theoretisch fundierten Verantwortungsbeziehungen zu Menschen, die sich in anderen politischen Systemen oder anderen Kulturkreisen befinden.

Die kontextabhängige Bestimmung der Reichweite von Verantwortung verfehlt es jedoch, den tatsächlichen Verhältnissen transnationaler Verflechtungen und Interdependenz sozialphilosophisch Rechnung zu tragen.⁹ Der methodologische Nationalismus – oder Provinzialismus – steht in der Begründungsschwierigkeit, zu plausibilisieren, warum wir Menschen aus anderen Gesellschaften weniger schulden, wenn es um grundlegende Rechte und Ansprüche geht, als gegenüber unseren unmittelbaren NachbarIn-

⁶ Vgl. Larry May: *Sharing Responsibility*. Chicago 1992.

⁷ Vgl. David Miller: *On Nationality*. Oxford 1995.

⁸ Vgl. u. a. Alasdair MacIntyre: *Whose Justice? Which Rationality?* Notre Dame, 1988.

⁹ Vgl. Nancy Fraser: *Scales of Justice. Reimagining Political Space in a Globalizing World*. New York 2009. S. 52f.

nen. Diese Annahme widerspricht der Idee einer gleichen Würde, die uns Menschen qua unseres Menschseins zukommt. Aus einer egalitaristischen Perspektive erscheint der sozialphilosophische Provinzialismus höchst fragwürdig; er wird daher in diesem Aufsatz nicht weiter ausgeführt.

Die zweite Variante geht dagegen davon aus, dass wir Verantwortung gegenüber Menschen tragen, die nicht unsere NachbarInnen und auch nicht die TeilnehmerInnen unserer eigenen Gesellschaft sind. Die eventuell weder unsere Sprache sprechen noch dieselbe Religion teilen. Diesen Begründungspfad möchte ich *humanistisch* nennen. Dazu lassen sich ethische und politische Modelle zählen, die grundsätzlich für die Verantwortung eines jeden für die gesamte Menschheit eintreten. *Kosmopolitische* Gerechtigkeitstheorien argumentieren für Gerechtigkeitsprinzipien, die alle Menschen gleichermaßen berücksichtigen. Die sich daraus ergebende Verantwortungskonzeption lässt niemanden aus; sie operiert unabhängig von Klasse, Religionszugehörigkeit, politischer Ideologie oder Geschlecht. Dieser Pfad argumentiert demnach universalistisch. Der Grund für unsere Verantwortung liegt in unserem gemeinsamen Menschsein und der damit assoziierten Würde.

Die dritte Begründungsebene, welche ich als *politisch* bezeichnen werde, verfolgt wiederum einen engeren Verantwortungsbegriff, auch wenn sie ebenfalls davon ausgeht, dass alle Menschen gleiche Ansprüche auf Gerechtigkeit hegen. Verantwortung bezieht sich diesem Modell zufolge jedoch vor allem auf diejenigen Menschen, mit denen wir auf irgendeine Weise verknüpft sind: durch eine geteilte Geschichte, durch eine miteinander agierende Weltwirtschaft oder durch globale politische Institutionen. Dieses Modell der Verantwortung ist ein relationales Modell und argumentiert auf der Basis struktureller Unrechtsverhältnisse.

Zunächst rekonstruiere ich exemplarisch ein humanistisches Begründungsmodell und werde einige seiner Schwächen beleuchten, um daran anschließend ein politisches Begründungsmodell der Verantwortung zu skizzieren, das verspricht, einen Ausweg aus den Problemen zu liefern, die sich im Rahmen nationaler, kommunitaristischer und humanistischer Begründungsmodelle der Verantwortung ergeben.

Von Angesicht zu Angesicht – Verantwortung als Antwort auf Verletzlichkeit

Emmanuel Lévinas legt kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eine Konzeption der Verantwortung vor, die sich stark an den Bedürfnissen und der Verletzbarkeit des jeweils konkreten Anderen orientiert und humanistisch argumentiert. Das Gesicht ist für Lévinas der leibliche Ausdruck menschlicher Verletzbarkeit: Es ist das entblößte, verletzbare Antlitz ohne Verteidigung.¹⁰ In dem Moment, in welchem ein Mensch den verletzbaren

¹⁰ Alain Finkielkraut: *Der Verlust der Menschlichkeit. Versuch über das 20. Jahrhundert*. Stuttgart 1998. S. 56.

Anderen erblickt, werde er verantwortlich. Er werde gezwungen, zu antworten (*répondre*), weil er bereits durch den Anblick verantwortlich geworden sei (*responsable*). Dieses Verhältnis ist für Lévinas asymmetrisch: Die Verantwortung wachse in dem Maße, in dem sie übernommen werde. Die Struktur der Verantwortung sei demnach »anarchisch« und »metalogisch«. ¹¹ Für Lévinas lässt sich Verantwortung nicht aufrechnen. Die Bedürftigkeit des Anderen sei das alleinige ausschlaggebende Kriterium, um das Ausmaß der Verantwortung zu bestimmen. Der Andere könne mir vielleicht gar nicht zurückgeben, was er oder sie erhält. Doch beruht für Lévinas Moralität nicht auf Kalkulation und Nutzen, sondern auf Bedürftigkeit und Sensibilität. Verantwortung sei damit erst einmal unendlich und lasse sich aus einer ethischen Perspektive pragmatisch nicht eingrenzen. »Das Gesicht des Anderen ruft mich aus dem Narzissmus heraus zu etwas, das letztlich wichtiger ist.« ¹²

Das subjektive Murren aus dem Innersten, wie es Lévinas beschreibt, ist das moralische Gewissen des Einzelnen, welches sich gegen die zum Teil inhumanen Auswirkungen von Politik und Wirtschaft zu wenden habe. Jegliche institutionelle Handlung, die nicht diese menschliche Bedürftigkeit des Einzelnen erkenne, falle in den Bereich dessen, gegen das wir Lévinas zufolge aufbegehren sollten.

Positiv an dieser Verantwortungskonzeption ist hervorzuheben, dass sie den moralphilosophischen Provinzialismus überschreitet, indem sie Verantwortung an das Menschsein knüpft, das weder durch den jeweiligen Pass, die Hautfarbe noch durch das Geschlecht einer Person bestimmt ist. Offen bleibt jedoch in dieser humanistisch geprägten Verantwortungskonzeption, welchen Formen des prekären Lebens wir uns zuwenden sollten und ob diese Verantwortung von der Erfahrung eines konkreten Anderen und dessen Leiden abhängig ist. Eine Konzeption der unendlichen Verantwortung unterscheidet nicht, warum wir uns, wofür und aus welcher Motivation heraus engagieren. Sie ist demnach in gewisser Weise kontingent: Wenn wir allen Menschen gegenüber gleichermaßen verantwortlich sind, so sind wir im Rückschluss auch niemandem im Spezifischen verantwortlich. Es fehlt einer zusätzlichen reflexiven Überprüfung unseres ethischen Impulses, um Fragen der Angemessenheit des eigenen Handelns zu stellen. Verantwortung scheint hier eher der Geste gleichzukommen, einer in Not geratenen Person zu Hilfe zu eilen. Diese Konzeption gibt uns daher wenig normative Orientierung, für was oder gegen was wir uns engagieren sollten, um unserer Verantwortung gerecht zu werden.

11 Emmanuel Lévinas: *Jenseits des Seins oder anders als Sein geschieht*. Freiburg/München 1992. S. 227.

12 Judith Butler: *Gefährdetes Leben. Politische Essays*. Frankfurt a. M. 2005. S. 164.

Verantwortung entgrenzen: »Fernstenliebe« und Kosmopolitismus

Als nächste Etappe möchte ich die bewusste Entgrenzung des Verantwortungsdiskurses jenseits der Grenzen des Nationalstaates vorstellen. Solche Modelle der Verantwortung werden häufig als *kosmopolitisch* bezeichnet. Der Existenzialist und Kantianer Hans Jonas argumentiert für eine universalistische Verantwortungskonzeption. Er zielt auf ein Verantwortungsmodell, das in einer technisierten und zunehmend ungleichen Weltgesellschaft Orientierung geben soll. Er problematisiert die Beschränkung des ethischen Denkens auf das scheinbar Naheliegende, auf den Nächsten. ¹³ Die Nächstenliebe müsse durch eine »Fernstenliebe« ergänzt werden. Die Beschränkung auf das Naheliegende sei psychologisch zwar leicht zu erklären. Verantwortung als moralischer Imperativ stelle sich jedoch allem Lebenden gegenüber, und damit auch dem fernen Anderen. Zudem unterscheidet er zwischen einer Verantwortung der kausalen Zurechnung begangener Taten und einer Verantwortung des »Zu-Tuenden«. ¹⁴ Erstere bezieht sich retrospektiv auf die Folgen einer Handlung, die zu einem Schaden geführt hat. Dabei kann es sich um einen Fall handeln, in dem der Schaden nicht beabsichtigt war (hier sprechen wir von einer Haftpflicht), oder im Gegensatz dazu um einen Fall, in dem das Motiv der Tat selbst eine Schuld begründet. Auf den Schaden folgt für gewöhnlich der Ruf nach Wiedergutmachung (ohne moralisierenden Unterton), auf die Schuld der Ruf nach einer angemessenen Retribution. Jonas hält diesen alleinigen Fokus auf die Vergangenheit für formalistisch und ethisch unbefriedigend. Der Blick auf das vergangene Unrecht müsse ergänzt werden durch eine positive Verantwortung, die in die Zukunft gerichtet sei und Verantwortung für das »Zu-Tuende« formuliere. Diese andere Verantwortung habe ihre Quelle in der Macht, etwas zu tun, und zeige sich in der Notwendigkeit der Sache selbst: »Das Abhängige in seinem Eigenrecht wird zum Gebietenden, das Mächtige in seiner Ursächlichkeit zum Verpflichtenden.« ¹⁵ Dabei korreliere der Grad der Verantwortung mit demjenigen des Statusunterschiedes: Die vertikale Verantwortung gegenüber Schwächeren (beispielsweise, so ließe sich übertragen, diejenige eines Unternehmers gegenüber seinen ArbeiterInnen) sei stärker als die horizontale Verantwortung gegenüber einander Gleichgestellten. ¹⁶ In diesem Sinne beeinflussten Verletzbarkeit und Abhängigkeit das Ausmaß unserer Verantwortung gegenüber fernsten Anderen. Jonas verbindet hier kosmopolitische mit relationalen Argumenten, denen wir uns als Nächstes zuwenden möchten.

13 Vgl. Hans Jonas: *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt a. M. 2003. S. 320.

14 Ebda., S. 172–177.

15 Ebda., S. 175.

16 Vgl. ebda.

Ausbeutung, Interaktion und strukturelle Verantwortung

Handlungen vollziehen sich nicht im luftleeren Raum. Sie sind Bestandteil von komplexen Interaktionsprozessen und unterschiedlichen Graden an Handlungsmacht. Für Iris Marion Young ist Verantwortung wie für Jonas daher nicht nur eine Angelegenheit, die sich allein auf den jeweils Nächsten bezieht, sondern in einer globalisierten Welt auch auf den Entferntesten, dessen Lebenswelt ich gar nicht kenne und dessen Gesicht, lévinasianisch gesprochen, für mich stets unbekannt bleiben wird. Ein politisches Modell der Verantwortung reagiert für sie daher vor allem auf Herrschaft. Als Grundlage für die Rechtfertigung von Verantwortung bezieht sich Young auf die komplexen Beziehungen transnationaler Kooperation, die durch unterschiedliche Formen struktureller Ungerechtigkeit gerahmt sind. Sie nennt ihre Konzeption das Modell der sozialen Verbundenheit (»social connection model«).¹⁷ Als Beispiel zieht sie die unwürdigen Arbeitsbedingungen innerhalb der Sweatshop-Industrie heran.¹⁸ Auf ähnliche Weise ließe sich die Arbeit in Minen, in der Rohstoffindustrie und bei den *Cash Crops* im Globalen Süden analysieren. Durch wirtschaftliche Kooperationen sind ArbeiterInnen, Management und KonsumentInnen über nationale Grenzen hinweg miteinander durch soziale Prozesse verbunden. Diese Verbundenheit konstituiert eine Verantwortungsrelation. Die Vorstellung der »Verbundenheit« geht dabei über die rein kausale Beziehung hinaus. Schließlich ist es häufig schwierig, Ursache und Effekt in ihrer Beziehung zueinander empirisch nachzuweisen. Vielmehr finden wir uns häufig mit Ereignissen konfrontiert, die zwar in irgendeiner Form miteinander zu tun haben, aber auf solch komplexe Weise miteinander verzahnt sind, dass sich die einzelnen Akteure immer herausreden können, im Sinne des Verursacherprinzips für das Zustandekommen eines Ereignisses nicht verantwortlich zu sein.

Young argumentiert daher anders: Für sie sind all diejenigen, die an der Reproduktion von sozialen Strukturen beteiligt sind und damit die Hintergrundbedingungen transnationaler Produktion mitbestimmen, als verantwortlich einzustufen. Dies unterscheidet Youngs Modell vom Haftbarkeitsmodell, wie wir es vor allem im juristischen Bereich kennen. Ihr Modell lässt sich aufgrund dieser holistischen Betrachtung gesamtgesellschaftlicher Ausbeutungsbeziehungen als dezidiert *politisch* verorten. Und es ist wie die Verantwortungskonzeption von Jonas in die Zukunft ausgerichtet. Der Verantwortung als sozialer Akteur gerecht zu werden, bedeutet in diesem Sinne nicht allein, die unmittelbaren Effekte einer Ausbeutungsbeziehung abzumildern, sondern vielmehr, daran beteiligt zu sein, die sozialen Verhältnisse in einer Art und Weise zu verändern, sodass die Ursachen von Ungerechtigkeit behoben werden. Damit isoliert diese Betrachtungsweise nicht einzelne TäterInnen oder deren Taten (die eventuell nur relativ machtlose

¹⁷ Vgl. Iris Marion Young: *Responsibility for Justice*. Oxford 2013. S. 95–122.

¹⁸ Vgl. ebda., S. 125.

Glieder in einer Produktionskette sind), sondern fasst all jene mit ein, die an der Reproduktion sozialer Prozesse beteiligt sind, die wiederum individuelles Handeln bedingen.

Gegen ein solches interaktives Modell zur Begründung von Verantwortung lässt sich anführen, dass das Prinzip der Verbundenheit sukzessiv alle Menschen als in irgendeiner Form betroffen ausweisen muss und seinen Radius dadurch inflationär erweitern würde. Dieser »Schmetterlingseffekt« führt dazu, dass analytisch nicht mehr sinnvoll differenziert werden kann, wer für was in welcher Verantwortung steht.¹⁹

Um dem zu entgehen, hat Young mehrere Parameter eingeführt: Erstens variere unsere Verantwortung entsprechend dem Grad an *Macht*, einen Prozess effektiv zu beeinflussen; zweitens gemäß dem *Privileg*, das sich aus der jeweiligen Form strukturellen Unrechts für Personengruppen ergibt; drittens auf der Basis des eigenen persönlichen *Interesses*, an der Transformation der Unrechtsrelation mitzuwirken²⁰ und viertens anhand der *kollektiven Fähigkeit*, die sich durch die Teilnahme an einer politischen Bewegung ergibt, dem Unrecht ein Ende zu bereiten.²¹ Abhängig von der jeweiligen Position, die eine Person in allen diesen vier Teilbereichen einnimmt, lasse sich der Grad an Verantwortung bestimmen, ein Übel zu beseitigen oder wenigstens dagegen aufzubegehren.

EntscheidungsträgerInnen in Unternehmen haben die Macht, die Produktionsbedingungen innerhalb eines Sektors durch gemeinsames Handeln nachhaltig zu verbessern. Sie profitieren darüber hinaus von den Ausbeutungsbeziehungen und stehen deshalb in einer besonderen moralischen Verantwortung gegenüber deren Opfern. Selbst wenn sie für unmenschliche Arbeitsbedingungen innerhalb von (teils intransparenten) Lieferketten (noch) nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, so tragen sie aufgrund ihrer Beteiligung an strukturellen Prozessen und den sich hieraus ergebenden Privilegien – beispielsweise für den wirtschaftlichen Profit, der sich in hohen Lohnzahlungen, Ausschüttungen an Aktionäre und symbolischem Kapital für alle Beteiligten konkretisiert – in einem politischen Sinne Verantwortung für das Wohl der ArbeiterInnen. Eine anspruchsvolle, politische Konzeption der Verantwortung betrachtet Ereignisse daher in ihrem gesamtgesellschaftlichen Kontext und fordert die TrägerInnen der Verantwortung dazu auf, sich an einem kollektiven Prozess zu beteiligen und die Hintergrundbedingungen von Ausbeutung und Erniedrigung zu bekämpfen, statt sich allein auf die unmittelbaren Folgen ihres eigenen Handelns zurückzuziehen.

¹⁹ Vgl. Fraser: *Scales*. S. 64.

²⁰ Young geht davon aus, dass die Opfer von Ungerechtigkeit das größte Interesse an der Beseitigung von dessen sozialen Ursachen haben und deswegen eine Mitverantwortung für deren Beseitigung tragen. Sie begründet das damit, dass die Opfer für gewöhnlich besondere Einsichten in die Prozesse ihrer Ausbeutung hätten. Ich halte diese Argumentation für fragwürdig, da man hiermit die Last der Beseitigung einer Ungerechtigkeit den ohnehin schon prekären Lebenssituationen von Opfern von Ausbeutungsbeziehungen auferlegt. Nichtsdestotrotz und gerade wegen ihrer spezifischen Einsichten in ihre eigene Situation ist ihnen Solidarität für ihren Kampf für Gerechtigkeit geschuldet, *sofern* sie für ihre Rechte eintreten und für sozialen Wandel kämpfen. Ersteres darf jedoch nicht als moralischer Imperativ formuliert werden.

²¹ Vgl. Young: *Responsibility*. S. 184–186.

Die Hintergrundbedingungen eines Ereignisses umfassen dabei auch das historische Gewordensein einer Situation, beispielsweise das Fortwirken kolonialer Strukturen auf Wirtschaft und Politik sowie rassifizierende Grenzziehungen vor dem Hintergrund des transatlantischen Sklavenhandels. Im Rahmen einer Post-Apartheid-Gesellschaft implizieren sie auch die ungleiche Verteilung an Eigentum und Produktionsmitteln sowie die spezifische Verletzbarkeit von WanderarbeiterInnen, die aus Konfliktzonen oder stark verarmten ländlichen Bereichen kommen und daher keine effektive Wahl haben, unter welchen Bedingungen sie ihre Arbeit aufnehmen. Verantwortung in einem historisch informierten Sinne verlangt demnach, die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Ungleichheiten als Hintergrundbedingungen spezifischer Ereignisse in ihrem Gewordensein zu analysieren und dabei zu fragen, inwiefern die aktuelle Verteilung an Reichtümern zum Teil ein Produkt ebendieser gewachsenen Beziehung ist.²²

Wie antworten? Postkoloniale Ambivalenzen einer Politik der Solidarität

Auf einer globalen Ebene stellt sich uns daher die Frage, wie wir verantwortlich agieren. Während Pflichten genau spezifizieren, was zu tun geboten ist, lässt Verantwortung zunächst offen, wie sie verwirklicht werden kann.²³ Gemeinschaftliches Handeln, das sich aus der (Mit-)Verantwortung für soziale Übel in der Welt ergibt und dessen Ursachen zu bekämpfen abzielt, lässt sich als »Solidarität« beschreiben, im Sinne eines Kampfes für gerechtere Praktiken und Institutionen.²⁴ Doch wie lässt sich diese Solidarität leben, insbesondere in Anbetracht struktureller Machtasymmetrien?

Solidarität kann im globalen Kontext nicht vorrangig auf einer gemeinsamen Geschichte oder einem ähnlichen Status beruhen, sofern sie etablierte Grenzziehungen, also bestehende Strukturen, überwinden möchte. Sie muss daher notwendig »reflexiv« sein.²⁵ Reflexive Solidarität basiert nicht auf einer gemeinsamen Identität, der wir uns notwendigerweise verschreiben müssten. Sie basiert auch nicht auf dem Gefühl der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. Vielmehr gründet sie in der geteilten Reflexion auf die Zustände, in denen wir leben, und überbrückt damit bestehende Differenzen, ohne diese auszulöschen. Das »Wir« innerhalb einer solchen solidarischen Gemeinschaft ist damit ein diskursives Geflecht, das stets veränderbar bleibt und eigene Ausschlüsse kritisch hinterfragt. Geeint wird die solidarische Handlung durch die politischen Ziele,

die die AktivistInnen miteinander verbinden.²⁶ Diese Solidarität unterscheidet sich von Modellen, die die affektive Komponente der Solidarität betonen und damit auf bestehende Konventionen und Gefühle aufbauen.

Für solidarisches Handeln im Kampf gegen transnationale Ausbeutungsstrukturen bedarf es der Kommunikation über etablierte Grenzen hinweg, um zu erfahren, was die Gründe für das Begehren der jeweils anderen sind, mit denen wir ein solidarisches Bündnis eingehen möchten. Ansonsten laufen wir Gefahr, projektiv unsere Sichtweisen, Bedürfnisse und Konzepte des guten Lebens anderen Menschen aufzuoktroieren, und verfehlen damit Verantwortung als einen dialogischen Prozess. Verantwortung gerecht zu werden angesichts von bestehenden Machtbeziehungen in einer postkolonialen Welt erfordert daher ein starkes Maß an kritischer Selbstreflexivität, an Sensibilität für Statusunterschiede, die den Diskurs bedingen, sowie ein Bewusstsein unterschiedlicher kommunikativer und habitueller Konventionen, die je nach Kontext variieren. Diese Schwierigkeit wird umso größer, je weiter die Lebensrealität des Anderen, mit dem es sich solidarisch zu erklären gilt, von der jeweils »unsrigen« divergiert.

Die indische postkoloniale Theoretikerin Gayatri Spivak hat eine Konzeption der postkolonial informierten Verantwortung entworfen, die sich genau diesen kommunikativen Schwierigkeiten widmet. Sie setzt sich mit der Frage auseinander, wie Menschen, die strukturell im Globalen Norden verortet sind, Verantwortung übernehmen können gegenüber Personen, die ökonomisch und kulturell vom globalen Fluss von Informationen sowie vom Zugriff auf Geld und Güter ausgeschlossen sind. Sie bezeichnet diese Personen in Anlehnung an den italienischen Marxisten Antonio Gramsci als »Subalterne«. Subalterne sind so weit von der Realität von AktivistInnen und Intellektuellen der Ersten Welt entfernt, dass Letztere ihr Sprechen häufig noch nicht einmal wahrnehmen, und wenn doch, völlig falsch interpretieren, und durch ihr Engagement bevormunden oder sogar zum Schweigen bringen.²⁷

Zur kritischen Überprüfung einer Verantwortungsbeziehung unterscheidet Spivak zwischen zwei Konzeptionen von Verantwortlichkeit: Die eine suche eine radikale Alterität (Andersheit), um einem authentischen Ruf nach Hilfe zu folgen, den sie aber strukturell aufgrund dieser radikalen Alterität gar nicht wahrzunehmen vermag. Eine Übersetzung zwischen den einzelnen Lebenswelten scheitere aufgrund dieser radikalen Verschiedenheit. Es folge die projektive Imagination eines Rufes der Subalternen und die Annahme einer Pflicht, generös den Armen helfen zu müssen.²⁸ Die andere Variante,

²² Vgl. Henry Odera Oruka: Philosophie der Entwicklungshilfe. Eine Frage des Rechts auf ein menschliches Minimum. In: *polylog. Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren* Nr. 6, 2000. S. 6–16.

²³ Vgl. Joel Feinberg: Duties, Rights, and Claims. In: *American Philosophical Quarterly*, Bd. 3, 2/1966. S. 141.

²⁴ Vgl. Young: Responsibility. S. 121.

²⁵ Vgl. Jodi Dean: *Solidarity of Strangers. Feminism after Identity Politics*. Berkeley/Los Angeles/Oxford 1996; Franziska Dübgen: *Was ist gerecht? Kennzeichen einer transnationalen solidarischen Politik*. Frankfurt a. M./New York 2014. S. 262–268.

²⁶ Vgl. Chandra Mohanty: *Feminism without Borders. Decolonizing Theory, Practicing Solidarity*. Bloomington 2003.

²⁷ Vgl. Gayatri C. Spivak: *Can the Subaltern Speak?* In: Cary Nelson/Lawrence Grossberg (Hg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*, Chicago 1988. S. 271–313.

²⁸ Vgl. Gayatri C. Spivak: *Feminism and Human Rights*. In: Nermeen Shaikh (Hg.): *The Present as History: Critical Perspectives on Global Power*. New York 2007. S. 179f.

die sie befürwortet, umschreibt sie wie folgt: »[S]omething else wills me«²⁹ und verweist hiermit auf Strukturen, in die wir als Handelnde eingebettet sind. Zugleich warnt sie, Jacques Derrida zitierend: »[N]o responsibility could ever be taken without equivocation and without contradiction«.³⁰ Dies bedeutet, dass die Verantwortungsübernahme stets auch in eine völlig andere Richtung zu verlaufen vermag, als es die beteiligten Akteure erwartet hatten. Spivak formalisiert diese ethische Beziehung folgendermaßen: »It is all action that is undertaken in response to a call (or something that seems to us to resemble a call) that cannot be grasped as such.«³¹

Der Prozess der Verantwortungsübernahme ist stets der Gefahr der Kontaminierung, der Vereinnahmung und der verzerrten Wahrnehmung ausgesetzt. Die geforderte Heteronomie des Sich-Einlassens auf die Sprache der Anderen, der marginalisierten, schwächeren Person, soll Spivak zufolge jedoch nicht in Selbstaufgabe münden, sondern in einer extremen Form der Selbstreflexivität, die sich dem Anderen empathisch zuwendet und zugleich dessen Aussagen kritisch reflektiert. Die (nach Gramsci benannte) »organische Intellektuelle« soll ihre Artikulationsmöglichkeiten nutzen, indem sie versucht, selbst das Schweigen der Anderen innerhalb eines hegemonialen Narrativs zu rezipieren (»measuring silences«).³² Zu identifizieren, wer in einem Gespräch keine Stimme erhalten hat, erfordere mehr als nur den Austausch von Argumenten. Es bedeute eine genaue Beobachtung der Schwächen und Verletzbarkeit der Anderen. Wenn Subalternität auf einer strukturellen Ebene meint, aus dem hegemonialen Epistem ausgeschlossen und von der Möglichkeit sozialer Mobilität nach oben radikal abgeschnitten zu werden, dann kann sich die Subalterne auch nicht an einem Diskurs über gerechtere Strukturen beteiligen. Die Verantwortung von Intellektuellen sowie von politisch oder zivilgesellschaftlich engagierten Menschen gegenüber »entfernten Anderen« besteht für Spivak folglich darin, ihre intellektuellen Fähigkeiten und ihr Wissen (beispielsweise über Menschenrechte) als Werkzeuge zu nutzen und für eine emanzipatorische Praxis zur Verfügung zu stellen. Damit können sie die Ansprüche und Anliegen von Subalternen in eine Sprache übersetzen, die im hegemonialen Diskurs globaler Institutionen und politischer Akteure Gehör findet.

Die Funktion der organischen Intellektuellen liegt demnach in der Integration der Subalternen in das hegemoniale Epistem; und zwar nicht, indem sie die Interessen der Subalternen vertritt/repräsentiert, sondern indem sie sich einem politischen Kampf verschreibt, der darauf abzielt, die Subalterne zu befähigen, ihre Interessen so zu artikulieren, dass sie Gehör findet. An dieser Stelle verliert die organische Intellektuelle ihre Kontrolle über das Geschehen. Verantwortung ist demnach stets ein reziproker Prozess;

29 Ebda. S. 180.

30 Gayatri C. Spivak: Responsibility. In: boundary 2, Bd. 21, 3/1994, S. 19.

31 Ebda. S. 22.

32 Spivak: Can the Subaltern Speak? S. 286.

was noch nicht bedeutet, dass alle in gleichem Maße geben müssen. Verantwortungsübernahme ist vielmehr ein Prozess der epistemischen Annäherung und Übersetzung, über strukturelle Differenzen und konventionelle Grenzen hinaus.

Eine postkolonial informierte Solidarität würde demnach bedeuten, eine kommunikative Beziehung einzugehen, in der wir sensibel und offen für die differenten Blickweisen sind und innerhalb derer wir aktiv zuhören lernen. Und zwar zuhören gegenüber einem Idiom, einer Sprechweise, das dem eigenen nicht entspricht, sondern einer Lebensrealität angehört, die dem jeweils eigenen Leben fremd und nah gleichermaßen ist. Fremd, weil wir es beim ersten Zuhören eventuell gar nicht zu interpretieren wissen. Fremd auch, weil wir in unserem Alltag häufig praktisch gar nicht zueinander finden. Nah, weil wir in dieser Welt doch beständig durch eine Vielzahl an Prozessen miteinander verbunden sind.

Postskriptum: Neoliberale Subversionen des Verantwortungsbegriffs

Verantwortung wird im politischen Diskurs neuerdings gern mit Eigenverantwortung assoziiert. Das neoliberale Weltbild hat in den letzten Jahren das Denken der Verantwortung befördert. Wir sind nicht nur verantwortlich für unsere Altersvorsorge, sondern auch für unsere Gesundheit, für unsere Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt und nicht zuletzt für die Menschen in unserer sozialen Umgebung, wenn der Sozialstaat diese nicht mehr ausreichend versorgt. Das »Ich« wird immer mehr überfrachtet mit der Verantwortung für sich selbst und für sein oder ihr Glück.³³ Das Individuum befindet sich in beständiger Selbstbespiegelung: seines Konsumverhaltens, seiner Bedürfnisse, seiner (pathologischen) Ängste, seines Scheiterns. Nicht Solidarität, nicht Egalität, nicht Würde sind Schlagwörter des Neoliberalismus. Sondern Verantwortung. In diesem Sinne könnte man auch behaupten, Verantwortung sei an sich gar nicht politisch. Der Diskurs der Verantwortung sei vielmehr ein Reflex neoliberalen Denkens. In diesem Sinne wäre der Diskurs der Verantwortung auch ein depolitisierender Diskurs für die auf sich zurückgeworfene Monade Mensch.

Folglich gilt es kritisch zu analysieren, wann Verantwortungsübernahme als Legitimationsstrategie fungiert, um nach außen hin ein Image zu wahren, ohne substanzielle Veränderungen zu bewirken. *Corporate Social Responsibility* (CSR) kann als ein solches Vehikel des Neoliberalismus fungieren. Wolfgang Kaleck und Miriam Saage-Maaß merken diesbezüglich skeptisch an: »Im Einzelnen mögen viele der CSR-Initiativen gut gemeint sein. Aber bestenfalls tragen sie zu einer Linderung des Elends bei, bringen jedoch keine strukturellen Veränderungen hervor.«³⁴ Einzelne öffentlichkeitswirksame

33 Vgl. Frieder Vogelmann: Im Bann der Verantwortung. Frankfurt a. M. 2014.

34 Kaleck/Saage-Maaß: Unternehmen. S. 43.

Handlungen der Verantwortungsübernahme können bestehende Ausbeutungsstrukturen noch verhärten, indem sie aus einer moralischen Ökonomie der Rechtfertigungen Profit schlagen und die Handelnden als großzügige »Geber« inszenieren.³⁵

Eine solche neoliberale Überformung des Begriffs pervertiert dessen emanzipatorischen Charakter. Um diesen Widerspruch noch zu verschärfen, möchte ich abschließend für eine Politisierung des depolitisierten Verantwortungsdiskurses plädieren. Denn eine politische Konzeption der Verantwortung sucht die Verantwortung nicht allein im Ich. Sie antwortet auf die Strukturen in der Welt, die entwürdigende, beleidigende und ausbeuterische Verhältnisse produzieren. Die das Ich und das Sein in der Welt beschädigen. Sie sucht nach ganzheitlichen Antworten auf strukturelle Probleme. Verantwortung ist eine Frage der Gerechtigkeit.

35 Vgl. Dinah Rajak: Hope and Betrayal on the Platinum Belt: Responsibility, Violence and Corporate Power in South Africa. In: Journal of Southern African Studies, Bd. 42, 5/2016. S. 929–946.

Justice for Marikana? Four Reasons South Africa should care about the upcoming BASF shareholders' meeting

Koketso Moeti, 26. April 2016

Lonmin is the multinational mining company where a strike for a living wage led to the death of 44 people, 34 of whom were brutally gunned down in a single day by SAPS. On the 29th April 2016, BASF, a principal customer of Lonmin will be hosting their annual shareholders' meeting. Apart from the usual attendees, a South African delegation which includes two of the women made widows by the Marikana massacre will be present, calling for justice for Marikana. Koketso Moeti lists four reasons why we should care about this meeting.

1. Lonmin clearly won't take responsibility on its own The Farlam Commission report found that Lonmin did not sufficiently try to engage with workers on ending the strike or protect its employees. The report also recommended that Lonmin »be investigated for knowing the risks but failing to protect employees«. Apart from this, Lonmin was found to be complicit in the poor conditions in which mineworkers lived, those conditions that led to the Marikana massacre. Another damning report by the Alternative Information and Development Centre (AIDC) shows that the company could afford the living wages demanded by the mine workers. It also found that Lonmin was involved in profit shifting and abuse of the transfer price mechanism. It's important that customers and investors in Lonmin actively support the call for justice.

2. BASF prides itself on being a founding member of the United Nations Global Compact The Global Compact is »a call to companies to align strategies and operations with

universal principles on human rights, labour, environment and anti-corruption, and take actions that advance societal goals«. BASF continues to brag about this, yet is the principal customer of a company that reneged on its duties as far as its workers are concerned, leading to deadly consequences. Surely as an entity that claims to be concerned with human rights, BASF should take responsibility in ensuring that these rights are upheld throughout its supply chain?

3. Justice for Marikana is about more than Marikana Marikana is a microcosm of South African society and the lead up to the massacre had features of the everyday exploitation of black workers, poverty, inhumane living and working conditions. It's also about the ruthless profit-maximising ways that the extractive sector has always operated in South Africa, and justice for Marikana would be a symbolic victory for many others working tirelessly to hold corporates to account.

4. We can't allow »business as usual« Almost four years later, many of the families affected are struggling to make ends meet after the brutal murder of their loved ones, many of whom were breadwinners in their respective households. The injured miners, some of who are no longer able to work and have medical requirements, are also yet to be compensated. Apart from that, very little has changed for this community, after such a tragic spotlight was put on the conditions in which they work and live. Not to address these conditions would be to allow for those slain to have died in vain.

▲ Dieser Artikel der südafrikanischen Journalistin und Aktivistin Koketso Moeti erschien in der *Daily Vox* anlässlich der BASF-Aktionärsversammlung vom 29. April 2016 (Mannheim).

DIE GRENZEN DER FREIWILLIGKEIT WIE DIE WIRTSCHAFT VERBINDLICHE MENSCHENRECHTSSTANDARDS VERHINDERT

Sarah Lincoln

Seit Jahrzehnten fordern Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen die nationalen Regierungen, die Vereinten Nationen und andere politische Institutionen auf, Unternehmen zur Achtung von Umwelt und Menschenrechten in ihren globalen Geschäften zu verpflichten. Zahlreiche Skandale, wie beispielsweise die Zerstörung des Nigerdeltas durch Shell oder jüngst der Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch, haben weltweit für Empörung gesorgt. Trotzdem gibt es bis heute keine verbindlichen Standards, an die sich Unternehmen weltweit halten müssen. Während sich die Wirtschaft globalisiert hat und Investorenrechte durch verbindliche Handelsverträge geschützt und vor internationalen Schiedsgerichten durchgesetzt werden, hinkt der Schutz der Menschenrechte hinterher: Den Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen ist es oft nicht möglich, die beteiligten Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen.¹

¹ Praktische und rechtliche Hürden machen Klagen in vielen Fällen unmöglich, sowohl in den Ländern, in denen der Schaden eintritt, als auch in den Heimatstaaten der Unternehmen; vgl. ECCHR/Brot für die Welt/MISEREOR: Unternehmen zur Verantwortung ziehen. Erfahrungen aus transnationalen Menschenrechtsklagen. Berlin 2017.

Gut aufgestellt gegen gesetzliche Regulierung: Mit freiwilligen Initiativen

Vorstöße für eine Regulierung der globalen Wirtschaft gab es bei den Vereinten Nationen schon mehrfach: zum Beispiel in den 1970er-Jahren mit dem Vorschlag für einen *Code of Conduct for Transnational Corporations* oder 2003 mit dem Entwurf der *UN Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights*. Im Oktober 2017 gingen die Verhandlungen über den *UN Binding Treaty for Business and Human Rights* in die dritte Runde (siehe hierzu den Beitrag von Akhona Mehlo, S. 226). Bisher sind all diese Initiativen jedoch letztlich am Widerstand der Wirtschaftsverbände und der Marktgläubigkeit der Politik gescheitert. Außerdem arbeiten die Unternehmen sehr überzeugend daran, zu vermitteln, dass sie sich ihrer Verantwortung in freiwilligen Initiativen stellen.

Seit der Jahrtausendwende hat fast jedes größere Unternehmen eine *Corporate-Social-Responsibility*-Strategie und präsentiert sich als nachhaltig und sozial. Dieser Ansatz vermeintlicher Selbstregulierung² fügt sich ein in den neoliberalen Diskurs der letzten Jahrzehnte: Liberalisierung und Privatisierung anstelle von staatlicher Regulierung (siehe hierzu das Interview mit Dinah Rajak, S. 264).

Exemplarisch für diesen Ansatz ist der im Jahr 2000 gegründete *UN Global Compact*, ein Instrument der freiwilligen Selbststeuerung, angesiedelt bei den Vereinten Nationen. Die Unternehmen im *Global Compact* bekennen sich zu bestimmten Standards – konzipiert ist *Global Compact* allerdings als freiwilliges Lern- und Diskussionsforum, eine Überprüfung der Umsetzung gibt es nicht.

Einen konsensorientierten, freiwilligen Ansatz wählen auch die *Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte*, die 2011 im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen angenommen wurden. Entwickelt von Harvard-Professor John Ruggie, konkretisieren die Leitprinzipien die Anforderungen an Staaten und Unternehmen. Wiederum: Es handelt sich bei den Leitprinzipien um sogenanntes *soft law* – die Umsetzung ist also freiwillig und es gibt keinerlei Durchsetzungsmechanismen.

Der »Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte«

Gleichwohl sind die nationalen Regierungen aufgefordert, die *UN-Leitprinzipien* umzusetzen, das heißt, die Regierungen sollen in ihren Ländern Rahmenbedingungen schaffen, um die Unternehmensverantwortung zu stärken und den Rechtsschutz für Betroffene zu verbessern. Nach einem zweijährigen Konsultations- und Beratungsprozess verabschiedete die Bundesregierung am 21.12.2016 einen *Nationalen Aktionsplan zur*

² Vgl. Brot für die Welt/Global Policy Forum/MISEREOR: *Corporate Influence on the Business and Human Rights Agenda of the United Nations*. Aachen 2014.

Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte.³ Dieser Aktionsplan beschränkt sich weitestgehend auf freiwillige Empfehlungen an die deutschen Unternehmen. Alle »sollen« menschenrechtliche Sorgfaltsprozesse umsetzen, um Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten zu verhindern. Dies wird stichprobenhaft »überprüft«. Unternehmen, die diese Anforderungen ignorieren, haben jedoch derzeit keinerlei Konsequenzen zu befürchten. Weder werden sie von öffentlichen Auftragsvergaben ausgeschlossen, noch müssen sie Klagen von Betroffenen befürchten.

So ist das Ergebnis aus Sicht der beteiligten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften mehr als enttäuschend.⁴ Ein Rückblick auf den Prozess veranschaulicht, wie sich die Wirtschaftsinteressen in der Debatte durchsetzen konnten: Federführendes Ministerium für die Erarbeitung des Aktionsplans war das Auswärtige Amt, begleitet wurde der Prozess von einer Steuerungsgruppe. Dort saßen neben fünf weiteren Ministerien jeweils ein/e VertreterIn des *Deutschen Gewerkschaftsbunds* (DGB), des Dachverbands der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (Venro), des *Forum Menschenrechte*, des *Deutschen Industrie- und Handelskammertags* (DIHK), der *Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände* (BDA) und des *Bundesverbands der Deutschen Industrie* (BDI). Über die Steuerungsgruppe sollte sichergestellt werden, dass die Forderungen der verschiedenen Interessengruppen einbezogen werden. Organisiert von der Steuerungsgruppe gab es elf thematische Anhörungen, in denen die verschiedenen Interessengruppen Gelegenheit hatten, Lücken und Lösungsansätze in Bezug auf Lieferkettenverantwortung, Rechtsschutz, Berichtspflichten und andere Themen einzubringen.⁵ Während seitens der Gewerkschaften und NGOs mit zahlreichen Fallbeispielen, Studien und Ländervergleichen der dringende Handlungsbedarf dargelegt wurde, investierten die Wirtschaftsverbände wenig. Sie beschränkten sich darauf, ihre ablehnende Haltung gleichbleibend zu wiederholen: Deutsche Unternehmen achteten schon jetzt die Menschenrechte, freiwillige Selbstverpflichtungen reichten aus, verbindliche Vorgaben würden deutsche Unternehmen im globalen Wettbewerb über Gebühr belasten. Eine Annäherung an die Forderungen aus der Zivilgesellschaft oder auch nur ein offenes Gespräch über mögliche Lösungsansätze im Rahmen des Erarbeitungsprozesses blieben aus. Das war aus Sicht der Wirtschaftsverbände auch nicht notwendig, denn im Laufe des Prozesses zeigte sich, wie groß die Übereinstimmung zwischen Wirtschafts- und Regierungsinteressen ist. Durch MitarbeiterInnen des Bundeswirtschaftsministeriums wurde beispielsweise bei unterschiedlichen Gelegenheiten geäußert, dass sie sich eher als VertreterInnen der Wirtschafts-

³ Bundesregierung: Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte. 2016. Online verfügbar.

⁴ Vgl. Amnesty International/Brot für die Welt/Germanwatch/MISEREOR: Kein Mut zu mehr Verbindlichkeit. Kommentar deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung. 6.2.2017. Online verfügbar.

⁵ Vgl. Auswärtiges Amt: Entwicklung des Aktionsplans unter Einbindung von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. 23.11.2017.

interessen sähen; sie positionierten sich öffentlich regelmäßig sehr deutlich gegen jede Form verbindlicher Regulierung. Ursprünglich sollte die Steuerungsgruppe an der Erarbeitung eines Textentwurfs beteiligt werden, letztlich hat die Bundesregierung den Plan jedoch hinter verschlossenen Türen erarbeitet und verhandelt. Die Steuerungsgruppe wurde im letzten Jahr nicht mehr einbezogen und hatte vor Verabschiedung des Aktionsplans keine Möglichkeit, den Text zu kommentieren.

Wie selbstverständlich die Wirtschaftsstandpunkte in die Entscheidungsprozesse einfließen konnten, zeigt sich zum Beispiel daran, dass zu Beginn des Prozesses im zuständigen Arbeitsstab des Auswärtigen Amts ein *Siemens*-Mitarbeiter direkt an dem NAP-Prozess mitarbeiten konnte. Diese »Ausleihe« aus der Wirtschaft fand man im Auswärtigen Amt anscheinend so banal, dass sie erst sehr viel später in den Verhandlungen am Rande erwähnt wurde. Gleichzeitig bezogen die Wirtschaftsverbände und einzelne Unternehmen während der internen Regierungsverhandlungen in verschiedenen Lobbybriefen an die beteiligten Ministerien sehr deutlich Position gegen verbindliche Regulierungen. Diese Interventionen der Wirtschaftsverbände bewirkten, dass der Entwurf des Aktionsplans im Laufe der Verhandlungen zweimal stark verwässert wurde und am Ende keinerlei Verbindlichkeiten beschlossen wurden. Im Sommer 2016 strich das Bundesfinanzministerium (BMF) während einer »erweiterten interministeriellen Abstimmungsrunde« viele progressive Elemente – etwa die Verpflichtung zumindest der staatlich kontrollierten Unternehmen – aus dem Entwurfstext. Der Intervention des Finanzministeriums war ein detailliertes Lobbyschreiben mit Änderungsvorschlägen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber vorausgegangen. Unter anderem bat die Deutsche Bahn ausdrücklich darum, die vorgesehene Verpflichtung staatlicher Unternehmen zu Sorgfaltsprozessen wieder zu streichen. Erst nachdem das BMF von den NGOs auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes verklagt worden war, konnte Einsicht in diese Vorgänge genommen werden. Hilfreich für die BDA war sicherlich auch die Tatsache, dass Steffen Kampeter, seit Juli 2016 Hauptgeschäftsführer des BDA, bis zum Sommer 2015 noch parlamentarischer Staatssekretär desselben Finanzministeriums war und dort noch über beste Kontakte verfügt haben dürfte.

Das Märchen von der freiwilligen Unternehmensverantwortung

Statt gesetzlicher Regulierung setzt der *Nationale Aktionsplan* nun auf Unterstützung und Dialog: Beratungsstellen und Trainingsangebote für Unternehmen werden ausgebaut, und durch einen allgemeinen »CSR-Konsens« und verschiedene Brancheninitiativen sollen »branchenspezifische Handlungsanleitungen und *Best Practice* Beispiele«⁶

⁶ Bundesregierung: Nationaler Aktionsplan. S. 20.

gemeinsam mit den Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und NGOs entwickelt werden. In der Logik des Aktionsplans bedeutet das: weitere Dialoge und runde Tische. Gleichzeitig kann die Bundesregierung so vorweisen, dass deutsche Unternehmen engagiert und willens sind, ihrer Verantwortung nachzukommen. Es fehle lediglich noch immer an Informationen, Vernetzung und gemeinsamen Konkretisierungen.

Es ist jedoch wenig erstaunlich, dass alle Untersuchungen nahelegen: Freiwillige Unternehmensverantwortung zeigt bislang kaum Wirkung. Eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie untersuchte 2013 in 17 Ländern die Effekte der freiwilligen CSR-Maßnahmen. Ganz konkret wurden hier insbesondere die beiden Bereiche Umwelt und Arbeitsstandards unter die Lupe genommen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die positive Wirkung von CSR-Aktivitäten sehr gering ist. Aktivitäten seien vor allem dort erkennbar, wo eine hohe Regelungsdichte besteht, wie beispielsweise bei der Chemikaliennutzung oder der Arbeitssicherheit. Insgesamt übermittelte die Studie die sehr klare Empfehlung an die EU-Kommission, dass mehr Regulierung wünschenswert und zielführend sei.⁷

Hinter den Kulissen von BASF und Co.

Mittlerweile geben zwar die meisten großen deutschen Unternehmen vor, auf Arbeits- und Menschenrechte in ihren Lieferketten zu achten. Die Programme kratzen jedoch oft nur an der Oberfläche. Viele Unternehmen lassen es dabei bewenden, die Verantwortung durch entsprechende Vertragsklauseln auf die Lieferanten abzuwälzen, ohne in den Blick zu nehmen, dass sie durch Preise und Lieferfristen die Bedingungen für die Zulieferbetriebe nicht unerheblich mitdiktieren. Oder die Unternehmen verweisen auf ihre selbstorganisierten Sozial-Audits, die in den Fabriken oder Minenbetrieben durchgeführt werden, wohlwissend, dass diese oft wenig aussagekräftig sind. Exemplarisch dafür steht das Lieferkettenmanagement von BASF in Bezug auf die Platinmine in Marikana. Laut den UN-*Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte*, zu deren Einhaltung die Bundesregierung die Unternehmen im *Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte* auffordert, steht BASF in der Verantwortung, Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette zu identifizieren und seinen Einfluss auf den Geschäftspartner Lonmin zu nutzen, um die Verhältnisse vor Ort zu verbessern.

BASF gibt an, wirtschaftlichen Erfolg mit Umwelt- und Sozialverantwortung zu verbinden, demgemäß auch im Bereich der Unternehmensverantwortung branchenführend, und selbstverständlich Gründungsmitglied des oben skizzierten UN *Global Compact* und Mitbegründer der Chemie-Initiative *Together for Sustainability* (TfS) zu sein.

⁷ Vgl. CSR Impact: IMPACT Project. Executive Summary: Headline findings, insights & recommendations for policy makers, business & stakeholders, 2013.

Diese wurde 2011 von sechs multinationalen Chemieunternehmen gegründet und entwickelt und implementiert ein globales Audit-Programm für die Branche. Erst 2015, nach massivem öffentlichen Druck, reagierte BASF auf die Situation in Marikana und führte mit *Together for Sustainability* bei Lonmin ein Audit durch. Obwohl kaum eine Mine so unter Beobachtung steht wie die Lonmin-Mine und die nach wie vor prekären Arbeits- und Lebensbedingungen in Marikana ausführlich dokumentiert sind, identifizierte der erste Audit-Bericht lediglich Schwächen beim Brandschutz, nicht aber in den Bereichen Menschenrechte oder Arbeitsbedingungen. Weder die Mehrheitsgewerkschaft AMCU noch relevante NGOs wurden für das Audit hinzugezogen oder befragt. Aufgrund anhaltender Kritik beauftragte BASF 2017 ein zweites Audit, dieses Mal wollten sie sich stärker auf die Arbeits- und Lebenssituation der Menschen in Marikana konzentrieren. Doch auch bei diesem Audit sind die relevanten Akteure vor Ort, nämlich NGOs, Gewerkschaften und Betroffene, nicht einbezogen worden. Keiner der beiden Audit-Berichte wurde veröffentlicht, da sie laut BASF geistiges Eigentum von TfS und damit urheberrechtlich geschützt seien. Trotz zahlreicher Dialogversuche, unter anderem von *Brot für die Welt*, trotz etlicher Telefonate und Briefwechsel mit der CSR-Abteilung ist weiterhin schwer zu identifizieren, was BASF tatsächlich tut, um die Situation in Marikana zu verbessern. Das Unternehmen BASF berichtet auf seiner Webseite, dass es im Dezember 2016 eine »Sektorinitiative« in Südafrika angestoßen habe, um die Situation im Platingürtel zu verbessern. Allerdings sind weder die TeilnehmerInnen noch die geplanten Aktivitäten bekannt und seit dem ersten Treffen ist im Rahmen dieser Initiative nichts weiter unternommen worden.

Für die Menschen in Marikana hat sich fünf Jahre nach dem Massaker an den streikenden ArbeiterInnen nichts verbessert. Die Arbeit in der Mine ist hart und gefährlich, jährlich sterben zahlreiche PlatinarbeiterInnen in den engen Schächten. Die Löhne reichen nicht, um die Familie zu ernähren. Die MinenarbeiterInnen leben in Wellblechhütten, ohne Strom, fließend Wasser und Kanalisation. Dennoch hat BASF die Langzeitverträge mit Lonmin 2016 erneuert – ohne verbindliche Vereinbarungen zur Umsetzung der Sozialverpflichtungen.⁸

Und BASF ist kein Einzelfall: Befragungen bei den DAX-30-Unternehmen⁹ zeigen, dass bislang die wenigsten von ihnen systematische Risikoanalysen durchgeführt oder effektive Maßnahmen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen ergriffen haben.¹⁰

⁸ Aisha Bahadur/Lisa Kadel/Sarah Lincoln: Platinum for the World Market, Iron Shacks for Workers. Living and Working Conditions in Marikana Five Years after the Massacre. Brot für die Welt/Bench Marks Foundation. Berlin/Johannesburg 2016.

⁹ Diese 30 Unternehmen bilden den Leitindex des Deutschen Aktienindex DAX.

¹⁰ Vgl. Germanwatch/MISEREOR: Globales Wirtschaften und Menschenrechte. Deutschland auf dem Prüfstand. Bericht 2014.

An runden Tischen

Abhilfe will die Bundesregierung mit »Branchendialogen« schaffen: Gewerkschaften, NGOs, Unternehmen und ihre Verbände sollen sich unter der Moderation der Bundesregierung über die branchenspezifischen Anforderungen einigen und zu gemeinsamen Zielvereinbarungen kommen. Wie schwierig und nervenaufreibend dies sein kann, zeigt sich am *Bündnis für nachhaltige Textilien*. Dieses Bündnis ist ein Projekt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und bringt deutsche Textilunternehmen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen zusammen, um konkrete Vereinbarungen zur Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen vom Baumwollanbau bis zur Textilfabrik zu treffen. Fast vier Jahre nach Gründung hat sich das Bündnis im November 2017 erstmals darauf einigen können, dass es überhaupt verbindliche Ziele für jedes Mitglied geben muss, zum Beispiel die Pflicht zur Durchführung einer Risikoanalyse.¹¹ Sanktionen gibt es neben einem möglichen Ausschluss keine. Seit Gründung haben schon einige Unternehmen wie *Ernsting's Family* oder *Real* das Bündnis verlassen, ohne dass die Öffentlichkeit davon erfahren hätte. Noch können keinerlei Aussagen darüber getroffen werden, ob das Textilbündnis Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen entlang der Lieferkette bewirken wird. Angesichts der Auswertung ähnlicher Vereinbarungen scheinen jedoch berechtigte Zweifel angebracht, ob solche Initiativen den Unternehmen ausreichend Anreize zur Veränderung ihrer Geschäftspraxis bieten. Brot für die Welt zeigt beispielsweise in der ausführlichen Auswertung des *Roundtable on Sustainable Palm Oil* erhebliche Schwächen dieser Multi-Stakeholder-Initiative (MSI) auf – sowohl in der inhaltlichen Reichweite der Kriterien als auch in der Überprüfung.¹² Einen breiteren Überblick erstellte 2015 die *Royal Society for the Protection of Birds* (RSPB), die 161 Selbstregulierungsansätze aus allen Lebensbereichen untersuchen ließ. Ob zur Reduzierung von Treibhausgasen in Kanada, zur aggressiven Vermarktung von Medikamenten in Schweden oder zum Schutz von Albatrossen in Neuseeland: In 80 Prozent der Fälle seien die freiwilligen Vereinbarungen gescheitert, weil die gesteckten Ziele nicht erreicht worden seien oder sich nur sehr wenige Unternehmen angeschlossen hätten.¹³ Mindestvoraussetzungen sind laut dieser Untersuchung klar definierte, überprüfbare Ziele, eine unabhängige Überprüfung und eine transparente Berichterstattung. Vor allem aber kommt die Studie zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass Unternehmen letztlich nur dann zu Veränderungen ihrer Geschäftspraxis bereit sind, wenn dies finanzielle Vorteile für sie hat. Freiwillige

¹¹ Vgl. Bündnis für nachhaltige Textilien: Bündnis für nachhaltige Textilien tritt 2018 in neue Phase: Verbindliche Ziele für alle Mitglieder und stärkere Internationalisierung. 24.11.2017.

¹² Brot für die Welt/VEM: Nachhaltiges Palmöl – Anspruch oder Wirklichkeit? Potenziale und Grenzen des Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO). 2014.

¹³ Vgl. Royal Society for the Protection of Birds (RSPB): Using regulation as a last resort? Assessing the performance of voluntary approaches. Sandy, Bedfordshire 2015. S. 10.

Initiativen funktionieren demnach insbesondere dann, wenn es klare Anreize, beispielsweise Steuererleichterungen, gibt oder wenn sie mit gesetzlichen Vorgaben kombiniert werden.¹⁴

Globale Kämpfe für mehr Regulierung

Anstatt ordnungspolitische Fragen in sogenannten Multi-Akteurs-Partnerschaften (MAP) verhandeln zu lassen, sollte die Bundesregierung sich daher wieder auf ihre ureigene Aufgabe besinnen, verbindliche Rahmenbedingungen für die Einhaltung der Menschenrechte zu schaffen. Wie das aussehen kann, zeigt Frankreich, wo im Februar 2017 ein Gesetz verabschiedet wurde, mit dem große französische Unternehmen verpflichtet werden, menschenrechtliche Risiken zu verhindern, auch bei ihren Tochterunternehmen und wesentlichen Vertragspartnern.

Und auch auf internationaler Ebene bewegt sich etwas: Viele Regierungen des Globalen Südens wollen nicht länger akzeptieren, dass transnationale Unternehmen nur Rechte und keine Pflichten haben. Auf Initiative von Ecuador und Südafrika sprach sich der UN-Menschenrechtsrat 2014 mehrheitlich für zwischenstaatliche Verhandlungen über ein Völkerrechtsabkommen zur Regulierung der Wirtschaft aus. Seit 2015 fanden in Genf drei Sitzungen einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe statt. Bei der letzten Sitzung im Oktober 2017 waren 101 Staaten vertreten; es wurden die von der ecuadorianischen Verhandlungsleitung vorgeschlagenen Elemente des zukünftigen Abkommens diskutiert. Ziel ist nach wie vor ein internationales Abkommen, das klare Regeln für Unternehmen schafft und den Betroffenen Klagemöglichkeiten eröffnet. Unterstützt wird der sogenannte *Treaty-Prozess* von mehr als 1.000 Nichtregierungsorganisationen weltweit. Allerdings stehen viele Industrienationen – auch die EU und Deutschland – dem Vorhaben wenig enthusiastisch gegenüber. Sie setzen weiterhin auf »freiwillige Unternehmensverantwortung«, die Wirtschaftsverbände mobilisieren kräftig dagegen und die ersten Stimmen aus der Zivilgesellschaft werden laut, die auch diesen Prozess für gescheitert erklären. Damit das nicht geschieht, braucht es mehr öffentlichen Druck und eine Skandalisierung der bestehenden Verhältnisse.

Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen aufpassen, dass sie sich nicht im *participation* und im Unternehmensdialog verlieren, sie müssen sich stärker international vernetzen und so die nationalen und globalen Bemühungen für verbindliche Regeln effektiver verknüpfen.

¹⁴ Vgl. ebda., S. 12f., 39f.



◀ Forderung nach globalen Standards für die Achtung von Menschenrechten durch Unternehmen auf der Bündnisdemonstration gegen das TTIP-Abkommen am 10. Oktober 2015 in Berlin.

◀ Erste Runde der Verhandlungen zum UN-Vertrag für Wirtschaftsunternehmen in Bezug auf Menschenrechte in Genf, 2015.

▲ Aktivistin vor dem UN-Gebäude in Genf während der Weiterverhandlung des UN-Vertrags für Wirtschaftsunternehmen in Bezug auf Menschenrechte, März 2017.

DAS UN-ABKOMMEN FÜR WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE DIE ROLLE SÜDAFRIKAS

Akhona Mehlo

Nachdem Ecuador und Südafrika¹ verbindliche Regeln für transnationale Konzerne zum Schutz der Menschenrechte gefordert hatten, verabschiedete der *UN-Menschenrechtsrat* (*United Nations Human Rights Council*, UNHRC) im Juni 2014 eine entsprechende Resolution. Viele hofften, dass eine Initiative des Rats zum Respekt und Schutz der Menschenrechte beitragen und den ungestraften Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Konzerne – vor allem im Globalen Süden – einen Riegel vorschieben würde.

In diesem Artikel wird der Verhandlungsprozess der Vereinten Nationen und insbesondere Südafrikas unterstützende Rolle in diesem Prozess untersucht.

¹ UNGA Res 26/9, Elaboration of an international legally binding instrument on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights, 14.7.2014, A/HRC/RES/26/9. Online verfügbar

Die Informationen zur Rolle Südafrikas stammen vor allem aus dem *Ministerium für Internationale Beziehungen und Zusammenarbeit* (*Department of International Relations and Cooperation*, DIRCO), der treibenden Kraft innerhalb der südafrikanischen Delegation. Die Initiative wurde insbesondere durch die Zivilgesellschaft und verschiedene Institutionen angestoßen, die mit umfangreichen Know-how zu diesem Prozess beigetragen haben. Der Artikel fasst vorerst Südafrikas Anteil an der Initiative zusammen und schließt mit verschiedenen Beiträgen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die diese unterstützt haben.

1. Hintergrund

Aufgrund von Lücken und Ungleichgewichten in der internationalen Rechtsordnung, die eine Aushöhlung der Menschenrechte zur Folge haben, erstellte der damalige *UN-Unterausschuss für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte*, der als Think Tank für die damalige *UN-Menschenrechtskommission* (*United Nations Commission on Human Rights*, CHR) fungierte, einen Bericht zum Unternehmenssektor mit dem Titel »Die Verantwortung transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte«. ² Dieser Bericht folgte auf eine Reihe früherer Berichte über die Verwicklung transnationaler Konzerne in Menschenrechtsverletzungen wie Kinderarbeit, Diskriminierung, unsichere Arbeitsverhältnisse, die Unterdrückung von Gewerkschaften und Tarifverhandlungen, die Einschränkung von Technologietransfers sowie Niedriglöhne und Umweltzerstörung. ³

Als der Bericht, der schwere Menschenrechtsverletzungen durch den Unternehmenssektor ans Licht brachte, ⁴ 2005 der CHR vorgelegt wurde, damit diese eine Entscheidung trifft und eine Lösung entwickelt, setzte er eine breite Diskussion in Gang. Südafrika und Ecuador forderten die CHR gemeinsam mit einigen anderen Ländern zum Handeln auf, um die im Bericht aufgedeckten Missstände auszuräumen. Südafrika zeigte sich vor allem wegen der Folgen der Globalisierung für den Kontinent besorgt und verwies auf die Tatsache, dass viele Entwicklungsländer in diesem Bereich über keinen oder nur einen sehr schwach ausgeprägten Rechtsrahmen verfügen, sowie darauf, dass sich transnationale Konzerne diese Situation zunutze machen.

Vereinbart wurde schließlich die Einsetzung eines entsprechend mandatierten *Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs* (*Special Representative of the Secretary General*,

² UNO (Unterausschuss für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte): Res. 2003/16: Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights, 13.8.2003, UN Dok. E/CN.4/Sub.2/2003/L.1 1.

³ David Weissbrodt/Muria Kruger: Norms on the responsibilities of transnational corporations and other business enterprises with regard to human rights. In: *American Journal of International Law* 97, 2003. S. 901.

⁴ Ebda.

SRSRG). Als SRSRG wurde John Ruggie⁵ ernannt, der dann die *Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* (*Leitprinzipien* oder *Ruggie-Leitprinzipien* oder UNGPs) entwickelte. Trotz der freiwilligen und unverbindlichen Natur der *Leitprinzipien* sind diese ein wichtiges Werkzeug für die Umsetzung des Ansatzes *Schutz, Achtung und Wiedergutmachung* (*Protect, Respect, Remedy*), der als Grundlage für internationale Menschenrechtsstandards dient und transnationalen Konzernen ermöglicht, sich selbst zu überwachen und sich selbst Sanktionen aufzuerlegen.⁶ Die *Leitprinzipien* umfassen drei Grundsätze: die Pflicht von Staaten, die Menschenrechte zu schützen; die Verantwortung von Unternehmen, Menschenrechte zu achten; und der Zugang von Opfern von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen zu Rechtsmitteln, um die erlittenen Schäden geltend machen und Wiedergutmachung erlangen zu können.⁷ Der größte von Südafrika vorgebrachte Kritikpunkt gegen die UN-*Leitprinzipien* ist, dass sie nicht rechtsverbindlich und durch die fehlende Bestätigung durch die UN-Generalversammlung nicht in internationalen Menschenrechtsnormen festgeschrieben sind. Zudem seien sie nicht – wie beim Vertragsrecht üblich – in einem zwischenstaatlichen Verhandlungsprozess von den Staaten multilateral ausgehandelt worden. Stattdessen sei hauptsächlich Prof. Ruggie für den Inhalt verantwortlich.

Eine der ersten Reisen, die Ruggie im Rahmen seines Mandats unternahm, führte nach Südafrika. Dort nahm er an einer von Mary Robinson initiierten *Konferenz zur Initiative einer ethischen Globalisierung* (*Ethical Globalization Initiative*) teil.⁸ Nach der Konferenz traf er sich mit der südafrikanischen Delegation, die mit ihm darin übereinstimmte, dass ein verbindliches Instrument zu Kontroversen führen und ein umfassender und zentraler Ansatz breitere Zustimmung finden würde. Die Herangehensweise sah zwei Phasen vor: Die erste Phase sollte auf »nicht zwingendem Recht« (*Soft Law*) basieren und schließlich in eine zweite Phase mit rechtsverbindlichen Verpflichtungen (*Hard Law*) münden.⁹

Dieses »Hard Law«-Konzept würde in Form eines für alle Staaten verbindlichen Vertrages umgesetzt werden, welches internationalem Recht unterliegen, durch ein internationales Tribunal vollstreckt und mit effektiven Sanktionsmechanismen ausgestattet

5 Der Politikwissenschaftler John G. Ruggie ist Berthold-Beitz-Professor für Menschenrechte und Internationale Beziehungen an der Kennedy School of Government der Harvard University und Affiliated Professor in International Legal Studies an der Harvard Law School. Er ist Leiter der *Initiative für verantwortungsvolle Unternehmensführung*. Vgl. unter: www.hks.harvard.edu/about/faculty-staff-directory/john-ruggie.

6 Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind eine Reihe von Leitlinien für Staaten und Unternehmen, die Menschenrechtsverletzungen im Rahmen unternehmerischen Handelns verhindern, ahnden und ihnen ein Ende setzen sollen. Zu finden unter: www.business-humanrights.org/en/un-guiding-principles.

7 Vgl. auch www.un.org/press/en/2005/sga934.doc.htm

8 Aus einem Interview mit der Abteilung für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit durch das *Department of International Relations and Cooperation* (DIRCO) über die Generaldirektion: Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten, Pretoria, Südafrika am 18.4.2017.

9 Ebda.

sein sollte, sodass sich transnationale Konzerne nicht länger hinter Investitionsschutzabkommen und der Rechtsform ihrer Tochterunternehmen verstecken können.¹⁰ Die verbindlichen internationalen Vorschriften des UN-Vertrags würden dazu beitragen, der Straflosigkeit der transnationalen Konzerne ein Ende zu setzen und die Rechte von Personen vor die Profite von Unternehmen zu stellen.¹¹ Ein solcher Ansatz würde sich deutlich von dem unterscheiden, der sich einzig und allein auf die UN-*Leitprinzipien* beruft, die Menschenrechte nur aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet, auf die »soziale Verantwortung der Unternehmen« setzt, nur freiwillige Maßnahmen vorsieht und es bisher nicht geschafft hat, die Konzerne zur Verantwortung zu ziehen. Außerdem könnten sich Staaten, die den Vertrag unterzeichnet haben, gemäß Artikel 27 des *Wiener Übereinkommens*,¹² nicht länger auf die Bestimmungen ihres nationalen Rechts berufen, um die Nichterfüllung einer Vertragspflicht zu rechtfertigen.

Kritische Stimmen werfen Ruggie vor, von seinen ursprünglichen Plänen abzukehren und sich gegen den Vertrag zu stellen. Ruggie beteuert hingegen, dass sein Ansatz zukunftsgerichtet sei und verhindern würde, dass »man sich für einen Weg entscheidet, der nur in symbolischen Gesten endet, in der Praxis jedoch für die Menschen vor Ort wenig Nutzen und damit ein großes Potential hat, massiven Widerstand gegen jegliche künftige internationale Verrechtlichung in diesem Bereich hervorzurufen«¹³ oder dass der verfolgte Ansatz »nur ein weiteres Beispiel des klassischen, irregeleiteten Modells ist, immer wieder dasselbe zu tun und dennoch ein anderes Ergebnis zu erwarten«¹⁴.

Patricia Feeney, Geschäftsführerin der britischen NGO *Rights and Accountability in Development* und Direktorin des *Centre for the Study of Governance and Transparency* am *Kellogg College* an der *University of Oxford*, brachte den »starken Verdacht« zum Ausdruck, »dass Unternehmen mit dem Versprechen, dass es zu keinem verbindlichen Vertrag kommen würde, angehalten wurden, die Leitprinzipien nachdrücklich zu unterstützen«.¹⁵

Zusätzliches Misstrauen schürte die Gründung eines jährlichen *UN-Forums für Wirtschaft und Menschenrechte*¹⁶ mit Unterstützung der EU. Einige sehen es als eine Plattform, auf der transnationale Konzerne ihren Reichtum zur Schau stellen und ihre Akti-

10 Lucia Ortiz: UN Treaty on transnational corporations and human rights progressing. In: Friends of the Earth International. 13.3.2017, Online verfügbar.

11 Ebda.

12 Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (23.5.1969) UNTS, 1155. S. 331. Seit 27.1.1980 in Kraft.

13 John G Ruggie: A UN Business and Human Rights Treaty? An Issues Brief. 28.1.2014. Online verfügbar.

14 Ebda.

15 Patricia Feeney: NGOs should expose the limitations of pragmatism. In: MAC: Mines and Communities. 20.12.2013. Online verfügbar.

16 Die Gründung erfolgte gemäß UN Dok. A/HRC/RES/17/4 vom 16.6.2011, Abs.12 als Ergänzung zu den Leitprinzipien sowie zur Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit bei Fragen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte, einschließlich der Herausforderungen in bestimmten Sektoren, auf Betriebsebene oder bezüglich spezifischer Rechte oder Gruppen sowie der Festlegung von »Good Practices«. Vgl. auch: Website des United Nations Human Rights Office of the High Commissioner.

vitäten zur Rettung der Welt und die weltweite Unterstützung von marginalisierten Gruppen anpreisen können, ohne dass ein wirklicher Dialog zwischen den StakeholderInnen angestoßen würde und ohne dass von den Betroffenen angezeigte Fälle von Menschenrechtsverletzungen geahndet würden.¹⁷ Feeney und andere sind der Meinung, dass das erste Forum, bei dem sich nur eine einzige Plenarsitzung mit den Opfern von Missbrauch durch Unternehmen beschäftigte, keinen Menschenrechtsfokus hatte und vor allem von der Industrie oder deren VertreterInnen bestimmt wurde, die als »ExpertInnen« im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte auftraten.¹⁸ Das *UN-Forum für Wirtschaft und Menschenrechte* würde dazu genutzt, die *UN-Leitprinzipien* in eine bestimmte Richtung zu treiben und von der Unternehmensraison geleitete Antworten auf jene Menschenrechtsverletzungen zu fördern, die durch Unternehmen begangen wurden. Fälle von Menschenrechtsverletzungen würden in der Folge auf Kommunikationsprobleme reduziert werden.¹⁹ Obgleich das Forum eine potentielle Ergänzung des Vertrags darstellen könnte, stehen dessen Ziele im Widerspruch zum UN-Vertrag und dem damit verfolgten Ansatz. Derartige Manöver sind jedoch nicht die einzigen Hürden, die einem Prozess in Richtung eines Vertrags im Wege stehen. Die Allgemeinen Bemerkungen zu den staatlichen Verpflichtungen aus dem *Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* im Kontext der Geschäftstätigkeit, die der *UN-Ausschuss für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (Committee on Economic, Social and Cultural Rights, CESCR)* erarbeitete²⁰, gaben ebenfalls Anlass zur Sorge. Südafrika sorgt sich darum, dass die Allgemeine Bemerkung des CESCR die gleichen großen Defizite aufweist, wie auch die *UN-Leitprinzipien*, d. h. eine mangelnde Umsetzung und das Fehlen geeigneter Maßnahmen, um Opfern Zugang zu Wiedergutmachung zu ermöglichen.²¹

Trotz Ruggies Vorbehalten gegen ein verbindliches Instrument wurden der zwischenstaatliche Verhandlungsprozess sowie die UN-Debatte über einen Rechtsrahmen für transnationale Konzerne und andere Unternehmen für den Schutz der Menschenrechte fortgesetzt und führten schließlich zur Forderung, eine offene, zwischenstaatliche *Arbeitsgruppe zu transnationalen Konzernen und anderen Wirtschaftsunternehmen in Bezug auf Menschenrechte (IGWG)* einzurichten, die eine verbindliche Lösung erarbeiten sollte.

17 Mariëtte Van Huijstee: Statement on the Quality of the UN Annual Forum on Business and Human Rights. 10.12.2012. Online verfügbar.

18 Vgl. Patricia Feeney: NGOs should expose the limitations of pragmatism. In: MAC: Mines and Communities. 20.12.2013. Online verfügbar.

19 Ebda.

20 UN-Ausschuss für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte: Committee on Economic, Social and Cultural Rights holds General Discussion on State obligations in the context of business activities. 21.2.2017, Online verfügbar. Die Allgemeine Bemerkung Nr. 24 (2017) zur Verpflichtung von Staaten gemäß dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im Rahmen der Geschäftstätigkeit ist seitdem bestätigt, vgl. E/C.12/GC/24. Online verfügbar.

21 Treaty Alliance: Global Movement for a Binding Treaty: Discussions on scope of the treaty on day four of the intergovernmental working group session in Geneva. 28.10.2016. Online verfügbar.

2. Der Vertragsprozess

Der Menschenrechtsrat hat die *Resolution 26/9* verabschiedet, um »eine unbefristete zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zu transnationalen Konzernen und anderen Wirtschaftsunternehmen in Bezug auf die Menschenrechte einzurichten. Die Arbeitsgruppe hat das Mandat, im Rahmen der internationalen Menschenrechtsnormen ein international rechtlich bindendes Instrument zur Regulierung der Tätigkeit von transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen auszuarbeiten.«²² Diese wurde am 26.6.2014 umgesetzt. Bei diesem Anlass wurde zudem beschlossen, die ersten beiden Sitzungen der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe »der konstruktiven Beratschlagung über Inhalt, Ausmaß, Wesen und Gestalt des zukünftigen internationalen Instruments zu widmen.«²³ Es ging also darum, einen ersten konstruktiven Austausch zu organisieren, den kompetenten Rat unabhängiger ExpertInnen einzuholen und den verschiedenen Delegationen die Möglichkeit zu gewähren, sich über die zentralen Fragen zu informieren. So sollte eine Grundlage für die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe geschaffen werden.²⁴ In der dritten Sitzung sollen dann die Verhandlungen zum Inhalt des Instruments aufgenommen werden, ausgehend von einem Vorschlag, den die Vorsitzende und Berichterstatterin der Arbeitsgruppe bis dahin ausgearbeitet haben soll.

Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe fand vom 6. bis 10.7.2015 statt. Zu den TeilnehmerInnen zählten Regierungen, internationale Regierungsorganisationen, der Europarat, die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die *Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung*, nationale Menschenrechtsorganisationen sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die im *Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (UN Economic and Social Council, ECOSOC)* über den Status beratender Organisationen verfügen.²⁵ Die Arbeitsgruppe hat dem Rat auf dessen 33. Sitzung ihren Bericht vorgelegt.

Während der Sitzung wurden von der EU Einwände gegen die Verabschiedung des Arbeitsprogramms vorgebracht, wobei die EU nochmals die Bedingungen betonte, an die sie ihre Beteiligung an der Arbeitsgruppe geknüpft hatte.²⁶ Dies erschien einigen BeobachterInnen als Versuch, die Sitzung zu behindern und den gesamten Prozess scheitern zu lassen. Die Einwände betrafen überwiegend (a) die Einsetzung eines oder einer »neutralen Vorsitzenden« sowie (b) den Vorschlag, die Reichweite des Instruments derart auszuweiten, dass es nicht nur auf transnationale Konzerne, sondern auch auf inländi-

22 UNGA: Resolution 26/9.

23 Ebda.

24 Vgl. Europe-Third World Centre (CETIM): TNCs and human rights: success of the first meeting of the United Nations working group. 19.9.2015. Online verfügbar.

25 Vgl. International Commission of Jurists (ICJ): Proposals for Elements of a legally binding instrument on Transnational Corporations and other Business Enterprises, Oktober 2016. Online verfügbar.

26 Vgl. CETIM: TNCs.

sche Unternehmen Anwendung finden würde. Außerdem wurde (c) eine Beteiligung von WirtschaftsvertreterInnen an den Treffen der Arbeitsgruppe gefordert.²⁷

Die Forderung nach einem oder einer »neutralen Vorsitzenden« erschien vielen TeilnehmerInnen verwunderlich. Es ist gängige Praxis, dem Vertreter oder der Vertreterin eines jener Länder den Vorsitz zu überlassen, von denen die ursprüngliche Resolution beim Menschenrechtsrat eingebracht worden ist – in diesem Fall Ecuador und Südafrika.²⁸ In sämtlichen zwischenstaatlichen Arbeitsgruppen haben BotschafterInnen den Vorsitz inne.

Südafrikas VertreterInnen ließen verlauten, dieses Mantra von dem oder der »neutralen Vorsitzenden« sei überraschend, wird der Vorsitz doch gewöhnlich einer Person überlassen, deren Regierung ein Interesse an der zu verhandelnden Angelegenheit und ein Bewusstsein dafür hat, was beim konkreten Thema auf dem Spiel steht. Für die Vereinten Nationen gilt im Allgemeinen, dass Arbeitsgruppenprojekte gerade deswegen von bestimmten Personen geleitet werden, weil sie ein Interesse am Erfolg dieser Projekte haben. Die BefürworterInnen eines Vertrags betrachten die Forderung der EU nach einem oder einer neutralen Vorsitzenden daher als Vorwand. Tatsächlich gehe es der EU darum, ihren bevorzugten Kandidaten John Ruggie als Vorsitzenden durchzusetzen, der – so sehen es jedoch einige BeobachterInnen – unter der Kontrolle der EU sowie unter dem Einfluss ihrer transnationalen Konzerne stehe.²⁹ Die EU hat darüber hinaus die Gelegenheit ergriffen, die Verpflichtung aller TeilnehmerInnen zur Durchsetzung der Ruggie-Leitsätze öffentlich gutzuheißen und die Einrichtung eines zusätzlichen Ausschusses zur Umsetzung der Leitsätze zu fordern, obwohl dergleichen nicht unter das Mandat der Arbeitsgruppe fällt.³⁰

Die Forderung der EU, in dem Arbeitsprogramm solle auf alle Unternehmen, nicht nur auf transnationale Konzerne, Bezug genommen werden, gab zur Zeit der Verabschiedung der Resolution Anlass zu hitzigen Diskussionen. Tatsächlich war dies ausschlaggebend dafür, dass viele Länder, die sich zunächst gegen einen Vertrag ausgesprochen hatten, das Vorhaben dann doch unterstützten.³¹ Die vom *Menschenrechtsrat* verabschiedete Resolution legt fest, dass sich das Instrument auf transnationale Konzerne und andere Unternehmen beziehen sollte, erläutert jedoch in einer Fußnote, dass mit »andere Unternehmen« nur Unternehmen gemeint sind, deren Tätigkeit einen transnationalen Charakter aufweist. Die EU war fest entschlossen, ihre Position durchzusetzen, was zu einer mehrstündigen Unterbrechung der Sitzung führte. Schließlich konnte man sich auf einen Kompromiss verständigen: Die Einrichtung eines zusätzlichen Ausschusses

²⁷ Vgl. ebda. sowie DIRCO: Interview. 28.4.2017.

²⁸ Vgl. DIRCO: Interview. 28.4.2017.

²⁹ Vgl. CETIM: TNCs.

³⁰ Vgl. ebda.

³¹ Vgl. DIRCO: Interview. 28.4.2017.

zu den Leitsätzen wurde beschlossen, dafür blieb jedoch die Formulierung zur Reichweite des Instruments unverändert.³²

Abgesehen von den westlichen Ländern beteiligten sich an der internationalen Arbeitsgruppe auch die wichtigsten Schwellenländer: Brasilien, Indien, China, Indien, Russland und Südafrika; diese übernahmen innerhalb der Gruppe sogar die Führung. VertreterInnen anderer lateinamerikanischer, afrikanischer und asiatischer Länder waren zwar anwesend, jedoch hauptsächlich, um die ExpertInnen zu hören und die Positionen anderer Staaten in Erfahrung zu bringen.³³ Die Zivilgesellschaft war ebenfalls gut vertreten und mit ihr die sozialen Bewegungen. Auch betroffene Personen und VertreterInnen von Communities aus dem globalen Süden erschienen zahlreich.³⁴

Die zweite Sitzung der unbefristeten zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe fand vom 24. bis zum 28.10.2016 statt. Anschließend stellte die Arbeitsgruppe auf der 34. Sitzung des *Menschenrechtsrates* (27.2. bis 24.3.2017) ihren Bericht vor. Die zweite Sitzung zeichnete sich durch die Beteiligung zahlreicher Staaten und zivilgesellschaftlicher Gruppen aus. Anders als während der ersten Sitzung waren die EU und ihre Mitgliedsstaaten die gesamte Sitzung hindurch anwesend, und das Arbeitsprogramm wurde verabschiedet, ohne noch einmal infrage gestellt zu werden.³⁵ Die EU bekräftigte ihre Position hinsichtlich der Ausweitung des Anwendungsbereichs des Vertrages auf inländische Unternehmen sowie ihre Forderung, bei der Diskussion von den *UN-Leitprinzipien* auszugehen und im Einklang mit diesen zu verfahren.³⁶ Insgesamt kam es während der Sitzung zu lebhaften Auseinandersetzungen. Höhepunkt war dabei ein Dissens bezüglich des Mandats der Vorsitzenden, die Sitzung des Jahres 2017 vorzubereiten; hier vertraten Russland und die EU eine andere Position als Südafrika.³⁷ Es konnte jedoch ein Kompromiss geschlossen werden: Schwerpunkt des nächsten Treffens sollte die Vorbereitung einzelner Bestandteile des Entwurfs eines rechtlich bindenden Vertrags sein, über die man dann würde inhaltlich verhandeln können.³⁸

³² Vgl. CETIM: TNCs.

³³ Vgl. ebda.

³⁴ Vgl. ebda.

³⁵ Vgl. European Coalition for Corporate Justice (ECCJ): UN Treaty talks Day 1: The EU is in the room, but is that enough?, 25.10.2016. Online verfügbar.

³⁶ Vgl. ebda.

³⁷ Vgl. European Coalition for Corporate Justice (ECCJ): UN Treaty Talks Day 5: Morality cannot be legislated, but behaviour can be regulated, 2.11.2016. Online verfügbar.

³⁸ Vgl. ebda.

3. Südafrikas Rolle innerhalb des Vertragsprozesses

Südafrikas internationale Rolle

Wie bereits angedeutet ist der jetzige Vertragsprozess auf Initiative von Ecuador und Südafrika eingeleitet worden. Die beiden Länder hatten gefordert, dass der *Menschenrechtsrat* aus dem Bericht des Unterausschusses Konsequenzen zieht und Maßnahmen ergreift. Während Ecuador die Vorsitzende stellt, fördert und unterstützt Südafrika den Prozess politisch, und das vor dem Hintergrund einer EU-Taktik, die manche BeobachterInnen als auf Störung und Einschüchterung abzielend beschrieben haben.³⁹ Die Zusammenarbeit Südafrikas und Ecuadors ist bislang jedoch nicht so robust gewesen, wie sie es hätte sein können: Bis dato haben die beiden Staaten noch nicht einmal eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Südafrikas Unterstützung der Initiative stellt das Land vor Herausforderungen, etwa dem bereits erwähnten *UN-Forum zu Wirtschaft und Menschenrechten*, welches die *Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* als Regulierungsinstrument für ausreichend betrachtet und dem es bislang eher als der Vertragsinitiative gelungen ist, auf politischer Ebene sowie im Wirtschaftssektor Unterstützung für sein Projekt einzuwerben. Hinzu kommen die geringe personelle und finanzielle Ausstattung der südafrikanischen Delegation.⁴⁰ Angesichts solcher Herausforderungen werden die beiden Staaten ihren bisherigen Ansatz möglicherweise überdenken müssen, der bislang darin besteht, weitgehend unabhängig voneinander zu agieren – außer in der Arbeitsgruppe, wo sie sich darum bemühen, geschlossen aufzutreten. Angesichts der geringen Zahl von Delegierten, über die Südafrika verfügt, sowie des Mangels an Ressourcen, den beide Länder aufweisen, könnte sich die aktuelle Strategie als unzureichend erweisen.

Die Lage ist jedoch nicht durchgehend betrüblich. Beide Staaten haben beispielsweise Gespräche über die Zukunft der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, María Fernanda Espinosa, geführt. Die Ecuadorianerin ist bei den letzten Parlamentswahlen in ihrem Land erneut zur Ministerin gewählt worden. Für die Initiative könnte sich das als Segen oder Fluch erweisen: Sie könnte vom politischen Einfluss, der starken Basis und der verbesserten Verhandlungsposition Espinosas profitieren, doch sie könnte Espinosa auch als Vorsitzende verlieren.

Eine weitere Frage, die die südafrikanischen und ecuadorianischen Delegationen beschäftigt, ist die, wie sich aus der Unterstützung und Förderung, die der Resolution durch einige mächtige Länder zuteil geworden ist, Nutzen ziehen lässt. Südafrika und Ecuador sind in den vergangenen zwei Jahren auf die UN-Strukturen und sämtliche darin vertretene Regionen zugegangen. So konsultierten sie den damaligen Präsidenten der

³⁹ Vgl. CETIM: TNCs.

⁴⁰ Vgl. DIRCO: Interview. 28.4.2017.

UN-Vollversammlung, Sam Kutesa, der die volle Unterstützung seines Amtes zusicherte, ebenso wie den Vorsitzenden der Bewegung blockfreie Staaten, einer politischen Struktur der Länder des Globalen Südens.

Lobby-Arbeit auf regionaler Ebene

Südafrika ist zwar auf einzelne afrikanische Länder zugegangen, sein Vorgehen innerhalb der *Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (Southern African Development Community, SADC)* lässt jedoch zu wünschen übrig. Hier bleibt noch viel zu tun, bringen sich doch viele Länder der SADC-Länder bei der UN in die Diskussionen um einen internationalen Vertrag nicht ein. Um dies zu ändern, versucht Südafrika gegenwärtig, den Vertragsprozess auf die Tagesordnung des *Gipfels der Afrikanischen Union* zu setzen.

Südafrikas Ziel ist es, auf dem *Gipfel der Afrikanischen Union* andere afrikanische Staaten an das von ihnen unterzeichnete *Malabo-Protokoll* zu erinnern, in dem es um Fragen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Konzernen, um Menschenrechtsverletzungen sowie um den Abbau afrikanischer Rohstoffe geht, der dem Kontinent selbst nicht zugute kommt; alles Themen, die für die Initiative für einen Vertragsprozess ebenfalls von großer Bedeutung sind.⁴¹ Ironischerweise warnt die EU afrikanische Staaten vor den schädlichen Folgen, die sich aus dem Beharren auf einen Vertrag ergeben könnten, der für anständige Löhne, die Kriminalisierung von Kinderarbeit und ein Verbot der Ausbeutung, außerdem für Umweltschutz und ökologische Verantwortung sorgen würde. Schließlich erwarten die EU-Mitgliedsstaaten bei sich zuhause auch die Einhaltung solcher Standards. Diese Widersprüchlichkeit wird hoffentlich ausdiskutiert und kritisch bewertet werden.

Südafrika hat auch noch einmal betont, dass das internationale Recht stets die letzte juristische Instanz darstellen sollte. Wenn sich Unternehmen bei der Abwicklung ihrer Geschäfte für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte einsetzen, dann werden die Bestimmungen des Vertrags womöglich nie auf sie angewandt werden. Diese Bestimmungen werden nur dort zur Anwendung kommen, wo es zu Verstößen kommt und es keinen inländischen Mechanismus zur Wahrung der Menschenrechte gibt. In solchen Fällen sollen sich die Betroffenen an das internationale System wenden können, um Rechtsmittel in Anspruch zu nehmen. Für die südafrikanische Region ist das von besonderer Bedeutung, da dort bislang kein funktionierendes Menschenrechtstribunal existiert.⁴²

⁴¹ Auf der regionalen Ebene hat eine Ergänzung (Artikel 46c) der Statuten des Afrikanischen Gerichtshofs für Gerechtigkeit und Menschenrechte bewirkt, dass nun auch von Konzernen begangene Verbrechen unter die Gerichtsbarkeit dieser Institution fallen.

⁴² Vgl. Nicole Fritz: In Smoke: The SADC Tribunal and Rule of Law in the Region, SAFPI Policy Brief, 11. Online verfügbar. Auf dem SADC-Gipfel im August 2012 haben die beteiligten Regierungschefs beschlossen, das SADC-Tribunal aufzulösen.

Eine gemeinsame Position der BRICS-Staaten?

Nach der Position der übrigen BRICS-Staaten befragt, gibt die südafrikanische Delegation zu verstehen, deren Unterstützung des Vorhabens sei unsicher. Regimewechsel sind einer von mehreren Gründen dafür. Die Positionen Russlands und Chinas sind ebenfalls alles andere als eindeutig, was mit den Ambitionen beider als aufstrebende Supermächte zusammenhängt und dadurch noch verkompliziert wird, dass sowohl Russland als auch China nicht nur über transnationale Konzerne, sondern auch über Staatskonzerne verfügen.

Zum Zeitpunkt, als die Resolution verabschiedet wurde, konnten viele Länder zur Unterstützung bewegt werden, indem eine Fußnote ergänzt wurde, in der zwischen einheimischen Privatunternehmen, transnationalen Konzernen und anderen Wirtschaftsunternehmen unterschieden wird. Russland und China standen unter enormem Druck, die Resolution zu unterstützen, um nicht in einem schlechten Licht zu erscheinen. So ist es aus Sicht Südafrikas unklar, wie sich die BRICS-Staaten verhalten werden, sobald die Verhandlungen beginnen. Südafrika plant jedoch, mit einigen dieser Staaten bilaterale Gespräche aufzunehmen.

Inländische Initiativen

Südafrika hat neue Gesetze verabschiedet, die ein Gleichgewicht anstreben zwischen dem Allgemeinwohl, beziehungsweise dem Schutz verfassungsrechtlich verbrieftter Menschenrechte, und den Interessen von Investoren, die aus ihren Unternehmungen im Land Gewinn zu ziehen suchen. Neben anderen Gesetzen, soll beispielsweise mit dem *Gesetz zur Förderung und zum Schutz von Investitionen (Promotion and Protection of Investment Act⁴³)* für eine Einhaltung ethischen Verhaltens und die Achtung der Menschenrechte gesorgt werden. Dafür wurde Südafrika von der Schweiz, Norwegen und Dänemark jedoch in bilateralen Gesprächen bereits kritisiert.⁴⁴

Das südafrikanische Außenministerium DIRCO hat den Prozess weiteren Regierungsbehörden gegenüber thematisiert und beispielsweise Gespräche mit dem Arbeitsministerium, dem Rohstoffministerium, dem Ministerium für Wasser- und Sanitärdienste und dem Handels- und Industrieministerium initiiert, um nur einige zu nennen. DIRCO hat die staatliche Arbeitsgruppe zu *Sozialer Absicherung, Gemeinschaft und menschlicher Entwicklung* sowie die zur Armutsbekämpfung aufgefordert, sich zu dieser Initiative zu äußern; letztere hat immerhin das Mandat, Armut zu bekämpfen und allen SüdafrikanerInnen eine hohe Lebensqualität zu sichern.

⁴³ Vgl. Protection of Investment Act 22. 2015.

⁴⁴ Vgl. Niel Joubert: New Protection of Investment Act: The Implications For Foreign Investors. Online verfügbar.

Darüber hinaus ist DIRCO auch auf weitere relevante staatliche Institutionen, die sogenannten *Chapter 9 Institutions*,⁴⁵ zugegangen, insbesondere auf die *Südafrikanische Menschenrechtskommission*. DIRCO hat diese eingeladen, den Vertragsprozess im Rahmen einer Partnerschaft auch auf eigenen Versammlungen zu thematisieren. So soll ein breiteres Publikum erreicht werden. DIRCO hat auch Kontakt zu Forschungsinstitutionen, Universitäten und Menschenrechtszentren aufgenommen: dem Zentrum für Menschenrechte an der Universität Pretoria, dem Dullah-Omar-Institut an der Westkap-Universität und dem *Centre for Applied Legal Studies (CALs)* an der Universität Witwatersrand. Auch auf zivilgesellschaftliche Gruppen ist DIRCO zugegangen: unter anderem auf das *Legal Resources Centre LRC* und die *Stiftung für Menschenrechte (Foundation for Human Rights, FHR)*.

Einige der vom Unterausschuss geäußerten Bedenken betreffen Fragen des Arbeitsrechts, weshalb sich DIRCO auch mit den im *Südafrikanischen Gewerkschaftsbund (Congress of South African Trade Unions, COSATU)* zusammengeschlossenen Gewerkschaften in Verbindung gesetzt hat. Für COSATU ist die Angelegenheit von größtem Interesse, weshalb sie eine Teilnahme der Gewerkschaften an der Sitzung vom Oktober 2017 für essentiell erachten, um in Genf ihre Interessen zu verfechten und ihre Perspektive einzubringen.

Im Kern geht es bei der südafrikanischen Initiative darum, Communities Schutz vor transnationalen Konzernen zu bieten. Deswegen ist es unerlässlich, dass DIRCO auf betroffene Communities zugeht.⁴⁶

Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft

Trotz des Widerstands von Seiten der EU und der USA, die beide zwischenzeitlich erklärt haben, sich nicht beteiligen zu wollen, scheint das breite Bündnis für ein UN-Abkommen (*Treaty Alliance*),⁴⁷ eine Koalition von NGOs aus aller Welt, fest entschlossen, nach den

⁴⁵ Die *Chapter 9 Institutions* sind nach dem Verfassungsabschnitt benannt, in dem sie erwähnt werden. Es handelt sich um »staatliche Institutionen zum Schutz des demokratischen Rechtsstaats«, konkret um den sogenannten *Öffentlichen Protektor (Public Protector, PP)*, den *Generalrechnungsprüfer (Auditor-General, AG)*, die *Wahlkommission (Electoral Commission, IEC)*, die *Südafrikanische Menschenrechtskommission (South African Human Rights Commission, SAHRC)*, die *Kommission für Geschlechtergleichstellung (Commission for Gender Equality, CGE)* und die *Kommission für den Schutz der Rechte von Kultur-, Religions- und Sprachgemeinschaften (Commission for the Protection of the Rights of Cultural, Religious and Linguistic Communities)*. Diese Institutionen arbeiten unabhängig von der Regierung, unterstehen nur der Verfassung sowie dem Gesetz und erstatten dem Parlament jährlich Bericht.

⁴⁶ Ein Beispiel für den mangelnden Austausch mit Communities und die Folgen ist die vom *Zentrum für Rechtsmittel* gemeinsam mit DIRCO und anderen NGOs angeregte Einrichtung eines runden Tisches, an dem sich betroffene Communities mit der Regierung und VertreterInnen des Minensektors über schädliche Konzernpraktiken sowie darüber verständigen sollten, wie ein rechtlich bindender Vertrag zu ihrem Schutz beitragen könnte. Zur Umsetzung dieses Vorhabens ist es jedoch nie gekommen.

⁴⁷ Vgl. Treaty Alliance: Global Movement for a Binding Treaty. Online verfügbar.

Niederlagen der frühen 1970er-Jahre⁴⁸ einen Vertrag durchzusetzen, der den Betroffenen unternehmerischen Missbrauchs Schutz bieten und die Macht der Konzerne brechen kann. Dass der Vertragsprozess sich so weit und so schwungvoll entwickelt hat, wie es aktuell der Fall ist, wäre undenkbar ohne die unschätzbare Unterstützung von NGOs. Die Initiative ist wesentlich vorangebracht worden durch die bedeutende Rolle, die die Zivilgesellschaft insbesondere bei der Sensibilisierung der Regierungen gespielt hat. Der ausschlaggebendste Faktor war, dass NGO herausstellten, besonders jene Personengruppen zu schützen, die von unternehmerischen Verstößen meist am stärksten betroffen sind: Frauen und Mädchen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und Indigene. Tatsächlich haben viele NGO wesentliche Beiträge zur Debatte geleistet, indem sie während der Sitzungen der Arbeitsgruppe detailliert ausgearbeitete juristische und theoretische Vorschläge eingebracht haben.⁴⁹

Eine wichtige Rolle hat die Zivilgesellschaft auch bei der Bereitstellung entsprechender Expertise und der Formulierung und Ausarbeitung von Inhalten und Reichweite des Vertragsentwurfs gespielt. Für Südafrika und Ecuador, die darauf hoffen, bis zur dritten Sitzung der Arbeitsgruppe den Entwurf einer Konvention vorliegen zu haben, mit dem sich dann alle Beteiligten befassen und über den sie verhandeln könnten, ist das ein wichtige Grundlage. Denn, so glaubt man in Südafrika, eine solche Vorlage wäre von grundlegender Bedeutung dafür, den Gegnern der Konvention beizukommen. Diese plädieren stattdessen dafür, ohne vorherigen Entwurf, gleichsam mit einem unbeschriebenen Blatt zu beginnen: Alle Beteiligten sollen das Instrument gemeinsam verfassen, Absatz für Absatz. Damit wäre sichergestellt, dass sich der Verhandlungsprozess auf unbestimmte Zeit hinzieht. Angesichts dessen, dass verschiedene relevante Stakeholder bereits Struktur, Charakter und Umfang eines Entwurfs ausgearbeitet haben, schlägt Südafrika vor, dass sich VertreterInnen der Zivilgesellschaft als beratende ExpertInnen in die Ausarbeitung eines ersten Dokuments einbringen, das dann als Verhandlungsgrundlage dienen kann.

Position hinsichtlich des Vertragsinhalts, inhaltliche Beiträge

Ogleich Südafrika bislang noch keine eigene Version eines Mustergesetzes verabschiedet hat, sollen im folgenden Abschnitt dennoch die Grundzüge der südafrikanischen Position vorgestellt werden; sie entsprechen ähnlichen Positionen verschiedener südafrikanischer Nichtregierungsorganisationen und Institutionen, die sich für ein rechtlich bindendes Vertragsinstrument einsetzen und zu den Verhandlungen der Ar-

⁴⁸ Vgl. Development and International Economic Cooperation: Transnational Corporations (UN Dok. E/1990/94). Es handelt sich um den erfolglosen, in der UNO der 1970er- und 1980er-Jahre unternommenen Versuch, einen internationalen Verhaltenskodex für Unternehmen zu formulieren. Vgl. auch: Draft United Nations Code of Conduct on Transnational Corporations, ILM, 23.5.1984. S. 626.

⁴⁹ Vgl. www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Session2/Pages/Session2.aspx sowie www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Session1/Pages/Session1.aspx.

beitsgruppe beigetragen haben, etwa LRC, CALS und das *South African Institute for Advanced Constitutional, Public, Human Rights and International Law*, SAIFAC.

Der umstrittenste Aspekt des Vertrags ist die Reichweite seines Anwendungsbereichs. Südafrika unterstützt dabei die Position, wonach inländische Unternehmen für Menschenrechtsverstöße zur Rechenschaft gezogen werden sollten, möchte diese aber nicht in dieselbe Kategorie wie transnationale Konzerne gestellt wissen. Die südafrikanische Delegation hat vorgeschlagen, dem Instrument ein Kapitel über staatliche Mitverantwortung für Menschenrechtsverletzungen hinzuzufügen, in dem dann die Frage von Staatsunternehmen anzusprechen wäre.

Was die Definition transnationaler Konzerne angeht, so versteht Südafrika diese als Konzerne, die in anderen Ländern als dem agieren, in dem sie ihren Sitz haben. Eine solche Organisation sollte verpflichtet sein, die Menschenrechte an jedem Ort zu respektieren, an dem sie tätig ist, dabei weltweit dieselben Maßstäbe anwendend. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass transnationale Konzerne im globalen Norden die höchsten Maßstäbe einhalten, anderswo aber hinter diese Maßstäbe zurückfallen. Was andere Wirtschaftsunternehmen angeht, so unterstützt die südafrikanische Delegation nachdrücklich die in der Fußnote zur Resolution formulierte Definition, derzufolge es für die Zwecke des geplanten Instruments um solche Unternehmen geht, die außerhalb des Landes agieren, in dem sie ihren Sitz haben.

Es mag zwar sehr ehrgeizig erscheinen, doch Südafrika würde außerdem eine Diskussion um die Definition der Globalisierung und ihre Auswirkungen begrüßen. Schließlich sind transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen treibende Kräfte der Globalisierung und im Besitz des globalen Reichtums, der der Allgemeinheit zwar Kosten aufbürdet, aber nur wenigen Menschen zugute kommt.

Beiträge Legal Resource Centre, LRC

Die Beiträge und Vorschläge des LRC in Bezug auf den Vertrag waren im Wesentlichen wie folgt:

- Das Recht auf Entwicklung, wie es in der *Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker* formuliert und von den Vereinten Nationen sowie der *Afrikanischen Kommission für die Rechte von Menschen und Völker* inhaltlich ausgestaltet worden ist, sollte als Leitprinzip und Recht im Vertrag enthalten sein.
- Die Rechte von Gemeinschaften oder Völkern sollten, ergänzend zu individuellen Rechten (gemäß der *Afrikanischen Charta*), im Vertrag erwähnt werden, um den unverhältnismäßigen Auswirkungen des gegenwärtigen Rohstoffbooms auf die ländlichen Communities des Globalen Südens Rechnung zu tragen und die Umsetzbarkeit des Rechts auf Entwicklung zu gewährleisten.
- Als grundsätzliche Voraussetzung für Entwicklungsprojekte sollte die freie, vorherige und informierte Zustimmung der betroffenen Communities genannt werden, damit die Verwirklichung sowohl der inhaltlichen als auch der prozeduralen Aspekte des Rechts

auf Entwicklung gewährleistet ist. Eine Community verfügt in ihrem Umgang mit transnationalen Konzernen und Staaten nur dann über reelle Verhandlungsmacht, wenn sie die Möglichkeit hat, ein Projekt abzulehnen. Dies ist die Grundlage des Rechts auf Entwicklung.

Beiträge des Centre for Applied Legal Studies, CALS

CALS ist eine zivilgesellschaftliche Organisation und Rechtsberatungsstelle aus Südafrika mit Sitz an der juristischen Fakultät der Universität Witwatersrand.⁵⁰ In seinen Beiträgen zur Arbeitsgruppe hat sich CALS für eine gendersensible Perspektive eingesetzt, sowohl mit Bezug auf die Ausarbeitung des rechtlich bindenden Instruments als auch auf dessen Inhalt.⁵¹ Darüber hinaus hat CALS gefordert, dass Fragen der Armut von der Arbeitsgruppe mitbedacht werden, und das ebenfalls mit Bezug sowohl auf die Ausarbeitung als auch den Inhalt des rechtlich bindenden Instruments.⁵² Kurzum, CALS hat die Arbeitsgruppe dazu aufgefordert, im Vertragsprozess eine Gelegenheit zu erkennen, die vielschichtigen und intersektionalen Auswirkungen unternehmerischer Tätigkeit auf die Menschenrechte anzusprechen.⁵³

Beiträge des South African Institute for Advanced Constitutional, Public, Human Rights and International Law, SAIFAC

SAIFAC ist ein an der Universität Johannesburg angesiedeltes Forschungsinstitut.⁵⁴ Desse Leiter, Prof. David Blitchitz, hat sich in seinen Beiträgen zur Arbeitsgruppe auf die Ansätze konzentriert, die ein Vertrag über Unternehmen und Menschenrechte verfolgen könnte, um die Zuteilung von Verpflichtungen so zu gestalten, dass Individuen vor der Verletzung ihrer Rechte durch Dritte, etwa durch Konzerne, geschützt werden.⁵⁵ Dabei befasste er sich insbesondere mit zwei für die Zwecke des Vertrags infrage kommenden Ansätzen: einem direkten und einem indirekten. Beim indirekten Ansatz liegt der Schwerpunkt auf der Verpflichtung des Staates, Individuen vor der Verletzung ihrer Rechte durch Dritte zu schützen. Der Staat würde durch internationales Recht verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Konzerne die Menschenrechte von Individuen respektieren. Für die Konzerne würde sich aus internationalen Menschenrechtsgesetzen jedoch keine unmittelbare Verpflichtung ergeben. Der direkte Ansatz sieht hingegen vor, dass Konzernen durch internationale Menschenrechtsgesetze unmittelbare Verpflichtungen auferlegt beziehungsweise solche Verpflichtungen durch Staaten geschaffen werden.

⁵⁰ Vgl. die Website von CALS: www.wits.ac.za/cals.

⁵¹ CALS: Submission by the Centre for Applied Legal Studies to The Intergovernmental Working Group on the Elaboration of a Binding Instrument on Business and Human Rights regarding The Content of the Binding Instrument. Juni 2015. Online verfügbar.

⁵² Vgl. ebda.

⁵³ Vgl. ebda.

⁵⁴ Vgl. <https://www.uj.ac.za/faculties/law/saifac>.

⁵⁵ Vgl. ebda.

Prof. Blitchitz befürwortet den direkten Ansatz. Dabei würde zunächst und mit Blick auf Nutznießer oder Betroffene bewertet, ob sich bestimmte Vorgehensweisen oder Unterlassungen von Konzernen auf die durch Grundrechte geschützten Interessen auswirken. Daraufhin wären dann die Gründe zu erwägen, aus denen die Verpflichtungen von Konzernen unter Umständen zu begrenzen wären, wobei solche Gründe mit dem Charakter des Konzerns, aber auch mit normativen Erwägungen zusammenhängen können.

4. Ausblick

Unter den gegenwärtigen Umständen stehen Südafrika und Ecuador vor einer gewaltigen Aufgabe. Beide Länder werden wirksamere Methoden der Interessenvertretung und Lobby-Arbeit entwickeln müssen, um aus der Unterstützung jener mächtigen Länder Kapital zu schlagen, die die Resolution unterzeichnet beziehungsweise deren Verabschiedung unterstützt haben. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass sich die afrikanischen Staaten, deren Bevölkerungen mit am stärksten von transnationalen Konzernen betroffen sind, mit Nachdruck hinter die Resolution stellen.

Die UN-*Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* sind zwar ungenügend, doch ihre Unterstützer verfügen über große Ressourcen und es gelingt ihnen besser, ihr Projekt öffentlich bekannt zu machen. Südafrika muss an dieser Stelle Vorsicht walten lassen, denn ein solcher Prozess könnte sich auf unbestimmte Zeit hinziehen – ein oft beschrittener Weg, vom dem frühere Reisende zumeist mit leeren Händen zurückgekehrt sind.

Kernstück der Initiative des südafrikanischen Staates sollte es sein, sicherzustellen, dass Communities vor transnationalen Konzernen geschützt werden. Insofern könnte der Fokus DIRCOs auf Globalisierung und Kapitalabzug, bei gleichzeitigem Mangel an Kontakt zu konkreten Communities, stärker zur Unterminierung der Initiative beitragen als die UN-*Leitprinzipien*. Nachdem bereits so viel erreicht worden ist und viel Kraft und begrenzte Ressourcen eingesetzt wurden, wäre es bedauerlich, wenn das einträte, wovor Ruggie gewarnt hat: dass nämlich ein durch erfolgreiche Lobby-Arbeit herbeigeführter Vertrag sich als weitgehend symbolische Geste erweist, die für konkret betroffene Communities von nur geringem praktischen Nutzen ist.

► **242** *Our values: Transparency*. Lonmin-Imagekampagne in Marikana und Umgebung, aufgenommen in Marikana West 2015.

► **244** Luftschacht in unmittelbarer Nähe von Marikana. Durch die unzureichende Belüftung stirbt mehr als ein Drittel aller MinenarbeiterInnen an Lungenerkrankheiten, die durch die toxischen Partikel unter Tage ausgelöst werden.





EHER TEIL DES PROBLEMS ALS DER LÖSUNG ZU DEN FUNKTIONEN UND WIRKUNGSWEISEN VON SOZIAL-AUDITS

Carolijn Terwindt

Am 11. September 2012 starben im pakistanischen Karachi bei einem Brand in der Fabrik von Ali Enterprises 260 ArbeiterInnen, mehr als 30 wurden verletzt.

Nur drei Wochen zuvor, am 21. August, hatte das italienische Unternehmen RINA S.p.A. der Fabrik das Siegel SA8000 erteilt, womit gute Arbeitsbedingungen bescheinigt werden.

Die privatwirtschaftlichen Kontrollmechanismen in Lieferketten¹

Die SA8000-Zertifizierung erfolgte nach einem Sozialaudit durch einen Subunternehmer von RINA in Karachi. Der deutsche Einzelhändler KiK rechtfertigte den Bezug seiner Waren von der pakistanischen Fabrik nicht nur mit diesem Audit, sondern auch mit drei weiteren Sozialaudits bei der Fabrik, die KiK in der Zeit zwischen 2007 bis 2011 selbst in Auftrag gegeben hatte. Trotz der verschiedenen Audits und der SA8000-Zertifizierung verfügte die Fabrik am Tag des Brandes über ein (illegales) Zwischengeschoss aus Holz, es fehlten wirksame Brandmelder und es waren nicht genug Notausgänge vorhanden. Bei keinem der in der Fabrik durchgeführten Audits waren diese Mängel angeführt worden. Der Vorfall führt uns auf tragische Weise die gravierenden Defizite der aktuellen Praxis der Zertifizierung durch Privatunternehmen vor Augen. Unabhängige und sorgfältig durchgeführte Audits scheinen eher die Ausnahme und erschöpfen sich oft in einem bloßen »Abhaken einer Checkliste«.

Sozialaudits sind mittlerweile ein weit verbreitetes Werkzeug zur Überprüfung der Einhaltung sozialer und Umweltstandards in Lieferketten. In den 1990er-Jahren kamen sie vor allem in der Textilindustrie zum Einsatz, die in den vergangenen Jahrzehnten ihre Textil- und Bekleidungsfertigung ganz oder teilweise ins Ausland auslagerte, um von den niedrigeren Löhnen anderswo zu profitieren. Unter dem Druck von Verbraucherkampagnen entwickelten Einzelhändler schließlich Verhaltenskodizes, mit denen sie sich freiwillig verpflichteten, bestimmte Mindeststandards in ihren Lieferketten einzuhalten.² Das Vorgehen in der Textilindustrie beruhte auf der Annahme, dass die Einzelhandelsunternehmen in käuferabhängigen Wertschöpfungsketten einen besonderen Einfluss auf die Zuliefer- und Produktionsbetriebe haben.³ Mit diesen Verhaltensregeln wollten Einzelhändler ihren Lieferanten Standards setzen zu den Themen Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Arbeitszeit sowie Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Sozialaudits entstanden dann als Mittel zur Überprüfung dieser Sozialstandards.⁴

Bereits 2005 veröffentlichte die *Kampagne für Saubere Kleidung* (Clean Clothes Campaign) das Buch »Looking for a quick fix: How weak social auditing is keeping workers in sweatshops«, in dem viele Probleme mit Sozialaudits benannt werden, etwa, dass sie nicht tiefgehend genug sind und Betrug Tür und Tor öffnen. Wissenschaftliche Untersuchungen ergaben, dass Verhaltenskodizes und Audits als isolierte Maßnahmen ohne

¹ Teile dieses Artikels wurden bereits veröffentlicht in: Carolijn Terwindt/Miriam Saage-Maaß: Zur Haftung von Sozialauditor_innen in der Textilindustrie, Strategiepapier des ECCHR, Dezember 2016, ECCHR (Hg.) in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar.

² Vgl. Rob van Tulder/Jeroen van Wijk/Ans Kolk: From chain liability to chain responsibility. In: Journal of Business Ethics, 85/2009. S. 399–412.

³ Vgl. Gary Gereffi/Olga Memedovic: The global apparel value chain: What prospects for upgrading by developing countries, United Nations Industrial Development Organization. 2003. S. 4.

⁴ Vgl. Kampagne für saubere Kleidung: Looking for a quick fix: How weak Sozialauditing is keeping workers in sweatshops. Amsterdam 2005, S. 12.

Integration in Managementstrukturen und ohne freie Gewerkschaften kaum entscheidende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bewirken.⁵

Probleme mit Audits treten nicht nur in der Textilindustrie auf. Anfang 2017 entschied das *Sustainable Agriculture Network* Zertifizierungen in der Landwirtschaft einzustellen. Das Netzwerk kam zu dem Schluss, dass Zertifizierungsaudits meist nur einer »Übung in Überwachung« gleichen und die Produktionsbedingungen an sich nicht verbessern. Sie warnen außerdem davor, dass Zertifikate durch fehlende Erfahrung oder Zeitmangel der PrüferInnen »die Realität vor Ort falsch wiedergeben«: »[N]achdem wir mehr als 20 Jahre lang mit diesem Werkzeug gearbeitet haben, können wir zurückblickend sagen, dass Zertifizierungen nicht das beste Mittel sind, um die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe in der Welt zu verbessern.«⁶ Selbst die *Association of Professional Social Compliance Auditors* (APSCA) erklärt, dass »durch fehlende Qualifikationsanforderungen jede beliebige Person ein Sozialaudit durchführen könnte, und die Qualifikation daher in keiner Weise überprüft werden kann.«⁷

Trotz der vielfachen Kritik an Sozialaudits in der Textilindustrie und anderen Branchen findet dieses Werkzeug weiterhin Anwendung. Während in der Textilindustrie der Druck von den VerbraucherInnen ausging, entwickelte die *London Bullion Market Association* (LBMA) die *Responsible Gold Guidance*⁸, die dem Unternehmen zufolge dafür sorgte, dass »bei allen 71 Goldraffinerien ein Audit durch einen unabhängigen Dritten durchgeführt wurde. Hinsichtlich der Einhaltung von Standards gab es keine Vorfälle der Stufe »Zero Tolerance.«⁹ 2011 gründeten die Chemiekonzerne BASF, Bayer, Evonik Industries, Henkel, Lanxess und Solvay die Initiative *Together for Sustainability* (TfS). Seitdem haben sich auch weitere Unternehmen der Initiative angeschlossen, wie zum Beispiel Akzo Nobel, DSM, DuPont, Merck, Syngenta und Wacker.¹⁰ Das proklamierte Ziel ist die globale Standardisierung von Bewertungen und Audits der Zulieferbetriebe.

Wie die Einzelhändler in der Textilindustrie verfügt auch der Chemiekonzern BASF über einen Verhaltenskodex. Halten die Zulieferer diese Standards nicht ein, kann BASF die Geschäftsbeziehung beenden, was es 2015 mit vier Lieferanten getan hat.¹¹ Audits

5 Vgl. Richard Locke/Ben A. Rissing/Timea Pal: Complements or substitutes? Private codes, state regulation and the enforcement of labour standards in global supply chains. In: *British Journal of Industrial Relations* Nr. 51, 2013. S. 519–552. Vgl. Richard Locke u. a.: Beyond corporate codes of conduct: Work organization and labour standards at Nike's suppliers. In: *International Labour Review* Nr. 146 (1-2). S. 21–40. Vgl. Mark Anner: Corporate Social Responsibility and international labor rights: The quest for legitimacy and control. Beim MIT Institute for Work and Employment Research Seminar Cambridge, MA, vorgelegter Bericht vom 1.11.2011.

6 Andre de Freitas: It is time to recognize the limits of certification in agriculture (commentary). 16.11.2017. Online verfügbar.

7 Interview mit Geschäftsführerin Rona Starr in: Verisk Maplecroft: Human rights outlook 2017. S. 7. Die Association of Professional Social Compliance Auditors plant ein Zertifizierungsprogramm für PrüferInnen.

8 Anm. d. Ü.: Ein Leitfaden für den verantwortlichen Umgang mit Gold.

9 LBMA: A guide to The London Bullion Market Association, 2017. Online verfügbar.

10 BASF-Initiative »Together for sustainability« (TfS), 2017. Online verfügbar.

11 Vgl. ebda.

spielen bei Beschaffungsentscheidungen von BASF daher eine wichtige Rolle und liefern darüber hinaus eine Rechtfertigung für ihre weitere Beschaffungspolitik. Im November 2015 beauftragte BASF zum Beispiel einen Dritten mit der Durchführung eines Audits bei einem seiner Zulieferer, dem südafrikanischen Bergbauunternehmen Lonmin. Auf Grundlage des entsprechenden Auditberichts zu Lonmin erklärte BASF: »Auch wenn der Audit verbesserungswürdig war, vor allem in den Bereichen Umweltschutz und Sicherheit, gab es keine problematischen Feststellungen hinsichtlich Lonmins Betriebsführung, menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht, Arbeitspraktiken oder eventuellen Verstößen, aufgrund derer BASF die Geschäftsbeziehung mit Lonmin abbrechen müsste.«¹²

Obwohl der Auditbericht zu Lonmin keine »problematischen Feststellungen« enthält, ist Südafrika für Bergarbeiter immer noch einer der gefährlichsten Arbeitsplätze der Welt. Allein im Jahr 2016 starben 27 Arbeiter in den Platinminen.¹³ Das wirft die Frage auf, ob Sozialaudits und Zertifizierungsprogramme der Entwicklung umfassenderer Lösungen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen prinzipiell entgegenstehen, da sie suggerieren, dass bereits etwas unternommen wird. Manche sind allerdings der Meinung, Auditprogramme ließen sich auf Grundlage der vorgebrachten Kritikpunkte verbessern. So folgte zum Beispiel auf den ersten Audit bei Lonmin im Jahr 2017 ein weiterer Audit, bei dem 90 bergbauspezifische Fragen beantwortet wurden, die beim ersten Audit keine Rolle gespielt hatten. In Gesprächen mit der Autorin blieben GewerkschafterInnen in der Bekleidungsindustrie in Bangladesch und Pakistan dennoch bei der Einschätzung, dass privatwirtschaftliche Audits zwangsläufig Beschränkungen aufweisen würden und es vermutlich besser wäre, wenn es sie nicht gäbe. Wie die Todesfälle in der Fabrik von *Ali Enterprises* gezeigt haben, stellen unzulässig geschönte Auditberichte ein großes Problem dar. Wird in einem Sozialaudit-Bericht versäumt, auf die fehlende Einhaltung von Sozial- oder Sicherheitsstandards hinzuweisen, können sich die Firmen weiter von diesen Fabriken beliefern lassen, ohne dass dringend benötigte Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten umgesetzt würden.

Auf Grundlage der Erfahrungen der Autorin beschäftigt sich dieser Text vor allem mit Sozialaudits in der Textilindustrie. Dabei wird davon ausgegangen, dass die wichtigsten strukturellen Probleme von Sozialaudits, wie etwa Interessenkonflikte, auch andere Branchen betreffen, wie zum Beispiel den Bergbausektor. Darauf aufbauend wird argumentiert, dass solange weiterhin Sozialaudits durchgeführt werden – sei es in der Textilindustrie oder in anderen Branchen –, Audits immer auch mit Rechenschaftspflichten und Haftungsmechanismen gekoppelt werden müssen, um das Risiko von unzulässig geschönten Auditberichten einzudämmen.

12 BASF: Controlling Standards: Evaluation and audit of Lonmin, 2017. Online verfügbar.

13 Melanie Bergermann/Simon Book/Alexander Busch/Lea Deuber/Martin Seiwert: Das dunkle Geheimnis der Autoindustrie. In: *WirtschaftsWoche*, 45/2017. S. 36–42.

Welche Probleme gibt es bei Sozialaudits?

Ein Sozialaudit einer Bekleidungsfabrik ist die Kontrolle eines Arbeitsplatzes durch ein Prüfungsteam oder eine einzelne Person in nur wenigen Tagen. Dabei sollen die PrüferInnen die ihnen vom Management zur Verfügung gestellten Dokumentationen begutachten, um festzustellen, ob beispielsweise Löhne und Arbeitszeiten den jeweiligen arbeitsrechtlichen Standards entsprechen. Sie sollen außerdem die Fertigungsstätten vor Ort auf die erforderlichen Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen – zum Beispiel funktionierende Notausgänge, Belüftung, Sauberkeit und das Vorhandensein von Schutzausrüstung – kontrollieren und Interviews mit dem Management und ArbeiterInnen führen, um zu prüfen, ob die Dokumentation der Löhne usw. korrekt ist oder ob etwa gewerkschaftliche Aktivitäten behindert werden.¹⁴ Nach diesen diagnostischen Sozialaudits kommt es üblicherweise zur Aufstellung eines Maßnahmenpakets zur Behebung aufgefundener Mängel, dessen Umsetzung die PrüferInnen bei Folgeaudits kontrollieren sollen.

Betrachtet man die Resultate nach 25 Jahren *Unternehmerischer Sozialverantwortung* (*Corporate Social Responsibility*) in der Textilindustrie, sind diese alles andere als ermutigend. Die weit verbreitete Praxis der privatwirtschaftlichen Audits schwächt den Druck auf die Regierungen der Produktionsländer ein funktionierendes System für betriebliche Inspektionen zu schaffen. Wissenschaftliche Studien belegen, dass mit der Entwicklung, dass immer mehr transnationale Unternehmen die Kontrolle und die entsprechende Berichterstattung gegenüber Behörden und der Öffentlichkeit selbst übernehmen, in vielen Ländern eine Abnahme der staatlichen Kontrolle von Produktionsprozessen einhergeht.¹⁵ Außerdem versäumen die meisten Audits, die ArbeiterInnen bei den Prüfungen und der Umsetzung von Verbesserungsvorschlägen in umfassender Weise zu beteiligen.

Ein großes Problem bei der Privatisierung der Kontrollen liegt in der negativen Anreizstruktur für die AuditorInnen, die wiederum zu fehlerhaften, wenn nicht gar zu fingierten Resultaten führen kann. Da kommerzielle Prüfinstitute daran interessiert sind, trotz zunehmender Konkurrenz ihre KundInnen zu halten, sind Interessenkonflikte unvermeidbar.¹⁶ Unabhängige KontrolleureInnen sollten, anders als bei den meisten Sozialaudit-Modellen üblich, nicht vom Einkäufer- oder Zulieferbetrieb bezahlt werden. Auch fördert der Konkurrenzdruck auf dem Auditmarkt die Tendenz, Standards, Kosten und Arbeitsaufwand möglichst gering zu halten. Wenn also Zulieferer, ohne entsprechende Investitionen zu tätigen, ein Qualitätszertifikat haben wollen, bringt das den

¹⁴ Vgl. Kampagne für saubere Kleidung, 2005. S. 23.

¹⁵ Vgl. Geneviève LeBaron/Jane Lister: Benchmarking global supply chains: the power of the ›ethical audit‹ regime. In: *Review of International Studies*, 41/2015. S. 905–924.

¹⁶ Vgl. Gabriele Jahn/Matthias Schramm/Achim Spiller: Zur Glaubwürdigkeit von Zertifizierungssystemen: Eine ökonomische Analyse der Kontrollvalidität. 2003. S. 9. Online verfügbar.

ökonomischen Anreiz mit sich, nachsichtige PrüferInnen zu beauftragen.¹⁷ Angekündigte Besuche führen darüber hinaus dazu, dass FabrikbesitzerInnen die Arbeitsbedingungen positiver darstellen können, als sie es tatsächlich sind. Leider sind auch fingierte Dokumentationen dabei keine Ausnahme.

Es gibt noch einen weiteren Grund für manipulierte oder oberflächliche Auditberichte: Wenn internationale Textilunternehmen und Einzelhandelsunternehmen von ihren Zulieferfirmen fordern, sich um eine Zertifizierung zu bemühen, üben sie gleichzeitig Preis- und Zeitdruck auf sie aus und zwingen sie so zu Verhaltensweisen, die dann schlechte Arbeitsbedingungen zur Folge haben. Selbst wenn bei Audits Lücken bei der Einhaltung bestimmter Standards festgestellt werden, haben sie nicht notwendigerweise zur Folge, dass entsprechende Korrekturmaßnahmen umgesetzt werden. Der Unterbietungskampf muss daher durch eine verantwortungsvolle Beschaffungspolitik ersetzt werden, einschließlich längerer Lieferfristen und fairer Preise.¹⁸ Die Kosten, die mit der Einhaltung von Verhaltenskodizes verbunden sind, sollten nicht ausschließlich von Einzelhandelsunternehmen auf ihre Zulieferer abgewälzt werden. Audits sollten sich daher nicht nur auf die Bedingungen bei einem bestimmten Zulieferer konzentrieren, sondern auch die Einkaufspraktiken mit berücksichtigen, die überhaupt erst die Anreize für solche Bedingungen schaffen. Maßnahmenpakete sollten Empfehlungen für Einzelhandelsunternehmen beinhalten, wie sie ihre Beschaffungsanforderungen so anpassen können, dass die Zulieferer in die Lage versetzt werden, soziale und Umweltstandards auch einzuhalten.

Jenseits bewusst gefälschter Ergebnisse haben Sozialaudits oft auch methodische Mängel, die es den AuditorInnen erschweren, Verletzungen von Arbeitsrechten zu erkennen. Audits sind häufig nur Momentaufnahmen. Auch sind nicht alle wichtigen Aspekte der Arbeitsbedingungen, wie beispielweise Diskriminierungen oder Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit, leicht zu erfassen. So soll 2006 ein Industrievertreter gesagt haben: »[W]as leicht zu messen ist, wird gemessen, was schwierig zu messen ist, eben nicht.«¹⁹ Über Themen wie sexuelle Belästigung wird oft erst nach einer langen Phase des Vertrauensaufbaus gesprochen, sodass es sehr unwahrscheinlich ist, dass

¹⁷ Vgl. ebda. S. 11.

¹⁸ Der Handlungsspielraum von Einzelhandelsunternehmen in einer bestimmten Wertschöpfungskette variiert je nach Anzahl der KäuferInnen und LieferantInnen und des Preismechanismus in dieser Kette. Während Einzelhändler den Preis für Modebekleidung frei bestimmen können, wird der Preis für Waren wie Kaffee und Platin auf dem Weltmarkt bestimmt. Bekleidungsfabriken sind nicht an bestimmte Orte gebunden, weshalb Bekleidungsunternehmen glaubhaft damit drohen können, ihren Standort zu verlagern. Bergbauunternehmen können ihren Standort nicht so einfach wechseln. Die eingeschränkten Verwendungsmöglichkeiten von Platin bedingen, dass die Anzahl von KäuferInnen und LieferantInnen relativ klein ist, was eine spezifische Macht- und Marktdynamik erzeugt (siehe hierzu das Interview mit Gavin Capps, S. 88).

¹⁹ Roseann Casey: Meaningful Change. Raising the Bar in Supply Chain Workplace Standards. Arbeitspapier Nr. 29, erstellt für John Ruggie, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs für die Frage der Menschenrechte. November 2006. S. 3.

PrüferInnen solche Missstände aufdecken, selbst wenn sie an der Tagesordnung sind.²⁰ Grundlegende Kritik an Sozialaudits üben auch die beiden Soziologinnen Le Baron und Lister. Ihrer Meinung nach erwecken Audits mit ihren standardisierten Messgrößen, Erfolgsmessungen und Rankings den Eindruck, Lieferketten würden unabhängig überwacht; dabei seien die durch Audits gewonnen Informationen einseitig, höchst politisch und ganz wesentlich vom Auftraggeber des Audits beeinflusst. Das öffentliche und staatliche Vertrauen auf Erfolgsmessungen durch Audits führe letztendlich zu einer Verschleierung der tatsächlichen Probleme in den globalen Lieferketten. Außerdem würden bei der Frage nach Umfang und Art der Audits meist genau die Glieder der Lieferketten (das heißt über das erste Glied hinaus) ausgeklammert, bei denen die Ausbeutung von ArbeiterInnen am wahrscheinlichsten ist.²¹ Dieses Problem des Prüfungsumfangs wurde insbesondere durch KritikerInnen des 2015 von BASF in Auftrag gegebenen Lonmin-Audits hervorgehoben. Sie fragten, warum nur die Situation in der Mine selbst untersucht wurde, wo doch öffentlich zugängliche Berichte von Nichtregierungsorganisationen auf die prekären Lebensbedingungen im Umfeld der Mine aufmerksam gemacht hatten.²²

Rechenschaftspflicht und Haftung: Wer kontrolliert die KontrolleurInnen?

Solange es weiter Audits gibt, bleibt die Frage, wie sich deren Qualität effektiv beurteilen lässt. Um effektive Qualitätskontrollen umzusetzen und sicherzustellen, dass AuditorInnen zur Verantwortung gezogen werden, müssen mangelhafte Audits zunächst einmal leichter ermittelt werden können. Auch muss es für Auditfirmen, die mangelhaft arbeiten, negative Konsequenzen geben. Die Anreize für die Audit-Industrie könnten einfach und effektiv verändert werden, indem die Haftbarkeit von Auditfirmen verbessert wird. Zurzeit werden Auditfirmen nicht für ihre Berichte zur Rechenschaft

²⁰ Nach einer firmeninternen Untersuchung bei Lonmin wurde allerdings dieses spezifische Problem nun aber immerhin benannt. Es wurde beobachtet, dass sexuelle Belästigung von Mitarbeiterinnen in einigen Betriebsräumen des Unternehmens »gängig und weit verbreitet« ist. Siehe: David McKay: Lonmin says sexual harassment of women »common and pervasive«. In: *miningmx* 2.11.2017. Online verfügbar.

²¹ Vgl. Geneviève LeBaron/Jane Lister: Benchmarking global supply chains: the power of the »ethical audit« regime, *Review of International Studies*, Nr. 41, 2015. S. 905–924. Die Probleme mit der Auftragsvergabe durch Subunternehmen gibt es nicht nur in der Textilindustrie. In südafrikanischen Minen haben VertragsarbeiterInnen etwa nicht die gleichen (sozialen) Rechte wie andere Beschäftigte. Siehe z. B.: Dinah Rajak: Hope and Betrayal on the Platinum Belt: Responsibility, Violence and Corporate Power in South Africa. In: *Journal of Southern African Studies*, Bd. 42, 5/2016. S. 929–946. Hier: S. 940.

²² Vgl. Aisha Bahadur/Lisa Kadel/Sarah Lincoln: Platinum for the world market, iron shackles for the workers. Living and working conditions in Marikana five years after the massacre, *Bench Marks Foundation/Brot für die Welt*. Berlin/Johannesburg 2017. S. 34. Auf Grundlage des 2017 bei Lonmin durchgeführten Audits wurde die Empfehlung ausgesprochen, dass »Lonmin untersuchen sollte, wie der Bergbaubetrieb lokale Gemeinschaften beeinflusst und welche entsprechenden Maßnahmen daraus abgeleitet werden können«. Aus: BASF: *Controlling Standards: Evaluation and audit of Lonmin*. 2017. Online verfügbar.

gezogen, weder durch die Bekleidungsmarken noch die FabrikbesitzerInnen geschweige denn durch die ArbeiterInnen, die eigentlich von den Audits profitieren sollen.

Ein Hindernis für die effiziente Überwachung ist, dass die Berichte nicht öffentlich zugänglich sind. Obwohl mit den Audits »Transparenz« versprochen wird, werden die Auditberichte vertraulich behandelt und sind Eigentum des jeweils beauftragenden Unternehmens. Daher bleiben sie in der Regel unveröffentlicht (so auch jene von BASF). Beschäftigte oder Gewerkschaften haben daher keine Chance, die Richtigkeit solcher Berichte zu überprüfen. Die Transparenz von Audits muss über die Veröffentlichung von Listen der Lieferanten – eine Praxis, die sich mittlerweile etabliert hat – hinausgehen. Der Zugang zu Auditberichten ist eine Voraussetzung für die Erkennung unzulässig geschönter Auditberichte, für eine Einschätzung der Auditqualität und die Haftung der AuditorInnen. Forderungen nach Transparenz werden oft mit der Begründung einer angeblichen Vertrauensbeziehung zwischen Anbieter und Auftraggeber oder der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen zurückgewiesen. Allerdings zeigt die im Rahmen des *Bangladesh Accord* erfolgte Veröffentlichung von Auditberichten über Bekleidungsfabriken, dass diese Bedenken auch überwunden werden können.²³ Vermutlich sind solche Formen von Transparenz auch in anderen Branchen möglich. Der Energiekonzern *Vattenfall* hat zum Beispiel neben einer Liste seiner Kohlelieferanten auch einen Bericht zu Menschenrechtsrisiken in seiner Kohlelieferkette in Kolumbien veröffentlicht.²⁴

Im Wesentlichen besteht Einigkeit darüber, dass Sozialaudits nur eine Momentaufnahme darstellen. Aussagekräftige und kontinuierliche Kontrollen können effektiv und nachhaltig letztlich nur von den ArbeiterInnen selbst am Arbeitsplatz geleistet werden. Eine Beteiligung von ArbeiterInnen an Sozialaudits ist de facto jedoch problematisch, da die Arbeitgeber ihnen mit Entlassungen drohen können. Darüber hinaus können Aufträge wegbrechen, wenn die Belegschaft schlechte Arbeitsbedingungen anzeigt, was wiederum zu Entlassungen führen kann. Entsprechend sind Interviews mit ArbeiterInnen am Ende meist nicht zielführend. Eine Lösung könnten besondere Schutzmaßnahmen vor solchen Entlassungen sein. Eine solche Klausel sollte standardmäßiger Bestandteil von Verhaltenskodizes, globalen Rahmenabkommen und Multi-Stakeholder-Initiativen sein. Weil allerdings ArbeiterInnen selten in der Lage sein werden, die Durchsetzung einer solchen Schutzklausel zu fordern, kann dies nur in Kombination mit anderen hier benannten Faktoren geschehen. Die Beteiligung von Gewerkschaften an Audits ist aufgrund verschiedener praktischer Probleme schwierig: Zum einen sind in vielen Bekleidungsfabriken keine Gewerkschaften aktiv, zum anderen kommt es zu

²³ Das Übereinkommen über Feuer- und Gebäudesicherheit in Bangladesch (*Bangladesh Accord*) ist ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen globalen Marken und Gewerkschaften und sieht Fabrikspektionen durch BauingenieurInnen vor. Die Berichte sind auf der Webseite des *Bangladesh Accord* veröffentlicht, unter: bangladeshaccord.org/inspections.

²⁴ *Vattenfall*: Ein Bericht zu Menschenrechtsrisiken in Kolumbien. 2017. Online verfügbar.

massiver Repression gegen Gewerkschaftsmitglieder. Die Situation trifft besonders stark auf die Textilindustrie in Bangladesch zu.²⁵ In anderen Sektoren könnten Gewerkschaften eine stärkere Rolle als in der Textilindustrie spielen. Dennoch sehen ArbeiterInnen aus allen Branchen größtenteils davon ab, Missstände aufzuzeigen, um ihren Job zu behalten. Sie lassen sich leicht vom beauftragenden Unternehmen unter Druck setzen, wenn dieses mit einem Ende der Geschäftsbeziehungen droht. Wie in der Textilindustrie geben auch ArbeiterInnen aus anderen Branchen an, dass sie es nicht wagen, offen mit den AuditorInnen zu sprechen.

Beschwerdemöglichkeiten in den Fabriken können auf schlechte Arbeitsbedingungen aufmerksam machen und damit eine Art Qualitätskontrolle der Sozialaudits darstellen. Kommt es zu Diskrepanzen zwischen den Beschwerden im Rahmen solcher Beschwerdemechanismen und Auditberichten, dient das als Hinweis für mangelhafte Audits. Allerdings werden derartige Beschwerdemöglichkeiten von den ArbeiterInnen selten genutzt oder sind ihnen nicht einmal bekannt. Ein wichtiger Aspekt, der von der Politik oft vernachlässigt wird, ist, dass die Degradierung von ArbeiterInnen und Gewerkschaften zu bloßen »ZeugInnen« der Arbeitsbedingungen ihre Rolle als notwendige Partei bei Kollektivverhandlungen schwächt. Die rein diagnostische Durchführung von international geforderten Sozialaudits entspricht nicht der ursprünglichen und politischen Aufgabe von Gewerkschaften bei der Organisation von ArbeiterInnen und dem Aufbau einer kollektiven Macht, die es ArbeiterInnen ermöglicht, faire Arbeitsbedingungen einzufordern.

Bislang haben die beschriebenen Mechanismen für mehr Rechenschaftspflicht keinerlei rechtliche Konsequenzen, sondern basieren im Prinzip auf dem freiwilligen Engagement von Einzelhandelsunternehmen, AuditorInnen und Compliance-Initiativen.²⁶ Diese Bemühungen sind sicherlich alle notwendig, doch bleibt die Frage, wie man jene AuditorInnen, deren fahrlässig durchgeführte Audits das Leben von ArbeiterInnen gefährden, zur Verantwortung ziehen kann. Hier kommt die gesetzliche Haftung ins Spiel. Wenn Konzerne Audits in Auftrag geben, sind sie als Auftraggeber der Auditfirmen und Lieferanten in der Position, die Standards für Qualitätsaudits festzusetzen. Auf Basis des Auditvertrags kann das beauftragende Unternehmen Maßnahmen gegen fahrlässige AuditorInnen ergreifen.

Allerdings besteht für die beauftragenden Unternehmen meist kein Anreiz, ihre AuditorInnen rechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Das könnte sich ändern, wenn sie selbst für körperliche Schäden durch ausbeuterische Arbeitsbedingungen in ihrer Lieferkette verklagt werden könnten. Ein herausragendes Beispiel ist das jüngste Vorgehen des Einzelhändlers KiK, der Auditfirmen für die Ergebnisse des Auditberichts haftbar

²⁵ Vgl. zum Beispiel: Human Rights Watch: Whoever raises their head suffers the most. Workers' rights in Bangladesh's garment factories. 2016. Online verfügbar.

²⁶ Initiativen zur Umsetzung und Einhaltung geltender Standards.

machte. Ein Sprecher von KiK erklärte, dass »KiK das erste Unternehmen in Deutschland – und wahrscheinlich in ganz Europa – ist, dass mit seinen Auditfirmen einen Vertrag abgeschlossen hat, nach dem diese für einen Zeitraum von drei Monaten nach dem Audit für ihre Ergebnisse haften. [...] Überprüft ein Auditunternehmen zum Beispiel eine Fabrik und stellt nicht fest, dass das Ablaufdatum eines Feuerlöschers abgelaufen ist, und wird dies später bei einer Vor-Ort-Inspektion erkannt, können wir von dem Auditunternehmen eine Zahlung fordern.«²⁷ Bezüglich ihres eigenen Haftungsrisikos erklärten KiK-VertreterInnen: »Wir müssen ein Bild von der Fabrik erhalten, das die Zustände widerspiegelt, die wir tatsächlich vorfinden, denn schließlich tragen wir später das Risiko.« Daher müssten AuditorInnen ihren Job »zu 150 Prozent richtig machen.«²⁸

Nicht nur die VertragspartnerInnen könnten Auditfirmen für mangelhafte Berichte haftbar machen, sondern auch das Justizsystem kann aktiv werden. Wenn ArbeiterInnen unter lebensbedrohlichen Bedingungen arbeiten (wie fehlende Brandschutzmaßnahmen), kann die Vergabe eines CSR (*Corporate Social Responsibility*)-Qualitätszertifikats an einen solchen Arbeitsplatz den notwendigen Verbesserungen entgegenstehen. Werden ArbeiterInnen nach der Vergabe verletzt, sollte strafrechtlich ermittelt werden, ob ein mangelhafter Auditbericht zur Zertifizierung einer unsicheren Fabrik geführt hat.

Bisher haben ArbeiterInnen nur wenige Möglichkeiten, AuditorInnen für ihre Berichte zur Verantwortung zu ziehen. Da sie keine Vertragsparteien des Auditvertrags sind, können sie keine Ansprüche wegen fehlender Vertragserfüllung geltend machen. Denjenigen, die von den Sozialaudits profitieren sollen, müsste umgehend ein einfaches Rechtsmittel zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel eine Klausel in den Verträgen zwischen Auditfirmen und KundInnen, die explizit die Rechte Drittbegünstigter auf die ArbeiterInnen als potentielle NutznießerInnen der Auditierungszyklen überträgt. Ein Audit, das den Anforderungen gar nicht oder nicht vollends genügt, entspräche dann einer Pflichtverletzung des Prüfunternehmens. Eine Umkehrung der Beweislast könnte den Zugang zu solchen Rechtsmitteln erleichtern. Wenn AuditorInnen es versäumen, grobe Verstöße zu erkennen, sollte von Fahrlässigkeit ausgegangen werden, wenn sie nicht nachweisen können, dass sie sich an die einschlägigen beruflichen Standards gehalten haben. Wichtig dabei zu bedenken ist allerdings, dass die Einreichung solcher Klagen davon abhängt, ob die ArbeiterInnen entsprechende Fälle überhaupt anzeigen. Wenn ArbeiterInnen es noch nicht einmal wagen, kleine Probleme anzusprechen, ist es eher unrealistisch, dass sie solche Ansprüche geltend machen.

²⁷ Leonie Barrie: How KiK is raising the bar on working conditions – Interview. 11.4.2017. Online verfügbar.

²⁸ Ebda.

Ausblick

Trotz der massiven Kritik an Audits sorgen die Gesetze zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht und Offenlegungspflichten dafür, dass die Nachfrage nach Sozialaudits steigt.²⁹ Die schwachen oder gar kontraproduktiven Ergebnisse von Sozialaudits in der Textilindustrie sollten auch in anderen Sektoren ernst genommen werden. Schließlich schaffen Zertifizierungen einen hohen Grad an Vertrauen, ohne dass für die Firmen besondere rechtliche Risiken entstehen. Trotz erheblicher Mängel wird die anhaltende Praxis der Sozialaudits oft als Mittel zur wirksamen Kontrolle von Arbeitsbedingungen verstanden. Unter Berufung auf die Auditberichte erwecken Einkäuferunternehmen und Zulieferbetriebe in einer Lieferkette den Eindruck, als genügten sie ihrer unternehmerischen Sozialverantwortung. Doch gibt es keinerlei Anreize für wirksamere Maßnahmen wie etwa strukturelle Veränderungen bei der Beschaffungspraxis. Indem sie erklären, dass sie Audits durchführen und Korrekturmaßnahmen überwachen, erwecken Unternehmen an der Spitze der Lieferkette den Eindruck, dass sie ihren Pflichten nachkommen. Gleichzeitig vermeiden sie es, ihr Geschäftsmodell tatsächlich zu ändern. Meist stellen sich Unternehmen erfolgreich als verantwortungsbewusste Player dar und zeigen mit dem Finger stattdessen auf den »noch nicht ganz perfekten« Zulieferer. Beauftragende Unternehmen behaupten oft, dass sie nicht so viel tun könnten, und verweisen darauf, dass eine Beendigung des Geschäftsverhältnisses den ArbeiterInnen auch nur schaden würde. Das mag sogar stimmen, verschleiert aber dennoch die Tatsache, dass Einzelhandelsunternehmen in vielerlei Hinsicht Einfluss auf die Produktionspraktiken nehmen können, beispielsweise durch ihre Preise, Lieferfristen und Beiträge zu erforderlichen Investitionen.

Daher sind Sozialaudits eher Teil des Problems als der Lösung. Sozialaudits bewirken nur minimale Besserungen, während sie das neoliberale Modell stützen und die endemischen Probleme globaler Lieferketten legitimieren helfen. Es ist ein reales Problem, dass Verhaltenskodizes und die dazugehörigen Audits außervertragliche Werkzeuge sind, während Vereinbarungen zu Preisen, Liefervolumen und -fristen sowie zur Produktqualität vertraglich geregelt sind. LeBaron, Lister und Dauvergne zitieren eine der von ihnen befragten Personen: »Nichts ist wirkmächtiger als eine Auftragsbestellung. Die Machtbeziehung beginnt und endet mit der Unterschrift des Käufers. Alles andere dazwischen ist nur Gerede. Erst wenn es in der Auftragsbestellung des Käufers heißt, dass du dich [um Umwelt und ArbeiterInnen] kümmerst, kümmerst du dich auch wirklich.«³⁰

²⁹ Verisk Maplecroft: Human rights outlook. 2017. S. 7. Online verfügbar.

³⁰ Genevieve LeBaron/Jane Lister/Peter Dauvergne: The new gatekeeper. Ethical audits as a mechanism of global value chain governance. In: Claire Cutler/Thomas Dietz (Hg.): The politics of private transnational governance by contract. Oxon/New York 2017. S. 108.

Diese Bedenken spiegeln sich auch in der Kritik an den von BASF in Auftrag gegebenen Audits bei Lonmin wieder. Die gemeinnützige südafrikanische Organisation *Bench Marks Foundation* und *Brot für die Welt* konfrontierten BASF mit dem Vorwurf, die Vertragsmacht, die das Unternehmen gegenüber Lonmin hat, nicht auszunutzen. In seinem *Social Labour Plan SLP* (Sozial- und Arbeitsplan) von 2006 verpflichtete sich das Bergbauunternehmen Lonmin dazu, 5.500 Häuser für seine ArbeiterInnen zu bauen. 2014 waren gerade einmal drei Häuser fertiggestellt.³¹ Die Nichtregierungsorganisationen kritisierten, dass trotz der fehlenden Einhaltung der vereinbarten Zielvorgaben, »[l]angfristige Verträge zwischen BASF und Lonmin erst kürzlich verlängert wurden«. Und laut den NGOs enthalten sie »keine rechtlich wirksamen Klauseln zu Lonmins arbeitsrechtlichen und sozialen Verpflichtungen«. ³² Auch der Wirtschaftswissenschaftler Forslund verwies auf die fehlende Durchsetzung und kam nach einer Untersuchung der Nachhaltigkeitsberichte von Lonmin zu dem Schluss, dass Lonmin seinen Bergbaubetrieb solange fortsetzen könne, wie es »seine Unzulänglichkeiten öffentlich mache« und verspreche, Unterlassungen und Fehler in den kommenden Jahren zu beheben«. Er fügte hinzu, dass »gegen Lonmin nie irgendwelche Strafen oder Sanktionen ausgesprochen wurden«³³.

LeBaron, Lister und Dauvergne erklären, dass die Diskussion um privatwirtschaftliche Audits oft auf eine Verbesserung der Ausführung der Audits gerichtet sei, obwohl unterdessen die soziale und umweltrechtliche Situation unverändert bleibe.³⁴ Ihrer Meinung nach dienen die Audits den Unternehmen, aber »schaden den Beschäftigten und dem Planeten«. In ihrer Untersuchung der südafrikanischen Bergbaubranche erkannte Rajak, dass es nicht vorrangig um die Frage gehen sollte, »inwiefern Maßnahmen im Rahmen der unternehmerischen Sozialverantwortung den Beschäftigten geholfen haben, sondern darum, wie solche Maßnahmen Unternehmen dazu dienten, bestimmte Probleme zu meistern«. ³⁵ Sie beobachtete, dass südafrikanische Bergbauunternehmen mit Verweis auf ihre unternehmerische Sozialverantwortung die Gesundheit und Wohnsituation der ArbeiterInnen als externe Effekte darstellten statt als »grundlegende Betriebskosten«³⁶ (siehe das Interview mit Dinah Rajak, S. 264). Den ForscherInnen zufolge können Regierungen die Forderungen nach strengeren Regeln und angemessenen Investitionen in funktionierende staatliche Inspektionen dank Sozialaudits allzu leicht ignorieren.

Trotz der deutlichen und wiederholten Kritik wird es Sozialaudits wohl auch in Zukunft geben. Da Unternehmen immer häufiger auf Audits zurückgreifen, um bisherige Auflagen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht (vermeintlich) zu erfüllen, sollten

³¹ Rajak: Hope. S. 943.

³² Bahadur/Kadel/Lincoln: Platinum. S. 6.

³³ Dirk Forslund: Coping with unsustainability Bench Marks Policy Gap 7 (Lonmin), Bench Marks Foundation. 2013. Online verfügbar.

³⁴ LeBaron/Lister/Dauvergne: Gatekeeper. S. 111.

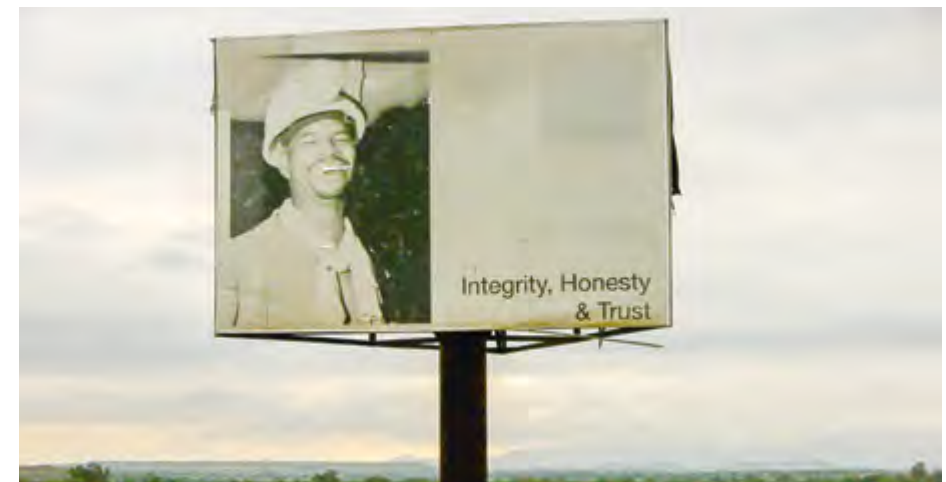
³⁵ Rajak: Hope. S. 930.

³⁶ Rajak: Hope. S. 933.

Transparenz und Haftung als Mindestanforderungen eingeführt werden. Wesentlich für jedes funktionierende Prüfsystem mit verlässlichen Qualitätsaudits ist ein Verfahren, das für die Identifizierung und Sanktionierung mangelhafter Audits sorgt und unabhängige Arbeiterorganisationen und ArbeiterInnen in den Prüfprozess einbezieht. Diesbezüglich äußerten die *Bench Marks Foundation* und *Brot für die Welt* Kritik an BASF, da »die 2015 und 2016 in Auftrag gegebenen Audits nicht öffentlich zugänglich sind und die Vorgangsweise und Ergebnisse Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Gemeinschaften nicht kommuniziert oder mit ihnen abgesprochen wurden«. ³⁷ Ohne Zugang zu den Prüfberichten können Gewerkschaften, ArbeiterInnen und Gemeinschaften nicht unabhängig überprüfen, ob die AuditorInnen in der Lage waren, alle Verstöße gegen die geltenden Standards zu erkennen.

Mit der AuditorInnenhaftung könnten sich die Machtbeziehungen zwischen den Unternehmen an der Spitze der Lieferkette, LieferantInnen, ArbeiterInnen, Gewerkschaften, Gemeinschaften und AuditorInnen grundlegend ändern. Das wird nur geschehen, wenn die AuditorInnenhaftung nicht nur eine theoretische Möglichkeit auf dem Papier bleibt, sondern auch tatsächlich eingefordert wird, und zwar durch die beauftragenden Unternehmen, Regierungen, Compliance-Initiativen und ArbeiterInnen. Würden Auditfirmen zur Verantwortung gezogen werden, würden damit auch notwendige Fragen etwa über den bisher unzureichenden Prüfumfang aufgeworfen werden. Ebenso würde die Aufmerksamkeit auf unzulässig geschönte Auditberichte gelenkt und die fehlende Umsetzung von Auditempfehlungen könnte der Kritik ausgesetzt werden. So könnte offengelegt werden, welche Mechanismen dazu führten, dass Sozialaudits bisher kein geeignetes Mittel waren, soziale und umweltrechtliche Bedingungen zu verbessern.

³⁷ Bahadur/Kadel/Lincoln: Platinum. S. 6.





◀ 259 *Our values: High Performance, Respect for Each Other, Integrity, Honesty & Trust.* Lonmin-Imagekampagne in Marikana und Umgebung, aufgenommen in Wonderkop 2015.

◀ 260 Ein zentrales Ergebnis des ersten Audits, den BASF Ende 2015 bei Lonmin durchführen ließ, war die Unterstützungszusage für den Ausbau der Werksfeuerwehr von Lonmin. Vermutlich steht dieses Feuerwehrgebäude in Marikana West damit im Zusammenhang. Es wurde 2016 errichtet und ist seitdem ungenutzt.

▶ *We dig to build this company:* Werbeposter von Lonmin am Rande der Gedenkfeier zum vierten Jahrestag des Massakers am 16. August 2016.

▶ Am Rande der Podiumsdiskussion »Lieferkettenverantwortung: von luftiger Freiwilligkeit zu verbindlichen Regeln« am 21. April 2016 in Berlin. Thorsten Pinkepank, Leiter der CSR-Abteilung von BASF, verteidigt im Interview mit Stefan Buchen für ARD-Panorama einmal mehr die Freiwilligkeit der Lieferkettenverantwortung.

▶ Homepage von Lonmin, aufgerufen einige Monate nach dem Massaker.



CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY EIN MACHTINSTRUMENT FÜR UNTER- NEHMEN?

Ein Interview mit Dinah Rajak

Maren Grimm Du hast 2016 die Studie »Hope and Betrayal on the Platinum Belt: Responsibility, Violence and Corporate Power in South Africa«¹ veröffentlicht. In der Analyse von Lonmin stellst du fest, dass die zunehmende Prominenz von *Corporate Social Responsibility* (CSR), also sozialer Verantwortung von Unternehmen, bei Bergbauunternehmen im südafrikanischen Platinum Belt nicht dazu geführt hat, dass diese ihre sozialen Verpflichtungen auch erfüllen.

Im Gegenteil hat CSR in der Hauptsache die moralische Autorität der Unternehmen gestärkt und ermöglicht, dass Forderungen an die Unternehmen auf andere Akteure abgewälzt werden können. Das Konzept CSR hilft den Firmen eher, sich ihrer sozialen Verantwortung zu entziehen. Und Marikana versinnbildlicht dieses inhärente Paradox von CSR.

¹ Dinah Rajak: Hope and Betrayal on the Platinum Belt: Responsibility, Violence and Corporate Power in South Africa. In: Journal of Southern Africa Studies, 42/206. S. 929–946.

Aber bleiben wir erst einmal beim Begriff: Soziale Verantwortung von Unternehmen, CSR. Wann wurde der Begriff eingeführt, woher kommt er?

Dinah Rajak Diese Begriffe wurden in den 1950er-Jahren bereits verwendet. Das Konzept im heutigen Sinne gab es noch nicht. In einem akademisch-betriebswirtschaftlichen Umfeld würde CSR vermutlich auf Archie Carrolls *Verantwortungspyramide*² zurückgeführt werden. Als Ökonom setzte sich Carroll mit Managementfragen auseinander und entwickelte ein pyramidenförmiges Modell, bei dem die Prioritäten zur Spitze der Pyramide hin abnehmen. Ganz unten steht die ökonomische Verantwortung gegenüber den AktionärInnen, nach Carroll die primäre Verantwortung eines Unternehmens. Darauf folgt die rechtliche Verantwortung, die Pflicht Gesetze einzuhalten, gefolgt von ethischer Verantwortung im Geschäftsgebaren, die über die rechtlich verbindlichen Standards hinausgeht. Ganz oben steht schließlich, das, was Carroll »philanthropische Verantwortung« genannt hat und was oft ziemlich schwammig als *gute Unternehmensbürgerschaft* (bzw. auf Englisch *Good Corporate Citizenship*) bezeichnet wird – die Idee, dass ein Unternehmen »etwas zurückgeben sollte«, jedoch ohne zu definieren, an wen oder durch was. Auch Milton Friedman hat natürlich schon in den 1970er-Jahren den Begriff der *Verantwortung* verwendet, etwa in seinem viel zitierten Ausspruch, es sei die »alleinige Verantwortung von Unternehmen Geschäfte zu machen«³ – ein Satz, der schon darauf verweist, dass die Erwartungen der Gesellschaft an Unternehmen zunehmend über das rein Ökonomische und die Einhaltung von Gesetzen hinausgehen. Das sind die zentralen geschichtlichen Eckpunkte. Ich persönlich würde den Blick eher darauf lenken, dass Unternehmen das CSR-Konzept in Reaktion auf Kampagnen gegen ihr verantwortungsloses Verhalten entwickelt haben. Die Konzerne haben sich den Diskurs ihrer KritikerInnen zu Eigen gemacht, darin sind sie, wie sich gezeigt hat, wirklich gut. Mit dem Verweis auf ihre Fähigkeit, sich selbst zu regulieren, haben sie das Feld unter ihre Kontrolle gebracht. Nach dem Motto: »Schaut her, es gibt keinen Grund, unsere Macht zu beschneiden oder unser Verhalten zu reglementieren, darum kümmern wir uns schon selber! Wir sind die Architekten sozialer Verantwortung und übererfüllen sogar die Bestimmungen.« Die Forderung von AktivistInnen: »Hört auf, Schaden anzurichten« wird beantwortet mit: »Wir verursachen keine Sozial- und Umweltprobleme, wir sind deren Lösung«. Die Konzerne gerieren sich als Speerspitze im Kampf für nachhaltige Entwicklung. Nicht nur deshalb halte ich *Verantwortung* für ein wirklich problematisches Konzept. *Verantwortung* ist eine zutiefst paternalistische Beziehung, denn die Kontrolle liegt immer bei denen, die behaupten, die Verantwortung zu tragen, und unterläuft im End-

² Archie Carroll: The pyramid of Corporate Social Responsibility. Toward the Moral Management of Organizational Stakeholders. In: Business Horizons 34/4. 1991.

³ »There is one and only one social responsibility of business – to use its resources and engage in activities designed to increase its profits so long as it stays within the rules of the game, which is to say, engages in open and free competition without deception or fraud.« Milton Friedman: The Social Responsibility of Business is to Increase its Profits. In: New York Times Magazine, 13.9.1970.

effekt Möglichkeiten, Ansprüche geltend zu machen und Rechte einzufordern. Anders ausgedrückt hat das CSR-Konzept immer wieder dazu gedient, die Position von Unternehmen zu stärken, und ist dabei denjenigen in den Rücken gefallen, die angeblich von CSR profitieren sollten.

MG Wann hast du mit den Recherchen zu CSR begonnen und stand die Bergbauindustrie in Südafrika von Beginn an im Fokus?

DR Begonnen habe ich 2003. Damals, nach der Verabschiedung des UN-*Global Compact* 1999 und dem *Gipfel für nachhaltige Entwicklung* 2002 in Johannesburg, war *Corporate Social Responsibility* in aller Munde. In Johannesburg hatte die UN die sogenannten *Typ II Partnerschaften* angekündigt, internationale Entwicklungspartnerschaften mit multinationalen Konzernen. Die Konzerne rückten ins Zentrum, nicht nur als Entwicklungspartner, als Partner von Regierungen, Entwicklungsbanken, NGOs oder bilaterale GeberInnen, sondern als *Gestalter* in der Entwicklungspolitik. Auffällig war vor allem, dass Unternehmen aus besonders umweltbelastenden Branchen, wie den extraktiven, petrochemischen und ähnlichen Industriesektoren, die Spitze dieser Bewegung bildeten. Unternehmen, die während des unmittelbar zurückliegenden Jahrzehnts für ihre Rücksichtslosigkeit gegenüber Mensch und Natur im Zentrum des Medieninteresses gestanden hatten – *Shell* im Nigerdelta, *BP* in Kolumbien, *RioTinto* in Papua Neuguinea und weitere – bildeten nun plötzlich die vorderste Front der CSR-Bewegung, als Protagonisten nachhaltiger Entwicklung und eines ethischen Kapitalismus. Hinzu kommt, dass es nicht nur um den kleinen Kreis der global agierenden Unternehmen des Erdöl- und Bergbausektors geht, sondern auch um einen überschaubaren Kreis an Personen, die eine führende Rolle in der neuen globalen Entwicklungsagenda einnehmen. Im Falle von CSR lässt sich eine Gruppe von SpitzenmanagerInnen globaler Unternehmen identifizieren, gewissermaßen die KapitänInnen der globalen spätkapitalistischen Industrie, die als individuelle Visionäre oder Vorkämpfer der CSR-Bewegung auftreten, fast wie die Enkel viktorianischer Großindustrieller, die sich zu ihrer Zeit als industrielle Philanthropen etablierten.⁴ Es ließe sich eine Liste von Schlüsselpersonen aufstellen, die federführend in den verschiedenen Vereinbarungen und Initiativen waren und eine amorphe globale CSR-Elite bilden. Unternehmen unter ihrer Führung stehen regelmäßig an vorderster Front im Bereich «nachhaltiges Investment» und streichen bei jährlichen CSR-Preisverleihungen eine Auszeichnung nach der anderen ein. Gerade Bergbauunternehmen haben einen derart großen sozialen, politischen und ökologischen Fußabdruck, dass sie sich schon seit Jahrhunderten um gewisse Formen der sozialen Kontrolle in der Umgebung ihrer Bergwerke bemühen müssen. Das macht sie notwendigerweise zu zentralen Beteiligten, aber noch lange nicht zu Wächtern oder gar Vorkämpfern für Gerechtigkeit, sozialem Aufstieg und die Achtung von Menschenrechten.

⁴ Wie etwa John Cadbury oder die Lever Brothers.

Und was hat mich nach Südafrika geführt? Nun, als ich meine Forschung zu CSR im Jahr 2003 aufnahm, fand ich die breite Unterstützung von CSR durch internationale Akteure im entwicklungspolitischen Bereich faszinierend, die darin eine Art Allheilmittel gegen Armut sahen, während in der akademischen Szene die Frage gestellt wurde, ob CSR denn nun etwas Gutes oder Schlechtes sei. Und es gab nur sehr spärliche empirische Forschung zu den Auswirkungen und Ergebnissen von CSR in der Praxis. Diese Spur wollte ich aufnehmen und schauen, was CSR eigentlich macht. Was ermöglicht CSR und für welche Akteure? Wessen Macht beschneidet und wen stärkt CSR? Welches sind die erwarteten und unerwarteten, die beabsichtigten und unbeabsichtigten Implikationen von CSR in der *globalen Arena* und konkret vor Ort? Die interessanten Unternehmen in dieser Hinsicht waren natürlich die, die an vorderster Front der CSR-Bewegung standen: extraktive transnationale Konzerne. Gleichsam war Südafrika aus verschiedenen Gründen eine eigentlich naheliegende Wahl. Ich hatte viel Zeit in dem Land verbracht und mich hat stets die tiefe Verankerung des Bergbaus in der sozialen und historischen Vorstellungswelt des Landes fasziniert. Wirklich alle kannten jemanden, der oder die mit dem Bergbau zu tun hatte – und nicht nur mit dem Bergbau allgemein, sondern mit *Anglo American* (dem mächtigsten Bergbaukonzern Südafrikas). Das Unternehmen stand im Fokus meines Buches⁵ und machte gegen Ende der Apartheid rund 52 Prozent der Privatwirtschaft des Landes aus. In vielerlei Hinsicht ähnelte das Unternehmen in seiner Omnipräsenz BASF. Es strahlte diese Aura immenser politischer und sozialer Macht aus, die die politische Autorität des Unternehmens sowohl bestätigte als auch begründete. Und ich wollte ein Land untersuchen, in dem extraktive Industrien eine zentrale Rolle in der politischen Ökonomie einnahmen, Südafrika war da eine logische Wahl.

MG Betrachten wir das zeitliche Umfeld gegen Ende der 1990er-Jahre: die globale politische Landschaft veränderte sich, umweltbelastende Industrien wurden zu PhilanthropInnen und übernahmen eine führende Rolle im Diskurs um nachhaltige Entwicklung. War es diese spezifische historische Situation, die den Aufstieg von CSR begünstigte?

DR Häufig basiert die Suche nach den Implikationen von CSR auf ahistorischen Ansätzen. Es ist wichtig herauszustellen, dass CSR immer eine Antwort auf bestimmte soziale, politische oder ökonomische Herausforderungen ist, denen sich Unternehmen zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt gegenübersehen.

In der empirischen Betrachtung, angefangen in den Zentralen globaler Unternehmen bis hin zu lokalen Umsetzungen, von der Vorstandsetage bis hinab in die Schächte der Bergwerke, wurde eines deutlich: CSR lohnt sich für die Unternehmen in der globalen Wahrnehmung enorm, während lokale Probleme eher ungelöst bleiben. Paradoxerweise gerade aufgrund des Vermögens von CSR, »lokale Herausforderungen« aufzugreifen, anzueignen und so zu absorbieren.

⁵ Dinah Rajak: *In good company: an anatomy of corporate social responsibility*. Stanford. 2011.

Als ich Anfang der 2000er-Jahre mit der Forschung begann, war eine Schlüsseldimension dieser »lokalen Herausforderungen«, denen sich die Bergbaugesellschaften Südafrikas gegenüberstehen, die Notwendigkeit ihrer eigenen ethischen Rehabilitierung nach dem Ende der Apartheid. Meiner Ansicht nach war dies einer der zentralen Bereiche sozialer, politischer und moralischer »Arbeit«, die CSR in der Dekade nach 1994 für die extraktiven Industrien leisten musste, als die Bedingungen in diesem Sektor theoretisch neu verhandelt wurden. Im Zentrum der CSR-Agenden der Minenbetreiber, die in Südafrika ihren wirtschaftlichen und politischen Fuß in der Tür halten wollten, stand die Aneignung und Neuausrichtung von *Black Economic Empowerment* (BEE) unter dem Stichwort »patriotischer Kapitalismus«: BEE sollte eine Unternehmensressource darstellen und mitnichten den Kampf um Verteilungsgerechtigkeit und Ermächtigung der Schwarzen Bevölkerung begünstigen. Nach 1994 gab es für die Bergbauindustrie zwei besonders kritische Herausforderungen. Es drohte die Demokratisierung der Industrie, bis hin zu Verstaatlichungen, und Forderungen wurden laut, Profite aus dem bereits einsetzenden Rohstoffboom als Teil des südafrikanischen nationalen Erbes zur allgemeinen Entwicklung des Landes zu verwenden. Zudem wollten die Unternehmen ihre Portfolios diversifizieren und Kapital freisetzen, das bis dato in Südafrika gebunden gewesen war, was wiederum der Nervosität der InvestorInnen geschuldet war, die eine demokratisch gewählte Post-Apartheidregierung als »politisches Risiko« betrachteten. Nach Jahrzehnten interner und externer Beschränkungen – den internationalen Sanktionen gegen den Apartheidstaat und die Maßnahmen desselben zur Verhinderung von Kapitalflucht – sahen südafrikanische Bergbauunternehmen im demokratischen Südafrika sowohl die Möglichkeit, sich global zu diversifizieren als auch ein neues »politisches Risiko«.

Das Dilemma der Unternehmen bestand also darin, einerseits glaubhaft zu machen, dass sie gänzlich hinter dem *neuen Südafrika* standen und durch ihre Investitionen gewissermaßen die Geburtshelfer der wirtschaftlichen Emanzipation waren, während sie gleichzeitig versuchten, Kapital aus Südafrika abzuziehen. Sie eröffneten neue Zentren in der Nähe der US-amerikanischen und europäischen Kapitalmärkte und verschoben ihre Erstnotierung an die Londoner oder New Yorker Börsen.⁶ Dass Unternehmen ihre Rolle als gute UnternehmensbürgerInnen und VerfechterInnen unternehmerischer Sozialverantwortung laut herausposaunten, verlieh wiederum auch den hyper-neoliberalen Wirtschaftsreformen der Regierung moralische Legitimität und ermöglichte es den Unternehmen, riesige Summen Kapital außer Landes zu schaffen. Genau hier kommt meiner Meinung nach CSR ins Spiel: als eine Sammlung diskursiver Werkzeuge, Strategien und Praktiken, die genau diese moralische Aufwertung und neue politische Legitimität ermöglichten. Summa summarum erlaubte sie den Bergbauunternehmen, sich neu

⁶ *Anglo American* ging diesen Schritt als erstes, andere Unternehmen folgten bald.

zu erfinden, denselben Unternehmen wohlgerne, die während der Apartheid als Blaupause für Ausbeutung und Unterdrückung von Schwarzen ArbeiterInnen gedient hatten.

MG Im Jahr 2015 haben wir Bischoff Seoka nach Deutschland zur BASF-Hauptversammlung eingeladen, damit er vor den ManagerInnen und AktionärInnen spricht. Zum ersten Mal informierte ein Abgesandter vom Anfang der Platin-Lieferkette die AktionärInnen über die Verbindung von BASF zu dem Massaker von Marikana. Seitdem war die *Plough Back The Fruits*-Kampagne jedes Jahr auf der BASF-Hauptversammlung vertreten. Wichtig ist, dass wir BASF nicht nur als langjährige GeschäftspartnerInnen von Lonmin adressieren, sondern vor allem auch als VertreterInnen eines Unternehmens, das von sich selbst behauptet, führend bei der Umsetzung von »Lieferkettenverantwortung« zu sein. Bis heute haben wir viele Lippenbekenntnisse als Antwort bekommen. BASF zeigte sich zwar über die »tragischen Vorfälle« besorgt, besteht allerdings auch darauf, dass zunächst einmal in Südafrika eine Lösung für Marikana gefunden werden muss. Mit anderen Worten sehen sie es als ein internes Problem Südafrikas. So formulierte es der Vorstandsvorsitzende von BASF, Kurt Bock, auf der Bilanzpressekonferenz für 2015 folgendermaßen: »Wir können, glaube ich keine Ratschläge für eine zivilisiertere und friedlichere Lösung derartiger Probleme, also ich meine von Arbeitskämpfen, geben, die die bedauerlichen menschlichen Verluste hätten vermeiden können.«⁷

DR Nach meiner Erfahrung scheint dies eine verbreitete Strategie von Unternehmen zu sein und wird regelmäßig von ManagerInnen bei öffentlichen Auftritten auf Hauptversammlungen genutzt. Es ist ein Ritual, eigentlich ein Hauptversammlungs-Theater. Im ersten Akt lenken die VertreterInnen einer betroffenen Gemeinde die Aufmerksamkeit der AktionärInnen auf Ereignisse, bei denen das Unternehmen nicht verantwortungsvoll gehandelt hat (Zwangsumsiedlungen oder Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung oder Enteignung von Land und Zerstörung der Lebensgrundlage). Im zweiten Akt drücken die KonzernvertreterInnen ihr aufrichtiges Bedauern aus und danken den Betroffenen für ihre Arbeit und ihren Einsatz im »Interesse« des Unternehmens. Im dritten Akt geben sie dann jedoch die Verantwortung für die Missstände zurück an die lokale oder nationale Regierung, die zumeist entweder über ein halbstaatliches Unternehmen, mit dem der betreffende Konzern eine Partnerschaft eingegangen ist, am Unternehmen beteiligt ist oder die einfach nur eine Lizenz unterschrieben und so das Agieren des Konzerns genehmigt hat: eine überaus effektive Methode sich der Verantwortung zu entziehen. Trotzdem ist die Teilnahme an der Hauptversammlung natürlich gleichzeitig auch ein öffentlicher Auftritt. Das heißt jedoch nicht nur, dass sich Hauptversammlungen als ein effektiver Fokus, als Ort für Kampagnenarbeit, bewährt haben. Viel wichtiger kann es sein, dass BASF – unabhängig davon, was das Unternehmen während der Hauptversammlung öffentlich verlautbaren lässt, sich im Anschluss ans Telefon

⁷ Auf der Bilanz-Pressekonferenz für 2015 von BASF am 26.2.2016.

hängt, Lonmin anruft und sagt: »Leute, diese Geschichte lässt uns ziemlich schlecht dastehen, löst das! Egal, wie ihr das macht, selbst wenn ihr Entschädigung zahlt, denn politisch fällt das momentan auf uns zurück.« Gewissermaßen als Druckmittel ist das ungeheuer wichtig, obwohl es schon oft entmutigend war, zu sehen, wie leicht sich Unternehmen offenbar ihrer Rechenschaftspflicht entziehen können. Diese Form von Aktivismus ist zwar nichts Neues, wirklich innovativ an der *Plough Back The Fruits*-Kampagne ist aber, dass damit ein neues Ziel in der globalen Lieferkette ins Visier rückt, in dem Abnehmer und Endverbraucher Druck auf die Anbieter von Mineral- und Metallprodukten hinsichtlich ihrer Arbeitspraxis ausüben sollen. Im Einzelhandel gab es das natürlich schon, dass AktivistInnen KonsumentInnen dazu bewegen wollten, Druck auf die Lieferkette auszuüben. Auch in der Bekleidungsindustrie gibt es Beispiele, die globalen Lieferketten als Hebel zu nutzen, ebenso bei Diamanten⁸, einer extraktiven Industrie, an deren Ende bestimmbare KonsumentInnen stehen. Erst seit kurzem entwickelt sich auch ein sehr, sehr kleiner Nischenmarkt für *faïres* Gold, in dem versucht wird, die gleiche Strategie in der Goldindustrie umzusetzen. Abgesehen davon war es bei Metallen, etwa den Platingruppenmetallen, die vornehmlich von der Industrie eingekauft werden, für AktivistInnen immer schwerer, die Lieferkette zum Thema zu machen.

Nur selten wissen die KonsumentInnen etwas über die mikroskopisch kleinen Mengen an Erden und Metallen, die in ihren Telefonen oder den Katalysatoren ihrer Autos verbaut sind, und selbst wenn, dann kümmert es sie oft nicht. Die Abnehmer sind petrochemische Konzerne wie BASF, die undurchdringbarer scheinen als die Rohstoffunternehmen selbst. Das ist, glaube ich, das erste Mal, dass eine Kampagne vermittelt: »Lasst uns die Spur des Platins verfolgen und sehen, wo es hingehet und welche Stationen es macht. Welche Unternehmen kaufen Platin? Nutzen wir dieses Wissen, um hinsichtlich ihres Umgangs mit ArbeiterInnen, Gemeinden, der Umwelt usw. Druck auf die Bergbauunternehmen auszuüben.« Letztlich wird dies sichtbare Konsequenzen haben, die auch BASF spüren muss, da ist eine sehr wichtige Front aufgemacht worden.

MG BASF hat Nachhaltigkeit und ethische Standards zu einem Teil seiner *Corporate Identity* gemacht. Das ist unser Hebel, eine Investition in die Verbesserung der Lage der Bergleute und ihrer Gemeinden muss auch im Interesse von BASF sein. Die Kampagne hat nie gefordert, das BASF sich von Lonmin trennt, wir haben sie im Gegenteil dazu ermutigt, ihrem selbstformulierten Ideal tatsächlich zu entsprechen.

DR Desinvestition – ob als Abzug von Kapital aus einem Rentenfonds oder in der Form von »wir finden einen anderen Platinanbieter« ist ein höchst problematischer Ansatz, eher eine Drohung, Investitionen abzuziehen, anstatt für eine Besserung der Lage zu sorgen. Sobald man die Investition abstößt, hat man keinen Hebel mehr und die

KonzernmanagerInnen haben keinen Grund mehr, ihre Praxis einzustellen, sei es die Rechte von ArbeiterInnen mit Füßen zu treten, die Umwelt zu verschmutzen, etc.

Die Vorstände der Konzerne vertreten eher den Standpunkt, Aktionärsmacht als hinderlich und ihren Vorstellungen von Nachhaltigkeit im Wege stehend zu betrachten. Und tatsächlich haben sich Aufstände von AktionärInnen nicht als sonderlich starke Waffe erwiesen, um Unternehmen für soziale und politische Missstände oder Umweltprobleme zur Rechenschaft zu ziehen.⁹ Aber es ist ein sehr schwieriger Weg, insbesondere, weil Bergbauunternehmen, und dabei insbesondere Südafrikas Platinbergwerke, immer diese Standardantwort parat haben: Mit solch einer Kampagne, bringt ihr unseren Profit, den Platinpreis, oder unsere Möglichkeiten, Platin zu verkaufen, in Gefahr, und wir müssen Schächte dichtmachen. Letzten Endes sind das weitere 1.000, 2.000 oder 5.000 ArbeiterInnen, die arbeitslos werden. Seit 2008, besonders infolge der massiven Arbeitsplatzverluste in der Bergbauindustrie (bedingt durch den Verfall der Rohstoffpreise und den weltweiten Wirtschaftsabschwung) haben die Minenbetreiber auch nie gezögert, diese Karte auszuspielen. In Südafrika, insbesondere im Kontext der sich seit dem Wirtschaftsabschwung von 2008 verschärfenden Massenarbeitslosigkeit, haben »die mit Jobs«, wie William Gumede es nennt, »an ihren Jobs gehangen, aus Angst, sie könnten nie wieder einen bekommen«¹⁰. Das macht sie umso verwundbarer gegenüber der Volatilität des Weltmarktes und dem Dogma der Wertsteigerung für AktionärInnen, mit dem die Vorstände auf die Kämpfe für bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne reagieren. Mittlerweile ist es fast gleichermaßen prekär, »einen Job zu haben« oder arbeitslos zu sein.¹¹ Außer Gumede haben noch viele weitere auf diese tiefsitzende und chronische Unsicherheit verwiesen, die uns zwar schon länger begleitet, sich aber in der globalen Finanzkrise noch einmal verschärft hat. Diese direkte Verbindung zwischen Krise und Prekarität der lohnabhängig Beschäftigten bestätigt dann wiederum den Diskurs der Bergbauunternehmen.

Der Wechsel – von Aufschwung zu Abschwung, von Profitrausch zu Kürzungsprogrammen – zeigt neben der Verwundbarkeit der ArbeitnehmerInnen noch auf etwas anderes. Hier zeigt sich die Macht der Konzerne, Narrative der finanziellen Not und Krise zu instrumentalisieren, um Kürzungen jeder Art zu rechtfertigen und oft damit der Selbstorganisation der ArbeiterInnen einen Riegel vorzuschieben. Siphon Ngcobo, ein südafrikanischer Wirtschaftsjournalist, wies so die in seinen Augen unrealistischen Erwartungen der streikenden Minenarbeiter von Marikana zurück: »Das ist nicht mehr wie 1999, 2002, 2006 oder 2008, als Platin noch das profitabelste Geschäft der Welt war. Die guten Zeiten

⁹ Möglicherweise ändert sich das durch den Erfolg institutioneller InvestorInnen in 2017, *Exxon* im Bereich der Klimapolitik zu wesentlich größerer Rechenschaft zu zwingen

¹⁰ William Gumede: Marikana is South Africa's Turning Point. In: *The Guardian*, 29.8.2012. Online verfügbar.

¹¹ Franco Barcheisi: Precarious Liberation: Workers, the State and Contested Social Citizenship in Postapartheid South Africa. Albany 2011.

⁸ www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/nachrichten/initiativen/konfliktdiamantenkimberley-prozess-gescheitert

sind vorbei. [...] Die Platinbergwerke werfen heute nicht mehr genug zur Zufriedenstellung der Aktionäre ab und schon gar nicht, um über Nacht die Gehälter der Arbeiter zu verdoppeln. [...] Die Arbeiter und Gewerkschaften (insofern die Arbeiter noch vergewerkschaftet sind), wären gut beraten, besser auf ihre Jobs aufzupassen.«¹² Geflissentlich verschweigt Ngcobo dabei, dass die Reallöhne der ArbeiterInnen während des Platinbooms Anfang der 2000er-Jahre gefallen sind.

Während des sogenannten *Rohstoffbooms* machten die Unternehmen Rekordprofite. In 2005 schrieb die *Financial Times*, dass Bergbauunternehmen nicht mehr wüssten, wohin mit dem ganzen Geld, das sie verdienen. Nach dem Einbruch der Rohstoffpreise rauften sich die ManagerInnen auf Branchentreffen die Haare und machten sich angesichts der ihren Unternehmen auferlegten Sparprogramme große Sorgen. Aufgrund der ins Bodenlose fallenden Preise mussten viele Unternehmen den Gürtel enger schnallen. Letztlich hat ihnen das jedoch eine regelrechte Wunderwaffe gegen jede Forderung nach Lohnerhöhungen oder Verbesserung der Arbeitsbedingungen in die Hand gegeben. Alles in diesen scheinbar harten Zeiten lässt sich als Gefährdung einer als prekär empfundenen Bilanz interpretieren. Die ArbeiterInnen wurden nicht an den Gewinnen der guten Jahre beteiligt, sollen jetzt aber während der schlechten Jahre Opfer bringen.

MG Wie stehst du zu Dialogformaten zwischen Unternehmen und AktivistInnen und deren Sinn und Zweck?

DR CSR wird gern damit beworben, dass Gruppen mit unterschiedlichen Interessen – AktivistInnen, NGOs und multinationale Konzerne, also ehemalige Gegner – zusammenkommen, um an einem gemeinsamen Projekt zu nachhaltiger Entwicklung zu arbeiten. Dem liegt unsere tiefsitzende Überzeugung zugrunde, dass der Übergang von konfrontativer Opposition hin zu Zusammenarbeit immer mit Fortschritt gleichzusetzen ist. In diesem Sinne soll etwa die *Extractive Industry Transparency Initiative* unter Leitung der führenden Rohstoffunternehmen, die aus der *Publish What You Pay*-Kampagne hervorging, Beweis einer erfolgreichen Entwicklung sein. (Siehe hierzu auch Michael Reckordt, S.186). Der Erfolg von CSR hat uns jedoch eines gezeigt, dass der Wunsch nach Zusammenarbeit und Konsens zwischen AkteurInnen mit unterschiedlichen Weltansichten und Interessen ziemlich gefährlich sein kann. Andauernder, sogar permanenter Kampf oder zumindest die Wahrung einer oppositionellen Position kann mehr Schutz, Kontrolle oder Rechenschaftspflicht erreichen als eine vermeintliche Partnerschaft. Viel zu leicht sorgt eine solche Partnerschaft dafür, dass die Kontrolle einer Agenda – ich würde sogar so weit gehen von deren Kolonisierung zu sprechen – von den Interessen und Ideologien des stärksten Akteurs geleitet ist. Unausweichlich verlangt die Konsensfindung die Definition eines kleinsten gemeinsamen Nenners von Punkten, auf die sich geeinigt werden kann, und somit die Ausblendung kritischer Fragen, zu denen keine

12 Siphon Ngcobo: The Economic Tragedy of Marikana. In: Moneyweb, 17.9.2012. Online verfügbar.

Einigkeit besteht und die die »Partnerschaft« in Frage stellen könnten. Das neutralisiert nicht nur die Ansatzpunkte für die Ausübung von Druck, es kann auch dazu dienen, Akteure zu kooptieren, die dann zu VerfechterInnen der Interessen der Konzerne werden, statt den Interessen derer zu dienen, in deren Namen sie eigentlich sprechen sollten. Im Sinne von: Wer die MusikerInnen bezahlt, bestimmt auch, was gespielt wird! Potenziell ist eine konsensbasierte Beziehung zwischen Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen ein Vehikel der Kooptation durch das Unternehmen und erhöht die Verwundbarkeit und Schutzlosigkeit von ArbeiterInnen.

MG BASF gehört zu den größten deutschen Unternehmen und ist seit gut einem Jahrzehnt das weltgrößte Chemieunternehmen. Ende 2014 reichte die Firma *Modern Settings* aus Florida, die Schmuck, Polizeimarken und Militärabzeichen produziert und importiert, wegen des Verdachts illegaler Platin-Preisabsprachen zwischen HSBC, *Goldman Sachs*, der *Standard Bank* und BASF an der Londoner Börse vor einem New Yorker Gericht ein Sammelklage ein. Als wir BASF damit 2015 auf der Hauptversammlung erstmals konfrontierten, sagten sie sinngemäß: »Das hat uns überrascht. Unsere Anwälte prüfen das und werden mit den Behörden kooperieren, unserer Meinung nach entbehrt diese Klage jedoch jedweder Grundlage.« Ich sehe es eher so, dass allein die Tatsache, dass es zu solch einer Klage kommt, die tatsächliche Macht von BASF auf dem Markt für Platinmetalle widerspiegelt.¹³

DR Spannend ist das schon, dass die Schmuckindustrie gemeinsam Klage einreicht. Es deutet an, dass gewisse Akteure das Gefühl haben, das Unternehmen habe einen kartellähnlichen Einfluss auf die Lieferkette. Potenziell könnte es ein fruchtbarer Ansatz sein, zu schauen, wie dieser Einfluss im Sinne der Gesellschaft genutzt werden könnte.

MG Es gab den Fall des sogenannten *Vitaminkartells* aus dem Jahr 2001, als die Europäische Union ein Bußgeld in Höhe von 300 Millionen Euro gegen BASF und einige weitere Unternehmen verhängte. 2016 haben wir vor dem Büro der *BASF Metals GmbH* in der Schweizer Stadt Zug protestiert. Zug ist die Steueroase der Schweiz. Die *Grüne Partei* hatte eine parlamentarische Untersuchung über das Volumen des Platinhandels gefordert, der damals über diese Schweizer Briefkastenfirma lief. Ein paar Monate später wurde *BASF Metals* in Zug geschlossen und zog nach London um. Wir werden das sicherlich weiter verfolgen. Das besondere bei Chemieunternehmen ist, dass EndverbraucherInnen nicht wie bei anderen Produkten, etwa im Supermarkt, entscheiden, ob sie ein Produkt von BASF oder einem anderen Hersteller kaufen. BASF verkauft im Wesentlichen die Komponenten und Zwischenprodukte für Dinge, die uns alltäglich umgeben, wie etwa die Sohlen unserer Sportschuhe, Vitaminpräparate, verschiedene synthetische Materialien oder die Katalysatoren unserer Autos. Natürlich auch Insektizide. Aber BASF

13 Aisha Bahadur/Lisa Kadel/Sarah Lincoln: Platinum for the World Market, Iron Shacks for Workers. Living and Working Conditions in Marikana Five Years after the Massacre. Brot für die Welt/Bench Marks Foundation. Berlin/Johannesburg 2016.

ist nicht für bestimmte Produkte bekannt. Andererseits ist der Preis der BASF-Aktie für den deutschen Aktienindex ein wichtiger Indikator und somit ist BASF in den deutschen Wirtschaftsnachrichten sehr präsent.

DR Ich denke, die zentrale Stellung von Unternehmen wie BASF, die derart tief mit der Wirtschaft verflochten und im Bewusstsein der Bevölkerung verankert sind und zudem einen enormen globalen Einfluss haben, ist ein Problem, das aber auch interessante Möglichkeiten bietet. Einem Kraken gleich stecken ihre Tentakel in jeder Branche. Auf gewisse Weise macht es diese Omnipräsenz sehr schwer, ihren Aktivitäten zu folgen und sie zur Rechenschaft zu ziehen. Andererseits bieten sich dadurch aber auch kritische Schnittstellen an und AktivistInnen können Druck auf eine ganze Reihe von Industrien ausüben, diese beeinflussen und transformieren und sozialen Wandel entlang komplexer Lieferketten erreichen.

MG In Ludwigshafen, wo BASF seit 150 Jahren seinen zentralen Firmensitz unterhält, existiert das weltweit größte zusammenhängende Chemieareal. Kritische Stimmen gibt es kaum. Ganz im Gegenteil: Weil die KinobesitzerInnen nicht mit einem BASF-kritischen Film in Verbindung gebracht werden wollten, hatten wir im Jahr 2015 Schwierigkeiten, ein Kino zu finden, das bereit war, den Film »Miners Shot Down« zu zeigen. BASF und seine CSR-Abteilung geben sehr viel Geld für Kulturveranstaltungen und andere öffentliche Programme aus. Dennoch gehört Ludwigshafen interessanterweise regelmäßig zu den am stärksten verschuldeten Gemeinden Deutschlands.¹⁴ Als größter Arbeitgeber der Region genießt BASF aber einen sehr guten Ruf und hat hier starke Wurzeln. Auf den Hauptversammlungen tummeln sich zwischen 5.000 und 7.000 AktionärInnen, die meisten von ihnen aktuelle oder ehemalige MitarbeiterInnen des Unternehmens.

DR MitarbeiterInnen auch? Das ist aber interessant!

MG Ja, unter den BASF-AktionärInnen sind auch viele MitarbeiterInnen. Während der 1950er-Jahre hat BASF ein Partizipationsmodell etabliert, das es allen MitarbeiterInnen ermöglichte, einen Teil ihres regulären Gehalts in Aktien anzulegen. Anders als in England hat man bei vielen Hauptversammlungen in Deutschland ein ziemlich großes Publikum. Als AktionärIn habe ich das Recht, zu sprechen und Fragen zu stellen, und der Vorstand ist verpflichtet, mir zu antworten. Das macht Hauptversammlungen auch zu einer wertvollen Informationsquelle, etwa über das Geschäftsvolumen zwischen BASF und Lonmin.

DR Eines wollte ich noch zu BASF fragen: Stimmt es, dass das Unternehmen im Prinzip ein Nachfolgeunternehmen, sozusagen in fünfter Generation, der IG Farben ist?

MG Ja, das stimmt. Kurz zusammengefasst kann man sagen: Die Kartellierung der deutschen Chemieindustrie begann Anfang des 20. Jahrhunderts. Im Verlauf dieses Pro-

zesses kam es 1925 zur Gründung der IG Farben, die 1952 wieder aufgespalten wurde. Infolgedessen wurden BASF, Bayer, Hoechst und ein viertes kleineres Unternehmen wieder eigenständig. Endgültig abgewickelt war die IG Farben aber erst 2013 mit der Streichung aus dem Handelsregister. Das ist ein Komplex für sich, aber es ließe sich natürlich eine Verbindung zwischen dem langen parallelen Weiterbestehen der IG Farben und ihrer Nachfolgeunternehmen und der Abwälzung von Entschädigungsforderungen ziehen. Die Zerschlagung der IG Farben muss aber ebenso vor dem Hintergrund der Restrukturierung der westdeutschen Wirtschaft – also vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs betrachtet werden. Ebenso lassen sich die Transformationsprozesse bei BASF während der 1990er-Jahre im Licht der größeren politischen Veränderungen nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch des Ostblocks analysieren, das wären noch weitere Beispiele früherer CSR-Strategien und für die Instrumentalisierung politischer Transformationsprozesse. (Siehe hierzu auch den Beitrag von Maren Grimm und Jakob Krameritsch, S. 134).

DR Um noch einmal darauf zurückzukommen, was wir vorher über die Macht von CSR gesagt haben, ein völlig neues Bild eines Unternehmens in der öffentlichen Wahrnehmung zu kreieren: In Bezug auf BASF scheint mir das ein besonders relevanter Punkt zu sein. Das Unternehmen hat sich und seine Geschichte zu einem Grad rehabilitiert, dass es jetzt ethisch fast auf einer höheren Ebene steht. Angesichts der bis in die jüngste Vergangenheit bestehenden Klagen gegen BASF wegen der Verwicklung des Unternehmens in das Zwangsarbeitssystem der Konzentrationslager der Nationalsozialisten ist das schon erstaunlich. Hier zeigt sich die eigentliche Macht von Unternehmens-PR und CSR als politische Technik, die für die Neuerfindung einiger der dunkelsten Unternehmensgeschichten und für Überleben und Reproduktion von Unternehmensmacht durch politischen Wandel und soziale Transformation zentral ist. Sich als ethischen Vorreiter neu zu erfinden, das geht über die bloße Rehabilitierung hinaus.

MG In deinen Untersuchungen verweist du auf einen blinden Fleck bzw. einen Fehler, den KritikerInnen immer wieder machen, nämlich CSR-Strategien als Phänomen und deren performatives Potenzial, die Dinge auf den Kopf zu stellen, als inhärent logischen Prozess des neoliberalen Systems zu betrachten. Kannst du das etwas ausführen?

DR Kritische ForscherInnen und AktivistInnen, die sich mit Widerstand gegen Enteignung und Ausbeutung beschäftigen, neigen dazu, die unsichtbare Komplexität subalternen Aktivismus aufzeigen zu wollen und dabei die Macht der Konzerne als systemisch, monolithisch und omnipräsent über uns schwebend zu betrachten.

Wird der Fokus auf die Waffen der Schwachen gelegt, übersieht dies die Waffen der Mächtigen und dabei insbesondere die Techniken und Ressourcen, die den Konzernen nutzen, um Herausforderungen zu begegnen bzw. ihnen durch Kooptierung oder Umlenkung zuvorzukommen. Der unglückliche Nebeneffekt ist, dass wir »heraufbeschwö-

¹⁴ Christian Litz: Schicksal Gemeinschaft. Die Stadt: Ludwigshafen. Das Unternehmen: BASF. Eine Gemeinschaft, die nichts trennen konnte. Außer Steuern. Jedenfalls fast. In: brand eins, 01/2003. Online verfügbar.

ren, was wir kritisieren«. ¹⁵ Es verstärkt die gefühlte Omnipotenz der Konzerne, die für den Marktwert fundamental ist und ManagerInnen erlaubt, ihre Ziele zu verfolgen. Rohstoffkonzerne müssen sich allerdings ständig neuen Herausforderungen stellen, vor allem im Verlauf der vergangenen fünf Jahre, während derer sie sich mit drei, sich überlagernden Krisen konfrontiert sahen: mit dem Verfall der Rohstoffpreise, mit aufsässigen AktionärInnen und dem zunehmenden öffentlichen Druck, insbesondere in Hinblick auf den Klimawandel. Und genau so, wie es immer neue Herausforderungen und Kritik gibt, entwickeln Konzerne auch immer neue narrative Techniken und Instrumente, um diesen zu begegnen. Sie werden ausgeklügelter und entwickeln neue diskursive Waffen, die die alten und ausgedienten ersetzen.

Nehmen wir als Beispiel die Rohstoffindustrie und den Klimawandel. In einer Welt, in der das *Pariser Klimaabkommen* den kleinsten gemeinsamen Nenner für einen Konsens zum Klima bildet – ein »breites Zelt«, wie die NachhaltigkeitsmanagerInnen und -beraterInnen es gerne nennen – und das konservative, aber kaum zu haltende, kollektive Ziel eine Erderwärmung von maximal zwei Grad ist – ein Ziel, das die meisten transnationalen Unternehmen unterschrieben haben –, ist die Verleugnung des Klimawandels als Strategie im Umgang mit KritikerInnen für Rohstoffunternehmen keine Option mehr. In Wirklichkeit ist es so, dass je mehr sich die Öl- und Gasunternehmen mit der globalen Klimapolitik auseinandergesetzt (und sie sich vorgeblich zu eigen gemacht) haben, desto größer wurden ihre Möglichkeiten zur Beeinflussung der Debatte und dabei auch, bestimmten Themen einen Riegel vorzuschieben. Die wachsende Macht von CSR beruhte immer auch auf der Aneignung der Sprache der KritikerInnen, dem Entwickeln von moralischer Autorität und der Parteinahme für die Sache mit dem Ziel, sich Kontrolle über das Feld und einen Platz am Verhandlungstisch zu sichern, an dem die Rahmenbedingungen ausgehandelt werden. Mittlerweile sind die Grenzen zwischen dem, was bei den Debatten über den Kampf gegen den Klimawandel auf den Tisch kommt und was nicht, also zwischen dem, was Michael Blowfield als »verhandelbar« und »nicht-verhandelbar« bezeichnet, heiß umkämpft. ¹⁶ EnergieökonomInnen und Klima-analystInnen bezeichnen diese häufig als »blinde Flecken«, die bedeutenden Fortschritten bei der Dekarbonisierung im Wege stehen. Wie schnell klar wird, sind diese »blinden Flecken« Tabuthemen, wie auch das zentrale Problem, dass fortgesetztes Wirtschaftswachstum ganz grundsätzlich mit Nachhaltigkeit inkompatibel ist.

MG Wie kann es sein, dass Lonmin seinen sozialen Verpflichtungen selbst nach dem Massaker, als das Unternehmen im Feuer der Kritik und damit eigentlich im Zentrum der Aufmerksamkeit stand, auf so breiter Front nicht nachgekommen ist? Kannst du das vielleicht anhand konkreter Beispiel von CSR-Techniken beschreiben?

¹⁵ Timothy Mitchell: *Rule of Experts*. Berkeley 2002.

¹⁶ Blowfield, Michael: *Corporate Social Responsibility. Reinventing the Meaning of Development*. In: *International Affairs* 81 (3). 2005. S. 515–524.

DR Das ist eine zentrale Frage. Sie erinnert uns daran, die spezifischen Ressourcen und Techniken von Konzernen zu betrachten, anhand derer sie Herausforderungen begegnen und der Regulierung von außen entgehen. Ein Argument, was sie hierfür vorbringen, ist die zutiefst problematische, jedoch offenbar sehr überzeugende Behauptung, dass Regulierung durch Dritte lediglich zur Pflichterfüllung führen würde, Selbstdisziplin jedoch kreative Lösungen hervorbrächte.

Nach Marikana gab es eine ganze Reihe sehr fundierter Analysen zum Massaker, die überzeugend das gemeinsame Handeln der Gewerkschaft *National Union of Mineworkers* (NUM) sowie staatlicher und privatwirtschaftlicher AkteurInnen gegen die streikenden Minenarbeiter darlegten. ¹⁷ Aber wie dieses System von Synergien zwischen Staat, Gewerkschaften und Unternehmen, das letztlich Unternehmensinteressen bediente, anstatt die fundamentalen Rechte von ArbeiterInnen zu fördern, sich halten und aufgewertet werden konnte, bleibt eine offene Frage. Eine solche Zusammenarbeit lässt sich nicht zufriedenstellend mit einer Verschwörung der Eliten, um sich wie so oft gewalttätig und auf Kosten der ArbeiterInnen die Profite der Rohstoffindustrie anzueignen, erklären. Die Anwendung von Gewalt bei der Unterdrückung von Dissens gegen die Maschinerie des extraktiven Kapitalismus bedarf der moralischen und ideologischen Legitimation. Die diskursiven und ideologischen Instrumente hierfür benötigte die Bergbauindustrie, um sich im Post-Apartheid Südafrika zu rehabilitieren und zu erneuern. CSR hat sich – ob als »wohlwollende Tyrannei« oder »tyrannisches Wohlwollen« – als unverzichtbar erwiesen. Zunächst hat sie den Rahmen notwendiger Zugeständnisse an die ArbeiterInnen und sozialer Verantwortung neu geformt, damit diese zunehmend die Interessen der Konzerne bedienen. Zudem boten sich Möglichkeiten für neue und *politisch korrekte* Allianzen zwischen der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und der Regierung. Verantwortung ist letzten Endes immer ein Machtverhältnis.

MG Nach dem Massaker tauchten viele Beweise für Verstöße gegen Sozialpläne und die Veruntreuung von Geldern der *International Finance Corporation* (IFC) ¹⁸ auf. (Siehe hierzu auch den Beitrag von Patrick Bond, S.318). Etliche Analysen, Studien und zahlreiche Veröffentlichungen entstanden, um auf die Arbeits- und Lebensbedingungen im Umfeld der Bergwerke aufmerksam zu machen. Dabei stand natürlich auch die unglaubliche Ignoranz im Fokus, mit der Lonmin und die Regierung den Familien der ermordeten, verwundeten und verhafteten Streikenden, die bislang keine Entschädigung erhalten haben, begegnet sind. Auch wurde das Vorgehen der Polizei trotz berechtigter Fragen in Bezug auf die Entscheidungen, die zu dem Massaker geführt haben, nicht

¹⁷ Vgl. Peter Alexander: *Marikana, turning Point in South African History*, *Review of African Political Economy* 40: 138/2013, S. 605–619; Chrispen Chinguno: *Marikana: Fragmentation, Precariousness, Strike Violence and Solidarity*. In: *Review of African Political Economy* 40/2013. S. 639–646.; Luke Sinwell/Siphiwe Mbatha: *The Spirit of Marikana: The Rise of Insurgent Trade Unionism in South Africa*. Johannesburg, 2016.

¹⁸ IFC ist eine Schwesterorganisation der Weltbank und Teil der Weltbankgruppe. IFC ist die größte globale Entwicklungsorganisation zur Finanzierung von Privatinvestitionen in Entwicklungsländern.

strafrechtlich untersucht. Schon vor dem Massaker, aber vor allem danach, wurde Lonmin auch in globaler Perspektive zu einem der am stärksten überwachten Bergbauunternehmen.

DR Das Schockierende am Massaker von Marikana war, glaube ich, dass es Erinnerungen weckte an das Massaker von Sharpeville im Jahr 1960, also vor über einem halben Jahrhundert, das lange Sinnbild für die brutale Repression in Südafrika während der Apartheid war. Als Marikana 50 Jahre später zum Symbol des Wiederauflebens staatlicher Gewalt gegen mittellose entrechtete SüdafrikanerInnen wurde, fragten sich viele: Wie konnte so etwas im demokratischen Südafrika fast 20 Jahre nach dem Ende der Apartheid geschehen? Das schlug große Wellen und war lokal mit sehr viel Schmerz verbunden, hat aber auch weltweit als ein Symbol für die Verwundbarkeit, Prekarität und Ausbeutung von ArbeiterInnen am untersten Ende der globalen Lieferketten für viel Aufmerksamkeit gesorgt. In diesem Sinne war das wie ein Brennpunkt, ein Weckruf, genau wie bei Rana Plaza,¹⁹ bei dem die alltägliche strukturelle Gewalt, der IndustriearbeiterInnen ausgesetzt sind, in offene körperliche Gewalt umschlägt. So etwas rüttelt die wegschauende Öffentlichkeit auf, egal ob in Großbritannien, Südafrika oder Deutschland. Doch der anfängliche Schrecken und das Entsetzen weicht dann allzu schnell wieder dem Alltag. Vier, fünf oder sechs Jahre später müssen wir daher unbedingt die Dynamik und symbolische Dimension als einen Fokus für den Kampf von ArbeiterInnen für menschenwürdige Arbeit und Würde unter den Bedingungen des Konzernkapitalismus dieses Jahrtausends wach halten. Das macht die Bedeutung unseres Projektes aus. Der unermüdliche Kampf von AktivistInnen und FürsprecherInnen wie etwa auch Jim Nichol²⁰ sichert konkrete Ergebnisse, sowohl lokal für die Menschen in Marikana wie auch auf Ebene der Untersuchungskommission für die direkt Betroffenen, hat dann aber auch eine globale Dimension und hallt in den Kämpfen von ArbeiterInnen anderer Branchen und Länder wider. Dies verlangt nach dem Kampf auf einer sowohl ideologischen wie auch pragmatischen Ebene. Meine Gespräche mit Jim Nichol haben mich viel gelehrt. Er stand an vorderster Front und verfolgte oft einen sehr pragmatischen CSR-Ansatz als Ansatzpunkt für einen Kampf, bei dem die Opfer von Marikana (die Verwundeten, die Witwen der Ermordeten und Familienangehörigen) so wenige Mittel zur Hand hatten. Da ging es oft darum, auch nur die geringsten Almosen für die Geschädigten herauszuholen.

Bei dem Versuch zu verstehen, was CSR macht und für wen, argumentiere ich, dass CSR ein mächtiges Instrument für Unternehmen und nicht für ArbeiterInnen und ande-

re Gruppen ist, deren Empowerment es vorgeblich sichern soll. Das gilt, wie ich denke, weiterhin und lässt mich daher bei Behauptungen der Unternehmen in Bezug auf CSR sehr skeptisch werden.

Dennoch wäre es in der Tat möglich, zu überlegen, wie sich ArbeiterInnen, Gemeinden und AktivistInnen den CSR-Diskurs pragmatisch und kreativ aneignen und Unternehmen an ihren Behauptungen messen könnten, genauso wie Unternehmen damals das Vokabular der nachhaltigen Entwicklung von denen übernommen haben, die sie zur Rechenschaft ziehen wollten. Wie ließe sich so Druck ausüben? Wie ließe sich CSR nutzen, um in Verhandlungen zwischen ArbeiterInnen und ArbeitgeberInnen Entschädigungszahlungen und andere Zugeständnisse zu sichern? Das wäre in meinen Augen eine lehrreiche Herangehensweise. Wenn Konzerne wie Lonmin, *Anglo* und BASF wollen, dass ihre Aussagen ernst genommen werden, dann müssen sie sich an der Einhaltung ihrer Versprechen, sich mit allen Mitteln um die Bedürfnisse der ArbeiterInnen zu kümmern, messen lassen.

¹⁹ Am 24.4.2013 stürzte nahe der bangladeschischen Hauptstadt Dhaka ein neunstöckiges Gebäude ein, das fünf Textilfabriken beherbergte, in denen u. a. für *Benetton*, *KiK* und *Mango* produziert wurde. Das bis heute größte Unglück in der Geschichte der Textilindustrie forderte 1.138 Menschenleben und über 2.000 Verletzte und steht symptomatisch für die desolaten Arbeits- und Sicherheitsbedingungen in der gesamten Textil-, Kleider- und Schuhindustrie weltweit.

²⁰ James Nichol ist ein britischer Rechtsanwalt, der Angehörige von Opfern des Massakers vertritt.

Nach 150 Jahren BASF gibt es viele Gründe zu gratulieren und sich zu bedanken.

GLÜCKWÜNSCHE

Herzlichen Glückwunsch, Sie haben die Bundesregierung dazu gebracht, staatliche Entwicklungshilfe zu verwenden, um Ihnen und anderen Agrarkonzernen neue Märkte in Entwicklungsländern zu eröffnen. Statt Menschen in armen Ländern zu helfen, füllt der Staat die Kassen der Konzerne.

Wir beglückwünschen die BASF zu dem nachhaltigen Erfolg ihrer gentechnisch veränderten Kartoffeln in der EU. Erst wollte sie niemand, mittlerweile sind sie in Europa verboten. Im Rest der Welt waren sie nie ein Thema.

Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer vorbildlichen Offenheit und Transparenz! In den USA setzt sich die BASF gegen die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln ein und kennzeichnet die gentechnischen Veränderungen bei Freisetzungen in den USA im Regelfall als geheime Geschäftsinformationen.

Herzlichen Glückwunsch zu immer mehr Patenten auf Leben. Mit unerschütterlich erfinderischem Geist suchen Sie Eigenschaften und Gene in der Natur, um sie zu privatisieren.

Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Idee des Innovationsprinzips. Mit Partnerunternehmen haben Sie so endlich einen adäquaten Begriff gefunden, um dem lastigen Vorsorgeprinzip zu begegnen.

UNTERNEHMENSZIELE

Stichwort „effektiver globaler Klimaschutz“ 2008 verkündete der damalige Vorstandsvorsitzende „ein warmer Winter ist noch keine Klimakatastrophe“.

Stichwort „vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmervertretungen“ Danke für den Abbau von 350 Arbeitsplätzen in der Region Basel nach der CIBA-Übernahme.



Stichwort „Verantwortung entlang der Wertschöpfungskette“ Nach Streik beim BASF Zulieferer Lonmin in Südafrika werden 34 Minenarbeiter von der Polizei erschossen.

DANKE

Danke für eine Aktionärsversammlung, die eine Mischung aus Show, Machtverwaltung, ritualisierten Abläufen, Spektakel und Verpflegung für die AktionärInnen ist.

Danke, dass Sie die Öffentlichkeit für dumm verkaufen: „Es riecht praktisch nicht mehr in Ludwigshafen, obwohl Geruch das am schwierigsten zu kontrollierende ist in der Chemie“, weiß Bock.“



► Zwei Flyer des Gen-ethischen Netzwerks, einer NGO, die Entwicklungen in den Bio-, Gen- und Reproduktionstechnologien beobachtet und sie kritisch für die Öffentlichkeit aufarbeitet, u.a. zum 150-jährigen Firmenjubiläum von BASF.

DIE CHEMIE STIMMT DER KONZERN UND DIE POLITIK

Jan Pehrke

Seit seiner Gründung im Jahr 1865 wusste der Chemiekonzern BASF seine wirtschaftliche Macht zu nutzen, um die eigenen Interessen wirkungsvoll auf dem politischen Feld zu vertreten. Schon bei der Standortwahl spielte BASF die Städte Mannheim und Ludwigshafen geschickt gegeneinander aus und kam so zu einem allen Wünschen entsprechenden Firmengrundstück. Einer solchen Expertise bediente sich die Firma fortan mit beträchtlichem Erfolg, und zwar unabhängig von der jeweiligen Staatsform: Ob Kaiserreich, Weimarer Republik, Drittes Reich oder Bundesrepublik – stets fand die Firma Mittel und Wege, um ihre Profite durch Einflussnahme zu sichern. Das erforderte zwar politische Flexibilität, aber in Zahlungsverzug kam der Chemiemulti dabei nie. So ließ er sich willig in die Kriegspolitik des Deutschen Reiches einbinden, weil Gegenleistungen lockten.

Planmäßige Beeinflussung

Nach 1918 arrangierten sich BASF und andere Unternehmen schnell mit den neuen Herrschern und fanden sofort wieder Zugang zur Macht. So setzten sie beispielsweise eine auf zehn Jahre befristete Suspension von der Steuerpflicht durch. Mit dem 1925 erfolgten Zusammenschluss von *Bayer*, BASF und *Hoechst & Co.* zum damals größten Chemiekonzern der Welt, der IG Farben, erhöhte sich das politische Gewicht der beteiligten Firmen noch einmal beträchtlich. Die IG Farben bedachte die bürgerlichen Parteien nicht nur mit üppigen Geldspenden, sie hatte zudem in ihnen Emissäre sitzen. In einer Arbeitsgruppe des Aufsichtsrates kamen sie regelmäßig zusammen – »Kalle-Kreis« hieß diese illustre Runde, benannt nach dem IG-Verwaltungsratsmitglied Wilhelm Ferdinand Kalle, der in der *Deutschen Volkspartei* seinen Dienst tat. Und die Manager begnügten sich nicht mit einem einfachen Mitgliederstatus, sie übernahmen auch wichtige Ämter in den Regierungen der Weimarer Republik. So war der IG-Farben-Aufsichtsrat Paul Moldenhauer von November 1929 bis Juni 1930 unter den Reichskanzlern Hermann Müller und Heinrich Brüning erst Wirtschafts- und dann Finanzminister. Sein Kollege Hermann Warmbold, langjähriges BASF-Vorstandsmitglied, hatte von Oktober 1931 bis Januar 1933 unter Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher ebenfalls den Wirtschaftsministerposten inne. »Mit Vernunft auf die Parteien einzuwirken, habe ich aufgegeben! Alle Schwierigkeiten lassen sich überwinden durch planmäßige Beeinflussung«, lautete die Devise, die IG-Generaldirektor Carl Duisberg ausgegeben hatte.¹

Zur NSDAP hingegen hielt die IG Farben lange Distanz. Dies änderte sich erst, als sich das Unternehmen Hoffnungen machen konnte, mithilfe der Nazis aus einer verzwickten ökonomischen Lage herauszufinden: Die IG Farben hatte sich bei dem Projekt, aus deutscher Braunkohle Benzin gewinnen zu wollen, verspekuliert. Anfang der 1930er-Jahre erwies sich dieses Unterfangen angesichts fallender Ölpreise als gigantische Fehlinvestition. Im Juni 1932 aber fasste das Unternehmen wieder Mut. Heinrich Bütefisch, Leiter des BASF-Werkes in Leuna, hatte gemeinsam mit dem bei der IG Farben für die Handelspolitik zuständigen Heinrich Gattineau beim Parteivorsitzenden Adolf Hitler vorgesprochen und von ihm Unterstützung signalisiert bekommen. »Hitler sagt zu, dass er unserer Benzinproduktion den nötigen Schutz gewähren würde«, gab Bütefisch später bei den Nürnberger Prozessen zu Protokoll.²

¹ Arthur Schneckenburger: Die Geschichte des IG-Farben-Konzerns. Bedeutung und Rolle eines Großunternehmens. Köln 1988. S. 46. Zit. nach: Coordination gegen BAYER-Gefahren u. a. (Hg.): IG Farben. Von Anilin bis Zwangsarbeit. Zur Geschichte von BASF, Bayer, Hoechst und anderen deutschen Chemiekonzernen. Stuttgart 2015.

² Heinrich Gattineau, Eidesstattliche Erklärung, 13.3.1947, NI-4833. Archiv des Fritz-Bauer-Instituts, Nürnberger Nachfolgeprozess Fall VI, Prosecution Exhibits, reel 016, Bl. 227-232, hier Bl 231. Online verfügbar.

Nach besagtem Treffen fasste das Direktorium umgehend den Entschluss, mit der Kohlehydrierung fortzufahren, statt Verluste in Höhe von 300 Millionen Reichsmark abzuschreiben. Das zahlte sich für die IG Farben aus: Hitler hielt Wort und besiegelte im Dezember 1933 mit Vertretern des Unternehmens den »Benzin-Pakt«, der dem Konzern einen Garantiepreis, eine Rendite in Höhe von fünf Prozent und Abschreibemöglichkeiten zugestand. So zeigte sich Bütefisch später auch äußerst zufrieden mit der Entscheidung: »Wir wissen heute, dass diese Eile historisch notwendig war«, schrieb er 1941. »Die beruhigende Gewissheit, in der Treibstoffversorgung für die Luftwaffe und die wichtigsten Teile der übrigen Wehrmacht in Deutschland von fremder Zufuhr unabhängig zu sein, wäre ohne diese Eile infrage gestellt gewesen.«³

Wie schon im Ersten Weltkrieg (Stichwort: Salpetersversprechen⁴) erwies sich die Chemieindustrie als unabdingbar für die Kriegsherren. Konsequenterweise übernahm die IG Farben auch die Detailplanung. Das Vorstandsmitglied Carl Krauch – seit 1912 unter anderem als Geschäftsführer des Merseburger Ammoniakwerks bei der BASF tätig – arbeitete für das Kriegsministerium die Denkschrift »Zur Vorbereitung der Industrie auf den Krieg« aus und prägte als Wehrwirtschaftsführer den »Vierjahresplan« zur industriellen Mobilmachung maßgeblich. Dafür durfte die IG Farben dann bei den Raubzügen der Nazis fette Beute machen. Schon wenige Tage nach dem »Anschluss« Österreichs warteten Krauch & Co. mit einem Memorandum zur Neuordnung der Chemieindustrie des Staates auf, und dieses Muster sollte sich im Zweiten Weltkrieg wiederholen. »Wie der Schakal hinter dem Löwen zog die IG hinter der Wehrmacht in die überrannten Länder ein«, konstatierte Joseph Borkin.⁵

An weiteren Verbrechen des Naziregimes wirkte die IG Farben entscheidend mit. Die Tochterfirma des Unternehmens Degesch lieferte das Zyklon B für die Gaskammern, und die IG Farben selbst betrieb in unmittelbarer Nähe zu Auschwitz nicht nur ein Werk, sondern ein eigenes Konzentrationslager, um die Produktionsstätte mit ZwangsarbeiterInnen zu versorgen.

3 Zit. nach: Otto Köhler: »Gestatten Sie, dass ich stehen bleibe«. In: Junge Welt, 26.6.2017.

4 Als der Staat das für die Sprengstoffproduktion unerlässliche Salpeter wegen der englischen Seeblockade nicht mehr aus Chile einführen konnte, sprang die heimische Industrie in die Bresche: BASF-Boss Carl Bosch und sein Bayer-Pendant Carl Duisberg gaben der Obersten Heeresleitung das »Salpetersversprechen«. Im Gegenzug zu der Zusage, das sogenannte Haber-Bosch-Verfahren zur alternativen Herstellung von Salpetersäure zur Serienreife weiterzuentwickeln, erhielt die BASF üppige Subventionen, Abnahmegarantien und zinslose Kredite.

5 Joseph Borkin: Die unheilige Allianz der IG Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich. Frankfurt a. M./New York 1979. S. 91. Zit. nach: Coordination (Hg.): IG Farben.

Nach 1945

Nach dem Untergang des »Dritten Reiches« schwante den IG-Oberen Schlimmes: »Sollte es zu Wirtschaftsklagen kommen, würde das Material den Verteidigern den Schlaf rauben«, fürchtete Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler.⁶ Tatsächlich sah es anfangs nicht gut für den Konzern aus. »Wenn es die Politik der Alliierten ist, dass ›Deutschland nie wieder seine Nachbarn oder den Frieden der Welt bedrohen wird‹, dann müssen die IG Farben zusammen mit ihren kriegswichtigen Anlagen zerstört werden«, befand ein Team des US-Finanzministers Henry Morgenthau, das Beweismaterialien zusammengetragen hatte.⁷ Aber es kam anders: Der harte Kurs von Morgenthau geriet in den USA in die politische Defensive. Nicht geringen Anteil daran hatte die US-Industrie, die umfangreiche Geschäftsbeziehungen zu deutschen Konzernen unterhielt und von der Regierung verlangte, ihre Absatzgebiete zu sichern, statt eine »Tabula-rasa-Strategie« umzusetzen. Zudem spaltete sich die Anti-Hitler-Koalition, weshalb sich die Prioritäten der westlichen Alliierten verschoben. Im Zeichen des Kalten Krieges war wieder ein starkes Deutschland gefragt, das als »Frontstaat« dienen konnte. So nahmen US-Amerikaner, Briten und Franzosen Abstand von einer Zerschlagung der IG Farben. Stattdessen stand jetzt die Entflechtung des Konzerns auf der Agenda, und selbst dabei wagte man sich an die dicksten Knoten nicht heran. Von den ursprünglich geplanten 50 »independent units« blieben zunächst noch zwölf IG-Farben-Nachfolger übrig, und am Ende mit BASF, Bayer, Hoechst und Casella sogar nur noch vier.

Eine Stunde Null gab es auch für das Personal nicht. Die Unternehmen bauten weiter auf ihre »verdienten« IG-Kräfte. So übernahm etwa der ehemalige Wehrwirtschaftsführer Dr. Carl Wurster, der bei der BASF in Ludwigshafen das anorganische Labor und die Versuchsbetriebe geleitet hatte, 1952 den Vorstandsvorsitz bei seinem alten Arbeitgeber. Und bald schon liefen die Konzerne wieder zu alter Stärke auf: BASF, Bayer und Hoechst allein waren kaum 20 Jahre nach ihrem Neustart bereits wieder so groß wie die IG Farben zu ihren besten Zeiten.

»Aktion Kohl«

Die »planmäßige Beeinflussung« der Parteien, wie sie der IG-Generaldirektor Carl Duisberg in den 1920er-Jahren ventiliert hatte, sollte rund 50 Jahre später mit der »Aktion Kohl« ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen. In der Ära Kohl gestaltete sich das Verhältnis des Ludwigshafener Multis zur Politik als besonders innig. Helmut Kohl arbei-

6 Zit. nach: Bernd Greiner: Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans. Hamburg 1995. S. 219.

7 Zit. nach ebda., S. 243.

tete bereits während seines Studiums bei der BASF und hielt der Chemie – nach einem kurzen Intermezzo bei einer Eisengießerei – dann beruflich die Treue. Von 1959 bis 1969 stand Kohl als Referent in Diensten der rheinland-pfälzischen Sektion des *Verbands der Chemischen Industrie* (VCI), der in Ludwigshafen – am Stammsitz seines größten Mitglieds, der BASF – residiert. Und just im Jahr 1959 nahm – alles andere als zufällig – Kohls politische Karriere an Fahrt auf: Er zog als jüngster Abgeordneter in den Mainzer Landtag ein. »Sein Arbeitgeber bezahlte Kohl nicht nur für seine Referententätigkeit, sondern förderte auch seinen gleichzeitigen und aufwendigen Aufstieg in der Landes-CDU«, so der Publizist Werner Rügemer.⁸ Dieser Aufstieg fand 1969 mit der Übernahme des Amts des Ministerpräsidenten seinen Abschluss.

Um Helmut Kohls Aufstieg in der Bundes-CDU kümmerten sich dann ab 1973 hauptsächlich die Konzerne *Flick* und *Henkel* in Person von Eberhard von Brauchitsch und Kurt Biedenkopf. Die beiden zeigten sich »entschlossen zur Aktion Kohl«, weil sie dem damaligen CDU-Chef Rainer Barzel politisch nicht über den Weg trauten und seine Wahlchancen als gering einschätzten. »Herr Dr. Kohl übernimmt den Parteivorsitz und erhält die Aufgabe, die Parteiorganisation organisatorisch und programmatisch zu erneuern«, lautete ihr Plan.⁹ Ausgearbeitet hatte ihn im Mai 1973 *Henkel*-Geschäftsführer Biedenkopf, dem die Chemie im Blut lag: Vater Biedenkopf war IG-Farben-Direktor und Wehrwirtschaftsführer gewesen. Im selben Monat flossen dann erstmals »100.000 Mark wg. Kohl« zur »politischen Landschaftspflege«. ¹⁰ Und die Saat ging auf: Kohl erlangte den Parteivorsitz. Allein wollten Brauchitsch und Biedenkopf den Pfälzer jedoch nicht schalten und walten lassen – der Henkel-Mann ließ ihn nicht von der Leine und wechselte als CDU-Generalsekretär an seine Seite.

Damit der Manager keine Gehaltseinbußen hinnehmen musste, konnte er »aufstücken«: Aus der schwarzen Kasse der Partei, die *Flick*¹¹ & Co. hauptsächlich über die *Staatsbürgerliche Vereinigung* (SV) füllten, erhielt Biedenkopf Ausgleichszahlungen. Die *Staatsbürgerliche Vereinigung*, die 1954 gegründet worden war, hatte es nämlich reichlich. In den Jahren von 1969 bis 1980 gingen auf ihren Konten rund 100 Millionen Euro ein. Selbstverständlich gehörte auch das Unternehmen BASF zu den Spendern. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende Matthias Seefelder bekam es deshalb sogar einmal mit den Gerichten zu tun: 1985 ermittelte die Staatsanwaltschaft Bonn wegen Steuerhinterziehung gegen ihn.

Kohls innige Beziehung zu dem Ludwigshafener Multi kam nicht zuletzt durch ein persönliches Accessoire zum Ausdruck: Sein ganzes Leben lang trug er einen BASF-Taschenkalender bei sich. Entsprechend groß war die Anteilnahme des Konzerns, als der

⁸ Werner Rügemer: Nichts zu danken: Helmut Kohl war nicht nur zufällig korrupt, 18.6.2017. Online verfügbar.

⁹ Zit. nach: Die Biedenkopf-Flick-Aktion. In: Neues Deutschland, 26.8.1995.

¹⁰ Ebda.

¹¹ Vgl. Flick-Parteispendenaffäre, einer der größten Wirtschaftsskandale der Nachkriegszeit in Deutschland.

Politiker starb: »Helmut Kohl verband viel mit der BASF: Er besuchte uns als Landtagsabgeordneter, als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und als Bundeskanzler. 2015 hat er es sich nicht nehmen lassen, mit uns das 150. Jubiläum zu feiern und so seine Verbundenheit mit der BASF zu zeigen – einer seiner letzten persönlichen Auftritte«, so BASF-Chef Kurt Bock.¹²

Rohstoffsicherung

Auch heute betreibt die BASF massiv »Landschaftspflege«, besonders auf dem Gebiet der für den Konzern wichtigen Rohstoffe. Zur Herstellung seiner 3-Wege-Katalysatoren beispielsweise, die rund zehn Prozent zum Gesamtumsatz beitragen, braucht er riesige Mengen an Platin. Allein vom südafrikanischen Minenbetreiber Lonmin bezieht das Unternehmen täglich Platin im Wert von rund zwei Millionen Euro. Ebenfalls beträchtlich ist der Bedarf an Kobalt, Nickel, Rhodium und seltenen Erden. Erdöl und Erdgas fördert und vertreibt der Ludwigshafener Multi über seine Tochtergesellschaft *Winterhall* sogar selbst. Auch mit Platin und Palladium handelt der Chemieriese. Zudem hält er eine sechsprozentige Beteiligung an der *Deutschen Rohstoff AG*, die unter anderem Zugriff auf Zinn, seltene Erden, Wolfram, Molybdän, Gold und Silber hat.

Daneben tritt der Ludwigshafener Konzern auch als Dienstleister im Bergbaubereich auf. Die südafrikanische Zweigstelle der BASF *Global Mining Solutions* in Johannesburg etwa bietet Trennverfahren zur Lösung der geförderten Erze vom Gestein, Reagenzien für den weiteren Verarbeitungsprozess sowie Technologien zur Wasserrückgewinnung und Lösemittelextraktion.

Ein *business as usual* gibt es jedoch in der ganzen Sparte kaum – das Rohstoffgeschäft ist mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. So gehen vielerorts die Vorräte zur Neige, während gleichzeitig die Nachfrage steigt, weil beispielsweise mit China ein neuer Marktteilnehmer aufgetaucht ist und moderne Entwicklungen wie der Elektromotor den Run auf viele Stoffe anheizen. Zudem wohnt Bodenschätzen eine enorme politische Sprengkraft inne. Wo sie nicht gleich selbst Bürgerkriege auslösen, dienen sie oftmals, wie etwa im Kongo, zu deren Finanzierung. Und wenn es in einem Land doch einmal ruhig um sie ist, dann handelt es sich häufig um eine Friedhofsruhe, die ein autoritäres Regime hergestellt hat. Ein weiteres Risiko benannte der jüngste BASF-Geschäftsbericht¹³: »Wir gehen davon aus, dass viele Rohstoffanbieter ihre Wertschöpfungsketten ausweiten werden.« Entsprechende Pläne hat auch Südafrika, um den Löwenanteil der Renditen nicht länger den großen Konzernen überlassen zu müssen.

¹² Zit. nach: Wirtschaftslenker würdigen Helmut Kohl. In: Handelsblatt, 18.6.2017.

¹³ www.basf.com/documents/corp/de/about-us/publications/reports/2017/BASF_Bericht_2016.pdf.

Aus all diesen Gründen suchen die Unternehmen den Beistand der Politik. Vor allem die Versorgungssicherheit liegt den Firmen dabei am Herzen. »Wichtige Rohstoffe für die Industrie werden immer knapper, weil der Bedarf Chinas und weiterer Schwellenländer enorm steigt, und das bei ohnehin steigender Nachfrage der wachsenden Weltwirtschaft«¹⁴, schlug der *Bundesverband der Deutschen Industrie* (BDI) im Jahr 2005 Alarm und lud zu seinem ersten Rohstoffkongress. Mit dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder konnte die Lobbyorganisation auch gleich einen prominenten Gast aufbieten, der sich bei der Frage »Was muss die Politik in Deutschland und Europa tun, um die Versorgung mit Rohstoffen und Energie in Zukunft sicherzustellen?« angesprochen fühlen durfte.¹⁵ Auch einen konkreten Vorschlag hatte der BDI bereits: Er forderte von der Bundesregierung eine »Rohstoffstrategie« ein.

Der Rohstoffkongress widmete sich jedoch nicht nur der »Notwendigkeit einer Rohstoffpolitik«. Zusätzlich standen die »Verfügbarkeit und geostrategische Risiken«, »künftige Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten« und die »Rohstoffprobleme in der Wertschöpfungskette« auf der Agenda. Und bei Letzterem redete auf dem Podium auch der – inzwischen pensionierte – BASF-Manager Gabriel Tanbourgi mit.

Nach Ansicht des Industrieverbandes sollte die Regierung in Berlin das Thema als »Querschnittsaufgabe« auffassen und es nicht allein der Wirtschaftspolitik überlassen. Die Außenpolitik im Allgemeinen und die Entwicklungspolitik im Besonderen könnten der Lobbyorganisation zufolge ebenfalls einen Beitrag leisten. »Wenn die Entwicklungspolitik die Stabilität dieser Länder fördert, darauf achtet, dass Bergbaukonzessionen transparent vergeben werden, dass Rohstoffe schneller und besser transportiert werden, dann sind das alles Beiträge, die zu unserer eigenen Rohstoffsicherheit führen«, sagte eine BDI-Vertreterin 2007 bei der von der *Konrad-Adenauer-Stiftung* initiierten Podiumsdiskussion »Rohstoffsicherheit – Herausforderung für die Entwicklungspolitik«.¹⁶

Die von der BASF mitgegründete und seit einiger Zeit wieder in den BDI integrierte *Rohstoffallianz* wollte sogar die Sicherheitspolitik involvieren und den Zugang zu den begehrten Schätzen notfalls mit Waffengewalt sichern. »Die Wirtschaft sorgt sich um den freien Zugang zu Öl, Gas und Mineralien. Der Chef der *Rohstoffallianz* [...] fordert Unterstützung von der Regierung – falls nötig mit Hilfe des Militärs« – mit diesen Sätzen fasste das Handelsblatt ein Gespräch mit Dr. Dierk Paskert zusammen.¹⁷ Das erregte ziemliches Aufsehen, weshalb sich die *Rohstoffallianz* zu einem Dementi gezwungen sah: »Militärische Auseinandersetzungen sind kein geeignetes Mittel, um die Rohstoffversorgung nachhaltig zu sichern.«¹⁸ Tatsächlich hatte Paskert in dem Interview nicht wort-

14 Kongress am 8.3.2005: Rohstoffsicherheit – Herausforderung für die Industrie. Siehe: www.presseportal.de/pm6570/654117.

15 Vgl. www.german-foreign-policy.com/news/detail/1219/

16 Vgl. Rohstoffsicherheit – Herausforderung für die Entwicklungspolitik. Online verfügbar.

17 Expedition ins Erdreich: Deutschlands neuer Kurs. In: Handelsblatt, 18.2.2013.

18 Ebda.

wörtlich für eine Kanonenboot-Politik in Sachen »Rohstoffsicherung« plädiert, aber Äußerungen wie »Wir brauchen eine strategisch ausgerichtete Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik [...] Deshalb werden wir gemeinsam mit unseren Partnern in der EU und in der NATO noch mehr Verantwortung in Außenwirtschafts- und Sicherheitsfragen übernehmen müssen, um dieses Ziel zu erreichen«¹⁹ wiesen durchaus in diese Richtung.

Eine solche Strategie gehört bereits seit Langem zur offiziellen Militärdoktrin der Bundesrepublik. Schon die *Verteidigungspolitischen Richtlinien* von 1992 zählten die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« zu den Aufgaben der Bundeswehr.²⁰ Und das jüngste *Weißbuch* führt unter Deutschlands strategischen Prioritäten die »Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung« auf.²¹

Die Bundesregierung liefert

Die Bundesregierung erhörte die Signale der Unternehmen und lieferte. »Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hatte seit dem Frühsommer einen intensiven Dialog in mehreren Arbeitsgruppen mit Vertretern des BDI, der rohstoffverarbeitenden Industrie, der Recyclingwirtschaft und den Gewerkschaften geführt. Die Ergebnisse haben Eingang in die nun vorliegende Rohstoffstrategie gefunden«, verkündete im Oktober 2010 der damalige Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP). Ihm zufolge weist das beschlossene Maßnahmenpaket »nun den weiteren Weg zu einer nachhaltigen Rohstoffsicherung in Deutschland«.²² Der Politiker zeigte sich überzeugt, der Industrie so einen ausreichenden Flankenschutz zu gewähren: »Damit stellen wir uns neuen globalen Herausforderungen, insbesondere dem schärfer werdenden internationalen Wettbewerb um wichtige Industrierohstoffe.«²³ Er kündigte Garantien für Investitionen, die Integration von Rohstoffprojekten in die Außenwirtschaftsförderung, die Gründung einer Rohstoffagentur sowie Rohstoffpartnerschaften mit Ländern an, die über große Vorkommen verfügen. Diese Partnerschaften gestalten die notwendigen »wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen«²⁴, von denen der Zugang zu Platin & Co abhängt und sind aus Sicht des Ministeriums »ein wichtiges Instrument zur Unterstützung der deutschen Wirtschaft bei der Rohstoffversorgung«.²⁵

19 Ebda.

20 Vgl. Deutschlands Beteiligung am weltweiten Krieg um Ressourcen, 16.1.2007, unter: www.ipnw.de/frieden/energie-krieg-frieden/artikel/de/deutschlands-beteiligung-am-weltweit.html.

21 Bundesministerium der Verteidigung (Hg.): Weißbuch 2016 – Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin 2016. S. 47.

22 Bundesregierung bringt neue Rohstoffstrategie auf den Weg, 20.10.2010, unter: www.pressebox.de.

23 Ebda.

24 BMWi: Rohstoffpolitik, unter: www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/rohstoffpolitik.html.

25 Ebda.

Allzu wählerisch geht Deutschland bei der Bestimmung von Kandidaten für diese Kooperationen nicht vor. Und auch sonst lässt Berlin gerne mal fünf gerade sein, wenn der »Lockruf des Goldes« ertönt.

»Die Forderung nach verantwortlich handelnden, nicht korrupten Regierungen bleibt deshalb zentral für jede Art von Entwicklung und die sinnvolle Nutzung von Rohstoffen eines Landes! Es wäre aber naiv zu fordern, auf den Abbau von Rohstoffen sollte verzichtet werden, wenn die politischen, rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen dafür nicht gegeben sind. So ist die Welt, gerade in Afrika, nicht«, sagte der persönliche Afrika-Beauftragte von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Günter Nooke, im Jahr 2013 auf einer von der *Konrad-Adenauer-Stiftung* und der *Subsahara-Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft* (SAFRI) gemeinsam ausgerichteten Veranstaltung.²⁶ »Zur politischen Erfahrung gehört: Am Ende bestimmen nicht WTO-Regeln, sondern Machtinteressen die Spielregeln«, resümierte er.²⁷

Innerhalb der Rohstoffstrategie kommt der *Deutschen Rohstoffagentur* (DERA) eine Schlüsselstellung zu. Sie fungiert laut Eigenauskunft als »das rohstoff-wirtschaftliche Kompetenzzentrum und die zentrale Informations- und Beratungsplattform zu mineralischen und Energierohstoffen für die deutsche Wirtschaft«.²⁸ Der *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe* (BGR) angegliedert, beobachtet die DERA unter anderem die internationalen Rohstoffmärkte, führt Risikoanalysen durch und fertigt Rohstoffpotenzialstudien an. »Fundierte rohstoff-wirtschaftliche Regionalkenntnisse« im Allgemeinen und gute Beziehungen zu Entwicklungsländern im Besonderen hält sie sich zugute. Des Weiteren kooperiert die Agentur mit Ländern wie der Mongolei, Kasachstan, Chile, Peru sowie Südafrika und setzt in diesen Staaten Projekte zur Rohstofferkundung und -gewinnung um. Zudem erstellt sie Studien, etwa »zu den Möglichkeiten eines Engagements deutscher Unternehmen im südafrikanischen Rohstoffsektor«,²⁹ die als Grundlage für die Anbahnung von Rohstoffpartnerschaften dienen. Darüber hinaus führt die DERA Informationsveranstaltungen für die Industrie durch. Bei dem im Jahr 2012 gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag abgehaltenen Fachseminar »Energie und Rohstoffe für morgen – Rohstoffsicherung für die deutsche Wirtschaft« war auch ein BASF-Vertreter mit von der Partie. Gunther-Alexander Kellermann hielt dort einen Vortrag über die »Sicherung der Rohstoffversorgung bei der BASF im Allgemeinen und im Falle der seltenen Erden«.³⁰

26 Gerhard Wahlers (Hg.): *Deutsche Wirtschaftsinteressen und afrikanische Rohstoffe. Nachhaltigkeit und Transparenz in der globalisierten Welt.* Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2013. S. 11.

27 Ebda., S. 10.

28 *Rohstoffe Subsahara*, S. 6. Online verfügbar.

29 Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen. Drucksache 17/13434 vom 10.5.2013. S. 5. Online verfügbar.

30 Vgl. <http://bit.ly/2CkZK5L>.

Bereits seit Längerem verfügen die Auslandshandelskammern in Ländern mit reichhaltigen Bodenschätzen über »Kompetenzzentren Bergbau und Rohstoffe«. Und auch die Botschaften sind aktiv. So hat die peruanische Auslandsvertretung einen Zusammenschluss bundesdeutscher Unternehmen von BASF bis zu VW auf den Weg gebracht, den *Canasta Tecnológica Alemana* (CTA), und organisiert Reisen zu den Minen.

Die Entwicklungspolitik muss ebenfalls ihren Part spielen. 2011 veröffentlichte das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) das »Entwicklungspolitische Strategiepapier Extraktive Rohstoffe« und definierte als Handlungsfelder in Sachen Kobalt, Platin, Tantal & Co. unter anderem »Beratung und Kompetenzaufbau zu modernen, effizienten und umweltverträglichen Abbau- und Produktionsmethoden«.³¹

Konflikte um Konfliktmineralien

Nicht nur beim Zugriff auf die Rohstoffe entfalten BASF und andere Konzerne politische Aktivitäten. Ein weiteres großes Betätigungsfeld ihrer Interventionen stellen die sogenannten Konfliktmineralien dar. Dabei handelt es sich um Rohstoffe, die kriegerische Auseinandersetzungen auslösen, anheizen oder zumindest finanzieren und deshalb national und international ins Blickfeld von supranationalen Organisationen und Regierungen geraten sind. So haben die Vereinten Nationen *Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* verabschiedet, und die OECD hat wegen des regen Geschäfts mit Mineralien aus Konfliktgebieten Richtlinien erlassen, die die Unternehmen zu einer besonderen Sorgfaltspflicht bei ihren Rohstofflieferketten anhalten. Die Bundesregierung reagierte darauf mit der Vorbereitung eines *Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte*. Im Zuge dieses Vorhabens fand am 1. Oktober 2015 eine Anhörung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung statt, an der auch FirmenvertreterInnen teilnahmen.

Thorsten Pinkepank von BASF wies allzu hohe Anforderungen an die Industrie demonstrativ zurück. »Unternehmen können nicht – oder nur in geringem Maße – staatliche Schutzpflichten für Menschenrechte übernehmen«, so gab das Verlaufsprotokoll seine Worte wieder.³² Auch sei Transparenz kein Selbstzweck. »Die Verhältnismäßigkeit von Aufwand, Informationsgewinn, Datenschutz und Geschäftsgeheimnissen muss stets gewahrt bleiben«, hielt der Nachhaltigkeitsbeauftragte des Chemiemultis fest. Zudem störte Pinkepank sich an dem Begriff »Menschenrechte«: »Es sei darauf hingewiesen, dass der Begriff oft dazu führt, dass Unternehmen sich angeklagt fühlen, er ist daher

31 BMZ (Hg.): *Entwicklungspolitische Strategiepapier Extraktive Rohstoffe.* Berlin 2011. Online verfügbar.

32 Vgl. die Dokumentation Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte, 3.11.2015. Online verfügbar.

nicht positiv besetzt.«³³ Seiner Ansicht nach sollte sich der *Nationale Aktionsplan* auf eine Unterstützung der Konzerne konzentrieren und ihnen beispielsweise beim Reporting mit Datenbanken zu länderspezifischen Risiken zur Hand gehen – ganz so, als wüssten die Firmen nicht selbst genau, was sich in einigen der rohstoffreichen Staaten so abspielt.

Die Große Koalition aber nahm sich die Bedenken von Pinkepank & Co. zu Herzen. Entsprechend enttäuscht reagierten *Brot für die Welt*, *Amnesty International* und andere Gruppen auf den im Dezember 2016 vorgestellten Aktionsplan. »Anstatt die Unternehmen gesetzlich zur menschenrechtlichen Sorgfalt zu verpflichten, bringt die Bundesregierung lediglich eine entsprechende Erwartung zum Ausdruck [...] Eine verbindliche Verpflichtung fehlt sogar für Unternehmen im Eigentum des Bundes«, erklärten die Organisationen ³⁴ (siehe hierzu den Beitrag von Sarah Lincoln, S. 216).

Bei der EU hatten die Global Player weniger Glück. Dabei hatte es anfangs so gut ausgesehen. Der BDI lobte Brüssels Pläne zum Umgang mit Konfliktmineralien ausdrücklich. Von einem »insgesamt ausgewogenen Vorschlag« sprach der Verband. Kein Wunder, hielt die Europäische Union die Firmen doch zur freiwilligen Mitarbeit an und überließ es ihnen selbst, sich für ihre Lieferketten Persilscheine auszustellen. Aber die Konzerne hatten die Rechnung ohne das Europäische Parlament gemacht. Die Abgeordneten besetzten nach und setzten Vorschriften zur Offenlegung der Beschaffungspraxis durch. Allerdings obliegt die Kontrolle den nationalen Behörden.

Zusätzlichen Lobbydruck entfaltet die BASF über branchenspezifische Organisationen wie die *International Platinum Group Metals Association* (IPA). Frank und frei definiert diese sich als ein »Frühwarnsystem für die PGM-Industrie durch das Monitoring von Gesetzesvorhaben (Emissionskontrolle, REACH,³⁵ Recycling etc.) und industriebezogene Themen wie Handel, Gesundheit und Sicherheit sowie nachhaltige Entwicklung«³⁶. Bei IPA-Präsident Steve Phiri, Chef des südafrikanischen Platinminenbetreibers *Royal Bafokeng Platinum*, läuteten zuletzt im Juni 2017 die Alarmglocken. Die dortige Regierung strebt nämlich an, die Stellung von Schwarzen Menschen in der Rohstoffwirtschaft weiter zu stärken, und hat zu diesem Zweck die *Mining Charter III* erlassen. Dieses Gesetz sieht vor, dass unter den EigentümerInnen eines Bergbaukonzerns nicht mehr bloß 26 Prozent, sondern mindestens 30 Prozent Schwarze Menschen sind. Zudem zwingt das Paragrafenwerk die Firmen dazu, mit einem Prozent ihres Umsatzes das *Black Empowerment* zu fördern. Als »letzten Nagel im Sarg« der Minenindustrie bezeichnete

33 Ebda.

34 Venro u. a.: Kein Mut zu mehr Verbindlichkeit. Kommentar deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung, überarbeitete Fassung vom 6.2.2017, S. 3. Online verfügbar.

35 Die Europäische Chemikalienverordnung REACH ist eine Verordnung zur Einschätzung der von Chemikalien ausgehenden Gesundheitsgefahren.

36 Siehe: ipa-news.com

Phiri deshalb die *Mining Charter III*.³⁷ In seiner Eigenschaft als Vizepräsident der *Chamber of Mines*, zu der unter anderem Branchenriesen wie *Glencore* oder *Lonmin* gehören, kündigte er unverzüglich eine Klage an.

REACH out, BASF is there

In ihrer Selbstbeschreibung nennt die IPA die europäische Chemikalienverordnung REACH als eines der Politikfelder, die ihren Lobbyeinsatz erfordern. Sie fürchtete nämlich Unbill für die Industrie, weil Brüssel Platin aus gutem Grund zu denjenigen Stoffen zählt, deren Verarbeitung auf gesundheitliche Risiken hin untersucht werden muss. Von dem Edelmetall selbst gehen zwar keine unmittelbaren Gefährdungen aus, aber seine Salze können Krebs verursachen, die Organe schädigen, Veränderungen im Erbgut hervorrufen und überdies die Giftigkeit anderer Substanzen verstärken.

BASF hat nicht nur über die IPA versucht, die REACH-Auflagen möglichst gering zu halten und die Umsetzung so gut es geht zu hintertreiben. Auf europäischer Ebene erfolgte dies über die Unternehmenszusammenschlüsse *European Chemical Industry Council* (CEFIC) und *Business Europe*, auf bundesdeutscher Ebene über den *Verband der Chemischen Industrie*. BASF ergriff aber auch selbst die Initiative: Die Firma hatte einen Beschäftigten in der Arbeitsgruppe der EU postiert, die die Richtlinie vorbereitete. Später befasste dieser sich im Bundeswirtschaftsministerium als sogenannter externer Mitarbeiter weiter mit REACH. Sein Geld erhielt der Mann zwar nach wie vor vom Ludwigshafener Multi, den EuropaparlamentarierInnen gegenüber gab er sich bei einem Seminar jedoch als Vertreter des Wirtschaftsministeriums aus, um seiner Agenda den Anschein einer offiziellen Mission zu verleihen.

Und bald schon war der BASF-Mann in Berlin imstande, nach Ludwigshafen Vollzug zu melden. Mit seiner tatkräftigen Mithilfe verwässerte das Wirtschaftsministerium die Vorstellungen des damaligen *Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit*, das für einen weitgehenden vorsorglichen Gesundheitsschutz durch REACH eintrat. Empört zeigte sich darüber der einstige Umweltstaatssekretär Rainer Baake. »Wenn es zutrifft, dass ein Mitarbeiter der BASF weiter bezahlt wurde von BASF, aber im Wirtschaftsministerium mitgewirkt hat an europäischen Gesetzesvorhaben zum Chemikalienrecht, dann ist das schlicht und einfach ein Skandal. Dann haben einige Leute im Wirtschaftsministerium offensichtlich nicht verstanden, dass sie zur Neutralität verpflichtet sind und nicht die Interessen einzelner Unternehmen in Deutschland zu vertreten haben«, so Baake in der ARD-Sendung »Monitor«.³⁸

37 Monique Vanek: SA's Revised Mining Charter is »the last nail in the coffin«: Chamber of Mines VP Phiri, 15.6.2017. Online verfügbar.

38 Heimliche Interessensvertreter: Lobbyisten in Bundesministerien. Monitor-Beitrag vom 3.4.2008, unter: www.meinepolitik.de/wdrmonit.pdf.

Der Konzern, der seine EmissärInnen darüber hinaus noch im Presseamt der Bundesregierung, im Finanz- und im Umweltministerium untergebracht hatte, mag in dieser Praxis hingegen keine Grenzverletzung erkennen: »BASF steht sowohl dem Personaltransfer als auch dem zeitweisen Personalaustausch zwischen BASF und politischen Organisationen, Institutionen oder der öffentlichen Verwaltung positiv gegenüber. Er dient dem Gewinn von Kenntnissen und Erfahrungen in einem anderen Arbeitsumfeld und damit einem verbesserten Verständnis für die jeweiligen spezifischen politischen und unternehmerischen Zusammenhänge, Strukturen und Prozesse«, heißt es auf der Internetseite.³⁹

Konkret gelang es durch den Extremlobbyismus, die Zahl der zu untersuchenden Chemikalien drastisch zu reduzieren. Außerdem müssen die Unternehmen jetzt nur noch für solche Stoffe detaillierte Datensätze vorlegen, bei denen die Jahresproduktion über zehn Tonnen liegt. Und zu all dem hatten die Firmen viel Zeit – zwölf Jahre nach der Verabschiedung der REACH-Richtlinie ist sie immer noch nicht vollständig umgesetzt. Für Substanzen, deren Ausstoß sich per annum zwischen einer und 100 Tonnen bewegt, läuft die Übergangsfrist für die vollständige Registrierung erst im Juni 2018 aus.

Als großer Emittent des klimaschädigenden Kohlendioxids – auf rund 22 Millionen Tonnen kam die BASF 2016 – arbeitet der Konzern zudem erfolgreich daran, Unbill von den Schloten fernzuhalten. So gelang es ihm im Verein mit anderen Multis und Verbänden wie *CropLife*, dem *European Roundtable of Industrialists*, *Business Europe* und CEFIC, den EU-Emissionshandel zu einem weitgehend wirkungslosen Instrument zu machen. 2006 gestartet, hat dieser sein Ziel, mit ökonomischen Mitteln ökologische Effekte zu erzielen, nie erreicht. Das Konzept, den Firmen jede Tonne des Treibhausgases, die über die Grenze des Erlaubten hinausgeht, in Rechnung zu stellen, hat bisher keine Lenkungswirkung entfaltet, weil die Industrie im Vorfeld dafür gesorgt hatte, dass Brüssel diese Grenze großzügig bemaß. Darüber hinaus bekamen die Unternehmen viele Lizenzen zum CO₂-Ausstoß kostenlos zugeteilt und mussten überdies nicht alle ihre Anlagen in das *European Union Emissions Trading System* (EU ETS) einspeisen.

Deshalb gab es bei der EU immer wieder Ansätze, den Emissionshandel zu reformieren, aber da die Global Player sogleich intervenierten, blieb es bei kleineren Reparaturen. 2014 wandten sich BASF und 13 weitere Unternehmen in der Sache sogar direkt an den damaligen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso. »Das ETS sollte bis ins Jahr 2020 ohne Veränderungen weiterlaufen«, schrieben Bock & Co.⁴⁰ Bei Zuwiderhandlungen drohten die Bosse die Verlagerung von Produktionsstätten an. Auch mit der EU-Vorgabe, die Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent gegenüber dem Wert von 1990 zu senken, mochte der Vorstandsvorsitzende sich nie abfinden. »Wenn

39 BASF: Regeln für die politische Interessenvertretung. Online verfügbar.

40 Influence Map: Corporate Carbon Policy Footprint. Online verfügbar.

man die Klimaziele 2030 ernst nimmt, muss die europäische Industrie – und auch die Chemie – eigentlich schrumpfen«, warnte er im Jahr 2014.⁴¹ Und damit nicht genug, unterstützte der deutsche Chemieriese in den USA auch noch republikanische LeugnerInnen des Klimawandels mit großzügigen Wahlkampfspenden. Dieses ganze Engagement brachte BASF den zweifelhaften Ruhm ein, auf der Rangliste der Unternehmen, die eine effiziente Klimapolitik am stärksten durch Lobbydruck bekämpfen, weit oben zu landen. Platz sechs in den Charts der Organisation *InfluenceMap* nahm der Ludwigshafener Multi ein.⁴²

Auf dem Feld der Gentechnik nutzt der Konzern seine Einflusskanäle ebenfalls ausgiebig. So schrieb er dem britischen Umweltministerium *Defra* einen Brief, um dafür zu streiten, neue Verfahren wie die *Oligonukleotid-gesteuerte Mutagenese* (OgM) nicht unter Gentechnik zu subsumieren. Ansonsten müsste das Unternehmen für die Pflanzen, deren Erbgut die OgM verändert, indem sie den Reparaturmechanismus der Zellen aktiviert, nämlich ein langwieriges Genehmigungsprozedere in Kauf nehmen. Auch generell setzt sich die BASF über *EuropaBio* und andere Organisationen dafür ein, die Gentech-Zulassungen zu vereinfachen. Und selbst im Fall solcher Laborfrüchte, die sich unbefugt auf EU-Boden aufhalten und sich in die DNA von konventionell gezüchteten Arten einschleusen, drängten die Konzerne Brüssel, nicht in den »Festung-Europa-Modus« zu verfallen und stattdessen Willkommenskultur walten zu lassen.

Ein besonders hartnäckiges Lobbying betrieb BASF im Zuge des Versuches, ihrer Genkartoffel *Amflora* den Weg auf die europäischen Äcker zu bahnen. Insgesamt neun Briefe sandte das Unternehmen an den damaligen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und den damaligen Umweltkommissar Stavros Dimas. Weil BASF alles nicht schnell genug ging, verklagte die Firma die Kommission sogar wegen Untätigkeit. Zudem drohte sie Berlin und Brüssel mit einer Verlagerung von Forschungsaktivitäten in »innovationsfreundlichere« Länder, sollte die Knolle mit dem aufgepimpten Stärkegehalt das Plazet nicht erhalten.

Aber der Chemiemulti nutzte nicht nur die Möglichkeit, von außen auf die Europäische Union einzuwirken, er war auch innerhalb der EU-Strukturen bestens vernetzt. So saßen im Beratungsgremium der *Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit* (EFSA), die das wissenschaftliche Votum über *Amflora* abzugeben hatte, viele alte Bekannte.⁴³ Joe Perry etwa stand lange in Diensten einer Firma, die Forschungsaufträge von BASF erhielt. Auch das *Scottish Crop Research Institute*, für das Howard Davies arbeitete, bekam solche Aufträge. Jeremy Sweet heuerte der Konzern sogar persönlich für eine Studie an. Detlef Bartsch schließlich griff für einen in der Zeitschrift *Nature Bio-*

41 Influence Map: Corporate Carbon Policy Footprint. Online verfügbar.

42 Vgl. Apple gegen ExxonMobil. In: taz, 12.9.2017. Online verfügbar.

43 Vgl. Approving the GM potato: conflicts of interest, flawed science and fierce lobbying, 7.11.2011. Online verfügbar.

technology veröffentlichten Artikel gemeinsam mit BASF-Kollegen zur Feder und gehört überdies der *Gesellschaft für Pflanzenzüchtung* an, zu deren Gründern der Ludwigshafener Multi zählt.

Wenig überraschend votierte die Runde im Jahr 2009 für die Zulassung der Genkartoffel *Amflora*. Für das Panel stellten die Resistenzen gegen die Antibiotikawirkstoffe Neomycin und Kanamycin, die die BASF-ForscherInnen als Marker in die Kartoffel eingebaut hatten, um eine erfolgreiche Übertragung der Genveränderung kontrollieren zu können, keine gesundheitliche Gefahr dar. Sollten diese Gene in die Natur ausgreifen und die Entstehung von Krankheitserregern fördern, die gegen Neomycin und Kanamycin immun sind, so böte das nach Ansicht der WissenschaftlerInnen keinen Anlass zur Sorge, denn den beiden Substanzen käme »keine oder nur eine geringe therapeutische Relevanz« zu. Die Weltgesundheitsorganisation WHO sieht das jedoch ganz anders. Diese stuft Neomycin und Kanamycin als »in der Humanmedizin besonders wichtige antibakterielle Mittel« ein.⁴⁴

Nicht zuletzt aus diesem Grund klagten jedoch einige Mitgliedsländer gegen den Genehmigungsbeschluss der EU – und bekamen Recht. Im Dezember 2013 widerrief der Europäische Gerichtshof die Lizenz zur Aussaat, wobei es als Begründung Fehler beim Zulassungsverfahren anführte.

Und damit nicht genug, engagiert sich BASF in Brüssel auch gegen eine schärfere Regulierung von Pestiziden und hormonell wirksamen Substanzen. Die Forschungs-, Chemie-, Gesundheits- und Handelspolitik der Europäischen Union (z. B. TTIP) gehört ebenfalls zu ihren Themen. Die Strippen zieht der Konzern von seinem Brüsseler Büro für »EU Government Relations« in der Rue Marie De Bourgogne aus. 3,2 Millionen Euro verschlingt diese Lobbyzentrale mit 19 Angestellten im Jahr. Zehn von ihnen haben Zugang zum Europäischen Parlament. Einige von ihnen sitzen sogar in EU-Arbeitsgruppen, etwa zur Arbeitssicherheit. Aber auch zu Hausbesuchen bittet das Unternehmen. So lädt es in der belgischen Hauptstadt zu parlamentarischen Abenden, Abendessen und Dialogveranstaltungen ein. In Berlin, Washington, Neu-Delhi und Peking unterhält der Global Player ebenfalls solche »Verbindungsbüros«.

Lobbying-Evaluation

Aber das Unternehmen antichambriert nicht so einfach vor sich hin. Es evaluiert seine Einflussarbeit auch nach allen Regeln der Kunst. Im Zuge der Einrichtung ihrer Berliner Dependence hat BASF eine »Government-Relations-Studie« in Auftrag gegeben, um Aufschluss darüber zu erhalten, wie sie in der Hauptstadt eine möglichst erfolgreiche

⁴⁴ Beschluss der Kommission vom 2.3.2010 über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten Kartoffel-Erzeugnisses, Dokument 32010D0136. Online verfügbar.

Lobbypolitik betreiben kann. Dazu ließ der Ludwigshafener Multi im Jahr 2000 über 200 Bundestagsabgeordnete und rund 100 ihrer MitarbeiterInnen, 50 PressevertreterInnen und ca. 1.000 BürgerInnen befragen. Der Konzern interessierte sich dabei nicht nur dafür, wie es um die Akzeptanz der Einflussarbeit im Allgemeinen steht, sondern eruierte auch die Zustimmungswerte für Lobbyismus in ganz bestimmten Situationen, etwa bei Gesetzgebungsverfahren. Von den PolitikerInnen brachte die Firma die Präferenzen im Umgang mit Unternehmen in Erfahrung, indem sie Auskünfte darüber erbat, wie viel den Abgeordneten im Einzelnen an Kontakten mit Vorstandsmitgliedern, ExpertInnen aus Fachabteilungen und Verbindungsbüroleuten liegt. Überdies erkundigte sich BASF, ob die MandatsträgerInnen Produktionsstandorte besuchen wollten oder Informationsmaterial wünschten.

Mit den Ergebnissen geht BASF ganz offen um. Der ehemalige »Junge Union«-Vorsitzende Klaus Escher, der das Verbindungsbüro von 2000 bis 2002 leitete, referiert die Befunde in seinem Beitrag zu dem Buch »Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland«⁴⁶ »Von der überwältigenden Mehrheit der Befragten aus Politik und Medien wird die Beteiligung von Unternehmen an der politischen Diskussion als Pflichtaufgabe oder als wünschenswert eingestuft«,⁴⁷ vermeldet er dort freudig. Die Bevölkerung hingegen sei dem Lobbyismus bzw. der »Beteiligung von Unternehmen an der politischen Diskussion« gegenüber zwar ebenfalls positiv eingestellt, reagiere »aber deutlich skeptischer als die politische oder mediale Elite«.⁴⁸ Umso besser bewerteten Letztere die AntichambriererInnen von BASF & Co. So attestierten 71 Prozent dieser Befragten den Firmen, einen starken bis sehr starken Einfluss auf die Politik zu haben. Und sogar 89 Prozent von ihnen bescheinigten dies den Industrieverbänden.

Escher zieht eine Reihe von Schlussfolgerungen aus der Untersuchung: Ein politisches Unternehmensbüro sollte nicht einfach Öffentlichkeitsarbeit betreiben, sondern vielmehr daran arbeiten, die Konzernstrategien sehr fokussiert »in wirtschaftspolitische Interessen zu dolmetschen«.⁴⁹ Und am besten tue es das in trauten Runden, aus denen nichts nach draußen dringt, wie etwa dem »Dienstagskreis«. Diesem Zirkel, der heute unter dem Namen »Das Collegium« firmiert, gehören RepräsentantInnen großer nationaler und internationaler Firmen an. Sie laden regelmäßig hochrangige PolitikerInnen und FunktionsträgerInnen ein und finden bei ihnen offenbar Gehör. »Das Collegium stellt geballte Lobbymacht dar, der sich kein Minister und kein Staatssekretär verweigern kann«⁵⁰, hielt der ehemalige Antichambrierer des Touristikonzerns TUI einmal

⁴⁵ gemeinsame Jugendorganisation der beiden deutschen Parteien CDU und CSU

⁴⁶ Klaus Escher: Die Stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. Hrsg. v. Thomas Leif u. Rudolf Speth. Wiesbaden 2003. S. 98–114.

⁴⁷ Ebda., S. 102.

⁴⁸ Ebda., S. 104.

⁴⁹ Ebda., S. 112.

⁵⁰ lobbypedia.de/wiki/Das_Collegium

über den exklusiven Club fest, dessen Vorsitz im Jahr 2012 der damalige Leiter des Berliner BASF-Verbindungsbüros innehatte.

Bei den Zusammenkünften mit den Abgeordneten empfehle es sich dabei besonders, mit den Pfunden »Investitionen« und »Innovationen« zu wuchern. Aber auch mit anderen, »aus internen Kompetenzfeldern« abgeleiteten Themen wie Weltwirtschaft oder Steuern ließe sich punkten. »So trafen BASF-Steuerexperten auf wichtige Finanzpolitiker«,⁵¹ weiß er zu berichten. Der Besuch der Enquetekommission des Bundestages zu den Auswirkungen der Globalisierung bei der BASF erfüllt ihn ebenfalls mit Stolz. Hemmungen kennt er da keine – schamlos enthüllt Escher, wie der Konzern die politische Landschaft pflegt.

Eine bemerkenswerte Kontinuität über alle Zeiten und politischen Systeme hinweg zeigt sich in dieser Einflussarbeit des Ludwigshafener Multis. Immer hat er die Nähe der jeweils Mächtigen gesucht, um seine ökonomische Agenda durchzusetzen. Berührungsängste kennt er dabei keine. Mit Diktatoren kommt der Konzern ebenso gut ins Geschäft wie mit Demokraten. Für jeden Geschmack hat er etwas dabei. Sogar wenn es die Herrscher nach Krieg gelüstete, lieferte die BASF in der Vergangenheit das passende Produkt.

Das Unternehmen schreckt nicht einmal davor zurück, selbst Politik zu machen. So hat es tatkräftig dabei mitgeholfen, Helmut Kohl den Weg nach oben zu ebnen. Und wenn es sein muss, wechseln Beschäftigte der Aktien-Gesellschaft die Seiten und besetzen bedeutende Positionen: Beim Marsch durch die Institutionen schafften es Firmen-EmissärInnen bis in Ministerien und Regierungen. Die verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates sehen eine solche Macht für Akteure aus der Industrie eigentlich nicht vor. Sie haben kein politisches Mandat und nutzen daher informelle Kanäle, was eigentlich öffentliche Angelegenheiten in ein Netz von Intransparenz zieht. Aus gutem Grund bemühen sich die AntichambriererInnen gar nicht erst um ein solches politisches Mandat. Sie würden nämlich nur schwerlich eines bekommen, denn sie vertreten nur Partikular-Interessen. Und im Falle der BASF sind diese Interessen oft genug explizit gegen das Allgemeinwohl gerichtet, etwa wenn sich der Konzern sich für weniger Klima-Schutz, für weniger Regulierung von gefährlichen Stoffen oder für den bedenkenlosen Einsatz von Risikotechnologien einsetzt. Durch solche Praktiken der politischen Landschaftspflege »verkommen die demokratisch gewählten Parlamente zu Spielstätten ökonomischer Interessen«, wie Günter Grass einmal gesagt hat⁵². Der Lobbyismus stellt daher so etwas wie den blinden Fleck der parlamentarischen Demokratie dar.

51 Klaus Escher: Die Stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. Hrsg. v. Thomas Leif u. Rudolf Speth. Wiesbaden 2003, S. 113.

52 Stefan Brams: Günter Grass führte eines seiner letzten Interviews mit der NW. In: Neue Westfälische, 14.5.2015. Online verfügbar.



▲ Blick aus der Zentrale der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf eine der Berliner Niederlassungen von BASF. Im Hintergrund die Allianz-Versicherung, die ebenfalls zu

den deutschen DAX-30-Konzernen gehört. Im Vordergrund das Berghain, einer der bekanntesten Techno-Clubs der Welt.

DIE PLATINUMPERSPEKTIVE KONZERNSTRUKTUREN UND STEUER- VERMEIDUNG DURCH BASF

Christoph Trautvetter

»Durch das verschiedenartige Ansetzen von internen Verrechnungspreisen ist es den multinationalen Konzernen möglich, den Gewinnausweis der Tochtergesellschaften [...] zu beeinflussen [...]. Hauptmotiv bleibt es, Gewinnzuweisungen bzw. Verlustausgleiche zu verschleiern, vor allem in der Absicht, Steuern zu sparen.«¹

¹ Ernst Piehl: Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung. Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 2. Frankfurt a. M. 1974, S. 48.

Übersicht

BASF ist der größte Chemieproduzent der Welt mit einem Umsatz von 60 Milliarden Euro und einem Gewinn von knapp 5,3 Milliarden Euro. Auf diesen Gewinn zahlte BASF 2016 rund 1,1 Milliarden Euro Steuern² und 2,6 Milliarden Euro an Dividende.³ Damit gehört BASF in Deutschland und weltweit zu den profitabelsten Unternehmen und größten Steuerzahlern. Wer vor zehn Jahren 100 Aktien von BASF für knapp 2.000 Euro gekauft hat, hat damit knapp 9.500 Euro verdient (Preissteigerung von 7.000 Euro plus Dividenden von 2.500 Euro⁴). Bei einem Tageslohn von 13 bis 14 Euro⁵ müsste ein Leiharbeiter in einer Mine dafür immerhin fast 700 Tage, also fast drei Jahre arbeiten. Einer Studie im Auftrag der Grünen/EFA im Europaparlament zufolge hat BASF in den fünf Jahren von 2010 bis 2014 allein durch in den öffentlichen Bilanzen nachvollziehbare Steuertricks etwa 923 Millionen Euro an Steuern gespart – also knapp 200 Millionen Euro pro Jahr.

Mit 114.000 Angestellten ist BASF an 359 Produktionsstandorten in über 80 Ländern aktiv. Die börsennotierte Muttergesellschaft BASF SE hat ihren Hauptsitz in Ludwigshafen, Deutschland. Zum Konzern gehören knapp 600 Gesellschaften in der ganzen Welt. Südafrika ist für BASF sowohl Produktionsstandort als auch Hauptquelle des für Katalysatoren verwendeten Platins. Dort finden sich insgesamt neun Tochtergesellschaften und assoziierte Unternehmen, von denen vier komplett im Konzernabschluss konsolidiert sind. Die Produktion von Katalysatoren ist Teil des mit 33 Prozent vom Umsatz größten Geschäftsbereichs *Functional Materials & Solutions* und macht vom Gesamtumsatz etwa ein Zehntel (6 Milliarden Euro) aus. Die Kosten für Platin betragen wiederum gut ein Zehntel davon (650 Millionen Euro). Die britische Tochtergesellschaft von BASF *BASF Metals Limited*, über die der Platinhandel von BASF organisiert ist, zählt zu den größten Platinhändlern an der Londoner Metallbörse (LME).

Steuern und Konzernstrukturen von BASF – was wir wissen, was wir abschätzen und was wir nur vermuten können

BASF erstellt jedes Jahr unzählige Berichte über seine wirtschaftliche Situation, sowohl für die InvestorInnen als auch für die Steuerbehörden. Der wichtigste Bericht für die

² Exklusive Steuern für Vorjahre (100 Mio. Euro) und latenter Steuerertrag (514 Mio. Euro).

³ Der Aktienbesitz von BASF verteilt sich vor allem auf deutsche Privatinvestoren (29 Prozent) und deutsche institutionelle Investoren wie Banken, Fonds etc. (11 Prozent) sowie auf institutionelle Investoren aus den USA (18 Prozent), Großbritannien und Irland (11 Prozent) und dem restlichen Europa (17 Prozent).

⁴ Vgl. www.finanzen.net/dividende/BASF.

⁵ Laut Geschäftsbericht 2016 von Lonmin verdienen festangestellte Untertage-Arbeiter ca. 20–22 Euro und die steigende Zahl der Contractors ca. 13 bis 14 Euro pro Tag. Siehe Abbildung auf Seite 315: Lohnzettel eines Leiharbeiters von Lonmin im Februar 2016.

InvestorInnen ist der Konzernabschluss der Muttergesellschaft BASF SE. In diesem findet sich der für die Dividende ausschlaggebende konsolidierte Gewinn – das heißt, nachdem alle Geschäfte zwischen den Tochtergesellschaften verrechnet sind – sowie die davon abzuführenden Steuern. Außerdem findet sich hier eine Liste mit den 294 wesentlichen Tochtergesellschaften und assoziierten Unternehmen. Zusätzlich zum Konzernbericht erstellt BASF Berichte für die einzelnen Tochtergesellschaften, die zum Teil öffentlich einsehbar (z.B. Niederlande, Belgien, UK, Deutschland), zum Teil nicht öffentlich verfügbar sind (z.B. Südafrika, Schweiz). Aus diesen Berichten lassen sich teilweise Rückschlüsse auf die Geschäftsbeziehungen der einzelnen Tochtergesellschaften untereinander ziehen, allerdings addieren sich die einzelnen Berichte – selbst wenn sie alle öffentlich verfügbar wären – aufgrund vielfältiger Anpassungen bei der Konsolidierung nicht einfach zum Ergebnis aus dem Konzernbericht. Schließlich erstellt BASF in jedem Land und für jede Gesellschaft separat eine Steuerbilanz für die Steuerbehörden. Die dabei zu verwendenden Regeln – zum Beispiel wann ein Gewinn verbucht wird, welche Ausgaben davon als Kosten abgezogen werden dürfen und wie Anlagen zu bewerten sind – unterscheiden sich zum Teil von Land zu Land und damit auch von den Regeln für die Konzernbilanz. Deswegen und weil endgültige Steuerbescheide und Steuerstreitigkeiten sich teilweise über viele Jahre hinziehen, sind die Zahlen aus den öffentlich verfügbaren Bilanzen nur beschränkt aussagekräftig. Die Steuerbilanzen sind fast überall geheim.

Wo BASF sein Geld verdient

Laut Konzernbericht für 2016 waren knapp 50 Prozent der 114.000 BASF-Beschäftigten in Deutschland angestellt. In Deutschland registrierte Firmen waren jedoch »nur« für ca. 30 Prozent vom Umsatz und für 25 Prozent der operativen Gewinne verantwortlich, während der Umsatz mit deutschen Kunden »nur« rund 13 Prozent ausmachte. Das heißt zunächst einmal, dass deutsche MitarbeiterInnen, insbesondere die 35.000 MitarbeiterInnen der Konzernzentrale, sehr wahrscheinlich Aufgaben für andere Länder erledigen – zum Beispiel in der Verwaltung oder Forschung – und dass deutsche Tochtergesellschaften ihre Produkte ins Ausland exportieren. Welche weiteren Details BASF zur Aufteilung von Umsatz, MitarbeiterInnen und Gewinnen in der Welt veröffentlicht, ist im Rahmen der Vorschriften zur Segmentberichterstattung weitgehend freigestellt.

Setzt man den von BASF ausgewiesenen Umsatz und die operativen Gewinne in den verschiedenen Regionen ins Verhältnis, fällt auf, dass das restliche Europa vor allem im Vergleich zu Deutschland und Nordamerika sehr viel profitabler ist. Während dort nur 17 Prozent des Umsatzes getätigt wurden, fielen immerhin 33 Prozent der operativen Gewinne an. Da im restlichen Europa nur 15 Prozent der Beschäftigten arbeiten, waren diese dem Anschein nach sehr viel produktiver. Das kann verschiedene operative Grün-

de haben – zum Beispiel wenn das Öl- und Gasgeschäft in einigen Regionen stärker ist als in anderen (80 Prozent des Umsatzes entstehen in Europa) und ein anderes Verhältnis von Umsatz und Gewinn aufweist als die anderen Geschäftsbereiche. Eine andere mögliche Erklärung ist Gewinnverschiebung.

Durch firmeninterne Transaktionen und von BASF gewählte Verrechnungspreise ist es für BASF möglich, sowohl Umsätze als auch Gewinne von einem Land in ein anderes zu verschieben – vorzugsweise natürlich in ein Land, in dem die Gewinne möglichst niedrig besteuert werden. Zum Beispiel vergibt die Tochtergesellschaft in den Niederlanden einen Kredit an die Tochtergesellschaft in den USA und kassiert dafür Zinsen, die den Gewinn in den USA verringern und in den Niederlanden erhöhen. (Beispiele für diese firmeninternen Transfers finden sich in Abbildung 4 auf S. 305).



Abbildung 1 Umsatz und Gewinn von BASF nach Regionen⁶

Die Bedeutung der südafrikanischen Tochtergesellschaften wird nicht separat dargestellt. Sie fallen aber insgesamt aller Wahrscheinlichkeit nach kaum ins Gewicht. In den Regionen Südamerika, Afrika und Mittlerer Osten wird, anders als in Deutschland, mehr Umsatz mit lokalen Kunden generiert, als durch die lokalen Tochtergesellschaften abgedeckt wäre, also unter dem Strich mehr importiert als exportiert. Dies kann sowohl das Ergebnis von Gütertransfers als auch der firmeninternen Verrechnung von Dienstleistungen, Markenrechten und anderen immateriellen Gütern sein.

Regionen (Millionen €)	Umsatz Sitz der Gesellschaften			Umsatz Sitz der Kunden			Ergebnis der Betriebsfähigkeit Sitz der Gesellschaften		
	2016	2015	Veränderung %	2016	2015	Veränderung %	2016	2015	Veränderung %
	Europa	27.221	28.875	-6	25.535	28.807	-11	3.832	4.174
davon Deutschland	12.221	12.221	0	7.612	18.450	-59	1.582	2.303	-31
Nordamerika	11.512	12.885	-10	11.043	15.300	-26	1.171	1.295	-9
Asien/Pazifik	5.185	11.712	-56	12.105	12.304	-1	445	445	0
Südamerika, Afrika, Mittlerer Osten	3.342	2.380	40	5.304	4.828	10	304	304	0
Gesamt	37.800	70.449	-46	57.800	70.449	-18	6.279	4.248	47

Abbildung 2 Gewinne und Umsatz nach Ort der BASF-Tochtergesellschaft und der Kunden⁷

⁶ BASF-Jahresbericht 2016, S. 91. Online verfügbar. Wie genau Umsatz und Gewinne abgegrenzt werden sollen, ist in den internationalen Regeln nicht eindeutig vorgeschrieben. BASF verwendete zunächst bis zum zweiten Quartal den operativen Gewinn ohne Sondereinflüsse und hat seitdem auf den Gewinn nach Sondereinflüssen (aber vor Steuern und Zinsen) umgestellt. Die Änderung ist insgesamt nicht sehr groß. ⁷ Ebda., S. 90.

Wo BASF seine Steuern zahlt

Wie alle Firmen zahlt BASF Steuern, die direkt am Ort der Aktivität erhoben werden – zum Beispiel Grundsteuern, die dort anfallen, wo BASF Fabriken besitzt, Lohnsteuern, die dort anfallen, wo BASF Angestellte beschäftigt, oder Umsatzsteuern, die normalerweise dort erhoben werden, wo die Produkte verkauft werden bzw. wo der/die KonsumentIn sitzt. Diese Steuern werden im Konzernbericht nur teilweise ausgewiesen.⁸ Der Fokus im Konzernbericht und in der internationalen Debatte um Gewinnverschiebung liegt auf den Einkommenssteuern – in Deutschland also die Gewerbe- und Körperschaftsteuer. Laut Konzernbericht 2016 verbuchte BASF einen Steueraufwand von 1,654 Milliarden Euro. Nach Abzug von noch zu zahlenden Steuern aus dem Vorjahr und zukünftig fälliger Steuern (vor allem aus Pensionsrückstellungen) blieb ein Steueraufwand von 1,140 Milliarden Euro (also 21,1 Prozent vom Gewinn). Vom Gesamtsteueraufwand entfällt etwa ein Drittel auf Deutschland (589 Millionen Euro); zwei Drittel entfallen auf das Ausland (1,184 Milliarden Euro).

Millionen Euro	2016	2015
Laufender Aufwand für Ertragssteuern	1.654	1.610
Körperschaftssteuern, Solidaritätszuschlag und Gewerbeertragssteuer (Deutschland)	598	514
Ausländische Ertragssteuern	1.184	1.231
Steuern für Vorjahre	-119	-135
Latenter Steueraufwand (+)/-ertrag (-)	-514	-363
aus Veränderungen temporärer Differenzen	-473	-314
aus Veränderungen steuerlicher Verlustvorträge/ ungenutzter Steuergutschriften	-43	-59
aus Steuersatzänderungen	-6	7
aus Wertberichtigungen von latenten Steueransprüchen	8	3
Steueraufwand vom Einkommen und vom Ertrag	1.140	1.247
Sonstige Steuern sowie Umsatz und andere Verbrauchssteuern	272	302
Steueraufwand	1.412	1.549

Abbildung 3 Steuerzahlungen von BASF⁹

Eine genauere Aufteilung der Steuerzahlungen findet sich im Konzernbericht nicht, und auch diese Aufstellung der Steuern für Deutschland und das Ausland ist nur begrenzt aussagekräftig. Wenn man annimmt, dass die Sondereffekte (Abzüge, Zinsen) sich gleichmäßig über die Regionen verteilen, ergibt sich eine Steuerquote von 29,8 Prozent für Deutschland und von 20,2 Prozent für das Ausland.

⁸ 109 Mio. Euro für Grundsteuern und 163 Mio. Euro für Umsatz-, Verbrauchs- und sonstige Steuern.

⁹ BASF-Jahresbericht 2016, Anhang, Notiz 11.

Wie BASF seine Steuerlast reduziert

»BASF legt großen Wert auf die strikte weltweite Einhaltung von Steuergesetzen [...] Steuern sind ein Kostenfaktor und wirken sich auf unternehmerische Entscheidungen aus. Im Interesse ihrer Anteilseigner strebt BASF im Rahmen der geltenden Steuergesetze die Reduzierung dieses Kostenfaktors an.«¹⁰

Laut der im Auftrag der Fraktion der *Grünen*/EFA im Europaparlament erstellten Studie »Toxic Tax Deals. When BASF's Tax Structure is more about Style than Substance« hat BASF zwischen 2010 und 2014 insgesamt mindestens 923 Millionen Euro an Steuern gespart. Verglichen mit den in diesen Jahren gebuchten Steuern entspricht das immerhin 10 Prozent der Gesamtsumme. Dafür wurde eine Vielzahl von verschiedenen Mechanismen und länderspezifischen Steuergesetzen angewendet, die aber fast alle dem gleichen Prinzip folgen: Über die firmeninterne Verrechnung von Dienstleistungen, etwa für Darlehen, Nutzung von Patent- und Markenrechten oder Verwaltungstätigkeit, werden Gewinne aus Ländern mit hohen Steuersätzen (z. B. Frankreich, USA) in Länder mit niedrigem Steuersatz oder mit Sonderregelungen für ausländische Gewinne (z. B. Schweiz, Puerto Rico) verschoben, oft unter Verwendung von steuerlich günstigen Zwischenstationen (Niederlande, Belgien, Malta). Von dort können sie dann entweder reinvestiert oder ausgeschüttet werden.

Basierend auf den öffentlich verfügbaren Daten aus den Handelsbilanzen (vor allem der niederländischen Tochtergesellschaften) findet die Studie aus dem Europaparlament eine ganze Reihe von Beispielen für mögliche Gewinnverschiebungen, die in Abbildung 4 auf S. 306 stark vereinfacht zusammengefasst sind.

Am Beispiel der BASF *Netherlands B.V.* erklärt die Studie die Vorteile einer niederländischen Holdinggesellschaft. Diese ermöglichte es, die in der ganzen Welt nur gering besteuerten Gewinne fast unbesteuert zurück in die EU zu überweisen. Die BASF *Netherlands B.V.* hat mindestens 56 direkte und indirekte Tochtergesellschaften in 13 Ländern der Welt, darunter die südafrikanischen Tochtergesellschaften und die BASF *Metals GmbH* in der Schweiz.

In den fünf untersuchten Jahren haben diese Gesellschaften insgesamt fast 6 Milliarden Euro an Dividenden in die Niederlande überwiesen. In der Theorie wurden diese Dividenden bereits im Ursprungsland besteuert und sind deswegen in den Niederlanden steuerbefreit. Da aber in der Praxis die Gewinne im Ausland oft gar nicht oder nur sehr gering besteuert werden, müssten in Deutschland zumindest 5 Prozent der Dividenden pauschal nachbesteuert werden. Diese Zahlung erspart sich BASF. Folgerichtig weist die Konzernbilanz für 2016 einbehaltene Gewinne der Tochtergesellschaften von

¹⁰ Antwort von BASF auf die Studie von Marc Auerbach: Toxic Tax Deals. When BASF's Tax Structure is More About Style than Substance, hg. von The Greens/EFA Group. 2016. Online verfügbar. Zit. in: Markus Grabitz: Chemieriese am Steuerpranger. In: Stuttgarter Nachrichten, 8.11.2016. Online verfügbar.

knapp 9 Milliarden Euro aus, die entweder keiner Besteuerung unterliegen oder auf unbestimmte Zeit reinvestiert werden sollen. Ob es sich dabei zumindest zum Teil um das Resultat von Gewinnverschiebungen handelt, lässt sich anhand der vorliegenden Daten jedoch nicht sagen.

Weg der Transaktion	Art der Transaktion	Ersparnis (in Mio. Euro)*
von Frankreich	produzierende Tochtergesellschaft in Frankreich macht kaum Gewinn (0,41 Prozent vom Umsatz)	37.7
nach Puerto Rico	dank verschiedener Ausnahmeregelungen zahlt BASF in Puerto Rico effektiv nur 2,4 Prozent Steuern auf den Gewinn	163.3
in die Schweiz	Gewinne im Züricher Büro der BASF Agro BV (Niederlande) und anderer Tochtergesellschaften in Zug profitieren von niedrigeren Steuersätzen für ausländische Gewinne (5 – 8 Prozent)	255.2
über die Niederlande	Die holländische Holdinggesellschaft erhält fast 6 Mrd. Euro an steuerfreien Dividenden aus ihren ausländischen Tochtergesellschaften, während in Deutschland immerhin 5 Prozent davon besteuert worden wären.	73.3
	Zinszahlungen für einen »hybriden« Kredit über eine Tochtergesellschaft in Belgien an eine Tochtergesellschaft in den USA werden in den USA als Zinszahlungen von der Steuer abgezogen und kommen, in steuerfreie Dividenden verwandelt, in den Niederlanden an.	177.9
	Der Steuersatz auf Forschungsausgaben und Patente beträgt nur 5 Prozent anstatt der üblichen 25 Prozent. Gewinnminderung durch Wertberichtigung auf Investitionen in Tochtergesellschaften von 288,5 Mio. Euro	72.1
über Belgien	Einkünfte von 618 Mio. Euro aus firmeninternen Krediten von 15,39 Mrd. Euro sind in Belgien dank einer Sonderregel fast steuerfrei.	202
	Absprache mit den belgischen Finanzbehörden zu überschüssigen Gewinnen, die mittlerweile von der Europäischen Kommission als illegale Beihilfe gewertet wurden.	46
über Malta	Steuererstattung für Zinseinnahmen einer in Malta ansässigen deutschen GmbH	?
gesamt		923

Abbildung 4 Übersicht über die in »Toxic Tax Deals« dargestellten Steuertricks von BASF

* Die in der Studie geschätzten Ersparnisse basieren in den meisten Fällen auf einem Abgleich des durchschnittlichen Steuersatzes von BASF in den betroffenen Jahren (26,5 Prozent) und sind deswegen nur grobe Näherungswerte.

In einem weiteren Beispiel vergleicht die Studie die Umsatzrendite von drei miteinander verbundenen Gesellschaften aus dem Bereich Agrochemie – eine Tochtergesellschaft mit drei Fabriken in Frankreich, eine Niederlassung einer holländischen Tochtergesellschaft in Puerto Rico mit einer Fabrik und eine niederländische Verwaltungsgesellschaft mit 39 Angestellten und Sitz in der Schweiz. Während die französische Tochtergesellschaft nur eine Rendite von 0,41 Prozent aufweist und deswegen kaum Steuern zahlt, liegt die Rendite in Puerto Rico, wo BASF großzügige Ausnahmeregelungen genießt, bei 39,9 Prozent. Die Rendite der Gesellschaft in der Schweiz, die hauptsächlich mit anderen BASF-Tochtergesellschaften (einschließlich der französischen Gesellschaft) handelt, liegt immerhin bei 14,2 Prozent. Solche Produktivitätsunterschiede sind nur

sehr schwer mit dem Schweizer Fleiß, dem inspirierenden Alpenpanorama oder dem besseren Klima in Puerto Rico zu begründen, sondern deuten sehr viel wahrscheinlicher auf firmeninterne Gewinnverschiebungen hin. Bis 2017 war die BASF *Metals GmbH*, über die der Platinhandel innerhalb des Konzerns abgewickelt wird, ebenfalls in der Schweiz angesiedelt und hat dort laut BASF-Konzernberichten von 2010 bis 2013¹¹ immerhin 25 Millionen Euro Gewinn gemacht.

Alle hier dargestellten Beispiele und Ergebnisse basieren auf der Analyse öffentlich verfügbarer Handelsbilanzen (vor allem der niederländischen Tochtergesellschaften); die Ergebnisse sind deswegen nur grobe Schätzungen bzw. Vermutungen. BASF bewertet das in der Antwort folgendermaßen: »Auch wenn der Bericht sehr detailliert hinsichtlich der behaupteten Strukturen zu sein scheint, ist er nicht immer zutreffend« und verweist auf »[...] die Souveränität einzelner Länder, Investitionen mit steuerlichen Anreizen zu fördern«. ¹² In der Tat nutzt und interpretiert das dokumentierte Vorgehen von BASF die bestehenden Gesetze und Gesetzeslücken und impliziert noch kein illegales Verhalten. Dem Wesen von Steuertricks entsprechend sind sie so lange weder legal noch illegal, bis eine Steuerbehörde sie beanstandet und ein Gericht abschließend darüber entscheidet. Dies ist zumindest bei einem Beispiel aus der Studie der Fall – bei einem belgischen Gesetz von 2004, das es Firmen erlaubte, »überschüssige« Gewinnüberweisungen von ausländischen Gesellschaften steuerfrei zu verbuchen. Dieses Gesetz wurde 2016 von der Europäischen Kommission als illegal eingestuft und liegt dem Europäischen Gerichtshof seit Anfang 2017 zur Entscheidung vor. ¹³ Auf dem Spiel steht auch BASFs Verteidigung, es sei »alles völlig legal«.

¹¹ Seit 2014 veröffentlicht BASF die Gewinne der einzelnen Tochtergesellschaften nicht mehr im Konzernjahresabschluss.

¹² Antwort von BASF auf die Studie Marc Auerbach: Toxic Tax Deals. Siehe dazu auch: Grabitz, Chemieriese.

¹³ Vgl. InfoCuria – Case-law of the Court of Justice. Unter: <http://bit.ly/2oWN4AR>.

Wie das Platin von Südafrika in die Welt gelangt

Südafrika ist mit Abstand der größte Platinproduzent und die Produzenten von Autokatalysatoren sind die größten Abnehmer. 2016 wurden weltweit knapp 280 Tonnen Platin produziert – 66 Tonnen aus Recycling und 213 Tonnen aus dem Bergbau – von dem wiederum der Großteil (70 Prozent bzw. 150 t) aus Südafrika stammte. Fast die Hälfte dieser Produktion (42 Prozent oder 116 t) wurde für Autokatalysatoren verwendet. Die weiteren Anteile entfielen auf Schmuck (33 Prozent) und andere Industrieprodukte (24 Prozent).¹⁴ In der Herstellungs- und Lieferkette zwischen den BergarbeiterInnen in Südafrika und den AutokäuferInnen in Deutschland sind eine ganze Reihe von AkteurInnen und Mechanismen involviert, die dafür sorgen, dass die Profite eher bei den Unternehmen am Ende der Kette und den vorwiegend europäischen KundInnen hängenbleiben.



Abbildung 6 BASF-Umsatz mit Katalysatoren nach Region¹⁵

Der größte Teil der Platinvorkommen in Südafrika wird von wenigen großen Unternehmen abgebaut. Das britische Unternehmen Lonmin ist Besitzer der Mine in Marikana und verfügt nach *Amplats* und *Impala* über die drittgrößten Platinreserven.¹⁶ Allerdings liegen viele davon im traditionellen Minengebiet um Rustenburg, wo die Minen älter und tiefer gelegen sind und der Abbau dadurch arbeitsintensiver und teurer ist. Nach mehreren Jahren mit sehr hohen Profiten macht Lonmin seit 2010 wegen stark gefallener Weltmarktpreise bei gleichzeitig steigenden Kosten für Löhne, Sicherheit und Erschließung Verluste. Laut Konzernberichterstattung von Lonmin entfielen im Boomjahr 2002 von den Einnahmen insgesamt 12 Prozent auf Löhne, 17 Prozent auf Steuern und 56 Prozent auf die Aktionäre, während 2015 insgesamt 80 Prozent für Löhne, 0,3 Prozent für Steuern und 0 Prozent für die Aktionäre ausgegeben wurden.¹⁷

¹⁴ Vgl. World Platinum Investment Council. Unter: www.platinuminvestment.com/supply-and-demand/platinum-quarterly.

¹⁵ BASF Jahresbericht 2016, S. 78. Online verfügbar.

¹⁶ Andrew Bowman: Dilemmas of distribution: financialisation, boom and bust in the post-apartheid platinum industry. SWOP Working Paper, Johannesburg 2016. S. 10. Online verfügbar.

¹⁷ Vgl. ebda., S. 35.

Mögliche Ursachen für die stark gefallen Preise sind ein Überangebot durch fehlende Koordination der ProduzentInnen und die steigende Verfügbarkeit von recyceltem Platin. Darüber hinaus haben aber auch die Verwertungsketten und die HändlerInnen einen Einfluss auf den Preis.

Organisationen wie *Global Financial Integrity* (GFI) prangern immer wieder an, dass durch falsche Mengen- und Preisangaben beim Zoll illegal Kapital aus den ärmeren Produzentenländern in reichere Länder mit großem internationalen Kapitalmarkt verschoben werden. GFI schätzt, dass auf diese Weise jährlich zwischen 4 und 11 Prozent des Handelsvolumens, also bis zu 20 Milliarden Euro, verloren gehen.¹⁸ Grundlage für diese Schätzung sind Diskrepanzen in den Handelsdaten – also zwischen den von Südafrika gemeldeten Exporten und den von den Handelspartnern gemeldeten Importen aus Südafrika. Vergleicht man die Daten der UN Comtrade-Datenbank zu Platin,¹⁹ wird zunächst deutlich, dass sowohl die exportierten Mengen als auch der Wert der deklarierten Exporte weit unter dem Wert der Importe liegen. Auffällig sind ebenfalls die Daten zur Schweiz und Großbritannien, die weniger importieren, als sie laut südafrikanischen Daten eigentlich empfangen sollten.

	Exporte aus Südafrika (von Südafrika gemeldet)		Importe aus Südafrika (von Handelspartnern gemeldet)	
	kg	Dollar	kg	Dollar
alle	143.229	4.223.830.580,00	197.252	6.203.694.682,00
Schweiz	8.611	265.246.779,00	3.587	114.816.740,00
UK	39.289	1.136.173.743,00	34.685	1.042.879.734,00
Deutschland	18.655	551.366.123,00	20.777	653.518.556,00
China	5.609	171.325.913,00	44.546	1.449.968.554,00

Abbildung 7 Platinexport aus Südafrika, eigene Darstellung basierend auf UN-Comtrade-Daten²⁰

Für diese Diskrepanzen gibt es – neben illegalem Kapitalexport – eine Vielzahl weiterer möglicher Erklärungen, u. a. Fehler bei der Erfassung oder zeitliche Differenzen.²¹ Eine detaillierte Interpretation der Daten würde den Rahmen dieser Analyse sprengen.

¹⁸ Vgl. Joseph Spanjers/Matthew Salomon: Illicit Financial Flows to and from Developing Countries: 2005-2014. Washington 2017. Online verfügbar.

¹⁹ Vgl. <https://comtrade.un.org/data>; die Daten beziehen sich auf die Produktcodes 711011 (Platin, unwrought or in powder form) und 711019 (Platin, semi-manufactured).

²⁰ Ebda.

²¹ Vgl. dazu Volker Nitsch: Trade Misinvoicing in Developing Countries, CGD Policy Paper 103. 2/2017. Online verfügbar.

Welche Rolle BASF Metals spielt

BASF bezieht einen Teil seines Platins von Lonmin: BASF kaufte 2014 PGM im Wert von 450 Millionen und 2015 um 650 Millionen Euro, so die Zahlen auf Anfrage von AktionärInnen bei den BASF-Hauptversammlungen in den Jahren 2015 und 2016. Der Platinhandel von BASF wurde bis zum 1. September 2017 über die *BASF Metals GmbH* in der Schweiz abgewickelt; seitdem laufen die Geschäfte über die *BASF Metals Limited* in London,²² die wiederum Tochtergesellschaft der *BASF Catalysts UK Holding Limited* und schließlich indirekt der *BASF Netherlands B.V.* zugehört.

BASF Metals Limited hatte 2016 insgesamt 27 Angestellte, die für den Handel mit wertvollen Metallen (darunter Platin) zuständig waren, machte einen Gewinn von 24 Millionen Pfund und zahlte darauf 4,8 Millionen Pfund Steuern. *BASF Metals* ist einer der größten Platinhändler an der *Londoner Metallbörse* (LME) und legt zusammen mit den drei Banken *Goldman Sachs*, *HSBC* und *Standard Bank* (South Africa, Chair) sowie seit Kurzem auch *Johnson Matthey* (einem weiteren Katalysatorenhersteller) zweimal am Tag die Preise für den physischen Handel mit Platin fest.²³ In einer Anklageschrift von 2014 wird u. a. *BASF Metals* von einem Schmuckproduzenten der Preismanipulation beschuldigt.²⁴

Ausblick

Wie die vorliegende Analyse der Konzernstrukturen von BASF zeigt, fehlt eine ganze Reihe von Daten, um abschließend beurteilen zu können, wie die jeweiligen Anteile am Profit aus dem Platinhandel und der darauf aufbauenden Produktion von Katalysatoren weltweit verteilt sind und wie hoch der Sozialbeitrag von BASF in Form von Steuern in den beteiligten Ländern ist. Die verfügbaren Daten weisen jedoch darauf hin, dass sowohl die Profite aus dem Platinhandel als auch die von BASF gezahlten Steuern nicht fair – also entsprechend der zugrunde liegenden wirtschaftlichen Aktivität verteilt sind. Mit wenigen kleinen Änderungen könnten BASF oder der Gesetzgeber für eine bessere Datenlage sorgen und damit die Grundlage für Verbesserungen legen.

Die Europäische Union könnte die Firma BASF dazu zwingen, ihre Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen für jedes Land, in dem sie aktiv ist, offenzulegen und es damit der Öffentlichkeit und den Steuerbehörden einfacher machen, zu beurteilen, ob Gewinne verschoben werden. Als Folge der *OECD-Initiative gegen Gewinnverschiebung und Steuer-*

vermeidung (BEPS) von 2015 und deren Umsetzung durch die *EU-Richtlinie gegen Steuer-
vermeidung*²⁵ müssen multinationale Unternehmen ab einem Umsatz von 750 Millionen Dollar seit 2016 diese Daten mit einigen Steuerbehörden teilen, darunter auch mit denjenigen in Südafrika. Die meisten anderen Steuerbehörden in Afrika und in anderen Entwicklungsländern haben allerdings weiterhin keinen Zugang. Eine Veröffentlichung der länderbezogenen Berichterstattung würde dieses Problem beheben und den Druck auf die Steuerbehörden erhöhen, auch aktiv zu werden. Einige Firmen – darunter zum Beispiel Banken und Bergbauunternehmen aus der EU – müssen ihre Berichte bereits jetzt veröffentlichen. Eine 2017 vom Europaparlament angenommene Richtlinie würde diese Pflicht auf alle anderen Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Millionen Euro ausweiten.²⁶

Südafrika könnte zum Beispiel dafür sorgen, dass in Südafrika tätige Unternehmen ihre Jahresabschlüsse vor Ort veröffentlichen, die Kontrollen bei Steuerbehörden und Zoll stärken und sich weiterhin für einen vollwertigen UN-Ausschuss zum Thema Steuern einsetzen.²⁷ Darüber hinaus könnte das Land als Teil der weltweit aktiven *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) für mehr Transparenz im Bergbausektor sorgen (siehe hierzu den Beitrag von Michael Reckordt, S. 186).

Schließlich könnte BASF das Lobbying um die bestehenden Steuergesetze einstellen und sich für eine verbesserte Unternehmensbesteuerung – zum Beispiel über den Vorschlag einer einheitlichen Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage auf Ebene der EU – einsetzen. Auch zusätzliche Transparenz im Jahresbericht und eine noch ernster gemeinte Unternehmensverantwortung, auch für die Lieferkette und über die vielen öffentlichen Erklärungen und bestehenden Bemühungen hinaus, sind zumindest nicht verboten.

²² Vgl. BASF-Medienmitteilung vom 19.10.2016, unter: www.basf.com/documents/ch/20161019-BASFMetals-PI-DE-final.pdf.

²³ Vgl. www.lme.com/metals/precious-metals/platinum; www.apps.catalysts.basf.com/apps/eibprices/mp

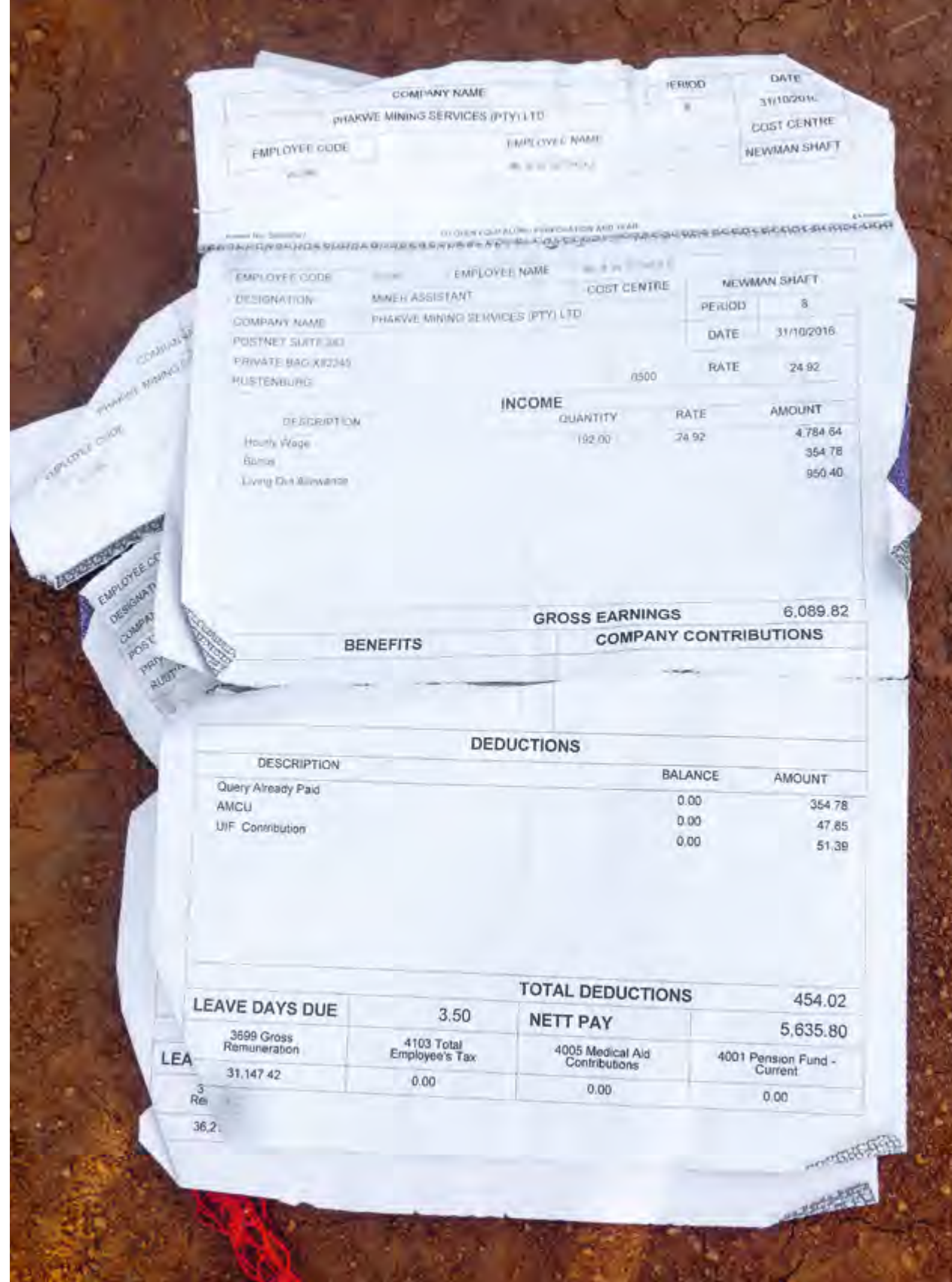
²⁴ Der Fall findet sich online unter der Referenz 1:14-cv-09391-GHW unter: *The Platinum and Palladium Antitrust Litigation*, U.S. District Court, Southern District of New York.

²⁵ Es handelt sich um die Richtlinie 2016/1164 vom 12.7.2016. Online verfügbar.

²⁶ Mitentscheidungsverfahren COD 2016/0107. Online verfügbar.

²⁷ Vgl. die Rede von Mahalatsa Mminele zum Thema: www.un.org/esa/ffd/wp-content/uploads/2017/04/ICTM2017_Presentation_SouthAfrica.pdf.

- Lohnzettel eines Arbeiters vom Oktober 2016, der indirekt über eine Zeitarbeitsfirma bei Lonmin angestellt ist. Der Lohn beträgt umgerechnet ca. 220 Euro, Kranken- und Rentenversicherung sowie Sozialleistungen sind nicht enthalten. Seit langem thematisieren ArbeiterInnen, Gewerkschaften, WissenschaftlerInnen und AktivistInnen, dass die ZeitarbeiterInnen dieselbe Arbeit wie die Angestellten von Lonmin leisten, aber weniger als die Hälfte des regulären Lohns erhalten.
- 316 Einige Mitglieder des aktivistisch-künstlerischen Kollektivs *Schwabinggrad Ballet* bei der Bündnisdemonstration *Solidarity Without Borders* gegen den G20-Gipfel am 8. Juli 2017 in Hamburg.





**SO-CALLED
LEADERS
OF THE WORLD
JUDGEMENT DAY
WILL COME!**

VON BASF ÜBER VOLKSWAGEN BIS ZUR WELTBANK DEUTSCHLANDS VERSTRICKUNGEN IN DAS MASSAKER VON MARIKANA

Patrick Bond

Im Dezember 2017 bangten Investoren in London und Johannesburg um das Überleben von Lonmin, einem Unternehmen, das ursprünglich 1909 als *London and Rhodesian Mining and Land Company Limited (Lonrho)* gegründet worden war.¹ Ein wesentlicher Grund für den Niedergang des Bergbaukonzerns waren die Nachwirkungen des Massakers von Marikana, bei dem am 16. August 2012 34 Arbeiter ums Leben gekommen sind. Dieses Massaker sowie weitere Verbrechen, die Lonmin gegen die lokale Bevölkerung, seine Beschäftigten und die Umwelt begeht, müssen im Kontext des globalen Kapitalismus und dessen Logik betrachtet werden, nicht zuletzt, weil deutsche Unternehmen wie BASF und damit mittelbar auch *Volkswagen (VW)* und andere Automobilhersteller,² sowie die Weltbank³ in diese verwickelt sind.

¹ Vgl. Patrick Bond: In South Africa, Ramaphosa rises as Lonmin expires. In: Pambazuka, 20.12.2017.

² BASF ist das weltgrößte Zulieferunternehmen für die Automobilindustrie.

³ Siehe auch die Weltbank-kritische NGO: www.brettonwoodsproject.org

Berücksichtigt man die größeren Zusammenhänge, dann handelt es sich bei dem Folgenden um mehr als nur eine Fallstudie eines Konzerns, der seiner gesellschaftlichen Verantwortung nicht ausreichend nachkommt. Lonmin ist kein »Ausreißer« in einem Industriezweig wie dem Bergbausektor, der in Bezug auf die Einhaltung von Standards alles andere als vorbildlich ist. Anhand des Massakers von Marikana lassen sich verschiedene Verflechtungen aufzeigen, die ansonsten im Hintergrund bleiben. Es dürfte wohl kaum eine Aussicht auf die Lösung der Probleme in Marikana geben, wenn nicht die größeren Verbindungen zwischen Lonmin und einem auf Profitmaximierung abzielenden Wirtschaftssystem in den Fokus gerückt und angegangen werden.

Es liegt nahe, mit Cyril Ramaphosa⁴ zu beginnen, dem wohl bekanntesten Protagonisten in dieser Geschichte, dem bis heute eine Mitverantwortung an dem Massaker vorgeworfen wird. Es existieren belastende E-Mails, wonach Ramaphosa als der wichtigste südafrikanische Anteilhaber von Lonmin am Vortag des Massakers mehrfach verlangt habe, die Polizei möge »umgehend mit den feigen Kriminellen abrechnen« (siehe hierzu den Beitrag zur Aufarbeitung des Massakers, S. 46). Gemeint waren damit die Bergleute, die damals in einen sogenannten *wilden* Streik getreten waren. Er sollte sich für seine Wortwahl erst fünf Jahre später entschuldigen, und ganz sicher habe er kein Massaker gewollt. Zeugenaussagen ihm untergeordneter Polizeibeamter vor der Farlam-Kommission⁵ zeichnen jedoch ein anderes Bild: Sie hatten Ramaphosas E-Mails demnach so ausgelegt, dass es ihre Pflicht gewesen sei, tödliche Gewalt anzuwenden, nachdem sie die Streikenden auf dem Hügel in Marikana umzingelt hatten.⁶

⁴ Cyril Ramaphosa ist ein ehemaliger Gewerkschaftsführer der *National Union of Mineworkers (NUM)*, ANC-Veteran und seit dem 15.2.2018 amtierender Präsident von Südafrika.

⁵ Untersuchungskommission zum Massaker unter Vorsitz des pensionierten Richters Ian Farlam (2012–2016).

⁶ Vgl. hierzu Farlam-Kommission: Marikana Commission Of Inquiry: Report On Matters of Public, National And International Concern Arising Out Of The Tragic Incidents At The Lonmin Mine In Marikana. In The North West Province, Pretoria 2015.

Vor allem Generalleutnantin Zukiswa Mbombo machte vor der Farlam-Kommission diesbezüglich wichtige Aussagen: Sie berichtete, der für die Polizei zuständige Minister Mthethwa habe ihr gesagt, dass Cyril Ramaphosa am Telefon Druck mache. Am Abend vorher habe die Polizeichefin sie gefragt, wer die Aktionäre [von Lonmin] seien, und sie habe geantwortet, dass sie das nicht wisse, dass der Minister allerdings Ramaphosa erwähnt habe. Daraufhin habe die Polizeichefin gesagt, dass sie damit »richtig liege«. In diesem Zusammenhang verwies die Zeugin Mbombo auch darauf, dass Ramaphosa die Kommission geleitet hatte, die Julius Malema aus dem ANC ausgeschlossen hatte. [Anm.: Malema war Leiter der ANC-Jugend-Liga und wurde 2012 aus dem ANC ausgeschlossen. Ein Jahr später gründete er die Oppositionspartei *Economic Freedom Fighters*.] Ramaphosa soll »sehr entschlossen« hinter der gefällten Entscheidung gestanden haben. Weiterhin berichtete sie, Malema habe bereits beim Konflikt in der Impala-Mine verhandelt, und dort sei es der Polizei nach seiner Intervention gelungen, die Situation in den Griff zu bekommen. In dem Gespräch mit der Polizeichefin sei ihr klar geworden, dass man befürchtete, wenn Malema erneut gelänge, die Situation in Marikana zu entschärfen, es so aussehen könnte, als sei er derjenige, der die Kontrolle über die Minen habe. Die Polizeichefin habe hinzugefügt, dass allgemein bekannt sei, dass Malema für eine Verstaatlichung der Minen eintrete und das Ganze von daher eine »schwerwiegende politische Bedeutung« habe, die mit in Betracht gezogen werden müsse. Sie habe ihren Leuten daher befohlen, »diese Geschichte im Keim zu ersticken«.

In seinem Buch »How Europe Underdeveloped Africa« zeigte der Historiker Walter Rodney am Beispiel des multinationalen Konzerns *Unilever* die Verbindungen zwischen dem Globalen Norden und Süden auf. »Zur Beantwortung der Frage, wer und was Schuld an der Unterentwicklung Afrikas trägt, bedarf es der Betrachtung von mindestens zwei Ebenen. Zum einen ist es die Funktionsweise des imperialistischen Systems selbst, das wesentliche Verantwortung für die verzögerte wirtschaftliche Entwicklung Afrikas trägt. Indem es die Reichtümer Afrikas für sich ausbeutet, verhindert es eine Nutzung der einheimischen Ressourcen zugunsten des Kontinents. Zum anderen gibt es Personen, die das System manipulieren oder als Agenten des Systems oder dessen ahnungslose Komplizen fungieren.«⁷

In den auf das Massaker folgenden Jahren konnte Cyril Ramaphosa von einer immer wieder in der Öffentlichkeit kolportierten Behauptung profitieren. Neben vielen anderen schrieb zum Beispiel der *New-York-Times*-Journalist Norimitsu Omishi: »Zwar wurde Ramaphosa anfangs bezichtigt, seinen politischen Einfluss ausgenutzt zu haben, um auf ein hartes Durchgreifen der Polizei zu drängen. Eine offizielle Untersuchung des Massakers sprach ihn jedoch von jeglicher Schuld frei.«⁸ Tatsächlich war Richter Ian Farlam zu dem Schluss gelangt: »Für die Kommission besteht nicht einmal *prima facie* [dem ersten Anschein nach] eine Grundlage anzunehmen, dass Herrn Ramaphosa Schuld an den ihm vorgeworfenen Verbrechen trifft.«⁹

Die Farlam-Kommission verzichtete auch darauf, strukturelle Prozesse und Unternehmensprivilegien zu thematisieren und in ihre Untersuchung einzubeziehen, obwohl diese Strukturen ja, wie Rodney es ausdrückt, »maßgeblich für das Funktionieren des imperialistischen Systems sind«. Das erklärt auch das Schweigen der Kommission zu einigen zentralen Aspekten des Massakers von Marikana.

Allerdings konnte Farlam das offensichtliche Elend, unter dem BergarbeiterInnen in Marikana leiden, nicht völlig ignorieren.¹⁰ Im Abschlussbericht ist davon die Rede, dass bei Lonmin »eine Situation vorherrschte, die Spannungen, Arbeitskonflikte und Streitigkeiten zwischen den Beschäftigten schürte«. So sei das Unternehmen etwa seiner Verpflichtung, für eine angemessene Unterbringung seiner ArbeiterInnen zu sorgen, nicht nachgekommen. Diese Verpflichtung ist gesetzlich in den Sozialplänen geregelt, Lonmins Minenlizenz hängt von deren Einhaltung ab.¹¹ Zwischen 2007 und 2011 hätte Lonmin eigentlich 5.500 Häusern für die Unterbringung seiner ArbeiterInnen bauen

müssen (zu Gesamtkosten von 665 Millionen Rand¹²). Zum Zeitpunkt des Massakers hatte Lonmin jedoch nur drei, zudem noch unbewohnbare Musterhäuser errichtet. Lonmin verstieß also gezielt gegen den Sozialplan, obwohl sich das Unternehmen bewusst war, dass es »damit seine Bergbaukonzessionen riskierte«¹³ (siehe hierzu das Interview mit Gavin Capps, S. 88).

Es ist bezeichnend, dass der Abschlussbericht der Farlam-Kommission andere Fragen gar nicht berührte. So wird etwa das für die Arbeits- und Lebensbedingungen und damit auch für die Unterbringung der Beschäftigten maßgeblich verantwortliche *Lonmin Transformation Committee* mit keinem Wort erwähnt. Eben diesem Gremium saß Ramaphosa ab November 2010 vor. Es hätte in seinem Ermessen gelegen, ein Notfallprogramm für den Bau von Wohnungen zu verabschieden, um die verlorene Zeit wieder aufzuholen. Lonmin begründete das Versäumnis, die Vereinbarung zum Bau von Wohnhäusern zu erfüllen, mit verschiedenen und wechselhaften Ausreden.¹⁴ Diejenige, die die Geschäftsleitung am stärksten bemühte, deckt sich mit Ramaphosas Aussage vor der Farlam-Kommission: mangelnde Liquidität, bedingt durch den globalen Finanzcrash 2008, der die Nachfrage nach Platin vorübergehend einbrechen ließ. So heißt es in einem Geschäftsbericht von Lonmin aus dem Jahr 2009: »Die finanzielle Situation des Unternehmens, die durch die Auswirkungen der Weltwirtschaft auf den Platinpreis angespannt ist, hat dazu geführt, das Wohnungsbauprogramm zu überdenken.«¹⁵

Wirklich haltbar ist diese Argumentation allerdings nicht. Erstens hätte der Bau bereits 2007/08 beginnen müssen. Zu diesem Zeitpunkt sollten die ersten 2.000 Häuser fertiggestellt sein (selbst die Farlam-Kommission hat diese Entschuldigung als »nicht haltbar« zurückgewiesen¹⁶). Zweitens wurden zur gleichen Zeit 148 Millionen US-Dollar aus Südafrika in die Steueroase Bermuda überwiesen, angeblich um damit eine größere Marketingabteilung des Unternehmens zu finanzieren. Tatsächlich existierte diese Abteilung überhaupt nicht und im entsprechenden Büro in Bermuda saßen nur zwei Scheinangestellte. Ramaphosa war über seine Firma *Shanduka* und über deren Mehrheitsanteile an der Firma *Incwala Resources* direkt in diesen Steuerskandal verwickelt. (siehe hierzu ausführlich das Interview mit Gavin Capps auf S. 88). Jahrelang habe sich *Incwala Resources*, wie einer der Anwälte von Lonmin aussagte, »gegen eine Umstrukturi-

7 Walter Rodney: *How Europe Underdeveloped Africa*. London 1973.

8 Vgl. hierzu Lameez Omarjee: *World Bank watchdog to probe social, labour complaint against Lonmin*. In: *fin24*, 9.12.2017; David Everatt: *South Africans are trying to decode Ramaphosa (and getting it wrong)*. In: *The Conversation*, 10.1.2018.

9 Vgl. Farlam-Kommission. S. 438.

10 Vgl. Farlam-Kommission. S. 522.

11 Vgl. ebd.; S. 557.

12 Beim Höchststand des Rand Mitte 2011 wären dies rund 106 Mio. US-Dollar gewesen, Anfang 2016, nach massivem Kursverfall nur noch 37 Mio. US-Dollar.

13 Farlam-Kommission.

14 Vgl. Amnesty International: *Smoke and Mirrors: Lonmin's failure to address housing conditions at Marikana, South Africa*. Johannesburg, 2016. Online verfügbar.

15 Vgl. Farlam-Kommission. S. 534.

16 Vgl. Farlam-Kommission. S. 526.

rierung gewehrt«, mit der dieser Mittelabfluss gestoppt werden sollte.¹⁷ Drittens schütete das Unternehmen zwischen 2007 und 2011 über 600 Millionen US-Dollar an Gewinnen und Dividenden an die Aktionäre von Lonmin und *Incwala* aus. Mit einem Anteil von 15 Prozent dieser Summe wären die Kosten für den Wohnungsbau bereits gedeckt gewesen.¹⁸ Viertens hätte Ramaphosa als Vorsitzender des *Lonmin Transformation Committee* Zugang zu einem Kredit der Weltbank in Höhe von 100 Millionen US-Dollar gehabt. Dieser war bereits lange vor der Finanzkrise zugesagt worden und hätte für den Bau von Wohnheimen und Häusern für Lonmins Angestellte zur Verfügung gestanden.

In seiner Zeugenaussage vor der Farlam-Kommission ließ Ramaphosa die Rolle der Weltbank unerwähnt, die ihr Entwicklungsprojekt in Marikana auch nach dem Massaker weiterhin als Erfolgsgeschichte verkaufte. Die Kommission hat den Zusammenhang zwischen der Tötung der streikenden Bergleute durch die Polizei in einer südafrikanischen Platinmine und den höchsten Ebenen des globalen Kapitalismus bewusst verschleiert – insbesondere die finanziellen Verflechtungen und Verbindungen zu Steueroasen und multilateralen Kreditgebern transnationaler Unternehmen. Ebenso wenig befasste sie sich mit der Verantwortung der Endabnehmer der von Lonmin gelieferten Rohstoffe.

Hier kommt BASF ins Spiel und damit auch VW. BASF ist einer der weltgrößten Abnehmer und Verarbeiter von Platin, das zum Beispiel für die Herstellung von Dieseltalkatalysatoren benötigt wird, die wiederum zentraler Gegenstand des Ende 2015 bekannt gewordenen VW-Abgas-Skandals sind.

Deutschlands Verbindungen zum Massaker von Marikana bestehen auf zwei Ebenen: Neben der Verbindung über BASF und den VW-Konzern ist Deutschlands wichtige Rolle in der Weltbank zu nennen, die schwere Verbrechen begangen hat, um sich einen Anteil an den illegitimen Profiten Lonmins zu sichern. Selbst für die Bank arbeitende WissenschaftlerInnen räumen ein, dass die Ausbeutung afrikanischer Rohstoffe durch multinationale Konzerne eine wesentliche Ursache der Unterentwicklung des Kontinents ist. Jährlich führt dies dort zu einem Verlust von mindestens 100 Milliarden US-Dollar an

¹⁷ Dies war das dritte Mal, dass Ramphosas dubiose internationale Finanzgeschäfte öffentlich wurden. Wie die »Paradise Papers« Ende 2017 aufdeckten, nutzte Ramphosas Unternehmen für seine zwielichtigen Geschäfte auch Konten auf Mauritius. Zudem zog er in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender des größten afrikanischen Mobilfunkbetreibers MTN, dem illegale Kapitalflucht vorgeworfen wird, überall auf dem Kontinent Kritik auf sich.

¹⁸ Ein gängiger Ansatz wäre gewesen, die Häuser gegen eine nominale Nutzungsgebühr zu vermieten und Lonmins Wohnbeihilfen zu streichen. Dann hätten die Häuser sogar im Besitz des Unternehmens bleiben können. Angemessene Unterkünfte für die ArbeiterInnen hätten also gestellt werden können, obwohl, wie Lonmin hervorhob, die ArbeiterInnen das finanziell aus eigener Kraft nicht hätten stemmen können. Auf Wunsch hätten die ArbeiterInnen auch ihr Haus auf dem Land behalten können. Für die meisten war dieses Haus wichtiger, sahen sie doch ihren Aufenthalt und Arbeit in Marikana nur als temporär an und wollten daher keine größere Investition an einem weit abgelegenen Ort tätigen, dessen Existenz allein vom Platinabbau abhängt.

natürlichem Kapital, der nicht durch Investitionen aus dem Ausland ausgeglichen wird.¹⁹ Das, was Walter Rodneys für die Vergangenheit beschrieben hat – die Rolle Europas bei der Unterentwicklung Afrikas²⁰ –, wird hier fortgesetzt. Und Lonmin (hauptsächlich in britischer Hand) und die deutschen Firmen BASF und VW lassen sich hierbei eindeutig im Zentrum des Geschehens verorten. Neuerdings beteiligen sich an diesem Deal nicht nur Unternehmen aus dem Globalen Norden, sondern auch Konzerne aus den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika).²¹ Gut möglich, dass sie das Erbe des einstmals lukrativen, aber jetzt finanziell und moralisch bankrotten deutsch-britischen Arrangements mit Lonmin antreten werden.

Reduzierte Nachfrage nach Platin durch Dieselgate und Lonmins Niedergang

Der außergewöhnliche Hang des globalen Kapitalismus, Krisen herbeizuführen, ist hauptverantwortlich für die enormen Schwankungen der internationalen Rohstoffpreise. So kletterte im Superzyklus (2002 bis 2011) der Preis für eine Unze Platin zunächst von 500 auf 2.270 US-Dollar im Jahr 2007, um sich nach dem Crash auf knapp unter 1.000 US-Dollar einzupendeln. Dieser Umstand und das katastrophale Management ließen Lonmins Börsenwert von 28,6 Milliarden US-Dollar im Jahr 2007 auf bescheidene 383 Millionen US-Dollar Ende des Jahres 2017 abstürzen. Für diesen Preis sollte das südafrikanische Bergbauunternehmen *Sibanye-Stillwater* Lonmin übernehmen.

2015 fiel der Platinpreis von 1.500 auf gut 900 US-Dollar und stagnierte seitdem auf einem Niveau, das für fast die Hälfte aller Bergwerke Südafrikas nicht mehr profitabel ist. Mitschuld an dieser Entwicklung war VWs Eingeständnis, dass die tatsächlichen Emissionen seiner Dieselmotoren, in denen das Platin verbaut wird, viel höher waren als angegeben. Eine softwarebasierte Abschalteneinrichtung hatte eine geringere Stickoxid-emission simuliert, weswegen VW mit Motoren auf den Markt gelangte, die die gesetzlichen Grenzwerte um fast das 40-fache überschritten. Stickoxid ist nicht nur gefährlich, weil es Smog und Asthma verursacht, es ist auch ein 300-mal potenteres Treibhausgas als CO₂. Der weltgrößte Automobilhersteller wurde für diesen Betrug in den USA zur Zahlung einer Strafe in Höhe von über 15 Milliarden US-Dollar verurteilt.

Huw Daniel, einer der größten Platinhändler der Welt, begründet in der Wochenzeitschrift *Mining Weekly* (2017) das anhaltend große Überangebot von Platin folgendermaßen: »Im Zuge von *Volkswagens* Abgas-Skandal und der zunehmenden Ablehnung von Dieselmotoren ist die Nachfrage nach Platin gesunken und die nach Palladium ge-

¹⁹ Vgl. Glenn-Marie Lange/Quentin Wodon/Kevin Carey (Hg.): *The changing wealth of nations 2018* (Im Auftrag der Weltbank). Washington DC 2018.

²⁰ Vgl. Walter Rodney: *How Europe Underdeveloped Africa*. London 1973.

²¹ Vgl. Patrick Bond/Ana Garcia (Hg.): *BRICS: An anti-capitalist critique*. Johannesburg 2015.

stiegen.«²² 40 Prozent der gesamten Platinnachfrage von 8,5 Millionen Tonnen im Jahr 2016 gingen laut Daniel auf das Konto der Automobilindustrie.²³ Nach Bekanntwerden des Betrugs von VW beklagte der Journalist Jo Confino die weitreichenden Folgen des Verhaltens des deutschen Automobilkonzerns: »Volkswagens Agieren wird die Zyniker befeuern, die die Versprechen von Unternehmen in Bezug auf den Klimawandel und die Ressourcenknappheit als reine Lippenbekenntnisse abtun [...] VWs Abgas-Skandal zeigt, wie tief die Unternehmenskultur vom Prinzip der Profitmaximierung durchdrungen ist. Im Ernstfall stellen die meisten Unternehmen Profit über jedwede moralischen Beweggründe für Veränderung und sind für kurzfristige Profite sogar bereit zu betrügen.«²⁴

Lonmin hätte schon seit Längerem Ansätze zur Reduktion von Emissionen unterstützen müssen, etwa den Einsatz von Platin in den Brennstoffzellen neuartiger Autos, Busse und anderer Fahrzeuge. Platin kommt als Katalysator bei der Verstromung von Wasserstoff zum Einsatz und da derzeit verschiedene Übergangsprozesse geprüft werden, sollten damit die Vorzüge von Platin besser nachzuvollziehen sein. Steve Phiri, Vorstandsvorsitzender von *Royal Bafokeng Platinum*, einem der führenden Unternehmen im Bergbausektor, erklärte 2017: »Unsere Botschaft insbesondere an die Kontrollbehörden und die Regierung lautet: Man kann nicht 80 Prozent der weltweiten Platingruppenmetalle produzieren und trotzdem nur bei Schadstoffklasse *Euro 2* sein.«²⁵ Damit bezog er sich auf die lächerlich niedrigen Umweltstandards, zu deren Einhaltung der südafrikanische Staat die Bergbau- und Energieindustrie, den sogenannten *Minerals-Energy Complex* (MEC), über die Jahre verpflichtet hat.

Der Absturz von Lonmin ist auch deshalb bedeutsam, weil zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Buches (April 2018) der weltweite Platinmarkt immer noch übersättigt ist. Inzwischen ist Lonmin vom Johannesburger Unternehmen *Sibanye-Stillwater* übernommen worden, das von Neal Froneman geleitet wird. Froneman ist berüchtigt dafür, die Profite über größeren Druck auf die Margen zu erhöhen. Beim Kauf von Lonmin im Dezember 2017 verkündete er, dass das wichtigste Motiv für die Übernahme war, Lonmins relative Preisvorteile und die Verhüttungsüberkapazitäten abzubauen. Bis 2020 sollen jährlich 100 Millionen US-Dollar eingespart werden, unprofitable Schächte geschlossen und 38 Prozent der 33.000 Angestellten entlassen werden.

Außerdem warnte Froneman davor, den Konzern weiterhin wegen der wiederholten Missachtung von Sozialplänen und Arbeitnehmerrechten anzugreifen: »Diese Beschwerden vonseiten unzufriedener Communities und des Bergbauministeriums müssen auf-

²² Palladium wird als Katalysator für Benzinmotoren eingesetzt.

²³ Vgl. Ilan Solomons: Platinum industry redoubling marketing efforts in the midst of oversupply. In: *Mining Weekly*, 28.7.2017.

²⁴ Jo Confino: After the Volkswagen emissions scandal, why should we trust companies to protect the environment? In: *Huffington Post*, 21.9.2015; vgl. hierzu auch das Interview mit Dinah Rajak, S. 264.

²⁵ Martin Creamer: Introduce stringent anti-emission laws – Royal Bafokeng Platinum. In: *Mining Weekly*, 2.8.2017.

hören, damit wir unsere Arbeit in Ruhe fortsetzen und langfristig mehr erreichen können.«²⁶ Allerdings scheint dieser Appell wenig gefruchtet zu haben, zumindest nicht bei den Gewerkschaften. Joseph Mathunjwa, Vorsitzender der *Association of Mineworkers and Construction Union* (AMCU) und damit einer der wichtigsten Interessenvertreter der Beschäftigten von Lonmin, verkündete jedenfalls: »Wir werden uns mit der Bevölkerung in der Umgebung von Lonmin zusammentun, um die Interessen der Arbeiter und der vom Bergbau betroffenen Anwohner zu verteidigen. Dies ist eine Warnung an die neuen Besitzer und gegenwärtige Aktionäre: Wir werden kämpfen und nicht in Ruhe zuschauen, wie die Zukunft unserer Mitglieder zerstört wird.«²⁷

Die Geschäfte mit dem Elend in Marikana

Der Einfluss Deutschlands auf die Weltbank ist beträchtlich. Einer ihrer fünf höchsten Funktionäre wird von Berlin gestellt. Er oder sie »repräsentiert Deutschland bei der Weltbank und ist gemeinsam mit den anderen Vorstandsmitgliedern direkt an Konsultationen und Verhandlungen beteiligt, die dazu dienen, Unterstützung für die Anstrengungen der Weltbank in ihrem Kampf gegen Armut zu gewinnen«, wie es auf der Webseite der Weltbank heißt.

Deutschland trat der Weltbank 1952 bei und besitzt heute einen Anteil von 4,31 Prozent. Größere Anteile halten nur noch die USA (17,17 Prozent), Japan (7,39 Prozent) und China (4,76 Prozent).²⁸ Deutschlands Position als wichtigste Volkswirtschaft der Europäischen Union stärkt den Einfluss des Landes in der Bank noch zusätzlich. Zusammen mit Peking ist Berlin heute die wichtigste Hauptstadt des globalen Neoliberalismus, noch vor dem von Trump regierten Washington und dem durch den Brexit geschwächten London. Deutschlands enormer Einfluss wurde unter anderem deutlich, als der Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gerd Müller, Ende 2016 dem Präsidenten der Weltbank, Jim Yong Kim, empfahl, keine weiteren fossilen Energieprojekte mehr zu finanzieren. Sechs Monate später erklärte Kim dies zur neuen offiziellen Bankpolitik.²⁹

²⁶ Brendan Ryan: Neal Froneman plays hardball with the DMR on Lonmin takeover. In: *miningmx*, 14.12.2017. Online verfügbar.

²⁷ Brendan Ryan: AMCU comes out swinging at Sibanye's takeover of Lonmin. In: *miningxm*, 15.12.2018. Online verfügbar.

²⁸ Ähnliche Abstimmungsverfahren gibt es auch bei der Schwesterinstitution der Bank, beim Internationalen Währungsfond (IWF). Der IWF wurde zwischen 2000 und 2004 von Horst Köhler angeführt, der nach seinem Rücktritt deutscher Bundespräsident wurde.

²⁹ Ein Kredit der Bank über 3,75 Mrd. US-Dollar an *Eskom* zur Finanzierung des viertgrößten Kohlekraftwerks der Welt in Südafrika war ein weiterer Gegenstand von Streit, der Anfang 2018 eskalierte, als *Eskom* den Kredit nicht mehr zurückzahlen konnte. Diesen Kredit, der ursprünglich von dem weitgehend diskreditierten Weltbank-Präsidenten Robert Zoellick 2010 gewährt worden war, sollte man als illegitime Schuld (odious debt) betrachten, deren Rückzahlung von südafrikanischer Seite – sollte dort jemals eine integre Regierung gewählt werden – zu verweigern ist. Vgl. hierzu Patrick Bond: *Politics of Climate Justice*. Pietermaritzburg 2012.

In jüngerer Zeit gehörten Ursula Müller (2014 bis 2017), sowie derzeit Claus-Michael Happe und Jürgen Zattler dem Bankdirektorium an. Obwohl es seit Jahren Streit über die Profite der Bank aus dem Lonmin-Geschäft und über das Versagen der IFC bei der Investitionsaufsicht gibt, bewahren alle hierzu Stillschweigen. In seltenen Fällen hat sich der oder die RepräsentantIn Deutschlands kritisch gegenüber einzelnen Projekten geäußert, wie etwa 2006 gegen das Unternehmen Newmont Mining nach der Aufdeckung von erheblichen Mißständen durch *Brot für die Welt*.

Das Versäumnis der Farlam-Kommission im Jahr 2015, die finanziellen Verwicklungen des Wohnungsbauprogramms von Lonmin aufzudecken, ging einher mit der Nicht-Thematisierung der Rolle der Weltbank bei diesem Skandal. Während sich die ArbeiterInnen bei Lonmin damit begnügen sollten, in Häusern und Wohnungen zu leben, die noch nicht einmal die Standards des 19. Jahrhunderts erfüllen,³⁰ schüttete Lonmin zwischen 2007 und 2011 Dividenden in Höhe von über 600 Millionen US-Dollar aus.³¹ Eine Institution, die davon profitierte, war die *International Finance Corporation* (IFC), eine Unterorganisation der Weltbank, die zuständig für Investitionen in den Privatsektor ist. Ab 2007 steckte die IFC 15 Millionen US-Dollar an Eigenkapital in das Bergbauunternehmen, um damit »ein umfassendes Entwicklungsprogramm für die umliegenden Siedlungen und die lokale Wirtschaft« zu finanzieren.³² Zusammen mit einem weiteren, später erworbenen Aktienpaket im Wert von 35 Millionen US-Dollar brachte dies die *Investment-und-Advisory-Dienste* der IFC mit an Bord. Zusammen sollten sie Lonmin bei der Umsetzung seiner sozialen Entwicklungsstrategien unterstützen. Zusätzlich zu dieser Kapitalbeteiligung von 50 Millionen US-Dollar genehmigte der Präsident der Weltbank, Robert Zoellick, Lonmin einen Kredit in Höhe von 100 Millionen US-Dollar, der allerdings nie in Anspruch genommen wurde.

Der erfahrene Wirtschaftsjournalist Rob Rose zitierte den Vorstandsvorsitzenden von Lonmin, Brad Mills, folgendermaßen: »Der Plan ist gewesen, mit den [100 Millionen US-Dollar] ›blühende‹ Gemeinden rund um Lonmins Minen zu schaffen. Deren Bewohner sollten, wenn irgendwann die Platinvorräte erschöpft sein sollten und die Bergarbeiter die Gegend verlassen werden, zur ›oberen Mittelschicht‹ gehören und sich aus eigener Kraft erhalten können. [...] Lonmin wollte einen Teil des Geldes für den Bau von 5.000 Häusern für die Bewohner der umliegenden Siedlungen verwenden, von denen 600 bereits in diesem Jahr fertiggestellt werden sollten.«³³

30 Dick Forslund: The Bermuda Connection: Profit shifting, inequality and unaffordability at Lonmin 1999–2012. Alternative Information and Development Centre. Cape Town 2015.

31 Andy Higginbottom: The Marikana Massacre in South Africa. Unveröffentlichtes Manuskript, London 2017.

32 Anzumerken ist, dass die Weltbank ihre Investition in Lonmin in Hartwährung (US-Dollar) auf der Höhe des Rohstoffsuperzyklus tätigte. Zu diesem Zeitpunkt (2011) entsprach ein US-Dollar 6,3 südafrikanischen Rand. Die zweifelhafte Praxis der Weltbank ist es jedoch, Rückzahlungen in harter Währung zu vereinbaren, obwohl weiche Währungen wie der Rand nach Ende des Rohstoffbooms Ende 2011 massiv abgewertet wurden.

33 Rob Rose: World Bank body to put \$150M into Lonmin. In: Resource Investor, 13.3.2007. Laut Sozialplan hätten es eigentlich 5.500 bzw. 5.700 Häuser sein müssen.

Inzwischen brüstete sich die IFC in Washington mit den »Entwicklungserfolgen«, die seit der Einführung von »Best Practices« der IFC bei Lonmin erzielt worden seien, und betonte die Fortschritte, die von der wirtschaftlichen Entwicklung, über ein diskriminierungsfreies staatliches Auftragswesens bis hin zu besserer Bürgerbeteiligung und einem höheren Erwerbsanteil von Frauen reichen würden.³⁴

Die Wissenschaftlerin und Aktivistin Samantha Hargreaves hebt vor allem das allgemeine Machtgefälle zwischen den Geschlechtern hervor und beschreibt die Krisenhaftigkeit des auf Arbeitsmigration beruhenden Minensystems in Südafrika: »Bei den Ereignissen in Marikana ging es um viel mehr als nur um einen Streik für höhere Löhne. Es ging auch um die Krise der sozialen Reproduktion. Die Vernachlässigung vonseiten des Staates und unternehmerische Habgier sind mitverantwortlich für zahlreiche Familienkrisen, die sich in den Minenregionen selbst, in den Herkunftsorten der Arbeiter in zum Teil weit entfernten Gegenden und teilweise sogar in den benachbarten Ländern beobachten lassen.«³⁵ (siehe hierzu den Beitrag von Asanda Benya und Judy Seidman, S. 108)

Besonders begeistern konnte sich die Bank für die Bemühungen Lonmins um mehr Geschlechtergerechtigkeit.³⁶ Zudem, so lobte die IFC, habe das Unternehmen Richtlinien für die Umsiedlung von Anwohnern eingeführt, die in vollem Einklang mit den entsprechenden Vorgaben der Weltbank seien. Auf Grundlage des Restitutionsgesetzes aus dem Jahr 1994 (*Land Rights Act 22*) suche das Unternehmen nach einvernehmlichen Lösungen für mehrere ungelöste Fälle von Landansprüchen, die vor 2011 gestellt wurden und von speziell hierfür eingerichteten regionalen Kommission und Gerichten behandelt werden.³⁷

All diese Propaganda der IFC konnte das Missmanagement bei Lonmin allerdings nicht überdecken. 2007, zu Beginn des Engagements der IFC, ebenso wie 2012, nachdem die Hauptarbeit der IFC abgeschlossen war, berichtete die *Bench Marks Foundation* über das Versagen von Lonmin in zentralen Bereichen der sozialen Unternehmensverantwortung. Beide Berichte thematisierten Mängel und Versäumnisse auf verschiedenen Ebenen: bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, bei der Zusammenarbeit mit Subunternehmen (darunter Vermittlungsagenturen), beim Umgang mit WanderarbeiterInnen, bei den Lebensbedingungen und der Unterbringung der Beschäftigten, bei Investitionen in die soziale Entwicklung der umliegenden Gemeinden und Siedlungen sowie bei der

34 International Finance Corporation: Lonmin: Summary of Proposed Investment. Washington DC 2016; International Finance Corporation: Strategic Community Investment, Washington DC 2010. Die IFC war bei Weitem nicht die einzige Institution, die Lonmins Einsatz in Marikana lobte. Südafrikas aktivste Bank beim Greenwashing von Investitionen in Metall- und Kohleminen, *Nedbank*, verlieh Lonmin und der Weltbank 2008 den höchsten Preis in der Kategorie »Green Mining Awards«. Vgl. Daily Business News: Lonmin-IFC Partnership wins Nedbank Green Mining Award, 3.11.2008. 2010 stufte *Ernst and Young* Lonmins »Sustainable Development Report« als hervorragend ein.

35 Samantha Hargreaves: More misery in Marikana. In: Third World Resurgence 271/272, 3/2013, S. 35–37.

36 Alex Burger/Benedicta Sepora: A mine of their own: The women of Lonmin. Washington DC 2009.

37 Lonmin: Sustainable Development Report. London 2012. Vgl. hierzu das Interview mit Gavin Capps (S. 88).

Einbeziehung der Betroffenen. Hinzu kamen Vorwürfe der Umweltverschmutzung und eines zu hohen Wasserverbrauchs insbesondere in Hinblick auf die lokale Landwirtschaft.³⁸

Nach Einschätzung des *Center for International Environmental Law* (CIEL) hat die Weltbank im Vorfeld ihrer Investitionen in Lonmin zentrale Informationen einfach ignoriert.³⁹ »Obwohl das Unternehmen bestätigte, in Sicherheitsfragen eng mit der südafrikanischen Polizei zusammenzuarbeiten, bezeichnete Roger Phillimore, der Vorstandsvorsitzende von Lonmin, in einer Erklärung vom 16. August 2012 die Gewalt »ganz klar als ein Problem der öffentlichen Ordnung und keines, das mit den Arbeitsbeziehungen zu tun hatte« [...] Im Lichte der jüngsten Ereignisse rief das CIEL den Präsidenten der Weltbank Jim Yong Kim dazu auf, die Gewalt und ihre Ursachen umfänglich zu untersuchen und die Investitionen der Bank in das Projekt sowie allgemein deren Richtlinien für Investitionen in extraktive Industrien zu überdenken.«

Genau zwei Wochen nach dem Massaker reiste Kim in das nahegelegene Pretoria sowie nach Johannesburg. Bezeichnenderweise stattete er Marikana keinen Besuch ab, um zu sehen, was aus den Investitionen in das Unternehmen Lonmin geworden war. Stattdessen äußerte er sich begeistert zu einem Geschäft zwischen der IFC und dem kleinen Online-Direktmarketingunternehmen *Mailtronic Direct Marketing*, das sich erfolgreich auf eine staatliche Ausschreibung beworben hatte.⁴⁰

2013 wurde eine Untersuchung der *Unabhängigen Ombudsstelle* CAO der IFC öffentlich, in der sie der Einschätzung der IFC zu den »Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sowie zur Arbeitersicherheit« widersprach.⁴¹ Diese Untersuchung lag mindestens 18 Monate vor dem Massaker von Marikana vor. Das CAO prangerte an etlichen Stellen an, dass die IFC über nicht ausreichende Kontrollsysteme verfüge. Die Stelle monierte, wie die IFC auf die Entlassung von 9.000 Angestellten von Lonmin im Jahr 2011 reagiert habe, und beklagte Versäumnisse beim Monitoring des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen. Außerdem habe sie ignoriert, dass manche Abschnitte der von der Geschäftsführung vorgelegten Berichte scheinbar einfach aus Vorjahresberichten kopiert worden seien.⁴²

Unter Verweis auf das Fehlen formaler Beschwerden von Seiten der Beschäftigten kam das CAO allerdings zu dem fragwürdigen Schluss, dass sich zwischen diesen Problemen und den Toten des Massakers von Marikana keinerlei Verbindung herstellen ließe. 2014

schloss es den Fall ab. Dazu merkte Alide Dasnois an: »Weder die Gutachter der IFC noch die Experten der Weltbank, die im Juni 2012 einen eigenen Bericht vorlegten, äußerten sich ausführlicher zu den beschäftigungsbedingten Problemen bei Lonmin im Vorfeld der Ereignisse vom August. Nach dem Massaker schrieb das IFC-Team, es sei im Zuge wachsender Spannungen zwischen rivalisierenden Gewerkschaften im Minensektor sowie infolge von Werksschließungen, Entlassungen und reduzierten Sonderzulagen für die bei Lonmin Beschäftigten, zu Gewaltausbrüchen gekommen.«⁴³

In den Armenvierteln formiert sich der Widerstand gegen die Weltbank

In Reaktion auf das Massaker gründeten wütende Frauen aus der Siedlung Nkaneng die Gruppe *Sikhala Sonke*. Unterstützung erhielten sie dabei von den gemeinwohlorientierten AnwältInnen der juristischen Fakultät der Universität Wits (CALS) in Johannesburg.⁴⁴ 2015 legten sie über das CAO Beschwerde gegen die IFC ein und verwiesen dabei auf »die Abwesenheit von Straßen, sanitären Einrichtungen und angemessenem Wohnraum sowie darauf, dass es keinen verlässlichen Zugang zu sauberem Trinkwasser gibt. Darüber hinaus verwiesen die Beschwerdeführer darauf, dass unter den in der Mine Beschäftigten weniger als 8 Prozent Frauen sind. Sie beklagten sich ebenfalls über die Verschmutzung von Luft und Wasser und warfen der Geschäftsführung vor, dass sie in der Siedlung Nkaneng keine adäquate Gesundheitsversorgung und nur unzureichend Bildungseinrichtungen bereitstelle. [...] Spätestens 2010 gab es aus dem Kreis der lokalen Bevölkerung kaum mehr Unterstützung für das Verhalten der Unternehmensführung von Lonmin. Bereits im Nachhaltigkeitsbericht von 2008 war ein grundsätzlicher Vertrauensverlust festgestellt worden. In den Nachhaltigkeitsberichten von 2009 und 2010 finden sich hierzu dagegen keinerlei Angaben, wahrscheinlich, weil es mit den Beziehungen weiter steil bergab gegangen war. Der Nachhaltigkeitsbericht 2011, der auch an die IFC ging, identifizierte als »zentrales Risiko«, dass das »gestörte Verhältnis zu den Arbeitern und den umliegenden Siedlungen [...] zu Streiks und Unruhen« führen könne. Angesichts dessen hätte die IFC also wissen müssen, wie sehr sich die Beziehungen zwischen dem Bergbauunternehmen und der lokalen Bevölkerung verschlechtert hatten und dass Lonmin weder für eine angemessene Unterbringung noch für geeignete Wasseranschlüsse und Sanitäreinrichtungen in den lokalen Communities gesorgt hatte. Selbst eine nur oberflächliche Überprüfung wäre zu dem Schluss gekommen, dass die Mine sich negativ auf die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung auswirkte und dass die mit dem Innovations- und Investitionsprojekt verbundenen Versprechungen nicht eingelöst

38 Bench Marks Foundation: The Policy Gap. A Review of the Corporate Social Responsibility Programmes of the Platinum Industry in the North West Province. Johannesburg 2007.

39 Center for International Environmental Law: CIEL calls on World Bank to revisit investment in Lonmin. Washington DC, 17.8.2012.

40 Bond: Politics of Climate Justice.

41 Vgl. Compliance Advisor Ombudsman: IFC Investment in Lonmin Platinum Group Metals Project, South Africa, IFC Project #24803. o.O. 30.8.2013. Online verfügbar.

42 Alide Dasnois: Lonmin investor rapped over the knuckles. In: Ground Up, 3.12.2014. Online verfügbar.

43 Ebda.

44 Greg Marinovich: How the women of Marikana are taking on the World Bank. In: Daily Maverick, 4.7.2015.

worden waren.«⁴⁵ Die Forderungen von *Sikhala Sonke* an die IFC waren angemessen und bewegten sich innerhalb dessen, was von einem internationalen Investor erwartet werden kann, der sich an den Standards gesellschaftlicher Unternehmensverantwortung orientieren sollte. »Die Frauen von Marikana befürworteten die Einleitung einen Schlichtungsprozess mit Lonmin. Zusätzlich drängten sie unabhängig von dessen Ausgang das CAO dazu, eine unabhängige Prüfung der Einhaltung von gesetzlichen Standards durchzuführen.«⁴⁶

Das CAO unterstützte den gewünschten Schlichtungsprozess, dieser lief jedoch nach drei Treffen 2016 ins Leere. »Im März 2017 informierten die Beschwerdeführer aufgrund des aus ihrer Sicht mangelnden Fortschritts und der fehlenden Umsetzung von Maßnahmen, die Lonmin als Teil der Konfliktschlichtung zugesagt hatte, das CAO über ihren Rückzug aus dem Dialog. Die Beschwerdeführer sind der Ansicht, dass auf keinen der von ihnen angesprochenen Missstände tatsächlich eingegangen wurde. Dementsprechend wird die Beschwerde nun an die CAO-Beschwerdestelle weitergeleitet.«⁴⁷

Bei all den Diskussionen um Aufsicht und Kontrolle ist der wichtigste Punkt vielleicht einer, der gar nicht auf der Agenda stand: nämlich die Rolle der Weltbank bei der Finanzierung der Unterentwicklung von Marikana. Dazu müsste sowohl an deren Unterstützung des Apartheidregimes erinnert werden als auch an ihre Funktion bei der Einführung und Zementierung des Neoliberalismus zwischen 1990 und 1996. Weiterhin wären die zwielfichtigen Investitionen der IFC in die Post-Apartheid-Wirtschaft (darunter in das Unternehmen *Net1 CPS*,⁴⁸ das sein Geld mit der Auszahlung von Sozialleistungen an die Ärmsten der Armen verdient) zu berücksichtigen, wie auch der größte je bewilligte Kredit von 3,75 Milliarden US-Dollar an die Betreiber des korruptionsgeplagten *Medupi*-Kraftwerks. Ebenso kritikwürdig sind auch die bizarren Studien der IFC zu Ungleichheit sowie diverse weitere Entscheidungen hinsichtlich der Bankenförderung und anderer Investitionen.⁴⁹

⁴⁵ Vgl. Compliance Advisor Ombudsman: IFC Investment in Lonmin Platinum Group Metals Project, South Africa, IFC Project #24803. o.O. 30.8.2013. Online verfügbar.

⁴⁶ Vgl. Centre for Applied Legal Studies: Complaint by affected community members in relation to the social and environmental impacts of Lonmin PLC's operation in Marikana. Complaint to the International Finance Corporation Compliance Advisor Ombudsman. Washington DC, 15.6.2015. S. 25.

⁴⁷ Vgl. Compliance Advisor Ombudsman: IFC Investment in Lonmin Platinum Group Metals Project, South Africa, IFC Project #24803. o.O. 30.8.2013.

⁴⁸ *Net1 CPS* ist ein Tochterunternehmen der US-amerikanischen Firma *Cash Paymaster Services (CPS)* und zahlt im Auftrag der südafrikanischen Sozialversicherungsbehörde SASSA Leistungen an Bedürftige aus (Anm. d. Übers.).

⁴⁹ Vgl. Patrick Bond: *Elite Transition*. London 2014.

Der Kampf für Gerechtigkeit in Marikana

Die Kämpfe der in der Gewerkschaft AMCU organisierten ArbeiterInnen für gerechtere Löhne sowie die Kämpfe der Aktivistinnen von *Sikhala Sonke* für angemessene Lebensbedingungen wurden von beispielhaften Solidaritätskampagnen begleitet. *Plough Back the Fruits*, die Kampagne hinter diesem Buch, ist eine davon. Wie hier ausführlich dargestellt wird, hat sich BASF bislang geweigert, auf die Forderungen der Kampagne einzugehen. 2017 jedoch sah BASF sich gezwungen, Folgendes zu verkünden: »Wir stellen fest, dass sich die Lebensbedingungen der Arbeiter von Lonmin nicht so schnell verbessern, wie wir das erwartet oder erhofft hatten. Das liegt an der hochkomplexen Situation in Südafrika, wo kein Akteur und keine Institution auf kurze Sicht allein die Probleme wird lösen können.«⁵⁰

In der Tat boten die diversen zivilgesellschaftlichen Antworten auf das Massaker von Marikana keine Lösung. Eine Strategie bestand in der Forderung nach höheren Löhnen, die die ArbeiterInnen allmählich durchsetzen konnten. Das geforderte Monatsgehalt von 12.500 Rand (2017 entsprach das gerade einmal 925 US-Dollar) wird jedoch erst ab 2019 gezahlt werden. Erwartungsgemäß wird die Inflation bis dahin den Wert dieser Summe um etwa ein Drittel reduzieren. Ein weiterer Ansatz, für den sich vor allem die Frauen von *Sikhala Sonke* einsetzen, besteht in der Unterstützung und Weiterentwicklung der lokalen Siedlungen und Communities.

Wäre eine gemeinsame Forderung dazu in der Lage, diese verschiedenen Kräfte in den kommenden Monaten und Jahren zu einen? Für Samantha Hargreaves bieten »die Kämpfe der Frauen an Orten wie Wonderkop die einzige Hoffnung auf einen radikalen Wandel, während die Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen weiterhin auf die Vertretung der Interessen von Männern beschränkt sind. Die Herausforderung besteht darin, die Kämpfe der Frauen mit den (meist von Männern dominierten) Arbeitskämpfen und gegen das extraktivistische Entwicklungsmodell gerichteten Umweltinitiativen zusammenzubringen, dessen soziale, wirtschaftliche und ökologische Kosten vor allem von Arbeiterinnen und Bäuerinnen getragen werden.«⁵¹

Es sieht ganz danach aus, als wären sowohl betriebliche als auch Graswurzelinitiativen auf die Unterstützung von Institutionen mit einer weiterreichenden politischen Agenda angewiesen, auf Organisationen, die sich gegen die wirtschaftliche Agenda transnationaler Unternehmen stellen. So war es 2015 Brian Ashley, Leiter des *Alternative Information & Development Centre (AIDC)* und ein wichtiger Berater der Gewerkschaft AMCU, der auf die Steuervermeidungspraktiken von Lonmin in aller Öffentlichkeit aufmerksam machte: »Wir, das AIDC, werden uns in einer Kampagne dafür einsetzen, dass die staatliche Bergbaugesellschaft Lonmin die Konzession entzieht und das Unter-

⁵⁰ Dineo Faku: BASF in ›threat to walk away from Lonmin‹. In: *The Mercury*, 3.11.2017.

⁵¹ Samantha Hargreaves: *More misery in Marikana*. In: *Third World Resurgence* 271/272, 03/04/2013. S. 35-37.

nehmen anschließend übernimmt [...] Wir müssen die Multis zur Verantwortung ziehen. Wir dürfen bei uns kein Unternehmen dulden, das uns die Ressourcen stiehlt, die wir zum Aufbau des Landes benötigen.«⁵²

Zur gleichen Zeit forderte auch die linke Partei der *Economic-Freedom Fighters* (EFF) die Verstaatlichung des Bergbaukonzerns und eine Bestrafung der für das Massaker Verantwortlichen, einschließlich Haftstrafen für führende Lonmin-ManagerInnen und Entschädigungszahlungen an die Opfer. »Die EFF wird dafür sorgen, dass alle Familien der Ermordeten jeweils 10 Millionen Rand (1,1 Millionen US-Dollar) erhalten und jeder verwundete Arbeiter 5 Millionen Rand (550.000 Millionen US-Dollar).«⁵³ Selbst die Mitte-rechts-Partei *Democratic Alliance* schloss sich der Forderung nach einer Entschädigung der Opfer des Massakers durch Lonmin an.

Jetzt, wo Lonmin nicht länger im Geschäft ist, lassen sich noch viel weiter reichende Strategiefragen diskutieren. Was wir brauchen, sind kreative Ideen für den Umgang mit Lonmin (heute unter dem Konzerndach von *Sibanye-Stillwater*). Dies erfordert nicht nur eine Wiederbelebung der Debatte darüber, unter welchen Umständen Konzernen wie Lonmin Konzessionen entzogen werden können. Ebenso sollte eine Verstaatlichung in Betracht gezogen werden, und zwar angesichts der enormen Verbindlichkeiten vorzugsweise ohne Entschädigungszahlungen an die traditionell in Übersee ansässigen ausländischen Eigner (wie von der EFF verfochten).

Jenseits der spezifischen Probleme in Marikana haben die zurückliegenden katastrophalen Jahre, in denen der Minensektor vor allem von Überakkumulation und ruinösem Wettbewerb gekennzeichnet war, deutlich gemacht, dass es umfassender Reformen und Veränderungen bedarf. Es müssten ganz neue Prioritäten gesetzt werden, unter anderem müsste eine radikale Neuausrichtung der gegenwärtig gültigen Parameter der Unternehmensfinanzierung stattfinden. Mögliche Ansatzpunkte hierfür wären:

- die Gründung eines globalen Platinkartells in Südafrika;
- die Erarbeitung einer »grünen Wirtschaftsstrategie«, die den traditionellen Fokus des Bergbau- und Energiesektors auf die Förderung und Verarbeitung von Kohle, Eisenerz, Mangan, Gold und Diamanten beenden würde (aber mehr wäre als nur ein Wechsel hin zu Wasserstoffbrennstoffzellen für die Herstellung einzelner Elektrofahrzeuge);
- die Aufnahme von Bilanzen des *natürlichen Kapitals* in die Entscheidungsprozesse von Staaten (und Unternehmen), damit sich die tatsächlichen Kosten und Nutzen des Bergbaus endlich besser mithilfe von alle Aspekte berücksichtigenden Konzepten kalkulieren lassen;
- die Sicherstellung eines »gerechten Übergangs« hin zu post-extraktivistischen Wirtschaftsformen mit reduziertem CO₂-Ausstoß, die insbesondere Frauen zugutekämen,

⁵² Dineo Faku: Lonmin's licence is under attack: Share slid 13 percent after report. In: The Mercury, 6.7.2015. Online verfügbar.

⁵³ Ebda.

nicht nur im Bereich der Produktion, sondern auch in der Reproduktion, wie es die AIDC-Kampagne *Million Climate Jobs* fordert.⁵⁴

Aufgrund der anhaltenden sozialen Ungerechtigkeiten in Marikana wären dies übergeordnete strategische Überlegungen und Forderungen, die es zu diskutieren gilt. Denn dort konzentriert sich nicht nur Macht, sondern dort zeigen sich auch in aller Deutlichkeit die sich überschneidenden und miteinander verflochtenen »Verwundbarkeiten« und Schwachpunkte, die historisch betrachtet mit der Ausbeutung von Mensch und Natur einhergehen (und die sich unter dem neuen Eigentümer *Sibanye-Stillwater* in Marikana noch verschärfen dürften). Bisher haben diese Schwachpunkte von großen Bergbaukonzernen nur fragmentierte Reformansätze hervorgebracht. Nachdem die Grenzen von Strategien der Gegenwehr in vielen Fällen offensichtlich wurden, bietet sich als zukünftige Option ein engeres Bündnis zwischen den versprengten Opfergruppen des machtvollen Minenkapitals an. Zu diesen könnten sich demnächst auch Kapitalgeber und Investoren gesellen, die die Interessen der Beschäftigten im gut ausgebauten öffentlichen Dienst des Landes vertreten. Es wäre die Aufgabe von Graswurzelinitiativen, den organisierten Teilen der Arbeiterschaft in den Betrieben und UmweltaktivistInnen, sicherzustellen, dass sich in den kommenden Jahren kein noch ausbeuterisches Extraktionsregime im südafrikanischen Platingürtel etablieren kann.

Die Rolle, die bei den ganzen Entwicklungen dem deutschen Establishment zukommt, besteht darin, die Investitionen der IFC in den Privatsektor abzusegnen (unabhängig von den jeweiligen Folgen). BASF und VW hatten aber auch beim Auf und Ab des Weltmarktpreises für Platin ihre Finger mit im Spiel und haben sich als unfähig bzw. unwillig erwiesen, für die Einhaltung selbst minimaler Standards in der Wertschöpfungskette zu sorgen. Internationale Solidarität könnte somit ein entscheidender Faktor werden, der das Kräfteverhältnis verschieben kann. Genauso wie Deutsche Teil der Anti-Apartheid-Bewegung wurden und dem Ruf von Tambo, Mandela und den Befreiungsbewegungen folgten, wird es nicht lange dauern, bis die Konflikte und Auseinandersetzungen in Marikana wieder eine breite und vereinte Allianz von UnterstützerInnen erfordern werden. Für diesen Ansatz steht *Plough Back the Fruits*. Sobald die Verbrechen, die deutsche Kapitaleigner und Aktionäre billigend in Kauf nehmen, einer größeren Öffentlichkeit bekannt sind, werden sich neue Optionen für eine noch wirksamere Oppositions- und Solidaritätsarbeit eröffnen. Denn das, was sich in Marikana zeigt – unter welchen Bedingungen in einem zunehmend brutalen und ökologisch destruktiven internationalen Kapitalismus der Abbau, der Verkauf und die Nutzung von Platin erfolgt und finanziert wird – sollte eigentlich ausreichen, um Menschen guten Willens in Deutschland und Europa dazu zu bringen, das volle Maß ihrer Verantwortung und ihr Potenzial, zu einer Veränderung der Situation und einer besseren Gesellschaft beizutragen, zu erkennen.

⁵⁴ Vgl. aidc.org.za/programmes/million-climate-jobs-campaign/about.

- ▶ Vorschlag für einen *Transnationalen Entwicklungsplan*. Projektion auf ein Firmenschild von Lonmin in Marikana, 2016.
- ▶ 335 Discounter in Marikana, 2013.
- ▶ 337 Der Millerntorplatz am 7. Juli 2017 während einer Blockadeaktion gegen den G20-Gipfel in Hamburg. Mehrere tausend Menschen versuchten mit Blockaden im ganzen Stadtgebiet die Anreise der Staats- und Regierungschefs und ihrer Delegationen zu behindern.



MARIKANA

cash & carry

WHOLESALE SUPERMARKET





STRATEGIEN IMPERIALER ROHSTOFFSICHERUNG IN DER EU-POLITIK

Boniface Mabanza

Das Jahr 2017 wurde in Deutschland zum »Afrika-Jahr« erklärt. Im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft setzte die Bundesregierung einen medienwirksamen Schwerpunkt und reagierte damit auf die durch die neuen Migrationsbewegungen entstandenen Herausforderungen. Genauer gesagt wurden von drei Bundesministerien unterschiedliche, miteinander konkurrierende Konzepte erarbeitet. Sie tragen die bezeichnenden Namen *Compact with Africa* (Bundesministerium für Finanzen), *Marshallplan mit Afrika* (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und *Pro! Afrika* (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie). Bei aller Unterschiedlichkeit in ihren Nuancen »entdeckt« jedes dieser drei Konzepte – genauso wie ihr europäisches Pendant, der *External Investment Plan – Afrika* als »Kontinent der Zukunft«, als »Chancenkontinent«, für den es gilt, Privatinvestitionen zu mobilisieren.

Alte Macht – neues Spiel

Europa, selbst einer der rohstoffärmsten Kontinente der Welt, weist einen hohen Rohstoffverbrauch auf.¹ Pro Kopf werden in den Ländern der Europäischen Union etwa dreimal so viele Ressourcen verbraucht wie in Asien und viermal mehr als in Afrika. Vor allem die europäische Industrie ist auf Rohstoffe – und den sicheren und kontrollierbaren Zugang zu ihnen – angewiesen. Während der Kolonialzeit war der direkte Zugang garantiert, wenn auch die Kolonisatoren zuweilen untereinander im Wettbewerb standen. Die *Berliner Konferenz* von 1884/85² regelte diese Konflikte und legitimierte die Ausbeutung der zu Kolonien reduzierten Territorien. »Kolonisation«, wie der Staatssekretär des deutschen Reichskolonialamtes sie 1907 definierte, »heißt die Nutzbarmachung des Bodens, seiner Schätze, der Flora, der Fauna und vor allem der Menschen zugunsten der Wirtschaft der kolonisierenden Nation, und diese ist dafür der Gegengabe ihrer höheren Kultur, ihrer sittlichen Begriffe, ihrer besseren Methoden verpflichtet.«³

Mit dem Ende der Kolonisation und der formellen Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten wurde es für die Industrienationen notwendig, Mechanismen zu entwickeln, die nach dem Verlust der direkten Kontrolle der politischen Sphäre den Zugriff auf die weiterhin benötigten Ressourcen gewährleisten konnten.

Die Kontinuitäten des imperialen Zugriffs auf die Ressourcen der ehemaligen Kolonien und auch die neuen Kämpfe um Rohstoffzugänge reproduzieren alte koloniale Muster. Die Konstruktion des »Anderen« ist bis heute wirksam: als unzivilisiertes, auf die Arbeitskraft reduziertes Subjekt in der Kolonialzeit, als unerfahrenes und formbares politisches Subjekt auf dem Weg in die vermeintliche Unabhängigkeit, als abhängiger Empfänger von Entwicklungshilfe und auch als scheinbar ebenbürtiger Verhandlungspartner in internationalen Gremien. Die Narrative sind wandelbar – die aus ihnen resultierenden Machtbeziehungen und politischen Strukturen sowie die ökonomische Dominanz sind bis heute erschreckend stabil. Gemeinsam artikulierte Kritik afrikanischer Staaten entsteht nur langsam und punktuell. So trat die Afrika-Gruppe beispielsweise auf der Konferenz der Welthandelsorganisation WTO in Buenos Aires im Dezember 2017 als Einheit auf, um so der Teile-und-herrsche-Strategie zu entkommen. Der Gruppe gelang es zwar, geschlossen ihre Kritik an einer Handelsarchitektur zu formulieren, die den Globalen Norden auf Kosten des Globalen Südens begünstigt, die Überwindung des jahrhundertealten Machtungleichgewichts scheint jedoch noch weit entfernt.

¹ Vgl. Europäische Sicherheitsstrategie (ESS, 2003): Die EU folgt in ihren strategischen Vorstellungen den USA, sowohl in ihrem Anspruch, weltweit und »vorbeugend« einzugreifen, als auch in ihrer Betonung der Energiefrage. »Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maß Anlass zur Besorgnis. Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50 Prozent durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil Prozent erreicht haben.« Online verfügbar.

² Vgl. Hans Christoph Buch: *Apokalypse Afrika oder Schiffbruch mit Zuschauern*. Frankfurt a. M. 2011. S. 114f.
³ Zit. nach Henning Melber: *Der Weißheit letzter Schluss. Rassismus und kolonialer Blick*. Frankfurt a. M. 1992. S. 41.

Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und des IWF

Eine ganze Reihe afrikanischer Länder strebten nach der politischen Unabhängigkeit auch ökonomische Reformen an, allerdings gingen deren Bemühungen nicht weit genug. Das lag zum Teil daran, dass die neu entstandenen Staaten nicht tatsächlich in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Die vormals staatlichen Minen oder Plantagen der Kolonialmächte wurden oft einfach auf privatwirtschaftliche Akteure der ehemaligen Kolonialmächte überschrieben. Und diese wollten und konnten den Abbruch der privilegierten Beziehungen nicht zulassen, auch weil die koloniale Arbeitsteilung dafür gesorgt hatte, dass in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Portugal und weiteren Ländern verarbeitende Industrien für Kupfer, Kakao und andere Rohstoffe entstanden waren – und diese Rohstoffe waren nur in den Kolonien zu finden.

Ende der 1970er-Jahre wurden die *Strukturanpassungsprogramme* (SAP) der Weltbank und des IWF⁴ entwickelt. Sie wurden als »Entschuldungsprogramme« der adressierten Staaten vorgestellt. Um Kredite der Weltbank bekommen zu können, wurden den Staaten individuell zugeschnittene Programme zur Armutsbekämpfung und zum wirtschaftlichen Wachstum auferlegt, die weitgehende Eingriffe in die Staatshaushalte mit sich brachten und die Souveränitätsrechte weiter einschränkten. Hierzu gehörten neben Subventionsabbau und Haushaltsdisziplin auch Devisenverkehrsbeschränkungen sowie die Privatisierung von Staatsbetrieben. Vertreter von Weltbank und IWF schalteten sich direkt in die mit den SAPs verbundenen Haushaltsreformen ein und regulierten darüber nicht nur Industrie und Finanzwirtschaft, sondern etwa auch Belange der Landwirtschaft, der Gesundheit und der Bildung.

Diese fiskalischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die von IWF und Weltbank geradezu durchgeboxt wurden,⁵ führten dazu, dass die durch die Hinterlassenschaften der Kolonialzeit bereits fremdbestimmten Staaten bzw. ihre politischen Institutionen derart »verschlankt« wurden, dass sie im eigenen Land fast bedeutungslos wurden. Dies alles geschah im Geiste neoliberaler Ideologie, der zufolge die schöpferischen Kräfte des Marktes von den Fängen der staatlichen Regulierung und Bürokratisierung befreit werden sollten. Mit den so geschwächten Staaten verhandelten nun transnationale Konzerne. Letztere konnten sich im Rahmen einer noch nie dagewesenen Privatisierungswelle in den 1990er-Jahren die wertvollsten Konzessionen der rohstoffreichen afrikanischen Länder zu absurd geringen Preisen sichern.

4 Der US-Ökonom John Williamson prägte den Begriff »Washington-Konsens« für die Strukturanpassungspolitik, die sowohl Weltbank und IWF als auch die US-Regierung durchsetzten.

5 Zu den Maßnahmen, die im Rahmen der Strukturanpassungspolitik durchgesetzt wurden, gehören: die Senkung der Staatsausgaben und der Steuersätze, die Schaffung von Anreizen für die Anziehung ausländischer Investitionen, die Liberalisierung des Handels durch Senkung von Zöllen und Abschaffung von Importbeschränkungen, die Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Einrichtungen sowie die Stärkung der Eigentumsrechte.

Der Triumphzug des neoliberalen Geistes setzte sich auch in der ersten Phase der politischen Umformung Südafrikas nach der formellen Überwindung der Apartheid fort. Das Land sah sich einem doppelten Druck ausgesetzt: Zum einen musste mit dem alten Regime unter Beteiligung der wichtigsten westlichen Länder ein Kompromiss ausgehandelt werden, um die politische Apartheid zu beenden, ohne die Privilegien der *weißen* Minderheit zu gefährden. Zum anderen machten die internationalen Finanzinstitutionen Druck, die Wirtschaft zu liberalisieren, um den Zugriff auf die südafrikanische Ökonomie, die in der letzten Phase der Selbstisolation des Apartheidregimes ins Stocken geraten war, wieder zu verstärken und von Südafrika aus über den ganzen Kontinent zu erweitern.

Als der sogenannte Rohstoffboom⁶ zu Beginn der Jahrtausendwende einsetzte, konnten die meisten afrikanischen Regierungen davon verhältnismäßig wenig profitieren, zumal sie gezwungen waren, untereinander zu konkurrieren. Die Bedingungen, die die meisten afrikanischen Regierungen den transnationalen Konzernen eingeräumt hatten, waren oftmals so außerordentlich großzügig, dass ihr eigener Gewinnanteil sehr niedrig ausfiel. Jörg Goldberg brachte die Misere 2007 auf den Punkt: »[D]ie afrikanischen Regierungen [waren] kurz vor Beginn des Rohstoffbooms zum Jahrhundertwechsel in einer besonders ungünstigen Verhandlungsposition [...]. Die Privatisierungsaufgaben der SAPs hatten die Verschleuderung des Staatseigentums erzwungen; günstige Investitionsbedingungen, großzügige Steuerregelungen und billige Konzessionen sollten ausländisches Kapital anlocken. Vielfach wurden ausländischen Investoren langjährige *Steuerferien* (»tax holidays«) eingeräumt.«⁷

Viele Länder ließen sich auf das Diktat der internationalen Finanzinstitutionen ein, da sie sich Wirtschaftswachstum und somit positive Effekte auf die lokalen Arbeitsmärkte und die Konsolidierung staatlicher Finanzen versprachen.

Es zeigte sich jedoch, dass der ökonomische Nutzen der *Strukturanpassungsprogramme* in den meisten Ländern bescheiden blieb, während die soziale Bilanz bestenfalls stagnierte und die ökologischen Auswirkungen oft verheerend waren. Dazu kommt eine lange Liste von Projekten, die entwicklungspolitisch als »weiße Elefanten« bekannt sind. Es handelt sich um jene Prestigegroßprojekte wie der Inga-Staudamm im Kongo, die große Summen kosteten und somit den Weg in die Zuspitzung der Verschuldung pflasterten.

Der Inga-Staudamm wurde in Westkongo gebaut, um die Minenregion im Südwesten zu versorgen. Dafür wurde der Bau einer Hochspannungsleitung über 2.000 Kilometer erforderlich, der die Kosten nochmals in die Höhe trieb. Heute sehen KongolesInnen überall die Energieleitungen über ihren Köpfen, aber sie selbst haben keinen Strom.

6 Vgl. Rick Rowden: Das Ende des Mythos. Afrika hat sich nie wirklich entwickelt. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 1.2.2016. Online verfügbar.

7 Jörg Goldberg: Afrika im Weltkapitalismus. Überleben im Goldland, ISW-Report 72. Dezember 2007. S. 14.

Billigere dezentrale Lösungen mit kleinen Wasserkraftwerken, die aufgrund der reichen Wasserlandschaft des Kongo an vielen Orten möglich gewesen wären, kamen für die Weltbank nicht infrage. Das Inga-Projekt war eine Fehlinvestition, zumindest für die lokale Bevölkerung. Die Firma aber, die für den Bau der Anlage verantwortlich zeichnet, verbuchte ebenso wie die Betreibergesellschaft kräftige Gewinne. Dies ist ein erkennbares Muster im Finanzierungsmodell der Weltbank und des IWF: die Bereicherung von Privatunternehmen aus Industrienationen auf Kosten der Verschuldung der Länder, in denen Prestigeobjekte gebaut werden. Auch im Fall von Lonmin ist solch eine Dynamik zu beobachten. Die finanzielle Kooperation zwischen Lonmin und der *International Finance Corporation* der Weltbankgruppe (IFC)⁸ sollte zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Gemeinschaft von Marikana beitragen. Davon ist vor Ort bis jetzt nichts zu sehen (siehe den Beitrag von Patrick Bond in diesem Buch, S. 318).

Die Regeln der Welthandelsorganisation

Der rasante Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer und deren steigende Nachfrage nach agrarischen, energetischen und mineralischen Rohstoffen stand ab der Jahrtausendwende in zunehmender Konkurrenz zur Rohstoffsicherung westlicher Industrienationen. So führte China ab Mitte der 2000er-Jahre nicht nur Exportbeschränkungen für die eigenen seltenen Erden ein, sondern sicherte sich zunehmend offensiv auch den Zugang zu anderen strategisch wichtigen Rohstoffen, besonders in Afrika: »Westliche Mächte betrachteten Entwicklungsländer jahrhundertlang als Lieferanten billiger Rohstoffe. Nun jedoch kommen neue Wettbewerber mit ins Spiel. Im letzten Jahrzehnt drangen auch China, Indien und andere Schwellenländer in die bisher von Europa und den USA beherrschten Gebiete ein, sie wetteifern nun ebenfalls um die Kontrolle über die dort befindlichen Ressourcen.«⁹

Dabei bediente sich China Methoden, die bis dato von den Europäern ungenutzt waren, zum Beispiel des Tausches von Rohstoffen gegen Infrastruktur. Dies garantiert zum einen dem rohstoffgebenden Land sichtbare Gegenwerte, zum anderen erleichtern diese Infrastrukturen (Straßen, Häfen, Energieversorgung) den Abbau und Transport der Rohstoffe.

Die EU betrachtete diese Maßnahmen als wettbewerbsverzerrend und als Beeinträchtigung ihrer Wirtschaftsinteressen. Als Reaktion entwickelte die EU-Kommission – zu meist im Rahmen von bilateralen Abkommen mit einzelnen Entwicklungsländern –

Maßnahmen wie die *Rohstoffinitiative*¹⁰ und andere Instrumente, die im Folgenden beschrieben werden.

Vorab soll jedoch ein Blick auf die Ebene der Welthandelsorganisation geworfen werden, deren per definitionem multilaterale Regelwerke von der EU zu ihren Gunsten ausgelegt werden. Aufgrund der zunehmenden Einflussmöglichkeiten der sogenannten Schwellenländer sehen sich die Industrienationen auf WTO-Ebene mit wachsendem Widerstand konfrontiert. So geriet die *Doha-Runde*¹¹, die 2001 in der gleichnamigen Hauptstadt von Katar begann und 2005 abgeschlossen werden sollte, auch deswegen ins Stocken, weil die Industrienationen zum Schutz ihrer eigenen Agrarsektoren nicht bereit waren (und sind), Protektionismus und wettbewerbsverzerrende Subventionen abzubauen. Gleichzeitig verlangten sie von Schwellen- und Entwicklungsländern die Liberalisierung ihrer industriellen Sektoren und neuen Handelssparten wie Dienstleistung, öffentliches Beschaffungswesen, Investitionsregeln, Handel mit Daten und Schutz des geistigen Eigentums. An diesem Konflikt sind letztlich auch die Verhandlungen der 11. Ministerkonferenz in Buenos Aires gescheitert: Während die Entwicklungsländer einen Abschluss und eine Umsetzung der *Doha-Runde* verlangen, beharren die Industrienationen darauf, stattdessen auf neue Themen wie E-Commerce zu fokussieren. In Punkto Protektionismus wird offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen: Wenn Europa und die USA die Interessen ihrer Bauern schützen, werden die WTO-Regeln nicht infrage gestellt, sobald aber China ab 2008 zur Förderung seiner Industrialisierung und zur Teilnahme an globalen Wertschöpfungsketten ähnliche handels- und industriepolitische Maßnahmen ergreift, kommen aus Europa und den USA ablehnende Reaktionen, die sich genau auf die gleichen WTO-Regeln berufen, die sie selbst zum Schutz ihrer Bauern ständig verletzen.

Die Welthandelsorganisation selbst ist sich der Konflikte um die verschiedenen Interpretationen bewusst. Das spiegelt sich beispielsweise im *World Trade Report*¹² von 2010 wider. Der Bericht befasst sich mit dem Rohstoffhandel und dessen handels- und investitionspolitischer Steuerung, er beleuchtet die verschiedenen Mechanismen der Rohstoffmärkte. Das Vorwort verfasste der damalige Generalsekretär der WTO, Pascal Lamy. Der langjährige Neoliberalismusverfechter stellt, bezogen auf den Rohstoffhandel, die reine Lehre der Außenhandelstheorie infrage, wonach Freihandel immer zum besten Ergebnis für alle beteiligten Länder führe. Um Überausbeutung zu verhindern, plädiert er für eine Verstärkung des selbstständigen Rohstoffmanagements der Entwicklungsländer. Dazu, so Lamy, wäre es notwendig, die Regeln der WTO für den Handel mit Roh-

⁸ Vgl. IFC/World Bank Group: Lonmin Plc, South Africa – Investing in Success and Sustainable Development. o. J. Online verfügbar.

⁹ Mark Curtis: Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht. o. O. 2010. S. 10. Online verfügbar.

¹⁰ Initiative zur Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern, Brüssel, 4.11.2008.

¹¹ Vgl. Stefan Tangemann: Das Scheitern der Doha-Runde. Wie groß ist der Schaden? In: ifo Schnelldienst, 17/2006. Online verfügbar.

¹² WTO: World Trade Report 2010. Trade in natural resources, 2010. Online verfügbar.

stoffen zu ergänzen und zu präzisieren. Konflikte zwischen Produzenten- und Verbraucherländern seien vorprogrammiert, für deren Entschärfung bedürfe es daher klarer Regeln. Lamy setzte auf einen raschen Abschluss der *Doha*-Runde, damit endlich die neuen Herausforderungen und Handelskonflikte im internationalen Rohstoffhandel unter dem Dach der WTO bearbeitet werden könnten. Die Uneinigkeit in der *Doha*-Runde, die sich vornehmlich an zukünftigen Agrarprogrammen festmachte, verhinderte aber einen raschen Abschluss – erst 2016 wurde sie als gescheitert erklärt. Von dieser Stagnation profitierten in erster Linie die führenden Industrienationen. Sie nutzten die existierende Asymmetrie der Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten. Für viele Schwellenländer, die meisten Entwicklungsländer und besonders die afrikanischen Staaten sind die Voraussetzungen für ein solches Kräfteressen innerhalb der WTO allerdings nicht erfüllt. Für sie bedeutete es, dass sie zunehmend, vor allem durch die EU, in bilaterale Abkommen gezwungen wurden. Zwei Instrumente sind hier besonders zu erwähnen: Die *Rohstoffinitiative* der EU und die *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen*, die sogenannten EPAs: *Economic Partnership Agreements*.

Die Rohstoffinitiative der EU

Die *Rohstoffinitiative* der EU ist auf Drängen europäischer Konzerne und ihrer Lobbyverbände, darunter der *Bundesverband der Deutschen Industrie* (BDI), zurückzuführen, die angesichts der sich verstärkenden Konkurrenz aus Schwellenländern bemängelten, dass Regierungen der EU-Staaten für die Rohstoffversorgung der eigenen Industrien nicht genug täten. Sie verwiesen auf die Notwendigkeit, diese Lücke mit der gleichen Energie zu schließen, die die Regierungen in die Schaffung von Absatzmärkten für europäische Fertigprodukte steckten. So konstatierte Dieter Ameling, Präsident der *Wirtschaftsvereinigung Stahl*, auf dem ersten Rohstoffkongress des BDI im März 2005: »In der Vergangenheit [hat] die Politik der zentralen Bedeutung der Rohstoffversorgung nicht ausreichend Rechnung getragen. [...] Wir können aber in Deutschland nur dann Exportweltmeister bleiben, wenn die Unternehmen freien und fairen Zugang zu den internationalen Rohstoffmärkten erhalten.«¹³

Was auch immer Ameling unter »fairem Zugang« verstanden haben mag, zentral ist, dass die 2010 unter der Federführung des *Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* ausgearbeitete *Rohstoffstrategie der Bundesregierung* betont, dass auch »Entwicklungshilfe« eine tragende Rolle für die Rohstoffversorgung Deutschlands spielen soll: »Entwicklungspolitische Maßnahmen der Bundesregierung können dazu beitragen, dass in den Partnerländern durch den Aufbau eines stabilen und leistungsfähigen Rohstoffsektors und kompetenter staatlicher Akteure wichtige Rahmen-

¹³ Rede auf dem ersten Rohstoffkongress des BDI, zit. nach <http://bit.ly/2tJsDJR>.

bedingungen für ein investitionsfreundliches Klima geschaffen werden, von dem auch die deutsche Wirtschaft profitieren kann.«¹⁴

Von dieser *Rohstoffstrategie der Bundesregierung* ausgehend entstand aus den Konsultationen zwischen einigen Regierungen innerhalb der EU sowie Industrie- und Lobbyverbänden die Idee einer EU-weiten *Rohstoffinitiative*, die 2008 von der EU-Kommission vorgestellt wurde. Sie beruht im Wesentlichen auf drei Säulen: Förderung von Rohstoffen aus europäischen Quellen, Reduzierung des europäischen Verbrauchs an primären Rohstoffen und vor allem Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf den Weltmärkten. Letztere Säule gewann an Bedeutung, weil die EU-Kommission zunehmend überzeugt war bzw. wurde, dass weder die Förderung von Rohstoffen aus den begrenzten europäischen Quellen noch der Rückgriff auf Ersatzrohstoffe und Recycling die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrien gewährleisten könnten. Angesichts der Importabhängigkeit der EU von strategisch wichtigen Rohstoffen wie den Hightech-Metallen Kobalt, Platin und Titan, seltenen Erden, aber auch von anderen Ressourcen wie Holz, Chemikalien sowie Fellen und Häuten erweist sich die Thematisierung der beiden anderen Säulen dieser Initiative sogar als eine Art Ablenkungsdiskurs.

So wies die EU-Kommission darauf hin, »dass sich der Grad der Importabhängigkeit der EU bei Mineralien zwischen 48 Prozent für Kupfererz, 64 Prozent für Bauxit und 100 Prozent für Metalle wie Kobalt, Platin, Titan und Vanadium bewegt.«¹⁵ Dass der Zugriff auf strategische Rohstoffe im Ausland das zentrale Interesse der Rohstoffpolitik der EU ist, wurde im November 2013 von einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe¹⁶ nochmals bestätigt. Die Arbeitsgruppe identifizierte 41 für die EU bedeutsame Mineralien und Metalle, von denen 14 als kritisch eingestuft wurden, »da ein hoher Anteil der weltweiten Produktion aus nur wenigen Ländern stammt, hauptsächlich aus China, Russland, der Demokratischen Republik Kongo und Brasilien.«¹⁷

Angesichts dessen forderte der Europäische Rat die Kommission und die Mitgliedstaaten explizit auf, ihre Entwicklungshilfe auch auf die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auszurichten. So wurde beispielsweise im Mai 2009 die Kommission darauf hingewiesen, zur Stärkung der *Rohstoffdiplomatie* das Thema nicht nur in sämtlichen einschlägigen Handelsforen zur Sprache zu bringen, sondern der Europäische Rat ersuchte die Kommission und die Mitgliedstaaten auch, »den Möglichkeiten, die sich im Zusammenhang mit Projekten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bieten,

¹⁴ BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: *Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen*. Berlin 2010. S. 23. Online verfügbar.

¹⁵ Zit. nach Curtis: Jagd. S. 9.

¹⁶ Vgl. EC: *Critical Raw Materials for the EU: Report of the Ad-hoc Working Group on defining critical raw materials*, 8.11.2013. S. 7. Online verfügbar.

¹⁷ Zit. nach Curtis: Jagd. S. 9. Die 14 als kritisch eingestuften Rohstoffe sind: Antimon, Beryllium, Kobalt, Fluorit, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Magnesium, Niobium, Platingruppenmetalle, seltene Erden, Tantal und Wolfram.

gebührende Beachtung zu schenken«. Dabei sei »die spezielle Situation armer Entwicklungsländer zu berücksichtigen«. ¹⁸

Neben der Einflussnahme durch die Entwicklungszusammenarbeit boten bilaterale Handelsabkommen der EU die Chance, zwei weitere wesentliche handelspolitische Instrumente der rohstoffgebenden Länder auszuhebeln: Exportsteuern und restriktive Investitionsregeln. Nach Auffassung der EU verzerren diese den internationalen Rohstoffhandel und finden sich somit reglementiert in den *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen* wieder: Die Investitionsregeln, ebenso wie die Regulierung von Wettbewerb, Dienstleistungen, öffentlichem Beschaffungswesen und Schutz von geistigem Eigentum sind Teil der »Rendez-vous-Klausel« mit einzelnen Staaten, die Themen auflistet, deren Verhandlung aufgrund des Widerstands der afrikanischen Länder verschoben werden musste. Exportsteuern sind bereits Bestandteil der Güterabkommen, die im Rahmen der *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen* mit verschiedenen afrikanischen Regionen verhandelt wurden. Der folgende Abschnitt behandelt die Problematik von Exportsteuern und deren Einbettung in die EPAs. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf dem Abkommen mit der SADC-Region, ¹⁹ das im Oktober 2016 vorläufig in Kraft trat.

Economic Partnership Agreements (EPA) und Exportsteuern

Auch wenn ihre humanitäre Rhetorik etwas anderes suggeriert, verfolgt die EU mit den *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen*, die seit 2002 verhandelt werden, eine offensive Interessenspolitik, wie sie etwa im Dokument »Global Europe: Competing in the World« im Oktober 2006 vom damaligen Handelskommissar Peter Mandelson artikuliert wurde: »Unser Wohlstand ist eng mit Märkten verbunden, auf denen wir versuchen zu verkaufen. [...] Neben unserem Engagement auf WTO-Ebene haben wir versucht, durch bilaterale Abkommen Handelshemmnisse an den Grenzen abzuschaffen. Ohne die WTO aus den Augen zu verlieren, muss das Ziel einer verstärkten Liberalisierung auf bilateraler Ebene erreicht werden. Wir wollen Themen wie Wettbewerbs- und Investitionsregeln

¹⁸ Zit. nach ebda.

¹⁹ Seit der Gründung 1992 und der progressiven Erweiterung der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (Southern African Development Community, SADC) wird das südliche Afrika mit diesem regionalen Zusammenschluss identifiziert. Hervorgegangen ist die SADC aus der SADCC, der *South African Development Co-ordination Conference*. Das war der Zusammenschluss der Frontstaaten Angola, Sambia, Simbabwe, Tansania, Mosambik, Botswana, Lesotho, Malawi, Swasiland und Namibia gegen das Apartheidregime Südafrikas. Nach der Überwindung der politischen Apartheid kamen Südafrika, Mauritius, die Seychellen und die DR Kongo hinzu. Die SADC ist eine heterogene Gruppe, deren Zugehörigkeitskriterien sowohl geografische, geschichtliche, ideologische als auch wirtschaftliche Motive kombiniert. Diese Heterogenität spiegelt sich in der Umsetzung der gemeinsamen Projekte der Gemeinschaft wider. So bleiben die definierten ökonomischen Ziele wie die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, einer Zollunion und einer gemeinsamen Währung hinter dem Zeitplan zurück. Vor allem die politischen Ziele, die in der Konsolidierung der Demokratie Ausdruck finden sollten, haben in den letzten Jahren große Rückschritte erlitten.

anpacken, die auf multilateraler Ebene noch nicht diskutiert werden.«²⁰ Das Dokument »Trade for all« der Handelskommissarin Cecilia Malmström vom Juni 2015 fügt hinzu: »Angesichts der Abhängigkeit der EU von importierten Ressourcen ist der Zugang zu Energie und Rohstoffen entscheidend für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Handelsabkommen können den Zugang zu diesen Ressourcen verbessern, indem sie die Regeln für Nicht-Diskriminierung und Transit bestimmen und indem sie lokale Inhaltsanforderungen anfechten. [...] Sie können dafür sorgen, dass Staatsunternehmen in direkter Konkurrenz mit anderen Unternehmen entsprechend den Marktprinzipien stehen.«²¹

Das Ziel der EU-Handelspolitik ist also »ein offener globaler Markt, vollkommen frei von allen Verzerrungen im Energie- und Rohstoffhandel«. ²² Um die von der EU im Rahmen der EPAs beabsichtigte Wechselwirkung zwischen multilateraler (WTO) und bilateraler Ebene (etwa zwischen der EU und den AKP-Ländern²³) zu verdeutlichen, sei darauf hingewiesen, dass die bestehenden WTO-Abkommen den rohstoffgebenden Ländern Exportsteuern keinesfalls verbieten: »Maßnahmen, die den Export von Gütern besteuern oder beschränken, sind in der WTO faktisch gar nicht geregelt, und damit auch nicht Bestandteil der Regeln für regionale Handelsabkommen. Versuche der EU und anderer Industriestaaten, diesen Aspekt in die laufenden WTO-Verhandlungen einzubringen, sind weitgehend erfolglos geblieben. Sie versucht es allerdings über andere Kanäle: So machte sie die Begrenzung von Exportzöllen zur Bedingung für den WTO-Beitritt der Ukraine.«²⁴

Vielmehr ist es so, dass Exportzölle als wirtschaftspolitische Instrumente den Beweis erbracht haben, dass sie wirksame Anreize für die lokale Weiterverarbeitung von Rohstoffen bieten können. Sie leisten einen Beitrag dazu, Exporterlöse zu erhöhen und durch Diversifizierung der Exporte Mehrwert zu schaffen. So könnte die Verwundbarkeit einer Volkswirtschaft reduziert werden.²⁵ Darüber hinaus generieren Exportsteuern Staatseinnahmen, die für Investitionen in Gesundheit und Bildung genutzt werden können.

²⁰ EC – European Commission: Global Europe: competing in the world. A Contribution to the EU's Growth and Jobs Strategy. 6.10.2006. Online verfügbar. Eigene Übersetzung.

²¹ EC – European Commission: Trade for all. Towards a more responsible trade and investment policy. 2015. Online verfügbar. Eigene Übersetzung.

²² Handelskommissar Mandelson im Oktober 2008, zit. nach Curtis: Jagd. S. 22.

²³ Die Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Gruppe) bezeichnet eine internationale Organisation von zurzeit 79 Staaten, davon viele ehemalige Kolonien Frankreichs und Großbritanniens.

²⁴ Tobias Reichert/Silke Spielmanns/Carolin Mengel/Michael Frein/Kerstin Lanje (Hg.): Entwicklung oder Marktöffnung? Kritische Aspekte in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und afrikanischen Ländern. o. O. 2009. S. 21.

²⁵ Mehr dazu: KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (Hg.): Zeit zum Umdenken: Rohstoffe im Südlichen Afrika. Der natürliche Reichtum der Region muss endlich der Bevölkerung zugutekommen. Heidelberg 2014.

Zu Beginn der EPA-Verhandlungen trat die EU mit einer radikalen Forderung auf: Das Verbot sämtlicher Exportzölle und -beschränkungen, und zwar sobald die EPAs in Kraft treten: »Die Abschaffung von Ausfuhrbeschränkungen und -steuern ist eine Grundforderung der EU. Es ist erklärtes Ziel der Kommission, einen diskriminierungsfreien Zugang zu Schlüsselrohstoffen der europäischen Wirtschaft zu schaffen. Ausfuhrsteuern stellen dabei ihrer Ansicht nach ein besonderes Problem dar.«²⁶

Zwar konnte die EU ihr ursprüngliches Ziel, Exportzölle vollständig abschaffen zu lassen, nur in einigen Fällen durchsetzen. In den meisten Abkommen dürfen bestehende Exportzölle beibehalten und neue nur unter Auflagen eingeführt werden. So sind Exportsteuern etwa im SADC-EPA-Abkommen enthalten, aber mit Ausnahmen versehen, die ihre Wirkung massiv einschränken: Sie dürfen nur für maximal zwölf Jahre eingeführt werden, nur für maximal acht Produkte pro SADC-Land gelten und dürfen 10 Prozent des Wertes der Rohstoffe nicht überschreiten. Darüber hinaus müssen die SADC-Länder die Exporte in die EU in den ersten sechs Jahren von der Exportsteuer befreien; erst ab dem siebenten Jahr dürfen auf 50 Prozent der in EU-Länder exportierten Produkte Exportsteuern erhoben werden. Hinzu kommt, dass die Länder, die Exportsteuern erheben wollen, deren Wirksamkeit zur Erhöhung der Staatseinnahmen, dem Schutz neuer Industrien oder dem Umweltschutz auch noch entsprechend begründen müssen. So fühlte sich anscheinend die Durchsetzung selbst dieser limitierten Exportsteuern für viele Regierungen der SADC-Region wie ein Sieg an, begründeten sie doch die letztliche Unterzeichnung der EPAs unter anderem mit den von ihnen ausgehandelten Exportsteuernbedingungen.²⁷

Jenseits rein materieller Interessen: Dialektik des kolonisierten Geistes

Was die afrikanische Seite angeht, zeigt eine Analyse aller *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen*, dass die Regionen des Kontinents neben der Unterminierung der Exportsteuer mit weiteren negativen Auswirkungen zu rechnen haben. Dazu zählen: die Gefährdung politischer Handlungsspielräume, Deindustrialisierung, Verlust staatlicher Einnahmen durch Zollabbau, in einigen Fällen sogar die Gefährdung der Ernährungssicherheit. Es stellt sich daher die Frage, warum afrikanische »Eliten« solche *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen* überhaupt unterzeichnen.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die erklären, warum nach langen Jahren zäher Verhandlungen etliche afrikanische Regierungen diese Abkommen trotz aller Nachteile

unterzeichnet haben. Einer der Gründe hat mit der »Teile-und-herrsche-Verhandlungsstrategie« der EU zu tun, die in der Marktzugangsreform ihren Ausdruck fand. Mit der *Marktzugangsverordnung (Market Access Regulation, MAR)*, die 2011 von der EU-Kommission zum ersten Mal ins Gespräch gebracht wurde, sollte die bis dato gültige Verordnung MAR 1528/2007 in dem Sinne reformiert werden, dass insgesamt 18 AKP-Länder den präferentiellen Zugang zum EU-Markt am 1. Oktober 2014 verlieren würden, falls sie bis dahin keine Schritte zur Ratifizierung eines Interimsabkommens eingeleitet hätten. Diese Fristsetzung im Rahmen der MAR-Reform wurde einseitig von der EU ohne vorherige Konsultation der afrikanischen »Verhandlungspartner« beschlossen und erhöhte in beträchtlicher Weise den Druck auf die betroffenen Länder. Dazu gehörten die Elfenbeinküste, Ghana und Kamerun sowie Botswana und Namibia in der *Wirtschaftsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC)*. Vor allem in den letztgenannten Ländern ist der Druck bestimmter Wirtschaftssektoren auf die Regierungen immer größer geworden. In Namibia übten insbesondere die Fischexporteure Druck auf die Regierung aus, das Abkommen zu unterzeichnen. Die Interessen der exportorientierten Wirtschaftszweige stehen in scharfem Gegensatz zu den Interessen binnenorientierter Kleinproduzenten. Eine neue Dynamik, die die EU in den Verhandlungen geschickt zu nutzen wusste. Zudem wirkte sich die Gefährdung der Interessen der exportorientierten Sektoren direkt auf das Eigeninteresse einiger afrikanischer Eliten aus. Zwar dominieren europäische Unternehmen den Handel und Export mit Bananen, Kaffee, Tee, Kakao, Schnittblumen, Bohnen, Rindfleisch und Fisch nach Europa, aber an etlichen dieser Unternehmen sind afrikanische Eliten beteiligt. Die Entscheidung für eine Unterzeichnung der Abkommen wurde somit oftmals zugunsten persönlicher materieller Vorteile und auf Kosten langfristiger Interessen ihrer Länder getroffen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist das *Black Economic Empowerment (BEE)* in Südafrika. Was als Instrument der Beteiligung der Schwarzen Bevölkerungsmehrheit an der Ökonomie, von der sie während der Kolonialzeit ausgeschlossen war, gepriesen wurde, hat sich als Instrument der Kooptierung Schwarzer Eliten entpuppt. Von dem Moment an, in dem Eliten beginnen, die Privilegien der Teilhabe an einer »imperialen Lebensweise« zu genießen, wirken sie systemstabilisierend und vergessen die Agenda der Transformation, für die sie als Teil der Befreiungsbewegungen die Massen mobilisierten.

Ein zweiter Faktor, der zum aktuellen Stand der EPA-Verhandlungen beigetragen hat, sind die politischen Veränderungen in Westafrika. Die Machtwechsel in der Elfenbeinküste und im Senegal hatten einen direkten Einfluss auf die EPA-Verhandlungen: Mit Alassane Ouattara bekam die Elfenbeinküste einen Staatschef, dessen Bekenntnis zur neoliberalen Ideologie in seiner langen Karriere beim *Internationalen Währungsfonds* (1968–1990) sowie in seiner Funktion als Premierminister der Elfenbeinküste (1990–1993) bemerkenswert zum Ausdruck kam. Schwerwiegender jedoch wirkt die Tatsache, dass er seine erneute Machtübernahme nach dem eskalierten Konflikt mit seinem Kontrahenten Laurent Gbagbo der umstrittenen französischen Militärintervention in sei-

²⁶ DG Trade: Trade priorities first half 2010; zit. nach Curtis: Jagd, S. 22.

²⁷ Mehr dazu: ICTSD – International Centre for Trade and Sustainable Development: Why should the SADC EPA allow export taxes? 17.3.2014. Online verfügbar. Official Journal of the European Union: EPA between the EU and its members states, of one part, and the SADC EPA States, of the other part. Online verfügbar.

nem Land zu verdanken hat. Gemeinsam mit seinem Amtskollegen Macky Sall aus dem Senegal, dessen persönliche kommerzielle Ambitionen und Aktivitäten ebenso berühmt wie berüchtigt sind, machte sich Ouattarra für die EPAs stark. Auch in Ghana änderte sich nach dem plötzlichen Tod von Staatspräsident John Atta Mills im Juli 2012 der Umgang mit den *Wirtschaftspartnerschaftsabkommen*.

Sowohl die MAR-Reformen als auch die erwähnten Regierungswechsel in Westafrika lassen sich auch aus einer postkolonialen Perspektive betrachten. Anders ist vielmehr gar nicht zu erklären, warum die Schwarzen Eliten Abkommen wie EPAs unterzeichnen, obwohl Studien²⁸ deutlich belegen, dass ihre Länder langfristig mehr zu verlieren haben, als sie durch den Handel mit der EU einschließlich der EPA-begleitenden handelsbezogenen Entwicklungspolitik gewinnen können: Sie haben die Rolle der »kolonialen Plündermaschine« übernommen, die sie nach der hart erkämpften politischen Unabhängigkeit ablösen wollten.

Amartya Sen, Nobelpreisträger für Ökonomie, beschreibt dieses Phänomen mit dem signifikanten Begriff der »Dialektik des kolonisierten Geistes«, die in einer Art »Besessenheit vom Westen« Ausdruck finde. Diese Besessenheit könne ein großes Spektrum umfassen: von »sklavischer Nachahmung bis zur entschiedenen Feindschaft«.²⁹ Sen problematisiert die reflexive Wirkmächtigkeit der alten kolonialen Muster: Sie zeigten sich nicht nur in der fortwährenden Dominanz und im Paternalismus der alten Kolonialmächte, vielmehr hätten sich auch in den kolonisierten Bevölkerungen die Spuren der Demütigung mit ihrem aufgezwungenen Minderwertigkeitsgefühl eingeschrieben und wirkten fort. Das ist sicher nicht die alleinige Erklärung für die Korruptierbarkeit der afrikanischen Eliten, allerdings ein gewichtiger Aspekt.

Die Wahrnehmung von Korruption ist oft selektiv. Die Korruptionsskandale, die Südafrika 2017 erschütterten und an denen global agierende Unternehmen wie McKinsey, KPMG oder Bell Pottinger beteiligt waren, werden anders diskutiert als beispielsweise die Korruptionsskandale um Jacob Zuma. Während Zuma in der Regel unterstellt wurde, es handele sich um einen charakteristischen Wesenszug, der sich womöglich bei allen Schwarzen Menschen finden lässt, wurden die benannten Unternehmen und deren Manager als Ausnahmeerscheinungen dargestellt, die nur wegen des (Schwarzen) Kontextes so agierten. Sisonke Msimang ist Recht zu geben, wenn sie in Bezug auf das Buch »The president's keepers«³⁰ konstatiert: »Exposing corruption [...] will only yield results when the crimes of white South Africans and global corporations are as thoroughly investigated and debated by whites as those of their black compatriots.«³¹

28 Vgl. etwa Johannes Kramml/Marietta Kaufmann/Karin Küblböck/Julia Planitzer: Mehr Menschenrechte in Rohstoff-Lieferketten. Sorgfaltspflichten – Handelspolitik – öffentliche Beschaffung. Wien 2017.

29 Amartya Sen: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. Bonn 2007. S. 100–112.

30 Jaques Pauw: The President's Keepers: Those keeping Zuma in power and out of prison. Cape Town 2017.

31 Sisonke Msimang: Are South Africa's anti-corruption crusaders racist? In: Mail & Guardian, 14.11.2017. Online verfügbar.

Dies gilt nicht nur für Südafrika, sondern weltweit. In Deutschland trifft man in öffentlichen Veranstaltungen nicht selten auf Menschen, die die Dokumentation über die »Paradise Papers« im Fernsehen gesehen haben und sich über korrupte Eliten in Afrika echauffieren, ohne ein einziges Wort über die Rolle der größtenteils *weißen* ProtagonistInnen dieser Skandale zu verlieren. Korruption wird automatisch und exklusiv mit den »Anderen« in Verbindung gebracht, nicht aber mit dem »zivilisierten Europa«.

Rohstoffpolitik als Sicherheitspolitik

Was würde eigentlich passieren, wenn afrikanische Staaten den Widerstand gegen Handelsabkommen so weit führten, dass die Versorgung Europas tatsächlich gefährdet wäre? In der EU und in den USA wurde in den letzten 15 Jahren der Sicherheitsbegriff derart neu definiert, dass es längst nicht mehr darum geht, sich gegen Gefahren von innen und außen zu verteidigen, sondern darum, überall, wo es notwendig ist, ökonomische Interessen, besonders den Zugang zu Rohstoffen und Energie militärisch durchzusetzen und zu sichern. Rohstoffpolitik wird aus dieser Perspektive Teil der Sicherheitspolitik, wie es etwa im Weißbuch der Bundeswehr zum Ausdruck kommt:

»Wie viele andere Länder ist [Deutschland] in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig. [...] Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas ist eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung. [...] Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen.«³²

Viele Eliten im Globalen Süden wissen um die Gefahren des Widerstands gegen die Interessen der westlichen Industrienationen, sie üben sich in vorseilendem Gehorsam und fügen sich quasi freiwillig ein. Schließlich wissen sie um das Schicksal derer, die in der Vergangenheit versuchten, die Dinge anders zu machen. Die Schicksale von Thomas Sankara und vor ihm Patrice Émery Lumumba sind die bekanntesten Beispiele für die Einflussnahme westlicher Machtzentren, wenn es darum geht, ihre Interessen in Afrika zu verteidigen. Nadine Rosa-Rosso spricht in Bezug auf ihr Heimatland davon, dass das als Land der Aufklärung bekannte Frankreich nicht zögere, »Kriege, Folter und politische Morde anzuordnen, wenn es darum geht, ihr koloniales Reich und die Interessen ihrer multinationalen Konzerne *Elf, Total, Areva, Bolloré, Eramet, Technip, Bouygues, Orange, Geocoton, Rougier*, etc. zu verteidigen. Und es handelt sich hierbei nicht um eine alte Geschichte, sondern um das Alltagsleben für Millionen AfrikanerInnen.«³³

32 BMVg – Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. S. 23. Online verfügbar.

33 Nadine Rosa-Rosso: Le mythe de l'Europe en paix depuis 1945: l'exemple français. In: Le Grand Soir, 2.8.2016. Online verfügbar. Eigene Übersetzung.

Robert Cooper, Büroleiter von Javier Solana³⁴, hatte seinerzeit offen kommuniziert, dass die EU zur Durchsetzung ihrer Interessen keine Mittel scheue: »Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Erstens der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von internationalen Konsortien und durch internationale Finanzinstitutionen ausgeübt. Die Herausforderung der modernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns verfahren wir auf Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung. [...] Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.«³⁵

In Deutschland trat im Mai 2010 der damalige Bundespräsident Horst Köhler zurück, weil seine Aussage darüber, dass die Bundeswehr zum Schutz der Rohstoffsicherung eingesetzt werden könnte,³⁶ auf massive Kritik stieß. Es gab seitdem zwar keinen konkreten und offen diskutierten Einsatzfall der Bundeswehr zur Sicherung von Rohstoffen,³⁷ aber die Diskussion steht nach wie vor im politischen Raum. VerteidigungsexpertenInnen betonen immer wieder die Notwendigkeit, die Ausbildung der SoldatInnen so zu gestalten, dass ihre Einsätze weltweit möglich sein können. Angesichts der Tatsache, dass die europäische Industrie auf mineralische und energetische Ressourcen angewiesen ist, die in Europa nicht vorhanden sind oder aufgrund von hohen Umweltstandards oder niedriger ökonomischer Rentabilität nicht abgebaut werden können, stellt sich tatsächlich die Frage: Was würde passieren, wenn ein Land wie die DR Kongo, aus dem 60 Prozent des benötigten Kobalts kommen, aus irgendwelchen Gründen die Versorgung einstellen würde? Südafrika täte das Gleiche mit Platin und weitere Länder würden ihnen folgen? Es ist anzunehmen, dass das, was Robert Cooper »Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung« nennt, eine neue Dimension erreichen würde. An dieser Stelle ist es

³⁴ Javier Solana war 1995–1999 Generalsekretär der NATO, von 1999 bis Ende November 2009 Generalsekretär des Rates der Europäischen Union und Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Er wurde aufgrund seiner Kompetenzen in außen- und verteidigungstechnischen Fragen als Außenminister der EU bezeichnet.

³⁵ Robert Cooper: The new liberal imperialism. In: The Guardian, 7.4.2002. Online verfügbar. Eigene Übersetzung.

³⁶ Der Bundespräsident (und ehemalige IWF-Geschäftsführer) Horst Köhler sagte in einem Radiointerview zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan am 22.5.2010: »Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.«

³⁷ Auch wenn der Mali-Einsatz der französischen Armee von vielen afrikanischen zivilgesellschaftlichen Kräften als eine Mission zur Verteidigung der Rohstoffversorgung in Bezug auf das Uran im Nachbarland und die Erschließung neuer Rohstoffquellen in Mali selbst gesehen wird, ist die Bundeswehr in Mali nach den Worten von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nur dort, um Frankreich zu »entlasten«.

vielleicht hilfreich, daran zu erinnern, dass der Zweite Kongokrieg, der im August 1998 begann, vor allem darauf zurückzuführen war, dass die damalige Regierung unter L.-D. Kabila eine aus der Sicht westlicher Länder »falsche« Rohstoffpolitik eingeleitet hatte. Mittlerweile sind mehr als sechs Millionen Menschen an den Folgen dieses Krieges gestorben, Millionen leben als Binnenvertriebene oder Flüchtlinge in Nachbarländern, aber die Rohstoffe des Kongos versorgen die Weltmärkte.

Schlussbemerkung

Ignacio Ramonet, 1991 bis 2008 Direktor der *Le Monde diplomatique*, schrieb in seinem Artikel »Das Jahr 2000«: »Die wahren Herrscher der Welt sind nicht diejenigen, die den Anschein politischer Macht haben.«³⁸ Anhand der Geschichte Afrikas lässt sich dies belegen: Afrikanische Länder wurden nie wirklich unabhängig, da die Logik der Ausrichtung der Volkswirtschaften auf ausländische Nutznießer konstant blieb. Die tatsächlichen Machthaber sind diejenigen, die die Regeln bestimmen. Afrikanische Eliten haben Anteile an der Macht, aber sehr oft operieren sie unter Rahmenbedingungen, die sie selbst nicht bestimmen.

Von den ad absurdum geführten Unabhängigkeiten afrikanischer Länder bis zu den jüngsten bilateralen *Freihandelsabkommen* über die *Strukturanpassungsprogramme* der internationalen Finanzinstitutionen und die Auflagen der Welthandelsorganisation hat Europa zusammen mit anderen Industrienationen einen großen Erfindungsgeist an den Tag gelegt, um den während der kolonialen Besatzung bestehenden privilegierten Zugang zu den Ressourcen Afrikas und anderer Entwicklungsländer auch nach der formaljuristischen Unabhängigkeit zu sichern. Eine Konstante ist dabei die Kontrolle der Weltmarktpreise: Weil die rohstoffreichen Länder, besonders in Afrika, weder ihre Ressourcen noch die Märkte, auf denen diese gehandelt werden, kontrollieren, erhalten sie nie den gerechten Preis für das, was sie als Beitrag zur Weltwirtschaft leisten. Die »unsichtbare Hand«, die die Fluktuationen der Preise bestimmt, ist aktiv, wenn es darum geht, rohstoffreiche Länder dazu zu bringen, bei jedem Preisverfall die »Last« von Unternehmen so zu senken, dass diese »überleben« können, also profitabel bleiben. Wenn die Preise in die Höhe schnellen und Konzerne große Profite einfahren, bleibt die unsichtbare Hand inaktiv. Daher appelliert die südafrikanische Journalistin Khadija Sharife an die afrikanischen Regierungen: »Where countries hold the monopoly on finite resources and pricing is opaque, governments in Africa must revisit the role in price setting in the global economy, both for resources and labour.«³⁹

³⁸ Ignacio Ramonet: L'an 2000. In: *Le Monde diplomatique*, 12/1999. Online verfügbar. Eigene Übersetzung.

³⁹ Khadija Sharife: The London Fix: Price-Making in Capitalism. In: *Review of African Political Economy*, 25.2.2016. Online verfügbar.

Neben der Kontrolle der Preise für die importierten Rohstoffe verfügen die westlichen Länder noch über ein weiteres, mindestens ebenso mächtiges Instrument: Sie beanspruchen die Definitionsmacht über die Gestaltung der Rohstoffmärkte und die Instrumente ihrer Regulierung.

Wie diese Definitionsmacht funktioniert, erklärte der Film- und Theaterregisseur Milo Rau in einem Interview am Beispiel des Gesetzes zu Konfliktmineralien: »Nehmen wir das im Kongo abgebaute Coltan oder Gold. Das EU-Parlament verabschiedet ein Gesetz, das sagt: Wir wollen keine Konfliktmineralien, wir wollen saubere Produktionsbedingungen. Das klingt erst einmal toll, aber dann stellst du dem Rohstoffexperten der EU die Frage: Was heißt eigentlich ›Konfliktmineral‹? Und der antwortet ganz entspannt: Das ist ein Mineral, das wir nicht haben, das wir aber in Europa benötigen. Deshalb brauchen wir dieses Regulierungsgesetz, um die kongolesischen Produzenten zu kriminalisieren und die Rohstoffe zu billigstmöglichen Preisen nach Europa zu schaffen.«⁴⁰

Auf die Frage hin, ob das Gesetz den Zusammenhang zwischen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und unserem Konsum von Alltagsgütern prüfen soll, antwortet Rau:

»Genau, das ist der moralische Anspruch. Aber in Wahrheit ist es ein imperiales Monopolgesetz: Denn das Label ›sauber‹ kriegen nur die europäischen Multis. Die kongolesischen Kleinproduzenten haben keine Lobby im EU-Parlament. Das ist so, als würde das ZK der chinesischen Kommunistischen Partei Ethikgesetze für die deutsche Autoindustrie verabschieden, VW schließen lassen und dann chinesische Autos importieren. Das klingt völlig absurd, für die Kongolesen und riesige Weltteile ist das jedoch Alltag.«⁴¹

⁴⁰ »Wir sind Arschlöcher durch Geburt.« Milo Rau spricht mit Harald Welzer und Peter Unfried über Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. In: taz.FUTUR-ZWEI-Interview, Oktober 2017. Online verfügbar. ⁴¹ Ebda.

► Ankündigung des Auftritts von DJ Mlungu (isiXhosa: *Weißer*) im *Makwase Palace* in Marikana. DJ Mlungu ist ein weißer Südafrikaner, er spricht ca. die Hälfte der elf südafrikanischen Landessprachen und ist ein auch in der Schwarzen Community respektierter House DJ und Musikproduzent.



DENKSTRUKTUREN GEGEN FAKTEN DER BEZUG DES MASSAKERS VON MARIKANA ZU DEUTSCHLAND BLIEB LANGE UNBEMERKT

Stefan Buchen¹

Afrika schafft es nicht so leicht in die Nachrichten. Das ist eine Binsenweisheit. Am 16. August 2012 und an den Tagen darauf war es durchaus anders. An einer Bergbaumine in Südafrika wurden 34 streikende Arbeiter von Polizisten erschossen. Der *Tagesschau* war es einen kurzen Nachrichtenfilm wert.

¹ Siehe dazu die Beiträge von Stefan Buchen zum Thema: Ausbeutung in Afrika: Welche Verantwortung hat BASF? In: Panorama, ARD, 28.4.2011 Online verfügbar; Ungerechte Welt – Versäumnis Marikana. In: ZAPP, NDR-Fernsehen, 27.4.2016; Der Platin-Komplex. Welche Verantwortung hat der deutsche Chemiekonzern BASF für ein Massaker unter Minenarbeitern in Südafrika? In: Die Zeit, 28.4.2016. Online verfügbar.

»Es waren Szenen, die an die schlimmsten Zeiten des südafrikanischen Apartheidregimes erinnerten«, sagte der Moderator am nächsten Tag in den Spätnachrichten der ARD. »Polizisten, die auf Minenarbeiter schießen«: Mit diesen Worten kündigte die Moderatorin der *Tagesthemen* eine Reportage vom Ort des Geschehens an: Marikana, eine Siedlung im sogenannten »Platin-Gürtel« nordwestlich von Johannesburg, wo sich ein Edelmetallbergwerk an das nächste reiht. In das reine Schaudern über die Gewalt mischen sich bald vorsichtige Versuche der Kontextualisierung. »Eine ganze Nation ist verstört, weil sie nicht fassen kann, was sich hier draußen, am Hügel von Marikana, zugetragen hat«, schreibt die *Süddeutsche Zeitung* am 23.8.2012. »Die junge Demokratie am Kap« sei »ins Mark getroffen«. Die KorrespondentInnen messen dem Ereignis eine hohe politische Bedeutung bei. Marikana werde zum »Symbol« für Gewalt in Südafrika nach dem Ende der Apartheid. Das Massaker markiere »einen Wendepunkt« in der Geschichte Südafrikas, so der Tenor in deutschsprachigen und internationalen Zeitungen.

Erst nach einiger Zeit beschreiben Reportagen aus Marikana Trauer und Wut der Arbeiter und ihrer Familien nach dem Blutbad. Die schlechten, ungesunden Lebensbedingungen in den Slums ohne Wasser und Strom werden ebenso thematisiert wie die niedrigen Löhne der Bergarbeiter von umgerechnet rund 400 Euro, die den Streik überhaupt erst ins Rollen gebracht hatten.

Die Analyse der Ereignisse konzentriert sich auf zwei Aspekte. Zum einen versuchen die KorrespondentInnen, sich eine Meinung darüber zu bilden, wer die Schuld an der Eskalation der Gewalt in Marikana trägt. Waren es eher die Sicherheitskräfte oder eher die Arbeiter? Während der *Spiegel* (27.8.2012) den Polizisten vorwirft, »die Nerven verloren« und »mit automatischen Waffen in die Menge gefeuert« zu haben, äußert *Die Zeit* Verständnis für das Vorgehen der Polizei. Das Blatt zitiert den Sicherheitsexperten Johan Burger vom Kapstädter *Institute for Security Studies* (ISS) mit den Worten: »Ich hätte in der Lage auch Schießbefehl erteilt.« *Welt am Sonntag* (19.8.2012) und *Tagesspiegel* (3.9.2012) betonen, die Streikenden hätten mit ihrer Aggressivität und Gewaltbereitschaft die scharfe Reaktion der Sicherheitskräfte provoziert.

Zum anderen leiten die JournalistInnen aus dem Gewaltausbruch die Existenz einer tiefen innenpolitischen Krise ab. Sie verstehen Marikana als Symptom für das Unvermögen der Regierungspartei *African National Congress* (ANC), nach dem Sieg über die Apartheid im Jahre 1994 akzeptable Lebensverhältnisse für alle BürgerInnen Südafrikas zu schaffen. Der Aufstieg innerhalb des ANC verspreche persönlichen Reichtum. Das sei der Hauptantrieb für politisches Engagement. »Keiner ist zu sehen, der Mandela ersetzen könnte«, resümiert die *Süddeutsche Zeitung* am 24.8.2012.

All diesen KorrespondentInnen-Analysen ist Eines gemeinsam: Die deutschen ReporterInnen sehen das Blutbad von Marikana als innenpolitisches Problem. So unterschiedlich die Erklärungsansätze auch sein mögen – korrupte Regierung, schlecht ausgebildete Polizei, gewaltbereite Arbeiter, schlechte Arbeitsbedingungen –, die Ursachen des Ereignisses werden allein in Südafrika gesucht.

Es soll nun nicht darum gehen, die Richtigkeit der Befunde infrage zu stellen. Im Gegenteil. Nach unseren eigenen Recherchen gibt es gute Gründe, aus denen man jede einzelne der genannten Feststellungen und Schlussfolgerungen herleiten kann. Zumal wenige Tage nach dem Blutbad niemand die Zeit und die Möglichkeiten hatte, die Ereignisse so minutiös aufzuarbeiten, wie es der südafrikanische Investigativjournalist Greg Marinovich in seinem 2016 in Kapstadt erschienenen Buch »Murder at Small Koppie – The Real Story of the Marikana Massacre«² tat. Marinovich weist anhand interner Polizeidokumente nach, dass die Führung der Sicherheitskräfte mit Unterstützung einflussreicher Politiker wie Cyril Ramaphosa, einem ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär und einstigem Wegbegleiter Nelson Mandelas, früh den Plan fasste, die Proteste gewaltsam zu beenden, statt auf die Forderungen der Arbeiter nach Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Lebensbedingungen einzugehen. Seine Recherchen gipfeln in der Erkenntnis, dass zumindest einige der 34 Todesopfer kaltblütig, zum Teil durch Nackenschuss, von Polizisten ermordet worden seien, nachdem sie sich schon auf den »kleinen Hügel« (Small Koppie), einige hundert Meter vom »großen Hügel«, dem Hauptschauplatz der Proteste, zurückgezogen hätten.

Unser Anliegen ist es, darauf hinzuweisen, dass alle deutschen KorrespondentInnenberichte vom August 2012 eine wesentliche Gemeinsamkeit haben: Sie blenden die Frage aus, was das Massaker »mit uns« zu tun haben könnte. Ein Bezug zu Deutschland wird nicht aufgezeigt. RezipientInnen müssen den Eindruck gewinnen, dass es einen solchen Bezug gar nicht gibt. Aus deutscher Sicht erscheint das Thema als ein rein außenpolitisches.

In allen Fernsehnachrichten und den meisten Zeitungsberichten heißt es, das Bergbauunternehmen Lonmin, das die Platinmine in Marikana ausbeutet und gegen dessen Lohnpolitik die Arbeiter protestiert hatten, sei südafrikanisch. Auch das war nicht falsch. Einige KorrespondentInnen präzisierten, es handele sich um ein »südafrikanisch-britisches Unternehmen mit Sitz in London«. Auch Greg Marinovich geht in seinem vier Jahre später erschienenen Buch über diese Feststellung nicht hinaus.

In deutschen Presseartikeln vom August 2012 finden sich nur ein paar wenige vage Andeutungen dahingehend, dass die Platinminen Südafrikas in die Weltwirtschaft eingebunden seien. »In Marikana [...] tobt ein brutaler Arbeitskampf, in dem sich globale Verwerfungen spiegeln: ein multinationaler Konzern, der möglichst profitabel Rohstoffe fördert. Ein Heer von Lohnsklaven, die sich ausgebeutet fühlen. Dazwischen verantwortungslose Manager, machtbesessene Gewerkschaftsbosse und staatliche Organe, die jämmerlich versagen«, schrieb der damalige Korrespondent der *Zeit* Bartholomäus Grill (23.8.2012). Die *Süddeutsche Zeitung* lässt wissen, dass Lonmin sich auch deshalb mit den Lohnforderungen der Arbeiter schwertue, weil die Weltmarktpreise für Platin

wegen der »schwächelnden Automobilindustrie in Europa« im Keller seien (23.8.2012). Keine/r der KorrespondentInnen erwähnt, dass der deutsche Großkonzern BASF der wichtigste Kunde von Lonmin ist. In den öffentlich zugänglichen Geschäftsberichten von Lonmin hätte man das nachlesen können. Aus diesen geht hervor, dass dem südafrikanisch-britischen Bergbauunternehmen niemand so viel Platin abkauft wie BASF und der japanische Konzern Mitsubishi. Sollte einer dieser beiden Hauptabnehmer als Kunde ausfallen, geriete Lonmin in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der erste Hinweis auf diesen Zusammenhang kam nicht von den Massenmedien, sondern von dem Historiker Jakob Krameritsch, Herausgeber des Sammelbandes »Das Massaker von Marikana, Widerstand und Unterdrückung von Arbeiter_innen in Südafrika«.³

Der Chemiekonzern BASF benötigt größere Mengen Platin für den Bau von Katalysatoren, vor allem für mit Dieselmotoren angetriebene Fahrzeuge. Das Edelmetall hat katalytische Eigenschaften: Es verwandelt die nach der Verbrennung des Brennstoffs anfallenden Stickoxide in das weniger schädliche Kohlendioxid, zumindest in der Theorie. Dass das Ziel, die Luft auf diese Weise reiner zu halten, gerade bei Dieselmotoren nicht in dem Maße erreicht wird, wie die Industrie glauben machen wollte, ist eine neue und an dieser Stelle nur um der Ironie der Geschichte willen zu erwähnende Erkenntnis. Hier ist entscheidend, dass BASF genau wie der Autozulieferer Bosch im Grunde von vornherein zu dem »Dieselkartell« der deutschen Automobilindustrie gehörte, über das die deutschen Medien im Sommer 2017 so intensiv berichteten. Mit der Übernahme des US-amerikanischen Katalysatorenbauers *Engelhard* im Jahre 2006 hatte der BASF-Vorstand die strategische Entscheidung getroffen, Weltmarktführer in diesem Industriezweig werden zu wollen. Im südafrikanischen Port Elizabeth, also in der Nähe der Quelle des unabdinglichen Rohstoffs Platin, zog BASF eine – nach eigenen Angaben – »Weltklassefabrik« für die Herstellung von Fahrzeugkatalysatoren hoch. Die Katalysatorensparte macht etwa zehn Prozent des rund 70 Milliarden Euro betragenden Gesamtumsatzes von BASF aus.

Noch in dem 2013 veröffentlichten Jahresbericht 2012 – dem Zeitraum, in dem das Massaker geschah – ist die herausragende Geschäftsbeziehung von Lonmin zu BASF klar benannt. Erst in den Jahren danach verschwindet der Name des deutschen Kunden diskret aus den Geschäftsberichten. Die Lieferbeziehung geht allerdings weiter. »Wir sind ein sehr, sehr großer Kunde dieses Unternehmens«, bestätigte der Vorstandsvorsitzende von BASF Kurt Bock noch im Februar 2016 während einer Bilanzpressekonferenz in Ludwigshafen.

² Greg Marinovich: *Murder at Small Koppie. The Real Story of the Marikana Massacre*, Cape Town 2016.

³ Peter Alexander/Thapelo Lekgowa/Botsang Mmope/Luke Sinwell: *Das Massaker von Marikana, Widerstand und Unterdrückung von Arbeiter_innen in Südafrika* (Hg. von Jakob Krameritsch). Wien 2013, hier: S. 8.

Für rund 600 Millionen Euro⁴ kauft BASF jährlich Platin, das von südafrikanischen Arbeitern aus den bis zu 1.200 Meter tiefen Stollen unter der Savanne Südafrikas herausgehauen wird. Ohne diesen Kunden bräche das Geschäftsmodell von Lonmin zusammen.

Sind dies nun sperrige wirtschaftliche Details, Randinformationen für SpezialistInnen, die dem öffentlichen Interesse in Deutschland und Europa fernliegen? Oder sind es wichtige, relevante Tatsachen, die zu einer vollständigen Medienberichterstattung über ein Ereignis wie das Blutbad im südafrikanischen »Platin-Gürtel« dazugehören? Der vorliegende Text soll als Argument für die allgemeine Bedeutung und Relevanz dieser Informationen verstanden werden. Ihre Nichterwähnung stellt ein journalistisches und mediales Versäumnis dar. Es sollen einige Überlegungen zu den Gründen dieses Versäumnisses angestellt werden sowie zu den Schlussfolgerungen, die man daraus ziehen kann.

»Das war ein schockierendes Erlebnis, durch Kugelhagel aufmerksam zu werden auf sterbende Menschen vor laufender Kamera. Ich bin wie elektrisiert hochgesprungen. Es war traumatisch.« So schildert Martina Schwikowski, die Korrespondentin der *tageszeitung* (taz) wie sie in Johannesburg die Ereignisse im südafrikanischen Fernsehen verfolgte und was die Bilder bei ihr auslösten.⁵ Diesem Entsetzen gab sie in ihrer Berichterstattung in der taz Ausdruck, ergänzt durch eine innenpolitische Analyse. Der Schauer, der durch die vorhandenen Fernsehbilder verstärkt wurde, mag ein erster wichtiger Grund dafür sein, warum das Gemetzel überhaupt den Weg in die internationalen Nachrichten fand.

Aber so viele »unnatürliche Todesfälle« wie in Marikana gibt es irgendwo in Afrika an manch einem Tag, sei es bei kriegerischen Auseinandersetzungen im Ostkongo, wegen der Hungersnot in Somalia oder durch eine Kombination aus beidem im Südsudan (um nur wenige aktuelle Beispiele zu nennen). Häufig nimmt die Weltöffentlichkeit von diesen kaum weniger schaurigen Katastrophen keine Notiz.

Für die recht ausführlichen Korrespondentenberichte aus Südafrika muss es also noch andere Gründe geben. Zunächst einmal »sitzen« viele internationale Afrika-KorrespondentInnen in Johannesburg oder lieber noch in Kapstadt – neben dem kenianischen Nairobi der »Reporter-Hub« auf dem afrikanischen Kontinent. Die physische Anwesenheit professioneller AuslandskorrespondentInnen trägt, auch in Zeiten von Social Media, Bürgerjournalismus und anderen neuen Formen der Nachrichtenverbreitung, dazu bei, dass Informationen aus dem jeweiligen Land in die Welt gelangen und von dieser wahrgenommen werden.

Des Weiteren setzt Südafrika nach dem Untergang des Apartheidregimes aus Sicht Europas seine Sonderstellung unter anderen Vorzeichen fort. Der »friedliche« Übergang

zu Demokratie und Gleichberechtigung, der sich unter den sanft ausgebreiteten Armen der Überfigur Nelson Mandela vollzog, die »Wahrheitskommissionen«, in denen das Unrecht aufgearbeitet und die Versöhnung in die Herzen gepflanzt wurde: Aus diesen Elementen entstand ein Idealbild der Hoffnung, das man mit Recht »romantisch« nennen darf. Inwiefern diese mediale Begeisterung nach 1994 eine Kompensation dafür war, dass europäische Staaten und Unternehmen, u. a. BASF, von der Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime stark profitiert hatten (siehe hierzu den Beitrag von Simone Knapp, Jakob Krameritsch, Barbara Müller und Walter Sauer ab S. 62, und den von Maren Grimm und Jakob Krameritsch, S. 134), müssen PsychologInnen beurteilen. Ein weiteres mögliches Beispiel für eine solche Kompensationshandlung könnte sich in dem Imagefilm »Labour of Love« (1994) von *Daimler-Benz* finden. In diesem Film wird, untermalt von pathetischer Musik, gezeigt, wie Arbeiter jeder Couleur im *Mercedes-Werk* von Durban unter freiwilligem Verzicht auf einen Teil ihres Lohns einen roten 500 SEL für den neuen Präsidenten Nelson Mandela bauen. Die Botschaft: Wie die Limousine setzt sich das Land Südafrika aus vielen verschiedenen bunten Teilen zusammen, um ein harmonisches Ganzes zu bilden. In den Jahrzehnten zuvor hatte *Daimler* u. a. *Unimog*-Panzerfahrzeuge für das Apartheidregime gebaut, die zur blutigen Niederschlagung von Protesten der Schwarzen Bevölkerung eingesetzt worden waren. Schwamm drüber, nun war Südafrika die »Regenbogennation«.

Insofern erfüllte das Massaker von Marikana zweifellos das journalistische Relevanzkriterium des Überraschenden und Außergewöhnlichen. Es fiel aus dem Rahmen, dem »Framing«⁶ des Narrativs, das die Vorstellung vom »neuen« Südafrika steuerte, heraus. Es war also eine »Mann-beißt-Hund-Geschichte«.

Hastig mussten die BerichterstatteInnen nun einen neuen »Frame«, einen neuen Rahmen finden. Dieser wurde dann, wie gesagt, um das »innenpolitische Versagen« und die »endemische Korruption« der ANC-Regierung unter den Nachfolgern Mandelas abgesteckt. Der Korrespondent des *Tagesspiegel* sprach von »völlig aus dem Ruder« laufenden Streiks. Er zeichnete das Bild marodierender Horden, die »ganze Innenstädte lahmlegen«, »Autobahnen blockieren« und »Schulen in Brand stecken« (3.9.2012). Er ging so weit zu betonen, dass »die Hälfte der schwarzen Bevölkerung schlechter gestellt sei als während der Apartheid«. Hier ist die Botschaft klar: Vielleicht wäre es sogar für die Schwarzen besser gewesen, die Apartheid gar nicht abzuschaffen!

Die Neigung europäischer JournalistInnen, darzulegen, dass man Afrika nicht den AfrikanerInnen überlassen dürfe, weil es sonst »vor die Hunde« gehe, hatte schon der Antikolonialist Frantz Fanon beobachtet. »Die journalistische Recherche macht es sich

4 2014 kaufte BASF Platingruppenmetalle um 450 Millionen Euro und 2015 um 650 Millionen Euro.

5 Ungerechte Welt – Versäumnis Marikana. In: ZAPP, NDR-Fernsehen, 27.4.2016.

6 Zum Begriff des »Framing« in der Kommunikationswissenschaft vgl. z. B. Daniel Völker: Kommunikation im Krisenmodus. Konzeption des strategischen Framing anhand der Finanzkrise 2008/09, Wiesbaden 2017. Oder Hanan Badr: Framing von Terrorismus im Nahostkonflikt. Eine Analyse deutscher und ägyptischer Printmedien, Wiesbaden 2017.

zur Aufgabe, vorgefasste Meinungen zu belegen: »Da unten [in Afrika] läuft alles schlecht, seitdem wir dort nicht mehr das Sagen haben«, schrieb er 1961 in »Die Verdammten dieser Erde«. ⁷ Vor dem Aufstieg der Kommunikationswissenschaft und ihrer Spezialisierungen und vor den imperialismuskritischen Beobachtungen von Edward Said ⁸ war der Psychiater Fanon dem hegemonialen eurozentrischen Diskurs bereits glasklar auf die Schliche gekommen.

Den deutschen KorrespondentInnen soll nicht unterstellt werden, sie hätten im August 2012 den Bezug der BASF zum Massaker von Marikana bewusst verschwiegen. Das wäre dumme Verschwörungstheorie. Was hingegen naheliegt, ist der Verdacht, dass sie in der Krisensituation davor zurückschreckten, das große Ganze in den Blick zu nehmen. Das große Ganze sind hier die Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse, die die europäischen Eroberer und Kolonialisten über die Jahrhunderte zwischen Europa und Afrika etabliert haben. Es wäre vielleicht zu viel verlangt, dass europäische JournalistInnen stets an den Satz Frantz Fanons denken, Europa sei buchstäblich eine Schöpfung der Dritten Welt. ⁹ Fanon wollte damit sagen, dass Europa nur deshalb so reich werden konnte, weil es einen Raubzug durch die diversen Kolonialgebiete angetreten hatte, um dort Menschen zu versklaven und sich die Rohstoffe anzueignen. Es trüge allerdings schon zur Schärfung des Bewusstseins der MedienberichterstatteInnen bei, wenn sie sich Fanons Beobachtungen über die Gesetzmäßigkeiten vergegenwärtigten, unter denen die Dekolonisierung stattfindet. Was Fanon 1961 darüber äußerte, auch aufgrund persönlicher Erfahrungen in Nord- und Westafrika, erweist sich als prophetisch in Bezug auf Südafrika nach dem Ende der Apartheid. Eine schmale einheimische, den ehemaligen Kolonisatoren kulturell angepasste Bourgeoisie übernehme die politische Führung, so Fanon. Sie garantiere auch nach der staatlichen Unabhängigkeit die Wirtschaftsinteressen der früheren Kolonialmächte. Die Masse der Bevölkerung lebe weiterhin im Elend. Das spiele den multinationalen Konzernen insofern in die Hände, als sie immer neue Arbeitskräfte aus einem nie versiegenden Reservoir schöpfen könnten. Den Aufstieg der lokalen Bourgeoisie nennt man im Post-Apartheid-Südafrika *Black Economic Empowerment* (BEE). Den nicht versiegenden Nachschub von Arbeitskräften für den »Platin-Gürtel« liefern seit Jahren die arme Region im östlichen Kap und der Nachbarstaat Simbabwe als *Labour Sending Areas*.

Der Zusammenhang zwischen BASF und Marikana ist nur ein (extremes) Beispiel dafür, zu welchem Preis deutsche und europäische Unternehmen ihre Interessen in Afrika verfolgen. Es lohnt sich jedoch, genauer hinzuschauen: Der Dammbauer *Lahmeyer*, *Siemens*, *Strabag* und andere Player der Kohleindustrie sind bloß einige weitere Namen

⁷ Frantz Fanon: *Les damnés de la terre*. Paris 2002. S. 76.

⁸ Vgl. Edward Said: *Culture and Imperialism*. New York 1993; Ders.: *Covering Islam. How the Media and the Experts Determine How We See the Rest of the World*. New York 1997; ders.: *Orientalism*. New York 1978.

⁹ Frantz Fanon: »L'Europe est littéralement la création du tiers monde«, zit. nach: Fanon, *damnés*, S. 99.

transnationaler Unternehmen, die genauer unter die Lupe genommen werden sollten. Als wir die diversen Südafrika-KorrespondentInnen danach fragten, warum sie nach dem Massaker an der Platinmine nicht auf BASF kamen, wollte fast niemand darüber Auskunft geben. Allein die Korrespondentin der *tageszeitung* Martina Schwikowski war bereit, die Frage zu beantworten. Im Interview mit dem NDR-Medienmagazin ZAPP (27.4.2016) sagte sie: »Es ist schade, dass wir uns zu dem Zeitpunkt [des Massakers] mehr mit dem Schockerlebnis auseinandergesetzt haben, als gleich weiter zu schauen, was das für Anknüpfungspunkte an Deutschland hat. Im Norden, da weiß man oft nichts davon, wie die Menschen da arbeiten und wie die Lebensbedingungen sind. Aber man hat halt den Profit, und ich finde, das gehört zusammen, dass man da Aufmerksamkeit schafft.«

► 366 Auswahl der Medienberichterstattung im Kontext der Kampagne *Plough Back The Fruits*. Die Kampagne thematisiert die Verbindung von BASF zu Lonmin und dem Massaker von Marikana.

► 368 Auswahl von Literatur, Quellen und Referenzmaterial für das vorliegende Buch.

DAS BLOSSE LEBEN KOLONIALE UND NEOKOLONIALE ABBILDUNGEN SÜD-AFRIKANISCHER BERGARBEITER IN DER ÖFFENTLICHEN WAHRNEHMUNG

Rosemary Lombard

»Aus den streikenden Minenarbeitern von Marikana wurde ein Spektakel gemacht. Das macht noch einmal deutlich, dass der Minenarbeiter, als modernes Subjekt des Kapitalismus, in diesen Teilen der Welt auch das Produkt einer Begegnung mit dem Kolonialismus ist.«¹

»Wir müssen verstehen, wie die Fotografie im Alltag entwickelter Industriegesellschaften funktioniert: Das Problem ist eher eines materialistischer Kulturgeschichte denn der Kunstgeschichte.«²

¹ Suren Pillay: Marikana: The politics of law and order in post-apartheid South Africa. In: Al Jazeera, 21.3.2014. Online verfügbar.

² Allan Sekula: Reading an Archive: Photography between Labour and Capital. In: Liz Wells (Hg.): The Photography Reader. London/New York 2003.

Ich nehme den seltsamen Apparat aus Holz und Metall in die Hand. Das sei ein Stereoskop, sagt man mir. Das Gerät fühlt sich alt an, es besitzt diese gewisse Patina des Gebrauchs. Die gedrechselten Details und Dekorelemente vermitteln eine nicht an der praktischen Verwendung orientierte Eleganz, ohne dass es sich dabei um ein besonders teures Stück handeln würde. Vielmehr scheint das Stereoskop einer Epoche zu entstammen, in der noch Zeit für Verzierungen war. Gleichzeitig fühlt es sich nicht hochwertig an, sondern wie ein billiges, in Massenproduktion unsauber gefertigtes Objekt. Die Gravierungen auf dem hauchdünnen Blech muten grob an. Und während ich das Gerät in den Händen halte, erscheint mir die Halterung des einen Teils, das durch das andere gleiten soll, doch recht wackelig zu sein.

Ich greife zu dem Stapel verblichener Stereografien und blättere sie langsam durch. Es sind insgesamt 24 Bilder. Gemeinsam mit dem zugehörigen Sichtapparat kaufte ich sie in einem Antiquariat in einer Einkaufspassage, nahe der Long Street in Kapstadt. Eine Stereografie setzt sich aus zwei Fotografien zusammen, die aus leicht unterschiedlichen Blickwinkeln vom selben Objekt aufgenommen wurden. Werden solche Fotografien in die entsprechende Halterung des Stereoskops gelegt und schaut man durch die Sehvorrichtung, so entsteht die Illusion von Perspektive und Tiefe, bei der unter Ausnutzung des Parallaxen-Phänomens zwei Bilder miteinander zu verschmelzen scheinen.

Susan Sontag merkt an, dass »Fotos, die von sich aus nichts erklären können, [...] unwiderstehlich zu Deduktion, Spekulation und Phantastereien auf[fordern]«³. Und Allan Sekula bezeichnet die Fotografie als eine »unvollständige Äußerung, eine Nachricht, deren Lesbarkeit von einer externen Matrix von Bedingungen und Vorannahmen abhängt. Daher wird die Bedeutung jeder fotografischen Nachricht unweigerlich vom Kontext bestimmt«.⁴ Im Folgenden möchte ich einen genaueren Blick auf zwei dieser 24 Bilder werfen, um schließlich einige Aspekte der komplexen Beziehung zwischen der Fotografie und ihren Subjekten sowie ihrer öffentlichen Verbreitung aufzuzeigen.

Auf jeder der Karten aus dickem Karton mit abgerundeten und abgestoßenen Ecken sind nebeneinander angeordnet zwei scheinbar identische Fotos zu sehen. Am seitlichen Rand ist jeweils in goldenen Lettern eingraviert, was ich als Name des Fotografen oder der Druckerei interpretiere: »Raymond Neilson, Box 145, Johannesburg«. Auf den Fotos sind Minenarbeiter unter Tage abgebildet. Manche Bilder sind derart verwaschen, dass die Figuren konturenlos und geisterhaft erscheinen. Auf den meisten Fotos gibt es keine Anmerkungen. Nur auf ganz wenigen befindet sich eine krakelige, weiße Handschrift auf dem Foto selbst, als ob sie vor dem Druck auf das Negativ selbst eingekratzt worden wäre. Diese gibt darüber Auskunft, welche Art von Maschinerie oder Tätigkeit zu sehen ist und verrät den Namen der Mine: »Crown Mines«.

³ Susan Sontag: In Plato's Cave. In: On Photography. New York 2005 [1973]. S. 23.

⁴ Allan Sekula: On the Invention of Photographic Meaning. In: Victor Burgin (Hg.): Thinking Photography. London 1982. S. 4.



▲ Stereografisches Bild von Minenarbeitern in den Crown-Minen zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Ich nehme die erste Karte auf, lege sie in das Stereoskop und spähe durch den Apparat. Auf dem linken der beiden Bilder verkündet die Schrift: »Ingersoll hammer drill cutting box hole. C215. Crown Mines.« (dt. etwa: Ingersoll-Bohrhammer im Einsatz. C215. Crown-Minen; siehe Abbildung oben).

Ich schiebe die Halterung entlang des Holzschafte vor und zurück, um das Bild zu fokussieren. Ich sehe zwei Bilder, nichts Besonderes, bis sie schließlich, an einem bestimmten Punkt der Achse, miteinander verschmelzen und ein dreidimensionales Bild ergeben. Ich mache die Erfahrung einer Gestaltsverschiebung. Die optische Täuschung ist unheimlich. Ich blinzele angestrengt. Doch das Bild ist noch immer da. Es fühlt sich magisch an, als würden sich die Figuren aus der Karte herauslösen und zu mir treten. Ihre Augen, ein weißes Glimmen aus verschmutzten, verschwitzten Gesichtern, starren in meine Augen hinein und mehr als ein Jahrhundert zeitlicher Distanz löst sich auf. Mit einer verblüffend greifbaren Präsenz stehen hier zwei junge *weiße* Männer in einem Minenschacht und lehnen gegen den Felsen, jeder mit einer Hand an der Hüfte und einem keck aufgerichteten Hut. Erst vor Kurzem sind sie dem Teenageralter entwachsen. Sie sind sehr jung ... und gleichzeitig sehr alt – sofort denke ich: In jedem Fall sind sie mittlerweile tot; angesichts der gefährlichen Arbeitsbedingungen, womöglich bereits kurz nach der Aufnahme durch einen Steinschlag gestorben oder im Ersten Weltkrieg umgekommen. Mich erfasst plötzlich ein Schwall undefinierbarer Emotionen. Die starke Wirkung des Bildes erstaunt mich. Trotz der umständlichen Art und Weise der Betrachtung: Der Effekt ist verblüffend.

Ich muss an Sontags Ausspruch denken, wonach alle Fotografien *memento mori* sind: »Fotografieren bedeutet teilnehmen an der Sterblichkeit, Verletzlichkeit und Wandel-

barkeit anderer Menschen (oder Dinge). Eben dadurch, daß sie diesen einen Moment herausgreifen und erstarren lassen, bezeugen alle Fotografien das unerbittliche Verfließen der Zeit.«⁵

Ich stelle fest, dass das Parallaxen-Phänomen (und damit auch die Suggestionskraft der Bilder) sich am stärksten bei den Figuren im Vordergrund bemerkbar macht, vermutlich wegen des Aufnahmewinkels und der Fluchtlinien. Hinter den beiden jungen *weißen* Männern, beinahe in der Dunkelheit verschwindend, befindet sich auch ein Schwarzer Mann. Er hält, über alle Köpfe hinweg, einen Bohrer, der in das Gestein des Tunnels einzudringen scheint, in dem sie sich alle befinden. Während der Aufnahmen scheint er sich bewegt zu haben, denn sein Gesicht ist verschwommen. Es könnte aber auch an den schlechten Lichtverhältnissen im Schacht liegen. Und obwohl er mir direkt in die Augen schaut, kann ich zu ihm keine derart starke Verbindung aufbauen wie zu den Figuren im Vordergrund. Er befindet sich tatsächlich im Hintergrund, eine Präsenz ohne Substanz. Es sind die Bildkomposition und die Art der Aufnahme, die ihn in diese Position gebracht haben, und diese Betrachtungsweise lässt sich auch nicht mehr ungedacht machen, egal, wie sehr ich darüber hinwegzuschauen versuche.

Ich setze das nächste Bild ein (siehe S. 374): Auf diesem Bild steht nichts geschrieben, lediglich etwas, das eine Referenznummer zu sein scheint, ist zu sehen: »C269«. Die Figur im Vordergrund ist ein Schwarzer Mann. Er tut so, als würde er mit Hammer und Meißel den Fels bearbeiten, obgleich er offensichtlich für die Aufnahme still steht. Er ist perfekt fokussiert, sein skeptischer Blick ruht auf uns und er wirft einen scharfkantigen Schatten auf den Felsen hinter ihm. Das Bild ist nicht mit natürlicher Beleuchtung aufgenommen worden. Es scheint unverkennbar, dass die Aufnahmen von einem Fotografen professionell ausgeleuchtet wurden, möglicherweise mit Magnesium-Fackeln, da die Bilder zweifellos vor der Erfindung des Blitzlichts entstanden sind.

Zur Linken des Mannes mit dem Meißel steht ein *weißer* Mann, dessen Gesicht vom Schmutz ganz dunkel ist. In der einen Hand hält er eine Lampe, mit der anderen greift er an einen Stützpfeiler, der den Schacht und damit auch das Bild zweiteilt. Mit ernster Miene starrt er zu uns herüber, besorgt und mit glasigen Augen. Hinter den beiden Männern im Vordergrund befinden sich weitere Männer – Fragmente von zwei, vielleicht drei Arbeitern sind zu erspähen, ein Schwarzer Mann kauert hinter dem Mann mit dem Meißel am Fels.

⁵ Susan Sontag: Über Fotografie. München/Wien 1989. S. 9ff. Vgl. John Berger: Understanding a Photograph. In: Selected Essays and Articles: The Look of Things. London 1972. Und Roland Barthes: Camera Lucida – Reflections on Photography. New York 1981, S. 14.



▲ Ausschnitt: Stereografisches Bild von Minenarbeitern aus Johannesburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Was mich an diesem Bild am stärksten beeindruckt – das *punctum*, nach Barthes⁶ – ist die Tatsache, dass der Mann mit dem Meißel barfüßig ist. Er arbeitet völlig ohne Schuhwerk in einer enorm gefährlichen Umgebung. Wenn ich mir alle Bilder anschau, fällt auf, dass alle *weißen* Arbeiter Stiefel tragen. Es gibt aber etliche Bilder, auf denen deutlich zu sehen ist, dass viele Schwarze Arbeiter keine Schuhe tragen. Die Bilder sind klare visuelle Belege für eine ausbeuterische Industrie, in der die Sicherheit der Arbeiter keine Priorität hatte. Dadurch, dass sie keinerlei adäquate Schutzbekleidung erhalten, sind diese Männer einem unglaublichen Risiko ausgesetzt: Niemand trägt einen Helm und die Schwarzen Arbeiter keine Schuhe. Menschen, deren Leben nicht schützenswert ist, so lässt sich daraus ableiten, sind entbehrlich. Den Fotografien nach zu urteilen, ist das Leben von Schwarzen noch entbehrlicher als das von *weißen*.

Ich bin neugierig und möchte mehr über diese Bilder erfahren. Vielleicht spiegeln sich ja diese visuellen Belege auch in der Literatur wider? Oder vielleicht können sie uns Dinge erzählen, die die Literatur nicht vermag? *Wer waren diese Menschen?* Es steht nichts auf der Rückseite der Bilder. Keine Bildlegenden, keine Datumsangaben. *Wer war der Fotograf?* Zu welchem Zweck wurden diese Bilder aufgenommen? Das Fehlen von Antworten auf diese banalen Fragen verleiht den Fotos eine unheimliche, beinahe geisterhafte Aura. Des Weiteren habe ich technische Fragen dazu, auf welche Weise diese Bilder aufgenommen wurden, etwa zur Ausleuchtung oder zur verwendeten Kamera. Sicherlich war es ein mühseliges und langwieriges Unterfangen, dieses Equipment in die Mine zu befördern – und kostspielig dazu?

Ohne Hintergrundinformationen zur Entstehung dieser Stereografien ist es schwierig nachzuvollziehen, wie und warum diese Bilder aufgenommen wurden. Ich vermute, dass meine heutige Erfahrung beim Betrachten der Bilder und meine Interpretationen einem völlig anderen Paradigma folgen, als dies bei den BetrachterInnen zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Fall war. Daher werde ich mich um eine historische und theoretische Einbettung bemühen. Denn wie John Tagg uns richtigerweise erinnert, »[ist] die Fotografie [...] keine magische ›Aussendung‹, sondern das materielle Produkt eines materiellen Apparats, das in bestimmten Kontexten zum Einsatz gebracht wird«⁷.

Mit den mir zur Verfügung stehenden Daten bin ich nicht in der Lage zu sagen, welchem Zweck diese Fotografien dienten. Einen geschäftlichen Zweck der Bilder kann ich mir nicht vorstellen, denn hierfür sind die Anmerkungen zu spärlich. Sollte die Benennung von Maschinen einem wirtschaftlichen Zweck dienen, wären diese auf konsequentere Art und Weise benannt worden. Würden die Bilder einem Werbe- oder Dokumentationszweck dienen, wäre dies eine Sammlung vom Typ »Kuriositätenkabinett«, bei dem das Spektakel der Betrachtung von Dingen, die üblicherweise unsichtbar

⁶ Barthes: Camera. S. 27.

⁷ John Tagg: The Burden of Representation: Essays on Photographies and Histories. London 1988. S. 3.

für das Publikum bleiben, die Hauptattraktion wäre. Vielleicht hatten die Bilder einen Bildungszweck, obgleich die Dokumentation viel zu ungenau ist, um tatsächlich als Bestandsaufnahme dienen zu können.

Ich tippe »Raymond Neilson« in den verschiedensten Schreibweisen und mit unterschiedlichen Schlagwörtern versehen in die Suchmaschine, habe aber kein Glück. Ich suche »alte Minenfotos in Südafrika«. Dabei finde ich lediglich eine vielversprechende Referenz in einem Foreneintrag vom 20. April 2013 auf heritageportal.co.za, einer »Plattform für Diskussion, Bildung und Marketing im Dienst des südafrikanischen Kulturerbe-Sektors«. In dem Eintrag wird eine Sammlung von 48 Stereografien beschrieben, die zusammen mit einem Stereoskop in einem Keller im englischen North Yorkshire gefunden worden waren. Die Beschreibung der Autorin des Eintrags ähnelt verdächtig den Bildern, die mir vorliegen, und schließt ebenfalls den Kommentar mit ein, dass die Schwarzen Arbeiter barfuß sind. Auch in ihren Bildern fehlen Datumsangaben und weitergehende Informationen, abgesehen vom Namen der Goldminen von Johannesburg, in denen sie aufgenommen wurden, sowie dem Namen und der Adresse der Druckerei: »G.B. Neilson, 15 Victoria Street, Georgetown.« Die Autorin des Eintrags weist zudem darauf hin, dass das *Museum Africa* zugestimmt habe, diese Stereografien in seine Sammlung aufzunehmen.⁸

Ich setze mich in Verbindung mit Diana Wall, frühere Kuratorin des *Bensusan Museum of Photography*, jetzt Collections Manager beim *Museum Africa* in Newtown, Johannesburg. Sie erzählt mir ein wenig vom historischen Kontext dieser Fotografien. Diana kennt den Namen »Raymond Neilson« nicht und sagt, eine präzise Datierung der Bilder sei unmöglich. Höchstwahrscheinlich seien sie jedoch Anfang des 20. Jahrhunderts aufgenommen worden. Dann gibt sie mir noch mit, dass das Stereoskop typisch sei für jene Apparate, die in viktorianischen Haushalten für Bildungs- und Unterhaltungszwecke im Einsatz gewesen seien – bis etwa 1920 habe die Betrachtung solcher Bilder eine weit verbreitete Form der Unterhaltung dargestellt.⁹

Viktorianische VoyeurInnen

Die Blütezeit des Stereoskops folgte der Popularisierung des Geräts auf der Londoner Industrieausstellung 1851, bei der Königin Victoria höchstpersönlich ein Gerät orderte.¹⁰ Die in Massenproduktion hergestellten Stereoskope boten der aufkommenden Mittelschicht beliebte Unterhaltung und Impressionen aus unbekanntem Teilen der Welt. In

⁸ Unter: www.heritageportal.co.za/forum/johannesburg-mining-heritage.

⁹ Persönliche Kommunikation, 26. Mai 2014.

¹⁰ Alexander Strasser: *Victorian Photography*. London/New York 1942. S. 117.

diesem Sinne stellten sie Vorläufer späterer Medienformen dar, die eine ähnliche Nische bedienen – Kino, Fernsehen und das Internet.¹¹

Stereografien richteten sich auf jenen Sektor der Gesellschaft, der die industrielle Wirtschaftsweise befeuerte, und dienten der Untermauerung und Erweiterung von Haltungen, die den Industriekapitalismus stützten und rechtfertigten. Shelley Staples betont, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts stereografische Darstellungen des industriellen Lebens in den Vereinigten Staaten in gänzlich unterschiedlichen Branchen wie dem Textil- und Bergbausektor oder der Forst- und Fleischverarbeitungsbranche kursierten und ihren Fokus nicht auf den Beschäftigten, sondern auf Maschinen und Produkten hatten. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Bilder »standardisierte Ansichten (sowohl ästhetisch als auch ideologisch) zu Arbeit und Industrie«¹² boten und dass dieser Fokus den Einzug technokratischer Vorstellungen widerspiegelte, wonach ArbeiterInnen »lediglich Teile der Maschine darstellen, an der sie arbeiten«¹³. Dies ist sicherlich der Fall bei den Bildern, die ich vor mir habe – die Arbeiter, die im Bild zu sehen sind, bleiben anonym, während die Maschinen benannt werden. Es scheint daher durchaus wahrscheinlich, dass die vorliegenden Stereografien ebenfalls für diese Art des »Edutainments« gedacht waren.

Der Akt der Fotografie dient als Kontrollmechanismus, der der Welt auferlegt wird – er wird unserem Erfahren der Welt auferlegt und auch der Wahrnehmung anderer Menschen davon, wie wir sie erfahren, so Sontag: »Fotografieren heißt sich das fotografierte Objekt aneignen. Es heißt sich selbst in eine bestimmte Beziehung zur Welt setzen, die wie Erkenntnis – und deshalb wie Macht – anmutet.«¹⁴

Wie unter anderem Elizabeth Edwards untersuchte,¹⁵ war die Sammlung fotografischer Belege auch ein Werkzeug der kolonialen Wissensproduktion, und das sowohl im engeren Sinne, etwa bei der anthropometrischen Fotografie, als auch im eher »freieren« Sinn bei den fotografischen Postkarten, die in der viktorianischen Gesellschaft kursierten und dadurch ein bestimmtes Publikum schufen.¹⁶

¹¹ Lev Spiro: *A brief history of Stereographs and Stereoscopes*, Teil 1 eines 4-teiligen Kurses, *History through the Stereoscope*. Online verfügbar.

¹² Vgl. Shelley Staples: *The machine in the parlor. Naturalizing and standardizing labor and industry through the stereoscope*. American Studies Program, University of Virginia 2002. Online verfügbar.

¹³ Thomas Schlereth: *Victorian America: Transformations in Everyday Life, 1876–1915* (The Everyday Life in America Series, Bd. 4). New York 1991. S. 56.

¹⁴ Sontag: *Plato*. S. 2.

¹⁵ Elizabeth Edwards: *Introduction*. In: Edwards, E. (Hg.): *Anthropology and Photography 1860–1920*. New Haven/London 1992. S. 6.

¹⁶ Vgl. z.B. Udo Krautwurst: *The Joy of Looking: Early German Anthropology, Photography and Audience Formation*. In: Hoffmann, A.: *What We See. Reconsidering an Anthropometrical Collection from Southern Africa: Images, Voices, and Versioning*. Basel 2009.

Epistemische Gewalt

Der Wille zum Wissen als Macht und Herrschaft: Das ist die Quintessenz kolonialen Denkens.¹⁷ Stereografien ermöglichten es den ZuschauerInnen, von ihren sicheren und komfortablen Salons aus einen Blick unter Tage zu wagen, in die heißen, schmutzigen, dunklen und gefährlichen Tunnel im Inneren der Erde, sie zu begutachten und somit die Gruben und Schächte, als die wahre Quelle des Wohlstands, die die südafrikanische Wirtschaft vorantrieb, zu »besitzen«. Ich stelle mir vor, dass diese Erfahrung in den viktorianischen Wohnstuben eine seltsame Mischung aus Romantik und Gleichgültigkeit hervorrief – voyeuristische Faszination begleitet von einer gewissen Leugnung der Realität.¹⁸ Dass die Männer in den Bildern alle namenlos bleiben, reduziert sie auf den Status einfacher Arbeiter, auf Stereotypen ohne jegliche eigene Identität. Ebenso austauschbar wie Ameisen oder Maulwürfe in ihren Erdlöchern, die in einem jämmerlichen Zustand dahinvegetieren, beinahe wie lebendig begraben, selbst, wenn sie uns in jenem Moment anschauen, in dem das Foto »geschossen« wird.

Geschossen. Das Wort ruft in meinem Kopf sofort Bilder des Marikana-Massakers in Südafrika wach. Am fünften Jahrestag des Ereignisses sah ich ein Interview mit Joseph Mathunjwa, dem Vorsitzenden der AMCU-Gewerkschaft (*Association of Mineworkers and Construction Union*), der bei den Streikverhandlungen in Marikana dabei gewesen war. Es ist bemerkenswert, dass – nachdem die koloniale Fotografie bereits die Minenarbeiter ihrer Identitäten beraubt und sie zu namenlosen Rädchen der kapitalistischen Maschinerie degradiert hatte – Mathunjwa ähnliche Begrifflichkeiten verwendet, als er die Lage der Arbeiter beschreibt: »Morgen werden wir uns auf demselben Hügel versammeln (...) in Gedenken an das Leben unserer Genossen, die dem Kapital sagten: ›Genug ist genug. Wir sind menschliche Wesen und keine Ausrüstungsteile, die man in die Erde hinab befördert, [um] Reichtümer zu bergen, ohne selbst davon zu profitieren.«¹⁹

Die Fotografie spielte bei den Ereignissen in Marikana ebenfalls eine entscheidende Rolle: Sie beeinflusste nicht nur im Nachhinein die Interpretationen und die Haltung gegenüber dem Massaker, die Präsenz von Kameras an sich veränderte bereits den Ablauf der Ereignisse.

In den ersten Wochen nach dem Massaker waren die Presseberichte durch eine eingeschränkte Sicht auf die Ereignisse an den Tatorten gekennzeichnet. Wegen den Polizeiabsperrungen am Tag des Massakers konnten FotojournalistInnen lediglich dokumentieren, was sich an einem der beiden Schauplätze ereignet hatte, nämlich dem

Tatort, der später als »Scene One« bekannt wurde.²⁰ Von dort, wo die JournalistInnen die Szene beobachten konnten, sah es so aus, als ob bewaffnete Minenarbeiter auf die Polizei zu rannten und Polizisten das Feuer eröffneten, um sich zu verteidigen. Spätere Recherchen sowie Luftbilder des Geschehens zeigten jedoch, dass die Bergleute in Wahrheit durch Stacheldraht, Tränengas und Gummigeschosse vollkommen ungeordnet in genau diese Richtung getrieben wurden, als sie versuchten, Polizeiaufgaben zu befolgen und den Hügel zu verlassen, auf dem sie sich versammelt hatten.²¹ Forensischen Untersuchungen zufolge fanden 17 der Morde an der sogenannten »Scene Two« – durch Schüsse aus kürzester Distanz – statt, außerhalb des Sichtbereichs der JournalistInnen.²² Die Medien berichteten darüber nicht. Erst drei Wochen nach dem Massaker war es Greg Marinovich, der in einem für das Verständnis von Marikana zentralen Artikel im *Daily Maverick* darüber berichtete.²³

So kam es also, dass die Presse zunächst eine höchst einseitige Version der Ereignisse verbreitete – ein Narrativ, das von VertreterInnen des Minenunternehmens Lonmin, der Polizei und der Regierung geformt wurde, die das vorhandene Bildmaterial zu ihrem Vorteil auslegten und sich dadurch von jeder Verantwortung freisprachen. Jane Duncan konnte zeigen, dass Minenarbeiter als Informationsquelle in der Berichterstattung eine Woche vor und eine Woche nach dem Marikana-Massaker praktisch nicht vorkamen. Wenn sie vertreten waren, so Duncan, »kam ihnen nur selten eine aktive Rolle zu; keinesfalls wurde ihnen die Position eingeräumt, Einfluss auf die Berichterstattung und deren allgemeine Ausrichtung auszuüben«. Das hatte zur Folge, dass in den ersten Berichten vermittelt wurde, bei den Ereignissen handele es sich im schlimmsten Fall um »ein Beispiel von Polizei-panik im Angesicht zunehmend gewalttätiger Aktionen der Arbeiter«²⁴. Dieses dominante Narrativ hatte sich bereits festgesetzt, als differenziertere Darstellungen der Ereignisse in Marikana erarbeitet wurden. Für einzelne dieser Studien waren auch überlebende Minenarbeiter direkt befragt worden, etwa für den erwähnten Artikel von Marinovich oder das Buch »Marikana: A View from the Mountain

²⁰ Vgl. Jane Duncan: Marikana and the problem of pack journalism. In: SABC News.com, 7.10.2012. Online verfügbar. Und Ben Fogel: The Selling of a Massacre: Media Complicity in Marikana Repression. In: Ceasefire, 5.11.2012. Online verfügbar.

²¹ Vgl. z. B. Rehad Desais Dokumentarfilm *Miners Shot Down* (RSA 2014, 91min).

²² Vgl. Niren Tolsi / Paul Botes: Marikana. The blame game: A special report, 2015. Online verfügbar.

²³ Greg Marinovich: The murder fields of Marikana. The cold murder fields of Marikana. In: *Daily Maverick*, 8.9.2012. Online verfügbar. Vgl. Gil Moodie: Where were the miners' voices at Marikana? In: *Journalism.co.za*, 15.10.2012. Online verfügbar.

²⁴ Jane Duncan: South African journalism and the Marikana massacre: A case study of an editorial failure. In: *The Political Economy of Communication*, Bd. 1, 2/2013. Online verfügbar. Vgl. auch Ylva Rodny-Gumede: Coverage of Marikana: war and conflict and the case for Peace Journalism. In: *Social Dynamics*, 41:2, 2015. S. 359–374.

¹⁷ Vgl. Michel Foucault: *Discipline and Punish. The Birth of the Prison*. New York 1976.

¹⁸ Vg. Staples: *Machine*.

¹⁹ Joseph Mathunjwa: WATCH: AMCU boss speaks about Marikana 5 years after the massacre. In: ENCA.com, Video-Interview mit Joseph Mathunjwa, 16.8.2017. Online verfügbar.

and a Case to Answer«, das im Dezember 2012 veröffentlicht wurde.²⁵ Duncan greift George Gerbners Begriff der »symbolischen Auslöschung« auf, um zu beschreiben, wie die Stimmen der Minenarbeiter bis dahin unterdrückt wurden.

Von gelehrigen Körpern

Beim Nachdenken über Marikana erinnere ich mich wieder an mein Gespräch mit Diana Wall vom *Museum Africa*. Dabei ging es um die Arbeitsbedingungen von Schwarzen Arbeitern in den Minen zu Anfang des 20. Jahrhunderts.

Als die viktorianischen Stereografien aufgenommen wurden, waren weniger als 20 Jahre seit jenem Tag im Jahr 1886 vergangen, als im Witwatersrand Gold gefunden wurde. Wo vorher Buschland gewesen war, schoss mit dem Aufstieg der Goldindustrie plötzlich die Stadt Johannesburg aus dem Boden. Viele Menschen machten sich auf der Suche nach wirtschaftlichem Wohlstand auf den Weg in die Städte. Doch um das Edelmetall aus der Erde zu holen, bedurfte es eines enormen Arbeitskräftereservoirs, das bis dato noch gar nicht existierte.²⁶ Die Regierung schuf gemeinsam mit den Minenbesitzern ein ausgeklügeltes System aus Gesetzen und Kontrollen. Es zwang jene Menschen, die bis dato als Subsistenzbauern gelebt hatten, dazu, sich der kapitalistischen Maschinerie als Arbeiter anzudienen. Durch den Verlust ihres Zugangs zu Land und die Einführung von Steuern wurden Menschen dazu gezwungen, Teil der Lohnökonomie zu werden, um zu überleben. Viele migrierten in die Bergbaugenden und fanden in den Minen Beschäftigung. Doch durch unmenschlich niedrige Löhne und eine Bürokratie, die das Kommen und Gehen der Arbeiter regulieren sollte, waren sie sich de facto in sklavereiähnliche Verhältnisse gezwungen. Durch die systematische Ausbeutung von ArbeiterInnen auf den untersten Stufen der Gesellschaft mehrte die rasant wachsende südafrikanische Bergbauindustrie den Reichtum der privilegierten Oberschichten. Damit wurden die Grundlagen für die enormen sozioökonomischen Ungleichheiten und Missstände geschaffen, die bis heute Bestand haben.²⁷

Fotografien eröffnen uns zuweilen einen Zugang zu Informationen über materielle Bedingungen, die andernfalls womöglich dem Vergessen anheim gefallen wären. Diana Walls berichtet, dass Arbeiter ihre Schutzbekleidung von ihren mickrigen Löhnen selbst

²⁵ Die deutsche Version: Peter Alexander/Thapelo Leggowa/Botsang Mmope/Luke Sinwell: Das Massaker von Marikana, Widerstand und Unterdrückung von Arbeiter_innen in Südafrika, übersetzt von Werner Gilits und herausgegeben von Jakob Krameritsch. Wien 2013.

²⁶ Ruth First: The Gold of Migrant Labour. In: Don Pinnock (Hg.): Voices of Liberation, Kapstadt 1962 [2012]. S. 118–140.

²⁷ Vgl. Martin Legassick: South Africa. Forced Labour, Industrialisation and Racial Differentiation. In: Richard Harris (Hg.): The Political Economy of Africa, New York 1975 und Luli Callinicos: A People's History of South Africa Volume One: Gold and Workers 1886–1924. Johannesburg 1981.

bezahlen mussten. Dies würde erklären, warum Schwarze Arbeiter, die am wenigsten verdienten, in den Stereografien keine Schuhe tragen: Sie konnten sich keine leisten.

Das bloße Leben. Die stereografischen Bilder vermitteln in direkter Weise einen Eindruck vom realen Leben südafrikanischer Minenarbeiter. Diese befanden sich in einem paradoxen Ausnahmezustand, der dem von Agambens *Homo Sacer* nahekommt.²⁸ Sie standen außerhalb des Schutzes grundlegender Menschenrechte und doch unter der völligen Kontrolle durch ein juristisches System: konstruiert als fügsame Schwarze Körper.²⁹ Jeder Minenarbeiter spielt eine Rolle, die unabdingbar ist für das Funktionieren der Gesamtökonomie und doch bleibt er ohne Individualität, unter Tage verborgen, un-gesehen – solange keine Gewalt ausbricht. Die extreme Anwendung von Gewalt und die fehlende Übernahme von Verantwortung durch Lonmin und die südafrikanische Regierung bei der Niederschlagung des Minenarbeiterstreiks von Marikana 2012 offenbaren, dass dieser Ausnahmezustand bis heute anhält.³⁰

Wenn ich die Stereografien nun im Zusammenhang mit der Berichterstattung über Marikana betrachte, scheint es mir offensichtlich, dass die menschenunwürdige Behandlung von MinenarbeiterInnen – genau genommen von IndustriearbeiterInnen im Allgemeinen – sowie ihre Wahrnehmung als entpersonalisierte Rädchen der kapitalistischen Maschinerie auf den Anfang der Industrialisierung in Südafrika zurückgehen. Das ist kein Zufall. Ausbeutung im Marxschen Sinne, zu der die relative Abwertung und Entmenschlichung der ArbeiterInnen gehört, ist unabdingbar für ein profitables Geschäft. Unternehmen haben ArbeiterInnen stets als Wesen behandelt, die nicht vollends menschlich sind, und zwar in dem Sinne, dass ihr Wohlergehen stets ihrer Nützlichkeit als Produktionsmittel nachgeordnet wurde – eine Instrumentalisierung, die eine Form der Verdinglichung des Menschen darstellt. Daher ist es keineswegs überraschend, wenn in die Industriegesellschaft eingebettete Medien diese verdinglichte Perspektive widerspiegeln.

Schlussbemerkungen

»Das Leben eines Menschen, der in den Minen arbeitet, ist noch weniger wert als ein Kaugummi.« – Andile Yawa, eine Angehörige eines der Opfer von Marikana³¹

Traditionell ist das Wachstum der südafrikanischen Bergbauindustrie, insbesondere innerhalb der Branche selbst, als eine »Geschichte des Fortschritts« erzählt worden – der Modernisierung, der technologischen Errungenschaften, einer expandierenden Wirt-

²⁸ Giorgio Agamben: *Homo Sacer: Sovereign Power and Bare Life*. Stanford 1995.

²⁹ Vg. ebda. und Foucault: *Discipline*.

³⁰ Vgl. Pillay: Marikana.

³¹ Greg Nicolson: Marikana Commission: Families speak. In: Daily Maverick, 14.8.2014. Online verfügbar.

schaft»³². Diese Geschichte erzählen auch die Stereografien, die den Maschinen auf den Bildern Namen geben, aber nicht den Arbeitern. Erzählt wird eine Sage der technischen Eroberung durch Unternehmen; damit wird gleichzeitig die Tatsache verwischt, dass dieser Triumph ohne die Knochenarbeit unzähliger Arbeiter, die diesen Reichtum im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Fels schlugen, in keiner Weise möglich gewesen wäre.

Diese Geschichte wird noch immer erzählt. Und obgleich die Arbeiter mittlerweile in diesem Narrativ vorkommen, dient ihre Nennung oft nur als Lippenbekenntnis für die MinenbesitzerInnen und die südafrikanische Regierung. Das Lippenbekenntnis dient dem Aufrechterhalten des neoliberalen Verständnisses von sozialer Verantwortung von Unternehmen sowie des Diskurses um grundlegende Menschenrechte. In der realen Praxis wird das Leben der ArbeiterInnen weiterhin abgewertet und die Prekarität aus den Stereografien hat noch immer Bestand. Dies geht klar hervor aus der Statistik gebrochener Versprechen von Lonmin gegenüber seinen ArbeiterInnen, die zu den Spannungen im Vorfeld des Massakers führten. Die Rede ist hier etwa von dem bereits mehrfach erwähnten, versprochenen, aber nicht eingehaltenen Bau von Häusern für die ArbeiterInnen und der Modernisierung von Wohnblöcken (siehe hierzu den Beitrag über die Aufarbeitung des Massakers, S. 46).³³

Diese Erfahrung zeigt, dass Grundbedürfnisse der MinenarbeiterInnen – Unterkunft und angemessener Wohnraum, zeitgemäße Infrastruktur, sowie eine gerechte Entlohnung – vernachlässigt wurden. Solange sie zur Arbeit erschienen, um die kostbaren Mineralien aus dem Boden zu holen, ließen MinenbesitzerInnen diese Bedürfnisse unbeachtet und brachen ihre eigenen Versprechen.³⁴ In seiner im Mai 2017 bei der jährlichen Hauptversammlung von BASF gehaltenen Rede (siehe S. 166) unterstreicht der Marikana-Überlebende Mzoxolo Magidwana, dass MinenarbeiterInnen weiterhin als Produktionsmittel und nicht als menschliche Wesen betrachtet werden, die das gleiche Maß an Würde und Fürsorge verdienen wie andere Menschen der Gesellschaft. Aus dieser Perspektive betrachtet, ist das Massaker von Marikana nur ein Extrembeispiel einer langen Geschichte, in der das Leben von ArbeiterInnen als entbehrlich betrachtet wird.

Doch trotz dieses Elends lässt sich feststellen, dass ArbeiterInnen sowohl bei der Gestaltung ihres Lebens als auch dabei, wie sie sich selbst darstellten, stets auf die Anerkennung ihrer Menschenwürde gedrängt haben. Auch das hat es immer gegeben. Das choreografierte Tableau der Stereografien, bei denen Arbeiter als pflichtbewusste Arbeitseinheiten dargestellt werden, täuscht über die vielfältigen Formen hinweg, die Arbeiter am Witwatersrand tatsächlich nutzten, um sich selbst zu repräsentieren. Dabei

32 Callinicos: People. S. iv.

33 Vgl. Pete Lewis: Marikana: Lonmin's dodgy housing record. In: GroundUp, 4.9.2017. Online verfügbar.

34 Vgl. ebda. und Philip Frankel: Marikana: 20 years in the making. In: IOL Business Report – Opinion, 21.10.2012. Online verfügbar.

zeigten sie sich als enorm kreative Akteure – trotz der widrigen Bedingungen, denen sie ausgesetzt waren.³⁵ Ihre Geschichten und Lieder haben allerdings selten ein Publikum jenseits ihrer eigenen Gemeinschaften erreicht.

Während die – durch die Folgen der Apartheidpolitik und durch Rassismus verstärkte – Unterdrückung im Rahmen des kapitalistischen Systems weiter anhält, hat es zwischen dem Zeitpunkt der Entstehung der Stereografien und der Gegenwart doch substantielle Paradigmenwechsel innerhalb einer kritischen Gesellschaftstheorie gegeben. So gibt es heute beispielsweise einen ungleich größeren Raum für Narrative der ArbeiterInnen, obgleich ihre Perspektive in der Darstellung der Mainstream-Medien weiterhin regelmäßig unter den Tisch fällt.³⁶

Ein Beleg dafür ist das ikonische, vom Journalisten Leon Sadiki von *City Press* aufgenommene Foto, auf dem der *Rock Drill Operator* und Streikführer Mgcineni Noki (auch bekannt als »Mambush« und »the Man in the Green Blanket« (dt. »der Mann in der grünen Decke«) abgebildet ist. Dieses Bild von Mambush mit erhobener Faust und einer hellgrünen Decke um die Schultern während er – nur wenige Stunden bevor er und 33 weitere Menschen im Kugelhagel der Polizei starben – zu den streikenden Lonmin-ArbeiterInnen spricht, hat sich vom ursprünglichen Kontext gelöst und ist mittlerweile zu einem Symbol des Widerstandes gegen die Unterdrückung durch Konzerne und Regierungen geworden. Heute kommt es auch bei anderen Kämpfen zum Einsatz. Als eine vom Tokolos-Kollektiv³⁷ geschaffene, stilisierte Stencil-Figur ist das Bild regelmäßig im öffentlichen Raum präsent, zumeist begleitet von den Worten »Remember Marikana« [dt. »Erinnert Euch an Marikana«] oder »We are all Marikana« [dt. »Wir sind alle Marikana«].

Dieses Bild kursiert(e) in einer breiteren Öffentlichkeit. Es hat sicherlich auch dazu beigetragen, dass dem Elend der südafrikanischen Arbeiterklasse verstärkte Aufmerksamkeit entgegen gebracht wurde – trotz anhaltender Bemühungen neoliberaler Konzerne und der Regierung, den Status Quo aufrechtzuerhalten, der MinenarbeiterInnen und andere ArbeiterInnen zu einem Leben in stiller Knechtschaft verdammt.

35 Vgl. Peter Abrahams: Mine Boy. London 1946; Hugh Tracey: African Dances of the Witwatersrand Gold Mines. Johannesburg 1952; David Coplan: In the Time of Cannibals: The Word Music of South Africa's Basotho Migrants. Chicago 1994; Charls Van Onselen: New Babylon, New Nineveh: Everyday Life on the Witwatersand 1886–1914. Johannesburg 2001; Vic Allen: The History of Black Mineworkers in South Africa (3 Bände). Keighley/London 2005.

36 Vgl. beispielsweise Nicolson: Marikana; Tolsi/Botes: Marikana.

37 Unter: tokolosstencils.tumblr.com.

REMEMBER MARIKANA



► Tokolos Stencil Collective: Remember Marikana. Download der Schablone unter: tokolosstencils.tumblr.com

REMEMBER MARIKANA



POSTKOLONIALER INTERNATIONALISMUS NOTIZEN ZUR RE-DEFINIERUNG VON NORD-SÜD-SOLIDARITÄT IM 21. JAHRHUNDERT

Alexander Behr und Trevor Ngwane

Die Solidarität mit antikolonialen Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent, die mit dem Algerienkrieg Ende der 1950er-Jahre einsetzte, spielte mindestens 30 Jahre lang eine wichtige Rolle in der westeuropäischen Internationalismusbewegung. Solidarisches Engagement ging außerdem nicht unwesentlich von der Sowjetunion und China sowie von postkolonialen antikapitalistischen Ländern wie Kuba aus. Am vergleichsweise breitesten verankert waren wohl die diversen (Boykott-)Kampagnen gegen das südafrikanische Apartheidregime in den 1980er-Jahren.

Nachdem 1960 in Sharpeville 69 Menschen, die gegen die diskriminierenden Passgesetze demonstriert hatten, von der südafrikanischen Polizei erschossen worden waren, stieg die internationale Wahrnehmung der Verbrechen des Apartheidregimes sprunghaft an.

Das Massaker von Sharpeville rief vor fast 60 Jahren weltweiten Protest hervor – ein Aufschrei, der ausblieb, als die südafrikanische Polizei am 16. August 2012, also lange nach dem Ende der Apartheid, 34 Minenarbeiter in Marikana erschoss. Mandelas Versprechen, das er mit dem berühmten Ausspruch »Nie wieder!« zum Ausdruck gebracht hatte, ging an diesem Tag im Lärm der Maschinenpistolen unter. Das weltweite Ausbleiben eines Aufschreis infolge dieser Geschehnisse macht deutlich, in welchem erschreckendem Ausmaß die transnationale Solidarität mit der Arbeiterklasse und den Marginalisierten in Afrika nach 1989 nachgelassen hat. Selbst globalisierungskritische Bewegungen schienen Afrika oftmals lediglich als »Katastrophen-Kontinent« zu behandeln, anstatt die dortigen sozialen Kämpfe zu unterstützen – Solidarität verwandelte sich weitgehend in karitatives Handeln. Umso erfreulicher ist es, dass sich das Blatt allmählich wendet. So sind in den vergangenen Jahren zahlreiche Kontakte bzw. Kooperationen zwischen Basisinitiativen in Afrika und Europa entstanden.

Ausgehend von einer Internationalismusbewegung, die nach 1989 praktisch kollabiert, befasst sich der vorliegende Beitrag aus der Perspektive konkreter Kampagnenarbeit mit der Fragestellung, wie nächste Schritte einer Linken, die an konkreten transnationalen Kooperationen und Kampagnen interessiert ist, in Zeiten von Klimawandel, europäischem Grenzregime, einer unipolaren Weltordnung und der scheinbar uneingeschränkten Macht von transnational operierenden Konzernen aussehen können.

Unser Beitrag fokussiert auf »internationale Solidarität mit dem Ziel, Freiheit, Gerechtigkeit und Entwicklung« voranzutreiben.¹ Im Wissen, dass alle drei Begriffe in hohem Maße umstritten sind, nähern wir uns der Fragestellung von zwei Seiten an, nämlich aus der Perspektive des Globalen Südens und jener des Globalen Nordens. Auf diese Weise versuchen wir, die Kluft zwischen diesen beiden historischen und geografischen Entitäten zu überbrücken. Dabei ist uns auch an einer Auseinandersetzung mit der Debatte um Migration gelegen, die lange Zeit eine Leerstelle aufwies, die eine Weltvergessenheit der Linken im Globalen Norden deutlich werden ließ.

Zur Geschichte internationalistischer Praxis

Betrachtet man die Internationalismusbewegung der letzten Jahrzehnte, wird deutlich, dass es sich zu keinem Zeitpunkt um ein homogenes Gebilde gehandelt hat: Es hat stets unterschiedliche, sich vielfältig überlappende Strömungen gegeben – von AntiimperialistInnen unterschiedlicher Couleur und moskautreuen TraditionskommunistInnen über kirchliche Initiativen bis hin zu autonomen bzw. sozialrevolutionären Strömungen. Im neueren Internationalismus vorgenommene Richtungsänderungen hoben ihn schließ-

¹ Peter Katjavivi: A tribute to international solidarity support for Southern Africa. Rede auf dem Symposium The Anti-Apartheid Movement: A 40-year Perspective, London, 25.–26.6.1999. Online verfügbar.

lich seit 1994 mit dem Aufstand der Zapatistas in Mexiko auf ein völlig neues Niveau – insbesondere durch die Weigerung, die Erringung staatlicher Macht als emanzipatorische Zielsetzung zu betrachten.

Es muss jedoch zur Kenntnis genommen werden, dass es in verschiedenen Ländern, in die die Internationalismusbewegungen große Hoffnungen gesetzt hatten, zu monstrosen Fehlentwicklungen gekommen ist: So wurde etwa in Vietnam, Kambodscha, Mosambik oder Äthiopien hinreichend deutlich, wozu scheinbar progressiv ausgerichtete Befreiungsbewegungen in der Lage sind – oft schon während des Befreiungskampfes, spätestens aber nach Erlangung der staatlichen Macht.

Frantz Fanon, nicht zuletzt als Theoretiker der Algerischen Revolution in die Geschichte eingegangen, scheint mit seiner Kritik an den postkolonialen nationalistischen Eliten die Gefahren solcher Verirrungen bereits in den 1960er-Jahren vorweggenommen zu haben. Kwame Nkrumah, erster Präsident des seit 1960 unabhängigen Ghana, warnte aus einer marxistischen Perspektive wiederholt vor den Gefahren, die der praktizierte Neokolonialismus mit sich bringe. Das Massaker von Marikana verdeutlicht heute auf schockierende Art und Weise, wie die Antipartheidbewegung – eine der größten internationalistischen Bewegungen überhaupt – unwillentlich dazu beigetragen hat, ein Regime an die Macht zu bringen, das letztlich die Gewehre gegen seine eigene Anhängerschaft richtete – die Schwarze Arbeiterklasse. Folgt man O'Brien, so bestand das Ergebnis dieses entbehrensreichen nationalen Befreiungskampfes in Südafrika letztlich in der Zementierung eines »de facto rassistischen Status quo« sowie einer »Schwarzen Verwaltung eines rassistierten Kapitalismus«. ² Den Grund für diese Niederlage sieht er in dem Unvermögen, substanzielle Kontrolle über die Reichtümer des Landes zu erlangen und sie der Verfügungsgewalt des »weißen südafrikanischen Systems und der darin eingebetteten internationalen Konzerne zu entreißen«. ³

Fest steht, dass der Kollaps internationalistischer Bewegungen ein handfestes politisches Desaster darstellte, und zwar aus mindestens drei Gründen: Erstens wurden infolgedessen Herrschaft und Gewalt immer seltener im globalen Zusammenhang betrachtet. Besonders problematisch ist dabei, dass ein empirisch unterfüttertes Verständnis für das Wechselspiel zwischen gelingender Kapitalakkumulation in den Zentren und aggressiver Peripherisierung ganzer Weltregionen, also für Prozesse der Externalisierung, zunehmend verloren gegangen ist. Auch konkrete, unmittelbar damit verknüpfte Themen wurden Schritt für Schritt marginalisiert oder stillschweigend an NGOs delegiert – sei es Hunger, Verschuldung oder fehlende Gesundheitsversorgung.

Zweitens verschwand die Vielfalt und Stärke sozialer Bewegungen im Globalen Süden weitgehend von der mentalen Landkarte. Hinzu kam, dass viele der in den 1970er- und

1980er-Jahren entstandenen Kooperationen zwischen südlichen und nördlichen Basisinitiativen einschließen. ⁴

Drittens schließlich wurden die oftmals apokalyptisch anmutenden Existenzbedingungen in der Peripherie kaum noch als Skandal geschweige denn als Handlungsaufforderung begriffen – weder intellektuell noch emotional. Und das nicht zuletzt mit der bitteren Konsequenz, dass die jahrzehntelang heiß diskutierte Frage zunehmend ins Abseits geriet, inwiefern es aus Gründen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit geradezu zwingend notwendig ist, den materiellen Lebensstandard im Globalen Norden massiv abzusenken und eine grundlegende Neubestimmung dessen vorzunehmen, was unter einem *guten Leben* und *gesamtgesellschaftlicher Entwicklung* zu verstehen ist. ⁵

Soziale Bewegungen und/oder Staatsmacht

Hieraus ergibt sich, dass relevante Bezugsgrößen heute weniger linke Regierungen sind, als vielmehr staatsunabhängige soziale Bewegungen: Rund um den Globus kämpfen Menschen für politische, zivile und soziale Rechte und sind dabei vielfältig organisiert – sei es, um sich für einen freien Zugang zu Land, Wasser, gesundheitlicher Versorgung oder politischer Teilhabe starkzumachen, oder sei es, um sich gegen antigewerkschaftliche Repression, Privatisierungen, Freihandelsabkommen, Strukturanpassungsprogramme oder die Zulassung von gentechnisch manipuliertem Saatgut zur Wehr zu setzen. An diesem Punkt ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass es nicht nur politisch artikulierte Kämpfe sind, die Aufmerksamkeit verdienen; auch individuelle Aneignungsstrategien, wie sie beispielsweise in den Kämpfen der Migration zutage treten, sollten ernst genommen werden. Der simple, aber bedeutsame Grund dafür liegt darin, dass eine Verschiebung gesamtgesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ohnehin nur möglich ist, wenn die verschiedenen Kraftfelder in großem Stil zusammenwirken. Diese Erkenntnis hatte sich in der alten Internationalismusbewegung lange Zeit nicht durchgesetzt, da ausschließlich die Erringung der Staatsmacht als politisch aussichtsreich empfunden wurde und oftmals alle Kräfte genau darauf konzentriert waren.

Der Fokus auf der Ergreifung der Staatsmacht war in vielen Fällen höchst naheliegend: Er resultierte aus der Analyse, dass die wirksamste Waffe des imperialistischen Systems darin bestand, den Staat und seine Institutionen zu kontrollieren und den Menschen in den Kolonien auf diese Weise den Willen der Herrschenden aufzuzwingen. Doch diese an und für sich zutreffende These wurde unterminiert und verfälscht, als die Befreiungs-

² Anthony O'Brien: *Against Normalization: Writing Radical Democracy in South Africa*. Durham 2001. S. 4.

³ Ebda.

⁴ Eine Ausnahme bildete die in den 1990er-Jahren vergleichsweise starke Bewegung *Peoples Global Action* (PGA).

⁵ Vgl. Olaf Bernau: *Internationalistische Praxis nach dem Internationalismus? Interviews mit VertreterInnen von NoLager/transact! Stop the Bomb und FeS*. In: *Phase 2. Zeitschrift gegen die Realität*, September 2010.

bewegungen die Idee aufgaben, den kolonialen Staat zu zerschlagen und an seiner Stelle etwas gänzlich Neues aufzubauen. Stattdessen ging es nur mehr darum, den Staat in seiner bisherigen Verfasstheit zu übernehmen – das Ergebnis war also vielfach de facto bloß ein Wechsel an der Staatsspitze. Bereits Marx hatte aus seiner Analyse der Pariser Kommune den Schluss gezogen, dass der bürgerliche Staat zerschlagen und durch eine Verwaltung ersetzt werden müsse, die von den ArbeiterInnen auf kollektive Art organisiert wird. Die Tatsache, dass die Befreiungsbewegungen meist lediglich die bestehenden staatlichen Institutionen übernehmen wollten, beeinträchtigte ihre internationalistische Grundausrichtung stark. Somit gewann eine Strömung Oberhand, die sich auf mehr oder weniger nationalistische Perspektiven und Strategien konzentrierte – mit dem Ziel, die Staatsmacht in einzelnen Ländern zu erringen. Es handelte sich also um ein Konzept, das den bitteren Beigeschmack des berühmten »Aufbaus des Sozialismus in einem Land« hat. Dieser Ansatz war immer problematisch, heute ist er jedoch gänzlich überholt, vor allem, wenn es – in einer Welt, die über nationalstaatliche Grenzen hinaus aufs Engste miteinander verwoben ist – um praktische Solidarität in Kämpfen für Gerechtigkeit geht.

Eine weitere entscheidende Frage lautet, wie globale Solidarität jenseits paternalistischer Fürsprache oder Stellvertreterpolitik aussehen kann. Wie lassen sich partikuläre politische Kämpfe, die aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen resultieren, überhaupt verbinden, ohne sie zu vereinnahmen oder gleichzumachen?

Kommunikation über Grenzen und Schranken hinweg erscheint dafür unabdingbar, da wir ansonsten Gefahr laufen, »projektiv unsere Sichtweisen, Bedürfnisse und Konzepte des guten Lebens anderen Menschen aufzuoktroyieren« und damit Solidarität nicht als einen dialogischen Prozess begreifen (siehe den Beitrag von Franziska Dübgen, S. 200). Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, offen mit Unterschieden umzugehen – in den gemeinsamen Organisationsprozessen also immer wieder Organisationsdruck und Tempo herauszunehmen und sich respektvoll auf die Realitäten des Gegenübers einzulassen.

»Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört«

Internationalistische Solidaritätsarbeit kann das Thema Migration nicht aussparen. Doch selbst in antirassistischen Zusammenhängen stand lange Zeit die Situation in den sogenannten Aufnahmeländern im Fokus, sodass strukturell aus dem Blick geriet, welche Ursachen zu Flucht und Migration führen.

In migrationspolitischen Zusammenhängen zwischen Europa und Afrika wurde in den letzten Jahren jedoch gegengesteuert. Um eine diskursive Bresche zu schlagen, wurde der Slogan »Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört« geprägt. Denn ob es sich um das massiv zunehmende *Land Grabbing* in der Demokratischen Republik Kongo, die Überfischung der Küstengewässer vor dem Senegal durch europäische Fischfangflotten,

Devastierungen ganzer Landstriche durch die Rohstoffindustrie, die Steuervermeidung und das Abziehen von Profiten durch transnationale Konzerne, vom IWF diktierte *Strukturanpassungsprogramme*, Billigimporte von Lebensmitteln aus der EU und nicht zuletzt um die Auswirkungen des Klimawandels auf die kleinbäuerliche Produktion in vielen afrikanischen Ländern handelt: Es ist mehr als naheliegend, dass in antirassistischen Kämpfen in Europa sowie in Kampagnen für Bleiberecht und Legalisierung die Umstände, die Menschen dazu zwingen, ihre Länder zu verlassen, in Rechnung gestellt werden müssen. Solch eine transnationale Perspektive ist gerade deshalb wichtig, weil damit der Raum geöffnet wird, einen solidarischen Bezug zu sozialen Bewegungen in den sogenannten Herkunftsländern von MigrantInnen aufzubauen. In diesem Sinne können Kämpfe der Migration als Aneignungskämpfe gesehen werden, die das globale Ausbeutungsgefälle zwischen Norden und Süden herausfordern. Lokale Kämpfe um den Zugang zu Wasser, Land, Saatgut und Bildung im Globalen Süden können so begriffen werden, ohne paternalistische bzw. karitative Konzepte traditioneller westlicher NGOs anzuwenden. Dies hat in den letzten beiden Jahrzehnten die internationale Bewegung von KleinbäuerInnen und Landlosen »Via Campesina« eindrucksvoll gezeigt. Zu den fortschrittlichen NGOs im deutschsprachigen Raum zählt zweifelsohne *medico international*, die sich den Slogan »Beyond Aid« auf die Fahnen schreibt: »Wohlwissend, dass die Welt nicht an zu wenig Hilfe leidet, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe notwendig machen, verfolgt *medico* das Ziel, Hilfe zugleich zu verteidigen, zu kritisieren und zu überwinden.«⁶

Solidarität entlang der Wertschöpfungskette

Wir gehen mit Candeias⁷ von der These aus, dass sich reale Verknüpfungen von Arbeitskämpfen entlang der Wertschöpfungskette dann erreichen lassen, wenn Solidarität und Protest nicht mehr nur moralisch, sondern im wohlverstandenen Eigeninteresse erfolgen, wenn sie also »subjektiv funktional« werden. In diesem Sinn besteht eine große Herausforderung internationaler bzw. transnationaler Solidarität darin, dass zwischen den Lohnabhängigen entlang der Wertschöpfungskette eine Artikulation gemeinsamer Interessen erfolgt. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei auch unbezahlte Arbeit in Haushalten, zu der die Betreuung von Kindern und älteren Menschen zu zählen ist – eine Arbeit, die nach wie vor zum überwiegenden Teil von Frauen geleistet wird (siehe den Beitrag von Asanda Benya und Judy Seidman, S. 108).

⁶ *Medico international*: 1968–2018. 50 Jahre *medico*, unter: www.medico.de/50jahre.

⁷ Vgl. Mario Candeias: Subjekte in der Krise. Handlungsfähigkeit und Transformation. In: *LuXemburg* 2/2011. S. 6–13.

Doch auch die Solidarität von Akteuren, die nicht unmittelbar in die Wertschöpfungskette einbezogen sind, kann für eine konkrete Kampagne entscheidend sein. So konstatierte Olaf Bernau 2009: »Nicht nur politisch, auch materiell und strategisch ist der Erfolg sozialer Kämpfe maßgeblich davon abhängig, inwieweit externe Unterstützung mobilisiert werden kann.«⁸ Eine wichtige Funktion von Kampagnenarbeit besteht insofern darin, »Wasserstandsmeldungen« über die aktuelle soziale Situation am Ort des Geschehens medial zu verbreiten. So kann eine größere Anzahl an AktivistInnen und Interessierten in die Debatte darüber eingebunden werden, welche nächsten Schritte in einer Kampagne möglicherweise sinnvoll sind.

Der Monopolkapitalismus im neoliberalen Zeitalter ist geprägt von gigantischen transnationalen Konzernen, deren Umsätze diejenigen vieler Nationalstaaten mit Leichtigkeit in den Schatten stellen. Die Produktions- und Distributionsverfahren dieser Konzerne umspannen den gesamten Planeten und zeichnen sich durch unzählige netzwerkartige Verbindungen in der Wertschöpfungskette aus. Die daraus resultierende Marktmacht erlaubt es ihnen oftmals, Preise (vor allem Rohstoffpreise) selbst festzulegen. Großkonzerne sind außerdem in der Lage, ihre Produktionsprozesse so auszurichten, dass verschiedene Produktionsschritte an unterschiedlichen Orten erfolgen. Diese räumliche Aufsplitterung des Produktionsprozesses folgt stets den Interessen des Konzerns und nicht denjenigen der Menschen in dem jeweiligen Land bzw. der Menschheit auf diesem Planeten. Die Rolle der Nationalstaaten beschränkt sich dabei oft darin, den Konzernen und ihren Profitinteressen Handlangerdienste zu leisten (siehe den Beitrag von Britta Becker und Boris Kanzleiter, S. 402). Die Debatte um zeitgemäße Formen internationaler Solidarität muss deshalb vor dem bitteren Hintergrund der beinahe uneingeschränkten Macht dieser ökonomischen Monster und der sie stützenden »imperialen Lebensweise« geführt werden.

Imperiale Lebensweise, Konsumkritik und die Rolle von Gewerkschaften

Als imperiale Lebensweise wird die materiell und kulturell vorteilhafte Einbindung der globalen Mittelklassen in die internationale Arbeitsteilung bezeichnet (siehe hierzu die Einleitung, S. 39).⁹ Die relative Stabilität kapitalistischer Verhältnisse kann erst vor dem Hintergrund der Einbeziehung weiter Teile der subalternen Klassen im Globalen Norden bzw. der Mittelklassen in den sogenannten Schwellenländern in bestimmte Konsummuster erklärt werden. Diese Konsumgewohnheiten gehen auf Kosten subalternen Klassen in Ländern des Globalen Südens. Sie sind tief verankert, stark routinisiert und

⁸ Olaf Bernau: Runter vom Beobachtungsturm. Die Linke ist auf etwaige Krisenproteste unverändert schlecht vorbereitet. In: Analyse & Kritik 542, 21.8.2009. Online verfügbar.

⁹ Vgl. Ulrich Brand/Bettina Lösch/Stefan Thimmel (Hg.): ABC der Alternativen. Hamburg 2007. S. 67.

verlaufen kaum bewusst. In Verschränkung mit der individualisierenden Logik des Neoliberalismus sind diese Konsumgewohnheiten ein wesentliches Hindernis für den Aufbau transnationaler Solidarität.

Wir gehen deshalb davon aus, dass eine soziale Transformation nicht mit moralischen Appellen oder mittels der Individualisierung von Konsumententscheidungen einhergehen kann. Vielmehr müssen die gemeinsamen Interessen verschiedener Gruppen sozial Benachteiligter aufgezeigt werden.

Kritischer Konsum und Konsumboykott können nur dann breitere politische Wirkung entfalten, wenn eine Koordination mit denjenigen erfolgt, die an den Orten der Produktion und der Distribution (z. B. den Lohnabhängigen in den Minen und Fabriken bzw. mit den ArbeiterInnen, die im Transport und in der Logistik tätig sind) für eine Beendigung der Misere kämpfen. Durch den organisierten und kollektiven Druck von KonsumentInnen – bestenfalls zeitgleich mit Protesten oder Streiks vor Ort – besteht dann die Chance, dass Gerichtsprozesse korrekt geführt, Löhne erhöht, Arbeitsbedingungen verbessert, Legalisierungen von *Sans Papiers* durchgeführt oder Betriebsräte eingerichtet werden. Letztlich erfordern Solidarisierungsprozesse entlang der Wertschöpfungskette stabile und glaubwürdige gewerkschaftliche Kräfte an den jeweiligen Orten der Produktion, die in der Lage sind, die Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten.

Einziges Haken: Weder im Globalen Süden noch in Europa ist die Arbeiterbewegung heute per se für proaktive Kampagnenarbeit rund um internationale Solidarität offen. Es ist nicht einmal selbstverständlich, dass Gewerkschaften Arbeitskämpfe in ihren eigenen Ländern unterstützen. In Südafrika etwa führte diese Haltung zu weitaus gravierenderen Konsequenzen als in Europa: Im Vorfeld des Massakers von Marikana hatte sich die *National Union of Mineworkers* (NUM) geweigert, die Lohnforderungen ihrer eigenen Mitglieder zu unterstützen. Die MinenarbeiterInnen von Marikana riefen daraufhin zu einem »wildem Streik« auf. Die NUM disqualifizierte sie als »gelbe Gewerkschaft« und kritisierte, dass ihre Funktionäre persönlich von der Appeasement-Politik mit der Lonmin-Leitung profitierten.¹⁰ Zum selben Schluss kamen unabhängige Untersuchungen im Nachfeld des Massakers: Die Verantwortlichen der führenden südafrikanischen Minenunternehmen unterbänden systematisch eigenständige Aktionen von ArbeiterInnen, indem sie die GewerkschaftsfunktionärInnen in ihr Machtssystem einbezogen und ihnen bestimmte Privilegien verschafften.¹¹

Mit anderen Worten: Transnationalen Unternehmen im Minensektor (wie zum Beispiel Lonmin) ist es gelungen, AnführerInnen der Arbeiterschaft in die Externalisierungsgesellschaft zu integrieren. Diese sitzen nun auf Kosten der ArbeiterInnen an den

¹⁰ Vgl. Luke Sinwell/Siphiwe Mbatha: The Spirit of Marikana: The Rise of Insurgent Trade Unionism in South Africa. Johannesburg 2016.

¹¹ Vgl. A. Bezuidenhout/S. Buhlungu: Union Solidarity under Stress: The Case of NUM in South Africa. In: Labour Studies Journal, 33/2008. S. 262–287.

Tischen des Minenmanagements. KritikerInnen des südafrikanischen Post-Apartheid-Staates haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es sich mit politischen und ökonomischen Führungsfiguren nicht anders verhalte.¹² Dali Mpfu, Anwalt der verletzten und getöteten Minenarbeiter von Marikana, bezeichnete diese Konstellation als »toxisches Zusammenspiel von Staat und Kapital«¹³ (siehe den Beitrag zum Massaker von Marikana, S. 46). Diese Kollusion in Kombination mit dem stillschweigenden Einverständnis der NUM habe zum Massaker von Marikana geführt.

Sakhela Buhlungu stellt fest: »Eigentlich war es ein marginaler Anlass, der den Streik in Marikana ins Rollen brachte: Es ging um die Bezahlung bestimmter Arbeiter, der *Rock Drill Operators*. Letztlich waren die Gewerkschaftsführung, das Management und die Polizei durch den Umstand, dass die Arbeiter bei Lonmin sowie andere Arbeiter im Platinsektor es gewagt hatten, das Monopol der Gewerkschaft herauszufordern, das von den Unternehmern, von den regierenden Parteien und dem gesamten Staatsapparat gebilligt wurde, schlicht überfordert.«¹⁴ Alle Mitglieder der Dreiparteien-Allianz, bestehend aus dem ANC, der kommunistischen Partei und dem Dachverband der Gewerkschaften COSATU, verurteilten den Streik. Das Vorgehen der demonstrierenden ArbeiterInnen wurde nicht nur von der Dreiparteien-Allianz, sondern auch von der NUM, der Regierung und der Konzernleitung zurückgewiesen.¹⁵ Letztendlich führte das Massaker nicht zum geringsten Protest vonseiten der COSATU oder der NUM; stattdessen gaben sie der Arbeiterschaft selbst die Schuld an den Ereignissen. Genauso verhielt sich die staatlich eingesetzte Untersuchungskommission, die behauptete, »die generelle Verantwortung für den Ausbruch der Gewalt [sei] im Verhalten der Streikenden zu suchen«.¹⁶

Sämtliche Bemühungen nach dem Massaker, lokale und internationale Solidarität mit den Betroffenen auf die Beine zu stellen, mussten von Beginn an gegen diese feindselige politische Haltung ankämpfen. Die *Marikana Solidarity Campaign*, eine Initiative aus der Zivilgesellschaft, scheiterte aufgrund von finanziellen und rechtlichen Problemen, ein alternatives Tribunal aufzustellen. Ein solches Tribunal hätte es ermöglicht, das Narrativ der staatlichen Untersuchungskommission herauszufordern – denn viele fragten sich zu Recht, ob die Ergebnisse der Kommission nicht eher dazu beitrugen, »die Wahrheit zu begraben, anstatt sie ans Tageslicht zu befördern«.¹⁷

12 Vgl. Dale McKinley: *South Africa's Corporatised Liberation: A Critical Analysis of the ANC in Power*. Johannesburg 2017.

13 Vgl. Heads of the Argument of Evidence Leader (Endbericht der Leiter der Beweisführung innerhalb der Marikana-Untersuchungskommission), 27.10.2014. Online verfügbar.

14 Sakhela Buhlungu: *The Paradox of Trade Union Action in Post-Apartheid South Africa*. In: Thembele Kepe/Melissa Levin/Bettina von Lieres (Hg.): *Domains of Freedom: Justice, Citizenship and Social Change in South Africa*. Cape Town 2016. S. 140; eigene Übersetzung.

15 Ebda., S. 145.

16 Kally Forrest: *Marikana Commission: Unearthing the Truth or Burying It?* SWOP-Working Paper. Johannesburg 2015. S. 29. Online verfügbar.

17 Ebda.

An Marikana zeigt sich prototypisch, dass die Länder der Semiperipherie, wie etwa die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), oftmals die Rolle von sub-imperialistischen Staaten spielen: Sie erleichtern oder ermöglichen die fortgesetzte Ausbeutung anderer Länder bzw. subalternen Klassen durch die am meisten fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften.¹⁸ Diese sub-imperialistischen Staaten stellen sich oftmals als Gegenspieler der Hegemonialmächte dar – in Wahrheit jedoch dulden und legitimieren sie deren Logik zum Schaden von ökonomisch schwächeren Exkolonien.

Welche Konsequenzen zogen nun die Überlebenden des Massakers von Marikana aus den Ereignissen? Sie traten massenhaft aus der NUM aus und organisierten sich in einer kleinen Gewerkschaft namens *Association of Mineworkers and Construction Union* (AMCU), ursprünglich gegründet als gewerkschaftsunabhängiges Protestcamp (»Gewerkschaft auf dem Berg«). Im Jahr 2012 waren in allen drei großen Platinminen (Anglo Platinum, Lonmin und Impala) die ArbeiterInnen in den Ausstand getreten, und jeder dieser Streiks wurde von einem unabhängigen Arbeiterkomitee angeführt. Die Entscheidung, der AMCU beizutreten, leitete sich aus der Notwendigkeit ab, eine Gewerkschaft zu haben, die die Interessen der ArbeiterInnen tatsächlich vertreten würde. Außerdem wurde geplant, einen legal abgesicherten landesweiten Streik zu organisieren, der den gesamten Sektor umfassen sollte. Dieser Streik fand 2014 tatsächlich statt. Die jüngsten Entwicklungen im südafrikanischen Platingürtel legen nahe, dass unabhängige Arbeiterkomitees stets eine entscheidende Rolle spielen, wenn es darum geht, die Gewerkschaftsvorsitzenden gegenüber der Basis in die Pflicht zu nehmen und zu verhindern, dass sie selbst zu »gelben Gewerkschaften« werden. So gesehen sollte die ursprüngliche »Gewerkschaft auf dem Berg« aufrecht erhalten werden.

Reform und Revolution: Formen der Organisierung

Obwohl die Perspektive einer herrschaftsfreien Welt Horizont jeglicher emanzipatorischer Ansätze sein sollte, kann sich konkretes Engagement nicht allein auf ein fernes Ziel hin orientieren. Stets müssen auf dem Weg dorthin Veränderungen anvisiert werden, die sich in einem realistischen Rahmen befinden. Denn durch erfolgreiche Kämpfe verändern sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und der soziale und ökonomische Kontext der Konflikte. Kämpfe um Reformen (z. B. um Zertifizierungen und Sozialstandards, die Einhaltung von Kollektivverträgen, kürzere Arbeitszeiten, Legalisierung von *Sans Papiers*, Verteidigung der bäuerlichen Landwirtschaft gegen *Land Grabbing*) sollten also immer mit dem Kampf um eine grundlegend andere Gesellschaft verbunden werden. Deshalb ist es problematisch, sogenannte reformistische und revolutionäre Strate-

18 Vgl. Patrick Bond/Ana Garcia (Hg.): *BRICS: An Anti-Capitalist Critique*. Johannesburg 2015.

gien gegeneinander in Stellung zu bringen. Nach dem gescheiterten revolutionären Voluntarismus der 1960er- und 1970er-Jahre wurde vielfach damit begonnen, die Überwindung des Kapitalismus als Transformation zu denken, also als längeren historischen Prozess. Das Ringen um Hegemonie, das Erkämpfen von Stellungen und Freiräumen gegen die Mächtigen und ihre Ordnung sowie molekulare Prozesse der Veränderung gerieten dabei in den Fokus. Dennoch können Momente des Bruchs in emanzipatorischen Prozessen von entscheidender Bedeutung sein, wie man an den Revolten und Revolutionen im arabischen Raum von 2010/2011 gesehen hat. Diese Momente fallen allerdings nicht vom Himmel, sie sind vielmehr Ausdruck längerer Prozesse, in denen Erfahrungen aus gesellschaftlichen Kämpfen gesammelt werden und sich Enttäuschungen und Wut anhäufen.

Revolutionäre Brüche werfen stets die Frage auf, in welchem Verhältnis das Prinzip der Spontaneität zu dem der bewussten Planung steht – eine klassische Frage, die die Linke seit Langem beschäftigt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der ägyptischen Revolte gelang es, den Diktator Mubarak zum Aufgeben zu zwingen, doch leider konnten sich in der Folge die konterrevolutionären Kräfte durchsetzen. Die ägyptische Revolution ist noch lange nicht beendet, ihr Verlauf zeigt allerdings deutlich, dass es zukünftig für die revolutionären Kräfte Sinn machen wird, gezielt programmatisch zu intervenieren und eine taktische Führung zu organisieren. Es wurde hinlänglich deutlich, dass es den verschiedenen in der ägyptischen Revolution aktiven Bewegungen und Organisationen zu entscheidenden Zeitpunkten an Einheit, Kohärenz und Führung fehlte. Dadurch gelang es der herrschenden Klasse und der Armee, die Bewegung zu desorientieren und letztlich zu zerschlagen.

Breite Bündnisse, die handlungsfähig sein wollen, sind unserer Ansicht nach darauf angewiesen, sich politische Plattformen sowie gemeinsame Strategien und Ziele zu schaffen. Mit anderen Worten: Um die verschiedenen Strömungen eines Bündnisses zusammenzufassen, braucht es ein Programm. Wenn es ernst genommen wird, schafft ein Programm Kohärenz und hilft, den Zusammenhalt zu stärken. Ein Programm ist allerdings nicht viel wert, wenn es heute angenommen und morgen von der Hälfte der Organisationen des Bündnisses ignoriert wird. Solch ein Verhalten ist weder demokratisch noch integer und stellt ein sicheres Anzeichen für zukünftiges Scheitern dar. Ein Aktionsbündnis wird dann erfolgreich sein, wenn es sich aus gut entwickelten Organisationen zusammensetzt, die jeweils daran gearbeitet haben, ihre eigene Position im Verhältnis zum Bündnis zu schärfen. Seine Führung sollte außerdem in der Lage sein, die vorhandenen Kräfte zu mobilisieren und die organisatorischen Voraussetzungen dafür intakt zu halten.

Diese Bedingungen sind nicht unwesentlich – denn unsere Widersacher werden sich nicht zurücklehnen und darauf warten, bis unser erster Angriff erfolgt; sie werden stattdessen stets danach trachten, jegliche organisierte soziale Bewegung zu schwächen, zu spalten und zu unterminieren, die ihre Hegemonie herausfordert. Letztendlich muss

sich die Fähigkeit und die Effizienz starker politischer Allianzen daran erweisen, ob sie in der Lage sind, im Zentrum des Bündnisses eine klare Führung sowie eine bestimmte Richtung vorzugeben, und sich gleichzeitig nicht dazu verleiten lassen, undemokratische oder sektiererische Methoden anzuwenden. Nur so können breite Bündnisse erfolgreich sein.

Solidaritätsbewegungen bleiben dann glaubwürdig, wenn die ursprünglich eingeschlagene Richtung ihrer Politik erkennbar bleibt und wenn sich durch ihren Einsatz die Bewegungsspielräume für soziale Kämpfe von unten vergrößern. Aus diesem Grund sind Solidaritätsbewegungen darauf angewiesen, sich kohärente Organisationsstrukturen zu schaffen. Fehlen sie, kann es geschehen, dass die Bewegung aufgrund individualistischer Tendenzen einzelner Gruppen scheitert. Dieser Ansatz mag zwar zu gewissen Zeitpunkten durch kurzweilige revolutionäre Energie und Sprühkraft beeindrucken und somit ohne Zweifel ein politisches Signal setzen – darin erschöpft sich aber meist die Wirkung solcher Aktionen. Wenn effektive und langfristige Änderungen erreicht werden sollen, braucht es mit Sicherheit andere Strategien.

Die Organisierung von Gegenhegemonie im Globalen Norden bedarf zweifelsohne ebenfalls eines langen Atems. Olaf Bernau nennt die Bedingungen und Voraussetzungen für gegenhegemoniale Strategien: »Protest und offensiver Widerstand sind keine Selbstläufer, sie können nicht kurzerhand aus objektiven Makrodaten wie massenhaften Betriebsschließungen oder Reallohnverlusten abgeleitet werden. Wer so argumentiert, projiziert eigene Gerechtigkeitsvorstellungen in den gesellschaftlichen Raum, und das mit der Konsequenz, dass unerklärlich wird, weshalb konflikthafte, ja militante Kampfzyklen immer wieder von defensiven, zeitlich oft lange andauernden Phasen unterbrochen werden, in denen soziale Kämpfe merklich zurückgehen bzw. ihren Charakter ändern und allenfalls unter der Oberfläche – meist als individuelle Überlebensstrategien – weiterbrodeln.«¹⁹ Der subjektive Faktor der Einbettung der jeweiligen Erfahrung spielt keine unwesentliche Rolle in der Entfaltung von sozialen Kämpfen: »Der Druck mag noch so groß sein, zu Widerständigkeit und Protest kommt es erst, wenn die diesbezüglichen Erfahrungen als ungerecht interpretiert bzw. empfunden werden. Das aber ist keineswegs selbstverständlich, sind doch die gesellschaftlichen Akteure – bei aller Bereitschaft zur Rebellion – den herrschenden Verhältnissen zunächst einmal in habitueller, d. h. kognitiver, normativer und affektiver Hinsicht mehr oder weniger weitgehend verpflichtet.« Somit sei nachvollziehbar, »dass dieser ebenso simple wie grundlegende Sachverhalt linke TheoretikerInnen schon immer beschäftigt hat – wichtige Schlagworte lauten etwa: ›Ideologie als notwendig falsches Bewusstsein‹ (Marx/Engels), ›verdinglichtes Bewusstsein‹ (Lukács), ›autoritärer Charakter‹ (Adorno), ›spontaner Konsens,

¹⁹ Olaf Bernau: Runter vom Beobachtungsturm. Die Linke ist auf etwaige Krisenproteste unverändert schlecht vorbereitet. In: Analyse & Kritik 542, 21.8.2009. Online verfügbar.

Alltagsverstand und kulturelle Hegemonie« (Gramsci), »sense of one's own place« (Bourdieu) etc.«²⁰ Die Verknüpfung und wechselseitige Beförderung von transnationalen Arbeitskämpfen und Solidaritäten ist also kein Selbstläufer. Ökonomische Zuspitzungen und Krisen des Kapitalismus beinhalten zwar das Potenzial, emanzipatorische Bewegungen zu befördern, sie können aber auch Rassismus und patriarchal geprägte Geschlechterverhältnisse verstärken und die Ungleichverteilung der Weltressourcen weiter vorantreiben.

Die Auswirkungen von Krisen werden oftmals vom Zentrum in die Peripherien ausgelagert. Mancherorts bröckelt der gesellschaftliche Zusammenhalt schneller, andernorts lässt sich Hegemonie durch Zugeständnisse an die Subalternen mehr oder weniger prekär aufrecht erhalten. Fest steht, dass eine neue Art der Verelendungstheorie – dass alles immer schlimmer werden muss, damit Alternativen sich durchsetzen können – nicht zielführend und letztlich zynisch ist. Die Veränderung der herrschenden Verhältnisse geschieht vielmehr über soziale Kämpfe in Schüben, die mit Prozessen der Aufklärung und Selbstaufklärung einhergehen.

Zentral für das Ansinnen, eine sozial-ökologische Wende herbeizuführen, ist das Schaffen von bewegungs- und spektrenpolitischen »Crossovers«, sprich das Herstellen von Brückenschlägen zwischen Kämpfen von ArbeiterInnen, kritischen AktionärInnen, KonsumentInnen, Gewerkschaften oder Umweltschutzgruppen. Vom Standpunkt einer praktischen Kritik im Handgemenge braucht es jedenfalls immer wieder neuen Mut, sich auf die »Mühen der Ebene« einzulassen, also auf die Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Sinne einer sozial-ökologischen Revolutionierung der Gesellschaft im globalen Maßstab. Die Aufgabe derjenigen, die sich aufgrund ihrer Herkunft, ihres ökonomischen Status oder der spezifischen Identität, die ihnen zuerkannt wird, in einer verhältnismäßig privilegierten Position der globalen Arbeitsteilung befinden, sollte es sein, gegenüber denjenigen, denen diese Privilegien verwehrt bleiben, solidarisch zu sein. Um paternalistische Muster zu vermeiden, sollten die zentrale Rolle in diesem Kampf allerdings stets diejenigen innehaben, die unter den aktuellen Verhältnissen leiden. Eine universelle Befreiung ist nur denkbar über die Abschaffung jeglicher partikularer Privilegien und die volle Entfaltung der kollektiven Produktivkräfte der Menschheit zum Wohle aller innerhalb der ökologischen Grenzen dieses Planeten.

- ▶ Bongani Sithole, Zeitarbeiter bei Lonmin, im Gespräch mit Jakob Krameritsch im Februar 2017 im *Makwase Palace*, einem beliebten Club und Grillhouse im Zentrum von Marikana.
- ▶ 400 Reinigung des *Freedom Charta*-Denkmals am Walter Sisulu Square in Kliptown/Soweto. Die *Freedom Charta*, 1955 vom *Congress of the People* beschlossen, war ein zentrales Dokument der Anti-Apartheid-Bewegung, auf das auch heute noch häufig Bezug genommen wird.

20 Ebda.



SHAL
SHAR
ONG TH
FOR

04

03

02

ALL
NATION
GRO
SHA
EQ

THE
PEOPLE
SHALL
SHARE IN
THE
COUNTRY'S
WEALTH!



DAS RECHT, RECHTE ZU HABEN MIT GLOBALEN SOZIALEN RECHTEN GEGEN DIE MACHT TRANSNATIO- NALER KONZERNE UND KAPITALISTISCHE AUSBEUTUNG

Boris Kanzleiter und Britta Becker

Bereits am Vorabend des Ersten Weltkriegs beschäftigten sich TheoretikerInnen der sozialistischen Bewegung mit der Globalisierung des Kapitalismus und der Herausbildung von großen Konzernen. Einen wichtigen Beitrag lieferte der österreichische marxistische Ökonom und sozialdemokratische Politiker Rudolf Hilferding. In seinem Hauptwerk »Das Finanzkapital« wies er 1910 auf die wachsende Monopolisierung des Kapitals hin und beschrieb, wie neue, große Konzerne entstanden, die kleinere Unternehmen vereinnahmten. Er konstatierte das Ende der »freien Konkurrenz«, die in der klassischen Wirtschaftstheorie als ein entscheidendes Merkmal des Kapitalismus galt.

Stattdessen sah er im Aufstieg der mit dem Finanzkapital verflochtenen Großkonzerne die Entstehung eines »organisierten Kapitalismus«. In diesem komme es zur zunehmenden Verschmelzung von Wirtschaft und Staat, zum durch Kartellbildung charakterisierten »staatsmonopolistischen Kapitalismus«. In diesem System dominierten die großen Konzerne das staatliche Handeln: »Ökonomische Macht bedeutet zugleich politische Macht. Die Herrschaft über die Wirtschaft gibt zugleich die Verfügung über die Mittel der Staatsgewalt. Je stärker die Konzentration in der wirtschaftlichen Sphäre, desto unumschränkter die Beherrschung des Staates.«¹

Mehr als 100 Jahre später sind diese Beobachtungen aktueller denn je. Im globalen Kapitalismus des beginnenden 21. Jahrhunderts verfügen die großen Konzerne über eine bisher ungekannte Machtfülle. Während Hilferding in erster Linie über Konzerne schrieb, die in den Grenzen von Nationalstaaten agieren, sind wir heute mit dem Phänomen der transnationalen Konzerne (*Transnational Corporations*, TNCs) konfrontiert. Als transnational bezeichnet man Konzerne, die durch Tochterunternehmen, finanzielle Beteiligungen oder andere wirtschaftliche Verflechtungen global agieren. TNCs verfügen oft über eine größere Wirtschaftskraft als ganze Nationalökonomien. So betrug der Umsatz von BASF und Lonmin Plc im Jahr 2016 zusammen etwa so viel wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Luxemburgs und etwa ein Fünftel des BIP von Südafrika.² Fast die Hälfte der einhundert größten Ökonomien der Welt waren 2010 private Unternehmen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass beispielsweise der Umsatz von *Royal Dutch Shell* höher ist als das BIP Österreichs und derjenige von *British Petrol* (BP) in etwa so hoch wie das BIP Dänemarks.³

Die Konzentration der Wirtschaftsmacht durch transnationale Konzerne geht mit der Polarisierung des Reichtums und größerer sozialer Ungleichheit einher. Laut einer aktuellen Studie des französischen Ökonomen Thomas Piketty ist diese seit 1980 weltweit gewachsen. Die Hauptursache dafür wird in der zunehmenden Privatisierung gesehen.⁴ Ebenso belegen Studien der Nichtregierungsorganisation *Oxfam*, die jährlich die Vermögensverteilung messen, die zunehmende Konzentration von Reichtum in den Händen weniger: »Die acht reichsten Milliardäre – alles Männer – besaßen im Jahr 2016 mehr Vermögen als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.«⁵ Und: Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 50,8 Prozent des weltweiten Vermögens – und damit mehr als die restlichen 99 Prozent zusammen. *Oxfam* verdeutlicht einen wichtigen

1 Rudolf Hilferding: *Das Finanzkapital*. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, 2. Auflage. Berlin 1955, S. 561.

2 Vgl. International Monetary Fund: *World Economic Outlook Database*. April 2017. Online verfügbar sowie BASF Online-Bericht 2016 und für Lonmin Plc: *Consolidated Income Statement*. Beide online verfügbar.

3 Vgl. Attac! (Hg.): *Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle*. Wien 2016, S. 8.

4 Thomas Piketty: *Soziale Ungleichheit weltweit gewachsen*. In: *Zeit Online*, 14.12.2017. Online verfügbar.

5 *Oxfam*: *8 Männer besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung*. Online verfügbar.

Hintergrund: »Das hängt auch mit der Macht internationaler Konzerne zusammen: Sie nutzen aggressive Steuervermeidungstechniken, verschieben ihre Gewinne in Steuer-oasen und treiben Staaten in einen ruinösen Wettlauf um Niedrigsteuersätze.«⁶

Die Durchsetzung der Profit- und Machtinteressen der TNCs hat weltweit verheerende Folgen für die Lebensbedingungen der Menschheit. Und dabei geht es nicht nur um die Polarisierung von Reichtum. Der Raubbau an der Natur bringt ökologische Verwüstung. ArbeiterInnen werden ausgebeutet. Demokratische Rechte werden eingeschränkt und unterhöhlt. Wie *Volkswagens* »Dieselgate« oder *Monsantos* Glyphosat-Skandal exemplarisch zeigen, ist die Macht der TNCs auch eine Gefahr für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. In beiden Fällen bestehen enge Verbindungen und ein System von Einflussnahme und Absprachen zwischen LobbyistInnen und der Regierung. Der gemeinnützige Verein Lobbycontrol zieht ein ernüchterndes Fazit: »Unsere Demokratie steckt in einer tiefen Krise. Immer mehr Menschen sehen sich von der Politik nicht vertreten, Rechtspopulisten bekommen Zulauf. Ein Grund dafür ist der ungezügelter Lobbyismus: Keine Transparenz, wenig Regeln, dafür der Glaube, dass das freie Spiel der Lobbyisten dem Allgemeinwohl am besten dient. Das ist ein gefährlicher Irrglaube.«⁷

Gegen die Intransparenz staatlichen Handelns richtet sich auch die breite Protestbewegung gegen das *Transatlantische Freihandelsabkommen* TTIP und andere Freihandelsverträge. Einer der Hauptgründe für die enorme gesellschaftliche Unterstützung der Proteste ist die Geheimhaltung der Vertragsverhandlungen.

Folgender Zusammenhang wird deutlich: Je schwächer die demokratische Kontrolle durch die Öffentlichkeit und rechtsstaatliche Strukturen in einem Land ausgeprägt ist, desto brutaler zeigt sich das lediglich auf Profit ausgerichtete Agieren der TNCs. Das Massaker von Marikana ist dafür ein trauriges Beispiel; es ordnet sich in eine lange Reihe ähnlicher Fälle ein.

Wer eine gerechtere und solidarische Welt schaffen möchte, muss sich daher vor allem auch die Frage stellen, wie die Macht der transnationalen Konzerne gebrochen werden kann. Rudolf Hilferding ging vor hundert Jahren davon aus, dass die Konzerne im Stadium der höchsten Monopolisierung durch eine Revolution vergesellschaftet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden könnten. Damit würde die Grundlage für ein sozialistisches Produktionssystem geschaffen.

Aus heutiger Perspektive stellt sich das Problem wesentlich komplexer dar, denn es muss nicht nur um die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, das Aufbrechen von Machtstrukturen und die Demokratisierung des Produktionsprozesses gehen. Zwei wichtige Gesichtspunkte kommen hinzu: Erstens muss die Produktionsweise grund-

⁶ Ebda.

⁷ Imke Dierßen, politische Geschäftsführerin von Lobbycontrol, bei der Vorstellung des Berichts am 21.6.2017; vgl. Lobbycontrol: Lobbyreport 2017. Online verfügbar.

gend ökologisch umgestaltet werden, um die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu erhalten. Zweitens muss angesichts der schnell fortschreitenden Transnationalisierung, der weltweiten Verflechtung der Produktionsprozesse und dem Machtzuwachs der TNCs eine globale Perspektive handlungsleitend sein. Eine emanzipatorische und sozial-ökologische Transformation ist nur noch als globaler Prozess denkbar.

Idee einer Politik der Globalen Sozialen Rechte

Sich diesen enormen Herausforderungen zu stellen, ist ein schwieriges Unterfangen. Der Diskurs über *Globale Soziale Rechte* (GSR) bietet die Möglichkeit, die multiplen Krisen und Problemlagen aus globaler Perspektive zusammenzudenken, die inneren Zusammenhänge und Widersprüche gegensätzlich wirkender Interessen aufzuzeigen und Lösungsansätze zu formulieren.⁸ Er setzt somit eine politische und herrschaftskritische Klammer um die in den einzelnen Kapiteln beschriebenen Facetten der Verbindung von Konzernmacht und Menschenrechten entlang der Platinlieferkette. GSR verbinden soziale und politische Menschenrechte miteinander und betrachten diese als unteilbar. Sie ermöglichen damit die Formulierung einer Perspektive der weltweiten Transformation, die die verschiedenen Dimensionen der globalen Herausforderungen als untrennbar erfasst und übergreifende Handlungsansätze entwickelt, ohne diese – im Unterschied zu staatsbürgerlich oder national verankerten Rechten – an Bedingungen zu knüpfen.

Im Kern des Konzepts der *Globalen Sozialen Rechte* steht die bedingungslose Einforderung von sozialen und demokratischen Rechten für alle Menschen. Jeder Mensch hat das »Recht, Rechte zu haben«,⁹ unabhängig von Aufenthaltsort sowie ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit.¹⁰ Diese sozialen und demokratischen Rechte werden begründet aus dem Recht auf ein menschenwürdiges Leben, das in völkerrechtlich verbindlichen Dokumenten wie dem *International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights* (ICESCR, Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, kurz: UN-Sozialpakt) und anderen Dokumenten wie den Konventionen der *International Labor Organization* (ILO) festgeschrieben sind, gehen aber über diese hinaus. GSR sind somit Gegenstand unterschiedlichster Aneignungsprozesse. Sie müssen auch außerhalb und gegen Institutionen erkämpft werden, wie beispielsweise die Bewegung der *Treaty Alliance* zeigt (siehe dazu den Beitrag von Akhona Mehlo, S. 226). Somit stellen sie die

⁸ Einführend zu *Globalen Sozialen Rechten* siehe u. a. Brigitte Oehrlein: Perspektiven global oder das Recht, Rechte zu haben. Über das Konzept »Globale Soziale Rechte« (GSR). In: Standpunkte 19/2009, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung; sowie Andreas Fischer-Lescano/Kolja Möller: Der Kampf um globale soziale Rechte. Zart wäre das Größte. Berlin 2012.

⁹ Vgl. Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. München 2001: 614.

¹⁰ Vgl. Oehrlein: Perspektiven global oder das Recht, Rechte zu haben. Über das Konzept »Globale Soziale Rechte« (GSR). In: Standpunkte 19/2009, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Verbindung von lokalen mit internationalen Kämpfen her – um die Durchsetzung sozialer Rechte wie das Recht auf menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, Gesundheit, Bildung und Wohnen für alle. Das Konzept der *Globalen Sozialen Rechte* ermöglicht weiterhin die Verbindung mit Kämpfen um demokratische und politische Freiheitsrechte, etwa Bewegungs- und Versammlungsfreiheit, um letztendlich die Einklagbarkeit der Rechte zu erlangen. Ein weiterer zentraler Aspekt dieses Ansatzes ist die Thematisierung von Herrschaftsverhältnissen, die einer Umsetzung im Wege stehen. GSR kritisieren nicht nur die Verletzung von sozialen oder politischen Menschenrechten, sondern sie streben eine Überwindung der gegenwärtigen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse an. Grundlegend ist gleichzeitig die Entwicklung einer Perspektive der ökologischen Transformation von Produktion und gesellschaftlicher Reproduktion. Die »imperiale Lebensweise« muss durch eine »solidarische Lebensweise« überwunden werden (siehe hierzu auch die Einleitung, S. 46).¹¹ Gerade in der Konfrontation mit der weltumspannenden Macht der TNCs zeigen sich die möglichen Konturen einer Politik der *Globalen Sozialen Rechte*.

Die Macht der transnationalen Konzerne brechen

Das Wissen um die Ausbeutung billiger Arbeitskraft durch TNCs und Meldungen über unmenschliche Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken der Länder des Globalen Südens haben die kritische Öffentlichkeit im Norden längst erreicht. Auch die Bundesregierung gerät unter Handlungsdruck. Als Antwort auf tödliche Unfälle in Textilfabriken in Bangladesch und Pakistan initiierte Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller 2014 das »Bündnis für nachhaltige Textilien«, in dem Akteure aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft vertreten sind. Ziel des Bündnisses ist es, die Arbeitsbedingungen entlang der Lieferketten der weltweiten Textilproduktion zu verbessern. Die Mitglieder – darunter *C&A*, *Aldi* und *Adidas* – sollen sich selbst Ziele gemäß den Anforderungen des Bündnisses nach sozialen, ökologischen und ökonomischen Verbesserungen entlang der gesamten Textil-Lieferkette setzen und jährlich über ihren Erfolg berichten.¹² Ein Grundprinzip des Textilbündnisses ist die »individuelle Verantwortung«, die jedes Mitglied auf der Grundlage der gemeinsamen Ziele für deren Umsetzung übernimmt: »Die Summe der individuellen Maßnahmen aller Mitglieder führt schrittweise zu Verbesserungen der ökologischen und sozialen Bedingungen in der Textilwirtschaft, insbesondere in den Produktionsländern.«¹³

¹¹ Vgl. Ulrich Brand/Markus Wissen: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München 2017.

¹² Vgl. www.textilbuendnis.com/wer-wir-sind

¹³ Bündnis für nachhaltige Textilien: Jahresbericht 2016/2017. Bonn 2017. S. 8.

Das Textilbündnis stellt somit ein Paradebeispiel der *Corporate Social Responsibility* (CSR), der unternehmerischen Gesellschaftsverantwortung dar. Unter diesem Stichwort hat sich in den vergangenen 20 Jahren ein Diskurs über die unternehmerische Selbstverpflichtung zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards etabliert (siehe hierzu das Interview mit Dinah Rajak, S. 264). Transnationale Unternehmen haben diese – höchst werbewirksamen – Initiativen dankbar aufgenommen, insbesondere auch deshalb, um in den entstehenden Institutionen ihre eigene Handlungs- und Gestaltungsmacht zu sichern. Beispielsweise in dem von der Europäischen Kommission gegründeten *CSR Europe*, einem Netzwerk von Wirtschaftsunternehmen, das sich für die Durchsetzung von CSR und Nachhaltigkeit in den Politiken der EU einsetzt.¹⁴ Auch der 1999 vom damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan gegründete *Global Compact* basiert auf dem Prinzip der unternehmerischen Selbstkontrolle und wird von transnationalen Unternehmen geleitet.¹⁵ BASF gehört zu den Gründungsmitgliedern und ist bis heute Teil des Vorstandes von *Global Compact*.¹⁶

Ein weiteres Mal wurden mit den *UN Guiding Principles on Business and Human Rights* und der Umsetzung im *Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte* die Chancen zur Festlegung verbindlicher gesetzlicher Regelungen zur menschenrechtlichen Verantwortung bei Geschäftsbeziehungen im Ausland verpasst.¹⁷ Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisierten, der seit Dezember 2016 in Kraft getretene Aktionsplan trage »die Handschrift der Wirtschaft« und sei ein »Lehrstück in Sachen Lobbyismus«.¹⁸

Aus der Perspektive der *Globalen Sozialen Rechte* sind die auf Freiwilligkeit basierenden Ansätze dieser Multi-Stakeholder-Initiativen völlig unzureichend oder sogar kontraproduktiv (siehe hierzu den Beitrag von Sarah Lincoln, S. 216). Um gute Arbeitsbedingungen und die Einhaltung von ökologischen und menschenrechtlichen Standards entlang der Produktionskette tatsächlich zu gewährleisten, reicht die deklarative Selbstverpflichtung von Unternehmen nicht aus. Der Fokus auf Freiwilligkeit führt zur Verhinderung konkreter Standards und einklagbarer Rechte. Gleichzeitig wird die Schaffung

¹⁴ Vgl. www.csreurope.org/benefit-our-eu-expertise

¹⁵ Der UN *Global Compact* ist mit mehr als 13.000 Teilnehmern aus 170 Ländern die größte freiwillige Initiative zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens und verantwortungsvoller Unternehmensführung. An dieser Initiative beteiligen sich 9.000 privatrechtliche Unternehmen und 4.000 zivilgesellschaftliche Organisationen, Regierungsorganisationen, andere UN-Organisationen, Verbände, Städte (*Global Compact Cities Programme*) und verschiedene weitere nichtprivatwirtschaftliche Akteure. Auch 340 deutsche Firmen nehmen mittlerweile teil (z. B. BASF, *Daimler*, *Bosch*, *Deutsche Bahn*); mit rund 70 Teilnehmern aus Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft bilden sie das *Deutsche Global Compact Netzwerk* (DGCN); vgl. Onur Karaaslan: United Nations Global Compact – Global Impact? 2017. Online verfügbar.

¹⁶ Vgl. www.basf.com/de/company/sustainability/whats-new/sustainability-news/2015/united-nations-global-compact-board.html

¹⁷ Vgl. Venro u. a.: Kein Mut zu mehr Verbindlichkeit. Kommentar deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung. 21.12.2016. Online verfügbar.

¹⁸ Vgl. Lobbycontrol: Nationaler Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte. Ein Lehrstück in Sachen Lobbyismus. Online verfügbar.

von Institutionen, die diese Rechte und Standards tatsächlich durchsetzen, unterminiert (siehe hierzu den Beitrag von Carolijn Terwindt, S. 246).

Die *Globalen Sozialen Rechte* fokussieren dagegen auf Ansätze, die rechtsverbindliche Regelungen im globalen Maßstab entwickeln und ausweiten. Ein solcher, zivilgesellschaftlicher Ansatz ist die *Global Campaign to Reclaim Peoples Sovereignty, Dismantle Corporate Power and Stop Impunity*, ein Netzwerk von über 200 sozialen Bewegungen, Organisationen und betroffenen Gemeinden gegen Landraub, Ressourcenausbeutung, menschenunwürdige Löhne und Umweltzerstörungen durch transnationale Konzerne in verschiedenen Regionen weltweit, insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika.¹⁹ Die 2012 auf der *UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung* (Rio+20) gegründete Kampagne fordert einen Internationalen Völkervertrag, der als Rahmen für die gegenseitige Unterstützung sozialer Bewegungen im weltweiten Kampf gegen die Macht von TNCs dient. Dadurch soll ein »Völkerrecht von unten« geschaffen werden. Ein solcher Völkervertrag würde auf wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten sowie universellen Menschenrechten basieren, die bereits in zentralen Dokumenten der ILO, der OECD und der Vereinten Nationen verankert sind, und darauf aufbauend Umsetzungsmechanismen entwickeln. Eckpunkte dabei wären die Ausweitung der rechtlichen Verantwortung von Mutterkonzernen für ihre Zulieferer und Subunternehmer sowie die Entwicklung von Mechanismen, die eine persönliche strafrechtliche Verantwortung von Führungskräften im Management von TNCs definieren und ermöglichen. Darüber hinaus sollten sowohl die Regierungen der Länder, in denen TNCs ansässig sind, als auch diejenigen der »Gastländer«, in denen TNCs operieren, verpflichtet werden, das Geschäftsgebaren der TNCs zu kontrollieren. Der rechtliche Rahmen für ein internationales Tribunal zur Sanktionierung von Menschenrechtsverletzungen durch TNCs sollte entwickelt werden.²⁰

Bereits in den 1970er-Jahren entwickelte sich innerhalb der UNO im Kontext der Transnationalisierung der Produktion und des Wachstums der TNCs eine Debatte über internationale Abkommen zum Umgang mit Menschenrechts- und Umweltverletzungen. Aufgrund der Blockade der Industrieländer konnten sich diese Ansätze aber bisher nicht durchsetzen. Derzeit unternimmt eine Koalition aus Staaten des Globalen Südens unter der Führung von Ecuador und Südafrika einen neuen Anlauf (siehe hierzu den Beitrag von Akhona Mehlo, S. 226).²¹

¹⁹ Vgl. www.stopcorporateimpunity.org

²⁰ Vgl. The Peoples Treaty Working Group: Ideas and Proposals for advancing work on the International Peoples Treaty on the Control of Transnational Corporations. Base Document for Global Consultation (Dezember 2014). Online verfügbar.

²¹ Vgl. Jens Martens/Karolin Seitz: Auf dem Weg zu globalen Unternehmensregeln. Der »Treaty-Prozess« bei den Vereinten Nationen über ein internationales Menschenrechtsabkommen zu Transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen. Berlin/Bonn/New York 2016; Treaty Alliance Deutschland: Für eine menschenrechtliche Regulierung der globalen Wirtschaft, CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung. Berlin 2017. Online verfügbar.

Im Juni 2014 stimmten die Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats mehrheitlich dafür, eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zur Entwicklung verbindlicher Regeln für transnationale Unternehmen einzusetzen. In der Zwischenzeit hat sich die Arbeitsgruppe mehrmals getroffen; die Anzahl der beteiligten Staaten hat sich dabei sukzessive von 60 (erste Verhandlungsrunde 2015) auf 101 im Jahr 2017 erhöht. Die Europäische Union sowie andere industrialisierte Länder haben diesen Prozess zunächst blockiert, später beobachtet und nehmen nun daran teil, versuchen jedoch weiterhin, die Erarbeitung eines Abkommens zu verlangsamen oder gar zu behindern.²² Solch ein Abkommen würde zwar Hilferdings Ziel der Vergesellschaftung nicht näherkommen, aber zumindest einen Rahmen schaffen, um konstanten Druck auf TNCs auszuüben. Die Chancen, ein solches Abkommen tatsächlich durchsetzen zu können, hängen indes von vielen Faktoren ab. Ein wichtiger Aspekt ist die Positionierung von Regierungen, die den Prozess unterstützen. Gleichzeitig müssen zivilgesellschaftliche und Menschenrechtsorganisationen an internationalen Bündnissen und Kampagnen arbeiten, um den Druck der Öffentlichkeit zu verstärken. Adressaten müssen dabei die TNCs selbst sein, aber auch Regierungen, die aufgefordert werden müssen, sich innerhalb der UN und anderer internationaler Institutionen für rechtsverbindliche Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte einzusetzen.

Problematisch ist dabei das ungleiche Kräfteverhältnis auf UN-Ebene. Die konkurrierende Initiative, das *UN-Forum für Wirtschaft und Menschenrechte*, ist durch massive Wirtschaftsbeteiligung sowohl finanziell als auch machtpolitisch wesentlich besser aufgestellt als die von Ländern des Globalen Südens getragene und von zivilgesellschaftlichen Initiativen unterstützte Arbeitsgruppe.

Gewerkschaftliche Organisation entlang von Produktionsketten

Das Engagement von progressiven und linken Regierungen, Menschenrechtsorganisationen und weiteren kritischen Stimmen aus der Zivilgesellschaft für die Durchsetzung von rechtsverbindlichen Standards für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und ökologische Anforderungen ist von zentraler Bedeutung. Um soziale Rechte und menschenrechtliche Standards tatsächlich durchsetzen zu können, bedarf es allerdings vor allem auch der gewerkschaftlichen Organisation von Beschäftigten entlang von Produktionsketten. Die Betroffenen selbst können ihre Interessen am besten artikulieren und vertreten. Ausgehend von lokalen Organisationsansätzen geht es dabei um Strategien zur Herstellung von internationaler Solidarität unter den Beschäftigten. Nur eine gemeinsame Interessenvertretung der ArbeiterInnen entlang der Produktionsketten kann etwa

²² Vgl. Euractiv: UN Treaty negotiations: A chance for the EU to champion human rights. 2017. Online verfügbar.

die Macht der TNCs, Beschäftigte gegeneinander auszuspielen, zumindest einschränken (siehe den Beitrag von Alexander Behr und Trevor Ngwane, S. 386).

Hier treten drei Herausforderungen zutage: Erstens besitzen europäische Gewerkschaften oftmals einen eurozentristischen Blick, der den Erhalt von heimischen Arbeitsplätzen prioritär behandelt. Eine grenzüberschreitende Solidarität ist damit kaum zu erreichen. Zweitens sind Gewerkschaften oft selbst Akteure in politischen Entscheidungsprozessen oder werden in politische Prozesse eingebunden. In Südafrika zum Beispiel ist der Gewerkschaftsdachverband COSATU selbst Teil der regierenden Dreierallianz neben dem ANC und der SACP (*South African Communist Party*). Das bringt COSATU in einen Konflikt mit der direkten Vertretung von Arbeiterinteressen. Drittens erschweren gravierende Unterschiede der Lebenshaltungskosten ein Zusammendenken. Während der Druck auf die Arbeitsstandards im Globalen Norden aufgrund der Konkurrenzsituation stetig wächst, bleibt der Lebensstandard dennoch deutlich höher als im Globalen Süden. »Der Weltbank zufolge schickten die 210.000 in Großbritannien lebenden BangladescherInnen, die zum größten Teil der britischen Arbeiterklasse angehören, im Jahr 2013 pro Kopf durchschnittlich 4.000 US-Dollar an Angehörige in Bangladesch. Im selben Jahr lag der jährliche Durchschnittslohn eines Arbeiters in Bangladesch bei 1.380 US-Dollar. Das heißt, dass BangladescherInnen, die in einem der Länder der Welt mit den höchsten Lebenskosten in dort oft am schlechtesten bezahlten Jobs arbeiten, immer noch dreimal so viel Geld sparen konnten, wie ihre Angehörigen in Bangladesch überhaupt verdienen.«²³ Wie können gewerkschaftliche Strategien zur Organisierung entlang von Produktionsketten vor diesem Hintergrund aussehen?

Einen wichtigen Ansatzpunkt finden Gewerkschaften in bereits bestehenden Rechtsnormen. Wie der DGB-Bundesvorstand in seinem Papier »Verbindliche Regeln, die für alle gelten!«,²⁴ das sich kritisch mit dem Konzept CSR auseinandersetzt, deutlich macht, hat die ILO mit den Kernarbeitsnormen und der »Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und ihre Folgemaßnahmen« 1998 einen Rahmen geschaffen, der für alle 187 Mitgliedstaaten der ILO rechtsverbindlich ist. Dabei handelt es sich um vier grundlegende Forderungen, die für die Entwicklung effektiver gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht entscheidend sind:

a) Vereinigungsfreiheit und effektive Anerkennung des Rechts zu Kollektivverhandlungen; b) Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit; c) effektive Abschaffung der Kinderarbeit; d) Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.²⁵

²³ Gabriel Kuhn: Der gemeinsame Kampf in einer geteilten Welt. Warum »Neue Klassenpolitik« internationalistisch sein muss. In: *analyse & kritik* 631 (17.10.2017), S. 26.

²⁴ DGB Bundesvorstand: *Verbindliche Regeln, die für alle gelten!* 10-Punkte-Papier des DGB zu Corporate Social Responsibility (CSR). Berlin 2009.

²⁵ IAO: *Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und ihre Folgemaßnahmen* angenommen von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 86. Tagung, Genf, 18.6.1998. S. 5. Online verfügbar.

Darüber hinaus bieten der UN-Sozialpakt von 1966, der in den Artikeln 6 und 8 ebenfalls den Kernbestand individueller und kollektiver Arbeitnehmerrechte garantiert, sowie die Forderungen der Treaty Alliance nach einer rechtsverbindlichen Regulierung und Kontrolle von Unternehmen wichtige Ansatzpunkte für die Entwicklung einer Politik der *Globalen Sozialen Rechte* gegenüber transnationalen Konzernen. Zielrichtung muss die rechtsverbindliche Garantie der sozialen und gewerkschaftlichen Rechte der ArbeiterInnen sein. In Ländern mit bestehenden Gesetzen müssen diese Rechte verteidigt, in anderen Ländern müssen sie ausgeweitet werden. Gleichzeitig geht es um ihre stärkere Verankerung in internationalen Verträgen und Konventionen sowie die Entwicklung effektiver Instrumente zu ihrer Umsetzung. Die Idee eines internationalen Tribunals analog den Kriegsverbrechertribunalen in Den Haag erscheint als eine Möglichkeit. Ihre Umsetzung gelingt allerdings nur, wenn der Druck auf die TNCs von allen Seiten erhöht wird: Progressive und linke Regierungen, Gewerkschaften, Bauernverbände, Menschenrechtsorganisationen, die Bewegung für globale Solidarität sowie kritische MedienarbeiterInnen und WissenschaftlerInnen müssen verstärkt gemeinsame Strategien und Kampagnen entwickeln, wie es in einzelnen Fällen bereits erfolgreich gelangt.

Globale Soziale Rechte und sozial-ökologische Transformation

Vor dem Hintergrund der Vielfachkrisen des globalisierten Kapitalismus ist eines heute klar: Die ungebremste Profitmaximierung durch die mächtigen transnationalen Konzerne beutet nicht nur die Arbeitskraft der Beschäftigten brutal aus und bedroht ihre sozialen Existenzgrundlagen sowie demokratischen Rechte. Sie führt auch zur Zerstörung der Ökosysteme. Es geht also nicht nur um eine Veränderung der Besitzverhältnisse, sondern auch darum, wie die globalisierte Produktion sozial-ökologisch transformiert werden kann.

Erst die Verbindung der Forderung nach einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft mit dem Konzept der GSR stellt die Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen in den Vordergrund, die deren Verwirklichung in einer kapitalistischen Gesellschaft entgegenstehen. GSR stellen somit einen Bestandteil der »konkreten Utopie«²⁶ dar, wie sie Raul Zelik und Aaron Tauss für nötig halten, um über aktuelle Krisendynamiken hinaus über Transformationsstrategien debattieren zu können.²⁷

Auch die AutorInnen des Aufsatzes »Konzernmacht brechen« im gleichnamigen *Attac*-Band machen klar: »Konzernmacht lässt sich nicht mit ein paar kleinen Gesetzesänderungen eindämmen. So lange unser Wirtschaftssystem auf den Prinzipien von Pro-

²⁶ Ernst Bloch: *Das Prinzip Hoffnung*, Werkausgabe, Band 5. Frankfurt a. M. 1985.

²⁷ Raul Zelik/Aaron Tauss: Vorwort. In: Aaron Tauss (Hg.): *Sozial-ökologische Transformationen. Das Ende des Kapitalismus denken*, Hamburg 2016. S. 7f.

fitorientierung und Konkurrenz basiert, wird sich an diesen Verhältnissen nur eingeschränkt etwas ändern lassen. Die Macht der Konzerne zu brechen, bedeutet also letztlich, die kapitalistische Wirtschaftsweise durch eine andere zu ersetzen – eine, in deren Zentrum Menschenrechte, Demokratie und ein Gutes Leben für Alle stehen.«²⁸

Das Attac-Netzwerk Österreich hat im Jahr 2010 in seiner Deklaration²⁹ eine Reihe von nötigen Transformationspfaden umrissen und sieben zentrale Bereiche beschrieben, in denen grundlegende Veränderungen auf dem Weg zu einer postkapitalistischen Gesellschaft stattfinden müssten. Zentral sind dabei Transformationen hin zu einer gemeinwohlorientierten Finanzwirtschaft, einer Glokalisierung der Wirtschaft, zu Ernährungs- und Energiesouveränität, zur Nutzung von *Commons*, Durchsetzung des Rechts auf menschengerechte Arbeit sowie zu einer umfassenden Demokratisierung.

Die Vorschläge für Maßnahmen zur Erreichung dieser Transformationen sind zahlreich. Entsprechende Praxen und Strategien müssen jedoch in konkreten Kämpfen entwickelt werden. Denn dies »ist gerade wieder der Vorzug der neuen Richtung, dass wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden wollen«.³⁰ Kritik an den herrschenden Verhältnissen trägt dazu bei, die bereits bestehenden Risse und Spannungen im System zu verstärken, um somit die Grundlage für Neues zu schaffen.³¹ Zwar ist, um herrschende Verhältnisse zu verändern, auch die Eroberung institutioneller Macht notwendig; gleichzeitig muss es aber auch darum gehen, neue Institutionen zu schaffen und das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft neu zu definieren. Wandel innerhalb des Staates kann sich dabei nur über Auseinandersetzungen vollziehen. Für erfolgreiche Veränderungen sind insbesondere neue Allianzen zwischen Graswurzel-, gewerkschaftlichen und kommunalen Bewegungen und Parteien zentral, die »die Machtfrage stellen und gesellschaftliche Umgestaltung durch ihr Handeln Schritt für Schritt verwirklichen.«³²

²⁸ AutorInnenkollektiv: Alexandra Strickner/Brigitte Reisenberger unter Mitarbeit von Elisabeth Klatzer/Carla Weinzierl/Ralph Guth/Valentin Schwarz: Konzernmacht brechen. Zivilgesellschaftliche Ansätze und Strategien. In: Attac (Hg.): Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle. Wien 2016, S. 248–276, hier S. 248.

²⁹ Attac Österreich: Attac Deklaration 2010. Eine andere Welt gestalten! Ein gutes Leben für alle ermöglichen! Online verfügbar.

³⁰ Karl Marx: Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 1. Berlin 1981, S. 344.

³¹ Vgl. Aaron Tauss/Tamara Ehs: Das Ende des Kapitalismus denken? Fragmente für eine demokratisch-ökologische Linke im 21. Jahrhundert. In: Tauss (Hg.): Transformationen, S. 169–182.

³² Ebda. S. 177.

Ausblick

Hier schließt sich der Kreis zu der aus dem Bewegungsdiskurs stammenden Debatte um *Globale Soziale Rechte*. Sie bildet einen konkreten politischen Horizont für die Kritik an den herrschenden Verhältnissen, die nahezu überall auf der Welt durch Kämpfe um Rechte und gegen ganz konkrete Missstände artikuliert wird. Deutlich wird dies besonders an den Kämpfen, die sich entlang globaler Lieferketten gegen die Macht transnationaler Konzerne richten.

Die jahrelangen Proteste der MinenarbeiterInnen in Südafrika um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und die internationale Unterstützung und Thematisierung ihrer Forderungen durch die *Plough Back the Fruits*-Kampagne stehen exemplarisch für viele andere Prozesse, die sich auf unterschiedlichen Ebenen mit der Aneignung *Globaler Sozialer Rechte* befassen. Der entscheidende Unterschied liegt dabei darin, (macht-)politische, wirtschaftliche und rechtliche Zusammenhänge herzustellen. Diese werden dadurch deutlich, dass die Folgen und Forderungen an die dafür verantwortlichen transnationalen Unternehmen BASF und Lonmin adressiert werden, dass dieser Prozess eingebunden wird in europäische und internationale Debatten um Rohstoffstrategien, Unternehmensverantwortung und rechtliche Regelungen auf UN-Ebene, sowie durch die gleichzeitige Verdeutlichung der Persistenz neokolonialer Ausbeutung.

Problematisch ist, dass die einzelnen Kämpfe mitsamt ihren Erfolgen und Niederlagen zumeist lokal oder regional begrenzt sind. Ein gesamtgesellschaftliches und auch noch internationalisiertes Projekt ist nur in Ansätzen in Sicht. Ziel muss es deshalb sein, die Vereinzelung der Kämpfe zu überwinden und Zusammenhänge herzustellen. Eine wichtige Kategorie könnte hier immer noch die »Klasse« sein. »Klasse« sollte dabei im Sinne einer »neuen Klassenpolitik« als eine weite Kategorie gedacht werden, die auch das Prekariat umfasst. Zunehmend wird auch diesem transformatorisches Potenzial zugesprochen, da mit der wachsenden Prekarisierung grenzüberschreitend die Enteignung sozialer Rechte als allgemeiner gesellschaftlicher Prozess in den Blickpunkt rückt.³³

Die Herausforderung bleibt, die Zusammenhänge und Widersprüche immer wieder deutlich hervorzuheben und Kämpfe zu verbinden. Ebenso erscheint es notwendig, den Diskurs um »Rechte«, ohne den derzeit kein politisches Papier auskommt, nicht nur im Kampf um ihre Aneignung, sondern auch als politisches und gesellschaftliches Ideal wieder von linker Seite zu besetzen und damit zurückzugewinnen.

³³ Vgl. Mario Candeias: Prekarisierung als Kampf um Globale Soziale Rechte und Perspektiven feministisch-sozialistischer Transformation. In: Roland Klautke/Brigitte Oehrlein (Hg.): Globale Soziale Rechte. Zur emanzipatorischen Aneignung universaler Menschenrechte. Hamburg 2008, S. 175–205.

They died for a
LIVING WAGE

R1 2500

Struggle Continues





Fezile Saphendu
A 32-year-old miner who had gone
to the mountain to deliver food to
his colleagues.

Bongikosi Yona
A 32-year-old rock drill operator who
worked for Lonmin for 2 years before
being killed.

Mabisi Mabiya
A 32-year-old miner who
worked for Lonmin for 17 years.

Phisoza
led the strike
back

A 29-year-old
was the



Patrick Akhone
A miner, killed at scene
being shot in the left
forearm by the p



Mongezeleli Ntenetyi
From the Eastern Cape, worked
for Lonmin for 12 years. Shot six times
by police

◀ 414 Sibonile Sobhopa, Minenarbeiter bei Lonmin und Überlebender des Massakers von 2012, im Februar 2016 in Marikana. Er trägt ein T-Shirt der Gewerkschaft AMCU, die 2014 mit dem sechsmonatigen Streik im Platinum Belt Lohnerhöhungen für die Angestellten von Lonmin durchsetzen konnte. Die 12.500 Rand, die die Streikenden 2012 gefordert hatten, sind nach wie vor nicht erreicht.

◀ 416 Das Foto, aufgenommen am Tag vor dem Massaker, zeigt den Versammlungsort der streikenden Arbeiter. Rechts im Hintergrund: die informelle Siedlung Nkaneng.

◀ 418 Nordrhein-Westfalen, 5. November 2017: AktivistInnen der Kampagne *Ende Gelände* demonstrieren im Hambacher Tagebau für den Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung und gegen die weitere Zerstörung der Landschaft durch den Braunkohleabbau.

◀ 420 London, 15. März 2018: Demonstration vor der Aktionärsversammlung von Lonmin; auf den Postern die beim Massaker erschossenen Minenarbeiter.

► »Women demand – We decide who represents and who governs us«. Adaptierter Anti-Apartheid-Siebdruck von Judy Seidman für die Kampagne *One in Nine*, Johannesburg 2017.



WORUM ES GEHT POLITIK GEGEN DAS NICHT-WISSEN WOLLEN

Stephan Lessenich

Worum es hier geht, ist rasch gesagt. Es geht um zweierlei. Erstens: Marikana ist überall. Und zweitens: Alle wissen es.

Marikana ist überall ...

Machen wir uns nichts vor. Hinter dem Wohlstand der »hoch entwickelten« industriekapitalistischen Gesellschaften verbirgt sich ein peinliches Geheimnis: Wir haben ihn von anderen nicht nur geliehen, sondern ihnen gewaltsam abgepresst – von anderen, denen wir ebensolchen Wohlstand wirkungsvoll vorenthalten. Ob es nun Platinminen in Südafrika sind, Textilfabriken in Südostasien oder die Plantagenwirtschaft in Lateinamerika: Es ist immer Dasselbe. Anderswo sterben die Leute, damit hier so gelebt werden kann, wie es seit Menschengedenken getan wird.

Das Wohlstandskapitalistische Modell wirtschaftlicher Wertschöpfung und – wie auch immer begrenzter und selektiver – sozialer Umverteilung der Wachstumserträge fußt wesentlich auf der hemmungslosen Ausbeutung von Arbeit und Natur in anderen Weltregionen. In Weltregionen, die damit zugleich die ökologischen und sozialen Kosten der hiesigen Produktions- und Konsumweise zu tragen haben. Die hierzulande herrschenden Lebensverhältnisse sind nur möglich geworden und lassen sich nur aufrechterhalten, weil Bevölkerungsmehrheiten in den »unterentwickelten« Gesellschaften des globalen Kapitalismus unter uns unvorstellbaren Bedingungen arbeiten und leben.

Sicher, auch bei uns ist der Wohlstand äußerst ungleich verteilt, hat die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen zuletzt sogar weiter zugenommen. Doch müssen die hiesigen Ungleichheitsverhältnisse als in die Struktur und Dynamik globaler Ungleichheiten eingebettet verstanden werden. Global gesehen aber wird das, was uns als sozial allenfalls akzeptabel, angemessen und erträglich erscheint, durch gesellschaftliche Verhältnisse andernorts ermöglicht, die uns selbst als absolut inakzeptabel, unangemessen und unerträglich gelten würden. Und zu Recht – weil sie genau dies sind. Im Weltmaßstab betrachtet vollzieht sich unser Gesellschaftsleben zudem auf einem stofflichen und energetischen Verbrauchsniveau, das nicht nur nicht »nachhaltig« ist, sondern als geradezu irrwitzig, ja wahnsinnig gelten muss. Ein Niveau, das sich wiederum nur deswegen halten lässt, weil sich der Umweltverbrauch vieler Milliarden Menschen auf dieser Welt weit unterhalb des hiesigen bewegt.

Machen wir uns also nichts vor: Unser Leben geht auf Kosten anderer.

... und alle wissen es

Aber genau das tun wir: Wir machen uns etwas vor. Wir wissen zwar, was läuft. Aber wir wollen es gar nicht wissen. Mehr noch: Wir müssen es nicht wissen wollen. Niemand zwingt uns dazu, es wissen zu müssen. Und wir nehmen jedes Angebot, nicht wissen zu müssen, gerne an.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es geht nicht darum, im Allgemeinen und Ungefähren des »Wir« die konkreten Verantwortlichkeiten verschwimmen oder gar verschwinden zu lassen. Das vorliegende Buch lässt daran auch nicht den Hauch

eines Zweifels: Es sind die großen, weltweit operierenden Konzerne und Kapitaleigner mit ihrer ökonomischen Macht und ihrem politischen Einfluss, die das globale Geschäft mit der Ausbeutung von Arbeit und Natur organisieren und einen geradezu obszönen Profit daraus ziehen. Zu Recht stehen sie daher im Fokus der Kritik, zu Recht zeigen AktivistInnen zum Beispiel auf BASF, wenn es darum geht, Ross und Reiter zu benennen.

Aber Ross und Reiter – BASF und wie sie alle heißen – galoppieren auf geeignetem Gelände. Ihr falsches Spiel kann nur aufgehen, weil so viele dabei mitspielen. Und damit ist nicht die vermeintliche Macht der KonsumentInnen gemeint. Sondern die Entpolitisierung der Leute.

Ein halbes Jahrhundert Wachstum und ein Vierteljahrhundert Neoliberalismus haben ihre Spuren hinterlassen in der wohlstandsgesellschaftlich herrschenden Subjektivität, in den Hirnen und Herzen der Menschen. Der Wille zum Mehr einerseits, die Sorge um sich selbst andererseits sind keine persönlichen Bösartigkeiten Einzelner, auch keine anthropologische Konstante im Sinne des berüchtigten »so ist halt der Mensch«. Keineswegs: Es sind dies die sozialen Prägungen, die gesellschaftliche Subjekte in den reichen Gesellschaften des Westens über eine längere historische Zeit hinweg erfahren haben.

Der Wille zum Mehr ist nicht einfach individuelle Maßlosigkeit oder triebhafte Gier. Vielmehr ist dieser Wille fundamentaler Bestandteil einer gesellschaftlichen Formung des Handelns, die das Mehr – die kapitalistische Akkumulation – zum ökonomischen Zwang und sozialen Prinzip erhoben hat. Prinzipiell muss im westlichen Wachstumskapitalismus jeder Mensch mehr wollen – ganz gleich, ob er oder sie will oder nicht. Der Kapitalismus, so wusste der frühe Soziologe Max Weber, schafft sich die Subjekte, derer er bedarf – und er bedarf der Wachstumssubjektivität, des endlosen kollektiv-individuellen Wollens nach Mehr.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Sorge um sich selbst. Nicht der Mensch ist egoistisch, missgünstig und auf Konkurrenz gepolt. Das neoliberale Subjekt ist es – beziehungsweise soll es sein. Seit Jahrzehnten ist uns immer und immer wieder eingetrichtert worden, von Wirtschaftsinstituten und ÖkonomieprofessorInnen genauso wie von Parteiobere und Leitmedien, dass individuell vor kollektiv zu gehen habe, privat vor öffentlich, Eigentumsrechte vor Gemeingüter, überhaupt das Eigene vor den anderen. Auch wenn man es sich nicht wünschen würde, die entsprechende ideologische Indoktrination ist, in Verbindung mit den politisch institutionalisierten Marktzwängen, nicht spurlos an den Leuten vorbeigegangen.

So ist denn auch das ominöse, allgemein-ungefähre »Wir« gemeint: Uns neoliberalen Wachstumssubjekten – womit niemand persönlich angefeindet und keine moralisch gemäßregelt wird – und unserem alltäglichen Handeln sind der Wille zum Mehr und die Sorge um uns selbst eingeschrieben. Und als neoliberale Wachstumssubjekte, die wir sind beziehungsweise zu denen wir geworden sind, lassen wir uns gerne etwas vormachen. Wir glauben gerne, dass der Strom aus der Steckdose kommt oder jedenfalls das E-Mobil »emissionsfrei« fährt. Wir hören gerne, was die Konzerne alles unternehmen,

um ihre Lieferketten »transparent« zu gestalten, wir lassen uns gerne von den Sozialzertifikaten und Nachhaltigkeitspreisen blenden, die noch die übelsten Gesellen des transkontinentalen Ausbeutungsgeschehens reihenweise einheimen und sich ans Revers heften.

Wir glauben gerne an das Gute im globalen Kapitalismus, an grüne Lügen und bunte Hochglanzbroschüren. Wir wollen gar nicht wissen, was dahintersteckt. Dabei ist es nicht immer nur ein kluger Kopf. Sondern fast immer auch ein zerbrochener Körper und eine geschundene Seele, verwüstete Natur und zerstörte Leben.

Was jetzt ansteht

Wenn Marikana überall ist und alle es wissen, aber tunlichst nicht wissen wollen, dann geht es hier noch um ein Drittes: Nämlich darum, das eine wie das andere zum Politikum zu machen.

Es geht darum, fundiert und pointiert, mutig und gekonnt die Akteure der Ausbeutung beim Namen zu nennen – zum Beispiel BASF. Und es muss darum gehen, die Potemkinsche Fassadenkommunikation, die um uns herum betrieben wird und an der wir irgendwie teilhaben, als solche sichtbar werden zu lassen: die stillschweigende Übereinkunft zu durchbrechen, der zufolge uns ein schöner Schein präsentiert wird, weil zugleich gewusst wird, dass wir die Wahrheit gar nicht wissen wollen. Es gilt, die ganze Wachstumskonkurrenzlüge, mit der wir leben, auffliegen zu lassen, diesen schwindelerregenden Etikettenschwindel, von dem wir uns beherrschen lassen.

Das ist leichter gesagt als getan. Und es ist aus den Innenwelten dieses Schwindels heraus geäußert, also aus einer Position, die diesen Verhältnissen nicht äußerlich, sondern ihnen selbst verhaftet, in ihnen verfangen ist. Das lässt das Richtige freilich nicht falsch werden. Ganz im Gegenteil. Und auf eine Weise macht es den Kampf gegen das Falsche nur umso selbstverständlicher, für uns selbst verständlicher.

Hinter die Fassaden schauen: Das steht an. Nur so schreiten wir voran.

► 428 Ausschnitt der Bündisdemonstration *Solidarity Without Borders* am 8. Juli 2017 in Hamburg gegen das Treffen der G20 mit über 75.000 TeilnehmerInnen.

► 430 Mehrere Generationen von Minenarbeitern im Februar 2017 im *Makwase Palace*, einem beliebten Club und Grillhouse im Zentrum von Marikana.

► 432 Die Frauenorganisation *Sikhala Sonke* bei einer Demonstration in Marikana, 2012.

► 434 Gruppenbild mit einigen der Abgeordneten der *General Assembly*, 5.11.2017, Schaubühne Berlin.

► 436 »Die auf billiger Arbeitskraft basierende Wirtschaft ist per se eine gewalttätige Wirtschaft, weltweit«, sagt Oupa Lehlere, Direktor des *Khanya College*, das die Parole »We are all Marikana« an verschiedenen Stellen in Johannesburg und Umgebung an öffentliche Wände malen ließ.







WOMEN DEMAND JUSTICE
FOR MARIKANA

WOMEN DEMAND JUSTICE
FOR MARIKANA

WOMEN DEMAND JUSTICE
FOR MARIKANA

M
W



GENERAL ASSEMBLY GENERALVERSAMMLUNG ASSEMBLEE GENERALE





WE ARE ALL MARIKANA

WO IST DAS BESSERE LEBEN FÜR ALLE? REDE BEI DER »GENERALVERSAMM- LUNG«¹

Thumeka Magwangqana

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Delegierte aus aller Welt, sehr geehrtes Publikum hier in diesem Raum und anderswo – ich grüße euch alle! Danke, dass ihr mich in diesem Parlament sprechen lasst.

Mein Name ist Thumeka Magwangqana, ich komme aus Marikana, Südafrika. Marikana ist der Ort, in dem die Polizei 34 Männer kaltblütig umgebracht hat – unsere Ehemänner, unsere Kollegen, unsere Brüder. Ich vertrete hier die Frauenorganisation *Sikhala Sonke*, die in Marikana gegründet wurde und deren Vorsitzende ich bin.

¹ Vom 3. bis 5.11.2017 tagte an der Berliner Schaubühne die »Generalversammlung/General Assembly/Assemblée Générale« des Schweizer Theatermachers Milo Rau. Ausgangspunkt dafür war eine Leerstelle – das Fehlen von einflussreichen demokratischen Foren auf transnationaler Ebene. Auf dieser Ebene existieren weder wirkungsvolle rechtliche Institutionen noch ausreichende demokratische Strukturen, die den Weltmarkt hinreichend regulieren, völkerrechtliche Verstöße verfolgen, Menschenrechte durchsetzen oder ökologische Entwicklungen in sinnvolle Bahnen leiten könnten. Die *General Assembly* sollte mit ihrem Entwurf eines Weltparlaments diese Leerstelle – zumindest für die Dauer eines Theaterstücks – füllen. In fünf Plenarsitzungen fragten die rund 60 geladenen Abgeordneten, wo wir als Weltgemeinschaft stehen und was zu tun ist – sozial, ökonomisch, ökologisch, technologisch, politisch. Vgl. dazu: www.general-assembly.net und: Milo Rau/IIPM: General Assembly. Leipzig 2017.

2012 streikten unsere Männer, sie forderten Lohnerhöhungen. Sie saßen am Fuß des Berges in Wonderkop und warteten auf das Management der Mine, auf dessen Antwort auf ihre Forderung. Aber statt dem Management kam die Polizei. Wir waren völlig überrascht, als wir sahen, dass so viel Polizei anrückte. Und wir hörten auch, dass einige RegierungsbeamtenInnen dazu beitrugen, dass sie erschossen werden konnten. Die Polizei erhielt den Auftrag, den Streik mit allen Mitteln zu beenden. Das bedeutet, sie haben vorsätzlich gehandelt, es war bereits organisiert, dass unsere Brüder und Kollegen umgebracht werden sollten. Sie wurden in einem Kugelhagel umgebracht, als wären sie Schwerverbrecher gewesen.

Ich wusste nicht, dass Lohnforderungen ein Verbrechen darstellen.

Warum ist das Blut unserer Schwarzen Brüder so billig?

Das Blut unserer Brüder ist billiger als das Geld, für das sie gekämpft haben.

Du kannst das Leben eines Menschen nicht durch Geld ersetzen.

Und nun, fünf Jahre nach dem Massaker, gibt es niemanden, der/die zur Verantwortung gezogen wurde. Niemand ist entschädigt worden. An die Witwen und die verwundeten Minenarbeiter sind keine Reparationsgelder gezahlt worden. Die Untersuchungskommission war nicht hilfreich. Sie hat nicht einmal die Täter vor Gericht geladen. Niemals hätten wir gedacht, dass es unter unserem Schwarzen Präsidenten ein Blutvergießen geben würde. Niemals hätten wir gedacht, dass in einem demokratischen Südafrika solche Morde geschehen könnten. Sie wollen an der Macht bleiben, aber an ihren Händen klebt Blut.

In Marikana hat sich nichts verändert.

Unsere Regierung sitzt da mit verschränkten Armen, als wäre nichts geschehen. Unsere Regierung hat uns schwer enttäuscht. Sie hat kein Gewissen. Sie kümmert sich einfach nicht um uns. Die Menschen leben in Baracken, durch die der Regen rinnt, es gibt keine Sanitäranlagen, kein fließend Wasser, keinen Strom. Und es gibt keine Straßen.

Wo ist das bessere Leben für alle?

Es gibt für uns bloß Gewalt, männliche Gewalt, häusliche Gewalt, Vergewaltigungen, die Situation ist wirklich schlimm. Auch die Armut trägt dazu bei, dass solche Dinge geschehen. Die Regierung sollte Wege finden, den Hunger zu besiegen.

Das Minen-Management, Lonmin, ist ebenfalls verantwortlich für das, was in Marikana geschehen ist. Es hat die Minenarbeiter nicht geschützt. Stattdessen haben sie ständig gesagt, dass sie zurück zur Arbeit gehen müssten. Ich bin sehr enttäuscht von Lonmin und von der südafrikanischen Regierung. Sie sind so grausam.

Wir waren mit Lonmin vor der Schlichtungsstelle, wegen der Lebensbedingungen und der Sicherheit der MinenarbeiterInnen. Aber das scheint vergeudete Zeit gewesen zu sein – sie sind mit keinem einzigen Vorschlag gekommen, bloß mit falschen Versprechungen.

Ich habe gehört, dass BASF der größte Kunde für das Platin von Lonmin ist. Täglich kaufen sie Platin für enorme Geldbeträge, aber an die Communities fließt kein Groschen für bessere Lebensbedingungen ihrer ArbeiterInnen zurück.

Wo ist das bessere Leben für alle?

Ich glaube, die Demokratie ist nur für die Hälfte der Menschen, nicht für uns alle.

Ganz Südafrika ist verletzt aufgrund dessen, was in Marikana geschehen ist.

Wir fordern Gerechtigkeit!

Amandla! [Die Macht!]

Das Publikum: Awethu! [Ist unser!]

LITERATUR- AUSWAHL

A

Werner Abelschäuer (Hg.): Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte. München 2003.

Sara Ahmed: The Nonperformativity of Antiracism. In: Meridians 1/2006. S. 104–126.

Sara Ahmed: On Being Included: Racism and Diversity in Institutional Life. Durham 2012.

AK Rohstoffe: Verantwortung entlang der Lieferkette im Rohstoffsektor! Berlin 2015.

AK Rohstoffe: Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik. Berlin 2016.

Peter Alexander/Thapelo Lekgowa/Botsang Mmope/Luke Sinwell: Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von ArbeiterInnen in Südafrika. Wien 2013.

Peter Alexander: Marikana, turning Point in South African History. In: Review of African Political Economy 40: 138/2013, S. 605–619.

Vic L. Allen: The History of black mineworkers in South Africa. Keighley 2000.

Amnesty International: Smoke and Mirrors: Lonmin's failure to address housing conditions at Marikana. Johannesburg 2016.

Amnesty International/Brot für die Welt/Germanwatch/MISEREOR: Kein Mut zu mehr Verbindlichkeit. Kommentar deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung. 6.2.2017.

Knud Andresen: Moralische Ökonomie. Bundesdeutsche Automobilunternehmen und Apartheid. In: Zeithistorische Forschungen 2/2016. S. 231–253.

Mark Anner: Corporate Social Responsibility and international labor rights: The quest for legitimacy and control. MIT Institute for Work and Employment Research Seminar Cambridge, 2011.

Attac (Hg.): Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle. Wien/Berlin 2016.

Marc Auerbach: Toxic Tax Deals. When BASF's Tax Structure is More About Style than Substance (hg. von The Greens/EFA Group), o.O. 2016.

B

Aisha Bahadur/Lisa Kadel/Sarah Lincoln: Platinum for the World Market, Iron Shacks for Workers. Living and Working Conditions in Marikana Five Years after the Massacre. Brot für die Welt/Bench Marks Foundation, Berlin/Johannesburg 2016.

Franco Barchesi: Precarious Liberation: Workers, the State and Contested Social Citizenship in Postapartheid South Africa. New York 2011.

William Beinhart und Saul Dubow (Hg.): Segregation and Apartheid in Twentieth Century South Africa. London 1995.

Asanda Benya: The Invisible Hands: Women in Marikana. In: Review of African Political Economy, Bd. 42, 2015, S. 545–560.

Asanda Benya: Women in Mining: Occupational Culture and Gendered Identities in the Making. Johannesburg 2016.

Asanda Benya: Going underground in South African Platinum Mines to explore women miner's experiences. In: Gender & Development, 25/2017. S. 509–522.

Melanie Bergermann/Simon Book/Alexander Busch/Lea Deuber/Martin Seiwert: Das dunkle Geheimnis der Autoindustrie. In: WirtschaftsWoche, 45/2017. S. 36–42.

NomaRussia Bonase/Judy Seidman/Simone Knapp/Boniface Mabanza/Maren Grimm/Jakob Krameritsch: Plough Back the Fruits. Im Kampf um Gerechtigkeit und Restitution. Die Bodymaps der Witwen von Marikana. Hamburg u.a. 2016.

Patrick Bond: Politics of Climate Justice. Pietermaritzburg 2012.

Patrick Bond: Elite Transition. London 2014.

Patrick Bond/Ana Garcia (Hg.): BRICS: An Anti-Capitalist Critique. Johannesburg 2015.

Andrew Bowman/Gilad Isaacs: Demanding the Impossible? Platinum Mining Profits and Wage Demands in Context. Johannesburg 2014.

Andrew Bowman: Dilemmas of distribution: financialisation, boom and bust in the post-apartheid platinum industry. SWOP Working Paper, Johannesburg 2016.

Ulrich Brand/Markus Wissen: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München 2017.

Stefan Buchen: Ausbeutung in Afrika. Welche Verantwortung hat BASF? In: Panorama, NDR, 28.4.2016.

Stefan Buchen: Der Platin-Komplex. Welche Verantwortung hat der deutsche Chemiekonzern BASF für ein Massaker unter Minenarbeitern in Südafrika? In: Die Zeit, 28.4.2016.

Judith Butler: Gefährdetes Leben. Politische Essays. Frankfurt a. M. 2005.

C

Gavin Capps: Victim of its own Success? The Platinum Mining Industry and the Apartheid Mineral Property System in South Africa's Political Transition. In: Review of African Political Economy. 39, 131/2012. S. 63–84.

Gavin Capps: A Bourgeois Reform with Social Justice? The Contradictions of the Mineral Development Bill and Black Economic Empowerment in the South African Platinum Mining Industry. In: Review of African Political Economy. 39, 132/2012. S. 315–333.

Gavin Capps/St Stanley Malindi: Dealing with the Tribe: The Politics of the Bapo/Lonmin Royalty-to-Equity Conversion. SWOP Working Paper, Johannesburg 2017.

María do Mar Castro Varela: Europa – Ein Gespenst geht um. In: Gert Hoff (Hg.): Europa Entgrenzungen. Innsbruck/Wien 2015. S. 49–82.

María do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan: Human Rights and its Discontents. Postkoloniale Interventionen in die Menschenrechtspolitik. In: Julia König/Sabine Seichter (Hg.): Menschenrechte. Demokratie. Geschichte. Transdisziplinäre Herausforderungen an die Pädagogik. Weinheim/Basel 2014. S. 145–162.

María do Mar Castro Varela/Nikita Dhawan: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. 2., komplett aktualisierte und ergänzte Auflage. Bielefeld 2015.

Centre for Applied Legal Studies: Complaint by affected community members in relation to the social and environmental impacts of Lonmin PLC's operation in Marikana, Complaint to the International Finance Corporation Compliance Advisor Ombudsman, Washington, DC, 15.6.2015.

Centre for Applied Legal Studies: Social and labour plans. University of the Witwatersrand, Johannesburg 2017.

Crispen Chinguno: Marikana and the post-apartheid workplace order. SWOP Working Paper, Johannesburg 2013.

Coordination gegen BAYER-Gefahren u. a. (Hg.): IG Farben. Von Anilin bis Zwangsarbeit. Zur Geschichte von BASF, Bayer, Hoechst und anderen deutschen Chemiekonzernen. Stuttgart 2015.

Simon Critchley: Infinitely Demanding. Ethics of Commitment, Politics of Resistance. New York/London 2007.

Colin Crouch: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II. Berlin 2011.

D

John Daniel/Prishani Naidoo/Devan Pillay/Roger Southall (Hg.): The Second Phase – Tragedy or Farce. New South African Review 3, Johannesburg 2013.

Nikita Dhawan: Doch wieder! Die Selbst-Barbarisierung Europas. In: María do Mar Castro Varela/Paul Mecheril (Hg.): Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart. Bielefeld 2016. S. 73–84.

Rehad Desai: Miners Shot Down, RSA 2014, 91 min.

Jane Duncan: South African journalism and the Marikana massacre: A case study of an editorial failure. In: The Political Economy of Communication 1/2 2013.

Franziska Dübgen: Was ist gerecht? Kennzeichen einer transnationalen solidarischen Politik. Frankfurt a. M./New York 2014.

Franziska Dübgen/Stefan Skupien (Hg.): Afrikanische politische Philosophie. Postkoloniale Positionen. Frankfurt a. M. 2015.

E

ECCHR/Brot für die Welt/MISEREOR: Unternehmen zur Verantwortung ziehen. Erfahrungen aus transnationalen Menschenrechtsklagen. 2017.

Klaus Escher: Die Stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. (hg. von Thomas Leif u. Rudolf Speth) Wiesbaden 2003.

Thomas Estabrook: Labor-Environmental Coalitions: Lessons from a Louisiana Petrochemical Region. Amityville 2007.

F

Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt a. M. 1961/1981.

Thomas Fatheuer/Lili Fuhr/Barbara Unmüßig: Kritik der Grünen Ökonomie. München 2015.

Silvia Federici: Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Berlin 2012.

Ben Fine/Zavareh Rustomjee: From Minerals-Energy Complex to Industrialization. London 1996.

Andreas Fischer-Lescano/Kolja Möller: Der Kampf um globale soziale Rechte. Zart wäre das Größte. Berlin 2012.

Kally Forrest: Marikana Commission – unearthing the truth, or burying it? SWOP Working Paper 5, 2015.

Dirk Forslund: Coping with Unsustainability. October 2013. Bench Marks Policy Gap 7 (Lonmin).

Nancy Fraser: Scales of Justice. Reimagining Political Space in a Globalizing World. New York 2009.

Milton Friedman: The Social Responsibility of Business is to Increase its Profits. New York 1970.

G

Germanwatch/MISEREOR: Globales Wirtschaften und Menschenrechte. Deutschland auf dem Prüfstand. Bericht 2014.

Heide Gerstenberger: Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus. Münster 2017.

Merle Groneweg/Hannah Pilgrim/Michael Reckordt: Ressourcenfluch 4.0 – Die sozialen und ökologischen Auswirkungen von Industrie 4.0 auf den Rohstoffsektor. 2017.

H

Heads of the Argument of Evidence Leader (Endbericht der Leiter der Beweisführung innerhalb der Marikana Untersuchungskommission), 27.10.2014.

Andy Higginbottom: The Marikana Massacre in South Africa: the Results of Toxic Collusion. London 2018.

J

Gabriele Jahn/Matthias Schramm/Achim Spiller: Zur Glaubwürdigkeit von Zertifizierungssystemen: Eine ökonomische Analyse der Kontrollvalidität. 2003.

K

Wolfgang Kaleck/Miriam Saage-Maaß: Unternehmen vor Gericht. Globale Kämpfe für Menschenrechte. Berlin 2016.

KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (Hg.): Zeit zum Umdenken: Rohstoffe im Südlichen Afrika. Der natürliche Reichtum der Region muss endlich der Bevölkerung zugutekommen. Heidelberg 2014.

Roland Klautke/Brigitte Oehrlein (Hg.): Globale Soziale Rechte. Zur emanzipatorischen Aneignung universaler Menschenrechte. Hamburg 2008.

Khulumani Support Group (Hg.): Justice, redress & restitution. Voices of Widows of the Marikana Massacre. Johannesburg 2013.

Khulumani Support Group: We have to talk, we need changes – voices from platinum belt mine workers. Johannesburg 2015.

Johannes Kramml/Marietta Kaufmann/Karin Küblböck/Julia Planitzer: Mehr Menschenrechte in Rohstoff-Lieferketten. Sorgfaltspflichten – Handelspolitik – öffentliche Beschaffung. Wien 2017.

L

Geneviève LeBaron/Jane Lister: Benchmarking global supply chains: the power of the 'ethical audit' regime. In: Review of International Studies, 41/2015. S. 905–924.

Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München 2016.

Lobbycontrol: Nationaler Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte. Ein Lehrstück in Sachen Lobbyismus. o. O. 21.12.2016.

Richard Locke u. a.: Beyond corporate codes of conduct: Work organization and labour standards at Nike's suppliers. In: International Labour Review Nr. 146 (1-2). S. 21–40.

M

Mascha Madörin: Helfer der Apartheid oder »Verlässliche Freunde«. Wie die Schweizer Banken das Apartheid-Regime stützten. Zürich 2008.

Mahmood Mamdani: Citizen and Subject: Contemporary Africa and the Legacy of Late Colonialism. Princeton 1996.

Greg Marinovich: Murder at Small Koppie. The Real Story of the Marikana Massacre. Johannesburg 2016.

Timothy Minchin: Forging a Common Bond: Labor and Environmental Activism During the BASF Lockout. Gainesville 2003.

Achille Mbembe: On the Postcolony. Berkeley 2001.

Chandra Mohanty: Feminism without Borders. Decolonizing Theory, Practicing Solidarity. Bloomington 2003.

Birgit Morgenrath/Gottfried Wellmer: Deutsches Kapital am Kap. Kollaboration mit dem Apartheidregime. Hamburg 2003.

Makau Mutua: Savages, Victims, and Saviors. The Metaphor of Human Rights. In: Harvard International Law Journal 42/2001. S. 201–245.

Makau Mutua: Human Rights: A Political and Cultural Critique. Philadelphia 2008.

N

Christian Neuhäuser: Unternehmen als moralische Akteure. Berlin 2011.

O

Henry Odera Orika: Philosophie der Entwicklungshilfe. Eine Frage des Rechts auf ein menschliches Minimum. In: polylog. Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren Nr. 6, 2000. S. 6–16.

Brigitte Oehrlein: Perspektiven global oder das Recht, Rechte zu haben. Über das Konzept »Globale Soziale Rechte«. In: Standpunkte 19/2009, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Lucia Ortiz: UN Treaty on transnational corporations and human rights progressing. In: Friends of the Earth International, 13.3.2017.

P

Patricia Purtschert u. a. (Hg.): Postkoloniale Schweiz. Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien. Bielefeld 2012.

R

Dinah Rajak: In Good Company. An Anatomy of Corporate Social Responsibility. Stanford 2011.

Dinah Rajak: Hope and Betrayal on the Platinum Belt: Responsibility, Violence and Corporate Power in South Africa. In: Journal of Southern African Studies, Bd. 42, 5/2016. S. 929–946.

Jürgen Räuschel: Die BASF. Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns. Köln 1975.

Michael Reckordt: Gold, Guns and Goons – Menschenrechtsverletzungen und Gewalt im Kontext von Bergbau. In: Lilli Breiningen/Michael Reckordt (Hg.): Rohstoffrausch – Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen. Philipinenbüro e.V., Essen 2011.

Tobias Reichert/Silke Spielmans/Carolin Mengel/Michael Frein/Kerstin Lanje (Hg.): Entwicklung oder Marktöffnung? Kritische Aspekte in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und afrikanischen Ländern. o. O. 2009.

Ylva Rodny-Gumede: Coverage of Marikana: war and conflict and the case for Peace Journalism. In: Social Dynamics, 41:2, 2015. S. 359–374.

John G. Ruggie: A UN Business and Human Rights Treaty? An Issues Brief. 28.1.2014.

S

Walter Sauer: Austria and South Africa during Apartheid. In: South African Democracy Education Trust (Hg.): The Road to Democracy in South Africa. Bd. 3, Johannesburg 2008. S. 630–640.

Walter Sauer/Theresia Zeschin (Hg.): Die Apartheid-Connection. Österreichs Bedeutung für Südafrika. Wien 1984.

John S. Saul/Patrick Bond: South Africa – The Present as History. From Mrs. Ples to Mandela & Marikana. Johannesburg 2014.

Arthur Schneckenburger: Die Geschichte des IG-Farben-Konzerns. Bedeutung und Rolle eines Großunternehmens. Köln 1988.

Aliki Saragas: Strike a Rock, RSA 2017, 87 min.

Allan Sekula: Reading an Archive: Photography between Labour and Capital. In: Liz Wells (Hg.): The Photography Reader. London/New York 2003.

Amartya Sen: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. Bonn 2007.

Luke Sinwell/Siphiwe Mbatha: The Spirit of Marikana. The Rise of Insurgent Trade Unionism in South Africa. London 2016.

Boaventura de Sousa Santos: Epistemologien des Südens: Gegen die Hegemonie des westlichen Denkens. Münster 2018.

Joseph Spanjers/Matthew Salomon: Illicit Financial Flows to and from Developing Countries: 2005–2014. Washington 2017.

Gayatri C. Spivak: Righting Wrongs. Unrecht richten. Zürich/Berlin 2008.

Gayatri C. Spivak: Can the Subaltern Speak? In: Cary Nelson/Lawrence Grossberg (Hg.): Marxism and the Interpretation of Culture. Chicago 1988. S. 271–313.

Gayatri C. Spivak: Responsibility. In: boundary 2, Bd. 21, 3/1994, S. 19–64.

T

Aaron Tauss (Hg.): Sozial-ökologische Transformationen. Das Ende des Kapitalismus denken. Hamburg 2016.

Sampie Terreblanche: Lost in Transformation. South Africa's Search for a New Future Since 1986. Johannesburg 2012.

Carolijn Terwindt/Miriam Saage-Maaß: Zur Haftung von Sozialauditor_innen in der Textilindustrie. Strategiepapier des ECCHR, Dezember 2016, ECCHR (Hg.) in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Rob van Tulder/Jeroen van Wijk/Ans Kolk: From chain liability to chain responsibility. In: Journal of Business Ethics, 85/2009. S. 399–412.

V

Daniel Völker: Kommunikation im Krisenmodus. Konzeption des strategischen Framing anhand der Finanzkrise 2008/09. Wiesbaden 2017.

Hennie van Vuuren: Apartheid, guns and money: A tale of profit. Johannesburg 2017.

W

Gerhard Wahlers (Hg.): Deutsche Wirtschaftsinteressen und afrikanische Rohstoffe. Nachhaltigkeit und Transparenz in der globalisierten Welt. Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin/Berlin 2013.

Y

Iris Marion Young: Responsibility for Justice. Oxford 2013.

AUTOR/ INN/EN

Britta Becker ist Projektmanagerin im Afrikareferat der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* mit Regional-schwerpunkt Südliches Afrika. Sie studierte Soziologie, Politikwissenschaften und Ethnologie in Marburg und Berlin mit Forschungsaufenthalten im Sudan.

Alexander Behr ist Übersetzer, Journalist und Lektor an den Universitäten von Wien und Klagenfurt. Neben der Lehrtätigkeit an Universitäten, an Schulen und bei Gewerkschaften ist er Aktivist im *Netzwerk Afrique Europe Interact* sowie beim *Forum Civique Européen*.

Asanda Benya ist eine feministische Aktivistin und Dozentin im Fachbereich Soziologie an der Universität Kapstadt (UCT). Sie forscht zum Thema Frauen im afrikanischen Bergbau.

Patrick Bond stammt aus Belfast und ist Professor für politische Ökonomie der *School of Governance* an der Universität Witwatersrand in Johannesburg und Honorarprofessor an der University of KwaZulu-Natal in Durban. Er promovierte in Wirtschaftsgeografie an der Johns Hopkins University in Baltimore. Seine jüngsten Publikationen sind: »BRICS: An Anti-Capitalist Critique« (mit Ana Garcia, London 2015), »South Africa – The Present as History. From Mrs Ples to Mandela and Marikana« (mit John Saul, Suffolk/Johannesburg 2014), »Elite Transition: From Apartheid to Neoliberalism in South Africa« (London/Sterling, VA 2000) und »Politics of Climate Justice: Paralysis Above, Movement Below« (Scottsville 2012).

Stefan Buchen ist als Fernsehjournalist für das ARD-Politikmagazin »Panorama« tätig. Für seine investigativen Berichte ist er mit mehreren Preisen, unter anderem dem *Leipziger Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien*, ausgezeichnet worden. Er schreibt für überregionale Zeitungen und das Webportal www.qantara.de. 2014 veröffentlichte er »Die neuen Staatsfeinde. Wie die Helfer syrischer Kriegsflüchtlinge in Deutschland kriminalisiert werden«, das sich kritisch mit der Strafverfolgung von Schleppern befasst.

Gavin Capps ist Forschungsmitarbeiter im *Society, Work and Politics Institute* (SWOP) der Universität Witwatersrand in Johannesburg. Er erhielt 2010 einen Dokortitel im Fachbereich *Development Studies* der *London School of Economics*. Seit 2013 leitet er das SWOP-Projekt MARTISA (Bergbau und ländliche Transformation im südlichen Afrika), das von der *Ford Foundation* gefördert wird. Gavin Capps publizierte zahlreiche Artikel zum Thema politische Ökonomie der Platinindustrie in Südafrika nach der Apartheid und arbeitet zurzeit gemeinsam mit Andrew Bowman an einem Buch zum gleichen Thema.

María do Mar Castro Varela, Diplom-Psychologin, Diplom-Pädagogin und promovierte Politikwissenschaftlerin, ist Professorin für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Gender und Queer an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen Postkoloniale Theorie, Kritische Migrationsforschung, Kritische Bildungs- und Erziehungswissenschaft sowie Queer Studies, hierbei insbesondere Fragen globaler Gerechtigkeit. Letzte Publikationen: »Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung« (mit Nikita Dhawan) und »Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart (Hg., mit Paul Mecheril).

Franziska Dübgen hat in Frankfurt am Main im Fachbereich Philosophie promoviert. Derzeit forscht sie zu Gerechtigkeitstheorien im Globalen Süden, Afrikanischer Philosophie und zur rechtsphilosophischen Kritik der Strafe an der Universität Koblenz-Landau.

Maren Grimm ist Filmemacherin und arbeitet an der Akademie der bildenden Künste Wien. Sie ist Mitbegründerin der Kampagne *Plough Back the Fruits* (basflonmin.com).

Boris Kanzleiter ist seit 2016 Direktor des Zentrums für internationalen Dialog und Zusammenarbeit der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*. Von 2009 bis 2016 leitete er das RLS-Büro Südosteuropa in Belgrad. Er ist promovierter Historiker und Journalist mit den Arbeitsschwerpunkten Jugoslawien, Lateinamerika, soziale Bewegungen, Soziale Menschenrechte und linke Akteure.

Simone Knapp studierte Ethnologie, Afrikanistik und Soziologie in Mainz mit Schwerpunkt Afrikanische Literatur, Menschenrechte und Geschichte des Südlichen Afrika. Seit 2007 koordiniert sie die *Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika* (KASA) in Heidelberg. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Entschädigung und Wiedergutmachung, Entschuldung, Handel, Soziale Sicherheit und die Landfrage.

Jakob Krameritsch ist Historiker und arbeitet an der Akademie der bildenden Künste Wien. Er ist Mitbegründer der Kampagne *Plough Back the Fruits* und Herausgeber des Bandes »Das Massaker von Marikana. Widerstand und Unterdrückung von Arbeiter_innen in Südafrika« (Mandelbaum, Wien 2013).

Stephan Lessenich ist Soziologe an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Lehrstuhl für Soziale Entwicklungen und Strukturen, und Special Fellow der DFG-Kollegforschergruppe Postwachstumsgesellschaften an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Sarah Lincoln ist Volljuristin und arbeitet seit 2012 als Referentin für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte bei *Brot für die Welt*. Sie beschäftigt sich insbesondere mit den menschenrechtlichen Auswirkungen der Geschäfte deutscher und europäischer Unternehmen und arbeitet dabei eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen im Globalen Süden zusammen, um Fallbeispiele zu dokumentieren und so die Verantwortung deutscher Unternehmen einfordern zu können. Sie hat die Bundesregierung im Prozess der Erarbeitung eines *Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte* begleitet und unterstützt derzeit den *Treaty Prozess* bei den Vereinten Nationen für ein verbindliches Abkommen zur Regulierung transnationaler Geschäfte.

Rosemary Lombard schließt aktuell ihren Master of Philosophy in »Heritage and Public Culture« am *Centre for African Studies* der University of Cape Town (UCT) ab. In Zusammenarbeit mit dem »Five Hundred Year Archive Project« der *Archive and Public Culture Research Initiative* an der UCT untersucht sie Prozesse der institutionellen Wissensproduktion in Bezug auf missionarische Kolonialsammlungen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts im südafrikanischen KwaZulu-Natal angelegt wurden.

Boniface Mabanza Bambu wurde in der Demokratischen Republik Kongo unter der Militärdiktatur Mobutus geboren. Er studierte Philosophie, Literaturwissenschaften und Theologie in Kinshasa und promovierte an der Universität Münster. Seit 2008 arbeitet er als Koordinator in der *Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika* (KASA) in Heidelberg. Seit Jahren setzt er sich für einen konsequenten Perspektivwechsel in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen afrikanischen und europäischen Ländern und der EU ein.

Mzoxolo Magidwana begann 2011 in der Lonmin-Mine von Marikana zu arbeiten und ist heute pensioniert. Er beteiligte sich am Streik für höhere Löhne und wurde am 16. August 2012 von neun Gewehrkugeln der Polizei getroffen. Zwei Kugeln gingen dabei durch seinen Körper hindurch, sieben Kugeln mussten im Krankenhaus entfernt werden. In Marikana wird er *dead man walking* genannt, weil es an ein Wunder grenzt, dass er überlebt hat.

Thumeka Magwangqana ist Menschenrechtsaktivistin und Vorsitzende der Frauenorganisation *Sikhala Sonke* (»Wir weinen gemeinsam«). Die Frauenorganisation wurde am Tag des Massakers in Marikana gegründet. Seitdem arbeitet die Gruppe an Kampagnen, die sich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die vom Bergbau betroffenen Bevölkerungsgruppen einsetzen. Der Film »Strike a Rock« (Aliki Saragas, RSA 2017, 87 min.) porträtiert diesen Kampf.

Akhona Mehlo ist Anwältin für Wirtschaft und Menschenrechte am *Centre for Applied Legal Studies* (CALS) in Johannesburg. Zuvor war sie in der Kanzlei des *Legal Resources Centre* (LRC) in Johannesburg tätig, wo sie sich mit Gender, Protesten und Polizeiarbeit sowie Transparenz und Verantwortlichkeit von Regierungen und Unternehmen beschäftigte.

Barbara Müller koordinierte die schweizerische *Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika* (KEESA) bis Dezember 2017. Sie ist Ethnologin und befasst sich seit vielen Jahren mit Rassismus, Entkolonialisierung und internationaler Solidarität.

Trevor Ngwane ist postgraduate Fellow am *Centre for Social Change* der Universität Johannesburg. Er ist Mitglied der *Marikana Support Campaign* und der *United Front* von Johannesburg. Ngwane war sozialistischer Aktivist und Theoretiker in der Anti-Apartheid-Bewegung – und ist es bis heute.

Jan Pehrke gehört der Initiative *Coordination gegen BAYER-Gefahren* an, die den BAYER-Konzern unter Beobachtung stellt, und ist dort für die Zeitschrift *Stichwort BAYER* verantwortlich.

Dinah Rajak ist Dozentin für Anthropologie und Internationale Entwicklung an der Universität von Sussex. Sie ist Autorin von »In Good Company. An Anatomy of Corporate Social Responsibility« (Stanford University Press, 2011), Mitherausgeberin von »Anthropology of Corporate Social Responsibility« (Berghahn, Oxford 2016) und Mitbegründerin des *Zentrums für neue Ökonomien der Entwicklung*.

Michael Reckordt ist Diplom-Geograf und seit 2013 Koordinator des *Arbeitskreises Rohstoffe* beim *PowerShift e.V.*, einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk aus Umwelt-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen, das sich mit der deutschen Rohstoffpolitik und den menschenrechtlichen und ökologischen Auswirkungen des Ressourcenverbrauchs beschäftigt.

Walter Sauer ist Professor am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien mit Schwerpunkt österreichisch-afrikanische Beziehungen in Geschichte und Gegenwart. Er ist Vorsitzender des *Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika* (www.sadocc.at), der Nachfolgeorganisation der österreichischen Anti-Apartheid-Bewegung.

Judy Seidman ist eine bildende Künstlerin und Aktivistin aus Johannesburg. Seit den 1970er-Jahren ist sie in der südafrikanischen Befreiungsbewegung aktiv und sucht nach kreativen Wegen, um unterdrückten und marginalisierten Gruppen eine Stimme zu geben. Daran anknüpfend führt sie seit 2012 Kunstworkshops mit Frauen aus Marikana (im Rahmen der *One of Nine Campaign*) und später mit den Witwen von Marikana (in Zusammenarbeit mit der *Khulumani Support Group*) durch. Sie war außerdem an einem Forschungsprojekt zum Einfluss von Platinabbau auf die Menschen in den Orten um die Minen und in ihren Heimatregionen (*labour sending areas*) beteiligt. All dies wurde in der Kampagne *Plough Back the Fruits* aufgegriffen.

Jo Seoka war der erste Schwarze Bischof von Pretoria nach dem Ende der Apartheid und versteht sich als Aktivist für Soziale Gerechtigkeit. Seit seiner Studienzeit widmet er sein Wirken den südafrikanischen ArbeiterInnen. Er war der erste Kirchenvertreter, der die streikenden Minenarbeiter von Lonmin aufsuchte, und er unterstützt sie bis heute. Es heißt, er sei die letzte Person gewesen, die mit Mgcineni Noki, dem Mann in der grünen Decke, sprach, bevor dieser am 16. August 2012 gemeinsam mit 33 weiteren Streikenden erschossen wurde. Noki hatte gesagt: »Bischof, wo sind Sie? Sie schießen auf uns!«

Carolijn Terwindt studierte Jura und Anthropologie an der Universität Utrecht und ist seit 2012 beim ECCHR tätig, wo sie eng mit ArbeiterInnen und deren Angehörigen in Pakistan und Bangladesch zu Fällen von Unternehmenshaftung in der Textilindustrie zusammenarbeitet. Sie veröffentlicht zu Themen wie Lieferkettenhaftung, Identitätspolitik, Anti-Terror-Gesetzgebung, Kriminalisierung sozialer Proteste und Haftung von Pharmakonzernen.

Christoph Trautvetter hat einen Master of Public Policy der *Hertie School of Governance* und arbeitet mit dem *Netzwerk für Steuererechtigkeit* an einem gerechteren Steuersystem in Deutschland und der Welt.

Impressum

Zum Beispiel BASF.
Über Konzernmacht und Menschenrechte

HerausgeberInnen
Britta Becker, Maren Grimm,
Jakob Krameritsch

Konzeption
Maren Grimm
Jakob Krameritsch
Tanja van de Loo (Mitarbeit)

Übersetzungen
lingua-trans-fair:
Cornelia Gritzner
Max Henninger
Tim Jack
Sebastian Landsberger

Alexander Behr
Werner Gillits

Korrektorat, Lektorat
lingua-trans-fair:
Cornelia Gritzner
Ellison Moorehead
Sebastian Landsberger

Text-Arbeit:
Helen Bauerfeind
Britta Grell

Michael Baiculescu
Gesa Lehmann
Paula Pfoser
Graham Pote

Gestaltung
Tanja van de Loo

Infografik »Kontaktzone«
Jakob Krameritsch
Tanja van de Loo

Bildbearbeitung
Heiko Neumeister

Druck
Reset St. Pauli Druckerei GmbH
Hamburg

Bildnachweis

Fotos und Videostills
Maren Grimm und
Jakob Krameritsch
sowie
Victor Barro (225)
Britta Becker (299)
Asanda Benya (132)
Po-Ming Cheung (338)
Ende Gelände (418)
Gen-ethisches Netzwerk (280)
Fritz Hoffmann (16)
Thorsten Lapp, ARD/
Panorama (58, 263 Mitte)
Sarah Lincoln (224)
London Mining Network (420)
Greg Marinovich (416)
One in Nine, Johannesburg (432)
Rasande (316, 429)
SADOC-Archiv (80 u., 86)
Judy Seidman (10, 130, 260)
Tokolos Stencil Collective (384)
Witwen von Marikana (164)
Zapiro (44)
Anonyme Quellen (Cover,
Klappe, 1, 2, 335, 450–454)
im Besitz von:
Markus Fiedler (159)
Anette Hoffmann (372, 374)

Copyright
Dieses Buch wird unter den
Bedingungen einer Creative
Commons-Lizenz veröffentlicht:
Creative Commons Attribution-
NonCommercial-NoDerivs 3.0
Germany License

April 2018
ISBN: 978385476-565-3

Die englische Ausgabe des
Buchs erscheint im August 2018
unter dem Titel »Business as
usual after Marikana – Corporate
Power and Human Rights«.
Jacana, Johannesburg. ISBN:
Print: 978-1-928232-57-5
Ebook: 978-1-928232-58-2

Dank

**Die HerausgeberInnen
bedanken sich bei**
Martin Birkner
Janine, Phyllis & John Bignaut
Andreas Bohne
Carla Noever Castelos
Helle Døssing
Markus Dufner
Johannes Gelich
Juma Hauser
Anette Hoffmann
Fritz Hofmann
Lydia James
KASA – Kirchliche Arbeitsstelle
Südliches Afrika
Thapelo Leggowa
Tilman Massa
Paula Pfoser
Michael Reckordt
Birgit Reiter
Lotte Rieder-Fraunlob
Walter Sauer, SADOCC
Barbara Sennholz-Weinhardt
Richard Solly
Kai Zastrow
und den AutorInnen!

Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Bundesrepublik Deutschland

Der Inhalt der Beiträge liegt in der alleinigen Verantwortung der AutorInnen und spiegelt nicht unbedingt die Position der Rosa-Luxemburg-Stiftung wider.



basflonmin.com



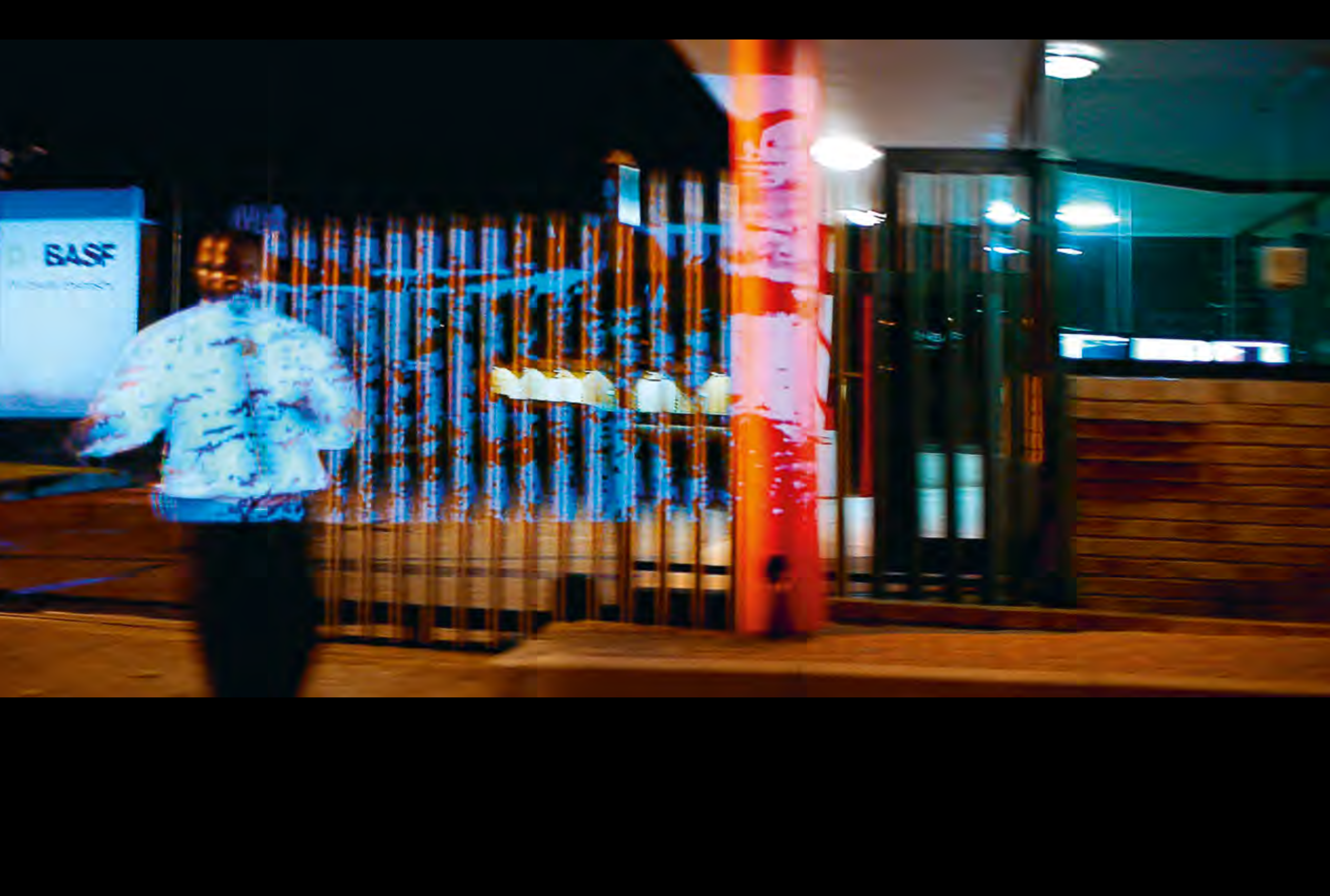


High Performance



LONMIN

REMEMBER
MARIKABA



BASF

REMEMBER
U-BASF
We create chemistry



- ◀ 450 Projektion von TV-Bildern des Massakers auf eine Werbetafel Lonmins in Marikana West, 2016
- ◀ 451 Projektion der »Remember Marikana«-Schablone des *Tokolos Stencil Collectives* auf ein Firmenschild von Lonmin in Marikana, 2016.
- ◀ 452 Projektion von TV-Bildern des Massakers von Marikana auf den Eingangsbereich von *BASF Holdings South Africa* in Midrand bei Johannesburg, 2016.
- ◀ 454 *BASF – We create chemistry/Remember Marikana*. Projektion auf den Eingangsbereich von *BASF South Africa Pty Ltd*, Struandale bei Port Elizabeth, 2016.

ZUM BEISPIEL BASF ÜBER KONZERNMACHT UND MENSCHENRECHTE

Wie ist es möglich, dass die Menschen, die eines der wertvollsten Metalle der Welt für ein deutsches Vorzeigunternehmen abbauen, in Slums leben?

Am Beispiel der Platinlieferkette zwischen dem deutschen Chemiekonzern BASF und dem britisch-südafrikanischen Platinproduzenten Lonmin erörtert dieser Sammelband koloniale Kontinuitäten im Rohstoffhandel und versammelt Stimmen von ArbeiterInnen, AktivistInnen und WissenschaftlerInnen aus Südafrika und Europa.

Es geht um die direkte Verbindung des Massakers von Marikana nach Europa, um globale Lieferketten und deren Gestaltung durch Handelsabkommen und Entwicklungspolitik, um Steuervermeidung, Lobbyismus und Unternehmensverantwortung, um dringend notwendige rechtliche Regulierungen und postkoloniale Verantwortungskonzepte – und um die neuen Herausforderungen transnationaler Solidarität.

